

**Thema: MASSEN MEDIEN UND ETHNISCHE MINDERHEITEN IN
DEUTSCHLAND UNTER BESONDERER BERÜCKSICHTIGUNG
GRIECHISCHER BEVÖLKERUNGSTEILE.**

***Partizipationsmöglichkeiten, Probleme und Perspektiven
unter sozialpädagogischem Aspekt***

Inaugural- Dissertation
zur
Erlangung des Doktorgrades
der Heilpädagogischen Fakultät
der Universität zu Köln

Vorgelegt von Maria Papamichou
aus Lamia, Griechenland

Athen/ Köln 2005

Erster Gutachter: Prof. Dr. Dr. Hansjosef Buchkremer
Zweiter Gutachter: Prof. Dr. Wolf-Dietrich Bukow
Tag der mündlichen Prüfung: 02.06.2005

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Inhaltsverzeichnis	
Abkürzungsverzeichnis	
Vorwort	
1. Einleitung	1
2. Die Rolle der Sozialpädagogik in der „Ausländerarbeit“	4
3. Wissenschaftstheoretische und methodologische Aspekte ...	7
3.1. Methode	12
4. Definitionen	20

I. Ethnische Minderheiten und Massenmedien in Deutschland.

Theoretische Aspekte im sozialpädagogischen Kontext

1.	Migration und Multikulturalität in Deutschland. Historischer Abriss.....	37
1.1.	„Nationalstaat“ und „multikulturelle Gesellschaft“.....	37
1.2.	Deutschland und Einwanderung.....	40
1.2.1.	Migration in Europa seit der Neuzeit	41
1.2.2.	Einwanderung nach und aus Deutschland. Historischer Abriss	43
1.3.	Deutschland: ein Einwanderungsland?	56
1.4.	Multikulturelle Gesellschaft: Ein gesellschaftlicher Normalzustand oder eine Bedrohung?	59
2.	Integration und Partizipation der ethnischen Minderheiten in der Zivilgesellschaft seit der 60er Jahren	64
2.1.	Wohnsituation	65
2.2.	Bildung, Berufsausbildung. Bestandsaufnahme und Zukunftsperspektiven.....	66
2.3.	Politische Partizipationsmöglichkeiten.....	72
2.3.1.	Bestehende Formen politischer Partizipation auf kommunaler Ebene	73
2.3.2.	Politische Partizipation auf Bundesebene.....	75
2.3.3.	Problembereiche der politischen Partizipation von Minderheitenangehörigen.....	76
2.4.	Rechtsstatus	80
2.5.	EU - Politik in bezug auf die ethnischen Minderheiten	84

2.6.	Staatlich angewandte Konzepte beim Umgang mit ethnischen Minderheiten in Deutschland: Fremdheit, Integrations-, und Assimilationsversuch, Deutsche Staatsangehörigkeit	90
2.6.1.	Der Begriff „Integration“	91
2.6.2.	Der Begriff „Assimilation“	92
2.6.3.	Von der Fremdheit über Integration zur Assimilation und Deutschen Staatsangehörigkeit	100
3.	Griechen in Deutschland. Neugriechische Migrationsgeschichte ...	104
3.1.	Phasen der neugriechischen Migration	105
3.1.2.	Die Rückwanderung	108
3.2.	In Deutschland lebende Griechen	108
4.	Partizipation und Selbstorganisation von ethnischen Minderheiten in Deutschland	109
4.1.	Partizipationsformen der ethnischen Minderheiten innerhalb der EU. „Forum der Migranten“	112
4.2.	Politische Partizipationsmöglichkeiten.....	114
4.3.	Präsentations- und Partizipationsformen: Selbstorganisationen von ethnischen Minderheiten in Deutschland	115
4.3.1.	Zusammenarbeit der Selbstorganisationen untereinander und mit Solidaritätsvereinen	124
4.4.	Kirchliche Institutionen und Wohlfahrtsorganisationen	125
4.5.	Selbstorganisation der Griechen in Deutschland.....	129
4.5.1.	Griechische Gemeinden und der „Verband der griechischen Gemeinden in der BRD“. Organisation, Zielsetzung, Probleme und Zukunftsperspektiven	130
4.5.2.	Weitere Selbstorganisationen von Griechen In Deutschland.....	138
4.6.	Die griechisch-orthodoxe Kirche in Deutschland. Historische Entwicklung, Organisation und Aktionsbereiche	143
5.	Die Begriffe "Vorurteil und Fremdenfeindlichkeit"	146
5.1.	Der Begriff „Vorurteil“	146
5.2.	Der Begriff „Fremdenfeindlichkeit. Theoretische Erklärung der Ursachen von Fremdenfeindlichkeit	148

II. Massenmedien und ethnische Minderheiten in Deutschland

1. Informationsgesellschaft. Funktion und Wirkung der Massenmedien...174

1.1.	Die Informationsgesellschaft	174
1.2.	Zur Funktion der Massenmedien	176
1.3.	Zur Wirkung der Massenmedien	178

2. Das Bild der ethnischen Minderheiten in der Presse 179

2.1.	Die Darstellung der ausländischen Minderheiten in den deutschen Druckmedien.....	180
2.2.	Die „Ausländer“ im deutschen Fernsehen	187
2.3.	Das „Bild der Ausländer in der Öffentlichkeit“	193

3. Bestandsaufnahme der Medienangebote für ethnische Minderheiten in Deutschland in den öffentlich-rechtlichen Anstalten 196

3.1.	Fremdsprachige ARD- Hörfunksendungen: Entstehung, Ziele, Organisation, Inhalt und Entwicklung	196
3.2.	Regionalsendungen	198
3.3.	Regionale Hörfunkprogramme	199
3.3.1.	Berlin: SFB 4-Padio Multikulti	199
3.4.	Zur Zukunft und Neuordnung der muttersprachigen ARD-Sendungen. „Funkhaus Europa“ (WDR)	202
3.5.	Fremdsprachige ARD- Fernsehprogramme	204
3.6.	Bemerkungen zu den fremdsprachigen ARD-Sendungen.....	205

4. Regionale und private Sender 211

4.1.	„Bürgerradio“. Griechische Sendungen	213
4.2.	Private, lokale Fernsehprogramme und griechischsprachige Sendungen	213

5. Griechischsprachige Presse 214

6. Mediennutzung der ethnischen Minderheitenangehörigen in Deutschland 217

III. Befragungen zur Erkundung der Partizipation der Griechen in Deutschland durch ihre Selbstorganisationen und ihrer Präsentation in den Massenmedien. Mediennutzung

1. Charakter, Ziele, Aktivität, Öffentlichkeitsarbeit und Zukunftsperspektiven von „Griechischen Gemeinden“ (GG) in Deutschland. Befragung 223

1.1.	Beschreibung des Verfahrens	223
1.2.	Fragestellung und Ziel der Befragung	223
1.3.	Beschreibung des Fragenbogens	225
1.4.	Auswertung der Daten	228

1.5.	Beschreibung der Ergebnisse	228
1.6.	Zusammenfassung der Ergebnisse und Schlussfolgerungen.....	238

2. Mediennutzung von Griechen in Deutschland. Stichprobe 242

2.1.	Fragestellung und Ziel der Stichprobe	242
2.2.	Beschreibung des Fragenbogens	243
2.3.	Beschreibung des Verfahrens: Stichprobeziehung, Interviewen -Verfahren und Datenbearbeitung	244
2.4.	Beschreibung der Ergebnissen der Befragung von Griechen in Köln und Köln-Porz über die Mediennutzung	246
2.5.	Zusammenfassung der Ergebnisse und Schlussfolgerungen	260

IV. Schlussfolgerungen und Vorschläge

1. Ergebnisse der Erkundung	265
2. Vorschläge	271
2.1. Berücksichtigung der Belange der ethnischen Minderheiten in den Massenmedien	271
2.2. Massenmedien und ethnische Minderheiten: Vorgeschlagene Projekte	276

Dekanerklärung

Literaturverzeichnis

Anhang I

Anhang II

Anhang III

Vorwort

*Brichst du auf gehn Ithaka,
wünsch dir eine lange Fahrt,
voller Abenteuer und Erkenntnisse.
Die Lästrygonen und Zyklopen,
den zornigen Poseidon fürchte nicht, ...*

...

*Auch wenn es sich dir ärmlich zeigt, Ithaka betrog dich nicht,
So weise, wie du wurdest, und in solchem Maß erfahren,
wirst du ohnedies verstanden haben, was die Ithakas bedeuten.*

(Kavafis, K.: Ithaka, 1983, 17f)

Die Reise nach „Ithaka“ war lang... Den „Lästrygonen“ und die „Zyklopen“ bin ich mehrmals begegnet und die Angst vor ihnen war immer präsent. Bei ihrer Begegnung hatte ich aber immer zahlreiche Personen bei mir. Ohne ihre Hilfe wäre ich nie in der Lage gewesen, auf „Ithaka“ anzukommen. Bei all diesen Personen möchte ich mich hiermit an dieser Stelle herzlich bedanken. An erster Stelle bedanke ich mich von Herzen bei meinem Doktorvater *Prof. Hans-Josef Buchkremer*. Ihm und Prof. *Diedrich-Wolf Bukow* danke ich für die tatkräftige Unterstützung bei der Bewerbung um das zweijährige Stipendium, das mir von der Universität Köln, von der Heilpädagogischen Fakultät verliehen wurde. Für das Stipendium möchte ich mich an dieser Stelle ganz herzlich bedanken.

Diese Arbeit ist *meinen Eltern* und meinem Ehemann *Vassilis Alexandrakis* gewidmet. Erstere haben durch ihre moralische und finanzielle Unterstützung diese Arbeit ermöglicht und Vassilis stand mir in jeder Phase der Arbeit hilfreich zur Seite.

Hier gilt mein Dank auch den *Griechischen Institutionen* und *Vereinen* für ihre Hilfe bei der Durchführung des empirischen Teils vorliegender Arbeit und allen Griechen und Griechinnen, die sich zu den Interviews bereit erklärten. Den Statistiker Herrn *Balourdos* danke ich für seine fachlichen Ratschläge und Frau *Michaela Emmerich* für ihre kollegiale Unterstützung.

Meinen Weg erleichterten auch zahlreiche Freude und Bekannte. Meiner Freundin *Gianna Titoki* bin ich zu besonderem Dank verpflichtet. Frau *Maria Alexandreu* danke ich für ihr sorgfältiges Korrekturlesen.

Zu danken habe ich auch meiner Schwester *Chryssanthi* und meinen Freundinnen *Vivi Papanayiotou*, *Anne Kirsch*, *Vivi Kalogiannidou*, *Vassiliki Gaki-Georgiadou*, die mir zu verschiedenen Zeitpunkten beistanden. Auch allen, die an der Entstehung der Dissertation teilhatten und nicht namentlich angeführt wurden, sei hiermit herzlich gedankt.

1. Einleitung

In der vorliegenden Arbeit versuche ich die Partizipationsmöglichkeit von ethnischen Minderheiten in Deutschland durch Selbstorganisationen zu schildern, die Präsentationsmöglichkeiten von ethnischen Minderheiten in den Massenmedien (Presse, Hörfunk und Fernsehen) zu erkunden, die Rolle der Massenmedien zur Förderung ihrer Interessen und Bedürfnisse und zur Bekämpfung der Fremddeindlichkeit aufzuzeigen und die Mediennutzung von ethnischen Minderheiten in Deutschland zu untersuchen. Dies soll in besonderer Hervorhebung der Griechen in Deutschland geschehen.

In vorliegender Arbeit gehe ich von bestimmten Annahmen aus, die ich hier darstellen möchte.

Este Annahme: Deutschland hat sich längst durch Migration zu einem Einwanderungsland mit deutlichen Merkmalen einer multikulturellen Gesellschaft entwickelt. Multikulturalität ist meines Erachtens ein historisch bedingter, gesellschaftlicher Normalzustand.

Um dies zu beweisen, mache ich einen historischen Abriss von den Migrationprozessen, die in den letzten Jahrhunderten und insbesondere nach der Anwerbezeit im deutschen Raum stattfanden. Bewiesen wird auch, dass die Multikulturalität und die Begegnung der Menschen über Grenzen hinaus kein historisch neues Phänomen ist. Nationalstaaten sind aus politischen Gründen bedingte Gebilde (*vgl. Teil: I, Einheit: 1 vorliegender Arbeit*).

Zweite Annahme: Partizipation aller Bürger ist innerhalb einer Zivilgesellschaft von wesentlicher Bedeutung, da sie zur Gleichstellung aller Mitbeteiligten führen könnte.

Dritte Annahme: Einwanderer bildeten im Laufe der Zeit ethnische Minderheiten (*vgl. definitorischen Teil vorliegender Arbeit*), deren Lage innerhalb der deutschen Gesellschaft benachteiligt und deren Partizipationsmöglichkeiten innerhalb der deutschen Zivilgesellschaft eingeschränkt sind. Um dies zu beweisen, unternahm ich den Versuch, die benachteiligten Lebensbedingungen der ethnischen Minderheiten in Deutschland (im Wohn-, Bildungs- und Berufsausbildungsbereich und im rechtlichen Bereich) zu beschreiben, die bestehenden Formen politischer

Partizipation in Deutschland kritisch zu schildern und die vom deutschen Staat ausgeübte „Ausländerpolitik“ kritisch darzustellen. Dies bezüglich werden vier Schritte im langen Weg der deutschen „Ausländerpolitik“ beschrieben: von der Fremdheit - über Integration - zur Assimilation der ethnischen Minderheitenangehörigen - und zur Erleichterung bei der Gewährung der deutschen Staatsangehörigkeit (*vgl. Teil: I, Einheit: 2 vorliegender Arbeit*).

Bei der Beschreibung von Partizipationsmöglichkeiten ethnischer Minderheiten im politischen und sozialen Bereich in Deutschland und Europa befasste ich mich mit ihrer Bestandaufnahme, und mit der Feststellung von Mängeln. Insbesondere werden Selbstorganisationen von Griechen in Deutschland („Griechische Gemeinden“ und deren Dachverband) untersucht. Ihr Charakter, ihre Ziele, ihre Aktivitäten und Perspektiven wurden u.a. auch empirisch belegt (*vgl. Teil: I, Einheit: 4 und Teil III vorliegender Arbeit*).

Vierte Annahme: Noch nie in der Geschichte der Menschheit spielten die Medien eine so bedeutende Rolle in allen Bereichen des menschlichen Lebens, so dass man mit Recht von einer Informationsgesellschaft spricht. Darüber hinaus könnten Medien auch einen großen Beitrag leisten zur Förderung von einem gleichberechtigten Zusammenleben zwischen allen Mitgliedern der Gesellschaft. Medien könnten Kontakte zwischen den unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen herstellen, Fremdheit und Fremdenfeindlichkeit abbauen. Medien könnten durch vorsichtigen Umgang mit Meldungen und Berichten über Migrationsthemen und durch multikulturelle Programme zur wesentlichen Integration und Gleichstellung von ethnischen Minderheiten in der deutschen Gesellschaft beitragen. Information, Aufklärung und wechselseitiges Kennenlernen und eine Berichterstattung, die Normalität beschreibt, sind Voraussetzungen einer solchen Integration. Weder Exotismus noch einseitige Problemorientierung sind bei der medialen Berichterstattung förderlich. Das Anliegen des geforderten multikulturellen Programms besteht darin den Alltag aufzugreifen und zu reflektieren. Diese Annahmen sind in der 90er Jahren des vergangenen Jahrhunderts von Forschern, Journalisten, Organisationen von ethnischen Minderheiten und allen daran interessierten

Seiten und Personen in heftigen Diskurs gekommen, der zu positiven Entwicklungen im multikulturellen Hörfunkprogrammangebot führte.

Um diese Annahmen zu untermauern, habe ich zuerst theoretische Erklärungsansätze der Ursachen von Fremdfeindlichkeit dargestellt. Anschließend werden einige Gedanken zum Begriff „Vorurteil“, zur Informationsgesellschaft und zur Funktion und Wirkung von Massenmedien und neuen technologischen Entwicklungen in der Medienwelt vorgetragen (*vgl. Teil: I, Einheit: 5 & Teil: II, Einheit: 1 vorliegender Arbeit*).

Danach folgt eine Beschreibung der Darstellung von ethnischen Minderheitsangehörigen in den Medien (*vgl. Teil: II, Einheit 2 vorliegender Arbeit*). Einen besonderen Wert legte ich darauf, eine Bestandsaufnahme der Medienangebote für ethnische Minderheiten in Deutschland zu machen und die Entwicklungen in diesem Bereich durch eine kritische Betrachtung durch eine kritische Betrachtung zu begleiten. Zwei Gebiete dieses Medienangebots wurden insbesondere untersucht, das fremdsprachige Programmangebot in dem öffentlich-rechtlichen Hörfunk und die Beschreibung des griechischsprachigen Angebots in Deutschland. Denn das fremdsprachige öffentlich-rechtliche Hörfunk-Programm deckt, trotz aller Mängel und trotz ihrer Reformbedürftigkeit, seit den 60er Jahren die Informationsbedürfnisse der ethnischen Minderheiten in Deutschland. Fernsehen- und Presseangebot sind in diesem Bereich bis jetzt noch nicht besonders reich. Das griechischsprachige Presseangebot ist für diese Arbeit von Bedeutung, da ich mich dabei spezifisch mit den Griechen in Deutschland beschäftige (*vgl. Teil: II, Einheiten: 3, 4 & 5 vorliegender Arbeit*).

Im empirischen Teil vorliegender Arbeit stelle ich die Befunde in zwei Fragebogenuntersuchungen vor:

Die erste Befragung erkundet die „Griechischen Gemeinden“ (GG) in Deutschland in Bezug auf ihre Öffentlichkeitsarbeit und ihre Präsentation in den Massenmedien. Untersucht wird auch ihr Charakter, ihre Ziele, ihre Aktivitäten und ihre Zukunftsperspektiven.

Die zweite Befragung erkundet die Mediennutzung und Informationsbedürfnisse von Griechen in Köln und Umgebung.

Die Fragestellung, die Untersuchungsverfahren und natürlich die Ergebnisse beider Befragungen werden im dritten Teil vorliegender Arbeit im einzelnen dargestellt.

Unter Berücksichtigung der vorliegenden Ergebnisse wird dann der Versuch unternommen, die Perspektiven der Präsentation der ethnischen Minderheiten in Deutschland durch und in den Medien aufzuzeigen und Konzepte zur Verbesserung ihrer Partizipationsmöglichkeiten durch ihre Selbstorganisationen zu erschließen (*vgl. Teil III vorliegender Arbeit*).

Die vorliegende Arbeit soll einen Beitrag zur sozialpädagogischen Arbeit leisten. Deshalb werde ich zum Schluss die Ergebnisse der Erkundung vorgestellt und Projekte beschrieben, die in der sozialpädagogischen Praxis eingesetzt werden könnten und zu folgenden Zielen dienen würden: Vorurteilen abzuschaffen, die durch Medien verschärft werden, Wortklischees und Negativdarstellungen über ethnische Minderheiten in den Medien erkennen lernen, bei deutschen Teilnehmern Interesse und Verständnis für ethnische Minderheiten zu wecken und den ausländischen Teilnehmern einen effektiven Weg zur Verbesserung ihres Umgangs mit deutschen Massenmedien zu zeigen. (*Vgl Teil IV vorliegender Arbeit*).

2. Die Rolle der Sozialpädagogik in der „Ausländerarbeit“

An dieser Stelle möchte ich einige Gedanken über die Aufgabe der Sozialpädagogik vorstellen, da diese Arbeit der Sozialpädagogischen Praxis einen Beitrag zu leisten versucht.

Aufgabe der Sozialpädagogik ist die soziale „Eingliederung von Individuen und Gruppen“ (*vgl. Buchkremer 1982, 1*). Von Buchkremer wird an gleicher Stelle diese Disziplin wie folgt ausführlicher definiert: „Sozialpädagogik ist ein Moment gesellschaftlicher Praxis: Sie ist zuständig für die soziale Eingliederung von Individuen und Gruppen. Damit ist sie ein Polit-Faktor, wenn wir Politik nicht allein auf Parteien-, Ressort- und Staatspolitik reduzieren, sondern im aristotelischen Sinn als die Gesamtheit des nicht privaten Lebens verstehen. (...) Sozialpädagogik ist ein Moment gesellschaftlicher Theorie: Als wissenschaftliche Disziplin reflektiert sie die

sozialpädagogische initiierten Eingliederungsvorgänge hinsichtlich Ziel und Methode.“

Die sozialpädagogische Arbeit mit Individuen und Gruppen ausländischer Herkunft, sollte wissenschaftlich vorgehen und sich ihre Ziele setzen, die der ausländischen Bevölkerung in Deutschland „den Zustand größerer Unabhängigkeit, Selbstbestimmung und Freiheit“ ermöglichen und ihre Emanzipation im Sinne der kritischen Erziehungswissenschaft fördern (vgl. *Buchkremer 1982, 1 und Emmerich 1991, 1*).

Die Ausländerarbeit als Feld der Sozialpädagogik begann schon mit der Anwerbung von ausländischen Arbeitnehmern, Anfang der 60er Jahre: „Der Beginn der Industrialisierung von Ausländerarbeit als Feld der Sozialpädagogik verlief parallel zur Anwerbung von Arbeitsmigranten. Inzwischen hat sich Ausländerarbeit in sozialen Arbeitsbereichen etabliert“ (*Emmerich 1991, 134*). Die Erscheinungsformen von professioneller Sozialarbeit mit ausländischen Bevölkerungsgruppen und Personen werden von Maria Karsten (1984, 82) wie folgt beschrieben: „Sozialarbeit mit Migranten konkretisiert sich in pädagogischen oder Beratungsangeboten, in der Bereitstellung von Begegnungsstätten oder Personal für soziale Hilfeleistungen im Rahmen der kommunalen und verbändlichen Handlungsmuster, die zentral die Lebenswirklichkeit von Migranten als kommunales soziales Problem konstituieren.“

Schon mit der Anwerbung wurden Sozialberatungsstellen eingerichtet, die den angeworbenen ausländischen Arbeitnehmern Orientierungshilfe anboten. Die Wohlfahrtsverbände teilten die Zuständigkeiten nach Nationalitäten auf. Die ersten Sozialarbeiter unterstützten ihre Sozialarbeit Anfang der 70er Jahre mit dem Beginn des Familiennachzugs, Mitte des gleichen Jahrzehntes wurden die ersten Projekte für diese Bevölkerungsgruppe entwickelt. Ab Ende der 70er Jahre konzentrierte sich die sozialpädagogische Arbeit auf die zweite Generation und zwar auf ihre Ausbildungsmöglichkeiten. Nach einer Anleihe aus Karsten (1984, 83) geschah dies, „um Bedrohungen des in Gefahr gesehenen sozialen Friedens abzuwenden oder dem Aufbrechen sozialer Konflikte präventiv vorzugreifen.“

An diesem Punkt komme ich dazu, der Feststellung von Buchkremer (1982, 29) und Emmerich (1991, 135) zuzustimmen, die die Sozialarbeit bzw.

Sozialpädagogik in bezug auf die ethnischen Minderheiten, im „Bereich der Nothilfepädagogik“ und in ihrer „Feuerwehrfunktion“ verhaftet geblieben sehen, denn die „akute Notlage“ ist und bleibt bis heute noch Ansatzpunkt der Sozialpädagogik bzw. Sozialarbeit. Das geschieht, weil sie davon ausgeht, dass die Verbesserung der unakzeptablen sozialen Lage der ausländischen Bevölkerung in Deutschland durch kompensierende Maßnahmen verlaufen sollte.

Auf einer weiteren Ebene kritisiert Emmerich (1991, 135) „die gesellschaftliche Praxis im Umgang mit Ausländern in der Erkenntnis, daß soziale Prozesse bestimmt werden von gegenwärtigen Handlungsrahmen. Das gesellschaftliche System zeigt Schwächen, ist nicht in der Lage, die sozialen Probleme für die Gesellschaftsmitglieder akzeptabel zu lösen. Neben kompensatorischen Ansätzen in der Erziehung werden auch Maßnahmen gefordert, die Strukturveränderungen innerhalb des gesellschaftlichen Handlungsrahmens bewirken, welche sich auf die Verbesserung der Lebensbedingungen von Ausländern auswirken...“. In Anlehnung an Schaller (1974, 30) bemerkt Emmerich an gleicher Stelle dazu, dass eine solche Pädagogik, „die ihre Arbeit aus diesem praktischen Interesse heraus begründet, (...) eine Affirmierung des gesellschaftlichen Handlungsrahmens bewirkt und ihn vielleicht optimiert für die Lösung der benannten Probleme, ohne allerdings über seine Grenzen hinauszugehen.“

Aus der Sozialarbeit bzw. Sozialpädagogik entsprang eine Spezialdisziplin, die sich mit der ausländischen Bevölkerung befasste und die sehr umstritten ist, nämlich die „Ausländerpädagogik“. Kritiker der neuentwickelten Disziplin werfen ihr vor, dass sie zwar die „Andersartigkeit des Wanderers betont, aber dann eben nicht belegen kann“ (Buckow/ Llaryora 1988, 118 & 14). Vor allem wirft man ihr vor, dass sie „in einem unausweichlichen Dilemma“ steht: „Sie erstrebt für die Betroffenen Emanzipation und die Befreiung von Abhängigkeiten und steht im Dienst derjenigen, die Ausländer unter ökonomischen Gesichtspunkten in einer ihnen zugewiesenen Funktion in die Bundesrepublik holten“ (Emmerich 1991, 135). Auch Griesse (1984) bezweifelt in seinem Buch „Der gläserne Fremde. Bilanz und Kritik der Gastarbeiterforschung und der Ausländerpädagogik“, dass Ausländerpädagogik in der Lage wäre, emanzipatorische Ziele zu erreichen, da sie staatlich bedingten Interessen diene.

3. Wissenschaftstheoretische und methodologische Aspekte

Die theoretische Position dieser Arbeit ist die der kritischen Erziehungswissenschaft, die über die Diskrepanz zwischen gesellschaftlichem Welthorizont und gesellschaftlicher Realität fragt (vgl. Schaller 1974; Emmerich 1991, 3ff & 96 und Buchkremer/Emmerich 1993, 10ff).

Schaller (1974, 30f) beschreibt in seinem Buch „Einführung in die kritische Erziehungswissenschaft“ die "dreifache Leistung von Kritik". Durch folgende Grafik bietet er „eine allgemeine Systematisierung erziehungswissenschaftlich relevanter gesellschaftlicher Problemfelder an“ und verdeutlicht dadurch auch, dass „verschiedene Interessen mit unterschiedlichen Methoden ihre jeweiligen Theorien und Zielsetzungen für die Praxis entwickeln“ (Emmerich, 1991, 3f).

Die soziale Situation dieser Bevölkerungsgruppe beeinflussenden Momente sollen in Anlehnung an Schaller (1974, 11ff) auf drei Ebenen kritisch untersucht werden. Eine entsprechende kritische Analyse und Untersuchung wird auch von Emmerich (1991, 4ff) vorgenommen, auf die ich hier hinweisen möchte.

Ein anschauliches Beispiel zu Schallers „dreifacher Leistung von Kritik“ aus der Rehabilitation behinderter Bürgerinnen und Bürger ist auch in Buchkremer (1993,10ff) zu finden.

Ausgangspunkt der vorliegenden Arbeit ist die Rolle und die Lage der ethnischen Minderheitenangehörigen im Kontext der gesellschaftlichen Situation in Deutschland und im Rahmen der bundesrepublikanischen Geschichte seit den 60er Jahren (vgl. Teil I, Einheiten 1, 2 & 3 vorliegender Arbeit) und insbesondere ihre Präsentationsmöglichkeiten in den Massenmedien (vgl. Teil II vorliegender Arbeit) in besonderer Hervorhebung der Griechen in Deutschland.

Das technische, praktische und emanzipatorische Interesse der dreifachen Leistung von Kritik von Schaller stelle ich im Folgenden ausführlich und in Zusammenhang mit vorliegender Arbeit dar:

Die dreifache Leistung von Kritik (Schaller, 1974, 30f) 1.

Technisches Interesse

Theorie:

Feststellung der

Prozessfaktoren $A \rightarrow B$

Methode:

analytisch



Praxis: Optimierung des laufenden Prozesses $A \rightarrow B$

2. Praktisches Interesse

Theorie:

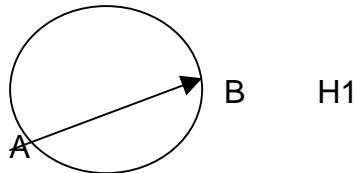
Methode: hermeneutisch

Erkenntnis der Bestimmung

des Prozesses $A \rightarrow B$ durch den

Handlungsrahmen H1 der

gegenwärtigen Gesellschaft



Praxis : Affirmierung des gegenwärtigen gesellschaftlichen Handlungsrahmens H1

3. Emanzipatorisches Interesse

Theorie:

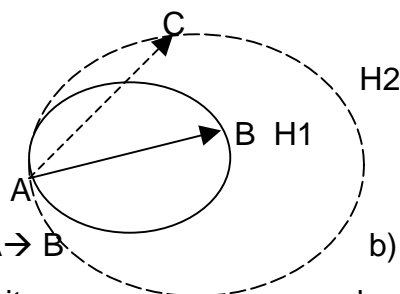
Methode:

Entwicklung von C

kritisch-dialektisch

als Fehlstelle in der gegenwärtigen

gesellschaftlichen Praxis



a) Ablösung von $A \rightarrow B$

durch $A \rightarrow C$: Erweiterung

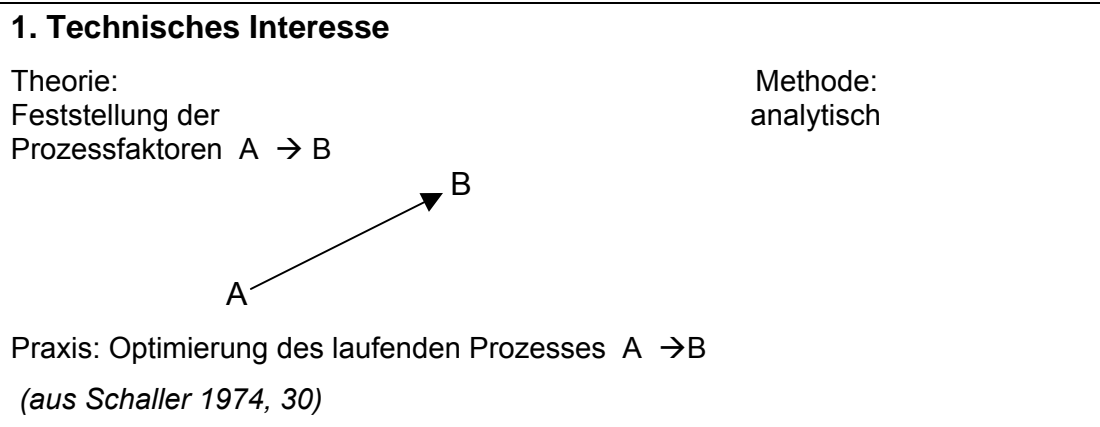
des Handlungsrahmens auf H2:

b) Erweiterung

des Handlungsrahmens auf H2:

Ablösung von $A \rightarrow B$ durch $A \rightarrow C$

Im ersten und zweiten Kapitel der Arbeit (*Teil I, Einheiten: 1,2 & 3 und Teil II*) wird ausführlich eine Ausgangslage festgehalten, die in Schallers Grafik die Stelle des Faktors **A** einnimmt und die sich prozessual auf einen zukünftigen Status der ethnischen Minderheitengruppen in Deutschland hin entwickelt. Dieser zukünftige Status nimmt in Schallers Grafik die Stelle **B** ein.



Auf dieser ersten Ebene („technisches Interesse“) von Schallers „dreifacher Leistung von Kritik“ werden möglichst ausführlich die Faktoren analysiert, „die für die Optimierung des laufenden Prozesses“ der Verbesserung der Situation der ethnischen Minderheitenangehörigen relevant sind, und die Technik der erzielten Methoden bzw. Maßnahmen untersucht, die uns von Stelle **A** zu Stelle **B** führen könnten.

Emmerich (1991, 4) schreibt darüber: „Hier findet sich die neopositivistisch - empirische Methode wieder, die Maßnahmen auf der Grundlage empirischer Daten und abhängig von gesellschaftlichen Zielvorstellungen rational plant und die damit angestrebten Wirkungen linear anleitet. **B** lässt sich dabei ausschließlich prognostisch und damit nur annähernd bestimmen. Je mehr Elemente des gegenwärtigen praktischen gesellschaftlichen Geschehens herangezogen und in ihrer Wirkung auf **A** analysiert werden, um so näher kommt man an das - unter der Voraussetzung eines gleichbleibenden Handlungsrahmens - in Zukunft existierende **B** heran.“

Im ersten und zweiten Kapitel dieser Arbeit beschreibe ich beispielsweise die Lage der ethnischen Minderheiten in Deutschland (Migrationsverfahren und Migrationsgründe, Lebensbedingungen, soziale Lage, politische Partizipationsmöglichkeiten, Rechtstatus der Migranten, staatlich angewandte Konzepte beim Umgang mit ethnischen Minderheiten,

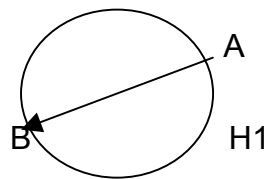
Medienangebote für sie, Mediennutzung, Selbstorganisationen der ethnischen Minderheiten in Deutschland u.a.). Diese Analyse bildet die gesellschaftliche Realität (**A**) der ethnischen Minderheiten in Deutschland. Sie ist, wie gesagt, nicht statische Größe, sondern Ausgangslage und entwickelt sich prozessual auf einen zukünftigen Status (**B**) hin.

b. Praktisches Interesse

2. Praktisches Interesse

Theorie:
Erkenntnis der Bestimmung
des Prozesses $A \rightarrow B$ durch den
Handlungsrahmen H1 der
gegenwärtigen Gesellschaft

Methode: hermeneutisch



Praxis: Affirmierung des gegenwärtigen gesellschaftlichen Handlungsrahmens H1
(aus Schaller 1974, 30)

Die hier untersuchten ethnischen Minderheitenangehörigen leben nicht in einem luftleeren Raum. Sie gehören auch zu einem gesellschaftlichen Rahmen, der gleich für alle Mitglieder einer Gesellschaft ist. Die Lebenslage aller Mitglieder der Gesellschaft – hier der deutschen - ist „mit den sich ständig verändernden gesellschaftlichen Bedingungen eng verflochten, die den Handlungsrahmen (H1) für gesellschaftliche Entwicklungen vorgeben“. Dieser gegenwärtige gesellschaftliche *Handlungsrahmen* nimmt in Schallers Grafik die Stelle **H1** ein.

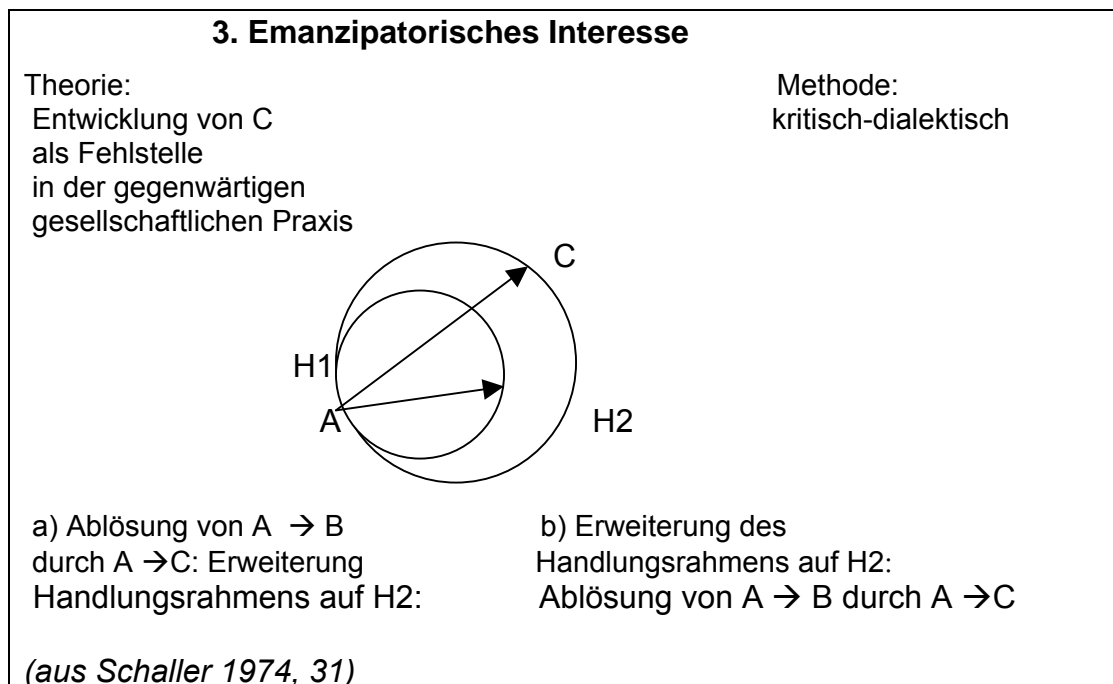
Die Kritik auf der 2. Ebene in Schallers Grafik („praktisches Interesse“) berücksichtigt kulturelle und soziale Aspekte und richtet sich an "das Wohl des Menschen, der durch Vorbildung oder Berufsverhältnis von der Teilnahme am Kulturleben ausgeschlossen" ist (Schaller 1974, 14). Mittels hermeneutischer Methoden wird die pädagogische Praxis innerhalb des gesellschaftlichen Handlungsrahmens kritisiert (vgl. Emmerich 1991, 5).

Bezogen auf die Lebenslage der ethnischen Minderheiten in Deutschland forscht die hermeneutische Pädagogik z. B. Welche Benachteiligung für ethnische Minderheiten bedeutet es, aus wichtigen Lebensbereichen der deutschen Gesellschaft ausgeschlossen zu sein? Was bedeutet alle Mitglieder einer Gesellschaft und somit auch die ethnischen Minderheiten

gleichberechtigt zu leben? Wie beeinflussen die Medien die Entstehung von Vorteilen und Fremdenfeindlichkeit? Die Fragestellung wird im Rahmen der gesellschaftlichen Realität sinnerweitert beantwortet.

c. Emanzipatorisches Interesse

Die kritische Erziehungswissenschaft muss „mit ihrer Fragestellung über die Technik der erzielten Methoden und über ihren Sinn innerhalb der gesellschaftlichen Realität hinaus fragen“ (Buchkremer/Emmerich 1993, 11). Durch die kritisch - dialektische Methode, die auf der 3. Ebene von Schallers Grafik („emanzipatorisches Interesse“) erforderlich ist, wird der *Ist - Zustand* kritisiert. Es werden Mängel in der gesellschaftlichen Praxis d.h. in dem vorgegebenen Handlungsrahmen (**H1**) entdeckt und es wird über die gesellschaftliche Realität hinaus nach der Position **C** gefragt. Mit der Position **C** ist „der Sinnhorizont gemeint, auf den sich die Gesellschaft implizit und explizit beruft, den sie jedoch nicht ausfüllt.“ (Buchkremer/Emmerich 1993, 12). Anders gesagt, wird mit **C** der künftige Zustand größerer „Unabhängigkeit, Selbstbestimmung und Freiheit“ von Angehörigen ethnischer Minderheiten bezeichnet, der auch einen erweiterten gesellschaftlichen Handlungsrahmen **H2** zur Folge hätte (vgl. Buchkremer 1982, 1).



Als Beispiele für den noch nicht real ausgefüllten Welthorizont unserer Gesellschaft, werden von Buchkremer (1993, 12) das „Prinzip christlicher

Geschwisterlichkeit, die Grundsätze der französischen Revolution: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, (und d. V.) das sozialstaatliche Axiom der Solidarität“ genannt.

Die kritische Erziehungswissenschaft ist durch die dialektisch - kritische Methode gekennzeichnet. Hermeneutik und Empirie werden zusammengefasst und in einem dialektischen Verfahren kombiniert und eine neue emanzipatorische Perspektive wird gebildet.¹

Auf die Thematik dieser Arbeit bezogen könnte ich durchaus auf Emmerich (1991, 6) hinweisen:

„Die Perspektiven, in Schallers Grafik mit **C** gekennzeichnet, lösen die Prozeßentwicklung von **A** nach **B** durch **A** nach **C** ab und erweitern den Handlungsrahmen auf **H2**. Da ein dialektischer Prozeß nicht kausal sondern wechselseitig funktioniert, wird gleichzeitig durch die Erweiterung des Handlungsrahmens dieser Ablösungsprozeß vorangetrieben.“ Die pädagogische Zielsetzung ist letztlich normativ-axiomatisch, wie sie schon zu Beginn von Buchkremer (1982, 1) formuliert wurde, Ausländer sollen nämlich 'den Zustand größerer Unabhängigkeit, Selbstbestimmung und Freiheit' erreichen. Auf die vorliegende Problematik bezogen, kann diese Forderung als Fehlstelle **C** bezeichnet werden. Weiterhin schreibt Emmerich (1991, 6): „Eine Diskussion dieses Axioms würde unmittelbar zur Diskussion des erweiterten Axioms 'Emanzipation', das einen zentralen Leitbegriff der kritischen Erziehungswissenschaft darstellt, führen. (...) Bezogen auf die Lebenssituation von Ausländern wäre C z.B. ein gleichberechtigtes emanzipiertes Leben von Bundesbürgern und Ausländern in einer multikulturellen Gesellschaft (**H2**).“

3.1. Methode

Wenn wir noch einmal zu der oben genannten modifizierten Grafik von Schaller zurückkehren, stellen wir fest, dass diese „nicht nur Aussagen über die sozialpädagogischen Handlungsrahmen und die relevanten

¹ In Anlehnung an Schaller beschreibt Emmerich (1991, 6) den Verlauf der Kritik auf dieser 3. Ebene wie folgt: „Sie (die kritische Erziehungswissenschaft d. V.) unterzieht die mit empirischen Methoden erhobenen Daten und Fakten hermeneutischen Methoden des Verstehens. 'Unter einer bestimmten dialektisch - emanzipatorischen Perspektive werden Hermeneutik und Empirie zusammengefaßt. Diese Perspektive wird aber weder aus Hermeneutik noch aus der Empirie allein gewonnen' (Schaller 1974, 23ff), sondern aus der dialektischen Kombination beider Verfahren“.

Prozessfaktoren, sondern auch über die dem jeweiligen Erkenntnisinteressentypus zugeordnete wissenschaftliche Methode“ macht:

a. „*Technisches Interesse*“: „Theoretische Klärung des Prozesses $A \rightarrow B$ “:

Methode: *analytisch*

b. *Praktisches Interesse*: „Auswertung des Erkenntnisrahmens auf den gesellschaftlichen Handlungsrahmen“: Methode: *hermeneutisch*

c. *Emanzipatorisches Interesse*: „Entdeckung einer ‘Fehlstelle in der gegenwärtigen gesellschaftlichen Praxis’, wobei es den Widerspruch zwischen momentaner Realität und wünschenswertem Prozeß $A \rightarrow C$ nicht nur theoretisch sondern auch praktisch einzulösen gilt“ :

Methode: *kritisch-dialektisch* (vgl. Emmerich 1991, 96).

In dieser Arbeit entschied ich mich für diejenige Vorgehensweise, die Michaela Emmerich in ihrem Buch „Ausländer zwischen Ausgrenzung und Emanzipation“ (1991, 96ff) und Hj. Buchkremer in Zusammenarbeit mit M. Emmerich in der Expertise „Rehabilitation in Griechenland“ (1993, 13ff) in Anlehnung an die Schallersche Systematik eingeschlagen haben. In diesen beiden Arbeiten lernte ich Schallers „Dreifache Leistung von Kritik“ kennen. Schaller ordnet nach der Tradition von Habermas (1973) der kritischen Erziehungswissenschaft nicht nur die kritisch - dialektische Methode zu, sondern er sieht in Empirie, Hermeneutik und kritischer Erziehungswissenschaft „eine Sequenz, die sich sinnvoll und hierarchisch ergänzen“ (Buchkremer/Emmerich 1993, 13 und vgl. Emmerich 1991, 96).

Die Methodentypen werden nicht als „sich gegenseitig ausschließende Alternativen“ dargestellt, sondern laut Schaller (1974, 23f) werden zwar die ersten zwei Methoden der kritischen Erziehungswissenschaft untergeordnet, aber sie „sind für das Gesamtsystem unerlässlich.“

Die Zusammenarbeit der durch diese Arbeit repräsentierten Sozialpädagogik mit den sozialpädagogisch engagierten Griechischen Gemeinden (GG) und den Personen griechischer Herkunft, die in Deutschland leben, soll zur Erweiterung des Handlungsrahmens (H2) beitragen und dazu führen, sich dem gewünschten Lebenszustand (C) zu nähern. Laut Schaller wird durch richtige methodologische Anwendung mit emanzipatorischer Perspektive eine „konkrete Dialektik“ gewonnen.

Diese wird in dieser Arbeit durch den Widerspruch zwischen der realen und konkreten momentanen Situation von Angehörigen ethnischer Minderheiten -und insbesondere ihrer Partizipations- und Präsentationsmöglichkeiten innerhalb der deutschen Gesellschaft - auf der einen und dem oben genannten Zielaxiom auf der anderen Seite herausgefordert. Unter dem Zielaxiom ist hier das „Wohl des Menschen“, die Verbesserung der Situation dieser ausgeschlossenen und benachteiligten Bevölkerungsgruppe und das Schaffen eines Zustandes „größerer Unabhängigkeit, Selbstbestimmung und Freiheit“ zu verstehen (vgl. *Emmerich 1991, 96*).

Insbesondere wird in dieser Arbeit die Partizipation der Griechen in Deutschland durch die „Griechischen Gemeinden“ (GG), die Präsentation der ethnischen Minderheiten in den Massenmedien und die Förderung der Interessen dieser Gruppenbevölkerung im Rahmen der deutschen multikulturellen Gesellschaft untersucht. Das soll in besonderer Herausforderung der in Deutschland lebenden Griechen geschehen.

Untersucht wird, inwieweit die GG durch ihre Aktivitäten, ihre Zielsetzung und ihre Präsentation in den Massenmedien dazu beitragen können, die gegenwärtige Lebenslage (**A**) der in Deutschland lebenden ethnischen Minderheitenangehörigen (am Beispiel der Griechen) in eine positivere zukünftige Lage (**B**) oder sogar in einen künftigen Zustand weitgehender „Unabhängigkeit, Selbstbestimmung und Freiheit“ (**C**) zu befördern. Es wird erfaßt, welche Momente für diesen Prozeß (**A**→ **C**) förderlich sind, diese werden analysiert und darauf aufbauend werden konkrete innovative Handlungsvorschläge gemacht.

Im ersten Abhängigkeiten verstanden und zweiten Teil dieser Arbeit wurden die Prozessfaktoren beschrieben und untersucht, denn vor der theoretischen und teilweise praktischen Aufhebung des oben genannten Konfliktes muss „dieser zunächst empirisch erfaßt und in seinen gesellschaftlichen werden.“ (*Emmerich 1991, 97 & Buchkremer/Emmerich 1993, 14*).

Die Schlüsselemente der dialektischen Strategie dieser Arbeit, nämlich die Griechischen Gemeinden und Personen griechischer Herkunft (die sich in Köln aufhalten), welche allerdings nur ein Ausschnitt aus der

sozialpädagogischen Praxis sind, müssen zuerst deskriptiv erfasst werden (vgl. *Teil III, vorliegender Arbeit*).

Die für diese Aufgabe in der Literatur verfügbaren empirischen Daten sind sehr beschränkt. Für die Befragung 1 in GG (vgl. *Teil III, Einheit 1 dieser Arbeit*) hat uns die Veröffentlichung von Assimenios (1998) große Hilfe geleistet (vgl. *Einheit: 4.5. & 4.6. im Teil I und Einheiten: 4 & 5 im Teil II vorliegender Arbeit*), welche zwar die Öffentlichkeitsarbeit und die Präsentation der GG in den Massenmedien nicht behandelt, uns aber Daten zu den GG und dem griechischsprachigen Medienangebot in Deutschland vermittelte. Als zugrunde liegendes Material für die Befragung 2 unter den Griechen in Köln und Umgebung (vgl. *Einheit: 2, im Teil III vorliegender Arbeit*) könnte genannt werden das ARD-Projekt „Massenmedien und Ausländer“ (1985) eine ARD-Studie zu Medienangeboten und dem Medienverhalten von ausländischen Rezipienten (vgl. *Einheit: 6, im Teil II vorliegender Arbeit*), welche allerdings schon im Jahr 1981 im Auftrag der ARD bundesweit durchgeführt wurde und die Studie „Massenmedien und Ausländer in Nordrhein-Westfalen“ (Eckhardt, 1990). Diese Ergebnisse können statistisch mit den Ergebnissen meiner auf Köln beschränkten Befragung nicht verglichen werden. Außerdem haben die Befragungen unterschiedliche Ausgangspunkte.

Wie Emmerich (1991, 97f) bemerkt, sind die „Anforderungskriterien, an die für dieses Thema richtige Methode der sozialwissenschaftlich-empirischen Erkenntnisgewinnung“ vielfältig:

1. Da das Handlungsfeld fast unerforscht, kompliziert und unübersichtlich ist, sollen neue Anhaltspunkte zur Entwicklung von Hypothesen gefunden werden.
2. Die Methode, die in diesem Kapitel angewandt wird, soll den „prozessualen Charakter gesellschaftlichen Geschehens“ berücksichtigen und „sowohl die soziale Bedeutung der Beteiligten als auch den Forschungsprozeß selbst in die Arbeit integrieren“.
3. Die Untersuchung muss den „eingeschränkten personellen und kapazitativen Rahmenbedingungen angemessen sein“.

Meines Erachtens und in Anlehnung an Emmerich (1991) und Buchkremer (1993) ist unter den gängigen sozialwissenschaftlichen

Untersuchungsverfahren die *Erkundung* mit den integrierten Bestandteilen von spezifischen Befragungen (durch persönliche Interviews) die Methode, die die oben genannten Ansprüche erfüllt. Um die grundlegenden Prinzipien der Erkundung vorzustellen, werde ich mich auch in diesem Punkt teilweise der Formulierungen von Michaela Emmerich (1991, 98) bedienen, die unter Berufung auf Händle (1984, 356) schreibt: „Erkundungen entstanden als eine Form ‘praktischer Wissenschaftskritik’, die sich gegen die Irrelevanz vieler Ergebnisse sowie gegen Spezialisierung und Formalisierung etablierter Forschung wendet. Erkundungen zielen darauf, Alltagswissen und -handeln zu erfassen und ausgehend von dabei deutlich werdenden Widersprüchen aufzuklären“.

Die Wurzeln der Erkundung sind im „action research“ aus dem angelsächsischen Sprachbereich und „der bundesdeutschen emanzipatorisch ausgerichteten Variante, der Handlungsforschung“ zu finden, wobei die Handlungsforscher „die Personen im Untersuchungsfeld nicht als ‚Objekte‘ (sehen d. V.), sondern sie beziehen sie als ‚Subjekte‘ bei der Sammlung und Interpretation der Daten ein.“² Die „Tatforschung“, eine von Kurt Lewin im 2. Weltkrieg entwickelte Forschungsmethode, hat den Anspruch, die Wissenschaft „direkt für die soziale Praxis nutzbar zu machen“ (Soukup 1988³ (1980), 259 nach: Emmerich 1991, 98)

Händle (1984, 357) vergleicht die Handlungsforschung mit der Erkundung und bemerkt:

„Im Vergleich mit Handlungsforschungsprojekten sind Erkundungen kürzere Kontakte im Untersuchungsfeld. Dieser punktuelle Charakter schränkt die Möglichkeiten der Beteiligung der untersuchten Personen ein. Aber auch für Erkundungen gelten die leitenden Prinzipien der Handlungsforschung: Die ‘Forscher’ sollen nicht als neutrale Gesprächspartner oder Beobachter erscheinen, sondern eigene Interessen mitteilen und besonders auch latente Zusammenhänge und Handlungsmöglichkeiten im Untersuchungsfeld erkunden“.

² Und weiterhin schreibt Händle (1984, 357): „Wenn es in der Realität von Handlungsforschungsprojekten auch nur begrenzt gelingt, Unterschiede der Vorerfahrungen, der aktuellen Lebenssituation, der Kooperations- und Verwertungsinteressen abzubauen, so kann das Prinzip der Offenlegung von Interessen und Interpretationsansätzen der Forscher und der Beteiligung der untersuchten Personen doch als fruchtbares Regulativ für die Erweiterung von Erkenntnis gelten“

Erkundung wird also durch einen „Prozeßcharakter sozialen Handelns und sozialer Konstellationen“ gekennzeichnet. Die Untersuchten werden dabei als „Subjekte“ des sozialen Prozesses „erkannt und anerkannt“.

Erkundung erfüllt als Methode alle drei oben genannten Anforderungskriterien (vgl. *Emmerich 1991, 98*).

Emmerich hebt Händle (1984, 358) hervor, um den „Verzicht auf exakte und hochspezifizierte Daten“ zu betonen. Der Verzicht darauf ist „zwangsläufig vorgeschrieben“, weil „das Erkennen verstärkter und emanzipatorisch potenter sozialer Prozesse und von Möglichkeiten ihrer direkten Modifikation im Vordergrund steht“ (*Emmerich 1991, 98 und vgl. Buchkremer/Emmerich 1993, 16*). Händle (1984, 358) formuliert es wie folgt: „Im Unterschied zu den bisher dominierenden hypothesenprüfenden Forschungsprojekten sollen in explorativen Forschungsprojekten relevante Hypothesen erst entwickelt werden. In der Auseinandersetzung mit noch wenig erforschten Problemfeldern werden in Erkundungen ausgehend von globalen Annahmen detaillierte Hypothesen und plausible Zusammenhänge als vorläufige Ergebnisse formuliert“.

„Die Abhängigkeit von sozialer Realität im Untersuchungsfeld, Erkundung und Thesenformulierung“ wird von Emmerich (1991, 99) als Zirkel abstrahiert: „Realität wird erkundet, die Erkundung führt zu Thesen, die ihrerseits über die untersuchten Subjekte die Realität verändern, die Erkundung erhält dadurch einen neugestalteten Untersuchungsgegenstand und damit ein neues Profil usw.“:

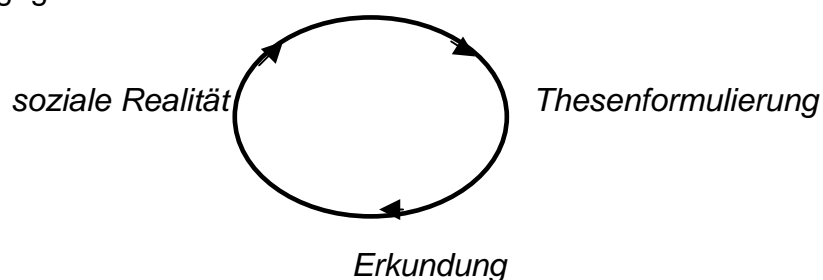


Abb.: Abhängigkeit von sozialer Realität im Untersuchungsfeld, Erkundung und Thesenformulierung (*Emmerich, 1991, 99*)

Die Untersuchungsgestaltung hängt entscheidend vom konkreten Forschungsinteresse und dem Untersuchungsfeld ab. Ersteres wurde in dieser Einheit als Variante des emanzipatorischen Interesses formuliert.

In dieser Arbeit werden die Partizipationsmöglichkeiten der ethnischen Minderheiten in Deutschland durch Selbstorganisationen (wie die GG für die Griechen), die Präsentation der ethnischen Minderheiten in den Massenmedien und die Förderung der Interessen dieser Bevölkerungsgruppe im Rahmen der deutschen multikulturellen Gesellschaft untersucht. (Dies soll am Beispiel der in Deutschland lebenden Griechen geschehen).

Zum Untersuchungsfeld ist anzumerken, dass

- es sich hierbei um solche GG handeln soll, die sich sozial, kulturell und/oder politisch für die griechische Minderheitengruppe selbst und für die ethnischen Minderheiten in der Bundesrepublik insgesamt engagieren. Die GG sind die wichtigsten Vertreter der Griechen in Deutschland und ihr Verband (*vgl. Einheit: 4.5, im Teil I vorliegender Arbeit*), mit dem bei der Durchführung der Befragung kooperiert wurde, gilt als der zentrale Träger politischer Partizipation der in Deutschland lebenden Griechen (*vgl. auch dazu Kasakos 1995, 126*).
- Der Auswahl der vorläufigen These liegt zugrunde, dass die untersuchten GG auch real die Lebenslage ethnischer Minderheitenangehöriger im Sinne starker Emanzipation verändern können.
- Eine Bereitschaft zur Kooperation mit Sozialpädagogen wird vorausgesetzt.

Die folgenden Einheiten dieses Kapitels befassen sich mit der Erkundung bei GG in Deutschland in bezug auf ihre Präsentation in den Massenmedien, auf ihren Charakter, ihre Ziele, ihre Aktivitäten und ihre Zukunftsperspektiven.

Im Anschluss lege ich die Ergebnisse einer Stichprobe zur Mediennutzung der in Köln und Umgebung lebenden Griechen vor.

Unter Berücksichtigung dieser Ergebnisse werde ich Vorschläge zur Verbesserung der Situation der GG machen.

Zum Schluss werde ich im Teil III vorliegender Arbeit die Ergebnisse der Erkundung darstellen und anschließend werde ich Vorschläge machen, die Folgendes betreffen:

a) Strategien und konkrete Richtlinien für journalistisches Handeln vorgestellt, die eine angemessenere Berücksichtigung der Belange von ethnischen Minderheiten in den Medien ermöglichen sollen.

b) Die Durchführung von zwei Projekten, die im Rahmen einer sozialpädagogischen Arbeit über die Massenmedien und die ethnische Minderheiten eingesetzt werden könnten. Das erste Projekt könnte in einer deutschen Schule stattfinden, und das zweite könnte von Mitgliedern der Selbstorganisationen der ethnischen Minderheiten in Deutschland entwickelt werden.

Die Arbeit wurde nach der neuen Rechtschreibreform zusammengefasst. Bei den hier angewandten Zitaten habe ich die ursprüngliche Rechtschreibung belassen. Die Daten und verwendeten Quellen gehen bis Ende 2003 und nur in Ausnahmefällen bis 2004 zurück.

4. Definitionen

a. Der Begriff „ethnische Minderheit“

Ein zentraler Begriff dieser Arbeit ist „ethnische Minderheit“. Damit bezeichne ich Personen ausländischer Herkunft und deren Nachwuchs, die nach Deutschland einwanderten oder aus dem Grund der Familienzusammenführung nachgereist sind, sich in Deutschland aufhalten und sich innerhalb der deutschen Gesellschaft in benachteiligter sozialer, politischer und rechtlicher Lage befinden. Diesen Begriff möchte ich hier genau definieren, und gleichzeitig erklären, warum ich mich für diese Bezeichnung entschied, da in der Fachliteratur eine Vielzahl von Bezeichnungen für diese Gruppe verwendet wird:

Der Begriff „*Fremdarbeiter*“, der aus der Zeit des Kaiserreichs stammt, bekam in der Zeit des Nationalsozialismus einen besonders üblen Inhalt, und wird kaum mehr benutzt (vgl. *Elsner 1970, 16; Nikolinakos 1973, 36 und Geiselberger 1972, 9f*).

Als „*Gastarbeiter*“ wurden bis in die 70er Jahre die ausländischen Arbeiter bezeichnet, die in den 60er Jahren aus den Anwerbeländern nach Deutschland kamen. Diese Bezeichnung hat an sich einen widersprüchlichen Inhalt, denn obwohl die Unternehmen und die Volkswirtschaft von der Arbeit dieser ausländischen Arbeiter besonders stark profitierten, wurden sie als „Gäste“ - unter anderem auch ohne politische Rechte - bezeichnet, fühlten sich jedoch nicht als solche. Die Bezeichnung spiegelte die Einstellung sowohl des deutschen Staates, als auch der deutschen Gesellschaft und am Anfang auch vieler Ausländer wider: „Gäste sind etwas vorübergehendes - Gastarbeiter auch“ (*Deutscher Gewerkschaftsbund, Landesbezirk Baden-Württemberg 1982, 25 und vgl. Geiselberger 1972, 9; Hotamanidis 1974, 7; Bundesanstalt für Arbeit 1968, 32 & Moussourou 1993, 22f*).

Als die Bundesanstalt für Arbeit (BfArb) einen Bericht mit der Überschrift „Ausländische Arbeitnehmer 1969“ veröffentlichte, in dem sie „ihre Tätigkeit bei Anwerbung und Vermittlung ausländischer Arbeiter in der BRD“ bekannt gab, wurde der Begriff „Gastarbeiter“ im August 1970 bei den offiziellen Stellen und den Gewerkschaften ersetzt (vgl. *Geiselberger 1972, 9*). Die Verwendung des neuen Ausdrucks „*Ausländische Arbeitnehmer*“ war nicht

zufällig gewählt, denn diese Beschreibung verschleierte, dass es sich bei den Arbeitskräften aus Anwerbeländern fast ausschließlich um Arbeiter handelt. Um ein besseres Bild von der Lage der ausländischen Arbeiter zu schaffen, wird mit der Einführung dieser Bezeichnung eine statistische Vermischung aller ausländischen Gruppen vorgenommen, von Ausländern nämlich aus den „Anwerbeländern“ und Ausländern aus den „entwickelten Ländern“ (vgl. Geiselberger 1972, 9).

Als in den 70er Jahren langsam deutlich wurde, dass die angeworbenen Arbeitskräfte zu „Dauergästen“ wurden, wurde der überholte Ausdruck „Gastarbeiter“ in der Umgangssprache durch die Bezeichnung „Ausländer“ verdrängt (vgl. Geißler 2000, 29). Mit dem Begriff „Ausländer“ wird in allen Ländern durch Gesetz oder Rechtsprechung derjenige bezeichnet, der nicht die Staatsangehörigkeit des jeweiligen Landes besitzt. Grundsätzlich handelt es sich also um eine Bevölkerungsgruppe, die durch einen bestimmten rechtlichen Status gekennzeichnet wird.³

Diesem rechtlichen Begriff wird bald dasselbe Schicksal zuteil werden, wie dem Gastarbeiter-Begriff, denn nach der Liberalisierung der Einbürgerungspraxis erwerben immer mehr Ausländer die deutsche Staatsbürgerschaft und infolgedessen hat ihre Bezeichnung als ‚Ausländer‘ viele Nachteile. Obwohl „deren Integrationsprobleme mit der Einbürgerung in vielen Bereichen nicht gelöst sind“, werden sie als „Deutsche“ erfasst. Das führt u.a. zu sprachlich paradoxen Situationen, wie zum Beispiel beim Vorsitzenden des Bundesausländerbeirats im Jahr 1999, Murat Cakir, der kein Ausländer, sondern ein Deutscher ist. Der Ausländerbegriff betont außerdem stark das „Nichtdazugehören“, das „Ausgrenzende“ und akzentuiert einen minderen Rechtsstatus (vgl. Geißler 2000, 30).

Es gibt Versuche, diese Personengruppe mit dem Begriff „Arbeitsmigranten“ oder genereller, sie und ihre Familienangehörigen, die hier geboren sind oder hier nicht zur Arbeitsaufnahme, sondern mit dem Ziel der Familienzusammenführung eingereist sind, als „Migranten“ zu bezeichnen.

³ Bis vor kurzem wurden in Deutschland nur wenige Ausländer eingebürgert. Vor der Reform des Staatsbürgerschaftsrechts am 1. Januar 2000 erhielten die Kinder ausländischer Eltern die Staatsangehörigkeit ihrer Eltern (Abstammungsprinzip bzw. *ius sanguinis* = Recht des Blutes).

Der Begriff „Migrant“ wird vom lateinischen Verb „migrare“ (wandern) abgeleitet, Präfixe wie „e-“, „trans-“, „im-“ usw. bezeichnen Aspekte des Wanderungsgeschehens. Neben den lateinisch basierten Ausdrücken werden auch deutsche Bezeichnungsmöglichkeiten verwendet, die zudem Differenzierungen für unterschiedliche Realisierungsformen der jeweiligen Wanderungsbewegung und unterschiedliche politische Inanspruchnahmen erlauben: „Emigrant“ vs. „Auswanderer“, „Remigrant“ vs. Rückwanderer. (Vgl. Ehlrich 1996, Bd. 1, 181)

„Arbeitsmigranten“ sind Migranten, die aus vielerlei ökonomischen und sozialen Zwängen (und Hoffnungen) aber auch aus einer „freiwilligen“ Entscheidung wandern. Davon sind politisch Verfolgte zu unterscheiden, die aus politischem Zwang emigrieren müssen (vgl. Heckmann 1992, 67). „Arbeitsmigranten“ sind im Einwanderungsland überwiegend als „unterste Schicht der industriellen Lohnarbeit“ beschäftigt und sie müssen sich in „diskriminierenden Lebensverhältnissen reproduzieren“ (vgl. Heckmann 1992, 68).

Ende 1999 lebte jedoch ein Drittel aller Bewohner ausländischer Herkunft schon länger als zwanzig Jahre in Deutschland, 40% hatten Aufenthaltszeiten von mehr als fünfzehn Jahren in Deutschland nachzuweisen und mehr als die Hälfte lebten länger als zehn Jahre in der Bundesrepublik⁴ (vgl. *Beauftragte der Bundesregierung für Ausländerfragen*, 2000, 10). Unter ihnen gibt es inzwischen viele erfolgreiche Unternehmer. Nach Berechnungen des Zentrums für Türkeistudien dürfte sich die Gesamtzahl aller Unternehmer ausländischer Herkunft in Deutschland im Mai 1992 auf mehr als 208.000 belaufen (vgl. *Zentrum für Türkeistudien* 1994, 175ff). Nun möchte ich nicht behaupten, dass sich die Lage der Personen ausländischer Herkunft im Arbeitsmarkt rasch geändert hat, vielmehr möchte ich auf einige Tendenzen und Tatsachen hinweisen, die deutlich machen, dass weder die Bezeichnung „Migrant“, noch die Bezeichnung „Arbeitsmigrant“ bzw. „Arbeitsimmigrant“ oder gar „Emigrant“ oder „Immigrant“ dafür geeignet wären, diese

⁴ Es ist anzumerken, dass die oben genannten Prozentzahlen durch die relativ große Einwanderung von Asylbewerbern und Flüchtlingen in den letzten Jahren und die relativ große Zahl von den in Deutschland geborenen Kindern mit ausländischem Pass, die naturgemäß kurze Aufenthaltszeiten vorzuweisen haben, stark gesenkt werden (vgl. *Beauftragte der Bundesregierung für Ausländerfragen*, Oktober 2000, 10f & 29, Tab. 9).

Bevölkerungsgruppen von „Nicht-Deutschen“ verallgemeinernd zu charakterisieren.

Selbst die Kinder ausländischer Eltern werden bislang als „*Kinder ausländischer Arbeiter*“, „*Migrantenkinder*“ oder „*Ausländerkinder*“ bezeichnet, obwohl sie in der Bundesrepublik geboren wurden und somit nicht als „Wanderer“ oder „Migranten“ im obengenannten Sinn bezeichnet werden können (vgl. Emmerich 1991, 10).

Unter denen, die oft mit dem Überbegriff „Migrant“ bezeichnet werden, befinden sich außerdem auch *Flüchtlinge*,⁵ deren Einwanderungsgründe gänzlich anderer Art sind als die der „Migranten“ aus den „Anwerbeländern“. Außerdem unterliegen sie einem unterschiedlichen rechtlichen Status. Danach werden sie in *Asylberechtigte*⁶, *Asylbewerber*,⁷ „*De - facto - Flüchtlinge*“⁸ und *Kontingentflüchtlinge*⁹ unterschieden und ihr jeweiliger rechtlicher Status hat erhebliche Implikationen für ihre gesamte

⁵ „Flüchtlinge sind Menschen, die infolge von Kriegen, Bürgerkriegen, Unterdrückung von politischen, religiösen, sozialen und ethnischen Minderheiten, aufgrund von Vertreibungen, Repressionen und Menschenrechtsverletzungen ihre Herkunftsländer verlassen“ (vgl. Rooyen, in: *Ausländerkurier* 4, 1986, 6 nach Heckmann 1992, 23).

⁶ „Asylberechtigte haben mit ihren Familienangehörigen den durch Behörden und Gerichte zugesprochenen Status politisch Verfolgter im Sinne des Grundgesetzes; ihr Aufenthalt ist gesichert und sie sind Deutschen auf dem Arbeitsmarkt gleichgesetzt“ (Heckmann 1992, 24).

⁷ Asylbewerber sind diejenigen Flüchtlinge, die „einen Antrag auf Asyl gestellt haben und deren Antrag sich im Bearbeitungsverfahren befindet; zu dieser Gruppe gehören auch diejenigen, deren Antrag abgelehnt wurde, die jedoch gegen die getroffene Entscheidung bei den Verwaltungsgerichten klagen. Wird der Asylantrag endgültig abgelehnt, bedeutet das für die Betroffenen nicht automatisch den Zwang zur Ausreise oder die Abschiebung. Ein beträchtlicher Teil der abgelehnten Asylbewerber kann aufgrund der Genfer Flüchtlingskonvention von 1951, die die Bundesrepublik unterzeichnet hat, aus humanitären oder politischen Gründen nicht abgeschoben werden. Sie bilden die Gruppe der sogenannten De - Facto - Flüchtlinge“ (Heckmann 1992, 24).

⁸ Die rechtliche und infolgedessen die sozioökonomische Situation der De – Facto - Flüchtlinge ist ungesichert. „Sie besitzen keinen gefestigten Rechtstatus wie Asylberechtigte, ihr Aufenthalt beruht auf administrativen Entscheidungen, die praktisch jederzeit wieder aufgehoben werden können“ (vgl. Kuper 1986, 3 nach: Heckmann 1992, 24).

⁹ Kontingentflüchtlinge sind Flüchtlinge, die von einer Regierung „als Gruppe aufgenommen werden und insgesamt, d.h. ohne individuelles Verfahren, politisches Asyl erhalten“, wie z. B. die aufgenommenen vietnamesischen „boatpeople“ in Deutschland (vgl. Heckmann 1992, 24).

Lebenslage.¹⁰ Mit Flüchtlingen, Asylberechtigten und Asylbewerbern werde ich mich in dieser Arbeit nicht beschäftigen.

Die obengenannten Begriffe sind nicht nur „lebensweltliche Ausdrücke“. Sie kollidieren mit den jeweiligen „gesetzlichen Tatbeständen und politischen Willensbekundungen...“, so wie sie in den verschiedenen Phasen der Ausländerpolitik vom deutschen Staat verstanden und realisiert wurden (vgl. Emmerich 1991, 10; Maier - Braun 1980; Braun 1982, 195ff; Bade 1994).

Die Migrationspolitik in Europa und in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg war wirtschaftlich bedingt, weshalb die Analyse und die Kritik des Migrationsphänomens und der Migrationspolitik der Aufnahmeländer oft aus wirtschaftlicher Perspektive geführt wird, wie ich in den nächsten Einheiten dieser Arbeit zeigen werde (vgl. Teil: I, Einheiten: 1. vorliegender Arbeit).

Nach den 70er Jahren wuchs die Zahl der Zuwanderer drastisch, die Migrationspolitik folgte der Entwicklung der Migrationsphänomene nicht mehr und die demographischen Perspektiven zeigen deutlich, dass immer mehr Migranten nach Europa und Deutschland kommen werden (vgl. Moussourou 1993, 24). Diese Tatsachen erlauben die Einwanderung von ganzen Bevölkerungsgruppen, und nicht mehr nur von Arbeitern. Mit der Zeit entwickelten sich die angeworbenen Arbeiter zu ethnischen Minderheiten in folgendem Sinne :

In der Literatur wird der Begriff der *Minderheit* (minority) oder *ethnische Minderheit* (ethnic minority) zumeist undifferenziert für eine Vielzahl unterschiedlicher ethnischer Gruppen verwendet.¹¹ Aufgrund der

¹⁰ Andere Bezeichnungen wie „siedeln“, „Aussiedler“, oder „pendeln“, „Pendler“ bezeichnen „soziale Aktivitäten, die in einer diffusen Weise zum Phänomenbereich der Migration hinzugehören und eine nähere Bestimmung erfordern.“ (Goebel u.a. 1996, 181)

¹¹ Ein Begriff der mit unterschiedlichen Inhalten in der Literatur auftaucht ist der der „ethnischen Gruppen“: Laut einem Definitionsvorschlag von Heckmann werden als ethnische Gruppen „Teilbevölkerungen von staatlich verfassten Gesamtgesellschaften“ bezeichnet, die „von der Mehrheitsbevölkerung differente ethnische Kollektive, die Angehörige eines Volkes oder, wesentlich häufiger, Teil von Völkern sind. Wie andere ethnische Kollektive haben ethnische Gruppen eine Vorstellung gemeinsamer Herkunft sowie ein Zusammengehörigkeitsbewusstsein und sind durch Gemeinsamkeiten von Kultur und Geschichte gekennzeichnet. Eine kollektive Identität begründet sich zum einen auf einem Bewusstsein der Gruppe von sich selbst, zum anderen als Urteil und Zuschreibung ‚von außen‘, d.h. anderer Gruppen. Ethnische Gruppen sind z.T. durch gemeinsame Institutionen und Beziehungssysteme verbunden, z.T. stehen sie (nur) für die Mobilisierbarkeit gemeinsamen Handelns“ (Heckmann 1992, 57).

unterschiedlichen „Variationen im Verhalten von Minderheiten“, ihrer großen Unterschiede in ihrer soziokulturellen und sozioökonomischen Lage und ihrer Stellung in der Geschichte der Minderheiten, lässt sich feststellen, dass es sich um kein „homogenes Phänomen“ handelt. Mehrere Arten von Minderheiten lassen sich unterscheiden (vgl. Francis 1965, 123).

Ethnische Minderheiten sind laut Heckmann (1992, 57) „innerhalb eines Systems ethnischer Schichtung benachteiligte, unterdrückte, diskriminierte und stigmatisierte ethnische Gruppen“.

Der gleiche Autor schlägt an gleicher Stelle eine historisch systematische Typologie vor. Seine Kriterien sind die Entstehungsbedingungen der Lage von ethnischen Minderheiten „nach unterschiedlichen sozialstrukturellen Stellungen und politischen Orientierungen“. Er unterscheidet zwischen vier Typen ethnischer Minderheiten (vgl. Heckmann 1992, 60ff):

- die nationalen Minderheiten
- die Einwandererminderheiten
- die kolonisierten Minderheiten und
- die neuen nationalen Minderheiten.

Die vorliegende Arbeit beschäftigt sich mit dem zweiten Typus dieser Kategorisierung: *den Einwandererminderheiten*.

Die vorgeschlagene Typologie ethnischer Minderheiten wird im Kontext der Analyse dreier größerer Prozesse der internationalen Geschichte entwickelt:

- a. der Begründung des modernen Nationalstaats (*nationale und regionale Minderheiten*)
- b. der großen internen und internationalen Migration als Folge der Auflösung der feudal-agrarischen Produktionsweise und Sozialstruktur (Einwandererminderheiten: *Siedlungseinwanderer und Arbeitsmigranten*) und
- c. der Wirkungen des Kolonialismus und in seiner Konsequenz der Begründung der „jungen“ Nationalstaaten“ (*kolonisierte Minderheiten und neue nationale Minderheiten*). (Vgl. Heckmann 1992, 59ff).

Die Themengruppe dieser Arbeit, nämlich die Einwandererminderheiten, unterscheiden sich in *Siedlungseinwanderer und Arbeitsmigranten*. Vorliegende Arbeit beschäftigt sich mit den Arbeitsmigranten.

Arbeitsmigranten sind Bevölkerungsgruppen zumeist ländlicher Herkunft, die ihre Heimat aus wirtschaftlichen Gründen verließen und zum Zweck der Arbeitsaufnahme in eine andere Gesellschaft wandern. Im Einwanderungsland entsteht mit der Zeit eine eigenständiges sozialkulturelles Selbstorganisation, die laut Heckmann (1992, 68) die „Einwandererkolonie“ entwickeln. Von Arbeitsmigranten als ethnische Minderheiten lässt sich laut dem gleichen Autor sprechen, wenn diese ethnische Kolonie entwickelt ist, „welche Ergebnis der Wechselwirkung von Herkunftsfaktoren und den Lebens- und Arbeitsbedingungen der Einwanderungsgesellschaft ist.“

Die oben skizzierten Phasen beim Umgang des deutschen Staates mit den ethnischen Minderheiten spiegeln sich nicht nur in den vielfältigen Bezeichnungen für diese Menschen, sondern auch im Forschungsbereich wider. Es werden Begriffe verwendet, die „zu Bezeichnungen einer ganzen Forschungsrichtung avanciert“ sind (vgl. *Bukow/ Llaryora 1988, 7*). Bis in die 70er Jahre beschäftigte man sich in der deutschen Soziologie mit dem „Sonderfall“ der „Gastarbeiter“ und ihrer Familien, der den Bereichen spezieller Soziologien, bis zu diesem Zeitpunkt nicht oder nur schwierig zugeordnet werden konnte (vgl. *Heckmann 1992, 1*). Mit den Arbeiten von Soziologen seit den 70er Jahren vollzog sich eine „Anbindung an die internationale Migrations- und ethnische Minderheitenforschung“ (*Heckmann 1992, 2 und vgl. Hoffmann - Novotny, 1973; Harbach 1976 & Esser 1980*)

Der Tatsache, dass Deutschland seit langem schon eine multikulturelle Gesellschaft ist,¹² und dass Menschen ausländischer Herkunft heute Bürger der deutschen Gesellschaft sind (vgl. *Teil: I, Einheit: 1 vorliegender Arbeit*) trägt auch die deutschsprachige Soziologie in den letzten Jahren Rechnung. Neue Begriffe tauchten auf. Zentraler Begriff dieser Forschungsrichtung ist „ethnische Minderheit“. Schon in den 80er Jahren entwickelten sich in den europäischen Ländern ethnische Minderheiten mit ihren eigenen Kulturen, Institutionen und einer eigenen Identität (vgl. *Castles u.a. 1984, 96 und zur Identität und Identitätsbildung vgl. Erikson 1980 ; Adorno 1973; Krappmann*

¹² Zur Definition der „multikulturellen Gesellschaft“ vgl. *Teil: I, Einheit: 1 vorliegender Arbeit*.

1982; DeLevita 1971; Mead 1968 & Ders.1971; Habermas 1974 & Ders. 1981;; Freud 1921,Bd. 9; Thomä 1980; Michel 1992; Rüsen 1984).

Buchkremer (1977) spricht in seiner Identifikationstheorie von „Außenseitern“. Dieser Begriff könnte zwar auch auf ausländische Personen angewandt werden, wurde aber nicht speziell für diese entwickelt. „Außenseiter“ werden von Buchkremer (1977, 15) wie folgt definiert: „Außenseiter sind Menschen, die sich in einem gebrochenen Verhältnis zu einer, mehreren oder allen Gruppen befinden, zu denen sie gehören. Einerseits sind sie auch dem Wir-Gefühl der übrigen Gruppenmitglieder ausgeschlossen, andererseits erbringen sie selbst nicht das übliche Mindestmaß an Einfühlung und Leistung innerhalb der moralischen und intentionalen Inhalte und Aktionen der Gruppe.“ Außerseiter werden im Rahmen der Identifikationstheorie vom selben Autor (*Buchkremer 1977, 15f*) als „Identifikationsbehinderte Mitglieder sozialer Gruppen“ verstanden: „Außenseiter sind identifikationsbehindert, indem sie entweder als Subjekt der Identifikation d.h. als Identifizierende anders als in der Bezugsgruppe üblich reagieren oder indem sie als Objekte der Identifikation d.h. als Identifizierte durch sozial unerwünschte Eigenschaften abgelehnt werden.“¹³ Bukow/Llaryora (1988) haben in ihrem Werk „Mitbürger aus der Fremde. Soziogenese ethnischer Minoritäten“ ihren Blick in einer ganz anderen Weise auf die ethnische Minderheit gelenkt. Zur Ethnisierung im Sinne der „ethnisch ausgewiesenen Soziogenese einer Minorität“ reicht eine sozialgeschichtliche Fragestellung, so nur im Sinne einer Geschichte der Einwanderer, nicht aus. Diese Gedanken „sind zwar äußerst wichtig, lösen die Probleme jedoch noch nicht, weil dort die Frage nach der Ethnisierung ja bloß historisch zurückverlagert wird, ohne sie letztlich zu beantworten“ (*Bukow/Llaryora 1988, 51 u. 63*). Die Autoren stellen also die Frage nach der „soziokulturellen Bereitschaft zur Minorisierung“ und unterscheiden dabei zwischen: „einer sozialen Dimension, in der die Frage nach der sozialen Akzeptanz durchgespielt wird und einer alltagskulturellen Dimension, in der die sozialen Praktiken verbalisiert und abgestützt werden“ (*Bukow /Llaryola 1988, 63*).

¹³ Zur Definition der hier genannten Begriffe „Wir-Gefühl“, „Identifikation“ und „Identifikationstheorie“ vgl. Buchkremer 1977. S. 8ff & Teil: I, Einheit: 5.2. vorliegender Arbeit

Auf der „sozialen Ebene“ wird zunächst danach gefragt, „bei welchen Gelegenheiten, in welcher Weise und auf welchem Hintergrund die soziale Akzeptanz durchgearbeitet wird“. In diesem Zusammenhang wird die „Alltagsherrschaft“ zentral. Im „politisch-kulturellen Zusammenhang“ wird danach gefragt, „auf welchem konkreten Hintergrund es zu solchen Behauptungen wie Deutscher, Nicht-Deutscher usw. kommen kann“ und bei dieser Frage werden Überlegungen zur Ethnogenese und Ethnogenie angestellt (vgl. Bukow/Llaryola 1988, 63).

Oft werden die ethnischen Minderheiten als „*kulturelle Minderheiten bzw. Minoritäten*“ bezeichnet. Mit der Verwendung dieser Bezeichnung wird die unterschiedliche Kultur dieser Gruppe als einzelne Eigenschaft herausgehoben und damit wird die Verwendung des umstrittenen Begriffs „ethnisch“ vermieden. Der Rechtsstatus dieser Bevölkerungsgruppe wird aber damit nicht genügend berücksichtigt. Wenn der Begriff nicht in einem bestimmten kulturspezifischen Kontext benutzt wird, könnte die Verwendung dieses Begriffes als ein Versuch verstanden werden, Probleme zu verschleiern.

Oft wird versucht, den Begriff ethnische Minderheit durch andere Begriffe zu ersetzen, die eher die eine oder die andere Dimension der Migrationsfrage betonen, die Verfasser von Stereotypen befreien und den jeweiligen Sinn, der hinter ihren Thesen steht, beschreiben. Bukow spricht von „Mitbürgern aus der Fremde“ (1988) und von „*Allochthonen*“ (vgl. Bukow/Llaryola 1988 und Bukow 1999, 42).

Der erste Begriff betont sehr zutreffend ihre Rolle in der deutschen bürgerlichen Gesellschaft und weist indirekt darauf hin, dass es ein Defizit in bezug auf das Wahlrecht gibt. Bei der Apostrophe „aus der Fremde“ könnten aber die Betroffenen als exotisch bezeichnet werden.

Ein Ausdruck, der insbesondere im Bereich der Ethnologie verwendet wird, ist der Begriff: „*Allochthone*“. Mit dieser Bezeichnung werden im Gegensatz zu den „*Autochthonen*“, diejenigen bezeichnet, die keine Eingeborenen sind. Der Begriff umfasst zwar die Vielzahl von Einwanderern unterschiedlicher Art, unterstützt aber nicht genau die Fragestellung dieser Arbeit, denn dadurch wird nur ihre Eigenschaft als „Nicht-Eingeborene“ betont, die auf ihre weitere Eigenschaft als „Nicht - Deutsche“ hinweist. In dieser Arbeit geht es vornehmlich um Personen, welche sich lange in Deutschland

aufhalten und benachteiligt sind, obwohl sie meines Erachtens realiter Bürger der deutschen Gesellschaft sein sollten. Das Merkmal der Staatsangehörigkeit sollte also keine zentrale Rolle spielen.

In der vorliegenden Arbeit werde ich zunächst den Begriff „ethnische Minderheit“ verwenden. Ich erkenne zwar die Notwendigkeit, einen zutreffenderen Terminus für diese Bevölkerungsgruppen zu finden, entschied mich jedoch für den o.g. Terminus, weil ein Begriff der internationalen Migrations- und ethnischen Minderheitenforschung ist und die hier behandelten Bevölkerungsgruppen in politischer, rechtlicher, sozialer und historischer Hinsicht zutreffend beschreibt.

b. Der Begriff „Partizipation“

Ein weiterer zentraler Begriff in dieser Arbeit, der insbesondere auch ihren Titel mitprägt, ist der der „Partizipation“.

Den Begriff „*Partizipation*“ werde ich an dieser Stelle durch eine Anleihe vom Handbuch der Politikwissenschaften, wie folgt definieren: „Unter Partizipation verstehen wir jede Beteiligung des Bürgers an gesellschaftlichen Prozessen und zwar sowohl an Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozessen, als auch an sozialen und speziell politischen Aktivitäten selbst“ (vgl. Vilmar 1986). Moderne bürgerliche Gesellschaften werden vorzugsweise aus Systemen gebildet, die dazu dienen, aus den Menschen durch Partizipation Gesellschaftsmitglieder zu machen. Unter Partizipation wird hier die politische und soziale Beteiligung verstanden (vgl. Bukow 1999, 47). Voraussetzung dafür ist, dass diese Systeme installiert sind, ausgebaut werden und zielgerichtet funktionieren. Es entsteht ein Kreislauf zwischen System → Integration → Gesellschaftsmitglied → Partizipation → System (vgl. Bukow 1999, 47f). Bukow systematisiert im gleichen Werk in folgender Skizze¹⁴ diese

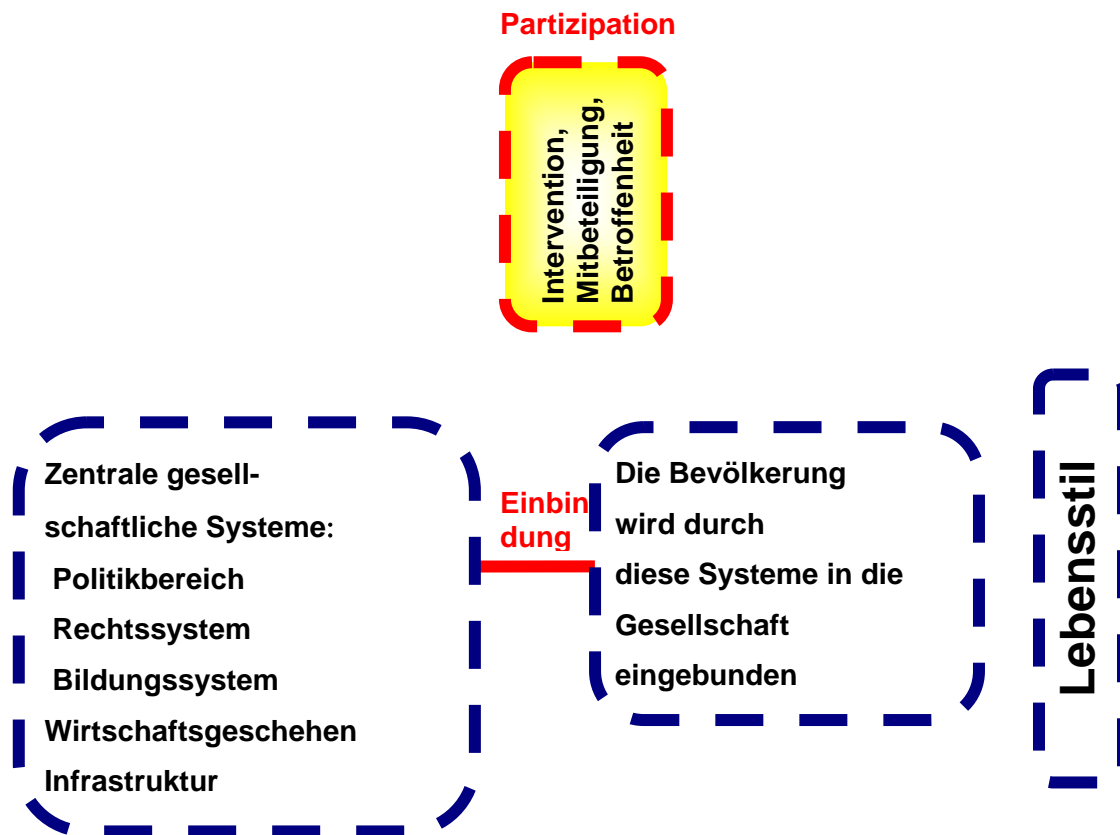
¹⁴ Zu den drei Begriffen schreibt Bukow (1999, 50):

Intervention :“ Parteien und ergänzend Verbände und Institutionen sollen heute eine Beteiligung aller im Sinn kritischer Intervention gewährleisten.”

Betroffenheit: “Die Gesellschaftsmitglieder sind prinzipiell alle in allen Bereichen - wenn auch unterschiedlich direkt - betroffen.”

Beteiligung: “ Die Entstehung der Zivilgesellschaft verdankt sich dem Willen, die allgemeine Betroffenheit zur Rechtsgrundlage für eine umfassende gesellschaftliche Beteiligung zu erklären (Bürgerrechte).”

Basisstruktur der bürgerlichen Gesellschaft, welche den Zusammenhang klar macht, in dem die Beteiligung des Gesellschaftsmitglieds überhaupt gedacht wird:



(vgl. Bukow 1999, 48ff)¹

In einer demokratisch verfassten Gesellschaft sind die Momente der Integration (Einbindung „von oben nach unten“) und der Partizipation („von unten nach oben“) besonders wichtig (vgl. Bukow 1999, 47ff).

a. *Integration*: Für den vorliegenden Zusammenhang bedeutet *Integration* eine faktische, mehr oder weniger ausgebaute Einbindung der Bevölkerung in der modernen Gesellschaft durch die einzelnen zentralen,

Die genannten Systeme werden von Bukow (1999, 49) wie folgt definiert:

„Politikbereich: Verwaltung und Parteien garantieren die Bürgerrechte im Rahmen politischer Dienstleistung

Rechtssystem: Formale Gleichstellung je nach Zugang

Bildungssektor: Beteiligung je nach Fertigkeiten und Motivation und Bildungswünschen

Wirtschaft: Beteiligung über Arbeit bis Arbeitslosengeld/ Konsum bis ggf. Versorgung/Gewerkschaft bis Tarifverträge

Infrastruktur: Versorgung mit ÖPNV (d.V.:Öffentlicher Personennahverkehr) \ bis Sozialwohnungen“ .

gesellschaftlichen Systeme (siehe Grafik), die damit das darstellen, was die Gesellschaft zusammenhält (*vgl. Bukow 1999, 48*).

b. Partizipation: Alle Gesellschaftsmitglieder sind von der Gesellschaft betroffen, sie sollen also auch an der Gesellschaft mit beteiligt sein und eine Möglichkeit der Intervention besitzen. Partizipation geschieht im Hinblick auf die jeweiligen zentralen gesellschaftlichen Systeme unterschiedlich, wie z. B.:

Zentrales politisches System Partizipationsmöglichkeiten durch:

Politisches System → Wahlsystem bzw. Parteiensystem

Wirtschaftsgeschehen → Beteiligung über die Arbeit, Konsum u.a.

Partizipation wird als eine Art Rückbindung des Gesellschaftsmitglieds einer „civil society“ (d.h. des Betroffenen) mit den jeweiligen zentralen gesellschaftlichen Systemen verstanden. Wenn man von Systemen spricht, hört sich dies besonders theoretisch und abstrakt an, in Wirklichkeit geht es aber um unser Leben, unsere Existenz, unsere Anliegen und unseren Alltag. Das zentrale politische System „Wirtschaft“ umfasst beispielsweise, sowohl die vom Arbeitnehmer angebotene Arbeit, als auch Arbeitslosengeld, Gewerkschaft, Tarifverträge, Konsum u.a. Das zentrale politische System „Infrastruktur“ betrifft unter anderem: die Verkehrsverbindungen, ggf. den Bus, womit man täglich zur Arbeit fährt, Sozialwohnungen, Strassen, Parkplätze, Grün- und Sportanlagen u.a.

Die Botschaft der bürgerlichen Gesellschaft liegt darin, dass man irgendwie die Möglichkeit haben sollte, daran beteiligt zu sein, an allem, was unsere Lebensmöglichkeiten berührt, denn darauf basiert auch das Prinzip der Bürgerrechte (*vgl. Bukow 1999, 50*).

Von äußerst großer Bedeutung ist für den oben vorliegenden Zusammenhang die Einschätzung, ob die zentralen gesellschaftlichen Systeme in irgendeiner Weise versagen oder nicht, denn fundamentale Bedingung dafür, dass es Partizipationsmöglichkeiten in der bürgerlichen Gesellschaft gibt, ist, dass die Systeme richtig funktionieren: Um die richtige Funktion der verschiedenen zentralen, gesellschaftlichen Systeme einschätzen zu können, wäre zu fragen inwiefern z.B. die Parteien die Interessen der Betroffenen fordern (Politikbereich), ob in allen Fällen das

Prinzip der formalen Gleichstellung (Rechtssystem), oder das Prinzip, dass jeder die gleichen Bildungschancen hat (Bildungsbereich), gilt u.a. (vgl. *Bukow 1999, 49f*).

Wenn aber für einen großen Teil der Gesellschaftsmitglieder, den der ethnischen Minderheiten, die Systeme versagen, dann kann die o.g. „Botschaft der bürgerlichen Gesellschaft“ nur mangelhaft oder überhaupt nicht funktionieren.

In diesem Zusammenhang gewinnt die Aufgabe der Sozialpädagogik an Bedeutung. Buchkremer (1995, 7f) geht von sozialpädagogischer Sicht aus und beschreibt die Sozialpädagogik als „Bestandteil der gesellschaftlichen Wirklichkeit“, ein „dynamischer Faktor innerhalb von Politik und Gesellschaftswissenschaft, Erziehung und Erziehungswissenschaft, Subsidiärer Erziehung und Theorie Subsidiärer Erziehung.“ Außerdem ist Sozialpädagogik, laut dem selben Autor, ein „Moment gesellschaftlicher Praxis“, die „zuständig für die soziale Eingliederung von Individuen und Gruppen“ ist und damit bildet sie ein „Polit-Faktor“ im aristotelischen Sinne als die Gesamtheit des nicht privaten Lebens verstanden. Sozialpädagogik wird von Buchkremer (1995, 33) wie folgt definiert: „Sozialpädagogik ist der Bereich von Erziehung und Erziehungswissenschaft, der in besonderer Weise an (pro)sozialem Verhalten orientiert ist. Zum einen sind Prosozialität und Solidarität die Ziele der Sozialpädagogik. Diese sucht sie mit erziehlichen Mitteln bei Individuen, menschlichen Gemeinschaften und Gesellschaften zu entwickeln. Zum andern sind Prosozialität und Solidarität die von der Sozialpädagogik vorausgesetzten uns eingeforderten Motive der Gesellschaft und Politik.“

Jede Gesellschaft wird an gleicher Stelle als „ein Gesamtsystem aus Individuen und Gruppen, die hinsichtlich ihrer Bedürfnisse aufeinander bezogen sind. Die Regeln, nach denen der gesellschaftliche Austausch erfolgt, besteht aus ungeschriebenen und geschriebenen Konventionen und Gesetzen. Ihre Einhaltung wird einerseits durch das subjektive Bedürfnis nach Gruppenzugehörigkeit bzw. Gruppenkonformität, andererseits durch die Organe staatlicher Macht gesichert. Gesellschaftswissenschaft im weitesten Sinne hat somit zwei Aufgaben: zum einen die Motive der sozialen Bedürfnisse und die Inhalte der sozialen Konsense zu erforschen und zu reflektieren, zum anderen die Mittel, Methoden und Mandate

gesellschaftlicher Macht zu untersuchen und ihren Anspruch auf Legitimität zu hinterfragen.“ (*Buchkremer 1995, 7*). Sozialpädagogik selbst steht also unter der Anforderung „mit ihren Mitteln dazu beizutragen, daß Menschen in riskanten und problematischen Lebenslagen für die Gesellschaft produktiv bleiben oder (wieder) werden.“ (*Buchkremer 1995, 34*).

In der vorliegenden Arbeit gehe ich davon aus, dass die o.g. Integration und Partizipation in der bürgerlichen deutschen Gesellschaft nur auf die „alteingesessene“ Bevölkerung beschränkt bleibt und stimme mit Bukow zu: „Die allochthone Bevölkerung wird nicht zu einem Teil der Civil Society“ (*vgl. Bukow 1999, 55*). Um dies zu beweisen, werde ich die Lage der ethnischen Minderheiten in diesem Zusammenhang und im Rahmen der hier präsentierten zentralen, gesellschaftlichen Systeme in Deutschland untersuchen und beschreiben. Dabei werden die Begriffe der Integration und der Assimilation näher bearbeitet (*vgl. Teil: I, Einheit: 2.6.1. & 2.6.2. vorliegender Arbeit*). Anschließend dazu wird die Partizipation ethnischer Minderheiten in Deutschland durch ihre Selbstorganisationen - am Beispiel der Griechen - dargestellt (*vgl. Teil: I, Einheiten: 4.1 vorliegender Arbeit*).

c. Die Begriffe „Informationsgesellschaft“, „Massenmedien“, „Öffentlichkeit“ und „öffentliche Meinung“

Wie ich in der Einleitung beschrieb, wird in vorliegender Arbeit der Versuch unternommen, den gegenwärtigen Bezug zwischen Partizipationsformen der ethnischen Minderheiten in Deutschland, wie ihre Selbstorganisationen, und den Massenmedien zu untersuchen (*vgl. Teil: II vorliegender Arbeit*). Dabei stoßt man auf die Begriffe „Informationsgesellschaft“, „Massenmedien“, „Öffentlichkeit“ und „öffentliche Meinung“, die ich im folgendem definieren möchte.

o Die „Informationsgesellschaft“

„Selten war die Welt der Massenkommunikation so heftig in Bewegung wie heute.“ (*Maaßen 1996, 5*). Von 1440, als Johannes Gutenberg seine revolutionäre Erfindung des Buchdrucks mit beweglichen Metall-Lettern der Menschheit bekannt machte, hat sich bis heute im Medienbereich sehr viel geändert. (*Zur Pressegeschichte bis zum II. Weltkrieg vgl. Koszyk 1972, Bd. 7; zur Presse seit 1954 vgl. Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger (Hrsg.) 1997 und im Allgemeinen vgl. Pürer/Raabe 1996, Bd. 1*)

Unter den tagesaktuellen Medien haben die Pressemedien die längste Geschichte. Der Aufstieg des Radios begann ca. 1930 und das Fernsehen hatte bereits unmittelbar nach seiner Einführung (etwa 1950) eine rasche Verbreitung zu verzeichnen. (*Zur Nutzung des Radios vgl. Berg u.a. 1982*)

Durch die technische Entwicklung rutschten wir rasch in die sog. Neue „*Informationsgesellschaft*“ (vgl. *Schlussbericht der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages 1998*).

Außer Buch, Zeitschriften, Hörfunk und Fernsehen, Film und Comics haben inzwischen die *Multimedien* an Bedeutung gewonnen. Dadurch wird der Bildschirm zur zentralen Instanz im Alltag der Menschen; in den entwickelten Ländern der Welt als Arbeitsgerät, als Informationsterminal und als Unterhaltungsmedium (vgl. *Meyn 1999, 11*)

Die Multimedien verschmelzen die in der Wirtschaft bislang getrennten Bereiche, wie die Computer-Industrie und die Unterhaltungselektronik, Telefongesellschaften und Medienunternehmen. Es besteht längst schon die Möglichkeit, Printmedien auch elektronisch zu verbreiten oder sich im TV-Bereich mit eigenen Magazinen zu engagieren. TV - Sender können über Computer genutzt werden. Elektronische Geräte wie Fernsehen, Computer, Telefon und Telefax, Videorekorder und CD-Player „verschmelzen zu einem einzigen Multimedia- Komplex“ (vgl. *Meyn 1999, 11*).

○ „*Massenmedien*“

Es gibt verschiedene Definitionen zum Begriff „*Massenmedien*“. Alle betonen übereinstimmend „die technische Vermittlungsleistung der Massenmedien, den einseitigen, d.h. rückkoppelungsarmen Kommunikationsfluß, sowie die Verbreitung der Aussagen an eine Öffentlichkeit - im Gegensatz zur Individualkommunikation“ (*Endruweit/ Trommsdorff 1989, Bd.2, 419 und vgl. Maletzke 1963*).

Den Begriff „*Massenmedien*“ möchte ich durch eine Anleihe aus dem „*Wörterbuch der Soziologie*“ definieren: „*Massenmedien* stellen Organisationen / Institutionen dar, die sich mit den technischen Mitteln der Massenvervielfältigung befassen. Massenmedien werden als technische Einrichtungen, Instrumente bzw. Apparaturen bezeichnet, mit denen Aussagen bzw. Botschaften öffentlich, direkt und einseitig an ein disperses Publikum verbreitet werden“ (*Endruweit/ Trommsdorff 1989, Bd.2, 419*).

Kommunikator und Empfänger unterliegen bei diesem Verfahren vielen sozialen und psychologischen Faktoren und Interdependenzen, welche den wissenschaftlichen Gegenstand der Massenkommunikation bilden.

In bezug auf die Minderheiten generell, können Massenmedien eine positive oder negative Vorbildfunktion haben (vgl. Meyn 1999, 34).

○ „Öffentlichkeit“ und „Öffentliche Meinung“

Die Begriffe „Öffentlichkeit und öffentliche Meinung“ werden im Alltagsverständnis mit sehr unterschiedlichen Bedeutungen verwendet. „Der Begriff der öffentlichen Meinung schließt den der Öffentlichkeit ein, der einen allen Bürgern zugänglichen Raum meint, der also weder privat noch geheim ist“ (Kleinstreuber 1991, 414).

Öffentlichkeit und öffentliche Meinung beziehen sich auf alle öffentlichen Angelegenheiten, d.h. auf alle durch den „Staat“ wahrgenommenen Aufgaben. Öffentlichkeit und öffentliche Meinung stehen aber auch für die Mehrheitsmeinung der Wahlbürger. Ferner wird Öffentlichkeit einerseits mit medialer oder massenmedialer Öffentlichkeit gleichgesetzt, meint aber andererseits auch „sämtliche Bereiche des gesellschaftlichen Lebens, die nicht ‘privat’ sondern ‘öffentlich’ sind.“ (Vgl. Ruhrmann 1995, 101f).

Der Inhalt der Öffentlichkeit hängt damit zusammen, wie die Medien den Lesern, Hörern und Zuschauern die Gesellschaft präsentieren und wie diese dadurch die Gesellschaft als Einheit begreifen und wie sie sich damit identifizieren und sich als Teil von ihr begreifen. Ruhrmann beschreibt diese Funktion der Massenmedien wie folgt:

„An der Konstruktion der sozialen Wirklichkeit, an der Konstruktion von gesellschaftlichen Einheitskonzepten und an der Konstruktion von Alltagstheorien haben in diesem Verständnis die Medien einen bedeutenden Anteil“ (vgl. Ruhrmann 1995, 102). Die Medien werden andererseits von den Rezipienten sowohl im Alltag, als auch in Krisensituationen genutzt, um ihre „Unsicherheiten“ gegenüber dem vermittelten „Unbekannten“, bzw. dem „anderen“, also dem „Fremden“ zu reduzieren. Deshalb sind die Rezipienten darauf angewiesen, den Medien zu vertrauen. Hierzu muss erwähnt werden, dass wir kaum etwas erfahren würden, wenn die Medien nicht darüber berichten würden. Dies betrifft auch Berichte über die Hindergründe der Wanderungsbewegungen, über das Leben der ethnischen

Minderheiten in Deutschland, über die ausländerfeindlichen Anschläge usw. (vgl. *Ruhrmann 1995, 102ff*).

Weitere Schlüsselbegriffe, die in der Arbeit eine Rolle spielen, z. B. Ausländerfeindlichkeit, Fremdenfeindlichkeit, Vorurteil, werden in den entsprechenden Kapiteln erarbeitet und definiert (vgl. *Teil : I, Einheit: 5 vorliegender Arbeit*).

I. Ethnische Minderheiten und Massenmedien in Deutschland

Theoretische Aspekte im sozialpädagogischen Kontext

1. Migration und Multikulturalität in Deutschland. Historischer Abriss

Diese Arbeit setzt sich zum Ziel, zu größerer Unabhängigkeit, Selbstbestimmung und Freiheit der ethnischen Minderheiten innerhalb der deutschen Zivilgesellschaft beizutragen (vgl. *Buchkremer 1982, 1*). Dies kann nur durch ein friedliches Zusammenleben aller ethnischen Minderheiten und durch ihre Partizipation und ihre Gleichstellung in der deutschen Gesellschaft realisiert werden. Dabei können meines Erachtens auch die Massenmedien einen bedeutenden Beitrag leisten.

Um diese These zu untermauern, werde ich zuerst folgende Punkte kritisch untersuchen:

- Begriffe wie „Nationalstaat“, „multikulturelle Gesellschaft“, „Migration“ und „Einwanderungsland“,
- Deutschland ist seit langem ein Einwanderungsland und multikulturelle Gesellschaft,
- die geschichtliche Entwicklung des Arbeitskräfteimports und der Migration generell in Europa und insbesondere in Deutschland seit Beginn der Neuzeit.

1.1. „Nationalstaat“ und „multikulturelle Gesellschaft“

Nationalstaaten sind „durch die Einheit von Staatsvolk, verstanden als rechtlich - staatsbürgerlicher und ethnischer Begriff, Nationalkultur und Staatsgebiet“ gekennzeichnet (vgl. *Heckmann 1992, 1*). Besonders nach dem II. Weltkrieg wurde immer wieder in den europäischen Nationalstaaten die Homogenität des Volkes, die nationale Identität oder Einheit der Kultur propagiert.

Ein vorsichtiger Blick auf der Geschichte der Menschheit macht meines Erachtens deutlich, dass sich die Gesellschaften und Kulturen aller Zeiten „in einer langen Geschichte kulturellen Austausches grenz- und völkerübergreifend“ bildeten und infolgedessen multikulturell gewesen sind. Dies möchte ich an dieser Stelle durch eine Anleihe aus Oberndörfer (vgl. 1994, 79) untermauern, der folgendes feststellt: „Keine Kultur entsteht aus sich selbst heraus in einem luftleeren Raum. (...) kulturelle Homogenität

im Sinne fugenloser, konfliktfreier Übereinstimmung kultureller Werte hat es nie und nirgendwo gegeben“. So wurde beispielsweise das Christentum von den Germanen aus den Kulturen des Nahen Ostens übernommen. Im Mittelalter und in der Renaissance wurden die europäischen Völker entscheidend aus der Begegnung mit dem Geist der griechisch-römischen Antike beeinflusst. Davon sind auch der deutsche Idealismus, die deutsche Klassik und Romantik geprägt (vgl. Olendorf 1994, 79ff).

Hieraus ergibt sich, dass die Bewegung von Menschen über Grenzen hinweg und die Begegnung verschiedener Kulturen einen normalen Zustand beschreiben (vgl. Bade 1992, 9). Migration und insbesondere Arbeitsmigration ist demnach kein historisch neues Phänomen.

Multikulturalität als Folge von Migration, aber auch als Folge der Industrialisierung und der Modernisierung, sollte als „ein kontinuierlich voranschreitender Prozess verstanden werden“, denn die ethnische Pluralisierung der deutschen Bevölkerungs- und Gesellschaftsstruktur ist vor allem durch Migration induziert (vgl. Yildiz, 1992, 111 und Bukow 1992, 161ff).

Multikulturell ist eine Gesellschaft, in der ethnische Minderheiten unterschiedlicher Kulturen und Religionen zusammenleben (vgl. Keskin 1992, 12). Zu den demokratischen Rahmenbedingungen einer multikulturellen Gesellschaft gehören die Gleichberechtigung aller ethnischen Minderheiten in den rechtlichen, sozialen, politischen und kulturellen Lebensbereichen, die gegenseitige Toleranz und die Offenheit für unterschiedliche Lebenswerte, die Einführung einer interkulturellen Erziehung im Schulwesen, ebenso wie muttersprachlicher Sendungen in Rundfunk und Fernsehen und die Beseitigung von Barrieren, welche die ethnischen Minderheiten „von der Partizipation an und der Emanzipation in der Gesellschaft abhalten“ (vgl. Keskin 1992, 13).

Das Prinzip der Gleichstellung aller Menschen in allen Lebensbereichen wird auch von den Verfassungsprinzipien der Menschenwürde, des Rechts- und Sozialstaates und der Demokratie geschützt. Kulturelle Vielfalt bzw. kulturelle Freiheit sind deshalb auch in der Bundesrepublik Deutschland ausdrücklich verfassungsrechtlich geschützt (vgl. Oberndörfer 1994, 79). In Art. 4 Abs. 1 und 2 des Grundgesetzes heißt es: „Die Freiheit des Glaubens,

des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich”.

Was unter der Freiheit der Kultur zu verstehen ist, möchte ich an dieser Stelle durch eine weitere Anleihe aus Oberndörfer (1994, 79) bestimmen:

„Zur Freiheit der Kultur gehört die Freiheit der Weltanschauungen, des religiösen Glaubens und der religiösen Praxis, der künstlerischen Gestaltung und der individuellen Wahl bei der Aneignung kultureller Werte im weitesten Sinne, also auch Freiheit des Geschmacks im Alltag der Bürger (...) In der Republik gibt es also keine nationale Religion, keine nationale Kunst, keinen nationalen Geschmack, Religion und Weltanschauung sind frei“ (vgl. Oberndörfer 1994, 79 ff).

Aus der Überlieferung unterschiedlicher Kulturen und dem daraus stattfindenden kulturellen Austausch bildete sich nicht nur kultureller Pluralismus, sondern entstanden auch kulturelle Konflikte, die, wie Oberndörfer im gleichen Werk ausführte, der „Motor des kulturellen Wandels“ sind.

In sogenannten Nationalstaaten ist dagegen eine systematische Verdrängung der Multikulturalität zu beobachten, obwohl immer wieder im Laufe der Zeit Strukturen entstehen und sich verstärken, die über den Nationalstaat hinausgreifen, wie zum Beispiel die wachsende Internationalisierung vieler gesellschaftlicher Strukturen und Beziehungen zwischen Organisationen und Individuen einer nationalen Gesellschaft mit Organisationen und Individuen anderer nationaler Gesellschaften und Staaten. Internationalisierung und ethnische Pluralisierung von Bevölkerungen sind eng verbunden. Wachsende Internationalisierung hat kulturelle, wirtschaftliche, politische und militärische Triebkräfte und Seiten. Gemeint sind u.a. die Ausbreitung der multinationalen Unternehmen, der Gewinn an Bedeutung von supranationalen politischen Institutionen und militärischen Strukturen in Form von Bündnissen oder Sicherheitspartnerschaften, aber auch eine Internationalisierung der persönlichen Beziehungen (vgl. Heckmann 1992, 4).

Nach den bisherigen Ausführungen kann man davon ausgehen, dass eine Homogenität des Volkes, eine nationale Identität oder eine Einheit der Kultur, die in den europäischen Nationalstaaten immer wieder propagiert wird, nichts weiteres als „eine Fiktion, ein wirkungsvoll inszeniertes

Verschleierungstheater“ ist (Yildiz 1992, 112). Nationalstaaten akzeptieren nicht und verdrängen systematisch die Multikulturalität, die wie ersichtlich wurde, einen historischen normalen Zustand der menschlichen Gesellschaften und Kulturen bildet.

1.2. Deutschland und Einwanderung

Im folgenden werde ich zeigen, dass die deutsche Gesellschaft multikulturell ist, - als Folge der Migration. Zuerst wird die Hypothese bestätigt, dass Migration und Wanderung Merkmale der menschlichen Geschichte sind und dass dadurch ethnische und kulturelle Pluralisierung entstehen. Dann wird diese Annahme durch einen historischen Abriss der Migration im europäischen und insbesondere im deutschen Raum untermauert.

Die politische Diskussion wurde am Ende des letzten Jahrhunderts zunehmend von gesellschaftlichen Entwicklungen bestimmt, die mit Migration zu tun haben; Migration und Wanderung gehören zu den ältesten Themen der Erzählungen der Menschheit. Dazu gehören die transmaritimen Irrfahrten des Odysseus, die Migrationsgeschichte von Äneas, die Wanderungsgeschichten Israels. Es sind dies einige Beispiele aus dem Judentum, dem Griechentum und der Latinität, drei Kulturen, die den heutigen westlichen Kulturen zugrunde liegen. Ähnliche Wanderungsgeschichten findet man auch in der arabisch-islamischen Kultur (gruppenkonstituierte Wanderung: “Hedschra” in der Form der Flucht oder “Hadsch, als dauerhafte religiöse Pflicht“). Auch in den späteren Epochen der Geschichte findet man eine große Fülle von Erzählungen über kriegsrische oder friedliche Migrations- und Wanderungsprozesse (z.B. Dietrich-, Nibelungenepos). Die Völkerwanderung gehört zum bedeutendsten Migrationsprozesse im europäischen Raum. Trotz vielfältiger Migrationserfahrungen in der Geschichte der Menschheit, wird Migration in der Gegenwart insbesondere in den westlichen Kulturen zunehmend als “eine Metapher für Bedrohung empfunden”, was in der Politik durch Abdichtung der Grenzen, elektronische Überwachung und zahlreiche juristische und administrative Maßnahmen umgesetzt wird, welche die Wanderungsbewegungen zum Stillstand bringen sollen (vgl. Goebel u.a. 1996, Bd.1, 180f).

Wegen ihrer großen Bedeutung rückte die Migration in den Mittelpunkt der Betrachtungen gänzlich verschiedener wissenschaftlicher Disziplinen. Deren Konzeptentwürfe sind nur aus dem Blickwinkel der jeweiligen wissenschaftlichen Disziplin zu verstehen und keinesfalls allgemeingültig. Allerdings lässt sich deutlich zwischen verschiedenen Arten von Migration unterscheiden:

- a. Nomadische Migration
- b. Pilgerschaft; Mission; Tourismus; Handel (diese Form von "Kleinwanderung" wird üblicherweise aus dem Bereich der Migration herausgenommen, gehört ihr jedoch systematisch an)
- c. Politisch bedingte Migration wie Flucht und Vertreibung
- d. Ökonomisch bedingte Migration (vgl. *Goebel u.a. 1996, Bd. 1, 184ff*).

Hieraus ergibt sich, dass Migration kein historisch neues, und nicht nur ein auf die deutsche Gesellschaft beschränktes Phänomen ist.

Nicht nur Personen oder Bevölkerungsgruppen wandern, sondern auch ganze Völker. Aus Wanderung entstehen sogar neue Völker wie z. B. das deutsche Volk. Die ethnische Pluralisierung der deutschen Bevölkerungs- und Gesellschaftsstruktur ist vor allem durch Migration induziert, wie ich im folgenden durch einen historischen Abriss der Einwanderung in Deutschland zeigen werde.

1.2.1. Migration in Europa seit der Neuzeit

Schon seit Beginn der Neuzeit lassen sich drei Epochen der Migration im europäischen Raum ausmachen (vgl. *Zohlberg 1991, 6*):

a. Erste Migrationsepoche in Europa

Der Augsburger Religionsfrieden hatte 1555 mit der Einführung seines Rechtssatzes „Cuius regio, eius religio“ die Umsiedlung jeweiliger religiöser Minderheiten in den entsprechenden Fürstentümern zur Folge. Während der Reformation in Deutschland fand deswegen ein gigantischer Zwangsaustausch geschlossener religiöser Gruppen statt (vgl. *Busch 1994, 13*). Zugleich siedelten Menschen aus Europa in die überseeischen Kolonien über. Nach der Besiedlung Amerikas waren es zunächst Sklaven, die zum Erwerb erheblicher Reichtümer beitrugen. Mindestens 15-20 Millionen Sklaven wurden durch den Sklavenhandel aus Afrika in Nord - und

Südamerika „eingeführt“ (vgl. Katsoulis 1978, 13).

b. Zweite Migrationsepoche in und aus Europa

Die zweite Migrationsepoche könnte von 1750 bis 1850 angesetzt werden. Sie ist durch Industrialisierung und Bürgeremanzipation gekennzeichnet. Das Recht auf freie Ausreise wird inzwischen als ein Menschenrecht betrachtet. Geht man aber dieser Tatsache aus politisch - ökonomischen Aspekten nach, könnte man sie als Folge des internationalen Arbeitskräfteimports, der auf eine neue Basis gestellt wurde, erklären. Katsoulis (1978, 13) beschreibt dies sehr sarkastisch wie folgt: „Früher verschaffte man sich billige Arbeitskräfte entweder durch Kriege oder durch Sklavenhandel...“. Seit dem 19. Jahrhundert „geht man zivilisierter vor und holt ausländische Arbeitskräfte auf ‘freiwilliger’ Basis“ Geiselberger (1972, S. 11) erklärt, dass es inzwischen als „unwirtschaftlich“ galt, Sklaven zu besitzen und „für den Erhalt dieses Besitzes auch in den Zeiten mit Nahrungsmitteln, Kleidung und Wohnung sorgen zu müssen, in denen die Sklaven gar nicht als Arbeitskräfte eingesetzt werden konnten (z. B. zwischen den Ernten)“. Andererseits war es „wirtschaftlicher“ und „gewinnbringender“, freie Arbeitskräfte in den Zeiten, in denen sie nicht gebraucht wurden, „sich selbst zu überlassen“.

Im 19. Jahrhundert verließen 29 Millionen Menschen Europa, vor allem durch Not, Arbeitslosigkeit, Unterbeschäftigung und die Erwartung auf ein besseres Leben dazu getrieben, ihre Heimat zu verlassen und ihr Schicksal in die eigene Hand zu nehmen (vgl. Busch 1994, 13). Die meisten von ihnen ließen sich für immer im „Land der unbegrenzten Möglichkeiten“ nieder. Gleichzeitig wurden die Ureinwohner vertrieben und ihre Restbestände in Reservaten angesiedelt.

c. Dritte Migrationsepoche in und aus Europa

Die dritte bis heute währende Migrationsepoche beginnt Mitte des 19. Jahrhunderts und wird vom Rückgang des Bevölkerungswachstums in Europa einerseits und der Explosion des Bevölkerungswachstums in den früheren Kolonien der Dritten Welt andererseits bestimmt (vgl. Zohlberg 1991, 6 nach Busch 1994, 13). Die Armut, Beschäftigungslosigkeit und Krankheiten in Europa erreichen ihren Höhepunkt. Der Bedarf an

Arbeitskräften in Amerika wurde in der Zeit der ersten industriellen Revolution vor allem durch Auswanderer aus Europa gedeckt.

Zwischen 1851 und 1950 wanderten insgesamt 37 Millionen Menschen (davon 31 Mio. Europäer) allein in die USA ein. Schon im 19. Jahrhundert gab es in den USA Formen des Arbeitskräfteimports die an die 60er Jahre unseres Jahrhunderts erinnern: „So wurden in China Millionen von Kulis für kalifornische Obst- und Gemüsekulturen mit Verträgen verpflichtet, die ihnen Hungerlöhne und Elendsquartiere, aber keine Rechte sicherten“ (vgl. Geiselberger 1972, 12). Neben den überseeischen Wanderungen fanden Arbeitskräfteverschiebungen durch Wanderung innerhalb Europas statt. Bereits Mitte des 19. Jahrhunderts, waren irische Arbeitsmigranten in England sowie Deutsche als Straßenkehrer in Paris und als Bäckergehilfen in London beschäftigt (vgl. Baier 1970, 3 nach Katsoulis 1978, 14).

1.2.2. Einwanderung nach und aus Deutschland. Historischer Abriss

a. Die Arbeitsmigration in Deutschland bis Anfang des 19. Jahrhunderts

Die Arbeitsmigration in Deutschland beginnt im 19. Jahrhundert, insbesondere nach der Gründung des Deutschen Kaiserreichs im Jahre 1871 und ist Teil des raschen Industrialisierungs- und Modernisierungsprozesses (vgl. Heckmann 1981, 146ff).

In der ersten Hälfte der 70er Jahre des 19. Jahrhunderts kam es zu akuten Arbeitskräfteverknappungen an bestimmten Schwerpunkten der rasch voranschreitenden Industrialisierung, vor allem in der Schwerindustrie des Ruhrgebietes, wie Bergbau und Eisenindustrie.

Zunächst hatte man einheimische Arbeitskräfte in den industriellen Produktionsprozess integriert. Der akute Arbeitskräftemangel im Ruhrbergbau wurde durch eine breite Zuwanderung aus Ost- und Westpreußen, Polen und Oberschlesien ausgeglichen. Die 80er und 90er Jahre des 19. Jahrhunderts waren außerdem durch eine starke Auswanderung aus Deutschland gekennzeichnet: zwischen 1880 und 1900 wanderten ca. 2 Millionen Deutsche nach Nordamerika aus (vgl. Heckmann 1992, 18).

Der vor allem in der Großlandwirtschaft durch Landflucht bedingte Arbeitskräftemangel ließ bereits vor der Jahrhundertwende eine organisierte Anwerbung von ausländischen Arbeitern, eine „Pendelwanderung“ zur

Notwendigkeit werden (vgl. Heckmann 1992, 18). Diese Wanderung wurde von der sogenannten Feldarbeiterzentrale, einer halbstaatlichen Arbeitsvermittlung, kontrolliert. Hierdurch kam es u.a. zum verstärkten Einsatz von polnischen Bergarbeitern¹⁵ aus Russland in den preußischen Ostprovinzen, in Oberschlesien und vor allem im Ruhrgebiet (vgl. Katsoulis 1978, 15). Deutschland, ein Land, das früher eines der ersten Auswanderungsländer war, ist Anfang der 20er Jahrhundert zu einem der bedeutendsten Einwanderungsländer geworden (vgl. Britschgi-Schimmer 1916, 31 nach Heckmann 1992, 19). Schon vor dem I. Weltkrieg waren über 800.000 Ausländer in Deutschland (vgl. Holjewilken 1970, 14 nach Katsoulis 1978, 15; Stirn 1964 nach Katsoulis 1978, 13ff und Nikolinakos 1973, 36ff).

Für die Zeit von 1912-1913 geben vertrauliche Aufzeichnungen im Reichsamt des Innern die Zahl von etwa 1.200.000 ausländischen Arbeitern in Deutschland an, von denen die Hälfte aus Österreich - Ungarn stammte (vgl. Nichtweiß 1959, 177 nach Katsoulis 1978, 16). Die Polen wurden nicht berücksichtigt, sie galten juristisch größtenteils nicht als Ausländer (vgl. Heckmann 1992, 19).

Nach dem I. Weltkrieg ging die Zahl der ausländischen Arbeiter wegen der starken Rückwanderung und der wirtschaftlichen schlechten Nachkriegsentwicklung stark zurück, so dass 1932 nur noch 142.000 ausländische Arbeiter in Deutschland lebten (vgl. Holjewilken 1970, 14 nach Katsoulis 1978, 17).

Der Schwerpunkt der Ausländerbeschäftigung lag in den Bereichen, die für einheimische Arbeiter nicht attraktiv genug waren, wobei hier vor allem der Hoch- und Tiefbau, Eisenbahn, Kanal- und Chausseebau, die Ziegelindustrie, Torfstecherei und der Bergbau anzuführen sind (vgl. Katsoulis 1978, 15). Die ausländischen Wanderarbeiter waren bereit, weit unter den vereinbarten Tarifen zu arbeiten. Die deutschen Arbeiter betrachteten deshalb ihre ausländischen Kollegen vor allem als „Lohndrücker“ und ihre Einstellung gegenüber den „Polacken“

¹⁵ Obwohl die Polen aufgrund der Aufteilung ihres Landes die deutsche Staatsangehörigkeit besaßen, handelte es sich nach Heckmann (1992, 18) in soziologischer Hinsicht eindeutig um einen Einwanderungsprozess.

(Arbeitsemigranten aus Polen) war generell misstrauisch und feindlich (*vgl. Heckmann 1992, 18 und Freudendorff 1972, 30*).

Erwähnenswert ist, dass schon 1880 im Ruhrgebiet staatliche Überwachungsstellen eingerichtet wurden, wodurch es den Unternehmern möglich war, die „Fremdarbeiter“ effektiv zu überwachen und zu kontrollieren“ (*Freudendorff 1972, 30*). Im Jahre 1908 wurde sogar die bis dahin gültige Praxis auch offiziell durch das Reichsvereinsgesetz, das alle polnischsprachigen Versammlungen verbot, legitimiert.

Nicht zu übersehen ist auch, dass die polnischen Arbeiter dem sog. „Karenzzwang“ unterlagen: Zur Vermeidung einer möglichen „Überfremdung“ durch Polen („Polnisierung“), verließen die polnischen Wandererarbeiter während des Winters Deutschland. Die „Karenzzeit“ wurde während des I. Weltkrieges abgeschafft. Die ausländischen Arbeiter bekamen jetzt Ausreiseverbot und durften ihre Arbeitsplätze nicht verlassen (*vgl. Katsoulis 1978, 16*).

b. Arbeitsmigration nach Deutschland wegen der Weimarer Republik und dem II. Weltkrieg

Während der Jahre der Weimarer Republik ging die Zuwanderung von ausländischen Arbeitern angesichts der Beschäftigungsprobleme in Deutschland rapide zurück. Im Mittelpunkt der öffentlichen ideologischen Auseinandersetzung über Fremde standen in den Jahren des nationalsozialistischen Deutschlands wegen des Antisemitismus vielmehr die Juden (*vgl. Herbert 1994, 65*).

Nach der Machtergreifung durch Hitler entstand aufgrund seiner Beschäftigungspolitik und des bald folgenden Kriegsausbruchs erneut eine Arbeitskräfteverknappung. Im Mai 1939 wuchs die Zahl der ausländischen Arbeiter in Deutschland auf 525.000 an (*vgl. Stirn 1964, 39 nach: Katsoulis 1978, 17*). Aufgrund der erheblichen staatlichen Investitionen, der staatlichen Arbeitsbeschäftigungsmaßnahmen, des Baus von Autobahnen und der Rüstungsindustrie rekrutierten die deutschen Arbeitsämter in Zusammenarbeit mit Betrieben, Wehrmacht und Sicherheitspolizei seit Kriegsbeginn Millionen von Zivilisten und Kriegsgefangenen für den „Arbeitseinsatz im Reich“ (*vgl. Herbert 1994, 65f*).

Zunächst waren es Zwangsarbeiter aus Polen, dann aus allen besetzten Ländern Europas, die in der Rüstungs- und Kriegswirtschaft des nationalsozialistischen Deutschlands unter dem Zwangsarbeitersystem als „ein integrierter Teil der deutschen Wirtschaft“ beschäftigt waren (vgl. *Nikolinakos 1972, 36f*).

Seit dem Ende der Sklaverei in den USA in der Mitte des 19. Jahrhunderts ist dieser sogenannte „Ausländereinsatz“, der während des zweiten Weltkrieges in Deutschland stattfand, der „größte Fall der massenhaften, zwangsweisen Verwendung von ausländischen Arbeitskräften in der Geschichte“ (vgl. *Herbert 1994, 65*).

Mindestens 5,5 Millionen Zivilisten und 1,5 Millionen Kriegsgefangene wurden während des II. Weltkrieges nach Deutschland verschleppt, da ohne diese „Fremdarbeiter“ weder der Krieg zu führen noch die deutsche Bevölkerung „auf dem geforderten hohen Niveau mit Lebensmitteln zu versorgen gewesen wäre“ (*Herbert 1994, 66 und vgl. Der Spiegel 43/1970, 50ff*).

Gegen Ende des II. Weltkrieges waren 7-8 Millionen ausländische Zivilarbeiter und Kriegsgefangene in der deutschen Wirtschaft im Einsatz, 1944 war beinahe jede dritte Arbeitskraft in Deutschland ein „Fremdarbeiter“. Mehr als 50% davon waren Frauen aus dem Osten (vgl. *Herbert 1994, 66 und Katsoulis 1978, 17*). Die Gesamtzahl der nach Deutschland verschleppten Ausländer, die unter den unmenschlichen Arbeits- und Lebensbedingungen litten, betrug nach Angaben des Nürnberger Kriegsverbrecherprozesses 19 Millionen (vgl. *Freudendorff 1972, 52*). Anderen Berichten zufolge sollen während des Krieges „mehr als 20 Millionen Menschen aus fast allen europäischen Ländern nach Deutschland verschleppt und dort brutal ausgebeutet“ worden sein (vgl. *Elsner 1970, 16f nach: Katsoulis 1978, 17*).

c. Die Nachkriegszeit (von 1945 bis 1959)

Nur 16 Jahre nach dem Kriege, im Jahre 1961, als wieder verstärkt ausländische Arbeitskräfte aus den südeuropäischen Ländern auf dem deutschen Arbeitsmarkt eingesetzt wurden, wurde in der Öffentlichkeit auf die oben beschriebene Vorgeschichte der „Gastarbeiter“- Beschäftigung mit keinem Wort mehr eingegangen. Wie Herbert (1994, 66) sehr zutreffend

bemerkt, begann die erneute Heranziehung von ausländischen Arbeitskräften vielmehr „unter der Suggestion der Geschichtslosigkeit“.

Zunächst waren die frei werdenden Arbeitsplätze der ausländischen Zwangsarbeiter nach deren Rückkehr in ihre Heimatländer wurden von den aus den besetzten Ostgebieten, der sowjetischen Besatzungszone und der späteren DDR nach Westdeutschland strömenden deutschen Flüchtlingen und Vertriebenen eingenommen worden.

Von 1949 bis 1960 wanderten allein aus der DDR 1,7 Millionen Menschen zu. Insgesamt waren bis zum Jahr 1961 13,34 Millionen „Heimatvertriebene“ und „Zuwanderer“ aus den Ostgebieten sowie Flüchtlinge aus der DDR in die Bundesrepublik gekommen (*vgl. Heckmann 1992, 19*).

Es waren die Vertriebenen, die Flüchtlinge und die ausländischen Arbeitskräfte, die in der Nachkriegszeit nach West-Deutschland kamen, die das Wachstum der westdeutschen Wirtschaft förderten und den Wiederaufbau ermöglichten. Der Wiederaufbau in den Westzonen Deutschlands „vollzog sich nach den Prämissen der amerikanischen Militärregierung“ (*vgl. Emmerich 1991, 13f*). Der Fördersatz von Truman war darauf ausgerichtet, die „Grundlage für eine kapitalistische Entwicklung der Westzonen“ zu legen (*vgl. Schmidt 1972: 12 nach Emmerich 1991, 14*).

Die Restauration einer freien Unternehmerwirtschaft der westlichen Zonen Deutschlands unterstützt von der Marschall-Plan-Hilfe sollte unter anderem „die Stabilität von Wirtschaft und Gesellschaft gegen kommunistische Einflüsse im westlichen Deutschland sichern“ (*vgl. Bade 1983, 59*).

Trotz des Umfangs der Zuwanderung von Vertriebenen und Flüchtlingen, die in die Bundesrepublik strömten, einer bis in die erste Hälfte der 50er Jahre andauernden hohen Arbeitslosigkeit und der großen Zahl der Heimkehrer aus der Kriegsgefangenschaft kam es, bereits 1952 zu Knappheitserscheinungen auf dem Arbeitsmarkt. Harbach (1976, 167) nennt dafür folgende Gründe:

1. Ungünstige Bevölkerungsstruktur
2. Arbeitszeitverkürzung
3. Verlängerung der Urlaubszeit
4. Vorverlegung der Ruhestandsgrenze
5. Verlängerung der Ausbildungszeiten
6. Aufbau von Bundeswehr und Bundesgrenzschutz

7. Ausbleiben des Flüchtlingsstromes aus der DDR.

Das schnelle wirtschaftliche Wachstum und die Aufstellung der Bundeswehr, die dem Arbeitsmarkt etwa 500.000 junge Männer abzog, führten zu einem Rückgang der Arbeitslosigkeit und zur Erhöhung der Zahl der offenen Stellen (vgl. *Arndt/Hege 1984, 10 nach Emmerich 1991, 14*).

Bereits 1952 führte diese Arbeitskräfteverknappung auf bestimmten Teilarbeitsmärkten - anfangs in der Landwirtschaft, etwas später auch im Baugewerbe - zu ersten, wenn auch zunächst nur kurzfristigen und relativ unorganisierten Anwerbungen ausländischer Arbeitskräfte. 1955, im ersten Jahr der systematischen Anwerbung, arbeiteten insgesamt ca. 80.000 ausländische Arbeiter in der BRD, deren Zahl bis 1959 auf ca. 166.000 anstieg (vgl. *Heckmann 1992, 20*).

d. Die Anwerbung

Mit der organisierten Anwerbung von Arbeitskräften aus dem Süden Europas endete die Einwanderung aus Gründen wie Flucht und Vertreibung und es setzte Ende der 50er Jahre „die I. Phase einer Ausländerimmigration nach Deutschland und Mitteleuropa“ ein (vgl. *Busch 1994, 14*). Insgesamt lassen sich nach Busch (1994, 14) drei Nachkriegsphasen der Einwanderung im deutschen und europäischen Raum ausmachen. Die weiteren Wanderungsbewegungen sind Einwanderung aus Osteuropa (2. Phase) und aus Nordafrika (3. Phase). Die drei Phasen überschneiden einander.¹⁶ „Die erste Phase steht vor dem Abschluss, die zweite ist im Gang, die dritte hat in Südeuropa schon eingesetzt“ (vgl. *Busch 1994, 14*).

Mit der Schließung der Ost-Grenze durch die Errichtung der Mauer in Berlin im August 1961 versiegte der Flüchtlingsstrom aus dem Osten, mit dem „jährlich seit 1945 500.000 bis 600.000 Arbeitskräfte in die Bundesrepublik gekommen waren“ (vgl. *Emmerich 1991, 14*).

Als es nicht mehr möglich war, „den wachsenden Arbeitskräftebedarf der stark expandierenden Wirtschaft durch Mobilisierung des inländischen Arbeitskräftepotentials und der Reserven der Nachbarländer zu decken“,

¹⁶ Nicht berücksichtigt sind hierbei die nach deutscher Rechtslage als Asylsuche verstandenen Fluchtbewegungen.

griff die Bundesregierung auf die Arbeitskräfte der südeuropäischen Länder zurück (vgl. *Mc Rae 1980, 11*).

Im Jahre 1955 wurde der erste Anwerbevertrag mit Italien geschlossen.

Es folgten die Verträge mit Spanien (29.03.1960) und Griechenland (30.03.1960), mit der Türkei (30.10.1961), Marokko (21.05.1963), Portugal (17.03.1964), Tunesien (18.10.1965) und später mit Jugoslawien (12.10.1968), welche die Deckung des Bedarfs an Arbeitskräften gesichert haben (vgl. *Nikolinakos 1972, 36ff*).

Kurz vor dem sogenannten „Anwerbestop“ waren im September 1973 etwas über zwei Millionen Ausländer aus Anwerbeländern legal in der BRD beschäftigt (vgl. *DGB – Bundesvorstand, Abt. Ausländische Arbeitnehmer (30.10.1979) nach Mc Rae 1980, 11ff*).

Die „Gastarbeiterbeschäftigung“ füllte zum größten Teil einen Ersatzbedarf auf, erhöhte aber auch geringfügig die Zahl der Erwerbstätigen insgesamt, von 26,3 Millionen auf 26,7 Millionen, die sich auch bis zur Rezession von 1973 nur unbedeutend veränderte (vgl. *Heckmann 1992, 21*).

Die Anstrengungen der Wirtschaft, neue Arbeitskraftmärkte zu erschließen, wurden von der Bundesregierung unterstützt. Die Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung richtete in den „Anwerbeländern“ Anwerbekommissionen ein, die folgende Selektionsaufgaben zu erfüllen hatten:

Sie wählten - auch unter Beteiligung der Arbeitgeber - die Arbeitskräfte nach den jeweils angeforderten Arbeitsqualifikationen aus, sie unterzogen Bewerber einer rigorosen medizinischen Untersuchung, die von deutschen Ärzten vorgenommen wurde und darüber hinaus prüften sie die „bisherige arbeitsmarktpolizeiliche Auffälligkeit“ (vgl. *Dohse 1981, 188 & 190*). Die deutschen Unternehmer gaben der deutschen Arbeitsverwaltung Vermittlungsaufträge, die nach „Quantität, Qualifikation, Geschlecht und Nationalität“ der ausländischen Bewerber spezifiziert waren (vgl. *Dohse 1981, 180*). Bei positivem Verlauf der ärztlichen Untersuchung und der Erfüllung aller Voraussetzungen erhielt der Bewerber den vom zukünftigen Arbeitgeber, bereits im Heimatland, meist ohne ausreichende Informationen unterschriebenen Anstellungsvertrag, der in der Regel auf ein Jahr befristet war, d.h. vor Ablauf dieses Jahres konnte dem Ausländer nicht gekündigt werden. Die angeworbenen Arbeitskräfte wurden von der Arbeitsverwaltung

organisiert. Sie übernahm sowohl die Organisation der Sammeltransporte nach Deutschland als auch der Einzeltransporte an den Arbeitsort (vgl. *Dohse 1981, 191*).

Für den Arbeiter bestand keine Freiheit der Wahl des Arbeitsplatzes, womit er seinem „Arbeitgeber praktisch ausgeliefert war“. Statt einen gewissen Schutz für die Arbeiter darzustellen, wurde dieser Vertrag, in dem der tarifliche Mindestlohn und eine angemessene Unterbringung garantiert wurden, von „jenen eher als Beschränkung empfunden“ (*Mc Rae 1980, 14*). Sehr schnell stellte der ausländische Arbeiter nach einem Vergleich am Arbeitsplatz fest, dass er seinen deutschen Kollegen gegenüber benachteiligt war, indem er niedrigeren Lohn erhielt und unter schlechteren Bedingungen arbeitete. Wenn er seinen Arbeitsplatz ohne die Genehmigung des zuständigen Arbeitsamtes einholte, riskierte er die Ablehnung einer neuen Arbeitserlaubnis (vgl. *Mc Rae 1980, 14*). Diese Maßnahmen ermöglichten kleinen Betrieben durch die Neuanwerbung von „Gastarbeitern“, niedrigen Löhnen und schlechten Arbeitsbedingungen ihren Bedarf an Arbeitskräften zu decken (vgl. *Mehrländer 1972, 48ff & 143ff*; siehe in diesem Zusammenhang auch zur Entwicklung der Vermittlung von „Gastarbeitern“ durch die Anwerbekommissionen der Bundesanstalt für Arbeit *Mc Rae 1980, 13 und Tabelle auf S.12*).

Bis zum Anwerbestop Ende 1973 gab es nach *Mc Rae (1980, 13ff)* insgesamt vier verschiedene Wege, die einen Ausländer zum Arbeiten nach Deutschland führten:

1. Die Vermittlung von Gastarbeitern über eine deutsche Anwerbekommission
2. Die Vermittlung namentlich angeforderter Gastarbeiter (Freunde und Verwandte von „Gastarbeitern“ wurden als Touristen oder mit der Hilfe der deutschen Unternehmer und der Anwerbekommission angeworben und als Arbeiter angestellt. Nachträglich wurde diese illegale Einreise legalisiert, (vgl. *Mc Rae 1980, 15f*).

3. Die Vermittlung von Gastarbeitern aus den EG-Mitgliedstaaten.

Dieser Weg führte die überwiegende Mehrzahl der Italiener nach Deutschland, die als Angehörige eines EG-Landes eine privilegierte Sonderstelle unter den ausländischen Arbeitnehmern einnahmen (vgl. *Mc Rae 1980, 15f*)

4. Die illegale Vermittlung von Gastarbeitern.

Mc Rae (1980, 17) spricht in diesem Punkt von „Sklavenhandel“ und „Gastarbeiterhandel“. Das Risiko war gering. Die Arbeitgeber der illegalen ausländischen Arbeitskräfte hatten meist nur mit Geldstrafen zu rechnen, während die Ausländer abgeschoben werden.

e. Rezession (1973 - bis 1979)

Nach dem Anwerbestop 1973 kam es als Folge der Ölkrise zu einer Reduzierung der Ausländerbeschäftigung. Eine Rückkehr war meist beabsichtigt und wurde von den staatlichen Stellen erwartet (vgl. Zohlberg 1991, 24 und Funcke 1987, 24). Die Familienzusammenführung, die Unverzichtbarkeit der ausländischen Arbeitnehmer und eine weltweite Rezession führte jedoch ab etwa 1975 zu einem deutlichen Rückgang der Rückwanderung und sorgten dafür, dass 1979 zum ersten Mal seit dem Anwerbestop die Arbeitsmigrantenbeschäftigung einen leichten Anstieg verzeichnete und die ausländische Bevölkerung insgesamt relativ konstant bei ca. 3,6 Millionen blieb (vgl. Heckmann 1992, 21; Busch 1994, 15).¹⁷

f. Die Einwanderung nach Deutschland und Europa in den letzten zwei Jahrzehnten

Der Zerfall der „real-existierenden sozialistischen Staaten“ bewirkte in den europäischen Ländern vielfach Entwicklungen in Wirtschaft, Gesellschaft und Politik in den osteuropäischen Ländern, die zu innergesellschaftlichen Spannungen führten und Flucht- und Wanderungsbewegungen nach Westen auslösten.¹⁸

1989, im Jahr des Falles der Berliner Mauer, hat sich die Binnen- und Außenwanderung im europäischen Raum erheblich verstärkt, indem 1,3

¹⁷ Zur Entwicklung der Beschäftigung ausländischer Arbeiter aus Anwerbeländern zwischen 1973 und 1979 vgl. Mc Rae 1980, Tab. auf S.13.

¹⁸ Nachdem die real existierenden sozialistischen Systeme während ihrer Herrschaft eine Vielfalt von Bewegungen politischer Flüchtlinge ausgelöst hatten, ist nach dem Zerfall dieser Systeme ein erheblicher Teil der Bevölkerung, die in den ruinierten Volkswirtschaften ihrer Heimat weder Arbeit noch materielles Auskommen finden, auf Auswanderung eingestellt. Millionen von Menschen waren außerdem mit dem Entstehen der national definierten neuen Staaten ethnischen Minderheiten geworden, so dass aufgrund der instabilen politischen Lage die Kriegsgefahr allgegenwärtig wurde (vgl. Brecht 1994 und Meier-Braun 1994, 11ff).

Millionen Osteuropäer nach Westen wanderten (vgl. Busch 1994, 16). In Deutschland erreichten die Wanderungssalden (binnen und außen) des Jahres 1989 und 1990 sogar „die höchsten Einwanderungszahlen der Vereinigten Staaten von Amerika um die Jahrhundertwende“ (*Beauftragte der Bundesregierung für die Belange der Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland, März 1994, 17 und in diesem Zusammenhang vgl. auch Meier-Braun 1994, 13*).

Hinzu darf die „Transitfunktion Osteuropas“ für Wanderungen aus Ländern der Dritten Welt nach Westeuropa und Nordamerika nicht übersehen werden (vgl. Meier -Braun 1994, 15f; Leggewie 1990, 16; Stölting 1991, 26f nach Busch 1994, 16; Knabe 1994, 29).¹⁹

Nach den neusten Angaben der Beauftragten der Bundesregierung für Ausländerfragen, ist der Wanderungssalta (Differenz zwischen Zuzügen und Fortzügen) im Jahr 2000 um 86.466 Zuzüge positiv (vgl. *Beauftragte der Bundesregierung für Ausländerfragen, März 2002, 9 und November 2001*).

Neben Ost-West-Wanderung in Europa, ist inzwischen schon eine weitere Wanderungsbewegung aus Ländern der Dritten Welt und vor allem aus Nordafrika nach Westeuropa und Nordamerika im Gang. Diese neue wirtschaftlich und demographisch bedingte Einwanderung aus Nordafrika (wo ein enormes Bevölkerungswachstum, Armut und Arbeitslosigkeit herrschen) zielt in erster Linie auf die südeuropäischen Länder. Die früheren „Anwerbeländer“ der 60er und 70er Jahre sind selbst langsam zu „Einwanderungsländern“ geworden (vgl. Körner, 1992, 3ff nach: Busch 1994, 18).

g. Die deutsche, multikulturelle Gesellschaft heute

Laut Angaben im Ausländerzentralregister lebten Ende 2001 insgesamt 7.3186 Mio. Bürger ausländischer Herkunft, (Anteil: ca. 9% der

¹⁹ Schätzungsweise sind in den Jahren 1990/91 aus den Gebieten der früheren Sowjetunion und Rumänien jeweils etwa 1 Mio. Menschen ausgereist; insgesamt dürften 1 Mio. Osteuropäer in Westeuropa einen Asylantrag gestellt haben, eine ebenso große Zahl ist wahrscheinlich illegal eingereist. 1991 und vor allem 1992 wirkte sich auf diese Dynamik vor allem der Bürgerkrieg in Jugoslawien aus (vgl. Knabe 1994, 29). Darunter ist eine große Zahl von Akademikern und jungen Fachkräften, die im Westen ihre Lage zu verbessern versuchen, obwohl wie Cohen (1991, 54) feststellt, die Einwanderung der hochqualifizierten Akademiker „im Widerspruch zum tendenziellen Arbeitskräftebedarf in Mitteleuropa“ stand, „der durch Arbeitskräftemangel im Niedriglohnbereich gekennzeichnet ist“ (vgl. Cohen 1991, 54 nach Busch 1992, 16).

Gesamtbevölkerung) in Deutschland (vgl. *Beauftragte der Bundesregierung für Ausländerfragen Februar 2002, 7*). Im europäischen Vergleich liegt diese Quote im oberen Bereich.

Die Zusammensetzung der ausländischen Wohnbevölkerung nach Nationalitäten hat sich aufgrund der Zuwanderungen aus osteuropäischen Ländern (ausgelöst durch Bürgerkriege, sowie politische und wirtschaftliche Umbrüche in diesen Ländern) stark verändert. Die größte Gruppe der Wohnbevölkerung ausländischer Herkunft bildeten Ende 2000 die Türken mit 2, 00 Mio. (27,4 %), es folgten die Staatsangehörigen der neuen Bundesrepublik Jugoslawien mit 662 495 (9,1 %), die Italiener mit 619 060 (8,5 %), die Griechen mit 365 438 (5,0 %), die Polen mit 301 366 (4,1 %), die Kroaten mit 216 827 (3,0 %), die Österreicher mit 187 742 (2,6 %) die Bosnier mit 156 294 (2,2 %), die Portugiesen mit 133 726 (1,8 %) und die Spanier mit 129 471 (1,8 %) (vgl. *Beauftragte der Bundesregierung für Ausländerfragen, Februar 2002, 7f*).²⁰

Im Jahr 2000 waren 54,3% der ausländischen Wohnbevölkerung Männer und 45,7% Frauen. Die ausländische Bevölkerung ist wesentlich jünger als die deutsche (21,2% waren unter 18 Jahre alt), während der Anteil der älteren Ausländer künftig wachsen wird (vgl. *Beauftragte der Bundesregierung für Ausländerfragen Februar 2002, 8*).

Seit Anfang der 70er Jahren machen Kinder ausländischer Eltern durchschnittlich zwischen 10 % und 13 % aller in Deutschland geborenen Kinder aus (im Jahr 1999:12%). Aufgrund des neuen Staatsangehörigkeitsrechts, das am 1. Januar 2000 in Kraft getreten ist, erwerben Kinder ausländischer Eltern die deutsche Staatsangehörigkeit, wenn sich ein Elternteil seit mindestens acht Jahren rechtmäßig in Deutschland aufhielt. Deshalb ist die absolute Zahl der Kinder ausländischer Staatsangehörigkeit im Jahr 2000, die in Deutschland zur Welt kamen gegenüber dem Jahr 1999 stark gesunken (7,0 % aller Geburten) (vgl.

²⁰ Im Jahr 2002 betraf ein Großteil (67% der zugezogenen Personen) des Migrationsgeschehens in Deutschland Menschen aus Europa, d. h. aus der Europäischen Union (15,5%) und den europäischen Drittstaaten inklusive der Türkei (51,7%). (Die Türkei wird in den amtlichen Statistiken als Ganzes zu Europa gezählt.) Ein weiteres Fünftel der Zugezogenen des Jahres 2002 stammte aus Asien, nur 4,6 % aus Afrika und weitere 7% aus Amerika, Australien und Ozeanien. (Vgl. *Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Januar 2004, 10*).

Beauftragte der Bundesregierung für Ausländerfragen Juni 1999, 8 und Dies. Februar 2002, 8f und Tabelle: 7, S. 27).

Seit dem Inkrafttreten des neuen Gesetzes zur Reform des Staatsangehörigkeitsrechts wurden im Jahr 2000 186.691 Personen eingebürgert. Das entspricht einer Steigerung von knapp über 30 % gegenüber dem Vorjahr, obwohl bereits 1999 ein Einbürgerungsrekord zu verzeichnen war (*vgl. Beauftragte der Bundesregierung für Ausländerfragen Februar 2002, 13 und Tabellen: 13 auf S. 33 und 15 auf S. 35*). Nach den selben Angaben waren die häufigsten Einbürgerungen bei Türken, Iranern und Personen aus der Bundesrepublik Jugoslawien (*vgl. Beauftragte der Bundesregierung für Ausländerfragen Februar 2002, 11f und Tabelle: 14 auf S. 34*).

Die Beauftragte der Bundesregierung für Ausländerfragen (*Februar 2002, 11*) bemerkt auch: „Die ausländische Wohnbevölkerung ist auch aufgrund ihrer langen Aufenthaltsdauer ein fester Bestandteil der Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland“. Ende 2000 lebten ein Drittel aller Personen mit ausländischem Pass schon zwanzig Jahre und länger in Deutschland. Unter denen lebten 40% mehr als fünfzehn Jahre da und mehr als die Hälfte (55%) hatte Aufenthaltszeiten von mehr als zehn Jahren nachzuweisen (*vgl. Beauftragte der Bundesregierung für Ausländerfragen Februar 2002, 11f und Tabelle: 10 auf S. 30*).

Infolge der o.g. Statistik lässt sich sagen, dass mit der Zeit ethnische Gemeinschaften am Ort entstanden sind, die „soziokulturell das Entstehen einer Einwanderergesellschaft indizieren“. Während die erste Generation der „Gastarbeiter“ in dem besonderen Spannungsverhältnis vorläufiger Lebensumstände zwischen Heimat- und Gastland lebte, ist ab den 80er Jahren an die Stelle des „rückkehrorientierten Sparverhaltens ein örtlich orientiertes Konsumverhalten getreten“ (*vgl. Busch 1994, 15*).

Die ethnische und kulturelle Vielfalt in Deutschland ist eine Dauerrealität geworden. Die ethnischen Minderheiten kamen mit ihrer Sprache, Religion, mit anderen Lebensweisen und Weltanschauungen und veränderten das Bild der Städte, der Wohnviertel, der Arbeitsplätze, der Kindergärten, Schulen und der Straßen in der Bundesrepublik Deutschland und das Leben in Deutschland (*vgl. Keskin 1992, 12*).

Die Westeuropäer haben nicht mehr die Möglichkeit zu wählen, ob sie in multikulturellen Gesellschaften leben möchten oder nicht, denn die Gesellschaften in denen sie leben sind schon solche (vgl. Castles u.a. 1984, 229). Schon im Jahr 1995 waren 30,1% der Einwohner der Stadt Frankfurt am Main, 24,1 % der Stadt Stuttgart und 23,6% der Stadt München ausländischer Herkunft. (*Zur räumlichen Verteilung der ausländischen Bevölkerung im deutschen Raum vgl. Beauftragte der Bundesregierung für Ausländerfragen Juni 1999, 10 und Tabellen: 11, und 12 auf S.29f und Dies. Februar 2002, 12*).

Nach Angaben des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung könne schon seit Anfang der 90er Jahre letzten Jahrhunderts der Mangel an Arbeitskräften für Niedriglohn-Tätigkeiten auf dem deutschen Arbeitsmarkt nur durch Zuwanderer behoben werden (vgl. Körner 1992, 6ff). Der Wandel der deutschen Gesellschaft zur "Dienstleistungs- und Freizeitgesellschaft" mindert in der deutschen Bevölkerung die Akzeptanz für schlecht bezahlte Tätigkeiten (vgl. Busch 1994, 14). In den nächsten Jahren wird ein Rückgang der deutschen Arbeitsbevölkerung um 4 Millionen Menschen erwartet. Dieser Rückgang findet schon seit der 90er Jahren des letzten Jahrhunderts statt. Ein Ausgleich im deutschen Arbeitsmarkt wird nur durch Zuwanderung geschaffen werden (vgl. Mehrländer u.a. 1992).

Außerdem wird die deutsche Bevölkerung nach Angaben des Statistischen Amtes, aufgrund sinkender Geburtszahlen auf der einen und steigender Lebenserwartung auf der anderen Seite, immer älter und nimmt langsam ab. Die nackten Zahlen der demographischen Forschung lassen keinen Zweifel: Heute leben 82 Millionen Menschen in Deutschland - sollte es keine nennenswerte Zuwanderung geben, werden es im Jahr 2050 nur noch etwa 58 Millionen sein (vgl. Statistisches Bundesamt).

So müsse wegen des sozial und demografisch bedingten Mangels an Arbeitskräften ein Ausgleich durch Zuwanderung geschaffen werden.

Laut Veröffentlichung des Abschlussberichtes der Unabhängigen Kommission für Zuwanderung der Bundesregierung unter Vorsitz von Prof. Dr. Rita Süßmuth am 4. Juli 2001, hat Deutschland gerade einen Wandel in der Nachkriegsgeschichte vollzogen. Rita Süßmuth (CDU), ehemalige Parlamentspräsidentin, äußerte sich deutlich: Deutschland braucht aus demografischen und wirtschaftlichen Gründen „neues Blut“ von ca. 50.000

ausländischen Arbeitskräften jährlich, die zum politischen und wirtschaftlichen Wachstum Deutschlands beitragen sollen (vgl. „*Eleytherotypia*“- Zeitung, 6. Juli 2001).

Eine Prognose kann nur ungenau ausfallen, eines scheint aber sicher zu sein: in Deutschland und Europa werden noch mehr Menschen unterschiedlichster Herkunft und Kultur leben, die Zuwanderung nach Deutschland geht langfristig nicht zurück, sondern wird vielmehr zunehmen und diese Bevölkerungsgruppen werden auf Dauer in Deutschland bleiben.

1.3. Deutschland: ein Einwanderungsland?

"Deutschland ist kein Einwanderungsland!" Immer wieder ist dieser Satz in der Vergangenheit von politischer Seite vorgetragen worden.

“Unter einem Einwanderungsland im Sinne des Staatsangehörigkeitsrechts versteht man ein Land, dessen Politik darauf gerichtet ist, durch gezielte Einbürgerung von Ausländern das Staatsvolk zu vergrößern“ (vgl. Breer 1982, Bd. 422, 22). Voraussetzung dafür wäre natürlich die rechtliche Gleichsetzung der eingewanderten Bevölkerung mit der einheimischen Bevölkerung, wie es in den sog. Neuen Ländern (Australien, Kanada, Neuseeland und den Vereinigten Staaten von Amerika) der Fall war (vgl. Price u.a. 1978, Bd.149, 21-55 nach Yildiz 1990,14 und Andres 1992, 11).

Die Mehrheit der Politiker fast aller im deutschen Parlament vertretenen Parteien verneinten bis vor kurzer Zeit, dass Deutschland im oben definierten Sinn ein Einwanderungsland ist. Daher hat Deutschland in der Vergangenheit keine aktive Politik der Aufnahme von Ausländern mit dem Ziel ihrer dauerhaften Niederlassung betrieben (vgl. Bundesministerium des Innern 1998, 213ff).

Doch fast zugleich mit der Jahrhundertwende, und mit der Veröffentlichung des oben genannten Abschlussberichts der Unabhängigen Süßmuth-Kommission, am 4. Juli 2001, wurde auch ein Wandel in der Geschichte Deutschlands nach dem II. Weltkrieg vollzogen: Die Legende vom Nichteinwanderungsland wurde offensichtlich zu Grabe getragen. Deutschland hat sich endgültig zu seiner Rolle als Einwanderungsland bekannt. Die Süßmuth-Kommission machte deutlich, dass Bevölkerungsrückgang und Alterung gravierende Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands, den Arbeitsmarkt, die

Staatsverschuldung, die sozialen Sicherungssysteme, die Innovationsfähigkeit sowie die Integrationsfähigkeit der Gesellschaft haben. Wobei Einwanderung den Trend zu Alterung der deutschen Bevölkerung gar nicht rückgängig machen, sondern nur noch abfedern kann.

Nach Vorlage dieses Berichtes der Zuwanderungskommission verabschiedete nach dem Bundestag am 01.03.2002 auch der Bundesrat am 22.03.2002 ein Zuwanderungsgesetz und eine grundlegende Novellierung des Ausländerrechtes. Die Reform, die zum 1.1.2003 in Kraft tritt, umfasst ferner die Neufassung des Freizügigkeitgesetzes für EU-Bürger sowie Änderungen des Asylverfahrens- und des Asylbewerberleistungsgesetzes und weiterer Gesetze und daneben auch neue Regelungen zur Einwanderung von Arbeitskräften und Erwerbstätigen, eine grundlegende Überarbeitung des geltenden Ausländerrechts (*vgl. Teil I, Einheit: 2.5. vorliegender Arbeit*).

Angesichts der Tatsache, dass Deutschland für die Einwanderer schon seit den 70er Jahren zum Lebensmittelpunkt geworden ist, war der erste "Ausländerbeauftragte" und frühere Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen Heinz Kühn (SPD) derjenige, der im September 1979 - in einer Zeit, in der man Zuwanderer nach Deutschland noch als "Gäste" empfand - mit seiner Denkschrift die öffentliche Diskussion um die Notwendigkeit von Integration eröffnete. Kühns Memorandum, das unveröffentlicht, blieb enthielt zahlreiche Integrationsvorschläge und er forderte schon seit den 70er Jahren die Einbürgerung für in Deutschland geborene und aufgewachsene Jugendliche ausländischer Herkunft und die Einführung des kommunalen Wahlrechts für Ausländer, welches nach langer Diskussion erst Ende 1990 vom Bundesverfassungsgericht für grundgesetzwidrig erklärt wurde (*vgl. Bade 1992b, 55f und Kühn 1979, 15*). Kühns Vorschläge wurden damals jedoch von Politikern, Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften massiv kritisiert (*vgl. Meier- Braun 1980, 27ff und 76ff und Yildiz 1990, 16f*).

Kühns Nachfolgerin, Liselotte Funke, ehemalige Ausländerbeauftragte der Bundesregierung, bezeichnete schon 1988 in ihrem Bericht die Bundesrepublik Deutschland als ein tatsächliches Einwanderungsland und bemerkte dazu, dass es sich von klassischen Einwanderungsländern lediglich dadurch unterschied, dass "die Einwanderung ungeregelt und nicht

kontingentiert erfolgt“ (vgl. *Beauftragte der Bundesregierung für Ausländerfragen, Juni 1999, 8*).

In den Zeiten der Anwerbung von Arbeitsmigranten in den 60er und 70er Jahren hat sich in Politik und Gesellschaft die Illusion verfestigt, dass man Zuwanderer einfach wieder heimschicken könne. Daran änderte auch die Tatsache nichts, dass die Zuwanderung nach Deutschland nach dem Anwerbestop 1973 in immer stärkerem Maße und immer differenzierter verrechtlicht wurde. Die Zahl der ausländischen Bevölkerung nahm auch nach dem Anwerbestop im November 1973 ständig zu.²¹

Neben dem grundgesetzlich geschützten Familiennachzug und der verfassungsrechtlich garantierten Schutzgewährung für politisch Verfolgte und Flüchtlinge, der Umsetzung des Freizügigkeitsgebots des EWG-Vertrages und der gesetzlichen Regelung der Zuwanderung von Spätaussiedlern sowie von Juden aus der ehemaligen Sowjetunion existieren eine Vielzahl rechtlicher Normen, die Zuwanderung und temporäre Aufenthalte regeln.

Dennoch und gerade deshalb betrieb man keine umfassende Zuwanderungspolitik, sondern weiterhin "Ausländerpolitik", die anfangs überwiegend arbeitsmarktpolitisch, später zunehmend ordnungspolitisch orientiert war (vgl. *Teil: I, Einheiten: 2.5. & 2.6. vorliegender Arbeit*).

Diese Feststellungen möchte ich durch eine Anleihe aus Bade (1992b, 51) betonen: „Die Ausländerpolitik in der Bundesrepublik Deutschland ist lange gekennzeichnet durch die politische Nichtakzeptanz von gesellschaftlichen Realitäten, durch parteiübergreifende defensive Erkenntnisverweigerung und allgemeine Konzeptionslosigkeit bei mangelnder Einsicht in die Ressortfähigkeit der Problem-und Gestaltungsbereiche von Migration, Integration und Minderheit.“

Und diese Merkmale der bundesdeutschen Ausländerpolitik wurden in der bislang offiziellen Stellungnahme "Deutschland ist kein Einwanderungsland" deutlich widergespiegelt.

Aus den o.g. Ausführungen lässt sich feststellen, dass die Politik des deutschen Staates gegenüber ethnischen Minderheiten bislang durch zwei Merkmale gekennzeichnet war: Zum einen die mangelnde Bereitschaft,

²¹ Vgl. Einheit 1.2.2. *vorliegender Arbeit*

Migration als eine gesellschaftliche Realität anzuerkennen, zum anderen das Fehlen eines Konsenses über die Notwendigkeit und über Inhalte und Reichweite von Zuwanderungspolitik. Mit dem neuen Staatsbürgerrecht wird der Versuch unternommen, diese Kluft gesellschaftlicher Wirklichkeit und rechtlicher Zugehörigkeit zu schließen. Wer dauerhaft zu dieser Gesellschaft gehört, soll auch die gleichen Rechte und Pflichten haben.

Die Einführung des Geburtsrechtes, die von der neuen Reform vorgesehen wird, bildet einen Einschnitt in die bisherigen staatsbürgerlichen Regelungen aus der Kaiserzeit und ist ein Bruch in der Vorstellung, wer deutsch ist. Denn längst hat sich das Gesicht unserer Gesellschaft verändert. Einige Beispiele bestätigen diese Feststellung: Sabrina Setlur wird als "beste nationale Künstlerin" geehrt, die Top-Nachrichten werden von Yasemin Kalkan präsentiert, ein junger Mann mit dem urdeutschen Namen Yueshi Lai erringt beim Landeswettbewerb "Jugend forscht in NRW" einen ersten Preis und die deutsche Goldhoffnung bei den Taekwondo-Weltmeisterschaften heißt Fadime Karatas.

Die Politik steht jetzt vor dem Problem, die Wähler auf diese Daten und Fakten einzustimmen. Dabei stößt man auf die Schwierigkeit: Wie soll man jetzt für mehr Zuwanderung werben, wenn jahrzehntelang die Realitäten eines Einwanderungslandes geleugnet und die Lebenslüge vom Nicht - Einwanderungsland Deutschland verbreitet wurde?

Wie die Daten belegen und in den o.g. Ausführungen gezeigt wurde, kommt man zur Schlussfolgerung, dass Deutschland schon lange ein Einwanderungsland ist. Aus „Gastarbeitern“ sind längst ethnische Minderheiten geworden. Auch künftig sind ganz Deutschland und Europa auf Einwanderer angewiesen. Darauf haben Bevölkerungswissenschaftler und andere Experten in den letzten 20 Jahren immer wieder hingewiesen.

1.4. Multikulturelle Gesellschaft: Ein gesellschaftlicher Normalzustand oder eine Bedrohung?

Wie ich schon gezeigt habe, ist Deutschland schon lange durch kulturellen und ethnischen Pluralismus gekennzeichnet, der durch Migration entstanden ist. Dies bildet einen Normalzustand der menschlichen Geschichte. Die deutsche Gesellschaft ist multikulturell. Bis jetzt habe ich

den Versuch unternommen, deutlich zu machen, dass Deutschland bislang die Realitäten eines Einwanderungslandes geleugnet hat. Im folgenden werde ich mich mit den Aussagen befassen, die multikulturelle Gesellschaft als ein „Gespenst“, ein Problem oder eine Bedrohung sehen. Dies wird von sehr unterschiedlichen Menschen kräftig beschworen. Eine Typologie der Gegner der Multikulturalität macht Tsakalos (1987, 278), die ich an dieser Stelle anführen werde:

- Die ersten sehen darin eine Bedrohung für die abendländische Kultur
- Die nächsten glauben darin „den Ausdruck eines aussichtslosen Widerstandes ‘rückständiger’ Einwanderer gegen die Übernahme ‘fortschrittlicher’ europäischer Werte und Normen“ erkennen zu können und
- die dritten vermuten, dass es an ihr liegt, dass „ihre am Sandkasten der ‘Ausländerpädagogik’ entworfene neue schöne, einheitliche Kultur“ nicht realisiert wurde, eine Kultur nämlich, die künstlich auf „den Grundwerten der europäischen Industriegesellschaft, allerdings geschmückt mit folklorischen Elementen der Ausländerkulturen“ basieren sollte.

Wie Tsakalos an gleicher Stelle weiterhin sehr zutreffend feststellt, versuchten die ersten beiden oben genannten Gruppen durch „Reparierungspolitik ‘kulturfremder’ Einwanderer oder durch Assimilationspolitik“, ihre alte Umwelt, die durch die Einwanderung von Menschen anderer Kultur, eigener Lebens- und Denkweise und Weltsysteme verändert wurde, wiederherzustellen. Die dritte oben genannte Gruppe schließlich, „die an der gesellschaftlichen Macht nicht beteiligt ist, flieht in eine utopische Einheitswelt, die weder den tatsächlichen gesellschaftlichen Tendenzen noch dem Willen der Einwanderer, sondern lediglich den Ohnmachtsgefühlen der Verwalter der ‘Ausländerarbeit’ entstammt.“

a. Die „Gefahr eines für das Abendland katastrophalen Kulturkampfes“

Die Anhänger der ersten Gruppe, die vor der Gefahr eines für das Abendland katastrophalen Kulturkampfes warnt, wännen „die geschichtlichen Erfahrungen auf ihrer Seite“. In seinem Vortrag bei der wissenschaftlichen Tagung der CDU „Ausländer in Deutschland für eine gemeinsame Zukunft“ meinte Schilling (1982): „Multikulturelles

Zusammenleben in Amerika heißt Kulturkampf auf breiter Front.“ Weiterhin fragt er die „Erfinder der multikulturellen Gesellschaft, worauf sie ihre Hoffnung stützten, dort Erfolg zu haben, wo die erzliberalen Angelsachsen gescheitert sind“. Er reproduziert den Mythos, dass die Einwanderer in den USA, die aus Europa stammten, problemlos aufgenommen wurden, da sie sich leicht integriert hatten und so „recht mühelos zu einem Teil der amerikanischen Nation“ wurden (vgl. *Schilling 1982 nach Tsakalos 1987, 298*).

Der Mythos dient aber, wie jeder Mythos eben, einem bestimmten politischen Ziel, das einerseits zur Rechtfertigung der unterschiedlichen Behandlung von Einwanderern aus verschiedenen Ländern dient und andererseits „die soziale Benachteiligung von Einwanderern, als Folge ihrer andersartigen Kultur und nicht als Ergebnis konkreter politischer und sozialer Diskriminierung und Unterdrückung wahrzunehmen“ hilft (vgl. *Tsakalos 1987, 299*). Außerdem entspricht dieser Mythos nicht der Wahrheit. Die Millionen Deutschen, die in die USA einwanderten, galten beispielsweise als „sehr schwierig zu integrieren und in ihrer Lebensweise als etwas abwegig“ (vgl. *Scheuch 1982 nach Tsakalos 1987, 299*).

Oft wird die unterschiedliche Religion einer Minderheitengruppe in Deutschland als ein kulturelles Element gesehen, welches das Zusammenleben mit anderen Menschen innerhalb der deutschen Gesellschaft verhindert. Vor allem wird oft vor einer Expansion des Islam in der Bundesrepublik gewarnt und vor einem planmäßigen „Eindringen islamischer Denkvorstellungen in die geistige Welt des Westens“ (vgl. *Schilling nach Tsakalos 1987, 300*). Auch diese Aussagen sind aus der Zeit der Aufnahme europäischer Einwanderer in die USA bekannt und gleiche Aussagen gehörten damals zur „Argumentation des militanten Antikatholizismus gegen Deutsche und Iren“ (vgl. *Tsakalos 1987, 300*).

b. Die Idee der „Minderwertigkeit der Einwandererkulturen“

Die zweite Gruppe derjenigen, die das Entstehen einer multikulturellen Gesellschaft als Problem betrachten, sind die Befürworter einer raschen Assimilations- bzw. Integrationspolitik. Sie gehen davon aus, dass die Kulturen der Einwanderer „rückständig“ und für das Leben in einem „fortgeschrittenen“ Land Europas „dysfunktional“ seien (vgl. *Tsakalos 1987, 301*).

In der Forschung wird diese „Minderwertigkeit der Einwandererkulturen“ oft widerspiegelt. Bukow/Llaryora 1988, 12ff) unterscheiden bei den kritischen Forschungsansätzen zwischen zwei unterschiedlichen Differenzhypothesen, nämlich der Kulturdifferenz-Hypothese (vgl. Esser, 1980 und Trube, 1984) und der Modernitäts-Hypothese (vgl. u.a.: Portera 1985), mit denen gearbeitet wird und die oft miteinander verknüpft werden:

In der Kulturdifferenzhypothese wird die Problematik auf die Unterschiedlichkeit von Herkunfts- und Aufnahmeland zurückgeführt und die Situation der Einwanderer in Deutschland „explizit unter dem Gesichtspunkt der De- und Reorganisation (Altes abbauen, Neues lernen)“ analysiert. Wer die Problematik andererseits „auf einen Nachholbedarf in Blick auf die gesellschaftliche Entwicklung des Migrationslandes“ zurückführt, mit anderen Worten mit der Modernitätsdifferenzhypothese arbeitet, betrachtet den Neuankömmling, den Einwanderer, als jemanden, der noch nicht auf die Bedingungen fortgeschrittener Industriegesellschaften eingestellt ist und seine Situation in Deutschland, als eine „zweite Kindheit“, die „anders als im ersten Ansatz auch noch nützlich oder hilfreich ist, weil dem Wanderer auf diese Weise ganz nebenbei noch im Hinblick auf seine Heimatkultur geholfen wird“ (Bukow/ Llaryora 1988, 12).

Ziel beider Differenztheorien, die ein Distanztheorem implizieren, ist vor allem die Sozialisation und ggf. eine Reorganisation des Einwanderers (vgl. Bukow/ Llaryora 1988, 17).

Dabei stellt sich die Frage von der „Aufnahmebereitschaft“ und der Möglichkeit des Einwanderers, in der „neuen Situation“ akzeptiert zu werden. Die Schwierigkeit der neuen Situation, in welche der Einwanderer gleich nach der Einwanderung gerät, ist jedoch gross genug um seine Situation in Deutschland zu beschreiben und für die Analyse dieser Situation sind kulturelle und andere Merkmale der Einwanderers nicht nötig. Dies möchte ich durch folgende Anleihe aus Bukow/Llaryora (1988, 14) untermauern:

“Es bedarf keiner Kulturdifferenzhypothese, um die Schwierigkeiten zu klären, die auftreten, wenn ein Wanderer sich bei uns zu engagieren versucht. Die Neuheit einer Situation reicht also in der Argumentation vollständig aus, um den Rahmen zu markieren, innerhalb dessen sich die

bekannten Schwierigkeiten entfalten, bzw. alsbald überwinden ließen (...) Nicht ob er sich bewährt, oder ob er mithalten kann, ist hier die Frage, sondern ob ihm die notwendige virtuelle Mitgliedschaft zugestanden wird, ob er als Neuer offen akzeptiert oder eben abgelehnt wird, weil für Neuankömmlinge jeder oder nur bestimmter Art kein Bedarf oder keine ausreichende Aufnahmegesellschaft besteht.“

Die Modernitätsdifferenzhypothese andererseits kann auch auf zweierlei Weise in Frage gestellt werden: Zum einen wird der Modernitätsgrad Deutschlands als Aufnahmeland in Frage gestellt, denn die postulierte Modernität gilt nicht in allen Lebensbereichen, sondern nur in bestimmten Kontexten zweckrationalen Handelns, auf dem Feld des Marktes, der Verwaltung, des Betriebes usw. Zum anderen wird die Überlegung hinsichtlich der jeweiligen Herkunftsländer in Zweifel gezogen (*vgl. Bukow/Llaryora 1988, 16*).

Ethnische Merkmale sind, laut den selben Autoren, das Ergebnis sozialer Zuschreibungen oder „politisch intendierter Ethnisierungsprozesse“, wobei sie auch die „Selbstethnisierung“ bei Minderheiten als Reaktion auf die „Fremdethnisierung“ in Betracht ziehen, so dass es für die naive Realitätswahrnehmung von beiden Seiten her zur Feststellung von Differenzen kommt. Dabei sind ethnische Unterschiede in unseren fortgeschrittenen Industriegesellschaften „an sich gleichgültig“ Für gesellschaftliche „Kernbereiche“ wie den Markt, die Produktion, die Verwaltung, die Wissenschaft sind sie funktionslos, uninteressant (*vgl. Bukow/Llaryora 1988, 20ff*).

Die Frage, warum es dennoch allenthalben zu der kritisierten Ethnisierung kommt, wird mit dem Hinweis auf Mechanismen des Alltagsbewusstseins und auf politische Interessen beantwortet.

c. „Das Entstehen einer neuen Kultur“

Manche befürworten das Entstehen einer neuen Kultur durch das Verschmelzen von Elementen der bisherigen Kultur mit Elementen der Ausländerkulturen. Ein solcher Prozess, bei dem die besten Werte und Merkmale einer Kultur in die neue Kultur eingehen, die schlechteren aber ohne vorherige Auseinandersetzung ohne vorherige Auseinandersetzung verkümmern und verschwinden, ist abstrakt und unrealistisch. Denn wie Tsakalos (1987, 302f) zutreffend feststellt: „Jede in dieser Weise

entstehende Kultur birgt in sich die Grundwerte und die Vorurteile der vergangenen dominierenden, wenn diese nicht in einem aktiven Prozess der Auseinandersetzung vorher erkannt werden konnten.“

Bräuche, Lebensweisen und Vorurteile müssen erkannt, in ihrer Bedeutung begriffen werden, bevor sie in die neu entstehende Kultur miteinbezogen werden können. Darüber hinaus wird deutlich, dass sie nur in einer bewusst erlebten multikulturellen Gesellschaft erkannt und in ihrer Bedeutung begriffen werden können. Voraussetzung dafür ist, dass man akzeptiert, dass es eine solche Gesellschaft gibt und dass sie von beiden Seiten, sowohl der Mehrheit als auch der Minderheit, nicht als Bedrohung verstanden wird.

Um der multikulturellen Gesellschaft eine Chance zu geben, müsste man ihre Realität in allen ihren Aspekten ständig im Alltag wahrnehmen und die kulturelle Pluralität erleben. Die Wahrnehmung und Interpretation der unterschiedlichen Kulturen dürfen nicht durch kulturrassistische Stereotypen, die durch die bestimmte Politik der wichtigsten Institutionen (wie der Medien, der Schulen u.a.) bestätigt und verfestigt werden, verfälscht werden (*vgl. Tsakalos 1987, 304*).

2. Integration und Partizipation der ethnischen Minderheiten in der Zivilgesellschaft seit den 60er Jahren

In dieser Einheit der Arbeit werden die Lebensbedingungen der ethnischen Minderheiten in Deutschland seit den 60er Jahren beschrieben. Insbesondere werden die Wohnsituation, die Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten, die Berufschancen auf dem Arbeitsmarkt, die politischen Partizipationsmöglichkeiten auf Kommunal-, und Bundesebene und der Rechtsstatus der ethnischen Minderheiten in Deutschland dargestellt und schließlich wird die „Ausländerpolitik“ des deutschen Staates seit der Anwerbungszeit kritisch geschildert. Bei dieser Darstellung geht es nicht nur um eine Beschreibung der Situation, sondern um eine Aufführung von Problembereichen. Damit wird der Versuch unternommen, folgenden im definitorischem Teil vorliegender Arbeit genannten Hypothesen Rechnung zu tragen: Ethnische Minderheiten sind benachteiligte ethnische Gruppen. Integration und Partizipation, wie sie schon am Anfang definiert wurden, bleiben in der bürgerlichen deutschen Gesellschaft nur auf die

„alteingesessene“ Bevölkerung beschränkt. Ethnische Minderheiten werden nämlich nicht zu einem Teil der Civil Society (vgl. *Bukow 1999, 55*).

2.1. Wohnsituation

Zu Beginn der Anwerbung, sollten sich die angeworbenen Arbeiter nur eine streng begrenzte Zeit in Deutschland aufhalten. Deshalb wohnten die sog. „Gastarbeiter“ fast ausschließlich in Gemeinschaftsunterkünften, den sog. „Sammelunterkünften“, die für Einzelpersonen und Familien eingerichtet wurden. Die Unterkunftsbedingungen der angeworbenen Arbeiter waren durch räumliche Enge gekennzeichnet. Außerdem wurde ihre Freizügigkeit durch Bindung des Wohnraumes an den Arbeitsplatz eingeschränkt (vgl. *Reimann 1976, 133 & 136*).

Seit der Phase des Familiennachzugs, als die Einwanderer mit ihren Familien auf Dauer in Deutschland lebten, stieg die Zahl der Familien, die privat zur Miete zu wohnen versuchten, schrittweise an. 1994 wohnten rund 90% der ausländischen Bevölkerung privat (vgl. *MARPLAN 1994 nach Beauftragte der Bundesregierung für die Belange der Ausländer, Dezember 1995, 18*).

Betrachtet man aber ihre Wohnsituation nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ, so wird festgestellt, dass die ausländische Bevölkerung und besonders die Türken auch in diesem Bereich weiterhin benachteiligt sind (vgl. *Spiegel 1982, 319f*): Sie haben schlechtere Chancen auf dem Wohnungsmarkt als die Deutschen, sie sind gezwungen unattraktive Wohnquartiere zu beziehen, sie konzentrieren sich oft in Stadtteilen, verfügen im Durchschnitt über weniger Wohnraum pro Person als Deutsche und bezahlen trotzdem durchschnittlich teurere Mieten für schlechtere Wohnungen als die Deutschen. (vgl. *Beauftragte der Bundesregierung für die Belange der Ausländer. März 1994, 19, 39 und 76 & Mehrländer u.a. 1981 nach Spiegel 1982, 323f*). Laut der Beauftragten der Bundesregierung für die Integration der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen (1994, 36) haben „Gruppenmerkmale wie der Rechtsstatus oder die Nationalität sowie individuelle Merkmale (Familiengröße, Einkommen, Motive der Wanderung, sozialer Status) Einfluss auf die Chancen, angemessene Wohnungen in den von ihnen gewünschten Wohngegenden zu finden“.

Wegen den o.g. Gründen haben sich räumliche Konzentrationen der ausländischen Bevölkerung in vor allem zentrumsnahen und sanierungsbedrohten alten Wohnbaugebieten der Großstädte Deutschlands ergeben, die zur sog. „Gettoisierung“ der ethnischen Minderheitenbevölkerung führten. Wohngebiete mit einem Anteil von über 50% Bewohnern ausländischer Herkunft (in einigen Fällen, wie in Frankfurt und in Berlin liegt dieser Anteil über 80%) sind keine Seltenheit. „Gettos gehören wieder zu bundesdeutscher Gegenwart - und sie werden auch zur bundesdeutschen Zukunft gehören“ (vgl. Spiegel 1982, 105 und Eichener 1988, 352).

Obwohl sich diese Menschen deutlich in einer schwierigen Situation befinden, kann von Partizipation - im oben beschriebenen Sinne - nicht einmal die Rede sein. Obwohl sie, wegen ihrer schwierigen Lage im Wohnsektor einen höheren Interventionsbedarf haben, wird die Gesellschaft diesem Bedarf nicht gerecht. Die Menschen mit den größten Schwierigkeiten dürfen sich am wenigsten beteiligen und noch schlimmer ist die Feststellung, dass die schwierige Lage, in der sich diese Bevölkerungsgruppe befindet, ihnen selbst angelastet wird (vgl. Bukow 1999, 56).

2.2. Bildung, Berufsausbildung. Bestandsaufnahme und Zukunftsperspektiven

a. Zur schulischen und beruflichen Ausbildung der zweiten und dritten Generation

Ein Viertel der ausländischen Bevölkerung waren im Jahr 2000 einerseits Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren (21,2%) und andererseits bereits in Deutschland geboren (22,1 % :1,61 Mio.), wobei es in den einzelnen Altersgruppen der bis 18-jährigen 68,8% (1,06 Mio.) und bei den unter 6-jährigen gar 88,3% sind (vgl. *Beauftragte der Bundesregierung für Ausländerfragen, Februar 2002, 8 und Tabellen: 4 & 5 auf S. 24f*). Seit Anfang der 70er Jahre machen Kinder ausländischer Staatsangehörigkeit im Durchschnitt 10-13% aller in Deutschland geborenen Kinder aus. Darüber hinaus liegt dieser prozentuale Anteil der Kinder und Jugendlichen ausländischer Herkunft unter den jungen Leuten in Deutschland, bereits seit den 70er Jahren, über dem Ausländeranteil in der gesamten

Wohnbevölkerung Deutschlands (vgl. *Beauftragte der Bundesregierung für Ausländerfragen, Februar 2002, 8f und Tab.: 7 auf S. 27 & Lajos 1991, 5ff*).

Gierse (1985, Bd. II, 115) nennt sechs Faktoren, die „die gesellschaftliche Situation und damit das psycho-soziale Befinden der Kinder und Jugendlichen der Einwandererfamilien“ entscheidend determinieren:

- *Ausländerrecht und Ausländerpolitik*: Angst und Unsicherheit, Diskriminierung, Fehlen politischer- demokratischer Rechte und Planungsmöglichkeiten;
- *Öffentliche Meinung und Medien*: Stigmatisierung, Ausländerfeindlichkeit, Marginalisierung und Gettoisierung;
- *Bildungs- und Beschäftigungssystem*: Unterprivilegierung, Chancenungleichheit, Arbeitslosigkeit, Pädagogisierung gesellschaftlicher Probleme;
- *Instanzen der sozialen Kontrolle*: Etikettierung und Kriminalisierung;
- *Eltern und Familie /Verwandtschaft*: fehlende Zukunftsperspektiven, Generationskonflikt, innerfamiliäre Spannung;
- *Organisation und Interessenartikulation*: Möglichkeiten und Chancen der Aktivierung, Selbstfindung und Politisierung (Identitätsstabilisierung)“.

Darunter ist auch das Bildungs- und Beschäftigungssystem zu unterscheiden.

In diesem Zusammenhang möchte ich die Feststellung der Beauftragten für Ausländerfragen darstellen: „Trotz eines leichten Trends zu höheren Schulabschlüssen und günstigerer Ausbildungsbeteiligung, Kinder und Jugendliche mit ausländischem Pass im Bildungs- und Ausbildungssystem nach wie vor benachteiligt“ (vgl. *Beauftragte der Bundesregierung für Ausländerfragen, Oktober 2000, 14*). Ein erheblicher Abstand zwischen den Bildungserfolgen deutscher und ausländischer Kinder und Jugendlichen, wird auch im Februar 2002 festgestellt und darauf hingewiesen, dass die Benachteiligung der zweiten ihren deutschen Gleichaltrigen gegenüber im Bildungs- und Ausbildungssystem „unverändert besteht“. Darüber hinaus bleiben Schülerinnen und Schüler mit ausländischem Pass nach wie vor an den Hauptschulen und Sonderschulen überrepräsentiert und an den Realschulen und Gymnasien deutlich unterrepräsentiert (vgl. *Beauftragte der Bundesregierung für Ausländerfragen, Februar 2002, 14*).

Die heutige problematische Situation (besonders im Bildungsbereich) hat ihre Wurzeln in den politischen und wirtschaftlichen Plänen und politischen Praktiken der 60er Jahre, als die Etablierung der angeworbenen, billigen Arbeitskräfte aus den südeuropäischen Ländern einsetzte und mit der Aufweichung des Rotationsprinzips Frauen und Kinder nachgeholt wurden. Anfangs wurden nur billige Arbeitskräfte erworben. Die Ausländerwerbung versprach parallel zu anderen Vorteilen auch Einsparung von infrastrukturellen Kosten, darunter auch die des Bildungswesens.

Die Schulbildung insgesamt hat sich zwar in den 80er bis Anfang der 90er Jahre deutlich verbessert, aber seit Mitte der 90er Jahre ist eine Stagnation zu beobachten (*vgl. Beauftragten der Bundesregierung für Ausländerfragen, Februar 2002, 14*).

Diese Planungsart hat sich in der Zwischenzeit auch realpolitisch als falsch erwiesen, wie die oben beschriebenen Daten und Feststellungen zeigen (*vgl. Emmerich, 1987, 55*). Dies stellt auch die Beauftragte der Bundesregierung für Ausländerfragen (*Oktober 2000, 14f*) fest: "Die Annahme, daß sich schulische, sprachliche und berufliche Probleme von Migrantinnen und Migranten mit steigender Aufenthaltsdauer quasi von selbst lösen, ist durch die Realität mittlerweile klar widerlegt worden."

b. Maßnahmen und Modelle

Am Anfang der Anwerbezeit waren „Kinder nicht geplant“. Deshalb war auch für die erfolgreiche Einschulung der Kinder ausländischer Herkunft, kein Konzept im schulpolitischen, didaktischen und methodischen Bereich vorhanden. Die Schulpolitik in den ersten Jahren nach der Familienzusammenführung waren ad- hoc- Maßnahmen (*vgl. Damanakis 1997, 33*). Die deutschen Lehrer und Lehrerinnen waren „völlig ratlos“.

Zehn Jahre später bis zum Anfang der 80er Jahre hatte sich die Situation nicht sehr geändert. Man hat zwar inzwischen „über den Begriff ‚Integration‘ die Konzeptlosigkeit zu rechtfertigen“ versucht. Die Schüler ausländischer Herkunft wurden genau wie deutsche Schüler behandelt. Auf spezielle Probleme der Kinder wie z. B. kulturelle Unterschiede und Sprachschwierigkeiten wurde nicht eingegangen (*vgl. Emmerich 1987, 57*). Anfang der 70er Jahre unterscheiden wir zwischen zwei Arten von

Maßnahmen, die von den europäischen Ländern getroffen wurden: Maßnahmen, die das Erlernen der Muttersprache oder der deutschen Sprache betrafen (vgl. *Damanakis 1997, 33 und Boos-Nünning/Hohmann/Reich/Wittek 1983*). Als die Zahl der schulpflichtigen Kinder und Jugendlichen ausländischer Herkunft gestiegen war, hat sich ein Modell entwickelt: Unter dem neuen Motto „Segregation“ wird bei der schulischen und beruflichen Ausbildung der Kinder und Jugendlichen ausländischer Herkunft an der sog. „Doppelstrategie“ festgehalten: „Schule und Ausbildung sollen dafür sorgen, dass:

- a. eine „Integration“ bzw. „Eingliederung“ in die Gesellschaft der Bundesrepublik ermöglicht wird, die auf Assimilation ausgerichtet ist und
- b. gleichzeitig die (sprachlich-kulturell-ethnische) Identität bewahrt wird, damit eine Rückkehr und „Reintegration“ jederzeit möglich ist (vgl. *Damanakis 1997, 34*).

Um diese Ziele zu verwirklichen wurde die Gründung von „Vorbereitungsklassen“ vorgesehen, die zwei Jahre dauerten, die von Schülern mit keinen oder mangelnden Deutschkenntnissen besucht werden sollten und deren Lehrpläne sich an den deutschen Richtlinien orientierten (vgl. *Damanakis 1997, 33f; Hohmann 1982, 164ff und Boos-Nünning/Hohmann/Reich/Wittek 1983*).

Dieses Programm wurde aber inhaltlich nicht erfüllt und aus den „Vorbereitungsklassen“ wurden „faktisch Aufbewahrungsräume für ausländische Schüler, die sonst niemand haben wollte“ (*Meyer-Ingwersen 1978, 513 nach Emmerich 1987, 57*).

Den Kindern und Jugendlichen ausländischer Herkunft wird zusätzlich von Lehrern des Herkunftslandes fünf Stunden pro Woche „muttersprachlicher Unterricht“ angeboten, der in den Ländern Bayern, Hessen, Niedersachsen, NRW und Rheinland-Pfalz in der Verantwortung der staatlichen Schulverwaltung, in den übrigen Bundesländern in der Zuständigkeit der ausländischen Konsulate liegt. Das ist der Grund einer „Uneinheitlichkeit ausländerbildungspolitischer Maßnahmen und Modelle“. Einen Sonderfall stellt die Rechtfertigung und die Zielsetzung der griechischen „Nationalklassen“ dar, die von der griechischen Regierung unterstützt werden. Aus den Vorbereitungsklassen in den deutschen Schulen, die für

Schüler griechischer Herkunft eingerichtet wurden, entwickelten sich schrittweise die griechischen Nationalschulen (vgl. Gierse, 1985, Bd. II, 117ff).

Ab den 80er Jahren gibt es einen Wandel im Umgang mit den Schülern ausländischer Herkunft. Nun ist die Rede von einem interkulturellen, pädagogischen Konzept, das alle Kulturen gleichsetzt, die Muttersprache und die Kultur der Schüler ausländischer Herkunft pflegt und den gegenseitigen Austausch fördert. Sie sollten nicht mehr als "Sonderfälle" betrachtet werden, ihr Recht, anders zu sein, wurde anerkannt. So wechselte man von der Sonderpädagogik bzw. Ausländerpädagogik auf die interkulturelle Erziehung bzw. Pädagogik um, die sich nicht nur an die Schüler ausländischer Herkunft richtete, sondern an die ganze Gesellschaft (vgl. Damanakis 1997,35).

Diesen pädagogischen Wandel hat die EU durch die Finanzierung von zahlreichen Projekten interkultureller Erziehung in vielen europäischen Ländern unterstützt. Doch einige Mitgliedsländer haben diese Möglichkeiten entweder wenig oder überhaupt nicht genutzt oder diesen Projekten einen ganz anderen Inhalt gegeben (vgl. Damanakis 1997, 35). In einer Studie von Reich (1994,13ff), wobei ein Vergleich zwischen Deutschland, Frankreich und England unternommen wird, wird festgestellt, dass in Deutschland das Konzept der interkulturellen Erziehung misstrauisch angesehen und nur im Rahmen einiger Pilotprojekte realisiert wurde. In der zweiten Hälfte der 80er Jahre wurde außerdem die interkulturelle Erziehung von der „europäischen Dimension“ im Bildungswesen überschattet (vgl. Damanakis 1997, 35 & 40).

In allen beschriebenen schulpädagogischen Modellen verdeutlicht sich, wie Gierse (1985, Bd. II., 119) feststellt, „die Abhängigkeit der Pädagogik von der Politik bzw. die Situation der Kinder und Jugendlichen zwischen Politik und Pädagogik“.

Die mangelnden Sprachkenntnisse oder die Unfähigkeit der einzelnen Personen selbst können keine Begründung mehr für die schlechtere schulische Sozialisation und die schlechteren Abschlüsse ausländischer Jugendlicher sein (das könnte heute nur noch die sog. „Seiteneinsteiger“ betreffen, deren Anteil jedoch keine zahlenmäßig hohe Relevanz hat). Die

Individualisierung des Problems hat eindeutig einen Verschleierungscharakter (vgl. Boos- Nünning 1987, 3).

Die allgemeine Diskussion um die Ausländerpolitik in der Öffentlichkeit bewirkt eine Heraushebung des nichtdeutschen Kriteriums. Schon Auernheimer (1984, 282) beschreibt ganz zutreffend die Schulpolitik für die Kinder und Jugendlichen ausländischer Herkunft: „Überhaupt hat die deutsche Schule in ihrem Curriculum noch nicht zur Kenntnis genommen, daß in unserem Land ethnische Minoritäten leben, von interkultureller Bildung und Erziehung ganz zu schweigen“.

Gierse (1985, Bd. II., S. 136 u.118f) macht einen Schritt weiter und kritisiert die „Pädagogisierung der Ausländerprobleme“, deren Funktion offenbar ist, „von gesellschaftlich - ökonomischen Ursachen abzulenken, die Ausländerpädagogik zu stärken und die auftretenden Probleme damit zu psychologisieren und zu individualisieren“ (vgl. Gierse 1985, Bd. II., 118 und Ders. 1981). Von den bisherigen Ausführungen kann man davon ausgehen, dass die traditionelle Strategie der pädagogischen Modelle und Maßnahmen die Situation der Kinder ausländischer Herkunft nicht entscheidend verbessert haben (vgl. Gierse 1985, Bd. II, 137). Solange ethnische Minderheiten rechtlich und im öffentlichen Umgang nicht gleichberechtigt sind, solange die Idee der Integration noch nicht aufgegeben ist, müssen derartige Maßnahmen als integrationshemmend angesehen werden. Es geht also hier um „radikale Denkverstöße“, um ein „globales Umdenken“. Durch eine Anleihe aus Gierse an selber Stelle möchte ich schließlich betonen, dass sich dieser Prozess jedoch vor allem, ausgehend von den Wissenschaftlern, in „den Köpfen und im Bewusstsein der Politiker, der Medien, der Instanzenvertreter und der Öffentlichkeit fortsetzen“ muss. Voraussetzung dafür ist die Änderung des rechtlichen Status der ethnischen Minderheiten. Die „Ausländerpolitik“ sollte die Rahmenbedingungen dafür schaffen, so dass „die Betroffenen sich selbst organisieren, ihre Interessen und Bedürfnisse artikulieren und so ein positives Selbstwertgefühl und eine neue Identität (als Kinder der Einwanderer) entwickeln und festigen können.“ Das schafft man nur durch politisch-emanzipatorische Modelle und Maßnahmen der politischen Bildungsarbeit im schulischen und außerschulischen Bereich, die sich im Interesse der Betroffenen verstehen, indem die eigene biographische Situation „kritisch- reflexiv aufgearbeitet

und dadurch Handlungsperspektiven und ein positives Selbstwertgefühl vermittelt werden kann“ (vgl. Gierse 1985, Bd. II, 117ff).

Wie sich aus der langfristigen Entwicklung grundsätzlich seit den 80er Jahren zeigt, werden Kinder und Jugendliche ausländischer Herkunft ohne fundamentales Umbauen im Bildungssystem, wie die Beauftragte für Ausländerfragen (Februar 2002, 14) betont, nicht in der Lage sein, „die bestehende Bildungslücke gegenüber deutschen Gleichaltrigen zu schließen“, was auch ihre Chancen beim Zugang zur Berufsausbildung vermindern.

c. Ausbildung und Zukunftsperspektiven auf dem Arbeitsmarkt

Der Rückgang der Ausbildungsquoten bei Jugendlichen ausländischer Herkunft wird als „alarmierend“ bezeichnet. Ihre berufliche Qualifizierung hat sich seit 1994 deutlich verschlechtert. (Bei Jugendlichen türkischer Abstammung liegt die Ungelerntenquote bei ca. 40%, bei Jugendlichen ausländischer Herkunft insgesamt bei 33%. Im Vergleich dazu bei deutschen bei ca. 8%). (Vgl. Beauftragte der Bundesregierung für Ausländerfragen, Februar 2002, 14ff).

Die Konsequenzen sind offensichtlich: ohne beruflichen Ausbildungsabschluss wird ein Teil dieser jungen Menschen arbeitslos, ein anderer Teil wird in den grauen Markt von Gelegenheitsarbeiten und ungesicherten Beschäftigungsverhältnissen ausweichen, andere werden als Ungelernte arbeiten, wobei nach Prognosen des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft die Arbeitsplätze für Arbeitnehmer ohne formale, abgeschlossene Berufsausbildung, aufgrund des durch die technologische und wirtschaftliche Entwicklung bedingten Wandels immer weniger werden (vgl. Beauftragte der Bundesregierung für die Belange der Ausländer, Dezember 1995, 28f). Von den Arbeitslosen mit ausländischem Pass hatten 78% im Jahr 1999 keine abgeschlossene Berufsausbildung, während dies bei den deutschen Arbeitslosen nur 37,9% waren (vgl. Beauftragte der Bundesregierung für Ausländerfragen, Oktober 2000, 18 und Tabelle: 29, 52).

2.3. Politische Partizipationsmöglichkeiten

Laut Grundgesetz (GG) gibt es zwei Arten von Grundrechten, die den unterschiedlichen Personen einen begünstigenden Schutz gewähren²²:

- die Menschenrechte, die jedermann zustehen und
- die Bürgerrechte, die nur Deutschen im Sinne des Artikels 16 GG zustehen. Die Bürger ausländischer Herkunft, die nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, können sich auf diese Rechte nicht direkt berufen (*vgl. Zentrum für Türkeistudien 1994, 415f*).

Ausländer genießen grundsätzlich Meinungs-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit. Sie können in politischen Parteien und kommunalen Ausschüssen (soweit das Landesrecht dies vorsieht) mitwirken. Das Grundgesetz lässt jedoch mit Ausnahme des Kommunalwahlrechts für Unionsbürger kein Wahlrecht für Ausländer bei Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen zu.

Mit dem kommunalen Wahlrecht und insbesondere mit der Förderung der Einwandererminderheiten in Deutschland und mit der Einführung des „Ausländerwahlrechtes“ auf Bundesebene und geltend für alle ausländischen Mitbürger in Deutschland, werde ich mich im folgenden ausführlich befassen.

2.3.1. Bestehende Formen politischer Partizipation auf kommunaler Ebene

In vielen Städten Deutschlands findet die politische Partizipation der ethnischen Minderheiten nur über die Ausländerbeiräte statt. Ausländerbeiräte sind eine Einrichtung, die es nur in Deutschland gibt. Sie werden von allen über 18-jährigen Migranten mit einem gesicherten Aufenthaltsstatus gewählt (*vgl. Hoffmann 1999, 73 und Martnez 1999, 26*).²³

²² Darunter sind folgende Menschenrechte gemeint: Anspruch auf Religionsfreiheit, (Art. 4 GG), Koalitionsfreiheit, (Art. 9 Abs.3 GG), Unverletzlichkeit der Wohnung, (Art. 13 GG), Recht auf Eigentum, (Art. 14 GG), Petitionsrecht, (Art. 17 GG) und Recht auf freie Meinungsäußerung, (Art. 5 GG)..

Folgende Rechte sind für Bürger ausländischer Herkunft nicht ausdrücklich im GG ausgewiesen, da sie Bürgerrechte darstellen. Versammlungsfreiheit, (Art.8 GG) Vereins- und Vereinigungsfreiheit, (Art. 9Abs. 1 und 2 GG) und Recht auf Freizügigkeit

²³ Außer der Ausländerbeiräte und des kommunales Wahlrechts für EU - Bürger werden im Handbuch des Zentrums für Türkeistudien über Ausländer in der BRD (1994, 423-426) auch weitere Formen politischer Partizipation dargestellt, die aber keine wesentliche Rolle in den politischen Entscheidungsgremien der Kommunen spielen: *Kommunaler*

Die bisherige Arbeit der Ausländerbeiräte wird von der ausländischen Bevölkerung als nicht zufriedenstellend bewertet, da ihre Beschlüsse, die sie an den Rat und Oberstadtdirektor richten können, nur den Charakter von „Empfehlungen, Anregungen und Stellungnahmen“ haben. Darüber hinaus sind sie für die politischen Entscheidungsgremien der Kommunen nicht verbindlich (vgl. *Zentrum für Türkeistudien 1994, 426; Meyer 1976, 109 und Kevenhörster 1974, 73*). Aus diesem Grund wird nur eine geringe Zahl von Minderheitenangehörigen die Möglichkeit nutzen, als sachkundige Bürger in den Ausschüssen oder in Ausländerbeiräten mitzuarbeiten (vgl. *Stadt Essen 1998, 185*).

Der erste Ausländerbeirat wurde im Jahr 1972 in Wiesbaden ins Leben gerufen. Von Ort zu Ort und von Land zu Land haben sich im Laufe der Zeit erhebliche Unterschiede zwischen den Ausländerbeiräten herausgebildet, die der deutschen Migrationspolitik und ihren Defiziten und Widersprüchen zuzuschreiben sind (vgl. *Hoffmann 1999, 73 und zur Migrationspolitik vgl. Teil: I, Einheiten 2.5 & 2.6: vorliegender Arbeit*). In Anlehnung an Hoffmann (1999, 74f) möchte ich zwischen vier künstlichen Phasen der Entwicklung von Ausländerbeiräten unterscheiden, die sich erst dann ergeben, wenn man die Entwicklung der jeweiligen deutschen Migrationspolitik während diesen Zeiträumen betrachtet:

Die erste Phase (bis zum Anwerbestop 1973) war durch die Sozialarbeit, nämlich die Betreuung der angeworbenen Arbeitskräften gekennzeichnet, die *zweite Phase* (bis 1982-83, mit dem Übergang von der SPD zur CDU-Bundesregierung) war durch den Integrationsversuch gekennzeichnet, die *dritte Phase* (bis zur deutschen Einheit 1990) setzte sich die politische Partizipation der ausländischen Bevölkerung als Ziel und die *vierte* ist von einem Akzentwechsel gekennzeichnet, wobei die Notwendigkeit von Einbürgerung der Minderheitenangehörigen thematisiert wird.

Ausländerbeiräte könnten sich in der Zukunft zu einer „Form von Minderheitenvertretung weiterentwickeln“ (vgl. *Hoffmann 1999, 77*).

b. Kommunales Wahlrecht

Als am 09.10.1990 das Bundesverfassungsgericht die Einführung des kommunalen Wahlrechts für Ausländer als verfassungsrechtlich erklärte, wurde festgelegt wer wahlberechtigt ist. Demnach geht die Staatsgewalt in Deutschland vom Staatsvolk aus (Grundsatz der Volkssouveränität), d.h. von denjenigen, die die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen (*vgl. Kulbach 1999, 65*).

Mit dem Vertrag von Maastricht, der am 07.02.1992 auch von der Bundesregierung unterzeichnet wurde, wurde das aktive und passive Wahlrecht bei Kommunalwahlen (Art. 8 b EGV) für Angehörige der EU-Mitgliedsstaaten in einem anderen EU-Mitgliedsstaat hinzugefügt (*vgl. Martinez 1999, 29*). Bürger, die nicht aus Mitgliedsstaaten der EU kommen, sog. „Drittstaatenangehörige“, bleiben demnach auch vom kommunalen Wahlrecht ausgeschlossen.

Im Vertrag zur Gründung einer Europäischen Union (*Artikel 8 I*) werden die Begriffe der sog. „Unionsbürger“ und „Unionsbürgerschaft“ für Personen mit Staatsangehörigkeit eines EU-Mitgliedsstaates eingeführt. Danach erhält ein Unionsbürger, der in einem EU-Mitgliedsstaat wohnt, dessen Staatsangehörigkeit er nicht besitzt, in dem Mitgliedsstaat seines Wohnsitzes das aktive und passive Wahlrecht bei Kommunalwahlen. Fast alle ausländischen, integrationsbefürwortenden Selbstorganisationen setzen sich stark für die Gewährung des kommunales Wahlrechts für alle hier lebenden Bürger ausländischer Herkunft, die aus diesen neuen EU-Regelungen ausgeschlossen bleiben, ein (*vgl. Zentrum für Türkeistudien 1994, 417*).

2.3.2. Politische Partizipation auf Bundesebene

Ausländerbeauftragte

Eine Möglichkeit des Schutzes von Minderheiten auf Bundesebene ist die Institution des Ausländerbeauftragten. Diese Form zentraler Interessenartikulation wurde zuerst in Schweden ausprobiert. „Ombudsmann oder Beauftragter ist eine Person, die Interessen von Bürgern vor allem gegenüber der öffentlichen Verwaltung und öffentlichen Einrichtungen wahrnehmen soll“ (*vgl. Heckamnn, 1992, 228*).

2.3.3. Problembereiche der politischen Partizipation von Minderheitenangehörigen

Trotz des langjährigen Wanderungsprozesses nach Deutschland ist der gegenwärtige Stand der Partizipationsmöglichkeiten und besonders des Wahlrechtes für ethnische Minderheiten in vielerlei Hinsicht unbefriedigend.

Ursprünglich war die vorübergehende Dauer des Aufenthalts der angeworbenen Arbeitermigranten ein wichtiges Kriterium für die Verweigerung weitergehender politischer Rechte. Die ethnischen Minderheiten sind inzwischen dauerhafter Bestandteil unserer Gesellschaft, sie sind mittlerweile integriert, jedoch als eine gesellschaftliche Minderheit, mit mangelnder politischen Einflussmöglichkeit (*vgl. Emmerich 1991, 24*).

Weitere Punkte, die mit der „Ausländer“- Wahlrechtsdiskussion in den Vordergrund treten, hängen mit den allgemeinen Verfassungsbestimmungen und dem grundlegenden Demokratiegrundsatz zusammen, die für die Einführung des Ausländerwahlrechts sprechen:

- Art.3 Abs.1 und 3 GG:

„Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich, keiner darf wegen seines Geschlechts, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen und politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden“ und

- Art. 20 Abs. 1, 28 Abs. 1 GG gebietet die „Beteiligung aller Menschen an der Wahl, die von den Entscheidungen der Hoheitsgewalt nachteilig betroffen sind“. Somit gehören eben auch Minderheitenangehörige in jedem Fall zu „den von Entscheidungen der deutschen Hoheitsgewalten“ betroffenen Personen, die jedoch an den vollen Bürgerrechten nicht teilhaben.

Auf die verfassungsrechtlichen Argumente möchte ich im folgenden nicht bis in die juristischen Details eingehen. Worauf es hier im Kern ankommt, ist, dass sich in der verfassungsrechtlichen Diskussion über die Zulässigkeit eines Ausländerwahlrechts zwei Positionen gegenüber stehen: eine „nationalstaatlich - völkische Position, deren Verfechter argumentieren, das Grundgesetz habe völkische Elemente“ und eine „demokratisch - positivistische Interpretation des Grundgesetzes, wonach gleichberechtigt bzw. der Volksrepräsentation vorgelagert der demokratische Gedanke steht,

der eine demokratische Vertretung der ständig anwesenden Bevölkerung verlangt“ (vgl. Yildiz 1990, 58 und Rittstieg 1981).

a. Die “nationalstaatlich – völkische” Position

Die Meinungen zur ersten Position sind verschieden und gründen in den unterschiedlichen Interpretationen des Volksbegriffs. Die Mehrheit von Verfassungsrechtlern und Politikern vertreten die Auffassung, dass mit dem im Grundgesetz benutzten Volksbegriff nur das ‘deutsche Volk’ gemeint sein kann und das Wahlrecht für Ausländer – auch das Kommunalwahlrecht - einer Verfassungsänderung bedürfe (vgl. Yildiz 1990, 54f).

Nach einer anderen Meinung ergibt sich aus dem GG, dass als “Volk“ nicht nur diejenigen angesehen werden, die die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen (vgl. Yildiz 1990, 54; Zuleeg 1987, Bd. 26 und Franz 1984, 27ff).

Zuleeg (1987, 24f) äußert die Meinung, die auf dem demokratischen Ansatz des GG basiert, dass das “Volk” den Personenkreis umfasst, der auf dem Territorium Deutschlands „eine Lebens- und Schicksalsgemeinschaft bildet“. Rittstieg (1981, 30ff) weist darauf hin, dass an keiner Stelle der deutschen Verfassung der Volksbegriff als “deutsches Volk” definiert wird.

Nach der Gewährung des Kommunalwahlrechts für alle EU-Bürger und der Erklärung des Bundesverfassungsgerichts vom 09.10.1990, die Einführung des kommunalen Wahlrechts für Ausländer aus der EU sei verfassungswürdig, bekommt die beschriebene Argumentation eine neue Dimension. Es wird deutlich, dass ein Verfassungsanspruch auf das Wahlrecht aller auf die Dauer in Deutschland lebenden Minderheitenangehörigen nicht auf kommunaler Ebene begrenzt bleiben kann.

b. Die “demokratisch - positivistische” Interpretation des Grundgesetzes

Das allgemeine Wahlrecht wird heute in fast allen westlichen Demokratien als ein “unentbehrliches und notwendiges Element demokratischer Partizipation anerkannt” (Yildiz, 1990, 51). Die Wahlen „legitimieren die politische Führung“ und „kompetitive Wahlen legitimieren das politische System“ (vgl. Nohlen 1986, 16).

Grundprinzip der Demokratie ist das Wahlrecht und die aktive Teilnahme in Parteien, Verbänden und anderen Gruppierungen für das gesamte Volk,

wobei zu diesem auch die Minderheitenangehörigen, die dauerhaft in Deutschland leben, arbeiten und seit langem einen unverzichtbaren Teil dieser Gesellschaft bilden, zu zählen sind. Denen wird aber das Wahlrecht verweigert (vgl. *Thränhardt 1985, 13*).

Heute unterliegen ca. 8 Mio. Menschen ausländischer Herkunft die auf Dauer in Deutschland leben, immer noch den ausländerrechtlichen Sondernormen. Als "Ausländer" sind sie zwar nicht völlig rechtlos, aber sie verfügen über weniger Rechte und insbesondere fehlen ihnen die Bürgerrechte (vgl. *Schulte 1999, 87*). Sie werden „in einem Zustand der Rechtlosigkeit und politischen Ohnmacht gehalten“ und das widerspricht dem Demokratieprinzip der Verfassung (vgl. *Art. 20 Abs. 1 GG; Yildiz 1990, 58 und Zuleeg 1987, 160*).

Die Verfechter des Nationalstaatsprinzips und Gegner der Gewährung des Wahlrechts für alle Minderheitenangehörigen sehen als einzige Voraussetzung dafür die personenrechtliche Zugehörigkeit zum Staatsverband, also die Einbürgerung. Dagegen wird argumentiert, dass es beim Ausländerwahlrecht darum geht, ob signifikante Teile der deutschen Wohnbevölkerung mit „Hilfe des Differenzierungskriteriums 'Staatsangehörigkeit' auf Dauer als 'Untertanen' der Herrschaft des 'Staatsvolkes' unterworfen werden können“ (vgl. *Yildiz 1990, 59*). Außerdem ist auch auf den Widerspruch zwischen dem Gehalt des Demokratieprinzips im Sinne des GG im Zusammenhang mit dem Menschenwürde - Prinzip (Art. 1GG) und der Tatsache, dass einem hohen Anteil der Bevölkerung keine demokratischen Rechte eingeräumt sind, hinzuweisen (vgl. *Brude 1989, 59ff und Yildiz 1990, 59*).

Schon seit den 70er Jahren wurde der Anspruch auf die Gewährung des Wahlrechts an die Minderheitenangehörigen und der Zusammenhang zwischen diesem und der Legitimierung des demokratisch - repräsentativen Systems thematisiert. Meyer (1976, 109) meinte bereits 1976 darüber:

“Die gleichberechtigte Teilnahme an den wirtschaftlichen und politischen Entscheidungsprozessen würde die Diskrepanz zwischen Verfassungsanspruch und sozio-ökonomischer Realität verringern und so die Legitimierung des demokratisch - repräsentativen Systems stärken“.

Die Gewährung des kommunalen Wahlrechtes nur an Staatsangehörige der EU-Mitgliedsländer widerspricht den Absichten der EU, die von einem "Europa der Bürger" redet. Der „EU-Bürger“ soll seinen Lebensmittelpunkt innerhalb der EU frei wählen können. Seine Staatsangehörigkeit soll nicht aufgegeben werden müssen. Ganz im Gegenteil, seine Teilnahme am politischen Leben seines Wohnortes soll von der Aufgabe seiner Staatsangehörigkeit abhängig werden²⁴ (vgl. Yildiz 1990, 60).

Neben den rechtlichen Argumenten für oder gegen die Verleihung des Wahlrechtes an die Minderheitenangehörigen in Deutschland gibt es auch politische Argumente.

Die Bundesregierung und die früheren Politiker weigerten sich bislang und schon seit den 60er Jahren, Deutschland als Einwanderungsland anzuerkennen. Das geschah nicht nur deswegen, weil sie dadurch den rechtlichen Aufenthaltsstatus der "Ausländer" bewahren wollten, sondern auch deswegen, weil sie damit die Verweigerung von politischen Rechten begründen konnten.

Andererseits wird unterstellt, dass die Minderheitenangehörigen selbst ihren Aufenthalt in der Bundesrepublik als befristet ansehen. Dieses Argument gegen das Ausländerwahlrecht wird von der Realität widerlegt, da diese Bevölkerungsgruppe meist eine längere Aufenthaltsdauer in Deutschland vorzuweisen hat und viele Minderheitenangehörige sogar in Deutschland geboren sind.

Das Wahlrecht ist nur ein Aspekt der politischen Demokratisierung. Ein weiterer Aspekt besteht in dem Recht, politische Interessen in kollektiver Form zu organisieren und zu vertreten - insbesondere in der Form der Parteien, die sich durch die stärkere Berücksichtigung der besonderen Interessen der ethnischen Minderheiten selbst stärker demokratisieren könnten (vgl. Schulte 1999, 89). Erfahrungen, wie z. B. aus den

²⁴ Als Bestandteil des integrationspolitischen Gesamtkonzepts der Bundesregierung sah die Koalitionsvereinbarung vom 20. Oktober 1998 im Abschnitt IX.7 die Einführung eines allgemeinen kommunalen Ausländerwahlrechts vor. Dieses sollte auch Staatsangehörigen aus Nicht-EU-Staaten gewährt werden, die auf Dauer im Bundesgebiet leben. Die gesetzestechnische Umsetzung dieses Vorhabens macht eine Grundgesetzänderung (Anpassung des Art. 28 Abs. 1 Satz 3 GG) erforderlich, die nach Art. 79 Abs. 2 GG der Zustimmung von zwei Dritteln der Mitglieder des Bundestages und zwei Dritteln der Stimmen des Bundesrates bedarf. Angesichts dieser qualifizierten Mehrheitsanforderungen kann eine entsprechende Gesetzesinitiative nur im parteiübergreifenden Konsens beschlossen werden.

Niederlanden (dort gilt das Wahlrecht für Minderheitenangehörige auf kommunaler Ebene seit 1982) zeigen, dass die Parteien anfangs sehr zögerlich ausländische Kandidaten aufstellten, aber die Situation verbesserte sich langsam (vgl. *Thränhardt 1998, 14*). Die Befürchtungen, dass ethnische Minderheiten selber Parteien gründen würden, wurden in der Tat nicht bestätigt (vgl. *Kulbach 1999, 69*).

Dies setzt aber einen andersartigen Umgang mit den ethnischen Minderheiten voraus, als denjenigen, welchen der deutsche Staat bis jetzt verfolgt hat.

Die ausländerpolitischen Richtlinien und Gesetze, d.h. die "Ausländerpolitik" betrachtete das Phänomen der Einwanderung als ein vorübergehendes Phänomen und wie Kulbach (1999, 66) sehr deutlich darauf hinweist, sind nicht nur der deutsche Staat, sondern auch die Städte nicht auf den Wandel, nämlich die Entstehung von ethnischen Einwandererminderheiten in Deutschland vorbereitet und es "werden die Versäumnisse des Bundesgesetzgebers auf der politisch - rechtlichen Ebene (Deutschland kein Einwanderungsland) häufig auf kommunaler Ebene als Alibi für eigenes Nichtstun benutzt."

Im Hinblick auf das verfassungsrechtliche Demokratie-Prinzip ergibt sich im politischen Bereich ein Mangel an Partizipationsmöglichkeit von Minderheitenangehörigen und darüber hinaus ein Mangel an Demokratie.

Die Partizipation an den politischen Gegebenheiten Deutschlands wird einem großen Teil der Bevölkerung Deutschlands verweigert. Man vergisst dabei, dass die politische Demokratie nicht nur durch das Prinzip der Volkssouveränität gekennzeichnet ist, sondern auch dadurch dass politische Entscheidungen von einer Vielzahl von Menschen getroffen werden, die berechtigt sind daran teilzunehmen (vgl. *Schulte 1999, 86f*).

6.4. Rechtsstatus

Der Rechtsstatus der Bevölkerung ausländischer Herkunft betrifft „die gesamte Ausländerpolitik“ (vgl. *Emmerich 1991, 19*).

Die Ausländerpolitik und vor allem das Ausländerrecht betrifft im wesentlichen - wie ich zeigen werde- die größte Gruppe unter der ausländischen Bevölkerung, die keine „EU-Bürger“ sondern Bürger aus den sog. Drittstaaten sind.

In Deutschland wird nach dem Ausländergesetz derjenige als „Ausländer“ bezeichnet, der nach der Definition des Art.116 Abs. 1 des Grundgesetzes (GG) die deutsche Staatsangehörigkeit nicht besitzt.

Mit dem Staatsbürgerrecht, das erst am 1.1.2000 eingeführt wurde, bekommen ausländische Kinder bei der Geburt in Deutschland automatisch die deutsche Staatsangehörigkeit, wenn mindestens ein Elternteil auch hier geboren ist. Erwachsene Ausländer haben nach achtjähriger Niederlassung in Deutschland das Einbürgerungsrecht (§85ff AuslG) unter der Voraussetzung, dass sie ausreichend die deutsche Sprache beherrschen. In den kommenden Jahren geht man davon aus, dass die eingebürgerten Minderheitenangehörigen eine große Bevölkerungsgruppe bilden werden. Es entsteht damit ein zusätzliches Wählerpotential, das die politische Landschaft erheblich beeinflussen könnte.

Alle Bürger ausländischer Herkunft, insbesondere aus den sog. Drittstaaten, unterliegen grundsätzlich dem Ausländergesetz.

Die Ausprägung des Ausländerrechts lässt sich anhand der geschichtlichen Entwicklung der Beschäftigung von Arbeitnehmern ausländischer Herkunft in Deutschland verfolgen. Diese geschichtliche Entwicklung möchte ich, ausgehend von der Anwerbezeit, kurz verfolgen.

Im Jahre 1962, während der Anwerbezeit, als die Zahl der ausländischen Arbeitnehmer rasch anstieg, entwarf die Bundesregierung zunächst ein „Gesetz über den Aufenthalt der Ausländer“, das zum Ausländergesetz (AuslG) fortentwickelt am 28.04.1965 verabschiedet wurde.

Seine Verfasser sahen es als Ausdruck einer „liberalen und wertoffenen Fremdenpolitik“ der Bundesregierung an. Seine Kritiker waren aber anderer Meinung. Geiselberger (1972, 53) bezeichnet es als ein „Instrument zur Absicherung von Ausbeutung“, Katsoulis (1978, 54) nannte es „das Recht der Herrschenden am Ausländer“, Dohse (1981, 238) hat das Verhältnis zwischen dem Staat und den ausländischen Arbeitnehmern als „Opportunitätsbeziehung statt Rechtsbeziehung“ bezeichnet und Franz (1974, 41) sprach schließlich von „einer Wunderwaffe zur Durchführung jedweder als dringend empfundenen tagespolitischen Notwendigkeiten“.

Vorbild des Ausländergesetzes von 1965 war vor allem die Ausländerpolizeiverordnung von 1938 (APVO). Deshalb bezeichnete Franz (1971, 60) das AuslG von 1965 als „empörenden Rückfall“ in den

Polizeistaat früherer Jahrhunderte. Dem AuslG von 1965 wurden vor allem „direkte Verstöße gegen die im Grundgesetz verbürgten Grundrechte“ und Verwendung von unbestimmten Rechtsbegriffen zugeschrieben (vgl. *Bech/Faust 1981, 96*). Das Vorläufergesetz von 1965 ist die Basis des Ausländergesetzes, das am 01.01.1991 in Kraft trat.

Das Ausländergesetz (*AuslG vom 9. Juli 1990, BGBl. I, 1354*) regelt die Einreise, den Aufenthalt, die Niederlassung, die Erwerbstätigkeit, die Aufenthaltsbeendigung und die Einbürgerung von Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit, mit Ausnahme bestimmter Personengruppen, wie z.B. der Diplomaten (vgl. *Bundesministerium des Innern 1998, 33ff*). EU-Staatsangehörige genießen nach Gemeinschaftsrecht Freizügigkeit (vgl. „*Gesetz über Einreise und Aufenthalt von EG-Bürgern*“; „*EWG - Vertrag*“ (Art.48); *EG -Verordnung 1612/69; AufenthG / EWG; FreizügV / EG; Bundesministerium des Innern 1998, 49; Beauftragte der Bundesregierung für die Belange der Ausländer, März 1994, 82 und Dies., Dezember 1995, 59*).

Sie dürfen sich innerhalb der EU-Mitgliedstaaten frei aufhalten und arbeiten. Sonst ist die EU- Einwanderungspolitik, die vorrangig die „Nicht EU-Bürger“ betrifft, grundsätzlich in der Kompetenz der EU-Staaten geblieben.

Die Regelungen des Ausländergesetzes, das am 01.01. 1991 in Kraft trat, sind zuletzt im Oktober 1997 geändert worden (zu den wichtigsten Rechtsbestimmungen, die im AuslG beschrieben werden, vgl. *Bundesministerium des Innern 1998*).

Anfang des neuen Jahrhunderts wurde mit der Reform des Staatsangehörigkeitsrechtes ein wichtiger Schritt zu mehr rechtlicher Gleichstellung vollzogen.

Der Weg zur deutschen Staatsangehörigkeit ist für die dauerhaft in Deutschland lebenden Ausländer die Einbürgerung. Im Unterschied zum Geburtsrecht erfolgt die Einbürgerung nicht automatisch, sie muss beantragt werden.

Die gesetzlichen Regeln über die Ermessenseinbürgerung bleiben im Wesentlichen unverändert. Verbessert wurde die Anspruchseinbürgerung nach dem Ausländergesetz: Der Anspruch auf Einbürgerung hat ab dem 1. Januar 2000 folgende wesentlichen Voraussetzungen:

- acht Jahre rechtmäßiger Aufenthalt in Deutschland
- Besitz einer Aufenthaltserlaubnis oder Aufenthaltsberechtigung
- Bekenntnis zum Grundgesetz
- keine verfassungsfeindlichen Betätigungen
- in der Regel Sicherung des Lebensunterhaltes ohne Sozial- oder Arbeitslosenhilfe
- Strafflosigkeit, ausgenommen Bagatelldelikte
- Ausreichende deutsche Sprachkenntnisse.

Beim Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit muss in der Regel die ausländische Staatsangehörigkeit aufgegeben werden. Ausnahmen gelten wie bisher, wenn die Staatsangehörigkeit nicht oder nur unter besonderen Schwierigkeiten aufgegeben werden kann.

Eine bedeutende Änderung der deutschen Politik den neuen Einwanderern und ethnischen Minderheitengruppen gegenüber scheint damit in Gang zu sein. Diese Änderungen, die als positiv zu bewerten wären, sind allerdings auch diesmal einerseits zu spät getroffen worden und andererseits wieder einmal wirtschaftlich bedingt. Denn der geltende Rechtsstatus der ausländischen Bürger dient, wie es immer bis heute der Fall war, nur „politischen und wirtschaftlichen Interessen“ und zielt hauptsächlich auf die Mobilität dieser Bevölkerungsgruppe. In Krisenzeiten sollten diese Arbeitskräfte flexibel und mobil sein, damit sie in der Lage sind, neue Arbeitsbedürfnisse zu decken. Deswegen ist immer noch die Rede von „Ausländerpolitik“ und nicht von „Integrations- oder Einwanderungspolitik“.

Kritik am Ausländergesetz findet einerseits, dass es „in vielen Bereichen den Ermessensspielraum der Ausländerbehörden eingeschränkt“ hat und andererseits, dass es an einigen Stellen zwar „rechtliche Vorteile für hier lebende Ausländer“ brachte, in anderen Punkten allerdings „deren Sicherheit einschränkte, weshalb es nach wie vor bei den Betroffenen sehr umstritten ist“ (*Zentrum für Türkeistudien 1994, 35*).

Die Aufenthaltserlaubnis wird stark an die Arbeitserlaubnis und die Erwerbstätigkeit der Personen ausländischer Herkunft gekoppelt. (*Vgl. Bundesministerium des Innern 1998, 192f und Zentrum für Türkeistudien 1994, 36f*). Dies bereitet für den Ausländer jedoch eine immense Rechtsunsicherheit.

2.5. EU-Politik in bezug auf die ethnischen Minderheiten

Die Rechtsgebungen innerhalb der Europäischen Gemeinschaft, welche die der ethnischen Minderheiten und das Migrationsverfahren innerhalb der EU angehen, sind unübersichtlich. Ich werde hier nur den Versuch unternehmen, wichtige Richtlinien und Tendenzen der EU-Politik zu skizzieren und nicht auf Einzelheiten eingehen, die Thema einer anderen Arbeit wären.

Die bisherigen Erfahrungen auf der EU-Ebene deuten darauf hin, dass Europa auf dem Weg zu einem „Europa der Bürger“ sein will. Von den wichtigsten Entwicklungen, bei denen die EU prägend war, sind u.a. zu nennen:

- die Freizügigkeit innerhalb der EG
- die Einführung des kommunalen und europäischen Wahlrechts ausschließlich für die Angehörigen der EU-Mitgliedsstaaten, die sog. „EU-BürgerInnen“ und
- die institutionalisierten Schutzmechanismen (*vgl. Yildiz 1992, 114*).

Unter diesen Rahmenbedingungen könnte man sagen, dass der Rechtsstatus der EU-Bürger aus den EU-Mitgliedsstaaten dem der einheimischen Bevölkerung gleicht, jedoch mit einer wichtigen Ausnahme, die dem Begriff der „EU - Bürger“ widerspricht, nämlich, dass sie nicht die gleichen politischen Rechte haben (z.B. beim Wahlrecht). Diese Entwicklungen klammern jedoch eine große Zahl von Minderheiten aus, die von diesen EU-Rechtsvorschriften nicht profitieren, nämlich die Minderheitenangehörigen aus den Nicht-EU-Staaten, d.h. aus den sogenannten Drittstaaten. Und das geschieht, obwohl sie zur Zeit die Mehrheit aller Minderheitsangehörigen innerhalb der EU bilden und ungeachtet ihres dauerhaften Aufenthalts in EU - Mitgliedsländern.

In diesem Zusammenhang entwickeln die EU-Mitgliedsstaaten eine Politik gegenüber den ethnischen Minderheiten, die in rechtlicher Hinsicht eine „Hierarchie unter ihnen“ schafft und die dazu tendiert für die EU - Angehörigen einen sog. „closed shop“ entstehen zu lassen (*vgl. Just 1985, Bd. I, 116 und Geier 1991, 103ff*)

Die meisten EU-Mitgliedsstaaten weigern sich offiziell als Einwanderungsländer betrachtet zu werden, denn das würde eine für sie unerwünschte Ausländergesetzgebungsänderung mit sich bringen, nämlich

u.a. die politische und rechtliche Gleichstellung der ethnischen Minderheiten. So lange die Minderheitsangehörigen politisch stimmlos bleiben, werden sie auch von den Parteien nicht berücksichtigt, ihre Interessen werden als „nicht notwendig angesehen“, und im schlimmsten Fall werden sie von den meisten Parteien „in fast allen Ländern als Sündenböcke gebraucht, denen die Schuld an der hohen Arbeitslosigkeit und anderen ökonomischen und sozialen Problemen angelastet wird“ (vgl. *Yildiz 1992, 115*).

Die Art und Weise des Umgangs mit den ethnischen Minderheiten in den verschiedenen EU-Mitgliedsstaaten wird in der Terminologie, die in den meisten EU-Ländern verwendet wird, deutlich. In Deutschland wird der Begriff „Ausländer- und Migrationspolitik“ durchgesetzt, in Großbritannien und Frankreich ist von „Einwanderern“ die Rede. In den Niederlanden, die bezüglich des Umgangs mit ethnischen Minderheiten als Vorbild für viele gelten, wird von einer „Minderheitenpolitik“ gesprochen (vgl. *Thränhardt 1987, 14 und Groenendijk 1986, 38ff*).

Trotz der positiven EU - Rechtsbestimmungen - zumindest für die „EU - Bürger“- und der positiven Richtlinien des Europäischen Parlaments und der Kommission blieb bis Anfang der 90er Jahre die EU - Minderheitenpolitik stark von den jeweiligen nationalen politischen Prozessen abhängig und das verschlechterte vor allem die Lage der Nicht-EU-Angehörigen (vgl. *Just 1985, Bd. I, 120ff und Yildiz 1992, 118*).²⁵

Mit folgender Anleihe bei Thränhardt (1987, 25) möchte ich dies offensichtlicher machen: „Die jeweilige Politik spielt sich auf nationaler Ebene ab. Die Parteien und ihre Strategien, die Kirchen, die Gewerkschaften und andere Gruppen sowie die Medien spielen dabei zusammen. Ausländer (und insbesondere in extremer Weise politische Flüchtlinge) sind in derartigen Auseinandersetzungen Objekte die relativ

²⁵ Bezogen auf die „Gemeinschaftsmaßnahmen zur Verbesserung der Situation der Wanderarbeitnehmer“, die im November 1983 vom Europäischen Parlament verabschiedet wurden, weist Just (1985,120) darauf hin, dass die Realisierungschancen dieser „begrüßenswerten Forderungen“ als gering eingeschätzt werden, da die Macht in der EU einseitig beim Ministerrat liegt. Die einzelnen Minister artikulieren in ihm nur die nationalstaatlichen Interessen (vgl. *Just 1985, 120 und Europäische Gemeinschaften, Amtsblatt 18.11.1983, Entschließung des Parlaments zum Problem der Wanderarbeitnehmer, Nr. C 342/S.142ff*).

wenig Einfluß nehmen können. Ausländerpolitik ist immer noch weitgehend als nationale und nicht als europäische Politik zu beschreiben“.

Mit dem „Maastrichter Vertrag“, der im November 1993 in Kraft trat, versuchte man, für die bisherige rein völkerrechtliche Zusammenarbeit der EU-Mitgliedsstaaten in den Bereichen der Ausländerpolitik eine „neue institutionelle Ebene“ zu finden (vgl. *Bundesministerium des Innern 1998, 142 und zur rechtlichen Grundlagen des Asyls in Deutschland vgl. ebd. 100ff.*)

Im Titel VI in den Artikeln Kff. EUV (sog. 3. Pfeiler) wurde die Zusammenarbeit der EU-Mitgliedsstaaten in den Bereichen der Justiz- und Innenpolitik geregelt. Nach Artikel K.1 EUV werden folgende Bereiche als „Allgemeinheiten von gemeinsamem Interesse“ zur „Verwirklichung der Ziele der Union“ bezeichnet, die insbesondere auf die Freizügigkeit bezogen sind: die Asyl- und Einwanderungspolitik, die Politik gegenüber den Angehörigen der Drittländer.²⁶

Es bestehen sieben Arbeitsgruppen, die die Arbeiten im Bereich der Zusammenarbeit der Ausländer- und Asylpolitik auf fünf Ebenen durchführen. Diese Arbeitsgruppen sind folgende: Arbeitsgruppe Asyl, Außengrenzen, Gefälschte Dokumente, Wanderung, Visa, Informations-, Reflexions- und Austauschzentrum für Asylfragen (CIREA) und Informations-, Reflexions- und Austauschzentrum für Fragen im Zusammenhang mit dem Überschreiten der Außengrenzen und der Einwanderung (CIREFI) (vgl. *Bundesministerium des Innern 1998, 142ff.*). Sie arbeiten in der sog. Lenkungsgruppe I „Einwanderung und Asyl“ zu, die für die Durchführung von Art. K.1 bis 3 EUV zuständig ist. Im Bereich des sogenannten „3. Pfeilers“ bestehen zwei weitere Lenkungsgruppen: Polizei und Zoll, sowie Justitielle Zusammenarbeit (*Bundesministerium des Innern 1998, 144*).²⁷

²⁶ Geregelt werden insbesondere die Voraussetzungen für die Einreise, den Verkehr, den Aufenthalt - einschließlich der Familienzusammenführung - im Hoheitsgebiet der EU, den Zugang zur Beschäftigung, die Bekämpfung der illegalen Einwanderung, des illegalen Aufenthalts und der illegalen Beschäftigung von Staatsangehörigen der dritter Länder innerhalb der EU (vgl. *Bundesministerium des Innern 1998, 142*).

²⁷ Die Arbeiten der 3 Lenkungsgruppen werden vom sog. K. 4-Ausschuss koordiniert. Seine Arbeiten werden wiederum dem Ausschuss der Ständigen Vertreter vorgelegt und letztendlich entscheidet der Rat der EU in der Regel in Zusammensetzung der Justiz- und

Der Europäische Rat vom 16.-17. Juni 1997 ist mit der Einigung über den "Vertrag von Amsterdam" zu Ende gegangen. Wichtig ist dabei, dass u.a. vorgesehen wurde, dass der größte Teil der Themenkomplexe, die bisher Gegenstand der sogenannten "intergouvernementalen Zusammenarbeit der EU-Mitgliedstaaten" waren, nach dem Verlauf eines Übergangszeitraumes von 5 Jahren in die Regelungskompetenz der EU übergeführt werden (Vergemeinschaftung) (vgl. *Bundesministerium des Innern* 1998, 163).

Auf die juristischen Einzelheiten des Amsterdamer Vertrags möchte ich nicht eingehen, folgende Regelungen wären jedoch zu nennen: man braucht keine verschiedenen Visa mehr für die EU-Mitgliedsstaaten. Angehörige der Drittstaaten brauchen nur ein Visum, um sich bis zu drei Monate lang frei innerhalb der EU bewegen zu können.

Laut Amsterdamer Vertrag können die Migranten, Angehörige von EU-Mitgliedsstaaten bei Kommunal- und Europawahlen wählen, ohne über die Staatsangehörigkeit des Landes, in dem sie wählen, zu verfügen.

Beide Regelungen machen deutlich, wie stark die EU-Politik die Minderheitenangehörigen aus den sog. Drittstaaten, die sich über mehrere Jahrzehnte innerhalb der EU aufhalten, von den Migranten aus den EU-Mitgliedstaaten ausgrenzten. Dies wird deutlich durch folgende Anleihe bei Charchira, Präsident des Migrantenforums der EU²⁸. Er fragt sich diesbezüglich: „Warum sollen Migranten und Migrantinnen der sogenannten Dritten Welt, die hier 40 Jahre oder mehr leben, nicht auch wählen dürfen? Warum müssen sie eine Staatsangehörigkeit annehmen um das Wahlrecht zu bekommen? Deswegen fordern wir die Erweiterung des Artikels 7a des Unionsvertrags bezüglich der Unionsbürgerschaft für alle Migranten, die sich fünf Jahre in einem Mitgliedstaat aufhalten“ (*Charchira* 1999, 21).

Außer den sieben oben genannten Arbeitsgruppen arbeiten in Europa mehrere zwischenstaatliche, „unter Ausschluß der Öffentlichkeit“ daran, „Europa zu einer Festung gegen Menschen aus der armen Welt zu machen und in seinem Innern zu einem Polizei- und Überwachungsstaat“ zu gestalten (vgl. *Yildiz* 1992, 120f). Dabei sind drei wichtige Gremien zu unterscheiden:

Innenminister. Vorhaben von großer Wichtigkeit werden vom Europäischen Rat behandelt (vgl. *Bundesministerium des Innern* 1998, 144).

²⁸ Zum „Migrantenforum“ vgl. Teil: I, Einheit: 4.1.vorgelegter Arbeit

1. Die „Schengen - Gruppe“:

An ihr sind die Benelux - Länder, Frankreich, die BRD, Italien, Portugal und Spanien beteiligt, die sich seit 1985 treffen. Am 19. Juli 1990 haben die Mitgliedsstaaten der Gruppe ein Durchführungsübereinkommen unterschrieben, das folgende Maßnahmenpakete beinhaltet:

- die einheitliche Verschärfung der Außengrenzkontrollen,
- die Verwendung einheitlicher Visa- Vorschriften die vor Fälschungen schützt,
- eine gemeinsame Asyl- und Flüchtlingspolitik,
- die Schaffung eines unter der Bezeichnung Schengener Informationssystem (SIS) bekannt gewordenen Datenbankverbunds,
- die Zusammenarbeit bei der Drogenbekämpfung,
- die polizeiliche Zusammenarbeit, insbesondere bei der Verfolgung von Straftätern über die gemeinsamen Grenzen hinweg und
- die justitielle Zusammenarbeit bei Rechtshilfe und Auslieferung (*vgl. Bundesministerium des Innern 1998, 145 und Yildiz 1992, 121*).

Die Kommission der EU hatte bei der Schengen-Gruppe Beobachterstatus, ihr Verhandlungsgegenstand fällt aber nicht in den Zuständigkeitsbereich der EU-Organen.

Dem Abkommen sind inzwischen auch alle EU-Mitgliedsländer beigetreten.

2. Die *polizeipolitische TREVI-Gruppe* (TREVI steht für: Terrorismus, Radicalismus, Extremismus et Violence Internationale).

Die Trevi - Gruppe wurde bereits 1975 in Rom gegründet, zur Koordinierung der Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus, der sich in den 70er Jahren zum wichtigsten Problem der westeuropäischen Regierungen entwickelte (*vgl. Moussourou 1993 27f*). An den Arbeiten der TREVI-Gruppe nehmen alle Justiz- und Innenminister der EU - Mitgliedstaaten sowie aus Marokko, der Schweiz, den USA, Kanada, China, Thailand, Malta, der Türkei und Australien teil. Zwischen den TREVI-Staaten, findet seit 1976 der Austausch von Personeninformationen statt. Das Schwergewicht lag zunächst im sogenannten Terrorismus-Bereich. Inzwischen wird neben dem europaweiten Sofort-Informationsaustausch nach "terroristischen Ereignissen" auch ein Austausch über "unerwünschte Ausländer aus Drittstaaten" praktiziert. Die Aktivitäten von TREVI weiteten

sich immer weiter aus und umfassen heute praktisch alle Kriminalitätsbereiche, vor allem das, was mit dem Begriff "organisierte Kriminalität" zu umschreiben versucht wird. Es gibt Meldedienste zu Terrorismus, Drogenhandel, Waffenhandel, bewaffnetem Raub, Betrug, Menschenhandel, Erpressung, Entführung und zu Fussballkrawallen.

Die TREVI - Gruppe ist ein öffentlich nicht kontrolliertes Gremium, wobei die Kommission der EU keinen Zugang zu den Verhandlungen hat.²⁹ Sie ist also keine EU-Institution, sondern eher eine Art Koordinierungs- und Planungsinstanz für die polizeiliche und geheimdienstliche Zusammenarbeit. Der logischer Nachfolger der Trevi Gruppe ist Europol.

3. Die Ad-hoc-Arbeitsgruppe „Einwanderer“

Diese Gruppe wurde 1986 gegründet und ihr gehören die Innenminister aller EU - Mitgliedsstaaten an. Die Gruppe sieht ihre Aufgabe darin, eine „gemeinsame Politik zur Vermeidung von Missbräuchen des Asylrechts zu entwickeln“ und die „Sichtvermerkspolitik“ zu koordinieren (vgl. *Taschner 1987, Bd.26, 143ff*). Die EU - Kommission nimmt als Mitglied an ihren Sitzungen teil, aber nicht als „nach Gemeinschaftsrecht teilnahmeberechtigtes Gemeinschaftsorgan“. Die Ad-hoc-Gruppe ist keine Institution der EU.

Im Auftrag des Europäischen Rates hat sie 1991 einen Bericht verfasst, in dem „die Harmonisierung der Aufnahmepolitik, die Einwanderung, die Politik auf dem Gebiet der Zuwanderung und die Lage von Drittlandangehörigen, die sich regelmäßig in der Gemeinschaft aufhalten“ behandelt wurden (vgl. *Ad- HOC -GRUPPE „EINWANDERUNG“ Brüssel, 03.12.1991 und Yildiz 1992, 123*).

Zu den Grundlagen der EU - Einwanderungspolitik und der bundesrepublikanischen Ausländerpolitik, welche der EU-Politik ähnelt, gehört „die Begrenzung und Steuerung des Zugangs“ aus Staaten außerhalb der EU in die EU-Staaten (vgl. *Bundesministerium des Innern 1998, 214*). Die für diese Fragen verantwortlichen EU - Minister haben sich

²⁹ Ihre Beschlüsse werden nicht veröffentlicht. Trotzdem sehen einige Publikationen ab und zu die Öffentlichkeit. Zu nennen wäre der Text in EUROPE (Agence Internationale d'Information pour la Presse) Nr. 1453/8.5.1987 mit dem Titel: "Main conclusions of the TREVI Group (fight against Terrorism and Drugs) and of the ministerial group for harmonising immigration policies of the 'twelve'". (Vgl. *"Kathimerini"- Zeitung, 10.2.1991 nach Mousourou 1993, 28*)

im *Maastrichter Vertrag* auf eine "restriktive Politik" verständigt (vgl. *Bundesministerium des Innern 1998, 216* und zur Erläuterung der Beschlüsse des Rates der Justiz- und Innenminister der EU, die die restriktive Haltung der Union bestätigen vgl. ebd., 156ff).

Was heftig über die Aufgaben und Absichten der o.g. Gremien innerhalb einer „EU der offenen Grenzen“ und der EU- Politik gegenüber den Minderheitenangehörigen im Allgemeinen kritisiert wird, ist der Versuch, in inakzeptabler Art und Weise die Minderheitenangehörigen und vor allem die Flüchtlinge mit Begriffen wie Terrorismus, Kriminalität und Gefährdung für die öffentliche Ordnung und Sicherheit gleichzusetzen. Und diese Maßnahmen werden im Namen der Harmonisierung von den EU - Mitgliedsstaaten in Kraft gesetzt ohne Bedenken hinsichtlich des Schutzes der Menschenrechte. Besonders was das Schengener Abkommen betrifft, werden sogar Entscheidungen innerhalb der EU getroffen, die nicht in Einklang mit der demokratischen Beschlussfassung sind und an der Kontrolle des EU - Parlaments vorbei getroffen wurden (vgl. „EUROPA-FORUM“ Nr. 6/91, 4).

2.6. Staatlich angewandte Konzepte beim Umgang mit ethnischen Minderheiten in Deutschland: Fremdheit, Integrations-, und Assimilationsversuch, Deutsche Staatsangehörigkeit

An dieser Stelle möchte ich sowohl die angeführten Begriffe der Partizipation und der Integration von ethnischen Minderheiten in der bürgerlichen Gesellschaft, als auch die schon beschriebene geschichtliche Entwicklung der Migration im deutschen Raum und ihre Lebensbedingungen seit der 60er Jahren jetzt noch einmal in Erinnerung rufen (vgl. *Definitorisches und Teil: I, Einheiten: 1& 2. vorliegender Arbeit*). In Anlehnung an Bukow (1999) werde ich im folgenden die Entwicklung des Umgangs des deutschen Staates und der deutschen Gesellschaft mit ethnischen Minderheiten skizzieren. Darunter werde ich die staatlich angewandten Konzepte, ihre Ziele und Folgen und den ganzen Prozess beschreiben, der von der Fremdheit der ersten Jahre, über die Phasen eines Assimilations- und Integrationsversuchs zu den Maßnahmen der letzten Zeit führte, die die Erleichterung der Einbürgerung von vielen

Minderheitsangehörigen erlaubten. Zuerst möchte ich aber die Begriffe Integration und Assimilation kurz definieren.

2.6.1. Der Begriff „Integration“

Der Begriff „Integration“ stammt ursprünglich aus der Mathematik und wurde später von verschiedenen Wissenschaften (wie Psychologie, Staats- und Verfassungslehre, Völkerrecht) aufgenommen und vor allem von Soziologen und Historikern gebraucht (*vgl. Ackermann 1990, 14ff*).

Der Begriff wird vom lateinischen Wort ‚integer‘ abgeleitet, das ‚unversehrt‘, ‚heil‘, ‚ganz‘ bedeutet; ‚Integration‘ meint einen „Einigungsprozeß von Teilen und Gliedern zu einer sie umfassenden Einheit, so daß die gewonnene Einheit mehr ist als die Summe der vereinigten Teile. Neue Elemente werden in der Weise in ein System aufgenommen, daß sie sich danach von den alten Elementen nicht mehr unterscheiden als diese untereinander.“ (*Ackermann 1990, 14 und vgl. Kerbe/ Schmieder, 1984, 262ff und Endruweit / Trommsdorf 1989, 307*).

Statt des Begriffs ‚Integration‘ wurde von Soziologen und Historikern der Begriff ‚Eingliederung‘ verwendet um die ‚Eingliederung‘ u.a. von Flüchtlingen, Vertriebenen nach 1945, Aussiedlern und seit Anfang der 70er Jahre von „ausländischen Arbeitnehmern in Deutschland“ zu beschreiben. Die Bedeutungen beider Begriffe werden oft gleichgesetzt. Ackermann (1990, 15ff) beschreibt kritisch die semantische Bedeutung des Begriffes „Eingliederung“ bzw. „Integration“ in einer zusammenfassenden „begriffsgeschichtlichen Untersuchung“ zur Verwendung des Begriffes seit dem II. Weltkrieg. Wir möchten hier nur einige seiner Feststellungen zitieren: „In der Nachkriegsphase war ‚Integration‘ bzw. ‚Eingliederung‘ ein Leitbild bürokratisch-zweckrationalen Handelns“ (*Ackermann 1990, 14*). Und weiterhin in Zusammenhang mit dem „kalten Krieg“ zwischen Ost- und Westdeutschland wird ‚Eingliederung‘ „auch als analytischer Begriff im wissenschaftlichen Gebrauch politisch konnotiert und ihre Bedeutung von innen- und außenpolitischen Interessen definiert.“ (*Ackermann 1990, 16*).

Wie Mc Rae demonstriert: „Die Forderung nach Integration der Ausländer ist zum Schlagwort geworden, viel gebraucht, aber nur selten näher differenziert und definiert. Eine Leerformel, die je nach politischen

Zielsetzungen mit unterschiedlichen Inhalten gefüllt wird“ (*Mc Rae 1980, 120*).

In der Literatur wird oft in Zusammenhang mit dem Begriff „Integration“ eine Unsicherheit im Gebrauch, eine mangelnde Trennschärfe gegenüber anderen Termini wie z.B. „Assimilation“, „Anpassung“ u.a. beobachtet.

Bezogen auf die Situation der ethnischen Minderheiten in Deutschland wurde 1971 in einer Analyse der Äußerungen von Vertretern staatlicher Behörden und der Arbeitgeberorganisationen sogar festgestellt, dass unter „Integration“ in der Regel „Anpassung“ der Minderheiten nicht nur an das betriebliche, sondern auch an das „ganze gesellschaftliche Leben der Mehrheit“ verstanden wird (*vgl. Mc Rae 1980, 120*).

Das Konzept zur ‚Integration‘, das Ende der 70er Jahre entstanden ist, wurde als Gegenkonzept zum sog. „Rotationsprinzip“ entwickelt (*vgl. Galanis 1989, 12ff*). Oft ist die Rede von den „integrationsfähigen“ und „integrationswilligen“ Migranten im Gegensatz zu den „nicht Integrationsfähigen“ oder sogar „Integrationsunwilligen“. Dahinter steht jedoch eine klare Tatsache: unter dem Begriff „Integration“ wird nicht Eingliederung, sondern „Assimilation“ verstanden, d.h. eine Anpassung an die deutschen gesellschaftlichen Normen und Werte (*vgl. Galanis 1989, 36f*).

2.6.2. Der Begriff „Assimilation“

In der Literatur findet man nicht nur eine verwirrende Vielfalt von Begriffen, wie Assimilation, Assimilierung, Akkulturation, Akkomodation, Absorption, Adaptation, Integration, Amalgamation, die ähnliche Phänomene und Prozesse beschreiben, sondern häufig auch eine enge konzeptuelle Verbindung zwischen den Begriffen der Akkomodation³⁰, Akkulturation und Assimilierung auf der einen, und soziokulturellen Dimensionen der „Eingliederung“ von Einwanderern auf der anderen Seite (*vgl. Heckmann 1992, 168ff; Eisenstadt 1954; Goetze 1976; Esser 1980 und Hill 1984*). Um

³⁰ In seinen Definitionsvorschlägen unterscheidet Heckmann (1992, 168) zwischen „funktionalen“ Anpassungsprozessen infolge von Kulturwechsel (wie z.B. das Erlernen der Mehrheitssprache, das Einüben von Verkehrsregeln, wie man Rechnungen bezahlt und telefoniert, oder was man tun kann, wenn man krank wird) und „jenen Wandlungen und Maßstäben, Präferenzen und Perspektiven, die sich zumeist als Resultat des Kulturkonflikts entwickeln“ und bezeichnet diesen Prozeß als „Akkomodation“:

diejenigen Begriffe zu definieren, die für diese Arbeit von Bedeutung sind, werde ich im folgenden die Definitionsvorschläge von Heckmann (1992) herausstellen.

a. Akkulturation

Heckmann (1992, 162) versucht angesichts der verwirrenden Vielfalt der o.g. Begriffen bestimmte „terminologische Vorschläge“ zu machen. Er bezeichnet dabei den Akkulturationsprozess, nämlich die „Veränderungen von Personen, Gruppen, Kulturen und Institutionen als Resultat von „Kulturkontakten“ zwischen unterschiedlichen ethnischen Gruppen“, als „eine wichtige Form ethnischen Wandels“.

Akkulturation hat laut Heckmann (1992, 168) den angesprochenen Prozess der Akkomodation zur Voraussetzung und spielt sich auf einer viel tieferen Ebene ab:

„Akkulturation meint durch Kulturkontakte hervorgerufene Veränderungen von Werten, Normen und Einstellungen bei Personen, den Erwerb von Kenntnissen, Fähigkeiten und Qualifikationen (Sprache, arbeitsbezogene Qualifikationen, gesellschaftlich - kulturelles Wissen u.a.) sowie Veränderungen von Verhaltensweisen und „Lebensstilen“ (z.B. in bezug auf Arbeit, Wohnen, Konsum, Freizeitverhalten, Kommunikationsformen, Heiratsmuster); auch Veränderungen der Selbstidentität sind damit notwendigerweise verbunden“ (Heckmann 1992, 168).

Heckmann (1992, 165) definiert beide Begriffe in Beziehung zum gesamt - gesellschaftlichen Rahmen wie folgt:

„Akkulturation und Assimilierung sind aus der Sicht der Person bewußte, zum Teil aber auch ungeplante und unbewußte Anpassungs- und Lernprozesse; sie vollziehen sich aber innerhalb eines gesamtgesellschaftlichen Politikrahmens, der Bedingungen setzt, Möglichkeiten schafft, aber auch Zwänge beinhaltet“ (Heckmann 1992, 165).

b. Personen- und Gruppenakkulturation

Er unterscheidet aber auch zwischen Veränderungen von Einzelpersonen und Gruppen, die „ihre Strukturen und Institutionen“ verändern: Akkulturation auf Gruppenebene bedeutet eine Veränderung kollektiver Werte und Normen, d.h. sowohl Neugründungen wie Modifikation oder

Aufgabe soziokultureller Strukturen in Gruppen, schließlich auch Veränderungen der Gruppenidentität“ (Heckmann 1992, 168).

c. Die Richtung kultureller Veränderungen

Danach beschreibt Heckmann (1992, 169f) fünf Beeinflussungsprozesse, die zwischen der Minderheits- und Mehrheitsbevölkerungsgruppe stattfinden. Die Richtung der Veränderungen zwischen beiden Gruppen verläuft nach Heckmann „aufgrund der Machtverhältnisse generell in Richtung der Mehrheit, aber keineswegs ausschließlich“.

Zwischen zwei Gruppen unterscheidet er folgende Beeinflussungsprozesse, die logisch möglich sind:

Fall 1	$G_1 \Rightarrow G_2$	
Fall 2	$G_1 \Leftarrow G_2$	
Fall 3	$G_1 \Rightarrow G_2$ \Leftarrow	
Fall 4	$G_1 \Rightarrow G_2$ \Leftarrow	\Rightarrow : Richtung des Einflusses \rightarrow : bei Wechselwirkung der schwächere Einfluss
Fall 5	$G_1 \rightarrow G_2$ \Leftarrow	

Quelle: Heckmann (1992), Übersicht 8.1., S. 169

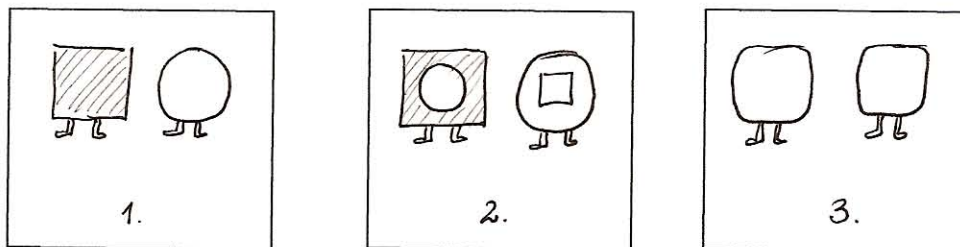
Er erklärt diese Übersicht wie folgt: „Fall 1 und 2 repräsentieren Fälle völliger Determination einer Gruppe durch die andere, 3-5 wechselseitige Beeinflussungen; Fall 3 stellt gleichwertige Wechselwirkungen, die Fälle 4 und 5 wechselseitige, aber nicht gleichwertige Beeinflussungen dar“ und vor diesem Hintergrund entstehen folgende Definitionen für die Begriffe Akkulturation, Assimilation, Kulturelle Synthese und Dessimilierung:

○ *Akkulturation:*

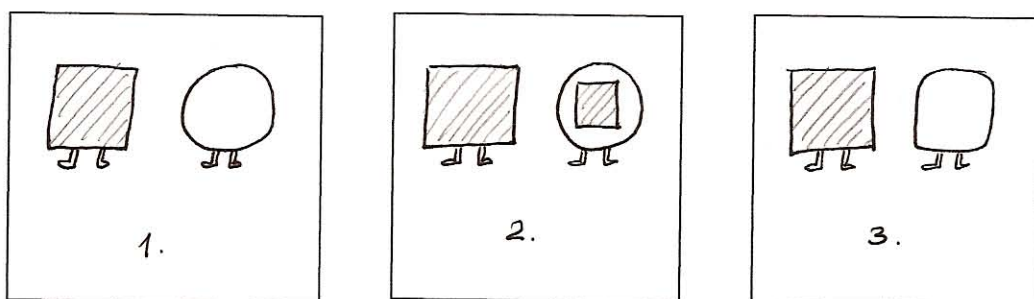
Unter dieser Perspektive heißt also Akkulturation „wechselseitige, aber nicht gleichwertige Beeinflussung und Veränderung, bedeutet Annäherung der Minderheit an die Mehrheit, die aber auch bestimmte Elemente der Minderheitenkultur aufnimmt“ (Heckmann 1992, 169).

In Zusammenhang mit dem Akkulturationsprozeß steht der Begriff der Identifikation, die Buchkremer (1977) in seiner Identifikationstheorie als

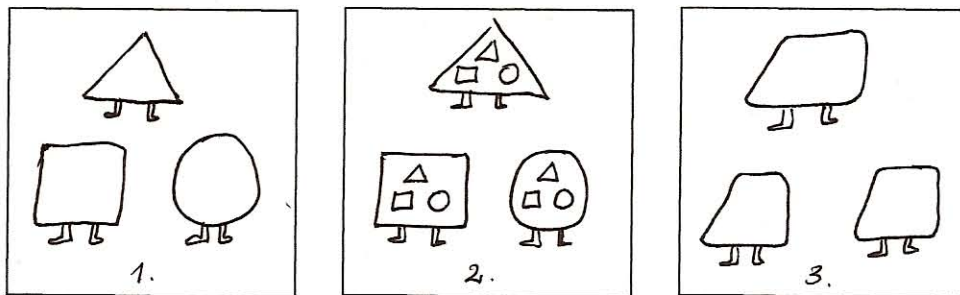
„innere Gleichsetzung mit anderen“ bezeichnet. In seinem Werk „Verständnis für Außenseiter“ stellt der Autor eine Sequenz von Abbildungen der verschiedenen Beziehungsmuster von Identifikation vor. Die Identifikation wird von Buchkremer (1977, 9) psychoanalytisch bestimmt. Unter Heranziehung von Drever und Fröhlich (1970, 138f) wird an gleicher Stelle Identifikation als ein Prozess definiert, „in dessen Verlauf sich ein Individuum mehr oder weniger unbewusst durch emotionale Bindung an einen Mitmenschen zeitweise oder relativ überdauernd in diesen Lage versetzt, um so wie die Bezugsperson zu denken oder zu handeln bzw. sich dies vorzustellen“. Identifikation ist nicht nur von Einzelperson zu Einzelperson möglich. Sie ist auch ein Gruppen- und Massenphänomen. Die verschiedenen Beziehungsmuster von Identifikation werden von folgenden Abbildungen verdeutlicht:



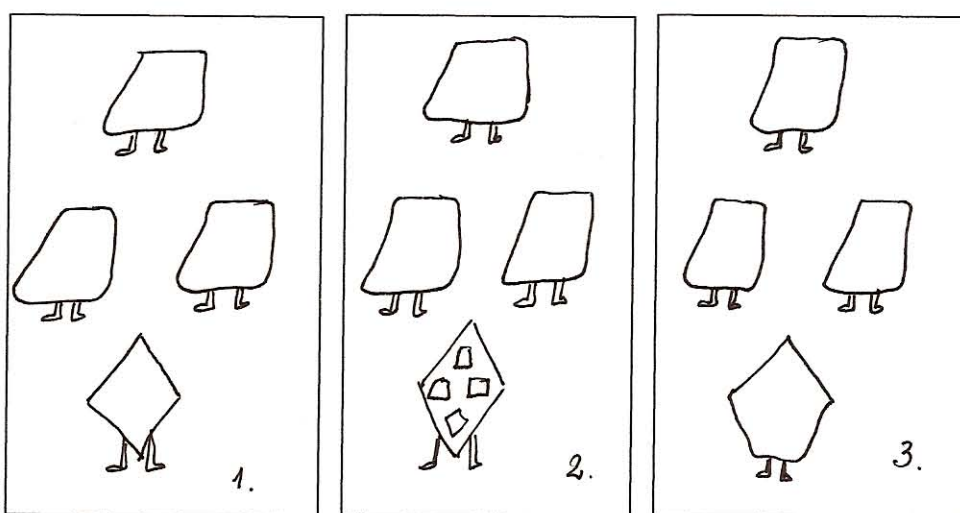
Gegenseitige Identifikation zweier Personen. – Die Formveränderung von Bild 2 nach Bild 3 zeigt bei den Identifikationspartnern eine gegenseitige Annäherung der Identität. (Buchkremer 1977, 9).



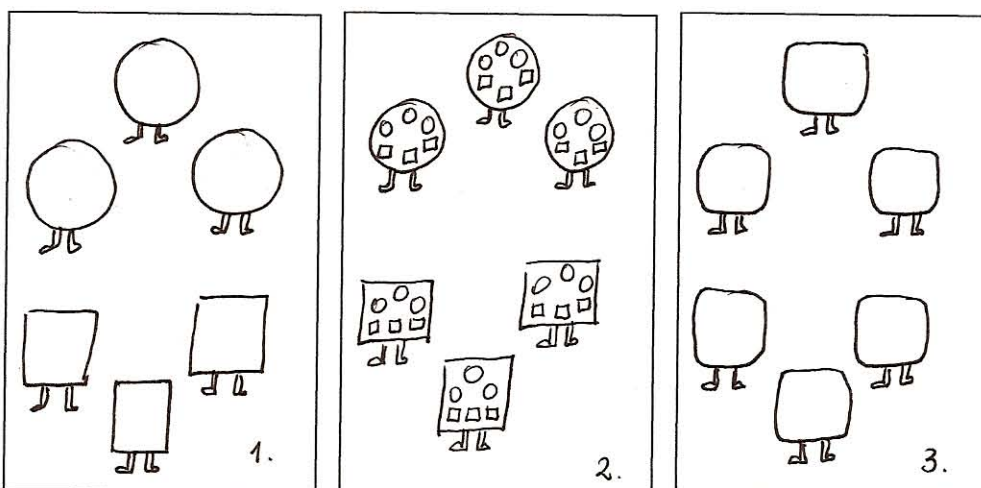
Einseitige, nicht erwiderte Identifikation einer Person mit einer anderen. – Eine identifikatorische Veränderung erfolgt logischerweise nicht bei dem identifikationsneutralen sondern nur bei dem identifizierenden Subjekt. (Potentielle Außenseitersituation). (Buchkremer 1977, 10).



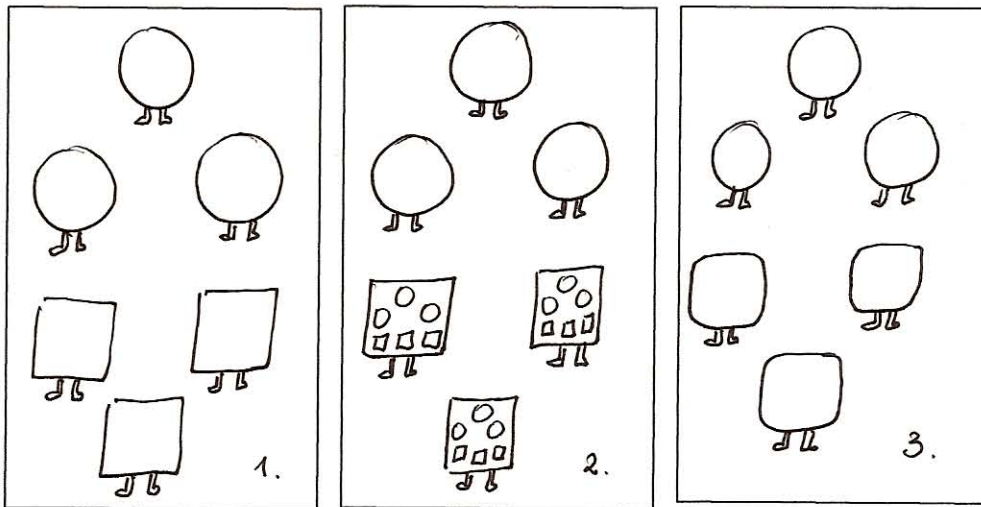
Gegenseitige Identifikation zwischen Personen einer Gruppe. In die Gruppe gehen Formanteile aller beteiligten Personen ein. (Buchkremer 1977, 10).



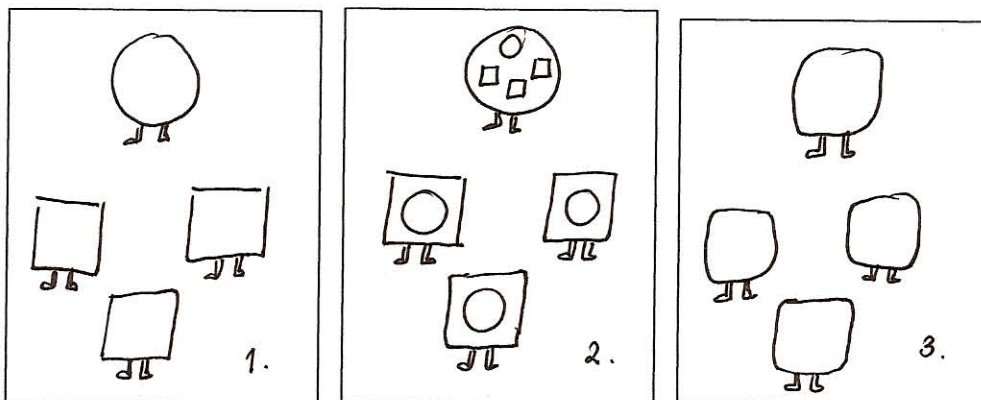
Einseitige, nicht erwiderte Identifikation einer Person mit einer Gruppe. Die Gruppe verweigert die identifikatorische Integration der Einzelperson in ihre Gruppenidentität. (Außenseiterposition). (Buchkremer 1977, 10).



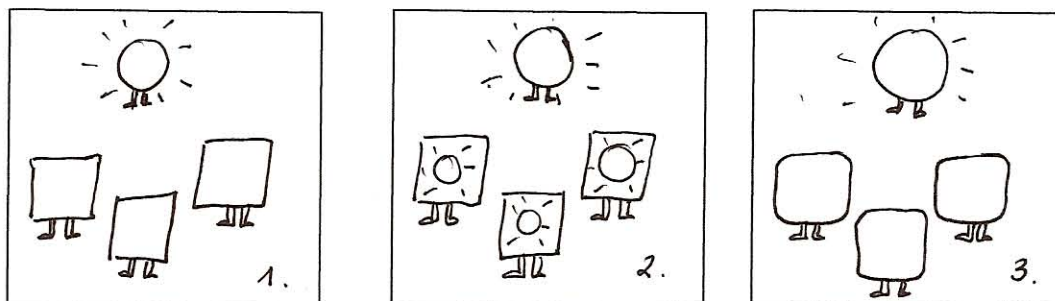
Gegenseitige Identifikation zwischen verschiedenen Gruppen (Beispiele: Deutsche und Amerikaner, Deutsche und Russen, Städtepartnerschaften u. dergl.). (Buchkremer 1977, 11).



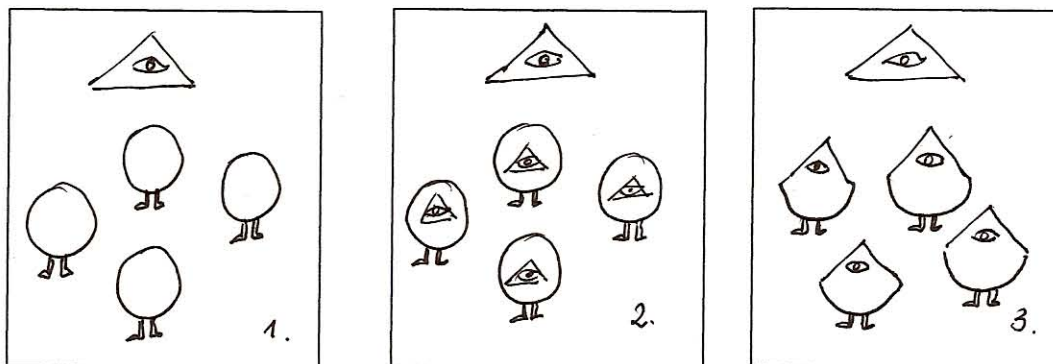
Einseitige, nicht erwiderte Identifikation einer Gruppe mit einer anderen. (Beispiele: Juden mit Deutschen bis zum Anfang des 20. Jahrhunderts, Farbige mit Weißen in den USA oder Südafrika, „Gastarbeiter“ mit „gastgebender“ nation) (Außenseitersituation). (Buchkremer 1977, 11).



Gegenseitige Identifikation einer Gruppe mit einem Führer. Die Gruppe betrachtet den Führer als einen der ihrigen, allerdings von außergewöhnlichem Format. – Umgekehrt hält sich der Führer für ein zwar ungewöhnlich bedeutsames, jedoch voll zugehöriges Mitglied der Gruppe. (Buchkremer 1977, 12)



Einseitige nicht erwiderte Identifizierung mit einem Idol (Beispiele: Identifikation mit Filmhelden, Popstars, Kriegshelden u. dergl.) (Buchkremer 1977, 12).



Moralische Identifikation eines einzelnen und/oder einer Gruppe mit einer Ideologie. Der Gruppenzusammenhalt kann hier gerade darin bestehen, dass die Mitglieder sich gegenseitig identifizieren, da sie die gleichgerichtete ideologische Identifizierung an sich entdecken. (Buchkremer 1977, 13)

Die Bilder verdeutlichen jeweils einen Prozeß. Das erste Bild zeigt das Aufeinandertreffen von zwei noch nicht identifizierte Identifikationssubjekt/-objekte (Einzelpersonen oder Gruppen). Das zweite Bild zeigt die „Initiazündung einer Identifikation als Gleichsetzung in Motiv und Handlungsweise bei einem oder beiden der Subjekte“. Das dritte Bild bildet das Ergebnis der Persönlichkeits- oder Gruppenveränderung nach fortgestrittener Identifikation ab.

Nachdem Buchkremer (1977, 13) die verschiedenen Möglichkeiten „gegenseitiger, einseitiger und gemeinsamer Identifikation“ expliziert, definiert Identifikation zusammenfassend wie folgt: „Identifikation ist ein seelischer Vorgang, bei dem sich einzelne Personen oder Gruppen – einseitig oder gegenseitig – mit einzelnen Personen oder Gruppen gleichsetzen. Dabei werden real oder vorstellungsmäßig die Handlungsweisen der identifizierten Objekte – unter Erweckung gleichsinniger Motive – nachvollzogen. Einseitige einzelne oder einseitige gemeinsame Identifikation kann sich auch auf eine idealisierte – eventuell nicht mehr oder nie lebende Person (z.B. Helden und Heilige), auf idealisierte nicht mehr oder nie existente Gruppen (z.B. die antike Götterschar) und auch auf abstrakte Ideale (z. B. Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit) beziehen.“

Assimilation:

„Akkulturation ist ein unterschiedlich weit gehender Annäherungs- oder Angleichungsprozess, der aber Personen und Gruppen in einer separaten kulturellen Existenz beläßt; sie ändern sich, hören aber nicht auf, ethnisch unterschiedlich zu sein und ethnische Grenzziehungen bestehen fort. Wenn Akkulturation über diesen Punkt hinausgeht, es zu einer „völligen“ Angleichung kommt, werden wir von Assimilierung sprechen; die separate Existenz einer ethnischen Gruppe löst sich auf. Assimilierung ist, auf der Ebene der Einzelperson wie von Gruppen, die „vollständige“ Übernahme der Kultur der Mehrheitsgruppe durch die bisherige ethnische Minderheit. Diese Übernahme schließt die Aufgabe der ethnischen Minderheitenkultur ein und bedeutet das Verschwinden zuvor existierender ethnischer Grenzziehungen; eine eigenständige ethnische Identität der Minderheitengruppe und ethnisch fundierte Organisationen lösen sich auf“ (Heckmann 1992, 169f).

○ *Kulturelle Synthese:*

„Logisch möglich aber empirisch selten ist der Fall des Kulturkontakts, (Fall 3 in Übersicht 8.1) in welchem wechselseitige Beeinflussung zur Auflösung beider (oder mehrerer) Kulturen führt und es zu einer kulturellen Neubildung kommt.

Das Modell, oder besser die Ideologie, des „melting pot“ beinhaltet eine solche Vorstellung, man kann hier von kultureller Synthese sprechen“ (Heckmann 1992, 169f).

○ *Dessimilierung:*

„Sind Akkomodation, Akkulturation, Assimilierung und kulturelle Synthese Termini für kulturelle Angleichungs- oder Neubildungsprozesse in Situationen von Kulturkontakt, kann es auch unter bestimmten Bedingungen der Mobilisierung ethnischer Ideologien zur Rekonstituierung und zur Verstärkung ethnischer Unterschiede kommen. Diese Form ethnischen Wandels wollen wir als ethnische Dessimilierung bezeichnen: Gruppen betonen stärker als zuvor Unterschiede gegenüber anderen Gruppen und verstärken das Bewußtsein und die Identität einer separaten Existenz“ (Heckmann 1992, 171).

Der Akkulturations- und Assimilationsprozess wurde schon seit Anfang der 20er Jahre vor allem in den USA zum Objekt zahlreicher Modelle, theoretischer Ansätze und Theorien. Darunter sind insbesondere folgende theoretischen Ansätze zu nennen:

Die Marginalitätstheorie (vgl. *Simmel 1908; Park 1964; Stonequist 1937 und Heckmann 1978ff*). Eisenstadts Akkulturations- und Eingliederungsansatz (vgl. *Eisenstadt 1954; Richmond 1988 und Heckmann 1992, 175*). Gordons Modell (vgl. *Gordon 1964*). Das „three - generation - assimilation cycle“-Modell (vgl. *Price 1969, 204ff; Heckmann 1992, 173*).

In der Bundesrepublik hat Esser (1980 und 1990) eine Reihe von Untersuchungen zum Eingliederungs- und Akkulturationsprozess vorgelegt, die sich am „morphologischen Individualismus“ und der „Theorie des rationalen Handelns“ orientieren. Essers Theoriebildungsstrategie besteht darauf, Grundannahmen über Verhalten, Handeln und Lernen auf den Akkulturations- und Assimilationsprozess zu übertragen (vgl. *Esser 1980; Esser 1990 und Heckmann 1992, 193ff*). Laut Heckmann (1992, 195) sind Essers Konzepte nicht „universalistisch sondern durchaus historisch relativiert und auf bestimmte Formen der Arbeitsmigration in entwickelten marktwirtschaftlichen Gesellschaften bezogen“.

2.6.3. Von der Fremdheit über Integration zur Assimilation und Deutschen Staatsangehörigkeit

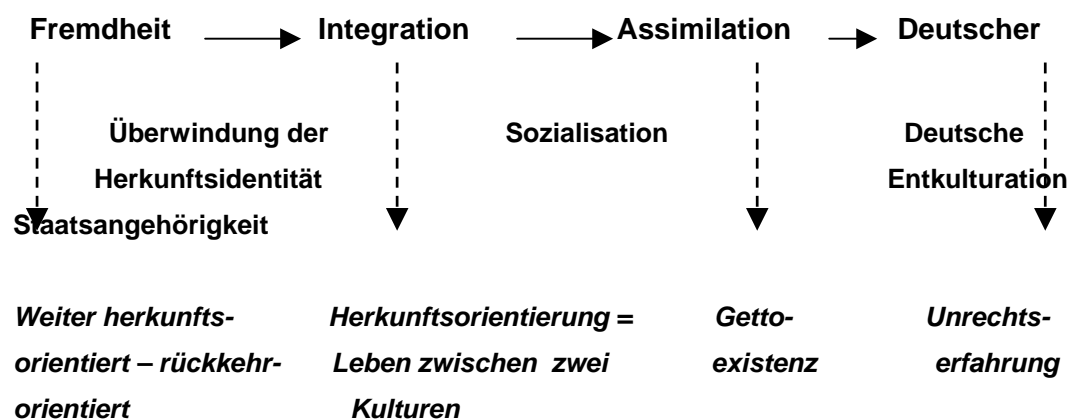
Seit der Anwerbung der ersten „Gastarbeiter“ galt das Konzept einer bedingten und schrittweisen Integration. Dieses Konzept ergab als Folge eines nicht realisierbaren Rotationsprinzips, das sich seinerseits dem alten Nationalstaatsprinzip verdankt, im Rahmen dessen Deutschland endlich zu einem ethnisch fundierten Staat wachsen sollte und auf Assimilation ausgerichtet war (vgl. *Bukow 1999, 51ff*). Dieser Prozess war durchaus politisch gewollt und installiert. Folgende Anleihe bei Bukow (1999, 55) beschreibt dies offensichtlicher:

„Man hat wie schon zur Kaiserzeit unter dem Vorzeichen der Rotation angeworben, einem Konzept, welches jedoch nie funktionierte und das somit als absurdes Konzept bezeichnet werden muß. Die Folge davon ist, man hat zwanzig Jahre lang an diesem Konzept festgehalten, aber natürlich

völlig irrational. Man hat dann immer Notlösungen gefunden: Wenn ihr euch total anpasst, dann wollen wir das hinnehmen, dann braucht ihr nicht zu rotieren. D.h. man hat von Anfang an einen absurden Prozeß installiert mit diesen absurden Folgen, insofern hat es einen empirischen Gehalt.”

Bei jedem Schritt dieses Integrationsverfahrens “drohte ein Nicht-Gelingen”, eine schrittweise, “spezifische Form der Desintegration”, die den Einwanderern angelastet wurde (vgl. Bukow 1999, 51 & 55).

Im Rahmen der jüngeren Geschichte der Bundesrepublik entwickelte sich im Umgang mit den nach Deutschland eingewanderten Personen, wie man jetzt rückblickend sagen kann, eine “story - line”, die wie folgt von Bukow (1999, 52) skizziert wird:



Die erste Ebene dieser Skizze zeigt uns die Schritte beim Umgang mit ethnischen Minderheiten, die politisch bedingt waren. Dies hat vier Stationen: Zuerst sprach man von den “Fremden”, dann wollte man sie integrieren, kurz danach war die Rede von Einwanderer -Assimilierung und in den letzten Jahren spricht man von Personen ausländischer Herkunft, die aber die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen.

a. Von der Fremdheit zur Integration

Beim ersten Schritt sollte man von der Fremdheit zur Integration (zweite Station) gelangen. Dabei hatte man die Herkunftsidentität zu überwinden. Beim Nichtgelingen, war die Rede von der “Rückkehrorientiertheit”.¹ Wenn aber der erste Schritt gelang und die Herkunftsidentität abgelegt worden war, dann redete man vom “Leben zwischen zwei Kulturen”, was sehr belastend sein sollte.

¹ Oft werden dazu in der Literatur die Termini „Rückkehrproption“ und später „Rückkehrillusion“ verwendet (vgl. Bukow 1999, 53).

b. „Leben zwischen zwei Kulturen“?

In Übernahme von Konzepten aus der angelsächsischen Einwanderungsforschung gehen viele theoretische Ansätze davon aus, dass sich den Einwanderern „besondere Schwierigkeiten für die Identitätsbildung oder die Aufrechterhaltung der Identitätsbalance zwischen zwei Kulturen“ ergeben, dass diese „Schwierigkeiten transitorisch“ sind und dass die zweite Generation am stärksten betroffen ist, da für sie ein „Kulturschock“ erwartet wird (vgl. Nieke 1991, 15). Vor allem in Anlehnung an die Theoriebildung von Erikson (1973) wird als Folge des Kulturschocks eine Identitätsstörung, eine „Identitätsdiffusion“ erwartet. Als Grund werden die Schwierigkeiten genannt, die „sich aus den widersprüchlichen und nicht in Übereinstimmung zu bringenden Erwartungen aus der Kultur und Lebenswelt der Familie einerseits und der umgebenden Residenzgesellschaft andererseits ergeben“ (Nieke 1991, 15).

Verschiedene Ansätze der Sozialisationsforschung versuchen diese Schwierigkeiten zu beschreiben (vgl. Bendit 1987 und Stüwe 1987).

Ein weiterer Punkt, der vor allem mit den „Schwierigkeiten der zweiten Generation“ oft in Verbindung steht, ist die Vermutung vieler Autoren, Experten und Politiker, dass mit der dritten Generation eine Assimilation bzw. Akkulturation und damit eine „quasi naturwüchsige und auf lange Sicht unvermeidbare Integration der Zugewanderten in die Residenzgesellschaft erfolgen werde“ (Nieke 1991, 15).

Diese „meist unausgesprochene Selbstverständlichkeit“, die durch bildungspolitische und pädagogische Unterstützungen für die Angehörigen der Zweiten Generation von ethnischen Minderheitsangehörigen als vorübergehende Hilfe angelegt wird, wird langfristig von einem Integrationsprozess zu einem Aufgehen in der Residenzgesellschaft führen (vgl. Nieke 1991, 15 u. 19).

Folgende Entwicklungen erlauben uns jedoch, einen Zweifel an der oben beschriebenen Annahme zu äußern (vgl. Neike 1991, 16f):

- Die neuere Migrationssoziologie, die vom „Bewusstsein von Minderheiten als Minderheiten, die sich gegen jede Zumutung von Assimilation energisch zur Wehr setzen, spricht gegen die oben behauptete Annahme. Das Phänomen wird auch als „Ethnizität“ bezeichnet, die als eine Reaktion auf

Diskriminierung und strukturelle Marginalisierungen von Minderheiten in einer Gesellschaft verstanden wird.

- Die Diskussionen über interkulturelle Erziehung, die von einer „kulturrelativistischen Position“ ausgehen. Laut jüngsten Konzepten zu einer interkulturellen Erziehung seien alle Kulturen gleichwertig und wird das „Recht auf dauerhafte Andersartigkeit“ gefordert.
- Die Angehörigen der Minoritäten selbst, die Unterstützung von engagierten Einheimischen erhalten und gemeinsam die Zielvorstellung einer dauerhaft multikulturellen Gesellschaft formulieren.

c. Von der Integration zur Assimilation

Wie wir schon gesagt haben, galt in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland eine bedingte und schrittweise Integration, die aber auf Assimilation (dritter Schritt) ausgerichtet war (vgl. Bukow 1999, 55). Man versuchte die Assimilation mit einer „umfassenden kulturellen Integration voranzutreiben“. Dieser Versuch spiegelte sich besonders deutlich bei der „Auseinandersetzung“ mit dem Islam wider, die als „abweichende Religion“ galt. Wenn dieser Versuch zur Assimilation nicht gelingt, dann redet man von einer „Gettokultur“.

Der türkische Psychologe Safa Bostanci beschreibt das Leben seiner Landsleute im „Getto“ und stellt nach den Ergebnissen einer Befragung fest, dass die meisten Personen türkischer Herkunft „in einer „importierten türkischen Welt“ leben, „in Gettos mit typischem Milieu, geprägt von der Tradition der Großfamilie und enger landsmannschaftlicher Nachbarschaft“ (vgl. DER SPIEGEL, Nr. 46/1981, 108). Sie sind durch Sprachbarrieren und Lebensgewohnheiten weitgehend isoliert, aber dennoch größtenteils „subjektiv ohne Probleme“. Denn die meisten von ihnen empfinden die gettoähnliche Isolation als in Ordnung - ein Schutzzaun gegenüber einer fremden und häufig feindseligen Umwelt“ (vgl. Siegel 1982, 106).

Ein wichtiger Punkt der Gettoisierung sind deren Folgen auf die Jugend. Ernst Klee schreibt dazu: „Die Kinder wachsen in einem Milieu auf, das extrem jugendverderbend ist (...) abgeschnitten von der deutschen Gesellschaft und durch ein ungenügendes Schulsystem zu Halbanalphabeten in der eigenen wie der fremden Sprache verurteilt“ (DIE ZEIT Nr. 53/1981 und vgl. auch Klee, 1972). Diesbezüglich stellt Mc Rae (1980, 41) schließlich fest: „Ob schäbige Wohnbaracken, Abbruchhäuser

oder moderne „Wohnsilos“ - die Probleme sind letztlich dieselben: eine Gettosituation, isoliert von der Umwelt; man bleibt - auch in der Freizeit - unter sich“.

d. Vom Assimilationsversuch zur deutschen Staatsangehörigkeit

Der letzte der vier Schritte der oben beschriebenen „story- line“ beim Umgang mit Einwanderern in der jüngeren Geschichte Deutschlands ist der, den wir in der Gegenwart erleben. Dabei ist die Rede vom Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit.

Obwohl in der letzten Zeit vieles in dieser Richtung vom deutschen Staat unternommen wurde, ist die Strecke, die man durchlaufen muss, immer noch sehr lang: „... es sei sehr schwierig, diese Menschen von der Wichtigkeit der deutschen Staatsangehörigkeit zu überzeugen.“ Wenn man die Entwicklung des beschriebenen Umgangs mit der Einwanderung von den 60er Jahren bis heute genau betrachtet, dann versteht man, warum man in den 70er Jahren über die Überwindung der Fremdheit durch Integration sprach, warum in den 80er Jahren die Rede von Assimilation war und warum schließlich in der Gegenwart so intensiv über die deutsche Staatsangehörigkeit diskutiert wird (vgl. Bukow 1999, 52). Dieser politisch installierte und gewollte Prozess betraf jeden Lebensbereich der Einwanderer, wie z. B. den Wohnbereich, die schulische und berufliche Ausbildung der Einwandererkinder, die Situation am Arbeitsmarkt, die politische und rechtliche Lage, den Alltag u.s.w., wie ich schon aufgezeigt habe.

3. Griechen in Deutschland. Neugriechische Migrationsgeschichte

Griechenland, östlich am Mittelmeer gelegen und südlicher Teil der Balkanhalbinsel befindet sich in exponierter geopolitischer Lage am Schnittpunkt dreier Kontinente. Die Mehrheit der Bewohner wohnt in den städtischen Zentren und fast die Hälfte der Gesamtbevölkerung wohnt in Athen. Aus wirtschaftlicher Sicht läßt sich Griechenland weder als Agrar- noch als Industrieland bezeichnen. Man könnte es eher als „ein industrialisiertes Dienstleistungsland“ bezeichnen (vgl. Markou 1988, Bd. 7, 9).

Migration, sowohl als Binnenmigration als auch als Migration außer Landes, ist für die Griechen kein neues Phänomen. Der Grieche wandert nicht aus

„Mode“ oder „Leidenschaft zum Abenteuer“ (vgl. *„Der Spiegel“*, 29.11.71). Diese Absicht, sie als neue Odyssee zu betrachten, ist naiv und sogar gefährlich (vgl. *Matzuranis 1974, 32*). Die Mehrheit der Migranten aus Griechenland seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts sind Arbeiter und Landwirte gewesen, die fast ausschließlich aus wirtschaftlichen Gründen gewandert sind (vgl. *Tsaousis, 1971, 117* und *E.Σ.Y.E [Ü.d.V.: Statistisches Amt Griechenlands] 1962*).

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts lässt sich im griechischen Raum, wie auch in den anderen Ländern Südeuropas ein „wesentliches Anschwellen“ des Auswandererstromes feststellen. Im griechischen Raum treffen zwei spezielle Phänomene zusammen, die den Migrationsprozess verstärken: die Verstädterung des Landes und das Eintreffen von 1 300 000 griechischen Flüchtlingen von den Küsten Kleinasiens nach der „Katastrophe Kleinasiens“ (1922) mit der Niederlage gegen die Türken.

Seit 1890 sind im griechischen Raum nach Emke - Poulopoulou (1986, 22) vier Arten neugriechischer Auswanderungen zu unterscheiden:

- Die Arbeitsmigration, die besonders groß war.
- Die „politische Migration“ bzw. Flüchtlinge für die uns (außer der Zahl der Flüchtlingen aus Kleinasien) keine genaue Daten vorliegen. Es wird jedoch geschätzt, dass politische Faktoren ein wichtiger Grund zur Auswanderung waren.
- Die Auswanderung von Händlern, die im Zeitraum zwischen 1890 und 1920 besonders stark war, als eine große Zahl von Kaufleuten Handel mit Rumänien, Russland und Ägypten führte.
- Die Auswanderung von Wissenschaftlern und Experten, die besonders nach dem Zweiten Weltkrieg stattfand.

3.1. Phasen der neugriechischen Migration

Der Historiker Prof. K. Hassiotis unterteilt die Geschichte der neugriechischen Emigration in drei große Phasen (vgl. *Hassiotis 1993, 35f* und *Ders. unveröffentl. Manuskript*). (Seit den 80er Jahren ist eine weitere vierte Phase zu beobachten).

a. Erste Phase (15.-19. Jahrhundert)

Diese Phase beginnt Mitte des 15. Jahrhunderts, umfasst die vier Jahrhunderte der Türkenherrschaft und endet mit dem Entstehen des

neugriechischen Staates (19. Jahrhundert). Die Umsiedler dieser Phase zogen in der Regel anfangs nach Süd-Italien und bevorzugten nach dem 17. Jahrhundert die großen Hafenstädte und Handelszentren im Westen, Südosten, in der Mitte und im Osten Europas (vgl. Hassiotis 1993, 77ff).

b. Zweite Phase (vom Entstehen des griechischen Staates bis zum 2. Weltkrieg)

Die zweite Phase endete mit dem Ausbruch des zweiten Weltkrieges. Der größte Anteil der ausgewanderten Menschenmasse bevorzugte in den östlichen Mittelmeerraum, nach Südrussland und Transkaukasien sowie hauptsächlich in die sog. „Neue Welt“, in die USA zu ziehen (vgl. Emke - Poulopoulou 1986, 37ff; Siabos 1973, 132f; Εθνικό Κέντρο Ερευνών [Ü.d.V.: Nationales Forschungszentrum] 1972, 12f und Kayser 1968).

Zwischen 1891 bis 1920 sind nach einigen Schätzungen insgesamt 601.000 Personen ausgewandert, was einem Anteil von 22,8 % der Gesamtbevölkerung des Landes im Jahre 1907 und von 11,9% der Gesamtbevölkerung im Jahre 1920 entspricht (vgl. Siabos 1980, 235).

Während dieser Phase fanden viele politischen Ereignisse und Kriege statt, die die Auswanderung verursachten, wie z. B. die Balkankriege, der Erste Weltkrieg und die Vertreibung der griechischen Bevölkerung von den Türken aus Kleinasien.

Im Zeitraum zwischen 1920 – 1940 wandern immer weniger Griechen aus, besonders was die USA angeht. Eine Ausnahme bildet das Jahr 1920/21. Wegen Maßnahmen der USA- Regierung und der wirtschaftlichen Krise in den Jahren 1929 – 1932 wandten sich die griechischen Migranten den Europäischen Ländern zu (vgl. Emke – Poulopoulou 1986, 41f).³²

c. Dritte Phase (40er Jahre-70er Jahre)

Diese Phase begann Mitte der 40er Jahre, in den 50er Jahren und hauptsächlich in den 60er Jahren nahm die Migrationsbewegung stark zu. Der eine Weg führte wieder in den USA, aber auch nach Kanada und Australien und der zweite Weg in die westeuropäischen Länder, hier vor allem nach Deutschland. 80% der griechischen Migranten dieser Phase wurden von Deutschland aufgenommen (vgl. Markou 1988, 18 und E.K.K.E.

³² Zwischen 1932 – 38 wanderten rund 30.000 Griechen in die überseeischen Länder, 101.000 in die europäischen Länder und ca. 89.000 in die Mittelmeerländer (vgl. Tsaoussi, 1971, 70).

[Ü.d.V.: Nationales Zentrum für Sozialforschung: Ausgewanderte Griechen].
1972, 12f)

Während des II. Weltkrieges gibt es nur Binnenmigration in Griechenland mit Ausnahme derjenigen, die zwangsläufig als Arbeiter in deutsche Fabriken verschleppt wurden sowie der Kriegsgefangenen (vgl. *Emke - Poulopoulou 1986, 43ff*). Gleich nach dem II. Weltkrieg wandern 70.000 Griechen nach Australien und Kanada (61%) und in die USA (37%) (vgl. *Nationales Statistisches Amt Griechenlands, 1978, 51*). Diese Phase wird aber hauptsächlich von der Auswanderung politischer Flüchtlinge nach dem Bürgerkrieg in Griechenland gekennzeichnet, die um die 40.000 Personen geschätzt werden. Siabos (1980, 235) schätzt die gesamte Migrationszahl in den Jahren 1949-50 auf 100.000 Menschen. Erst seit 1955 gibt es zum ersten Mal offizielle Daten zur griechischen Auswanderung, allerdings berücksichtigen diese Daten einige Migrantenkategorien nicht (politische Flüchtlinge, Studenten u.a.). (vgl. *Emke – Poulopoulou 1986, 45ff*). Nach diesen offiziellen Daten³³ ist die Zahl der Auswanderer in den Jahren 1963-66 und 1969/70 größer als die Zahl der in diesen Jahren in Griechenland geborenen Kinder, was ein großes demographisches Problem für Griechenland verursachte (vgl. *Nationales Statistisches Amt Griechenlands, 1970, 39; ebd. 1981, 41, 51, 53, 16*).

In der Zeit von 1955-75 lassen sich laut Markou (1988, 16) folgende Merkmale der griechischen Auswanderer feststellen..

- ca. 80% waren zwischen 15-44 Jahre alt;
- ca. 80% waren Bauern oder Arbeiter, bevor sie Griechenland verließen;
- das Bildungsniveau von 80% der Auswanderer lag beim Grundschulabschluss, 10% waren Analphabeten und die restlichen 10% hatten das Gymnasium abgeschlossen oder zumindest einige Klassen besucht.
- 2/3 der Migranten in die nordeuropäischen Länder stammten aus Nordgriechenland und aus dem Gebiet der Hauptstadt.

d. Vierte Phase (80er Jahre bis heute)

Seit Beginn der 80er Jahre bis heute existiert eine vierte Phase der neugriechischen Emigration, obwohl die Auswanderung in dieser Phase

³³ Nationales Statistisches Amt Griechenlands, 1970 , 39, und dass.1981, 41, 51, 53 & 16

nicht so zahlreich ist. Die Veränderungen in den zwischenstaatlichen Beziehungen, besonders zwischen den EU-Mitgliedstaaten, die Möglichkeit der Arbeitsausübung ohne gesetzliche, verwaltungs-aufwendige und technische Schranken und die Bewegungsfreiheit der EU - Bürger innerhalb der EU, verändern radikal die Umstände der Emigration und die traditionelle Eigenart der griechischen Emigranten (*vgl. Emke - Poulopoulou 1986, 50ff*).

3.1.2. Die Rückwanderung

Parallel zur Auswanderung von Griechen in die oben genannten Länder entsteht bereits Ende der 60er Jahre auch eine Rückwanderwelle (*vgl. Emke-Poulopoulou 1986, und Drakos, 1989*).

Die Rückwanderung ist hauptsächlich auf die wirtschaftliche Krise, die Arbeitslosigkeit in den Aufnahmeländern und die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage in den Herkunftsländern zurückzuführen. Zwischen 1968-1977 kehrten 157.706 Migrantinnen nach Griechenland zurück, 50% von ihnen sind aus den Ländern aus Übersee und 40% aus den europäischen Ländern zurückgekommen. Hinzu müssen weiterhin die griechischen Flüchtlinge gerechnet werden, die nach dem Zweiten Weltkrieg in den europäischen Ländern lebten.³⁴

In Griechenland ist es seit 1890 nur zweimal, nämlich in der Zeit von 1922 bis 1940 und 1974-1984 vorgekommen, dass die Rückwanderung höhere Quoten als die Auswanderung erreichte (*vgl. Emke - Poulopoulou 1986, 13*).

3.2. In Deutschland lebende Griechen

Die Migration von Griechen in die Bundesrepublik Deutschland ist seit den 60er Jahren vor allem durch ökonomische Gründe motiviert und wurde nach dem Anwerbevertrag zwischen Deutschland und Griechenland durch die Arbeitsmigration bestimmt. Bis zum Anwerbestop für ausländische Arbeitskräfte im Jahr 1973 lebten mehr als 400.000 Griechen in Deutschland, die Mehrheit von ihnen stammte aus Nordgriechenland. Gleich

³⁴ Daten und Untersuchungen zeigten, dass die Gebiete Griechenlands, die einen hohen Anteil an Auswanderern aufweisen (wie die Hauptstadt Athen und hauptsächlich Nordgriechenland), diejenigen sind, die den höchsten Anteil an Rückwanderern aufnehmen. Nach der Niederlage der linken Partisanenbewegung, im Jahre 1949 in Griechenland wurde ihnen das Recht, in ihrem Land zu leben, verboten und erst Mitte der 70er Jahre durften sie wieder zurückkehren (*vgl. Markou 1988, 20f*).

danach reduzierte sich die Zahl bis Ende der 70er Jahre auf ungefähr 300.000, da viele Familien nach Griechenland zurückkehrten (vgl. *Schmalz-Jacobsen/ Hansen 1997, 63 f*).

Seit 1981, als Griechenland in die EU eintrat, gilt für Griechen die Freizügigkeit; heute leben laut Angaben des statistischen Bundesamtes 364.400 Griechen in Deutschland (vgl. *Statistisches Bundesamt, Stat. Jahrbuch 2.000, 65*).

Die Altersgruppe der 18 bis 35-jährigen ist mit 36% aller in Deutschland lebenden Griechen die zahlenmäßig stärkste, in der Altersgruppe von 50-65 und mehr Jahren nimmt der Anteil der Griechen in Deutschland ab, was auf die Rückkehr in das Herkunftsland nach der Pensionierung zurückzuführen ist. (vgl. *Schmalz-Jacobsen/Hansen 1997, 64*).

Der größte Teil der in Deutschland lebenden Griechen ist in den wirtschaftsstarken Ländern verteilt (Baden Württemberg, Bayern und Nordrhein-Westfalen). Die starke Konzentration in bestimmten Regionen geht unter anderem auch auf ein starkes „Gefühl der Zusammengehörigkeit zurück, das sich auf die gemeinsame Herkunft aus einem Ort oder einer Region gründet“ (vgl. *Schmalz-Jacobsen/ Hansen 1997, 64*). Oft wanderten ganze Dörfer nach Deutschland, Verwandte oder Menschen von gleicher örtlicher Herkunft, die sich in Deutschland in den gleichen Städten nieder ließen.

Neben klassischen Arbeitsmigranten bildet sich mit der Zeit eine Gruppe von Selbständigen heraus, die immer stärker wird und vor allem im Gastronomiebereich tätig ist.

4. Partizipation und Selbstorganisation von ethnischen Minderheiten in Deutschland

Die Mindestvoraussetzung für die Beteiligung der Bürger unserer Demokratie an den politischen Entscheidungsprozessen wird vom Repräsentationsprinzip geschaffen. Daneben treten in der Verfassungswirklichkeit jedoch verschiedene Gruppierungen, Interessenverbände und Interessengruppen u.s.w. auf, die Einfluss auf die Gestaltung der Politik zu nehmen versuchen. Peter Mayer (1976, 102) bezeichnet dem zu Folge mit

Partizipation „die Prozesse, vermittels derer die Bürger die ihre Existenz betreffenden Entscheidungen zu beeinflussen suchen“.³⁵

Die Angehörigen von ethnischen Minderheiten in Deutschland sind, wie bis jetzt betont wurde, zwar inzwischen in gewisser Weise integriert, jedoch als eine gesellschaftliche Minderheit, die wegen mangelnder politischer Einflussmöglichkeiten und fehlender direkter Beteiligung an den politischen Entscheidungsprozessen ihre Situation nicht selbständig beeinflussen kann. Damit stellt sich die Frage, ob man diese inzwischen zahlenmäßig und ökonomisch bedeutende Minderheit der Bevölkerung auf Dauer von der demokratischen Mitbestimmung ausschließen kann (eine Ausnahme besteht gegenwärtig nur für ausländische Mitbürger aus EU-Mitgliedsstaaten, und auch hier nur auf kommunaler Ebene). Der Gesamtheit der ausländischen Bevölkerung bleiben politisch nur Möglichkeiten indirekter Partizipation übrig, über gesellschaftliche Organisationen wie Vereine, Verbände, Gewerkschaften, Betriebsräte (integrierte Form der Partizipation), oder indem sie dafür besondere Vereinigungen gründen und entsprechende Aktivitäten entfalten (separate Form). Beide Formen ergänzen einander (vgl. *Just 1985, Bd. I., 165*).

Eine Studie in fünf Ländern der EU (in Deutschland, Belgien, Frankreich, Großbritannien und den Niederlanden), die sich mit den „Selbstorganisationen der Wanderarbeiter in der EG“ befasste, zeigte, dass die Bedeutung der eigenen Vereinigungen von ethnischen Minderheiten vor allem darin liegt, ihre Identität als ethnische kulturelle und politische Minderheit zu stärken und einen eigenen Meinungsbildungsprozess zu gesellschaftlichen Entwicklungen, die sie unmittelbar betreffen, zu ermöglichen. Aber eine wirksame Interessenartikulation und -vertretung nach außen bleibt, laut der gleichen Studie, auf Grund einer Reihe von Faktoren, auch den Selbstorganisationen bisher versagt (vgl. *Just 1985, Bd. I., 165*). Die Berichte über die Selbstorganisationen von ethnischen Minderheiten in den fünf o.g. europäischen Ländern geben einerseits einen Eindruck von der Vielfalt dieser Selbstorganisationen und von der Besonderheit der Probleme, Wünsche und Interessen, die darin artikuliert werden, andererseits von den großen Schwierigkeiten, sich aus dem Status

³⁵ Zum Begriff „Partizipation vgl. Definitorischen Teil vorliegender Arbeit

einer nicht partizipierenden Minderheit herauszuführen, da sie von der Aufnahmegesellschaft und ihren politischen Vertretern ignoriert werden, obwohl es in den fünf Ländern mehrere Tausend solcher Selbstorganisationen gibt. Folgende Anleihe bei Just (1985, Bd. I, 165f) beschreibt dies deutlicher: „Immer noch werden Ausländer nur als ‚Objekte‘ der Politik wahrgenommen (...). Dies entspricht den existierenden Machtverhältnissen und ähnelt dem, was auch für andere benachteiligte Gruppen gilt: Sie sind Objekte des Interesses und der Entscheidung anderer“.

Deshalb sind die Organisationen verschiedener Art und Zielsetzung im Fall der ethnischen Minderheitenangehörigen von größter Wichtigkeit und Bedeutung, insbesondere die sog. Interessenverbände, deren Organisationszweck die Mitwirkung im politischen Geschehen ist. Auf diese Weise bilden Vereinigungs- und Koalitionsfreiheit „Bausteine der pluralistischen Auseinandersetzung um das Gemeinwohl“ (vgl. Schuppert 1985, 528ff). Nach der Verleihung des kommunalen Wahlrechtes und der Reform der Staatsangehörigkeitsrechtbestimmungen haben sich zwar die Präsentationsmöglichkeiten leicht verbessert, aber im Großen und Ganzen sieht die Situation immer noch nicht besser aus, als ich oben beschrieb.

Neben der Funktion der Interessenvertretung sind die Selbstorganisationen der Migranten die wichtigsten Träger zur Selbsthilfe und zur Erhaltung und Entwicklung der Herkunftskulturen, denn sie können die Interessen ihrer Mitglieder am besten zum Ausdruck bringen. Dies möchte ich durch eine Zitat von Assimenios (1999, 26) untermauern: „Sie sind die einzigen Träger des öffentlichen Interesses, die in der Lage sind, die Lebenssituation der MigrantInnen zu rezipieren, und zu artikulieren, um daraus Besserungsvorschläge abzuleiten und sie in den Mittelpunkt der Entscheidungsprozesse einzubringen.“ In diesem Sinne hat die Unterscheidung der Selbstorganisationen in „herkunfts- und aufnahmelandorientierte“ in Bezug auf ihre Ziele eine geringe Bedeutung, denn wie der gleiche Autor an gleicher Stelle betont, überschneiden sich in der Regel die Betätigungsfelder beider Typen. Häufig lässt sich sogar feststellen, dass sog. herkunftslandorientierte Selbstorganisationen erfolgreicher als die meisten „nur“ aufnahmelandorientierten die Interessen

ihrer Mitglieder vertreten, denn sie verfügen oft über eine große Zahl von Mitgliedern und ihre Einflussmöglichkeit ist stärker. Ihr Engagement zielt trotz ihrer Herkunftslandorientierung meist unbewusst auf die Steigerung der Handlungsfähigkeit ihrer Mitglieder und fördert damit ihre strukturelle und soziale Integration (*vgl. Assimenios 1999, 27*).

4.1. Partizipationsformen der ethnischen Minderheiten innerhalb der EU. „Forum der Migranten“

Am 30. Mai 1991 wurde in der EU mit Unterstützung des Europäischen Parlaments und der EU-Kommission das „Forum der Migranten“ gegründet. Ziel war es, einen politischen Ansprechpartner für die ca. 14 Mio. Migranten aus den sog. Drittländern zu bieten. Sein Ziel ist kurz- und langfristige Politik zu definieren, die die Migrantenrechte verteidigen kann. Das Migrantenforum nahm eine beratende Rolle gegenüber europäischen Institutionen in Fragen der Migration, der Asyl- und Menschenrechte ein. Mit dieser beratenden Rolle gab es sich aber nicht zufrieden und hat deshalb einen Forderungskatalog zu verschiedenen Themen (wie z.B. Europäische Bürgerschaft, Freizügigkeit, Bekämpfung des Rassismus, Wahlrecht) entwickelt, der das Ergebnis einer europaweiten Diskussion aller Migrantengruppen war, auch wenn an dieser Stelle erwähnt werden muß, dass die aus der EU stammenden Migranten im Forum nicht über die gleichen Partizipationsrechte verfügen wie die aus Drittländern, die innerhalb von Europa in politischer und sozialer Ebene nicht gleichgesetzt sind (*vgl. Teil I, Einheit 2.5. vorliegender Arbeit*).

Es werden heute rund 200 Verbände oder Föderationen von Minderheitenangehörigen aus über 65 Nationalitäten auf europäischer Ebene vertreten, durch seine Unterstützungsgruppen und Mitgliedsorganisationen sind über 2.500 Vereine und Organisationen vertreten (*vgl. Charchira 1999, 19f*).

Das Forum fordert von der EU das Erreichen ihrer Ziele, wie die Demokratie und das Respektieren der Rechte aller Bürger innerhalb der EU. Dazu zählen natürlich auch die Minderheitenangehörigen mit Wohnsitz in den EU-Mitgliedsstaaten. Forderung des Forums ist außerdem die Erweiterung der Kompetenz der Unionsinstitutionen: Auf dem Gebiet der Einwanderung sollte die Regierungskonferenz von Maastricht schon im Jahr 1991

akzeptiert haben, „dass Kompetenzen auf diesem Gebiet mit den Gemeinschaftsinstitutionen geteilt und nicht als ein ausschließliches Vorrecht der Mitgliedsstaaten betrachtet werden“ (*AGENCE EUROPE, Brüssel, 22.11.1991*).

Bei der Amsterdamer „CIG-Konferenz“ im Juni 1997, haben sich die EU-Mitgliedsstaaten entschieden, dass in fünf Jahren Migration- und Asylfragen nicht mehr ein Thema der Souveränität, sondern gemeinsamer EU-Politik sind, und die Entscheidungen werden dann mit einfacher Mehrheit getroffen werden. Dies war immer eine Forderung des Migrantenforums gewesen (*vgl. Charchina 1999, 20*).

Auf der „CIG-Konferenz“ in Amsterdam wurde zum ersten Mal eine Entscheidung zur Bekämpfung von Rassismus und Diskriminierung getroffen (Paragraph: 6a) und das Schengener Abkommen erweitert, so dass das Thema alle Europäischen Mitgliedsstaaten betrifft. Laut dem Schengener Abkommen gibt es ein einheitliches Visa für die unterschiedlichen EU-Länder. Nur Bürger von Drittländern benötigen ein Visum um sich bis zu drei Monaten innerhalb der EU-Grenzen aufzuhalten. Es ist jedoch bekannt, dass die Bewilligung von Visum in den Konsulaten restriktiv behandelt wird. Freizügigkeit ist eine der wichtigsten Forderungen des Migrantenforums und wird von Charchira (1999, 21), dem Präsidenten des Forums, wie folgt verstanden: „...sich nicht nur frei ohne Kontrolle z.B. von Deutschland nach Frankreich zu bewegen, sondern das Recht zu haben, sich dort aufzuhalten, wo man Arbeit gefunden hat und wo man denkt, hier werde ich mich aufhalten, hier werde ich mein Leben aufbauen. Das ist der Sinn von Freizügigkeit, die wir fordern.“ Laut dem Amsterdamer Vertrag können die „EU-Bürger“ bei Kommunal- und Europawahlen wählen. Minderheitenangehörigen aus den sog. Drittländern wird dieses Recht jedoch verweigert, obwohl sie oft über Jahrzehnte hinweg in einem EU-Mitgliedsland leben, arbeiten und Steuern bezahlen. Das Migrantenforum fordert deshalb die „Erweiterung des Artikels 7a des Unionsvertrags bezüglich der Unionsbürgerschaft für alle MigrantInnen, die sich mehr als fünf Jahre in einem Mitgliedstaat aufhalten.“ (*Charchira 1999, 21*).

Die oben beschriebenen Punkte sind die wichtigsten Forderungsbereiche des Migrantenforums. Langsam bildet sich innerhalb der EU eine einheitliche Migrationspolitik. In der Zukunft wird das Migrantenforum hierfür

der Ansprechpartner sein und muss die Interessen aller ethnischen Minderheiten wahrnehmen und erfolgreich vertreten (*vgl. Charchira 1999, 22*).

4. 2. Politische Partizipationsmöglichkeiten

Die Gründung von politischen Parteien durch „Ausländer“ ist in Deutschland nicht gestattet. Das Parteiengesetz lässt die Aufnahme von Bürgern ausländischer Herkunft in deutsche Parteien zu, die Mitgliedschaft ist also unter bestimmten Bedingungen prinzipiell vorgesehen, kandidieren dürfen für Parlamentswahlen aber nur Deutsche. Die Mitglieder von ausländischen Parteien, die in Deutschland leben, werden von Sektionen dieser Parteien betreut. Diese Sektionen „entfalten keine nach außen gerichtete Politik in Deutschland“ und sind deshalb nicht verboten (*vgl. Bech/Faust 1981, 175*).

Die einzige rechtlich zulässige Form der Selbstorganisation von Personen ausländischer Herkunft ohne deutschen Pass ist der Verein und ihre Mitgliedschaft und Beteiligung in verschiedenen Bürgerinitiativen oder vergleichbaren Organisationsformen (*vgl. Bech/Faust 1981, 178 und Zentrum für Türkeistudien 1994, 416*).

Die Beteiligung von Bürgern ausländischer Herkunft kann sich jedoch vor allem auf solche Problembereiche beschränken, bei denen Deutsche und Ausländer gleich betroffen sind und gleiche Interessen haben, wie Wohnungs- und Mietfragen, Bildungs- und Ausbildungsfragen, die Verteidigung von demokratischen Freiheitsrechten, die Friedensbewegung u.a. Es ist offensichtlich, dass, obwohl die Beteiligung von Bürgern ausländischer Herkunft an den deutschen politischen Organisationen sehr wichtig ist, ein solches Engagement zur Formulierung, Vertretung und Prägung ihrer eigenen spezifischen Interessen in der Öffentlichkeit keineswegs ausreicht.

Die Zusammenarbeit von Minderheitenangehörigen und ihren Selbstorganisationen mit deutschen Parteien und politischen Organisationen wird in den letzten Jahren immer intensiver.

Die Beziehungen der Selbstorganisationen von ethnischen Minderheiten zur Heimat waren aus verständlichem Grund immer sehr eng, die Regierungen der Herkunftsländer, insbesondere der Anwerbeländer verstärken mit der

Zeit ihre Beziehungen zu Selbstorganisationen ihrer Landsleute im Ausland. Einerseits interessieren sich die Herkunftsländer für die stärkere Verwurzelung ihrer Landsleute im Aufnahmeland, während die Selbstorganisationen andererseits die Beziehungen zu Behörden des Herkunftslandes brauchen, um u.a. präzise Informationen über die Regression ihrer Mitglieder zu erhalten.

Die politischen Ereignisse in der Heimat werden innerhalb der Selbstorganisationen sehr aufmerksam verfolgt und intensiv diskutiert, und oft haben politische Parteien der Herkunftsländer in Deutschland Sektionen gegründet, und die Selbstorganisationen erhalten direkte Hilfe von den Regierungen des Heimatlandes. Selbstorganisationen von Personen aus Ländern mit autokratischen bis diktatorischen Regimen (Türkei, Lateinamerika u.a.) kooperieren oft sehr eng mit der Opposition des Herkunftslandes und unterstützen den Befreiungskampf (*vgl. Just 1985, Bd. I., 181f*).

4.3. Präsentations- und Partizipationsformen: Selbstorganisationen von ethnischen Minderheiten in Deutschland

Im Folgenden werde ich die Präsentations- und Partizipationsformen der Einwandererminderheiten in Deutschland beschreiben, nämlich

- ihre Selbstorganisationen (wann und warum sind sie entstanden),
- ihre Charakteristika,
- ihre Ziele und ihren Aufbau,
- ihre Beziehung zum Heimatland,
- ihre Zusammenarbeit mit Organisationen des Aufnahmelandes (Gewerkschaften und Betriebe, Kirchen, Parteien und Wohlfahrtsorganisationen)
- die „indirekte Vertretung“ der Personen ohne deutschem Pass in diesen gesellschaftlichen Institutionen,
- die Zusammenarbeit der Selbstorganisationen der gleichen nationalen Gemeinschaften untereinander und über ethnische, sprachliche und kulturelle Grenzen hinaus und
- europaweite Initiativen.

Im Anschluss werde ich mich kurz mit den kirchlichen Institutionen und Wohlfahrtsorganisationen befassen, die mit den Einwandererminderheiten

zusammenarbeiten und zum Schluss, die Selbstorganisationen der griechischen Minderheitengruppen in Deutschland darstellen.

a. Geschichtliche Entwicklung

In den 70er Jahren hatten in der Bundesrepublik Deutschland bereits alle größeren Ausländergruppen ihre Selbstorganisationen.

Ihre Abseitsstellung außerhalb des politischen Lebens in Deutschland führte in den 60er Jahren bereits bald nach der Ankunft der ersten ausländischen Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland dazu, dass zahlreiche Ausländergruppen nationale Selbstorganisationen für die Entfaltung ihres kulturellen, sozialen und politischen Willens ins Leben gerufen haben (vgl. Sen 1985, Bd.II., 223).

Um die eigenen Interessen der Ausländergruppen gegenüber den deutschen Behörden, den Arbeitgebern und anderen Institutionen zu vertreten und um sich in der deutschen Öffentlichkeit zu auszudrücken wurden am Anfang regionale jugoslawische, italienische, spanische, griechische und türkische Selbstorganisationen zur Lösung der Probleme ausländischer Arbeiter vor Ort gegründet. Ihre Arbeit wurde während der sechziger Jahre bestimmt durch:

- Hilfestellungen für Landsleute,
- Kulturveranstaltungen für die Bewahrung und Pflege der heimischen Kultur und
- soziale Dienstleistungen.

Die Notwendigkeit von Selbstorganisationen resultierte in erster Linie aus sprachlichen Defiziten. Im Vorstand der Arbeiter- und Studentenvereine, die von jugoslawischen, italienischen, türkischen, griechischen und spanischen Arbeitnehmern und Studenten in verschiedenen deutschen Städten gegründet wurden, befanden sich auch Leute, die schon die deutsche Sprache beherrschten, über Erfahrungen mit deutschen Institutionen verfügten und darüber hinaus den anderen Vereinsmitgliedern große Hilfestellungen anbieten konnten. Erst später, während der 70er Jahre, begann „die überregionale Zusammenarbeit unter den nationalen Selbstorganisationen“ (vgl. Sen 1985, Bd. II., 223f).

Im Laufe der Zeit begannen sie sich in der Bundesrepublik Deutschland immer fester zu etablieren. Diese Vereine befassten sich in erster Linie damit, rechtliche Verbesserungen für die ethnischen Minderheiten in

Deutschland zu schaffen. Daneben beschäftigen sie sich verstärkt mit der politischen Entwicklung im jeweiligen Herkunftsland.³⁶

In den 70er Jahren wurden einige Ausländerbeiräte in einzelnen Städten mit besonders hohem Ausländeranteil gegründet, die bis vor kurzer Zeit die einzige Bemühung deutscher Institutionen um eine politische Partizipation der ausländischen Wohnbevölkerung darstellten (vgl. Sen 1985, Bd. II., 225).

Die Ausländerbeiräte haben im allgemeinen lediglich einen beratenden Charakter und können kaum eine politische Funktion erfüllen, (vgl. Sen 1985, Bd. II., 223). Trotz der langen Verweildauer der ethnischen Minderheiten in der Bundesrepublik Deutschland ist ihre politische Partizipation immer noch sehr schwach.

b. Allgemeine Charakterisierung

Eine allgemeine Charakterisierung der Selbstorganisationen der ausländischen Wohnbevölkerung in Deutschland ist sehr schwierig, weil sie nach Charakter und Zielsetzung außerordentlich unterschiedlich sind. Es gibt Kultur- und Folklorevereine, religiöse Vereinigungen, politische Vereine (z.B. Auslandssektionen politischer Parteien des Heimatlandes), problemorientierte Gruppen (Elternvereine), Sport- und Freizeitvereine, Jugendclubs, Frauenorganisationen (vgl. Just 1985, Bd. I., 169).

Das Hauptcharakteristikum dieser Selbstorganisationen ist die *nationale Bindung*, obwohl es auch eine Zusammenarbeit von unterschiedlichen ethnischen Minderheiten gibt.

Ein zweites Charakteristikum der meisten Selbstorganisationen der ausländischen Wohnbevölkerung ist ihre starke *Heimatorientierung*. Damit ist verbunden die Pflege von Traditionen und Volkskultur, die einen breiten Raum einnimmt, die Organisation von Feiern heimatlicher Feste über Musik, Tanz, Theater bis zum Tragen heimatlicher Kleidung.

Andere Selbstorganisationen sind religiöse Vereinigungen, andere beschäftigen sich vornehmlich mit der Politik des Heimatlandes und dienen der Information und Bewusstseinsbildung ihrer Mitglieder (vgl. Just 1985, Bd. I., 170). Ein weiteres Merkmal vieler Selbstorganisationen ist das große

³⁶ Besonders hervorzuheben sind dabei die Aktivitäten der „Griechischen Gemeinden“ in Deutschland während des Junta-Regimes von 1967-1974 in Griechenland sowie die Aktivität verschiedener türkischer Vereine.

Interesse ,ihren Mitgliedern Hilfestellungen anzubieten, die ansonsten fast ausschließlich von Wohlfahrtsorganisationen wahrgenommen wurden. Wie Just (1985, *Bd. I.*, 171) bemerkt, „erfüllen sie diese oft mit weniger Aufwand und größerer Effizienz.“ Diese Hilfe erstreckt sich hauptsächlich auf Rechtsberatung, Sprach- und Dolmetscherdienste, Unterstützung bei der Arbeits- und Wohnungssuche, beim Umgang mit Behörden.

Nicht zu übersehen ist auch eine wachsende Zahl von Selbstorganisationen, die sich mit der politischen und sozialen Situation der ethnischen Minderheiten im Aufnahmeland Deutschland beschäftigen.

Die Aufgaben, die von diesen Selbstorganisationen wahrgenommen werden, sind:

- Bewusstseinsbildende Arbeit sowohl unter den ethnischen Minderheitenangehörigen, als auch unter der deutschen Bevölkerung mit dem Ziel, Vorurteile abzubauen und politische Vorgänge im Herkunftsland aufzuklären.
- Interessenvertretung der Ausländer gegenüber Behörden und nichtstaatlichen Einrichtungen Deutschlands.
- Kontaktpflege mit (potentiellen) Bündnispartnern in Deutschland (Parteien, Gewerkschaften, Betriebsräten, Kirchen, Solidaritätsgruppen) mit dem Ziel, gemeinsame Aktionen zu planen und durchzuführen (*vgl. Just 1985, Bd. I., 172*).

Eine weitere Art von Selbstorganisationen, die immer mehr an Bedeutung gewinnen, sind auch die Unternehmerverbände von Unternehmern, verschiedener Nationalitäten die, mit Ausnahme der türkischen Unternehmer, erst jetzt in der Gründungsphase sind (*vgl. Zentrum für Türkeistudien 1994, 181*).

In verschiedenen Bundesländern besteht auch eine Zusammenarbeit der Selbstorganisationen ethnischer Minderheiten, die sich intensiv mit der Integration der Ausländer in der deutschen Gesellschaft befassen.

c. Kooperation mit Organisationen des Aufnahmelandes

Die Interessenvertretung der ethnischen Minderheiten ist indirekter Art, vermittelt durch Repräsentationsformen der Mehrheit, wie Gewerkschaften, Kirchen, Wohlfahrtsverbänden und Parteien, wie ich schon erwähnt habe. Das hat u.a. zur Folge, dass ihre Repräsentation durch die Filter der jeweiligen Verbandspolitik verläuft (*vgl. Mayer 1976, 107*). Die

ausländischen Selbstorganisationen kooperieren in unterschiedlicher Form und Weise mit den Beauftragten, Verbänden und Organisationen des Aufnahmelandes, die sich aus unterschiedlichen Gründen für die Interessen der ausländischen Bevölkerung einsetzen (vgl. Heckmann 1992, 240).

d. Zusammenarbeit der Selbstorganisationen untereinander

Die Selbstorganisationen der ethnischen Minderheiten in Deutschland arbeiten sehr eng zusammen. Es gibt Dachverbände für die Selbstorganisationen einer bestimmten Nationalität, die sogar mit entsprechenden Verbänden in anderen Ländern Europas zusammenarbeiten.

Erwähnenswert sind das „Koordinierungskomitee Spanischer Arbeitervverbände“, welches Mitgliederverbände in neun europäischen Ländern hat, die „Union der türkischen Progressiven“ sowie die Zusammenarbeit von philippinischen und marokkanischen Selbstorganisationen (vgl. Just 1985, Bd. I., 183f). Bei den Türken und Griechen gibt es Dachverbände ihrer Selbstorganisationen auf Bundesebene. Bei den Spaniern, deren Selbstorganisationen im Vergleich zu allen anderen Nationalitäten eine integrationsfreundliche Zielsetzung verfolgen, gibt es eine vorzügliche Zusammenarbeit der Elternvereinigungen und der wichtigste Dachverband der Italiener ist der F.I.L.E.F., der eine integrationsorientierte Politik in Deutschland betreibt. Neue Angaben über die Selbstorganisationen der Personen aus dem ehemaligen Jugoslawien liegen nach dem politischen Wandel noch nicht vor. Die Selbstorganisationen der anderen Nationalitäten, die hier nicht genannt werden, sind in der Entwicklungsphase. Vielseitige Interessen zeigen die türkischen Vereinigungen, deren Positionen bezüglich des politischen Geschehens in der Türkei einerseits und der Frage der Integration der Türken in der deutschen Gesellschaft andererseits sehr unterschiedlich und stark voneinander abweichend sind.³⁷

³⁷ Die linksorientierten Organisationen F.I.D.E.F. („Förderung der Arbeitervereine der Türkei in der Bundesrepublik Deutschland“, H.D.F. („Föderation progressiver Volksvereine der Türkei in Europa“, und D.I.D.F. („Föderation der demokratischen Arbeitervereine“) stehen der Integrationsfrage der Türken in Deutschland positiv gegenüber und kämpfen u.a. auch gegen den Rechtsradikalismus und die Ausländerfeindlichkeit.

Die größten türkischen Selbstorganisationen in Deutschland, die Unterorganisation der nationalistisch-faschistischen Partei MHP („Nationale Bewegungspartei“) in der Türkei und die „Islamische Union“, die die Ziele der nationalen Heilspartei vertritt und die westliche Orientierung der Türkei ablehnt (sie gehört der in der Türkei verbotenen Süleymanci-

Die griechischen Selbstorganisationen werden im folgenden Abschnitt der Arbeit ausführlicher dargestellt. Neben diesen Dachverbänden gibt es auch eine zunehmende Zusammenarbeit der Selbstorganisationen unterschiedlicher ethnischer Minderheiten untereinander.

e. Gewerkschaften und Betriebe

Die Funktion der ausländischen Arbeitnehmer auf dem deutschen Arbeitsmarkt als „Lohndrücker“ und nicht ihre rechtliche Stellung in der BRD standen am Anfang im Mittelpunkt des Interesses des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) und seiner Einzelgewerkschaften (vgl. *Bech/Faust 1981, 170*). Sie beanspruchten, „Alleinvertreter von Arbeitnehmerinteressen“ zu sein, und wollten vermeiden, dass die ausländischen Arbeitnehmer ihre Interessen durch entsprechende Ausländerorganisationen vertreten (vgl. *Just 1985, Bd. I., 174*). Aus diesen Gründen ist das Engagement der Gewerkschaften widersprüchlich. Folgende Anleihe bei Kühne (1982, 385f) macht diese widersprüchliche Haltung der deutschen Gewerkschaften deutlicher: Einerseits „können die Gewerkschaften auf die relative Gleichstellung ausländischer Arbeiter im Regelungsbereich ihrer Arbeitsbedingungen verweisen, (...) andererseits wurde die weitgehende Übereinstimmung gewerkschaftlicher mit der staatlichen Ausländerbeschäftigungspolitik deutlich, einer Politik, die darauf angelegt ist, ausländische Arbeiter aus den Anwerbeländern in der Position einer Arbeitsmarktreserve zu belassen, (und) den Arbeitsmarkt in inländische und ausländische Arbeiter aufzuspalten...“.

Der DGB hat sich also bis in die 70er Jahre mit der staatlichen Ausländerpolitik weitgehend identifiziert. Dieser sah die Ausländerbeschäftigung als ein vorübergehendes Phänomen. Demzufolge war die Politik bis in die 70er Jahre hinein durch gekennzeichnet, dass jegliche Initiativen zur Änderung des rechtlichen und gesellschaftlichen Status der ausländischen Arbeitnehmer fehlte (vgl. *Yildiz 1990, 109*).³⁸

Bewegung, die Atatürks Reformpolitik bekämpfte und in Deutschland bundesweit „Koranschulen“ gegründet hat), propagieren jedoch gegen eine Integration der Türken in Deutschland. Außer den erwähnten Organisationen gibt es innerhalb der türkischen Bevölkerung in Deutschland auch zahlreiche andere Gruppierungen.

³⁸ Für die Gewerkschaften war bis Anfang der 70er Jahre das Ausländergesetz kein Thema. Sie haben niemals ernsthaft für das Beseitigen der weitreichenden staatlichen Verfügungsgewalt und damit der Rechtsunsicherheit ihrer ausländischen Kollegen gekämpft. Als das Ausländergesetz von 1965 (an dessen Entwurf nach Vorlage der nationalsozialistischen Ausländerpolizeiverordnung von 1938 und 1939 schon seit 1963

Die Konformität der Gewerkschaftspolitik mit der des Staates führte dazu, dass die Arbeitgeber die Ausländer, so Decker (1982, 41), als „einen neuen sozialen und politischen Unsicherheitsfaktor begriffen“³⁹, sogar eine Überwachung durch die für die innere Sicherheit des Landes zuständigen staatlichen Organe forderten und die Gewerkschaften dazu riefen, ihnen durch Verschaffung von Informationen über ausländische Arbeitnehmer dabei zu helfen (vgl. Dohse 1981, 226).

Dies alles hat sich geändert: Die Entwicklung gewerkschaftlicher Ausländerpolitik wurde zum ersten Mal auf dem 6. Gewerkschaftstag der IG Metall 1960 thematisiert und offen angesprochen, acht Jahre später wurde die Abteilung „Ausländische Arbeitnehmer“ gegründet und erst ab 1971 wurden örtliche Arbeitskreise für ausländische Arbeitnehmer eingerichtet. Inzwischen werden Schulungen für ausländische Arbeiter organisiert und seit dem Jahr 1969 werden fremdsprachige Ausgaben der Zeitschrift „Metall“ und verschiedene andere fremdsprachige Materialien veröffentlicht. Vom DGB wurde erstmals 1962 auf dem Bundeskongress die gewerkschaftliche Organisation ausländischer Kollegen ausdrücklich begrüßt. Erst am 15. Januar 1972 haben die Gewerkschaften durchgesetzt, dass den ausländischen Kollegen das passive und aktive Wahlrecht zu den Betriebsräten gewährt wird (Vgl. Schäfer 1985, 156)..

Trotzdem bleibt weiterhin bei der offiziellen gewerkschaftlichen Ausländerpolitik eine deutliche Übereinstimmung mit der staatlichen Ausländerpolitik zu beobachten. Den jeweiligen staatlichen Maßnahmen, die vor allem in Krisenphasen, wie es bei dem Anwerbestop im Jahr 1973 der Fall war, getroffen wurden, wird seitens des DGB entweder zugestimmt oder es wird gar keine Stellung bezogen. Durch eine Anleihe bei Dohse (1981, 349) lässt sich dies wie folgt erklären: „Diese Abwesenheit kritischer Distanz hat systematische Gründe. Denn der DGB lässt nicht nur Kritik vermissen, sondern ist in die Ausländerpolitik sogar korporativ eingebunden und damit indirekt ihr Träger (...)“.

gearbeitet wurde) abgezeichnet wurde, haben die Gewerkschaften weder offiziell dazu Stellung genommen, noch irgendwelche Vorschläge gemacht (vgl. Dohse 1981, 297).

³⁹ Von Seiten der Arbeitgeber hat man versucht die politischen Aktivitäten der ausländischen Arbeitnehmer zu stoppen, obwohl sie sich fast ausschließlich auf ihre Herkunftsländer richtete. Man hat sogar den DGB vor dem Einfluss von Kommunisten und Faschisten auf ausländische Arbeitnehmer gewarnt.

Die Haltung des DGB gegenüber den Arbeitnehmern ausländischer Herkunft hat sich im Laufe der Zeit und vor allem seit Mitte der 80er Jahren schrittweise gewandelt. Die IG-Metall spielte dabei häufig eine positive Vorreiterrolle, da mehr als die Hälfte aller ausländischen Arbeiter in ihrem Organisationsbereich beschäftigt war. Trotzdem bleibt die gewerkschaftliche Haltung immer noch in vielen Fällen widersprüchlich.⁴⁰ Die Gewerkschaften griffen zwar zum ersten Mal Probleme auf, die im Zusammenhang mit ausländischen Arbeitnehmern standen, und forderten die Änderung des Ausländergesetzes, aber sie stimmten auch der staatlichen Ausländerpolitik zu, dass die Bundesrepublik kein Einwanderungsland sei; der DGB sprach sich gegen die dauerhafte Niederlassung von ausländischen Arbeitnehmern in Deutschland und gegen die Gewährung des Kommunalwahlrechtes aus (vgl. Kühne 1982, 389f zitiert nach Yildiz 1990, 111f & DGB: Beschluss des DGB- Bundesvorstands zur Ausländerpolitik vom 6. September 1983).

Seit Anfang der 80er Jahre lässt sich ein deutlicher Wandel in der Ausländerpolitik der Gewerkschaften beobachten. Darunter ist ein klarer Bruch des korporativen Bündnisses von Staat, Unternehmen und Gewerkschaften zu verstehen, das bis zu Beginn der 80er Jahre eine pointierte gewerkschaftliche Ausländerpolitik kaum erscheinen ließ (vgl. Schäfer 1985, 17).

In dem Beschluss des Bundeskongresses im Mai 1986 wurde zum ersten Mal vom DGB die Gewährung des Kommunalwahlrechts für ausländische Arbeitnehmer, die seit mehr als fünf Jahren in der Bundesrepublik Deutschland arbeiten, gefordert. Die rechtliche und politische Gleichstellung und die Gleichberechtigung von ausländischen Arbeitnehmern wurde als

⁴⁰ Einerseits engagierten sich die Gewerkschaften in neuen Initiativen und Aktivitäten im Zusammenhang mit den Problemen der ausländischen Arbeitnehmer und es wurden vom DGB programmatische Aussagen formuliert und politische Positionen bestimmt. Ihre wichtigsten Bestandteile waren nach Bech /Faust (1981, 171) „die Integration in die einheitliche Klassenorganisation der Gewerkschaft, die rechtliche Gleichstellung im Produktionsprozess, die Beseitigung der gesellschaftlichen Isolierung, die volle Integration der Ausländerkinder ins Schulsystem unter Berücksichtigung ihrer besonderen Benachteiligung, (...) die Verfestigung des aufenthaltsrechtlichen Status der Ausländer“. Andererseits bejaht der DGB z. B. die diskriminierende Regelung des Arbeitsförderungsgesetzes, demzufolge die Erteilung einer allgemeinen Arbeitserlaubnis für ausländische Arbeitnehmer (- auch für diejenigen, die bereits in der Bundesrepublik leben-) von „Lage und Entwicklung des Arbeitsmarktes“ abhängig gemacht,“ wird, wie Just (1985, Bd. I., 174) als Beispiel zur widersprüchlichen Haltung der deutschen Gewerkschaften erwähnt. Die IG-Metall hingegen kritisierte diese Regelung (vgl. Dohse 1981, 347f).

Voraussetzung für ein solidarisches Zusammenleben von Deutschen und Ausländern gesehen. Darüber hinaus wurde vom DGB die Änderung des Ausländergesetzes zur Gewährung der absoluten Aufenthaltssicherheit, zur Einschränkung der Ausweisungstatbestände und zur Erleichterung des Einbürgerungsverfahrens gefordert (vgl. *DGB- Bundesvorstand, Mai 1986, 61ff*).

Die Industriegewerkschaft IG-Metall organisierte 1986 ihre erste „Ausländerkonferenz“. Dabei wurden die Richtlinien ihrer neuen Ausländerpolitik öffentlich formuliert:

Die ausländischen Arbeitnehmer sollten als Minderheit in der Bundesrepublik Deutschland anerkannt werden. Die Gewährung des Ausländerwahlrechts auf kommunaler Ebene, ihre politische Gleichstellung, die Familienzusammenführung, die Verfestigung ihres Aufenthalts in Deutschland und die unbefristete Möglichkeit zur Rückkehr in die Bundesrepublik wurden gefordert (vgl. *IG-Metall: Beschlüsse der 1. Ausländerkonferenzen der IG-Metall vom 8.- 9. Mai 1986, 2ff*).

Seitdem folgten weitere Ausländerkonferenzen, bei welchen diese Forderungen bekräftigt wurden.

f. Vertretung in den Gewerkschaften

Arbeitnehmer ausländischer Herkunft haben in den Gewerkschaften formal die gleichen Rechte wie ihre deutschen Kollegen. Wie groß ist aber der Anteil der Gewerkschaftsmitglieder und der gewerkschaftlichen „Vertrauensleute“ ausländischer Herkunft? Bezüglich dieser Fragen steht eines fest: nur ein kleiner Anteil der ausländischen Arbeitnehmer ist gewerkschaftlich organisiert und in den Führungspositionen der Gewerkschaften sind sie völlig unterrepräsentiert (vgl. *Sen 1985, Bd.II., 232*). Der Anteil der Ausländischen Arbeitnehmer unter den gewerkschaftlichen Vertrauensleuten ist regelmäßig kleiner als der ihrer Mitglieder in den jeweiligen Gewerkschaften (vgl. *Bech Faust 1981, 172*). Die Tendenz ging im Laufe der Zeit in Richtung auf eine Zunahme des gewerkschaftlichen Organisationsgrades; die Situation ändert sich zwar mit der Zeit, hat sich aber grundsätzlich nicht erheblich verbessert. Im Bundesvorstand der IG-Metall saß erst Ende 1992 ein türkischer Gewerkschafter, der seit 30 Jahren IG-Metall-Mitglied war (vgl. *Zentrum für Türkeistudien 1994, 434*).

Als Ursachen für die Unterrepräsentation der ausländischen Arbeitnehmer in den Gewerkschaften könnten bis vor kurzem unter anderem ihre Herkunft aus Ländern „mit eher vorindustrieller Wirtschaftsstruktur“, ihr vorübergehender Verbleib in Deutschland, ihre Sprachprobleme und die „Unkenntnis der gesellschaftlichen Strukturen der BRD“ genannt werden (vgl. *Bech /Faust, 1981, 172*). Doch mit der wachsenden Verweildauer der ausländischen Arbeitnehmer in Deutschland sind solche Probleme schon zum größten Teil beseitigt worden.⁴¹

g. Vertretung im Betrieb

Die Vertretung der ausländischen Arbeitnehmer in den betrieblichen Gremien ist genau wie bei der gewerkschaftlichen Interessenvertretung unterdurchschnittlich. Als Gründe dafür möchte ich folgende Bemerkungen von Bech/Faust (1981, 175) anführen, die ich als sehr zutreffend beurteile: „das dürfte noch stärker mit dem Misstrauen zusammenhängen, das häufig zwischen deutschen und ausländischen Kollegen besteht. Hinzu kommt, dass die Kandidatur zum Betriebsrat ein offenes Engagement erfordert, vor dem viele ausländische Arbeiter aus Angst vor Repressalien zurückschrecken;“

4.3.1. Zusammenarbeit der Selbstorganisationen untereinander und mit Solidaritätsvereinen

Die Zusammenarbeit der ausländischen Selbstorganisationen in Deutschland ist die engste in ganz Europa mit Ausnahme der Niederlande. Die wichtigste Vereinigung dieser Art in Deutschland ist das „Internationale Forum ausländischer Arbeitnehmervereinigungen“ (IFA) das 1976 gegründet wurde. Die Vereinigung wird zum größten Teil vom Ökonomischen Rat der Kirchen und dem Kirchlichen Außenamt und aus Mitgliederbeiträgen finanziert. Zu den Zielen gehört:

- Die Förderung der Zusammenarbeit ausländischer Arbeitnehmervereinigungen bei sozialen, politischen und kulturellen Initiativen in Deutschland

⁴¹ Bei IG-Metall waren allein in den letzten zwanzig Jahren rund 300.000 Arbeitnehmer ausländischer Herkunft, also etwa die Hälfte aller Arbeitnehmer waren ausländischer Herkunft. Besonders stark sind in den Gewerkschaften die Arbeitnehmer aus den Anwerbestaaten organisiert. Trotzdem liegt der Anteil ihrer gewerkschaftlichen Organisation, mit Ausnahme der Griechen, weit unter 50%, oft sogar unter 40% (vgl. *Zentrum für Türkeistudien 1994, 434f*).

- Die Förderung der Beziehungen mit der deutschen Bevölkerung und ihren Organisationen, insbesondere zu den Gewerkschaften
- Die Erarbeitung gemeinsamer Stellungnahmen zur Weiterleitung an die Öffentlichkeit und die zuständigen staatlichen Stellen
- Unterstützung von Aktivitäten ausländischer Gruppen und Vereine und
- Solidarisierung mit ausländischen Arbeitnehmern im Falle politischer Verfolgung (*vgl. Sen 1985, Bd.II., 135 und Just 1985, Bd. I., 184*).

Im Januar 1979 ist der „Verband der Initiativgruppen in der Ausländerarbeit“ gegründet worden. Verbandsmitglieder sind zahlreiche ausländische und deutsche Initiativgruppen, die sich auf lokaler, Landes- und Bundesebene für die Belange der Ausländer in Deutschland einsetzen. Der Verband veranstaltet mit Unterstützung deutscher Institutionen Seminare, ist stark in der Ausländerpolitik engagiert und gibt vierteljährlich eine Zeitschrift heraus (*vgl. Just/Groth (Hrsg.) 1985, Bd. I., 186 und Bd. II., 136*).

4.4. Kirchliche Institutionen und Wohlfahrtsorganisationen

a. Kirchen

Die Kirchen, sowohl die katholische als auch die evangelische, haben sich traditionell im Ausländerbereich stark engagiert. Ihre Arbeit erstreckt sich auf Sozialarbeit, Seelsorge, öffentlich-politische Stellungnahmen und Kooperation mit den Selbstorganisationen der Bevölkerung ausländischer Herkunft.

Bei der „institutionalisierten ausländerspezifischen Freizeitbetreuung“ haben die kirchlichen Wohlfahrtsorganisationen die allgemeine, kulturelle und „seelsorgerische“ Betreuung untereinander abgestimmt (*vgl. Bech/ Faust 1981, 163*):

Das diakonische Werk (evangelisch) konzentrierte sich ausschließlich auf die Betreuung griechischer Nationalität. Der deutsche Caritasverband (katholisch) engagierte sich für die Betreuung der spanischen, portugiesischen und italienischen bzw. der türkischen ausländischen Bevölkerung.

Die kirchlichen Aktivitäten entwickelten sich in drei Richtungen:

1. Pflege der heimatlichen Traditionen
2. „Innere Aufarbeitung und kritische Bewältigung“ der neuen Lebensverhältnisse in Deutschland und

3. Ermöglichen von Emanzipationsprozessen, d.h. Gründung und Unterstützung von Eigeninitiative der Betroffenen (vgl. *Bech /Faust 1981, 164*).

In diesem Bereich der Ausländerarbeit gibt es eine enge finanzielle Zusammenarbeit römisch-katholischer, evangelischer, orthodoxer und freikirchlicher Gemeinden und Kirchen, die in zahlreichen Städten mit den Selbstorganisationen der ausländischen Bevölkerung kooperieren und aktiv die Arbeit der Selbstorganisationen fördern, wenn der Beitrag auch relativ gering ist (vgl. *Just 1985, Bd. II., 177*). Als 1976 das oben genannte „Internationale Forum ausländischer Arbeitnehmervereinigungen“ (IFA) (die größte und wichtigste Verreinigung von Selbstorganisationen verschiedener Nationalitäten in Deutschland) entstand, wurde dessen Arbeit durch das Kirchliche Außenamt der E.K.D. finanziert (vgl. *Just 1985, Bd. I., 179*).

In wie weit unterstützen aber die Kirchen rechts- und sozialpolitische Forderungen der Selbstorganisationen?

Auf diese Frage werde ich durch eine Anleihe bei Just (1985, 178) antworten, der der politischen Stellungnahme der Kirchen sehr kritisch gegenübersteht, indem er schreibt, dass sie „nicht immer mit der nötigen Eindeutigkeit für die Sache der Ausländer Partei ergriffen“. Diese Defizite werden auch von J. Miksch (1984, 28f) geschildert, der als Grund dafür den engen Zusammenhang von Staat und Kirche nennt, derer Trennung in der Wirklichkeit nicht eingehalten wird: „In der Regel tun sich die Kirchengemeinden und Kirchenleitungen schwer damit, öffentlichen und politisch maßgebenden Stimmungslagen entgegenzuwirken. Das hängt schon mit der engen Verbindung von kirchlichen und politischen Entscheidungsträgern zusammen.“

Trotzdem sollte man nicht übersehen, dass die Kirchen und die Wohlfahrtsorganisationen diejenigen waren, die sich als erste schon ab Ende der 60er Jahre sowohl gegen die Ausländerbeschäftigungspolitik, als auch gegen die offizielle Meinung „Deutschland sei kein Einwanderungsland“ aussprachen.

In der 4. Synode der E.K.D. im Mai 1970 wurde eine Reihe von Beschlüssen über die rechtliche Gleichstellung der ausländischen Mitbürger verabschiedet, gleichzeitig wurde deutlich ausgesprochen, dass die Synode

die Grundrechte dieser Bevölkerungsgruppe durch das Ausländerrecht, das als „ungenügend“ bezeichnet wurde, gefährdet sehe (vgl. *E.K.D. 1970*).

Am 15. Oktober 1975 riefen die beiden großen christlichen Kirchen in Deutschland zum „Tag des ausländischen Mitbürgers“ auf, um die deutsche und die ausländische Bevölkerung dazu aufzufordern, sich gegenseitig besser kennen- und schätzen zu lernen (vgl. *E.K.D., 12. Juli 1975*).

In den Thesen des Ökumenischen Vorbereitungsausschusses zu einem weiteren „Tag des ausländischen Mitbürgers“, der im September 1980 stattfand, war deutlich die Rede von „verschiedenen Kulturen und gleichen Rechten“ und von Thesen „für eine gemeinsame Zukunft“. Voraussetzung dafür sind die ausgesprochenen Erkenntnisse, dass Deutschland „multikulturell“ geworden sei und dass daher Ziel der Ausländerpolitik nicht die einseitige Integration oder die Assimilation der ausländischen Bevölkerung sein sollte.

Seit Beginn der 70er Jahre forderte die E.K.D. für die ausländischen Mitbürger das Recht auf Daueraufenthalt und die „Mitwirkung der ausländischen Arbeitnehmer in der politischen Gemeinde“ nach etwa 5-jährigem Aufenthalt in Deutschland. Damit war sowohl das aktive als auch das passive Kommunalwahlrecht gemeint. Gefordert wurde auch ihre Aufnahme in allen demokratischen Parteien, die Voraussetzung für ihre politische Mitwirkung ist (vgl. *E.K.D. 5. April 1973 und Bundesministerium des Innern 1983, 69f*).

Ebenso wie die Evangelische Kirche hat sich auch die Katholische Kirche schon seit Anfang der 70er Jahre gegen die Ausländerbeschäftigungs-politik geäußert, die nach einem Beschluss von 1973 die Belange des Gemeinwohls und die Menschenrechte zu wenig beachtet habe. Ebenso wie die Evangelische Kirche forderte auch die Katholische Kirche für die ausländische Bevölkerung und ihre Familien ein Recht auf Daueraufenthalt und die Entwicklung eines Gesamtkonzeptes zur Schaffung derjenigen Voraussetzungen, die für eine „Integration auf Zeit“ nötig seien. Die Katholische Kirche erkannte auch sehr früh, dass Deutschland zum Einwanderungsland geworden war, und setzte sich schließlich auch für die politische Partizipation der ausländischen Mitbürger auf kommunaler Ebene ein, allerdings nur für diejenigen Ausländer, „die schon seit langen Jahren in

der Bundesrepublik ansässig sind“ (vgl. *Heftreihe: Synodenbeschlüsse* 3/1973, 9f und ebd. Heft 2/1974, 81).

Die Forderung nach der Gewährung des kommunalen Ausländerwahlrechts wurde von beiden Kirchen mehrfach erneuert.

b. Wohlfahrtsverbände

Die Wohlfahrtsverbände haben schon seit Ende der 50er Jahre damit angefangen, Beratungsstellen zu organisieren und sich um die Betreuung der angeworbenen ausländischen Arbeitnehmer zu kümmern. Der Caritasverband begann bereits im Jahr 1956 mit der sozialen Betreuung von italienischen Arbeitnehmern, die als erste Mitte der 50er Jahre in Deutschland angekommen waren. Seit 1962 engagierte sich die Arbeiterwohlfahrt im selben Bereich. Damals wurde die sog. „Türkdanis“, die Zentralstelle für Beratung und Förderung türkischer Einwanderer, eingerichtet (vgl. *Frey 1982, 153f*).

Die Wohlfahrtsverbände gingen anfangs davon aus, dass „sich bei der Ausländerbeschäftigung um ein Provisorium handelte“, ein vorübergehendes Phänomen und deshalb dominierten in ihrer Betreuung „kirchlich-caritative“ und darüber hinaus „paternalistische Konzeptionen“. Ab Ende der 60er Jahre ist aber eine Abkehr von solchen Betreuungskonzeptionen zu beobachten. Es zeichnete sich ein stärkeres Engagement für Hilfestellung zu einer „frei bestimmten und definitiven Eingliederung der Ausländer in die deutsche Gesellschaft ab“ (*Manfrass 1974, 289*).

Die Arbeiterwohlfahrt hat schon seit 1969, wie die katholische Kirche anfang der 70er Jahre, die These geäußert, dass Deutschland entgegen offizieller Auffassung zum Einwanderungsland geworden ist (vgl. *Frey/Müller 1982, 156*). Der Deutsche Caritasverband hatte dieselbe These vertreten und sein Zentralrat hat darüber hinaus am 22. April 1971 gefordert, dass den ausländischen Arbeitnehmern ein Recht auf Daueraufenthalt gewährleistet würde und dass ihnen die politische Mitwirkung im Betrieb und in der Gemeinde eingeräumt würde. „Dazu gehört auch das aktive und passive Kommunalwahlrecht nach etwa 5-jährigem Aufenthalt“ (*Sieveling/Barwig/Lörcher/Schumacher 1989, 269ff*).⁴²

⁴² Der Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e.V. äußerte sich ausdrücklich für die Gewährung des Kommunalwahlrechtes für Minderheitenangehörigen erst auf seiner Bundeskonferenz vom 5.-8. November 1986.

Wie eine Untersuchung in fünf EU-Ländern deutlich zeigte, erwies es sich als problematisch, dass Wohlfahrtsverbände oft eine „Doppelrolle“ spielen. Einerseits vertreten sie Interessen ausländischer Bevölkerung gegenüber den staatlichen Vertretern, andererseits treten sie den hilfsbedürftigen Personen, die von ihnen betreut werden, als quasi staatliche Einrichtung gegenüber, wenn sie etwa staatliche Finanzmittel verwalten.

Mit dieser Kritik wächst die Zahl derer, die die „Wiederbelebung von privater Solidarität und Selbsthilfe“ als „willkommene Auswege einer Sozialpolitik der mageren Jahre“ sehen (vgl. *Just 1985, 180*). Denn im Gegensatz zur sozialstaatlichen Fremdhilfe durch anonyme, große Organisationen wie die Wohlfahrtsverbände, ist die Selbsthilfe gekennzeichnet durch geringeren Grad der Institutionalisierung, größere Spontaneität und Flexibilität der Hilfe, stärkeres ehrenamtlichen Engagement und Mithilfe der unmittelbar hilfsbedürftigen Personen. Von diesem Kontrapunkt aus wird das wohlfahrtsstaatliche Sozialsystem korrigiert und ergänzt (vgl. *Just 1985, Bd. I., 179f*). Inzwischen übernehmen immer mehr Selbstorganisationen Aufgaben, die bisher von Wohlfahrtsorganisationen „in öffentlicher, kirchlicher oder privater Trägerschaft“ wahrgenommen wurden. Als Grund dafür ist der allgemeine Zweifel an der sozialen Leistungsfähigkeit großer Wohlfahrtsysteme zu sehen und die Forderung nach einer „Rückkehr zum Prinzip der Selbsthilfe als ordnungspolitische Alternative“ (*Just 1985, 179*). Denn große Wohlfahrtsysteme verfügen zwar über professionalisierte, aber bürokratische Dienstleistungen und eine paternalistische Betreuungsmentalität.

Trotz der Kritik ist in Deutschland das Verhältnis der Selbstorganisationen zu den Wohlfahrtsverbänden, der Arbeiterwohlfahrt, der Caritas und dem Diakonischen Werk nicht besonders gespannt (vgl. *Just 1985, Bd. I., 180f*).

4.5. Selbstorganisation der Griechen in Deutschland

Die griechische Minderheitengruppe in Deutschland hat eine starke Selbstorganisationsaktivität vorzuweisen. Nach der Anwerbung der ersten Arbeiter griechischer Herkunft nach Deutschland wurden nahezu von Anfang an erste Selbstorganisationen der in Deutschland lebenden Griechen gegründet, deren Ziele die Orientierungshilfe im Aufnahmeland

und der Kontakt ihrer Mitglieder untereinander war. Die sozialpolitischen Bedingungen sowohl im Aufnahmeland als auch im Herkunftsland beeinflussten die Zielsetzung und die Orientierung der griechischen Selbstorganisationen.⁴³ Die Mitglieder der ersten griechischen Organisationen waren fast ausschließlich Arbeiter und Studenten, weshalb man sie „Griechische Arbeitergemeinden“ oder „Vereine griechischer Studenten“ nannte (vgl. Assimenios 1998, 4f). Der wichtigste Grund dafür, dass die Griechen in Deutschland Selbstorganisationen gründeten, ist nach Kasakos (1995, 125) der Mangel an hauptamtlichen staatlichen Schutzmechanismen für die Einwanderer, sowohl aus deutscher als auch aus griechischer Seite.

4.5.1. Griechische Gemeinden und der „Verband der griechischen Gemeinden in der BRD“. Organisation, Zielsetzung, Probleme und Zukunftsperspektiven

Die ersten Selbstorganisationen, die sich in ihrer Mehrheit „Griechische Gemeinden“⁴⁴ nannten (von nun an GG genannt), boten ihren Mitgliedern zuverlässige Informationen hauptsächlich über Arbeitsthemen und haben parallel auch als „soziales und syndikalistisches Netz“ funktioniert (vgl. Assimenios 1998, 5f). Eines der wichtigsten Ziele dieser Selbstorganisationen war der Widerstand gegen die Assimilation durch Bewahrung der griechischen Kultur und das Erlernen der griechischen Sprache durch ihre Kinder (vgl. Petropoulos 1985). Ihr politisches Engagement war von Anfang an besonders stark, was als Folge des Bürgerkrieges (nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges) und der besonders schwierigen politischen Lage in Griechenland der 60er und 70er Jahre zu erklären ist.

⁴³ Ein typisches Beispiel dafür sind der Charakter und die Aktivitäten der griechischen Selbstorganisationen in Deutschland während der Diktatur in Griechenland (1967-1974) und die ähnliche Aktion der portugiesischen und spanischen Selbstorganisationen bis 1974. Sie entwickelten eine Aktivität gegen die Diktatur in Griechenland, wandten sich aber gleichzeitig auch an die deutsche Öffentlichkeit..

⁴⁴ Für den Eintrag bei den zuständigen Behörden wurde der Begriff „Gemeinde“ anstelle „Verein“ gewählt, da der vorrangige Zweck dieser Vereinigung der Zusammenschluss der Gesamtheit aller in einem bestimmten Ort oder in einer bestimmten Gegend lebenden Griechen ist.

Während der siebenjährigen Herrschaft der Diktatur in Griechenland (1967-1974) war die Mehrheit der Selbstorganisationen in Deutschland vor allem mit Aktivitäten und Veranstaltungen gegen dieses politische Regime in ihrem Heimatland beschäftigt.

Nach dem Sturz der Diktatur in Griechenland (1974) setzen sie neue Ziele, die von der Verbesserung des deutschen Ausländerrechts bestimmt wurden. Nach 1978 verdoppelte sich die Zahl der GG. Das wird dadurch erklärt, dass neue politische Fraktionen gegründet wurden (wie z.B. die sozialistische ΠΑ.Σ.Κ.Ε.Μ.), deren Mitglieder (in der Mehrheit Anhänger der neugegründeten, sozialistischen Partei (ΠΑΣΟΚ) und der kommunistischen Parteien Griechenlands) aktiv in den GG teilnahmen. Nach 1981, als die sozialistische Partei in Griechenland an die Regierung kam, wurden die GG erneut durch Festivals, Vorträge und sonstige Veranstaltungen aktiviert. Eine besonders wichtige Rolle für die massenhafte, aktive Teilnahme in den GG war zumindest bis 1983 das Schulproblem für die Kinder und Jugendlichen griechischer Herkunft. Von 1978 bis 1983 war dies ein zentrales Thema, wobei es zu zahlreichen Auseinandersetzungen auch zwischen den Mitgliedern der GG kam (*vgl. Assimenios 1998, 7*).

a. Struktur, Organisation und Funktion der Griechischen Gemeinden

1998 gab es nach Angaben des „Verbandes griechischer Gemeinden in der BRD“ (in Anlehnung an seine griechische Nennung wird er von nun an die O.E.K. genannt) 142 GG in der Bundesrepublik Deutschland. Die größte Konzentration von GG ist in Baden Württemberg (52) und in NRW (42) zu beobachten, es folgen Hessen (16), Bayern (14) und Niedersachsen (7). In den übrigen Bundesländern leben nur wenige oder überhaupt keine Griechen (*vgl. Assimenios 1998, 8*).

Die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Gründung und Funktion der GG werden vom Art. 14 des deutschen Vereinsgesetzes bestimmt. Als „eingetragene Vereine“ sind sie verpflichtet mindestens 40 Mitglieder zu haben und in jeder Stadt oder jedem Kreis wird nur eine GG anerkannt, außerdem gibt es nur einen „Verband der griechischen Gemeinden in der BRD“ (die O.E.K.).

b. Gründung des „Verbandes der griechischen Gemeinden in der BRD“ (O.E.K.)

Am 12./13. Februar 1966 entstand in Fellbach bei Stuttgart der „Verband der griechischen Gemeinden in der BRD“ (O.E.K.). Es nahmen 27 Selbstorganisationen teil, deren Mehrheit sich „Griechische Gemeinde“ (GG) nannte (vgl. *Papanayotou 1995. und ders. Vortrag am 21.10.1995*).

Im folgenden werde ich kurz einige Bemerkungen zur Strukturierung, zum Charakter und zu den Kooperationspartnern der O.E.K. machen, die alle GG in Deutschland mit über 40 Mitgliedern mit einschließt.

c. Organisationsstruktur der O.E.K.

Die Struktur der O.E.K. und der Gemeinden haben diejenigen soziologischen Merkmale, die einen Verein einer ethnischen Minderheit im Ausland kennzeichnen, einer Mischung von ethnischen und syndikalistischen Merkmalen (vgl. *Papanayotou 1995. und ders. Vortrag am 21.10.1995*).

Bei allen Abstimmungen herrscht das demokratische Prinzip der Mehrheit. Anfangs waren, wie schon eingangs erwähnt, die Mitglieder der „Gemeinden“ und damit auch der O.E.K. fast ausschließlich Industriearbeiter, erst später nahmen daran einige ausgebildete Arbeiter, Studenten und Wissenschaftler teil. Seit 1981/82 ist die Zahl der Mitglieder aus dem Bereich der Erwerbstätigen und Selbständigen (vor allem im Gastronomiebereich) erheblich gewachsen. Anfangs gab es einen relativen Ausgleich unter den Mitgliedern in bezug auf Geschlecht und Alter, in den letzten Jahren stellt man fest, dass die Teilnahme der zweiten Generation (und ferner der dritten Generation) sehr gering ist, Frauen sind vor allem in den Vorständen der GG unterrepräsentiert. Das gilt natürlich auch für den Vorstand der O.E.K.

Orientiert am deutschen Bürgerlichen Gesetzbuche werden als Organe der GG die Generalversammlung der Mitglieder, der Vorstand und die Wahlkommission genannt.

Der Vorstand der GG und der O.E.K. besteht aus Vertretern, die Anhänger der verschiedenen Parteien Griechenlands sind. Die Vertreter werden demokratisch aus allen eingeschriebenen Mitgliedern gewählt (vgl. *Papanayotou 1995. und ders. Vortrag am 21.10.1995*). Der Vorstand bestimmt die Aktivitäten der GG und wird deshalb von verschiedenen Komitees mit unterschiedlichem und streng abgegrenztem Wirkungsbereich (z.B. Jugend-, Frauen-, Kultur- und Sportkomitees unterstützt. Nach einer

Umfrage, die von der O.E.K. im Jahr 1996 durchgeführt wurde, sind in 60 % der GG solche Komitees gegründet worden (vgl. Assimenios 1998, 9).⁴⁵

Im Rahmen des "Elliniko Ethniko Symboulío" (E.E.Σ.: des „Griechischer Nationaler Rats“ - Ü.d.V.) kooperiert die O.E.K. mit dem „Koordinationsorgan griechischer Verbände und Gemeinden in Europa“ („Σ.Ο.Ε.Ο.Κ.“). Außerdem ist sie Mitglied der „Bundesarbeitsgemeinschaft der Immigrant*innenverbände in der BRD“ (BAGIV) und nimmt aktiv im „Symboulío Apodimou Ellinismou“ (Σ.Α.Ε.: „Rat der Auslandsgriechen“-Ü.d.V.), der in den letzten Jahren vom griechischen Staat gegründet wurde, teil. Seit über 30 Jahren besteht eine enge Kooperation zwischen der O.E.K. und den deutschen Gewerkschaften (vgl. Papas, Vortrag am 22. Oktober 1995).

d. Zielsetzung der O.E.K. - Geschichtliche Entwicklung

Die Ziele und Charakteristika der GG und der O.E.K. haben sich im Laufe der Zeit gewandelt, aus dem Entstehen einzelner GG ist langsam bundesweit eine Bewegung der griechischen Minderheit in Deutschland mit politischen Merkmalen und Zielen entstanden.

Die Zielsetzung der O.E.K. hängt seit ihrer Gründung am 12.-13. Februar 1966 mit den Problemen und den zu jener Zeit üblichen Forderungen der Migrant*innen in Deutschland zusammen. Die Beschlüsse der Konferenzen der O.E.K., die regelmäßig alle zwei Jahre stattfinden, spiegeln laut Archiv der O.E.K. diese Probleme und Forderungen wider (vgl. Papanayiotou 1995).

In Fellbach bei Stuttgart fand die erste Konferenz von insgesamt 27 „Gemeinden“, die inzwischen bundesweit gegründet worden waren, statt.⁴⁶

Die 30jährige Existenz dieses Verbandes wurde 1995 gefeiert. Bei einer

⁴⁵ Die Hälfte der GG verfügt über Frauenkomitees, 35% über Jugend- und Sportkomitees und viele (20-25%) der GG bieten ihren Mitgliedern Ausbildungsprogramme (Deutsch-, Musik- und Computerunterricht, Tanz- und Kochkurse u.ä.) an

⁴⁶ Bei der ersten Konferenz (Stuttgart, 12.-13. Februar 1966) wurden - laut Archiv - die Lebensbedingungen der „Ausländer“ in Deutschland und die Probleme, die sie im Aufnahmeland Deutschland überwinden sollten, diskutiert. Sie befassten sich vor allem mit den Bereichen Arbeit, Wohnen (viele Ehepartner wohnten damals in unterschiedlichen Heimen), Schule (ihre Kinder sollten ausschließlich die deutsche Schule besuchen), Wahlrecht (sie forderten bei den griechischen Wahlen in Deutschland, wo sie wohnten, wählen zu dürfen) u.a..

Dabei wurde der Beschluss getroffen, dass alle griechischen „Arbeitnehmer“ Mitglieder der deutschen Gewerkschaften werden sollten. Damals war Deutschland für alle Migrant*innen noch nicht ihr fester Wohnsitz, da alle hofften, so schnell wie möglich unter besseren Lebens- und Arbeitsbedingungen in ihre Heimat zurückzukehren. Diese Hoffnung ist sogar als Wunsch unter den Beschlüssen der Konferenzen zu finden.

Tagung, die in Stuttgart zu Anlass des 30. Gründungsjubiläums stattfand, wurden die ersten Ergebnisse der geschichtlichen Entwicklung der Zielsetzungen der O.E.K. dargestellt (vgl. *Papanayiotou 1995*).

Um die geschichtliche Entwicklung der O.E.K. zu schildern, werde ich im folgenden sechs Phasen unterscheiden (vgl. *Assimenios 1998, 9f und Papanayotou 1995*):⁴⁷

1. *Die erste Phase (1959-1966)* ist von Selbstorganisation zur Selbst- und Orientierungshilfe im Aufnahmeland gekennzeichnet.

2. *In der zweiten Phase (1967-1974)* haben die GG und die O.E.K. Regimegegner gegen die Militärdiktatur in Griechenland angezogen. Sie haben sich stark am antifaschistischen Kampf beteiligt.⁴⁸ Trotzdem ist während der Diktatur in Griechenland ein Mitgliederrückgang zu beobachten.

3. *Die dritte Phase (1974-1981)* ist eine politisch besonders aktive Phase. In dieser Zeit wird heftige Kritik gegen die Politik sowohl des Aufnahmelandes, als auch des Herkunftslandes ausgeübt. Dieser Zeitraum ist für beide Staaten (Ein- und Auswanderungsland) eine „Übergangsphase“. Vom deutschen Staat wird zum ersten Mal ein „Integrationsplan“ vorgestellt und die deutschen Politiker sprechen zum ersten Mal über das Wahl- und Partizipationsrecht der Migranten bei Kommunalwahlen.

Diese Phase wird auch von der finanziellen Krise in Deutschland gekennzeichnet, die den Auslöser für die Rückkehr vieler Migranten nach Griechenland bildete. In Griechenland wurde mittlerweile die Diktatur (1974) gestürzt und die Demokratie wieder eingeführt.

An den deutschen Staat werden neue Forderungen formuliert: Aufenthaltsrecht, Kindergeld, Arbeitserlaubnis, Arbeitslosengeld u.a. werden gefordert. In der 6. Konferenz (Leverkusen, 14./15. 01.1978) und der extraordinären Konferenz der O.E.K. in Mühlheim (24./25. 01. 1979)

⁴⁷ Die Historikerin Papanayotou (1995), die die Geschichte des O.E.K. anhand des Archivs des Verbandes beschreibt, unterscheidet fünf „Phasen der griechischen Migration in der BRD“ und den Tätigkeitsbereichen der Griechischen Gemeinden und der O.E.K.

⁴⁸ Die Dokumente die aus der Zeit der Diktatur in Griechenland bestehen sind aus dem Archiv der O.E.K. verschwunden. Es ist jedoch von Aussagen bekannt, dass in diesen Jahren sehr oft Veranstaltungen zur Unterstützung der zahlreichen politischen Gefangenen in Griechenland organisiert wurden und mehrere Aktivitäten von den „Gemeinden“ unternommen wurden, die den antifaschistischen Kampf unterstützten (vgl. *Papanayotou 1995*).

wurde auch betont, dass die Lösung der Probleme von Migranten in Deutschland von der Gesetzgebung (Ausländergesetz) abhängt und auch davon, ob der deutsche Staat akzeptiert, dass Deutschland ein Einwanderungsland sei. Dabei beschäftigt sich die O.E.K. auch mit einem der größten Probleme der Griechen in Deutschland, nämlich dem Schulproblem. Es wird zum ersten Mal die Meinung akzeptiert, dass die griechischen Kinder keine „griechischen Schulen“ („nationalen Schulen“) besuchen sollten, dass sie sich ins deutschen Schulsystem integrieren sollten und dass sie parallel dazu die griechische Sprache und Kultur lernen sollten. Außerdem wird beschlossen die Zeitung der O.E.K., „Metanasteutika Nea“ herauszugeben. Diese wurde inzwischen neu gestaltet und erscheint bis heute.

4. *Die vierte Phase (1982-1986)* ist durch Forderungen an den deutschen Staat zu Migrantenfragen gekennzeichnet. Es kommt zu starker Remigration. Diese Phase fällt mit dem Wechsel der deutschen und der griechischen Regierung zusammen.⁴⁹ In Deutschland wird die Rückkehr der Migranten in ihre Herkunftsländer gefördert und es wird deutlich versucht, Asylanten und wirtschaftliche Einwanderer außerhalb der deutschen Grenzen zu halten (*Ausländergesetz 1990*).

5. In der *fünften Phase (1987-1994)* ist eine deutliche Wende zur deutschen Gesellschaft zu erkennen und es findet eine Abkehr von der Politik statt. Man beschäftigt sich aber trotzdem sehr stark mit den sog. „nationalen“ Themen (die zwischenstaatlichen Beziehungen von Griechenland und seinen Anrainerstaaten).

In dieser Periode treten große Umwälzungen sowohl in Deutschland und ganz Europa, als auch in der ganzen Welt ein, wie z. B. der Sturz der Staaten des so genannten Existierenden Sozialismus und die Vereinigung Deutschlands. Dies bringt weiter wachsende Arbeitslosigkeit und einen Zuwachs wirtschaftlicher Einwanderer und Asylanten mit sich. Der Rassismus und die Fremdenfeindlichkeit verstärken sich, außerdem gehen die sogenannten „Gastarbeiter“ langsam in Rente und nach mehr als 30 Jahren Aufenthalt in Deutschland kehrt die Mehrheit von ihnen nicht mehr,

⁴⁹ Im September 1982 wird Helmut Kohl Bundeskanzler, in Griechenland gewinnt zum ersten Mal die Sozialistische Partei („ΠΑΣΟΚ“) die Wahlen (1981), Andreas Papandreou wird Ministerpräsident.

wie erwartet, in die Heimat zurück, sondern bleibt in Deutschland, wo sie jahrelang gelebt und gearbeitet hat. Prognosen zufolge wird ihre Zahl im Jahr 2010 über eine Million betragen.

Bei der 13. Konferenz der O.E.K. (Frankfurt 23.-24. 05. 1992) wurden vor allem die rechtsradikalen Anschläge gegen Bürger ausländischer Herkunft thematisiert, sowie die Reform von AuslG (1990) diskutiert, die die Einbürgerung unter bestimmten Voraussetzungen erleichtert.

Bei der 14. Konferenz der O.E.K. (Frankfurt 21.-22.08.1994) wurden vorwiegend die Probleme der Rentner und die Berufsausbildung der jüngeren Griechen in Deutschland behandelt. Bei den Beschlüssen wird deutlich gemacht, dass neue Wege gefunden werden sollen, die zu einem gleichberechtigten Zusammenleben zwischen Deutschen und Minderheiten innerhalb der deutschen Gesellschaft führen sollen.

6. *Die letzte, bis jetzt existierende Phase (1995 bis heute)* bekommt mit der Zeit neue politische Akzente, denn der rechtliche Status der EU-Bürger wird geändert (z.B. die Gewährung des kommunalen Wahlrechts für EU-Bürger). Die GG haben dadurch eine neue Rolle in den Kommunen entdeckt und die Mitglieder werden langsam wieder politisch aktiv. Im Mittelpunkt ihrer Interessen stehen die deutsche Gesellschaft und die politischen Ereignisse in Deutschland.

Das schulische Problem und die Bewahrung der griechischen Kultur gehörten in all diesen Jahre immer zu den wichtigsten Aktionsbereichen der GG.

e. *Eine Typologie der GG in Deutschland*

Die GG verfügen über unterschiedliche Möglichkeiten qualitativen Angebots in Sozial- und Ausbildungsleistungen, Räumlichkeiten und Einfluss in der Kommune. Sie lassen sich laut Assimenios (1998, 11f) in folgende Typen von GG unterscheiden:

- a. GG mit bestimmter zukunftsorientierter, sozialpolitischer Strategie, mit großen Möglichkeiten qualitativen Angebots in Sozial- und Ausbildungsleistungen, sehr guten Räumlichkeiten und starken Einfluss in der Kommune. Dieser Typ ist sowohl ideal, als auch selten unter den GG in Deutschland zu finden.
- b. GG die „offen“ in der deutschen Gesellschaft sind, mit relativ guten sozialen Leistungen und Ausbildungsangeboten, guten

Räumlichkeiten und existierenden, aber begrenzten Einflussmöglichkeiten innerhalb der Kommune. Dieser Typ ist weniger selten.

- c. GG die vor allem als Treffpunkt für die Griechen aus der Umgebung funktionieren. Sie bieten ihren Mitgliedern kulturelle Veranstaltungen und soziale Leistungen; die meisten GG gehören dieser Kategorie an.
- d. GG ohne irgendeine kulturelle und soziale Aktivität, die vor allem als Treffpunkt für männliche Mitglieder fungieren; solche GG gibt es fast ausschließlich in kleinen Industriestädten.
- e. GG ohne eigene Räume, die aber trotzdem aktiv an den kulturellen oder sozialpolitischen Ereignissen ihrer Umgebung teilnehmen.
- f. GG ohne eigene Räume, die sich nur gelegentlich und vor allem an Nationalfeiertagen betätigen.

g. Probleme und Zukunftsperspektiven

Laut dem Vorsitzenden der O.E.K., Georg Papas (1995) befinden sich die GG in Deutschland und die O.E.K. in einem Umwandlungsverfahren, nämlich in der Übergangsphase, sich von „Gastarbeiterverbänden“ in Verbände von in die deutsche Gesellschaft eingegliederten Griechen zu wandeln. Wenn man sich als Ziel setzt, die in Deutschland lebenden Griechen auch in der Zukunft durch die GG zu vertreten, sollte man jedoch, nach Papas, auch die Probleme der griechischen Jugend, der Frauen, der Selbständigen Unternehmer, der Wissenschaftler in Angriff nehmen.

Die wichtigsten Probleme in der Funktion der GG möchte ich im folgenden durch eine Anleihe bei Assimenios (1998, 13) beschreiben:

- Der finanzielle Mangel. GG werden hauptsächlich von ihren Mitgliedern finanziell unterstützt. Die finanzielle Unterstützung von den deutschen Ämtern und dem griechischen Staat ist unzureichend, sie können also ihren finanziellen Bedarf nicht decken.
- Die Konflikte zwischen den Fraktionsvertretern der politischen Parteien.
- Der Mangel an qualifizierten Angestellten, die in der Lage wären, Projekte zusammenzufassen und durchzuführen.
- Die Dominanz der ersten Generation gegenüber der zweiten und dritten. Es werden bestimmte kulturelle Leitbilder in den

Veranstaltungen der GG reproduziert, die mit denen der jüngeren Mitglieder nicht identisch sind.

- Die politische Struktur der GG. Die Mehrheit der Mitgliedern gehört den „linken“ Fraktionen an, von den 15 Mitgliedern des Vorstands des O.E.K. gehören nur zwei der traditionell «rechten» Fraktion an.
- Viele in Deutschland lebende Griechen, die nicht in einen bestimmten politischen und ideologischen Rahmen gehören oder gehören möchten, können sich mit dem Wahlsystem (es sieht parteiliche Fraktionen vor und keine einheitliche Liste der Kandidaten) nicht identifizieren.

Die oben genannten Probleme in der Funktion der GG sind Haupthypothesen der empirischen Untersuchung dieser Arbeit (vgl. Teil:III).

4.5.2. Weitere Selbstorganisationen von Griechen in Deutschland

a. Elternvereine

Ein wichtiger Grund zur Selbstorganisation von Griechen in Deutschland ist, wie bereits gesagt, das Schulproblem gewesen. Die ersten Elternvereine der in Deutschland lebenden Griechen wurden nach dem Sturz der Diktatur in Griechenland gegründet. Das Schulsystem ist in den Bundesländern unterschiedlich und diesbezüglich auch das Schulsystem für ausländische Schüler. Deshalb haben sich die Eltern in den verschiedenen Bundesländern selbst organisiert. Es gibt keinen bundesweiten Verband dieser Selbstorganisationen, die griechischen Elternvereine und ihre Verbände sind nur auf Landesebene organisiert (vgl. *Damanakis 1989, 76*). Bildung gehört zu den wichtigsten Werten für die Griechen. Seitens des deutschen Staates wurden die Probleme der ausländischen Schüler bei der Bildungspolitik nicht genügend berücksichtigt. Dies erklärt das große Engagement der griechischen Eltern in diesem Bereich und die Gründung von Elternvereinen. Die Ziele ihrer Aktivität waren nicht nur die Lösung schulischer Probleme, sondern auch die Bewahrung der griechischen kulturellen Identität für die weiteren Generationen. Bis 1981 waren Mitglieder der Elternvereine nur Eltern von Schülern, die die „griechischen Nationalschulen“ besuchten. Sie entwickelten starke Aktivität auf politischer Ebene zur Förderung ihrer Interessen (Existenz und Funktion der griechischen „Nationalschulen“ und Muttersprachenunterricht).

Nicht alle Elternselbstorganisationen sind juristisch anerkannte Vereine (wie z.B. die Elternbeiräte). Die meisten Elternvereine gehören zu den Dachverbänden von Baden-Württemberg, Bayern und NRW (vgl. *Assimenios 1998, 14*).

Anfang der 90er Jahre ist die Aktivität aller existierenden Selbstorganisationen der Griechen in Deutschland - die Elternvereine mit einbezogen – zurückgegangen.

Seit der Reduzierung der griechischen „Nationalschulen“ im Jahr 1995 im Rahmen des neuen Gesetzes der griechischen Regierung zur Schulbildung der im Ausland lebender Griechen, haben sich die Elternvereine wieder aktiviert. Immer mehr Elternvereine äußerten sich für die Bildung und Aufrechterhaltung von Nationalschulen. Die Mehrheit der Eltern- und Lehrervereine ist gegen die Reduzierung der „Nationalschulen“, nur einige sprechen sich für die Notwendigkeit von zweisprachigen interkulturellen Schulen aus. Der griechische Staat und die Mehrheit der Elternvereinen können sich über eine Lösungen nicht einigen.

b. Herkunftsortsvereine

Der Herkunftsort ist für Griechen von besonderer Bedeutung und er bekommt einen sogar noch größeren Stellenwert, wenn sie auswandern. Das erklärt die Gründung von zahlreichen *Herkunftsortsvereinen* („Ethnikotopikoi Syllogoi“), Vereinen von Mitgliedern, die aus einem bestimmten Gebiet Griechenlands, in manchen Fällen sogar aus dem gleichen Dorf (wie z.B. manche Vereine der Griechen aus Thrakien) in Griechenland kommen. Derartige Vereine verkörpern den Wunsch ihrer Mitglieder, eine enge Beziehung mit ihrem Herkunftsort zu bewahren (vgl. *Damanakis 1985, 77*).

Ziel dieser Selbstorganisationen ist die Bewahrung von Bräuchen und Sitten des Heimatortes, die Entwicklung und Weitergabe von bestimmten kulturellen Merkmalen, die kreative Gestaltung der Freizeit ihrer Mitglieder und der Erhalt einer engen Beziehung zum Heimatland.

Die meisten dieser Vereine gehören zu Dachverbänden und nehmen an „Symboulío Apodimou Ellinismou“ (Σ.Α.Ε.: „Rat der Auslandsgriechen“-Ü.d.V.) teil, der vom griechischen Staat zur Förderung der Interessen und zur Koordinierung der Aktivitäten der in der ganzen Welt verstreuten Selbstorganisationen griechischer Emigranten gegründet wurde.

In der Vergangenheit wurde die Existenz und die Nutzung solcher Vereine wegen ihres engen heimatorientierten Charakter negativ bewertet und kritisiert. Trotzdem wird andererseits ihre Rolle für die Entwicklung und Verbreitung der spezifischen Kultur der Migranten und der griechischen Kultur generell als von großer Bedeutung erachtet (*Assimenios 1998, 17*). Insbesondere halfen sie bei der Übergabe der griechischen Kultur an die nächsten Generationen der in Deutschland lebenden Griechen. Die Probleme, die diese Vereine zu überwinden haben, sind vor allem finanzieller Art sowie der Mangel an qualifizierten Angestellten.

Unter den zahlreichen Herkunftsortsvereinen der in Deutschland lebenden Griechen sind folgende zu unterscheiden:

- *Vereine pontischer Griechen und ihr Verband* ⁵⁰

Es gibt mehr als 50 Vereine pontischer Griechen die mehr als 15.000 eingeschriebene Mitglieder zählen,. Die meisten Vereine pontischer Griechen wurden nach 1981 gegründet . Die meisten von ihnen müssen sich die Räumlichkeiten mit anderen Vereinen teilen, wodurch zahlreiche Probleme entstehen. (*vgl. Assimenios 1998, 18f*).

- *Vereine der Griechen aus Kreta und ihr Verband* ⁵¹

Ziel dieser Selbstorganisationen ist die Bewahrung der kretischen Sitten und Bräuche und die Zusammenarbeit mit anderen Vereinen und Verbänden.⁵² Zwischen 1988 und 1997 hat der Verband der kretischen Vereine 6 Konferenzen organisiert, in denen er sich mit Themen beschäftigte wie der organisierten Remigration, der griechischsprachigen Schulbildung, den

⁵⁰ Die Zahl der aktiven Mitglieder wird auf ungefähr 6.500 geschätzt. Die größten Vereine befinden sich in München, Nürnberg, Stuttgart, Hannover, Berlin und Düsseldorf, dort wo auch die meisten Griechen leben. Nur ein kleiner Teil von diesen Vereinen verfügt über eigene Räumlichkeiten.

⁵¹ Der erste Verein der Griechen aus Kreta wurde im April 1965 in München gegründet und nannte sich Pankretischer Verein Deutschlands, „Der Minoas“. Zwischen 1974 -1980 wurden fast alle übrigen Vereine von Kretern in Deutschland gegründet. In den Jahren 1988 bis 1997 hat sich die Zahl der in Deutschland lebenden Kreter um 15.000 stabilisiert und es wurden weitere Vereine der Kreter gegründet. 1974 wurde der Verband der kretischen Vereine ins Leben gerufen.

⁵² Der erste Verein der Griechen aus Kreta wurde im April 1965 in München gegründet und nannte sich Pankretischer Verein Deutschlands, „Der Minoas“. Zwischen 1974 -1980 wurden fast alle übrigen Vereine von Kretern in Deutschland gegründet. In den Jahren 1988 bis 1997 hat sich die Zahl der in Deutschland lebenden Kreter um 15.000 stabilisiert und es wurden weitere Vereine der Kreter gegründet. 1974 wurde der Verband der kretischen Vereine ins Leben gerufen.

politischen Rechten von Migranten in Deutschland und den Investitionsversuchen von Unternehmern aus Kreta in Deutschland. Die Vereine der Kreter engagieren sich besonders für die Unterstützung des Tourismus nach Kreta und die Bekanntmachung kretischer Produkte in der deutschen Öffentlichkeit, was sie von anderen Vereinen unterscheidet (vgl. Assimenios 1998, 19f).

- *Vereine der Griechen aus Epirus und ihr Verband*

Engagement wird nicht nur zur Bewahrung der Sitten Bräuche von Epirus, sondern auch in Migrationsthemen eingebracht. Mit der Unterstützung des deutschen Staates wurde in der Vergangenheit sogar ein Träger zur Förderung einer organisierten Remigration gegründet. Alle zwei Jahre findet eine Konferenz der epirotischen Vereine statt ⁵³ (vgl. Assimenios 1998, 21).

- *Vereine der Griechen aus Thrakien und ihr Verband*

Thrakien ist ein Gebiet im Nordosten Griechenlands und hat die höchste griechische Migrationsbewegung zu verzeichnen. In Deutschland leben ca. 50.000 Griechen aus Thrakien. Die meisten Vereine der Griechen aus Thrakien gibt es in Stuttgart und Umgebung. Ganze Dörfer waren nach Deutschland ausgewandert, weshalb es Selbstorganisationen gibt, deren Mitglieder aus einem bestimmten Dorf kommen. Es gibt 34 Selbstorganisationen der Griechen aus Thrakien in Deutschland und alle gehören einem Verband an (vgl. Kasakos 1995, 130 und Assimenios 1998, 22). Wie die meisten Selbstorganisationen dieser Art stehen der Mehrheit von ihnen keine eigenen Räume zur Verfügung. ⁵⁴

- Sonstige Herkunftsortsvereine

Die Selbstorganisationen, die wir bis jetzt vorgestellt haben, sind Vereine von Griechen, die aus Gebieten Griechenlands mit stärkeren Migrationsbewegungen stammen, die darüber hinaus eine hohe Mitgliederzahlen haben, in Verbänden organisiert sind und große Aktivität vorweisen. Ferner gibt es noch Selbstorganisationen von Griechen aus

⁵³ Laut Angaben des Verbandes der Vereine der Griechen aus Epirus gab es 1998 in Deutschland 25 Vereine mit 4.500 eingeschriebenen Mitgliedern.

⁵⁴ Die meisten davon geben den Wohnsitz ihres Vorsitzenden als Sitz des Vereins an.

anderen Gebieten Griechenlands, wie z.B. dem Peloponnes, Makedonien und Sterea Ellada.⁵⁵

b. Kulturelle, wissenschaftliche und studentische Vereine und Initiativen

Unterschiedliche Zielsetzungen und Aktivitäten verschiedenster Art haben die in Deutschland lebenden Griechen dazu geführt, außer den oben beschriebenen zahlreichen Selbstorganisationen auch andere Vereine und Initiativen zu bilden.

In den 70er und 80er Jahren gab es eine stark engagierte Studentenbewegung, weshalb in vielen Städten Deutschlands zahlreiche Vereine von Studenten griechischer Herkunft entstanden. In den 90er Jahren gibt es nur noch wenige davon, die sich vor allem mit der Förderung der sogenannten „nationalen Themen“, der Außenpolitik Griechenlands wie z.B. der Debatte um den Namen des neu entstandenen Staates FYROM (Ehemalige Jugoslawische Demokratie von Makedonien), die griechisch-türkischen Beziehungen, die Lösung des Problems auf Zypern u.ä. beschäftigen (vgl. Assimenios 1998, 23).

c. Sportvereine

Die Zahl der Sportvereine nimmt immer mehr zu.

d. Vereine der in den griechischen Nationalschulen arbeitenden griechischen Lehrer und Vereine griechischer Wissenschaftler

Nicht zu übersehen sind außerdem die Vereine der in den griechischen Nationalschulen arbeitenden griechischen Lehrer, die oft auch kulturelle Aktivitäten vorzuweisen haben. Es gibt auch eine begrenzte Zahl von Vereinen griechischer Wissenschaftler (vgl. Assimenios 1998, 23f).

e. Deutsch-griechische Initiativen

Ferner existiert eine Vielzahl von deutsch-griechischen Initiativen, die jahrelang eine wichtige kulturelle Rolle spielten. Viele ihrer Mitglieder sind auch Mitglieder der deutsch-griechischen Initiativen, aber, wie Assimenios (1998, 24) feststellt, beziehen sie sich nur auf einen begrenzten Kreis von Teilnehmern.

⁵⁵ Sterea Ellada ist ein Landesbezirk Griechenlands, der im der Mitte des Festlandes liegt Attika gehört auch dazu.

4.6. Die griechisch-orthodoxe Kirche in Deutschland. Historische Entwicklung, Organisation und Aktionsbereiche

Die Geschichte der griechisch-orthodoxen Kirche in Deutschland beginnt schon Mitte des 18. Jahrhunderts, als sich die ersten Griechen (Händler, Studenten, Unternehmer und Gebildeter) in Deutschland befanden (vgl. *Kallis, 1992, 101*).

Vor dem zweiten Weltkrieg gab es eine kleine orthodoxe Kirche in Berlin, die im Krieg zerstört wurde. Während der 50er Jahre existierten kleine orthodoxe Gemeinden in den Großstädten Deutschlands. Im Jahr 1960 wurde auch die erste orthodoxe Kirche durch eine Spende der Familie Kechagioglou gebaut. Ende der 50er Jahre und vor allem nach der Anwerbung in den 60er Jahren wuchs die Zahl der nach Deutschland gewanderten Griechen und damit die Zahl der griechisch-orthodoxen Gemeinden und ihrer Mitglieder.

Deswegen wurde am 5. Februar 1963 die „heilige Metropole von Deutschland und das Exarchat von Holland und Dänemark“ gegründet.⁵⁶ Von den vier Metropoliten, die seit 1964 von den „Heiligen Synoden des Ökumenischen Patriarchats“ gewählt wurden⁵⁷, ist der Metropolit Erinaios (der heutige Metropolit von Kissamos und Selinos auf Kreta) zu erwähnen, der sich mit den sozialen Problemen der in Deutschland lebenden Griechen befasst hat und die Basis für eine Zusammenarbeit zwischen allen christlichen Kirchen in Deutschland schuf. Seit 1978 ist der Sitz des Metropoliten in Beuel bei Bonn, wo sich auch die Kirche der Heiligen Dreifaltigkeit befindet.

Der heutige Metropolit Augustin wurde mehrmals mit höchsten staatlichen und religiösen Ehrungen der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet,

⁵⁶ 1969 wurde es „Exarchat von Zentraleuropa“ genannt.

⁵⁷ Als erster Metropolit Deutschlands wurde der Archimandrit Polyefktos Finfinis gewählt, der im März 1964 in Düsseldorf inthronisiert wurde. Am 12. August 1969 wurde der Metropolit Jakob an seine Stelle gewählt und am 30. November des selben Jahres in der Kirche des Heiligen Andreas in Düsseldorf inthronisiert. Nach seinem Tod wurde der Metropolit Erinaios sein Nachfolger in der „Metropole“ Deutschlands (1971-1981). In seinem Buch beschreibt er seine rege Aktivität in Deutschland auf dem Hintergrund der damaligen griechischen Militärregierung die ihn von Westkreta nach Deutschland schickte, seinen diplomatischen Widerstand ihren Vertretern in Deutschland gegenüber und seine Erinnerungen aus dieser Zeit. Im September 1980 wurde als Metropolit Deutschlands der bis heute amtierende Metropolit Augustin ernannt. (Vgl. *Assimenios, 1998, 25f*).

die höchste davon ist die des Bundesverdienstkreuzes der Bundesrepublik Deutschland gewesen.

Zur „Metropole“⁵⁸ Deutschlands gehören fast 400.000 orthodoxe Griechen aus allen Bundesländern, 60 Kirchengemeinden und 63 Pfarrer in Gegenden in denen viele Griechen leben,⁵⁹ sowie vier Archimandriten⁶⁰ (in Stuttgart, Hannover, München und Berlin), die dem Metropoliten bei seinem Werk helfen.⁶¹

In jeder Kirchengemeinde gibt es eine orthodoxe Jugendgruppe; 30 von ihnen verfügen über geeignete Räume in existierenden Kulturzentren, in denen jedes Jahr zahlreiche Veranstaltungen verschiedener Art und unterschiedlichem Inhalt stattfinden. Die größten kirchlichen Kulturzentren befinden sich in Düsseldorf, Berlin und in München, es folgen diejenigen von Aachen, Bielefeld, Frankfurt, Stuttgart, Nürnberg und Hannover (*vgl. Assimenios 1998, 27*).

Die griechisch-orthodoxe „Metropole“ Deutschlands befriedigt nicht nur die religiösen Bedürfnisse der in Deutschland lebenden orthodoxen Griechen, sie engagiert sich auch im Wohltätigkeitsbereich und trägt zum kulturellen und kommunikativen Austausch bei. Trotz der finanziellen Probleme die sie zu überwinden hat,⁶² stellt sie oft ihre Räume griechischen Selbstorganisationen, Schulen u.a. zur Verfügung; ferner verfügt sie über sehr gute Beziehungen zur katholischen und evangelischen Kirche, und sie beteiligte sich aktiv am Kongress für Asyl.

Das Verhältnis zwischen dem Verband griechischer Gemeinden in der BRD (O.E.K.) und der griechisch-orthodoxen Kirche ist nicht besonders gut, es gab in der Vergangenheit Probleme, welche auch in der Presse veröffentlicht wurden. Trotzdem gibt es eine enge Kooperation zwischen

⁵⁸ Metropole steht hier für das griechische Wort „Μητρόπολη“, das dem deutschen Begriff der Diözese entspricht.

⁵⁹ In Baden - Württemberg gibt es 13 Kirchengemeinden, in NRW 19, in Bayern 10, in Hessen 7 u.a. *vgl. Assimenios 1998, 27*)

⁶⁰ Höherer Geistlicher, in der kirchlichen Hierarchie direkt unter dem Metropoliten stehend.

⁶¹ Zur geschichtlichen Entwicklung der orthodoxen Kirche im deutschen Raum *vgl. Bischof Vassilios von Aristi 1992, 123* .

⁶² Sie weigert sich von ihrem Recht auf Kirchensteuer Gebrauch zu machen, denn dies würde sich nicht mit der Tradition der Orthodoxie decken. Die Unterstützung von Seiten der griechischen Regierung decken die hohen finanziellen Bedürfnisse der „Metropole“ Deutschlands nicht, weswegen oft ihre Aktivitäten und die Gehälter der Priester von den Einkünften der Kirchengemeinde bezahlt werden (*vgl. Kasakos 1995, 151 und Assimenios 1998, 29*).

den Kirchengemeindezentren und den Selbstorganisationen der in Deutschland lebenden Griechen (*vgl. Assimenios, 1998, 29*).

5. Die Begriffe „Vorurteil“ und „Fremdenfeindlichkeit“

Begriffe wie Vorurteil und Fremdenfeindlichkeit tauchen bei der Thematik der Arbeit sehr oft auf und deshalb möchte ich an dieser Stelle einige Ausführungen zu ihrer theoretischen Definierung machen.

5.1. Der Begriff „Vorurteil“

Es gibt in der Literatur zahlreiche Ansätze, das Wort Vorurteil zu definieren. Wie vor sind diejenigen dominant, die Vorurteile auf negative Einstellungen gegenüber sozialen Gruppen reduzieren (*vgl. Stephan 1985 599ff*). Nach Mc Guire (1985, 233ff) sind jedoch Vorurteile „als sozial nicht akzeptierte Bewertungsmuster aufzufassen, die auf sämtliche soziale Sachverhalte angewendet werden können“ (*Endruweit/ Trommsdorff 1989, Bd III., 796*). Davis (1964, 78) versteht das Vorurteil auch als negative Einstellung und gibt ihm folgende Definition: „Vorurteile sind negative oder ablehnende Einstellungen einem Menschen oder einer Menschengruppe gegenüber, wobei dieser Gruppe infolge stereotyper Vorstellungen bestimmte Eigenschaften von vornherein zugeschrieben werden, die sich aufgrund von Starrheit und gefühlsmäßiger Ladung selbst bei widersprechender Erfahrung schwer korrigieren lassen.“

Heckmann (1992, 118f & 138ff) bemerkt dazu, dass es bei abwertenden Aussagen und Urteilen über ethnische Gruppen nicht nur um Einstellungen von Personen geht, sondern, dass sie auch vorkommen „...als gesellschaftliche Ideologien, als ‘objektivierte Aussagensysteme’ in ganz unterschiedlichen Formen (von bildhaften Darstellungen, über Erzählungen, ‘Geschichten’ bis hin zu elaborierten Monographien), häufig sogar in bestimmter Weise systematisiert: negative Aussagen über die Juden sind Teil einer Gesamtideologie des Antisemitismus, die Ablehnung von Schwarzen ist Teil einer rassistischen Ideologie.“

Man unterscheidet zwischen ethnischen und sozialen Vorurteilen, die sich auf Personen und Gruppen beziehen, wobei der Einfluss von negativer Einstellung stets zur Stigmatisierung führt, die Außenseiter schafft (*vgl. Emmerich 1991, 46*).

Die in der Arbeitsmigration verbreitete „Fremdenfeindlichkeit“ bzw. „Ausländerfeindlichkeit“ ist eine Form des ethnischen Vorurteils. Heckmann (1981, 71) bemerkt, dass Vorurteile ein wichtiger Bereich der

Beziehungsstrukturen zwischen ethnischen Gruppen vor allem zwischen ethnischen Minderheiten“ sind. Das hatte zur Folge, dass die Minderheitenforschung, besonders in den USA, bis in die 70er Jahre sogar weitgehend davon ausging, dass „Minderheitenprobleme überhaupt Vorurteilsprobleme seien, dass die Beziehungen zwischen ethnischen Mehrheiten und Minderheiten vor allem aus Vorurteilen zu erklären seien“ (Heckmann 1992, 117 und ders. 1981, 71ff)

Frühere Diskussionen hatten positive wie negative Vorurteile unterschieden. Allport (1971, 20) meinte jedoch schon 1954, dass es einen Sinn macht, sich mit den negativen Ausprägungen von ethnischen Vorurteilen zu beschäftigen, denn das ethnische Vorurteil ist zumeist negativ. Weiterhin schreibt der gleiche Autor über ethnische Vorurteile: „Ein ethnisches Vorurteil ist eine Antipathie, die sich auf eine fehlerhafte und starre Verallgemeinerung gründet. Sie kann ausgedrückt oder auch nur gefühlt werden. Sie kann sich gegen eine Gruppe als ganze richten oder gegen ein Individuum, weil es Mitglied einer solchen Gruppe ist“ (Allport 1971, 20).

Die zahlreichen theoretischen Versuche, die Entstehung der Vorurteile zu erklären, sind prinzipiell in vier Klassen einzuteilen:

- a. Die entwicklungspsychologischen Ansätze, die die Entstehung von Vorurteilen in Form von Stufen und Phasenmodellen konzipieren, ohne sie jedoch ausreichend empirisch zu überprüfen.
- b. Die soziologischen und soziokulturellen Theorien, die Vorurteile als Nachfolge der ungleich verteilten Macht und Interessen sehen. Lewin (1975, 1 nach Schäfer/Six 1978,29) geht davon aus, dass „Vorurteile in unserer Gesellschaft eben deshalb fortbestehen, weil sie noch immer für Teile der Minorität als auch für Teile der Majorität adaptiven Nutzen haben, sei dieser nun latent oder manifest, kurzfristig oder längerfristig vorhanden, psychologischer oder soziologischer Natur“.
- c. Die psychodynamischen Ansätze von Adorno u.a. (1950) gehen von „einer generellen ethnozentristischen Reaktionsbereitschaft aus, die in den politischen, ökonomischen und sozialen Überzeugungen einer Person ein ideologisches Antwortmuster bilden kann, dass als Ergebnis bestimmter Konstellationen von Es, Ich und Über-Ich aufgefasst wird, die durch elterliche Erziehungspraktiken entstanden sind und zu einer vorurteilsvollen

Persönlichkeitsentwicklung führen können“ (vgl. *Entruweit Trommsdorff 1989, 796*).

d. Arbeiten auf dem Gebiet der Reizklassifikationstheorie zeigen, dass „bei vorgegebenen Kategorien Zuordnungen von Gegenständen zu eben diesen Kategorien dazu führen, daß die Unterschiede innerhalb der Kategorien minimiert, während die Differenzen zwischen den Kategorien maximiert wurden“ (vgl. *Entruweit Trommsdorff 1989, 796 und vgl. Lilli 1982*).

5.2. Der Begriff „Fremdenfeindlichkeit“. Theoretische Erklärung der Ursachen von Fremdenfeindlichkeit

Wie ich oben gezeigt habe, wird Fremdenfeindlichkeit bzw. Ausländerfeindlichkeit⁶³ oft als eine Form von ethnischem Vorurteil erklärt. Tsakalos (1983) spricht jedoch von einer „Verwirrung“ die darüber herrscht, was unter „Ausländerfeindlichkeit“ zu verstehen sei und meint, dass sie grundsätzlich auf eine Beziehung hinweist, die „durch drohende, auch abwehrende Haltung gegenüber einem Einzelnen oder einer Gruppe und aggressive Handlungen, die mit dieser Haltung in Zusammenhang stehen, gekennzeichnet ist“. Demzufolge bezeichnet 'Ausländerfeindlichkeit' laut demselben Autor an gleicher Stelle einerseits eine „feindselige Haltung“, die durch verallgemeinerte Vorstellungen bestimmt wird, andererseits „ein generalisiertes aggressives Handeln, das dem Wunsch, den vermuteten Urheber der angsteinflößenden Zustände zu beseitigen, entstammt“ (*Tsakalos 1983, 9*).

Ausländerfeindlichkeit hat zahlreiche Erscheinungsformen⁶⁴ und kann laut Allport (1971, 23) „ausgedrückt oder auch nur gefühlt werden“. Laut Tsakalos (1983,10) kann das ausländerfeindliche Verhalten unterschiedliche Formen annehmen: „von der verbalen Beleidigung über Forderungen nach restriktiven Maßnahmen bis zu Gewalttätigkeiten.“ Das Buch 'Ausländerfeindlichkeit' (*Tsakalos 1983, 12ff*) ist eine ausführliche Dokumentation von Ausländerfeindlichkeit in der deutschen Presse. Die Ausländerfeindlichkeit in Zusammenhang mit der Presse als

⁶³ Beide Begriffe, nämlich Fremdenfeindlichkeit und Ausländerfeindlichkeit werden sowohl in dieser Arbeit als auch in der Literatur gleichgesetzt.

⁶⁴ Zur Dokumentation der Erscheinungsformen von Fremdenfeindlichkeit vgl. *Meinhardt 1982 und Löwisch 1986 nach Emmerich 1991, 46*.

Dokumentationsquelle steht mit dem Inhalt dieser Arbeit in enger Beziehung und deshalb weise ich an dieser Stelle darauf hin.

Der Autor ist der Ansicht, die gegenwärtige Ausländerfeindlichkeit sei „Folge eines nicht aufgearbeiteten Kulturrassismus, als Ausdruck von Kulturüberheblichkeit gegenüber den Fremden“.

Außerdem gibt es zahlreiche theoretische Ansätze, anhand derer Emmerich (1991, 49ff) versucht hat, die Ursachen von Ausländerfeindlichkeit zu untersuchen und zu erklären. Auf diesen Versuch werde ich im Folgenden weiter eingehen.

a. Ethologische und soziobiologische Ansätze zur Erklärung der Ursachen von Fremdenfeindlichkeit / Ausländerfeindlichkeit

Zentrale Themen dieser Ansätze sind die evolutive Entwicklung und die genetische Erklärung des Verhaltens von Tieren und insbesondere des Menschen. Sie sind von der Evolutionslehre Darwins stark beeinflusst. Diese Ansätze suchen nach Handlungsweisen des Menschen, die über Individuen, Zeiten und Kulturen hinweg gleich sind und darüber hinaus leiten sie ab, dass diesen Grundmuster für soziales Verhalten physiologische, instinktartige Wirkungsmechanismen zugrunde liegen. Diese müssen vom homo sapiens evolutionär erworben sein, weil sie für das Überleben des Menschen wichtig waren. Ethnologie als auch Soziobiologie gehen davon aus, dass die oben genannten Grundmuster für soziales Verhalten genetisch vorprogrammiert sind (vgl. Emmerich 1991, 51). Barash (1981, 38) beschreibt das Leitprinzip der Soziobiologie dahingehend, dass Gene einem alle Arten übergreifenden und unbewussten Zweck dienen, nämlich dem Erhalt der Gene und des genetischen Codes für die Ewigkeit.⁶⁵

Wenn Fremdenfeindlichkeit soziobiologisch erklärt werden kann, dann lässt sich in Anleihe bei Emmerich (1990, 52) sagen, dass sie vom Gen -

⁶⁵ „Ein Leitprinzip der Soziobiologie lautet, daß Individuen dazu neigen, sich auf eine Weise zu erhalten, die ihre Tauglichkeit maximiert. Die Folge davon ist eine sehr seltsame Art der Zweckgerichtetheit, bei der ein Ziel - die Maximierung der Tauglichkeit - verfolgt zu werden scheint, jedoch ohne daß einer der Beteiligten notwendigerweise gewahrt wird, was er tut oder warum er etwas tut. Das kommt daher, daß die in jeder Person beherbergten Gene selektiert wurden, um mit maximaler Wirksamkeit Kopien ihrer selbst in die Zukunft zu projizieren. Diejenigen die weniger leistungsfähig waren, blieben am Wegesrand der Evolution liegen,...“ (Barash 1981, 38)

Egoismus, der sich aus dem oben beschriebenen Leitprinzip der Soziobiologie ableiten lässt, motiviert wird.

Mit der Zeit entwickelte sich das Zusammenleben der Menschen, immer größere Gruppen wurden gebildet und darüber hinaus entstand die Notwendigkeit zu Differenzierungen von denen, für deren Überleben man kein vordringliches Interesse habe. Die ersten Identifikationskriterien waren die Territorialität, die Normidentität und die Sprache (vgl. *Emmerich 1991, 91*).

b. Psychodynamische Erklärungsansätze

Diese Ansätze beschäftigen sich mit der Psyche des Individuums.

o Spitz- Untersuchungen zur Organisation der Persönlichkeit

Rene Spitz (1967) geht davon aus, dass der Mensch als infantiler Organismus, mit unorganisierter Persönlichkeit zur Welt kommt. Bei der Untersuchung der Entwicklung der wechselseitigen Beeinflussung und Interaktion zwischen Mutter und Kind beobachtete er drei aufeinanderfolgende Organisatoren zwischen der Geburt und dem 18. Lebensmonat (vgl. *Spitz 1967, 31ff*):

- das Lächeln, ca. ab dem 3. Monat,
- die Acht – Monatsangst, ca. ab dem 8. Monat (vgl. *Spitz 1967, 55*) und
- die Verneinungsfähigkeit, ca. zwischen dem 10. und 18. Monat (vgl. *Spitz 1967, 202 und Emmerich 1991, 61ff*).

In bezug auf die hier untersuchten Ursachen zur Entstehung der Fremdenfeindlichkeit ist der zweite Organisator, sogenannte „Achtmonatsangst“, relevant: das Kind reagiert ab dem 8 Monat auf das Unbekannte und zum ersten Mal wird Angst artikuliert (vgl. *Spitz 1967, 132f & 172*). Darüber hinaus wird von Spitz angenommen, dass die Differenzierung zwischen willkommenen und beängstigend wahrgenommenen Personen und die Distanz zum Unbekannten zur natürlichen Entwicklung der Persönlichkeit gehören (vgl. *Emmerich 1991, 61*). Das Nicht-Überwinden bzw. der Rückfall in diese Fremdphase könnte ein Moment bei der individuellen Entwicklung sein, das zur Genese von feindlichem Verhalten gegenüber anderen Menschen beitragen könnte (vgl. *Emmerich 1991, 71*).

- *Die Theorie der Persönlichkeitsentwicklung von Adler*

Adler (1966) geht davon aus, dass der Mensch schon in den ersten Lebensjahren seine Stellungnahme zur Umwelt ausbildet. Zwei Faktoren sind für die Entwicklung seiner Persönlichkeit wichtig: das Gemeinschaftsgefühl und das Machtstreben (*vgl. Adler 1966, 112 und Emmerich 1991, 62f*). Denn wie er feststellt: „Nirgends sind Menschen anders als in Gemeinschaft aufgetreten“ und außerdem ist die Entwicklung der Sprache eine weitere Bestätigung des gemeinschaftlichen Lebens der Menschen, denn „Sprache ist für ein einzelnes Wesen ganz überflüssig“ (*Adler 1966, 38 & 40*).

Wenn aber die Sprache nicht gleich für alle Beteiligten ist, könnte dies das Entstehen des Gemeinschaftsgefühls hindern. An diesem Punkt ist also ein Faktor für Ausländerfeindlichkeit zu sehen (*vgl. Emmerich 1991, 63*).

Andererseits spielt das „Machtstreben“ im Leben der Menschen eine zentrale Rolle. Dies soll durch eine Anleihe bei Emmerich (1990, 62) beschrieben werden: „Sucht die Gattung durch Gemeinschaftlichkeit ihre artspezifischen Schwächen zu überwinden, so sucht das Individuum seine individuellen Defizite dadurch in den Griff zu bekommen, daß ihm andere als Unterworfene in Bereichen eigener Unzulänglichkeit zu Diensten sind. Wie also die Individualpsychologie das Machtstreben des Individuums auf sein Bedürfnis nach Kompensation von (Organ-) Minderwertigkeiten zurückführt, kann der Zwang zur Gemeinschaft als Kompensat für Unzulänglichkeit des Überlebens der Art in der Natur angesehen werden“.

Bei der Entwicklung des Kindes existiert zwischen Gemeinschaftlichkeit und Machtstreben ein Spannungsverhältnis, und das ausgeprägte Minderwertigkeitsgefühl wird für unsere Fragestellung hier zentral.

Das Kind ahmt Vorbilder nach, um die eigene Minderwertigkeit zu überwinden. Die Umgebung ist dabei von großer Wichtigkeit: Sie kann dem Kind sowohl feindliche Eindrücke vermitteln, die ihm die Welt als feindlich gesinnt erscheinen lassen und sein Machtstreben verstärken, als auch andererseits das Vertrauen des Kindes erwecken, das das Gemeinschaftsgefühl stärkt (*vgl. Adler 1966, 44*). Das oben genannte Spannungsverhältnis drückt sich laut Emmerich (1991, 63) wie folgt aus: „Das frühe Lebensgefühl des Kindes basiert auf der Wahrnehmung

permanenter Minderwertigkeit, die es im Eigenvergleich zur Lebenstüchtigkeit und Selbständigkeit Erwachsener feststellt. So ahmt es Vorbilder nach, um die eigene Unzulänglichkeit zu überwinden.“ Dies bleibt laut Adler (1966, 51) „durch das ganze Leben, nuanciert, beschränkt oder erweitert sich und erstreckt sich in günstigen Fällen nicht nur auf die Familienmitglieder, sondern auf den Stamm, das Volk, auf die ganze Menschheit“.

Die konstitutive Minderwertigkeit des Menschen, die für die Individualpsychologie Adlers so wichtig ist, wird von Emmerich (1990, 63) als ein wesentlicher Ursachenfaktor für Ausländerfeindlichkeit gesehen: „Wird dem Kind in der Phase der Ausprägung seiner Lebensleitlinie zu wenig Unterstützung und Anerkennung entgegengebracht, sondern das vorhandene Minderwertigkeitsgefühl permanent bestätigt oder gar verstärkt, so wird es zwangsläufig seine Umgebung als feindlich erleben. Sein Machtstreben wird sich verstärken“.

○ *Sigmund Freuds Trieblehre*

Nach Freud (1964) liegen dem Seelenleben des Menschen zwei polare Triebe zugrunde: die Libido und der Aggressionstrieb. Die Libido lässt den Menschen nach Lust, der Aggressionstrieb nach Zerstörung streben.

Die Funktionen des Seelischen werden von Freud in drei Bereiche unterteilt: das „Es“, das „Ich“ und das „Über-Ich“. ⁶⁶ Das Individuum sollte sowohl seine Libido als auch seinen Aggressionstrieb kontrollieren und seine persönliche Freiheit einschränken, wenn es in ein menschliches Zusammenleben eintritt. Wenn es seine individuelle Macht der Macht der Gemeinschaft unterstellt, ist laut Freud (1964, 130) der „entscheidende kulturelle Schritt“ gemacht worden. Die Entwicklung der Kultur ist Zeichen und Ausdruck des Kampfes zwischen Lebens- und Aggressionstrieb: Des Lebenstriebes, „der vereinzelt menschliche Individuen, später Familien, dann Stämme, Völker, Nationen zu einer großen Einheit, der Menschheit“

-
- ⁶⁶ *das „Es“*: „Die Macht des Es drückt die eigentliche Lebensabsicht des Einzelwesens aus. Sie besteht darin, seine mitgebrachten Bedürfnisse zu befriedigen. (...) sich im Leben zu erhalten und sich durch die Angst vor Gefahren zu schützen.“
 - *Das „Ich“*: Seine Aufgabe ist es „die günstigste und gefahrloseste Art der Befriedigung mit Rücksicht auf die Außenwelt herauszufinden,“ und
 - *das „Über-Ich“*: „Das Über-Ich mag neue Bedürfnisse geltend machen, seine Hauptleistung bleibt aber die Einschränkung der Befriedigung“ (Freud 1953, 10).

zusammenfassen" will (S. Freud 1964, 161). Der Aggressionstriebes, in dem „nur andere für die Äußerung der Aggression übrig bleiben“ (vgl. Emmerich 1991, 65). Der gleiche Autor spricht an gleicher Stelle vom „Narzismus der kleinen Differenzen“. Er bezeichnet hiermit „Zwistigkeit und Spott“ von Nachbarnländern und einander nahestehenden Gruppen, (wie z. B. Engländer und Schotten, Bayern und Preußen) und weist auf Kämpfe zwischen Religionsgemeinschaften und kriegerische Auseinandersetzungen hin, die seine Annahme bestätigen (vgl. S. Freud 1964, 152f). Wie Emmerich (1990, 65) dazu bemerkt, würde Freud „auch in der Ausgrenzung von Fremden und Ausländern sicher einen primär unbewußten Mechanismus des gemeinschaftlichen, nationalen Zusammenhaltes sehen.“ Dabei müssen wir laut der selben Autorin jedoch beachten,

- „daß er diesem Mechanismus auf der Grundlage des 'Narzißmus der kleinen Differenzen' die Beschränkung des ins eigene Spiegelbild verliebten Narziß attestiert und
- daß er dem in der Kultur wirkenden Lebenstrieb unterstellt, dass er in aufsteigender Linie Individuen von Gruppen und Familien über Stämme, Völker, Nationen zur großen Einheit der Menschheit zusammenfassen will". Der Mechanismus, sich der 'anderen' für die Abfuhr des Aggressionspotentials zu bedienen, wäre dann aber ein kulturell gesehen unreifer, vorläufiger Durchgang, den, wie Freud unterstellt, die Kulturentwicklung der Menschheit überwinden wird". Wie Emmerich an gleicher Stelle bemerkt, ist in diesem Zusammenhang interessant, „ wie 'der natürliche Aggressionstrieb des Menschen, die Feindseligkeit eines gegen alle und aller gegen einen' (S. Freud 1964, 161) eingedämmt wird, selbst wenn als gemeinsame Nutznießer zunächst nur narzistische Gemeinwesen davon profitieren. Letztlich können wir ja davon ausgehen, daß bei kultureller Aufwärtsentwicklung im Sinne Freuds die gleichen seelischen Funktionen beansprucht werden wie für das derzeitige unreife Durchgangsstadium."

In wie weit das Individuum Triebverzicht zugunsten der Gemeinschaft üben wird, ist von der Ausprägung des Über-Ichs in Form des Gewissens abhängig. Ein solches Steuerungsmoment, wo sich das Individuum sein Über-Ich gestaltet, ist die Erscheinung des „Ödipuskomplexes“. Diesen

möchte ich an dieser Stelle durch eine Anleihe der Definitionsformulierung bei Buchkremer (1972, 34) erklären: „Die normale Konfliktlösung besteht darin, daß das Kind seine libidinösen Ansprüche an den alterosexuellen Elternteil vertagt und sich mit dem gleichgeschlechtlichen identifiziert.“ Dabei wird das Gewissen eingesetzt und das Schuldgefühl wird zum ersten Mal geschaffen (vgl. Freud 1953, 174f).

„Dieser Konflikt wird angefacht, sobald den Menschen die Aufgabe des Zusammenlebens gestellt wird; solange diese Gemeinschaft nur die Form der Familie kennt, muß er sich im Oedipuskomplex äußern, das Gewissen einsetzen, das erste Schuldgefühl schaffen. (...) Da die Kultur einem inneren Antrieb gehorcht, der die Menschen zu einer innig verbundenen Masse vereinigen heißt, kann sie dies Ziel nur auf dem Wege einer immer wachsenden Verstärkung des Schuldgefühls erreichen“ (S. Freud 1964, 174f).

Diese Schuldgefühle gegenüber Fremden in einer Gesellschaft können in diesem Sinn laut Emmerich (1990, 66) „durchaus ein Mittel sein, unsere kulturelle Reife zu fördern und vom ‘Narzismus der kleinen Differenzen’ zu einem Altruismus über große Differenzen hinweg zu entwickeln.“

Die „unvollkommene Ausprägung des Über - Ichs“ wird also hier zur Erklärung der Gründe der Fremdenfeindlichkeit zentral (vgl. Emmerich (1991, 71).

- *Theorie der Abwehrmechanismen von Anna Freud*

Anna Freud arbeitete als Pädagogin vor allem mit Kindern, beobachtete direkt ihre Entwicklung und entwickelte die Psychoanalyse ihres Vaters weiter, als sie 1936 zum ersten Mal ihre Theorie der Abwehrmechanismen vorstellte (vgl. Anna Freud 1984 und 1980).

Sie unterscheidet zwischen „Abwehrmechanismen“, die sich nach innen einsetzten und „Abwehrrscheinungen“, die sich gegen die Außenwelt richten. Diese Abwehrmechanismen „dienen ausschließlich dem Kampf des Ichs mit seinem Triebleben. Sie werden durch die drei großen Ängste in Bewegung gesetzt, denen das Ich ausgeliefert ist, durch Triebangst, Realangst und Gewissensangst.“ (Freud, A. 1980, 257). Sie beschrieb zehn Abwehrmechanismen: Verdrängung, Reaktionsbildung, Projektion, Introjektion, Sublimierung, Ungeschehenmachen, Isolierung, Wendung

gegen die eigene Person, Verkehrung ins Gegenteil und Regression (vgl. Freud, A. 1980, 235).

Laut Emmerich (1991, 67ff & 74) gibt es eine Relevanz jedes einzelnen Abwehrtypus im Zusammenhang mit der Diskriminierung von Fremden. Vier Mechanismen scheinen laut der selben Autorin herausragende Funktionen zu übernehmen: Verdrängung, Reaktionsbildung, Projektion und Introjektion, hier speziell die Identifizierung mit dem Angreifer (vgl. A. Freud 1980, 235ff).

Emmerich (1991, 68f) zeigt die Verbindung dieser vier Abwehrtypen mit der Fremdenfeindlichkeit wie folgt auf:

- Verdrängen bedeutet, Triebe und Affekte in das Unbewusste zu verbannen und sie steht in Zusammenhang mit der Reaktionsbildung:

„ Reaktionsbildung sichert nämlich unter ständigem Energieaufwand das Verbleiben des Verdrängten im Unbewußten. Dazu wird übertrieben stark ein den verdrängten Inhalten widersprechendes Handeln herausstellt.

Der Verdrängung fallen wie den übrigen Abwehrmechanismen unliebsame, d.h. von der Außenwelt oder dem Über- Ich abgelehnte Triebe zum Opfer.”

Die Autorin nennt an dieser Stelle folgendes Beispiel : In unserer patriarchalischen Gesellschaft können bei Männern Gefühle wie Schwäche, Einfühlsamkeit, Emotionalität und Nachsicht solche von der Außenwelt oder dem Über- Ich abgelehnte Triebe sein. Wenn der Verdrängende diese Qualitäten in sich spürt, leugnet sie sofort und in der Reaktionsbildung betont sowohl vor sich als auch in der Außenwelt die Negation dieser Qualitäten, d.h. Stärke, Gefühlkälte, Unnachgiebigkeit. Darüber hinaus deutet sich hier an, “dass über diese beiden Mechanismen Verhaltenqualitäten begründet werden können, die die Form des sozialen Lebens in der Gesellschaft nachhaltig prägen.”

- Projektion kann nach Emmerich (1991, 68) als dritter Abwehrmechanismus die Ausländerfeindlichkeit verstärken: „ Nach einer Projektion richtet sich der Trieb nicht mehr an das ursprüngliche Objekt, sondern an das eigene Selbst. Dabei wird die Urheberschaft des Triebes nicht mehr der eigenen Person, sondern dem ursprünglichen Triebobjekt zugeschrieben, also nach außen projiziert”. Ein Beispiel von der selben

Autorin verdeutlicht diesen Austauschmechanismus: „Anstatt eine Person zu hassen, fühlt sich der Projizierende selbst von dieser Person gehaßt. Ein Teil der den Migranten in ihrer Beziehung zu Einheimischen unterstellten Qualitäten durch Einheimischen (...) mag hier seine Wurzel haben (: „Die Ausländer wollen uns aus diesem Land verdrängen“) kann die Antwort auf den kulturell noch nicht voll akzeptierten Wunsch sein, die Ausländer zu vertreiben.“

- Als vierten Abwehrmechanismus mit direkter Auswirkung auf Fremdfeindlichkeit nennt Emmerich (1991, 68f) die Introjektion: „Sie stellt den umgekehrten Fall der Projektion dar: Inhalte aus der Außenwelt werden in die Innenwelt übernommen. Ein besonderer Form der Introjektion ist die Identifizierung mit dem Angreifer: Hierbei werden vor allem aggressive Attribute einer mächtigen Person oder Instanz in das eigene selbst übernommen, um die eigene Schwäche zu kompensieren. (...) Nach den Schlüpfen aus der Rolle des Bedrohten in die Rolle des Bedrohers werden häufig manifest Aggressionen in die Außenwelt abgeladen. Für die soziale Bewertung dieses Vorgangs ist es typisch, dass sich die Aggression gegen ein stellvertretendes Opfer, einen Sündenbock richtet oder diffus enthält.“ Folgendes Beispiel verdeutlichen

es: „Der angsterregender Angreifer ist z. B. die ‘Wirtschaft’, die meine Existenzangst schürt oder die ‘Schule’, die meinen Kindern eine gute/ schlechte Ausbildung und damit Lebensperspektive beschern wird. Nachdem ich in die Rolle des Angreifers geschlüpft bin, übernehme ich seine Position zu einer Aggressionsregulierung, z. B. ‘Die Ausländer müssen raus, da sie uns hier die Arbeitsplätze wegnehmen.’ Oder ‘ Ausländerkinder gehören nicht gemeinsam mit deutschen Kindern in eine Schulklasse, weil sich das auf die Schulbildung meiner Kinder negativ auswirkt’. “(Emmerich 1991, 69).

Außerdem wird von der Autorin an gleicher Stelle die Bedeutung der ödipalen Phase „bei der Schaffung geeigneter erzieherischer Bedingungen für Ausländerfeindlichkeit oder Ausländerfreundlichkeit. In dieser Zeit wird als neben dem Realitätsprinzip zweiter Gegenpol zum Es das Über-Ich, die Gewissensinstanz, aufgebaut. Die Ansprüche des Über- Ichs werden hauptsächlich über die Eltern im ödipalen Dreieck erlernt. Der

Mechanismus der Identifizierung spielt dabei wohl die größte Rolle. (...) Je rigider der Zwang zur Identifikation mit dem Angreifer (Vater), umso regider der Zwang, Identifikation mit 'Gleichen' zu sichern, mit Ungleichen (Mutter) für unmöglich zu halten bzw. zu fürchten (Vater – Strafe) ”

- *Die Sündenbocktheorie*

Die Sündenbocktheorie basiert auf dem Abwehrmechanismus der Verschiebung in Verbindung mit der Frustrations-Aggressions-Hypothese. Dollard u.a. (1970) äußerten die These, die ich nach eine Anleihe bei Emmerich (1990, 69) dahingehend beschreiben werde, „daß die Blockade zielgerichteten Handelns im Individuum zu einer Frustration führt und daß diese Frustration Aggression auslöst. Kann jedoch der Verursacher der Frustration nicht Objekt der Aggression sein, weil er stärker, mächtiger, unbekannt ist oder weil Normen dem widersprechen, so wird die Aggression verschoben. Objekt der Aggression werden in diesem Fall zumeist wehrlose Minderheiten, sogenannte 'Sündenböcke'“. Laut Allport (1971, 354) wird diese „verschobene Feindseligkeit rationalisiert und gerechtfertigt durch Beschuldigung, Projektion und Stereotypisierung“.

Wichtig für die Erklärung eines vorurteilhaften und fremdenfeindlichen Verhaltens ist, so Emmerich (1990, 70), die „potentielle Motivlage des Fremdenfeindes. Seine Aggression gegenüber einem Fremden kann bedingt sein durch eine Frustration, die in einem anderem Bereich zustandekam.“

- *Die Theorie der Autoritären Persönlichkeit*

Adorno und seine Mitarbeiter entwickelten 1950 die Theorie der „Autoritären Persönlichkeit“, derer Kernpunkt die Charakterstruktur eines autoritären Individuums – und nicht seine Psyche, wie in den vorgestellten psychoanalytischen Theorien (von Adler, Freud und A. Freud) ist. Adorno u.a. (1970) gehen davon aus, dass die Charakterstruktur eines Individuums seine Denkweise beeinflusst, die sich auch in seinen politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Überzeugungen ausdrückt (vgl. Adorno u.a. 1973, 1 und Adorno u.a. 1970, 70f).

Als Analyseinstrument haben sie die F(aschismus)-Skala entwickelt, die aus neun Items besteht. Damit ist die potentiell antidemokratische Haltung, nämlich die Vorurteilsbehauptung, der Autoritätsanspruch und die

Autoritätshörigkeit des autoritären Charakters zu erfassen.⁶⁷ Rassismus gehört natürlich dazu.

Von der Theorie der Autoritären Persönlichkeit beeinflusst, hat Körner 1976 seine Untersuchungen zur Vorurteilsbereitschaft von Schülern gegenüber Gastarbeitern und Zigeunern vorgestellt. Er kam zu dem Ergebnis, dass die Ausprägung der autoritären Persönlichkeitsstrukturen mit niedrigem Sozialstatus korreliert (vgl. Körner 1976, 104).

Bei der Untersuchung Körners sind nicht so sehr die Ergebnisse an sich von Wichtigkeit, als vielmehr die Tatsache, dass zum ersten Mal gesellschaftliche Lebensbedingungen als Einflussfaktoren für das Verhalten von Personen, die beim Erziehungsprozess mitbeteiligt sind (z.B. des Vaters), mit einbezogen werden (vgl. Emmerich 1991, 71).

c. Die Identifikationstheorie Buchkremers

Die Identifikationstheorie Buchkremers (1977) verbindet die ethologisch-biogenetischen mit den psychoanalytischen Ansätzen, um das Entstehen von Außenseitern zu erklären. Individuum und Gesellschaft sind die zwei Pole, die auch bei der Identifikationstheorie Buchkremers auftauchen. Zentraler Begriff ist die „Identifikation“ und ihre Behinderungen „sowohl bei der passiven als auch bei aktiven Anteilen der Identifikation“ (vgl. Emmerich 1991, 71ff).

Identifikation wird von Buchkremer psychoanalytisch bestimmt: Identifikation und Identifizierung in der Psychoanalyse stellen Bezeichnungen dar „für

⁶⁷ Die F(aschismus)-Skala besteht aus folgenden Items:

- *Konventionalismus*. Starre Bindung an die konventionellen Werte des Mittelstandes.
- *Autoritäre Unterwürfigkeit*. Unkritische Unterwerfung unter idealisierte Autoritäten der Eigengruppe.
- *Autoritäre Aggression*. Tendenz, nach Menschen Ausschau zu halten, die konventionelle Werte mißachten, um sie zu verurteilen, ablehnen und bestrafen zu können.
- *Anti-Intrazeption*. Abwehr des Subjektiven, des Phantasievollen, Sensiblen. Aberglaube und Stereotype. Glauben an mystische Bestimmung des eigenen Schicksals; die Disposition in rigiden Kategorien zu denken.
- *Machtdenken und Kraftmeierei*. Denken in Dimensionen wie Herrschaft – Unterwerfung, stark - schwach, Führer - Gefolgschaft; Identifizierung mit Machtgestalten; Überbetonung der konventionalisierten Attribute des Ichs; übertriebene Zurschaustellung von Stärke und Robustheit...
- *Destruktivität und Zynismus*. Allgemeine Feindseligkeit, Diffamierung des Menschlichen.
- *Projektivität*. Disposition, an wüste und gefährliche Vorgänge in der Welt zu glauben; die Projektion unbewusster Triebimpulse auf die Außenwelt.
- *Sexualität*. Übertriebene Beschäftigung mit sexuellen 'Vorgängen'. „ (Adorno 1973, 45f)

einen Prozeß, in dessen Verlauf sich ein Individuum mehr oder weniger unbewusst durch emotionale Bindung an einen Mitmenschen zeitweise oder relativ überdauernd in dessen Lage versetzt, um so wie die Bezugsperson zu denken oder zu handeln bzw. sich dies vorzustellen.“ (*dtv - Wörterbuch zur Psychologie, 1970, 138f nach: Buchkremer, 1977, 9*).

Ergänzend läßt sich sagen, daß Identifikation nicht nur von Einzelperson zu Einzelperson möglich ist. Wie Buchkremer (1977, 9) zeigt, behandelt Freud (1921) schon in seinen früheren Schriften zu diesem Thema die Identifikation „auch als Gruppen- und Massenphänomen“.

Voraussetzung dafür, dass eine Identifikation möglich wird, ist die von Buchkremer (1977, 14) genannte „Identipathie“, die wie folgt beschrieben wird: „Niemand kann sich mit einem einzelnen Menschen oder einer Gruppe identifizieren, wenn er nicht von diesen einen deutlichen Eindruck erhalten hat. (...) Anwesend bei jedem Identifikationsvorgang ist also auch eine pathische Gegenseite der Beeindrucktheit des Identifizierenden. Diesen Anteil wollen wir als Identipathie bezeichnen“.

Außenseiter sind laut der vorgestellten Theorie Ausgeschlossene aus dem Wir - Gefühl zugehöriger Gruppen bzw. Identifikationsbehinderte: Sie sind „identifikationsbehindert, indem sie entweder als Subjekt der Identifikation d. h. als Identifizierende anders als in der Bezugsgruppe üblich reagieren oder indem sie als Objekte der Identifikation d.h. als Identifizierte durch sozial unerwünschte Eigenschaften abgelehnt werden“ (*Buchkremer 1977, 16*).

Unter diesem Gesichtspunkt können auch Ausländer als Außenseiter verstanden werden (*vgl. Buchkremer 1977, 11, 16, 22, & 89*).

Identifikation stellt sich dar unter dem Doppelaspekt „identipathischer (passiver) und identifikatorischer (aktiver) Anteile“ (*vgl. Buchkremer 1977, 31*). Die Identifikationstheorie unterscheidet zwischen drei Identifikationsmodi:

a. Ideomotorische Identifikation

Dieser Identifikationsmodus wird als „Urform aktiver Identifikation“ gesehen und reagiert „unwillkürlich“ auf Ausdrucksbewegungen und Körpermerkmale, also auf „Grundelemente des menschlichen Ausdrucksgeschehens“, welche - wie alle damit befassten Autoren übereinstimmen - „über rassische und sprachliche Schranken hinweg

verstehbar bleiben“ (*Buchkremer 1977, 18*). Unter Heranziehung von Leonhard (1968, 62) begründet Buchkremer (1977, 19), dass „die Minen, Gesten und Phone bei allen Völkern der Erde gleicher Art sind.“

Vier insgesamt verschiedene Gruppen von Eindruckspartikeln, die das Zustandekommen der ideomotorischen Identifikation ermöglichen, werden vom Autor aufgewiesen:

1. „ausdrucksmäßige Körperteile sowie ebenfalls angeborene, auslösewirksame Merkmale von Mimik und Pantomimik,
2. kulturell verschiedene Ausdrucksintensitäten
3. rassisch und klimatisch beeinflusste phänotypische Gestaltmerkmale,
4. kulturell bedingte Ausdrucksmedien, Sprache und Mode“ (*Buchkremer 1977, 22*).

Die ideomotorische Identifikation, die sich „in der unreflektierten Akzeptierung des Begegnenden als vorstellbarem Mitmenschen“ äußert, ist der Normalfall: „Solange die ideomotorischen Identifikationsmechanismen zweier oder mehrerer sich begegnender Individuen intakt sind und ihre Ausdrucksqualitäten hinsichtlich auslösender sowie kulturell und rassisch-klimatisch bedingter Anteile der Gewohnheit und der Erwartung der jeweils anderen entsprechen, kommt die ideomotorische Identifikation komplikationslos zustande“ (*Buchkremer 1977, 22*).

In bezug auf die Ausländer sind Störungen bei der Identifikation mit ihnen möglich: „Es könnte auch hinsichtlich kulturell verschiedener Ausdrucksintensität, oder in bezug auf Sprache und Mode sowie in seinen rassisch und klimatisch beeinflussten Gestaltsmerkmalen von den Erwartungen bestimmter Bezugsgruppen abweichen (z. B. Gastarbeiter)“ (*Buchkremer 1977, 22*).

Bei der Abschaffung der Fremdenfeindlichkeit/Ausländerfeindlichkeit wäre die Berücksichtigung dieses Faktors von grosser Bedeutung. Emmerich (1990, 73) bemerkt dazu: „Wenn tatsächlich davon ausgegangen werden muß, daß die ideomotorische Identifikation unbewußt und damit automatisch verläuft, ist der Erwartungsinhalt gegenüber den Identifikationsobjekten eine wesentliche Größe, die im erzieherischen und kommunikativen Feld beeinflusst werden sollte. Dabei sollte es das Ziel

sein, Identifikationen mit möglichst vielen Erscheinungsformen des Menschen zu erreichen.“

b. Interaktionelle Identifikation

Die interaktionelle Interaktion verläuft „willkürlich“ und setzt die Mechanismen und Funktionen der ideomotorischen Identifikation voraus. Sympathie für das Objekt der Identifikation und Eigenschaften wie sein Erfolgsniveau ermöglichen die willentliche Interaktion. Als klassischer Fall interaktioneller Identifikation ist der Ödipuskomplex (Freud 1921, 44) anzusehen. Im interaktionellen Identifikationsmodus „versucht die identifizierende Person willentliche Gleichsetzung mit der identifizierten, indem sie spezielle Verhaltensformen der letzteren nachahmt. (...) Vor allem Eigenschaften und Verhaltensspezifika erfolgreicher oder als erfolgreich angenommener Rollenträger werden imitiert. Wenngleich ein gegenseitiges Sympathieverhältnis zwischen identifizierendem und identifizierbarem Individuum der Identifikation zuträglich ist, ereignen sich interaktionelle Identifikationsprozesse häufig auch bei feindseliger Tönung des Beziehungsverhältnisses“ (Buchkremer 1977, 28).

Für eine geglückte Identifikation wird von Buchkremer (1977, 27) die Bedeutung der „emotionalen Sympathie“ hervorgehoben: „Der für eine dauerhafte interaktionelle Identifikation günstigste Affekt ist emotionale Sympathie zwischen der identifizierenden und der identifizierten Person.“

Da der Ausländer unter den oben genannten Kriterien nur schwer als Objekt der Identifikation angesehen wird, lässt sich annehmen, so Emmerich (1990, 73), dass „Ausländer in der Bundesrepublik sich ihrerseits schlecht mit Deutschen identifizieren können, sofern ihnen nicht die emotionale Bereitschaft hierzu entgegengebracht wird.“

c. Moralische Identifikation

Während sich die ideomotorische und die interaktionelle Identifikation „jeweils auf konkrete Eigenschaften und situative Verhaltensweisen des identifizierten Objekts“ beziehen, verläuft die moralische Identifikation auf einer anderen Ebene, „nicht direkt vom identifizierenden zum identifizierten Individuum, sondern indirekt“ (Buchkremer 1977, 29).

Der Begriff des „verallgemeinerten Anderen“ von Mead (1973, 196ff) wird von Buchkremer (1977, 29) zur Beschreibung der moralischen Identifikation herangezogen: „Die organisierte Gemeinschaft oder

gesellschaftliche Gruppe, die dem einzelnen eine einheitliche Identität gibt, kann 'der (das) verallgemeinerte Andere' genannt werden."⁶⁸

Nach dieser Erläuterung wird die moralische Identifikation wie folgt definiert: "Unter moralischer Identifikation verstehen wir das Sich - Gleichsetzen eines Menschen mit einem anderen unter der Annahme, mit ihm das Postulat des verallgemeinerten Anderen zu teilen" (Buchkremer 1977, 29).

Zusammenfassend lässt sich mit Buchkremer (1977, 32ff) feststellen, dass die drei vorgestellten Identifikationsmodi „als Schichtenmodell dem Persönlichkeitsaufbau der Psychoanalyse“ entsprechen: „Der ideomotorische Modus wird am ehesten gespeist aus der Es - Schicht der Persönlichkeit (...). Der interaktionelle Identifikationsmodus entspricht dem Leistungsbereich der Ich - Schicht (...)“ und schließlich wird eine „Verwandtschaft von Über - Ich und moralischer Identifikation“ festgestellt.

Bezüglich der „Fremdenabwehr“ wird von Buchkremer (1977, 47) folgendes festgestellt: „Fremdes irritiert. Spontan löst es beim Begegnenden Abwehrhaltungen aus. Diese verhindern bei ihrer Durchsetzung ein näheres Kennenlernen und Vertrautwerden. Dadurch bleiben Träger von befremdenden Merkmalen auch in ihren übrigen Eigenschaften und Verhaltensweisen unverstanden. D.h. partielle Identifikationsstörungen unterliegen einer Generalisierungstendenz. Unverstandenes bewirkt Unsicherheit. Nur durch die Umkehr von Nicht-Wissen in situationsbeherrschendes Wissen kann diese Unsicherheit beseitigt werden. Da in Bezug auf befremdlich irritierende Merkmale und ihre Träger objektives Verständnis erschwert ist, kommt es oft zu magisch - kausalen Deutungen, die sich wie objektive Daten zu verfestigen trachten. (...). Die 'beste' Verfestigung von unbelegbaren Vorurteilen gelingt durch die Übereinstimmung im Gruppenkonsens...“

d. Kognitionspsychologische Erklärungsansätze der Fremdenfeindlichkeit

1.Lerntheoretische Erklärungsansätze

⁶⁸ Mead, G. H.: Mind, self und society. Chicago 1934, deutsch: Geist, Identität und Gesellschaft. Frankfurt a. M. 1973, 198.

Ausgangspunkt der an diesem Punkt vorgestellten Theorien sind die „Prozesse der Wahrnehmung und des Lernens, in denen die Individuen die Informationen aus ihrer Umwelt verarbeiten“ (Emmerich 1991, 76).

Dazu gehören die lerntheoretischen Erklärungsansätze und die Theorie der kognitiven Dissonanz:

- *Behavioristische Aspekte*

Behaviorismus versucht das „Verhalten aus seinen Bedingungen, den Lebensbedingungen des Individuums zu erklären ohne Rekurs auf ‘innere’ (psychische) Zustände“ (Bruder 1984, 60).⁶⁹ Die Ausschaltung des Bewusstseins aus der Psychologie ist der Kern des Behaviorismus.

Watson forderte eine Psychologie, die sich auf das beschränken solle, was objektiv (experimentell) beobachtbar sei. In den Konditionierungsexperimenten mit Tieren von V. M. Bechterew und I. P. Pawlow sah Watson den Beweis „für die Irrelevanz der subjektiven Daten und die Möglichkeit einer objektiven Psychologie, die sich allein auf beobachtetes Verhalten und seine auslösenden Bedingungen stütze“ (vgl. Bruder 1984, 61ff).

Einen zentralen Stellenwert gewann die „Konditionierung“ als experimentelle Methode der behavioristischen Psychologie wegen ihrer großen Konzentration auf die Untersuchung der Gesetze der Lernens (Lerntheorie).⁷⁰

Ein weiterer zentraler Punkt der behavioristischen Untersuchungen ist das „Reiz-Reaktions-Modell“: „Das Model der Verknüpfung von ‘S’ und ‘R’ (‘Stimulus’, verhaltensaushösende Bedingung, und Verhalten als ‘Reaktion’) wurde zum Prinzip des Erwerbs neuer Verhaltensweisen schlechthin“. Parallel entstand das Modell der „Konditionierung zur Technik der Herstellung von Verhalten (‘behavior shaping’) in Schule (‘Programmierter Unterricht’) und Psychiatrie/Therapie“ (Bruder 1984, 62).

⁶⁹ Der Begriff Behaviorismus wurde zum erstenmal von J. B. Watson - der als Begründer des Behaviorismus gilt - in seinem Artikel „Psychology as the Behaviorist views it“ verwendet. Behaviorismus entstand aus den Untersuchungen über „animal psychology“ im psychologischen Labor der Universität von Chicago.

⁷⁰ Psychologie des Behaviorismus und Lernpsychologie wurden für lange Zeit synonym verwendet (Lerntheorie). (Vgl. Bruder 1984, 62).

Emmerich (1990, 76) zieht ein von Staats und Staats (1958) durchgeführtes Experiment heran, das uns Hinweise über die Berichterstattung über Ausländer in den deutschen Medien hinsichtlich der Einstellung gegenüber Fremden liefern kann, mit dem Ergebnis, dass eine Manipulation von den Versuchspersonen bei den Nationalitätsbezeichnungen festgestellt werden konnte.⁷¹

Skinner (1973)⁷² hat das Konzept der „operanten Konditionierung“, entwickelt. Bei der operanten Konditionierung werden nicht die verhaltensauslösenden Stimulusbedingungen manipuliert, sondern die auf das Verhalten folgende ‚Konsequenz‘. Es ist dies das Modell der Belohnung von (erwünschtem) Verhalten, das dadurch aus dem Verhaltensrepertoire des Individuums herausgehoben wird, um seine erneute Äußerung wahrscheinlich zu machen („reinforcement“) (vgl. Bruder 1984, 62).

Ziel des Behaviorismus ist, Verhalten vorherzusagen und zu kontrollieren. Beobachtbare Verhaltensweisen werden möglichst objektiv segmentiert und auf Reiz- Reaktions- Abläufe reduziert. Wenn durch statistische Häufung eine Reaktion auf einen Reiz vorhersagbar ist, werden „unter dem Gesichtspunkt des Lernens Reizmodifikationen erprobt, um Verhaltensänderungen zu erreichen“ (Emmerich (1990, 76). Die Autorin meint zu diesem Punkt, dass auch fremdenfeindliche Einstellungen erlernt werden können unter der Voraussetzung, dass sie von der Umwelt positiv verstärkt häufiger auftreten und „sich im Verhaltensrepertoire des Einzelnen festsetzen“ werden.

- *Das Modell - Lernen*

⁷¹ Die Versuchspersonen wurden in zwei Gruppen geteilt. Beiden Gruppen wurden Nationalitätsbezeichnungen in Zusammenhang mit positiven oder negativen Wörtern präsentiert. „ Durch die Häufung (...) der – in der einen Gruppe ausschließlich positiven - und in der anderen Gruppe ausschließlich negativen - Zuschreibungen konnte eine Manipulation der abschließenden Beurteilung festgestellt werden“ (Emmerich 1991, 76 und Staats, W. /Staats, C. K. 1958, In: Stroebe 1978, Bd. 1).

⁷² „Für Skinner ist das Prinzip der Verhaltensmodifikation durch Belohnung das Grundprinzip der Verhaltensmodifikation, die Technik der Konditionierung lediglich dessen systematische Anwendung. Und in der Anwendung dieses Prinzips auf alle Lebensbereiche behauptet er die Möglichkeit einer menschlichen Gesellschaft (*Walden Two*‘, 1948), die Verwirklichung der utopischen Träume der Menschheit. Allerdings ist seine Utopie angewiesen auf die Experten der Konditionierung, in deren Händen die systematische Anwendung des Reinforcement - Prinzips liegt. „ (Bruder 1984, 62, und vgl. auch Skinner, B. F.: *Wissenschaft und menschliches Verhalten*. München 1973 und Ders.: *Jenseits von Freiheit und Würde*. Hamburg 1973).

Die Modell - Lernen Theorie geht davon aus, dass die Reproduktion von Modelleinflüssen Voraussetzung für das Lernen ist. „Während der Darbietung eignen sich die Beobachter die modellierten Verhaltensweisen vor allem in Form symbolischer Repräsentation d.h. inneren Bildern an. Diese leiten dann später zu angemessenen Ausführungen an“ (Bandura 1979, 32f).

Dabei stellt Emmerich (1991, 77) fest, dass „die informierende Funktion von Modell - Beobachtungen, wie sie oben bei Bandura beschrieben wurde, bei der Ausbildung von Vorurteilen gegenüber Ausländern und bei der Entwicklung von Fremdenfeindlichkeit eine große Rolle spielen“ dürfte.

- *Kognitive Lerntheorie*

Wichtig ist dabei die „Atomisierung und Segmentisierung von Verhaltensabläufen“, die ganzheitliche Auffassung des Lernens, und die Subjektivität des Lernenden. „Lernen erfolgt durch die Einsicht in einen Gesamtzusammenhang. Vorerfahrung, Wahrnehmung, Funktionalität und Konstruktivität kennzeichnen hier unterschiedliche Theorieansätze“ (Emmerich 1991, 77).

Wichtig für den Zusammenhang mit Fremdenfeindlichkeit ist laut Emmerich an gleicher Stelle die Tatsache, dass „die Art und Weise, wie Ausländer in der Bundesrepublik leben bzw. zu leben gezwungen sind, nach diesen Ansätzen für die Beurteilung von Deutschen gegenüber Ausländern eine wesentliche Rolle spielt. (...) eine im Gegensatz zum ‘Normaldeutschen’ unterprivilegierte Wohnumgebung, die Einnahme der schlechteren Arbeitsplätze (d.V. kann) generalisierend wirken und zu Feindlichkeit gegenüber Fremden führen“

Nach lerntheoretischen Ansätzen lässt sich zusammenfassend feststellen, dass „Vorurteile (...) durch eigene Beobachtungen anderer Gruppen oder aufgrund von Informationen über die Gruppen erlernt werden“ (Stroebe 1978, Bd.1, 124).

2. Theorie der kognitiven Dissonanz

Die Theorie der kognitiven Dissonanz wurde von L. Festinger (1957) entwickelt. Der Autor geht davon aus, „daß Menschen bestrebt sind, ein Gleichgewicht zwischen einzelnen Kognitionen (Meinungen,

Überzeugungen, Wissenseinheit, Kognitionen über Verhalten usw.) zu erzeugen bzw. zu erhalten“ (*Haisch u.a. 1983, 40*).

Unter normalen konfliktfreien Zuständen lässt sich sagen, dass unser Verhalten von unseren Einstellungen gesteuert wird. Festinger (1957) untersucht das Verhalten in Konfliktsituationen und meint, dass man sich in bestimmten Situationen (z. B. unter Gruppendruck) gegen seine Einstellung verhält. In Zusammenhang mit der Verursachung von Fremdenfeindlichkeit stellt Emmerich (1990, 78) fest: „Dissonanz-reduktion gegenüber Fremden wird in dem Maße schwieriger; je direkter die Anwesenheit von Fremden die eigene Existenz berührt und je negativer die Verhältnissen der ‘gesellschaftlichen Mehrheit’ sich gegenüber Fremden äußert. Dies kann z.B. die Abwertung durch die Presse oder aber die offene Ablehnung einzelner Gesellschaftsmitglieder sein.“

e. Sozialpsychologische Erklärungsansätze

Aufgabengebiet der Sozialpsychologie ist die „Erforschung des Einflusses sozialer Faktoren auf individuelles Erleben und Verhalten“ (*Staeuble 1984, 546; und vgl. Graumann 1969 und Gergen/ Gergen 1981*). Ein Teilgebiet der Sozialpsychologie ist die Vorurteilsforschung.

○ *Aspekt der illusorischen Korrelation*

In die Diskussion um die Ausländerfeindlichkeit haben Wagner (o. J.) und Stroebe (1987) den theoretischen Ansatz der „illusorischen Korrelation“ eingebracht. Von dieser Theorie beeinflusst, haben Hamilton und Gifford (1976) bestätigen können, daß „bei einer Person der Eindruck einer Korrelation entstehen kann, obwohl objektiv kein Zusammenhang vorhanden ist“ (*Emmerich 1991, 80*). Die Häufigkeit von Informationen ist dabei berücksichtigt.

Auf die Fragestellung von Fremdenfeindlichkeit übertragen, kann hier laut Emmerich (1990, 80) unter Hervorhebung von Stroebe (1987, 130) festgehalten werden, „daß sowohl Mitglieder von Minderheiten als auch sozial unerwünschtes Verhalten selten und damit auffällig sind. Wenn nun das Mitglied einer derart auffälligen Gruppe ein sozial unerwünschtes, d.h. ebenfalls auffälliges Verhalten zeigt, wird dieser Zusammenhang besser behalten, als wenn eine unauffällige Gruppe, also sie soziale Mehrheit, auffälliges Verhalten zeigt oder sich die Minderheit unauffällig verhält.“

- *Die „Intergroup – relation“ Theorie*

Die „Intergroup – relation“ Theorie geht davon aus, dass die Beziehungen zwischen Gruppen sich in den Einstellungen der Gruppen zueinander widerspiegeln. Wichtig für die Fragestellung von Fremdenfeindlichkeit ist hier, dass in Konfliktsituationen zwischen den Gruppen, „die Solidarität der Eigengruppe sich verstärkt und die Fremdgruppe als Bedrohung wahrgenommen wird.“ Man könnte anhand dieses theoretischen Ansatzes „das Anwachsen von Fremdenfeindlichkeit in Zeiten wirtschaftlicher Rezession und hoher Arbeitslosigkeit“ ansatzweise erklären (vgl. *Emmerich 1991, 81*).

- *Die Theorie der sozialen Identität*

Die Theorie der sozialen Identität geht davon aus, dass „Selbstbild und Selbsteinschätzung einer Person (...) sehr stark von den Gruppen, denen sie angehört, beeinflusst“ werden (*Stroebe 1987, 121*).

Das soziale Ansehen kann also zwischen Gruppen zu Konflikten führen. Da die Zugänge zu allgemein positiv bewerteten Gruppen nicht jedem offen stehen, sondern zum Teil an Ausbildung und finanziellen Bedingungen gebunden sind, behauptet Wagner (o. J., 22), „daß die eigene nationale Bezugsgruppe in dem Maße an Bedeutung gewinnt, wie die Mitglieder in unmittelbaren Bezugsgruppen keinen Gewinn für die soziale Identität verspricht“ (*Wagner, in: Migration 4, o.J. nach Emmerich 1991, 81*).

Wagner (1983, 164), konnte in einer Untersuchung bei Jugendlichen feststellen, dass „eine niedrige Selbsteinschätzung mit stärkeren Vorurteilen gegen Türken korreliert“.

f. Strukturalistische Erklärungsansätze der Fremdenfeindlichkeit

Die strukturalistischen Konzepte in den Sozialwissenschaften basieren auf dem linguistischen Strukturalismus. Lèvi-Strauss (1967) und Piaget (1973) haben „mit der Verwendung des Strukturbegriffs jeweils spezifische Vorstellungen über die Eigenart menschlicher Sozialität verknüpft; nur deswegen haben sie den theoretischen Grundstein für zwei Theorieansätze legen können, die heute von großer Bedeutung für die Sozialwissenschaften sind“ (*Honneth 1984, 583*). Die beiden Theorieansätze sind der „genetische Strukturalismus“ von Piaget (1973 u. 1974) und der „semiologische

Strukturalismus“ von Lèvi-Strauss (1967 und 1981), den wir hier im folgenden näher erläutern werden.

Lèvi-Strauss knüpft an die Idee einer allgemeinen Zeichenlehre von Ferdinand de Saussure (1967) an und versucht in seiner strukturellen Anthropologie nach dem Modell einer spezifischen Tradition der Sprachwissenschaft der Ethnologie eine „wissenschaftlich tragfähige Basis zu geben“ (Honneth 1984, 583). In seiner ersten großen Untersuchung über „die elementaren Strukturen der Verwandtschaft“ versuchte Lèvi-Strauss (1981) noch methodisch die Sprache mit den Verwandtschaftsformen zu parallelisieren, „indem er beiden die für menschliche Sozialität zentrale Funktion der Kommunikation zuerkannte“. In der Folge übernimmt „die Sprache die Schlüsselstellung, weil sie die Aufbaugesetze enthalten soll, nach der alle kulturelle Gebilden des sozialen Lebens konstruiert sind“ (Honneth, 1984, 584). Später begreift er „die verschiedenen Sphären der Kultur archaischer Gesellschaften im Sinne einer allgemeinen Semiologie als Zeichensysteme, deren innere Struktur jeweils durch die unbewusste Tätigkeit eines menschlichen Geistes gestiftet sein soll, der nach der von Saussure analysierten Logik einer fortgesetzten Oppositionssetzung arbeitet“ (Honneth 1984, 584 und Saussure 1967).

Lèvi-Strauss (1971) geht davon aus, dass sich die Kulturen voneinander grundsätzlich nicht unterscheiden, sondern nur darin, „welche der möglichen Bausteine sie für ihr System auswählen und welche Bedeutung sie ihnen verleihen“. Es gilt auch- wie übrigens für alle Sprachen der Menschheit -, dass alle Kulturen auf einer einzigen und gemeinsamen Struktur aufgebaut sind (vgl. Emmerich 1991, 90).

In seinem Buch „Rasse und Geschichte“ macht Lèvi-Strauss (1971, 46) deutlich, dass er jedoch die Verschiedenheit der Kulturen nicht leugnet: „Und die Originalität jeder Kultur beruht vielmehr auf ihrer besonderen Weise, Probleme zu lösen und Werte herauszustellen, die für alle Menschen annähernd die gleichen sind: Denn alle Menschen ohne Ausnahme besitzen eine Sprache, Techniken, eine Kunst, Kenntnisse wissenschaftlicher Art, religiöse Vorstellungen und eine soziale, ökonomische und politische Organisation. Das Mischungsverhältnis ist jedoch in jeder Kultur nicht ganz das gleiche“.

Lèvi-Strauss (1972, 48ff) verurteilt die Bewertung der Kulturen und sieht in der „Expansion und dem missionarischen Eifer der westlichen Zivilisation (...) die Gefahr für die Menschheit“ indem er glaubt, dass „durch das Einmischen in andere Kulturen“ hier „Systeme zerstört und Differenzen ausgelöscht“ werden. Darüber hinaus behauptet er, „daß keine Fraktion der Menschheit auf die Gesamtheit anwendbare Formeln hat und daß eine Menschheit, die in einer Art Einheitsleben aufginge, undenkbar ist, weil sie dann eine verknöcherte Menschheit wäre“ (Lèvi-Strauss 1972, 79).

Durch den strukturalistischen Ansatz von Lèvi-Strauss (1971, 38) wird auch deutlich, dass die Kulturen mögliche rassische Unterschiede verursachen. Denn wie sich der gleiche Autor an gleicher Stelle fragt:

„Wie könnte es denn auch anders sein? Es ist die Kultur einer Gruppe, die die geographischen Grenzen festlegt, die sie sich zuweist oder zu erdulden hat, es sind die Beziehungen von Freundschaft oder Feindlichkeit, die sie mit Nachbarvölkern unterhält, und als Folge davon die relative Bedeutung des genetischen Merkmalaustausches, der sich, dank erlaubter, geförderter oder verbotener Einheiraten zwischen ihnen vollzieht“.

Die Menschheit hat es also dauernd „mit zwei einander widersprechenden Prozessen zu tun, von denen der eine zur Vereinheitlichung strebt und der andere zur Erhaltung oder Wiederherstellung der Differenzierung“ (Lèvi-Strauss 1971, 80 und vgl. Emmerich 1991, 92).

g. Materialistischer Erklärungsansatz der Fremdenfeindlichkeit

Die materialistische Gesellschaftstheorie schließt die gesellschaftlichen Phänomene nicht aus dem gesamten Zusammenhang der Lebensverhältnisse der Menschen aus. Materialismus bezieht sich ständig auf gesellschaftliche Strukturen. Durch ein Zitat aus Emmerich (1990, 85) soll Materialismus näher erläutert werden: „Indem die Menschen ihre materiellen Lebensbedingungen durch ihr eigenes Handeln erzeugen, formen und verändern sie die Natur ebenso wie die Gesellschaft als Subjekte und sind nicht bloße Produkte von Verhältnissen, die ‚andere‘ geschaffen haben. In welchem Umfang sie in dieser Funktion auch ihre individuellen Bedürfnisse befriedigen können, ist abhängig von der Organisation des gesellschaftlichen Zusammenlebens. Gesellschaftliche

Kategorien, die aus den Beziehungen und Verhältnissen der Individuen gebildet werden, sind zugleich soziale Kategorien.“

Eine solche soziale Kategorie ist „Ausländer“ bzw. „ethnische Minderheit“ im Sinne dieser Arbeit. Um diese soziale Kategorie zu begreifen, sollte man sie mit der „Analyse des gesellschaftlichen Lebenszusammenhanges, in dem die Menschen in unserer kapitalistisch organisierten arbeitsteiligen Gesellschaft stehen“, verknüpfen. Die Marxistische Theorie gibt uns die theoretischen Grundlagen dafür:

- *Marxistische, theoretische Grundlagen*

Die Sammelbegriffe „Marxismus“ bzw. „marxistische Theorie“ werden hier nur nach folgender Erläuterung benutzt, dass sie „heterogene und sich widersprüchliche Pluralität derjenigen theoretischen Ansätze und darauf gegründeten politischen Positionen, die sich auf die Lehre von Karl Marx berufen“, bezeichnen. Diese enthält eine bestimmte Sicht der Wirklichkeit, indem sie davon ausgeht, dass „das politische, geistige, kulturelle und sonstige Leben der Gesellschaften (...) von den ihm zugrunde liegenden ökonomischen Strukturen und Verhältnissen, über die es sich reproduziert“ bestimmt werde (vgl. Göhler/ Roth 1991, 357).

Folgende Hauptkategorien sind nach dem marxistischen „historischen Materialismus“ Kernpunkte zur Analyse der Struktur des gesellschaftlichen Lebensprozesses:

„Produktivkräfte-Produktionsverhältnisse, Basis-Überbau, (gesellschaftliches) Sein-Bewusstsein, Produktionsweise-ökonomische Gesellschaftsformation, Vorgeschichte-menschliche Gesellschaft “ (Göhler/ Roth 1991, 359). Im folgendem werde ich nur auf einige theoretischen Grundlagen eingehen, die mit der vorliegenden Arbeit und spezifisch mit der Rolle der ethnischen Minderheiten auf dem Arbeitsmarkt und der Entstehung von Vorurteilen in Verbindung stehen.

Laut Marx ist jeder gesellschaftliche „Produktionsprozeß zugleich Reproduktionsprozeß“ (Marx, 1962, 591). Zu diesem Prozess „gehört die Aneignung von Naturstoff durch den Einsatz der menschlichen Arbeitskraft ebenso wie die Reproduktion der Arbeitskraft selbst.“

Produktion ist zentraler Sektor einer jeden Gesellschaft: „Diese Weise, in der die Menschen ihre Lebensmittel produzieren, hängt zunächst von der

Beschaffenheit der vorgefundenen und zu reproduzierenden Lebensmittel selbst ab. Diese Weise der Reproduktion ist nicht nur nach der Seite hin zu betrachten, daß sie die Reproduktion der psychischen Existenz der Individuen ist. (...) Was sie sind, fällt also zusammen mit ihrer Produktion, sowohl damit, was sie produzieren, als auch damit, wie sie produzieren. Was die Individuen also sind, das hängt ab von den materiellen Bedingungen ihrer Produktion“ (*Marx/ Engels 1958 (1846), 21*).

Die Arbeiter ausländischer Herkunft unterliegen zwar den materiellen Bedingungen, die für alle Arbeiter in Deutschland gelten, aber zusätzlich besteht für sie ein Sonderstatus, den ich bereits erläutert habe. Sie stehen in der Produktionshierarchie an niedrigster Stelle, und darüber hinaus haben sie durch ihre Benachteiligung „in der Regel auch die schlechteren Bedingungen für die Reproduktion ihrer eigenen Arbeitskraft“ (*Emmerich 1991, 86*).

Die arbeitsmarktreghilative Funktion der ausländischen Arbeitskräfte wird als „Industrielle Reservearmee“ bezeichnet (*vgl. Marx 1968, Bd. I, 661ff*).

Darauf möchte ich durch eine Anleihe bei Katsoulis (1978, 17) näher eingehen. Der Autor beschreibt diese Funktion wie folgt: „Nach der Marxschen Theorie benötigt die Kapitalistische Produktion mit ihrem forcierten Tempo der Akkumulation und ihrem ständigen zyklischen Verlauf von Überproduktion und Depression als Arbeitsmarktreghilativ eine sog. Industrielle Reservearmee, die je nach zu- oder abnehmender Nachfrage in den Produktionsprozeß integriert oder ausgestoßen werden kann. Entsprechend seinen Verwertungsbedingungen schafft das Kapital ein von den Schranken der wirklichen Bevölkerungszunahme unabhängiges Arbeitskräftepotential.“

Weitere Parameter zur Funktion der ausländischen Arbeitskräfte auf dem Arbeitsmarkt ist ihre Mobilität, „ihre quasi jederzeit mögliche räumliche Versetzbarkeit (...) je nach den Bedürfnissen der Unternehmer“ (*Katsoulis 1979, 19*). Dazu ist ihre Funktion als Lohndrücker nicht zu übersehen: „Im großen und ganzen sind die allgemeinen Bewegungen des Arbeitslohns ausschließlich reguliert durch die Expansion und Kontraktion der industriellen Reservearmee, welche dem Periodenwechsel des industriellen Zyklus entsprechen“ (*vgl. Marx 1968, Bd. I, 666*). Und weiterhin heißt es bei

Marx (1968, 668): „Die industrielle Reservearmee drückt während der Perioden der Stagnation und mittleren Prosperität auf die aktive Arbeiterarmee und hält ihre Ansprüche während der Periode der Überproduktion und des Paroxysmus im Zaum.“

Durch die Einordnung der ausländischen Arbeitskräfte in den Produktionsprozess - wo sie die untergeordneten und unterprivilegierten und schlechter bezahlten Stellen besitzen - erfolgt ein „relativer Aufstieg der inländischen Arbeitskräfte auf der sozialen Skala“, nämlich eine Bildung einer Art „Arbeiteraristokratie“, die die Solidarität zwischen einheimischen und ausländischen Arbeitern erschwert. Parallel wird eine „ähnliche Funktion über die ausländischen Arbeiter auch in bezug auf ihre Heimatländer und ihre in der Heimat verbliebenen Arbeitskollegen“ ausgeübt (Katsoulis 1978, 19).

Laut der Marxistischen Theorie (Marx 1978 (1843), 338) wird auch die Gestaltung des gesellschaftlichen Bewusstseins von den Arbeits- und Produktionsverhältnissen bestimmt: „Die Gesamtheit der Produktionsverhältnisse bildet die ökonomische Struktur der Gesellschaft, die reale Basis, worauf sich ein juristischer und politischer Überbau erhebt und welcher bestimmte gesellschaftliche Bewußtseinsformen entsprechen. Die Produktionsweise des materiellen Lebens bedingt den sozialen, politischen und geistigen Lebensprozeß überhaupt. Es ist nicht das Bewußtsein der Menschen, das ihr Sein, sondern umgekehrt ihr gesellschaftliches Sein, das ihr Bewußtsein bestimmt“.

Bezogen auf die ethnischen Minderheiten und ihre Rolle auf dem Arbeitsmarkt lässt sich erkennen, dass „die Klassenfrage (...) der nationalen Frage übergeordnet ist“ (Emmerich 1991, 87). Laut Marx sind die Produktionsverhältnisse in der industriellen Gesellschaft von der Teilung der Arbeit geprägt und weiterhin verkauft der Arbeiter seine Arbeit für eine bestimmte Zeit und bekommt „nach dem Gesetz des äquivalenten Warenaustausches“ den Gegenwert. „Der Gegenstand, den die Arbeit produziert, ihr Produkt, tritt ihr als fremdes Wesen, als eine vom Produzenten unabhängige Macht gegenüber. Das Produkt der Arbeit ist die Arbeit“, schreibt weiterhin Marx (1977, 511f), „die sich in einem Gegenstand fixiert, sachlich gemacht hat, es ist die Vergegenständlichung der Arbeit. Diese Verwirklichung der Arbeit erscheint in dem nationalökonomischen

Zustand als Entwirklichung des Arbeiters, (...), die Aneignung als Entfremdung, als Entäußerung“ (Marx 1977 (1852), 511f).

Auf dieser Grundlage entstehen in der industriellen Gesellschaft entfremdetes Bewusstsein und ideologisches Denken, welche soziale Vorurteile entwickeln (vgl. Emmerich (1990, 88).

h. Soziologisches „Summary“ zur Erklärung von Ausländerfeindlichkeit

Ich möchte mit folgender Bemerkung diesen Kapitel der Arbeit beenden: Ein großer Teil der bisherigen Erörterungen ging von soziologischer Sicht aus. In den vorangegangenen Einheiten wurden die untergeordnete und unterprivilegierte gesellschaftliche Stellung der Ausländer beschrieben, ihre Funktion als „industrielle Reservearmee“ auf dem Arbeitsmarkt, ihre Lebenssituation, die Perspektiven der jüngeren Generationen, die Rolle der „Ausländer- und EU -Politik“, ihr Ausschluss von der politischen „Gesellschaftlichkeit“, und nicht zuletzt die Notwendigkeit eines multikulturellen Zusammenlebens. Wie Bukow/Llaryora (1988, 110) feststellen: „Ohne die Chance zur Entwicklung von Gesellschaftlichkeit, aber auch ohne die Möglichkeit zur Errichtung einer umfassenden Minoritätenwelt bleibt die Situation bedrohlich, brisant nicht nur für den Nicht - Deutschen, sondern auch für die autochtone Bevölkerung“.

II. Massenmedien und ethnische Minderheiten in Deutschland

1. Informationsgesellschaft. Funktion und Wirkung der Massenmedien

Im definitorischen Teil vorliegender Arbeit habe ich die Begriffe „Massenmedien“, „Informationsgesellschaft“, „Öffentlichkeit“ und „öffentliche Meinung“ definiert und diese Definitionen möchte ich an dieser Stelle in Erinnerung rufen.

1.1. Die Informationsgesellschaft

Die Feststellung von Ludwig Maaßen (1996, 1), dass die Welt der Massenkommunikation nur selten in der Geschichte des Menschen so heftig in Bewegung war, wie heute, ist sicher unbestritten. Durch rasche technische Entwicklung stürzten wir in die sog. „Informationsgesellschaft“. Die bekannten Medien und inzwischen die Multimedien gewinnen immer mehr an Bedeutung. Der Bildschirm ist zur zentralen Instanz im Alltag der Menschen geworden. Die Medien stehen inzwischen in enger Verbindung mit- und untereinander und so können sie in den Händen eines geschickten Verbrauchers in einem Multimedia- Komplex aufgehen (*vgl. Definitorischen Teil vorliegender Arbeit*).

In dieser Arbeit werde ich mich nur mit den Massenmedien wie Zeitungen, Zeitschriften, Hörfunk und Fernsehen in einem bestimmten und begrenzten Rahmen befassen. Da alle Massenmedien mit- und untereinander in Verbindung stehen, finde ich es an dieser Stelle als sinnvoll, einige Ausführungen über die Debatte zwischen Multimedia -Enthusiasten und Skeptikern, sowie über Funktion und Wirkung der Massenmedien zu machen. Die neue Entwicklung in der Medienlandschaft hat sowohl viele Anhänger als auch zahlreiche Skeptiker. Multimedia-Enthusiasten behaupten: Jeder hat Zugang zu Informationen gemäß seinen Interessen (*Maaßen 1996, 5*).¹ Besonders erleichtere sich der Zugang durch die neuen elektronischen Speichersysteme, Datennetze und Online-Dienste zu großen Wissensbeständen, die den weltweiten Datentransfer ermöglichen und die

¹ „Die Multimedia-Enthusiasten schwärmen: Internationale Datennetze erleichtern den Zugriff auf Informationen. (...) An die Stelle des alten Grundgesetzes der Massenkommunikation – einer druckt oder sendet, viele lesen oder hören oder sehen das Gleiche – tritt das neue Grundgesetz von Multimedia: Jeder entscheidet selbst, welchen Inhalten er seine Aufmerksamkeit zuwendet.“ (*Maaßen, 1996, 12*).

Verbreitung wissenschaftlicher Erkenntnisse beschleunigen (vgl. Maaßen 1996, 15). Und nicht zuletzt meinen die einen, „jetzt fange die Demokratie erst an, weil jeder sich weltweit informieren und aus einer Vielzahl von Programmen auswählen könne...“ (Maaßen 1996, 16).

Multimedia-Skeptiker sprechen dagegen von „Analphabeten“, da das Verständnis vieler Nutzer für technische Zusammenhänge nicht immer selbstverständlich ist, denn die Auswahl und Bearbeitung der Daten hängt immer mehr von der Kompetenz des Nutzers ab. Wer mit dem neuen technischen Verfahren nicht umgehen kann, bleibt ein „Analphabet“. Wenn auch die Wissensfülle weltweit zunimmt und verbreitet wird, bedeutet dies auf keinen Fall auch, dass das Wissen des Einzelnen gleichzeitig erweitert wird.

Skeptiker befürchten auch, dass:

- die Gefahr besteht, dass der Einzelne durch die Vielzahl und Vielfalt der Informationen seine Orientierung verliert,
- künstliche Medienwelten unmittelbare Erfahrungen und Erlebnisse ersetzen,
- die Informationsüberlastung steigt,
- neue Möglichkeiten (wie z. B. die digitale Bildbearbeitung, Computeranimation und Bluebox-Techniken des Fernsehens) die Unterscheidung von den Nutzern zwischen Wirklichkeit und Fiktion erschwert (vgl. Maaßen 1996, 15).

Kritiker der neuen Entwicklung sprechen auch von einer „medialen Zweiklassengesellschaft“. Damit ist gemeint, dass nur die „technisch Versierten und finanziell Privilegierten“ in der Lage seien, „sich auf den Daten-Highway“ zu begeben und sich eine Vielzahl von Programmen zu leisten. So entsteht eine Info-Elite und die Wissenskluft zwischen ihr und der Masse der Bürger und zwischen Jüngeren und Älteren werde noch größer.

Befürchtet wird auch eine „Segmentierung der Gesellschaft, ein Zerfall der Öffentlichkeit in eine Vielzahl von Teilöffentlichkeiten“, weil jeder Mediennutzer etwas anderes hört, sieht oder liest. Dadurch nimmt der gesamtgesellschaftliche Diskurs Schaden (vgl. Maaßen 1996, 16f).

ZDF-Intendant Dieter Stolte (1998, 19) befürchtete gar: „Wenn die Kommunikationsmedien durch eine zunehmend unüberschaubarere Marktaufteilung ihren originären Forumscharakter nicht nur verlieren, sondern ihn durch Kommunikationszerfall und Orientierungsverlust sogar

kontraproduktiv selbst konterkarieren, dann frißt die digitale Revolution gleichsam ihre Kinder und kehrt sich gegen ihr eigenes Ziel: gegen Mensch und Gesellschaft. Insofern birgt die technologische Revolution einen gewissen Sprengstoff zu einer auch gesellschaftlichen Revolution“ (*EPD - Medien*, Nr. 58, 1998, 19).

Information und Kommunikation werden durch Multimedia und besonders durchs Internet gefördert, wie dies durchs Telefon der Fall war, so argumentieren die einen. Die anderen halten dagegen: dies kann zu Vereinzelung und Isolation führen.

Besonders, was das Internet angeht, sind die Datenschützer besorgt, denn die großen Datensammler sind die Anbieter von Informationen und Programmen und dadurch erfahren sie vom Bürger seine Gewohnheiten, seine Interessen, seine finanzielle Lage und wie er mit seinem Geld umgeht. Der Dortmunder Kommunikationswissenschaftler Claus Eurich (1998, 162) befürchtet: „Was auf Verbindungsvielfalt und Zugangsoffenheit angelegt wurde, kann nicht zugleich das garantierten, was man in vergangenen Tagen Schutz- und Intimsphäre oder informationelles Selbstbestimmungsrecht nannte (...). Denn in allem was der Bürger, wissentlich oder unwissentlich online erledigt, hinterläßt er Datenspuren, wird er identifiziert und registriert.“

1.2. Zur Funktion der Massenmedien

Die Presse diene „der ‘bürgerlichen Öffentlichkeit’ als politisches Kontrollorgan² gegenüber dem Staat“ (*Endruweit /Trommsdorff 1989, Bd. 2, 420*). Die Demokratie braucht die Massenmedien³, denn wie Meyn (1999, 31) das sehr zutreffend formuliert, ohne sie „bestände die Gefahr, dass unbekannt, undiskutiert und ungeregelt bliebe, was als Streit der Interessen

² „Kritik und Kontrolle durch die Massenmedien gewinnen besonders große Bedeutung, wenn andere im parlamentarischen Regierungssystem vorgesehene Einrichtungen (wie z.B. die Opposition) diese Aufgaben nicht oder nur ungenügend erfüllen. Ohne Presse, Funk und Fernsehen, die Mißstände aufspüren und durch die Berichte unter anderem parlamentarische Anfragen und Untersuchungsausschüsse anregen, liefe die Demokratie Gefahr, der Korruption oder der bürokratischen Willkür zu erliegen“ (*vgl. Meyn 1999, 34*).

³ „Ihre Aufgaben in der Demokratie können die Medien nur unter bestimmten Bedingungen erfüllen: Die wichtigsten rechtlichen Sicherungen sind die Verfassungsgarantien für freie Meinungsäußerung und freie Wahl der Informationsquellen. Unerläßliche politische Voraussetzungen sind eine Organisation und Struktur, die Vielfalt der Berichterstattung und Kommentierung ermöglichen, sowie ihre Wirksamkeit im Prozeß der Meinungs- und Willensbildung“ (*vgl. Meyn 1999, 36/ 39ff*).

und Meinungen in der Demokratie öffentlich auszutragen ist. Der Konflikt würde erstickt.“

In der heutigen Gesellschaft können nicht alle die Personen direkt miteinander kommunizieren, noch die Übersicht haben, was in der ganzen Welt passiert. Dies soll durch die Medien geschehen. Dabei dürfen wir aber nicht übersehen, dass, da wir die Welt zum großen Teil nicht mehr unmittelbar erfahren, es sich hauptsächlich um eine „durch Medien vermittelte Welt.“ handelt (vgl. Meyn 1999, 33). Oswald Schwemmer (1990, 15) sagt zu dem Kampf um gesellschaftliche Präsenz durch die Medien: „Wir sind eine Mediengesellschaft in der nichts geschehen kann, ohne an Medien gebunden zu sein -sei es nun durch sie verursacht oder beeinflusst, durch sie verstärkt und vermittelt. Was dennoch in den Medien nicht präsent ist, ist in unserer Gesellschaft überhaupt nicht mehr präsent. Der Kampf um einen Platz in den Medien wird zum Kampf um gesellschaftliche Präsenz, um das bloße Wahrgenommenwerden noch vor aller Wirkung.“ Dadurch haben die Medien ihre große Macht gewonnen, und darüber hinaus fällt den Massenmedien eine bedeutsame Rolle bei der Meinungsbildung zu. Die Möglichkeiten im Meinungsbildungsprozess mitzuwirken sind recht unterschiedlich zwischen den verschiedenen Vertretern unterschiedlicher Interessen verteilt. Die Parteien, die Kirchen, Gewerkschaften, Unternehmerverbände und andere starke Organisationen haben bessere Aussichten als ethnische, rassische, religiöse und politische Minderheiten, in den Massenmedien Beachtung zu finden. Wie Meyn (1999, 33) bemerkt, und so manche Kritiker fürchten, könnten infolge dieses Ungleichgewichts, „bestehende Machtverhältnisse erstarren, vielleicht notwendige Veränderungen unterbleiben und neue oder abweichende Ideen gar nicht erst in die Öffentlichkeit kommen.“

Ergebnisse der Wirkungsforschung zeigen sogar, dass viele Medien über die erwähnten Funktionen hinaus weitere übernehmen, wie zum Beispiel die sog. „Thematisierungsfunktion“ („agenda setting-function“). Damit ist diejenige Funktion gemeint, die den Leser, Hörer und Zuschauer dazu führt, genau diejenigen Themen für wichtig zu halten, die in den Medien behandelt werden: „Sie sind jedoch nicht nur entscheidend dafür, welche Themen auf der Tagesordnung stehen, sondern sie legen auch fest, in welcher Rangfolge sie behandelt werden“ (Meyn 1999, 36).

Besonders was die ethnischen Minderheiten betrifft, könnten sie sowohl in der politischen als auch in der kulturellen Dimension der Migrationsfrage eine wichtige Rolle spielen. Medien fällt bei der Vermittlung migrationspolitischer Inhalte eine Doppelrolle zu: einerseits berichten sie über Ereignisse und Aussagen von Politikern, andererseits könnten sie auch durch ihre Personalpolitik sowie durch die Gestaltung ihres Angebots aktiv und bewusst dazu beitragen, dass ethnische Minderheiten und ihre Kultur als integraler Bestandteil der bundesrepublikanischen Realität erkannt werden (vgl. Ullenboom 1998, 1).

Außerdem können Massenmedien generell eine positive oder negative Vorbildfunktion haben.⁴ Ich möchte an dieser Stelle folgende Bemerkung von Meyn (1999, 34) herausstellen, mit der ich völlig übereinstimme, wie die Fragestellung vorliegender Arbeit und insbesondere der empirische Teil zeigen. Es wird bestimmt immer umstritten bleiben, wo die Grenze zwischen erwünschtem und übersteigertem Engagement der Massenmedien für Belange von Minderheiten genau verläuft. Es ist aber von großer Wichtigkeit, „die in der Gesellschaft und ihren Gruppen unaufhörlich sich neu bildenden Meinungen und Forderungen zur Diskussion zu stellen und an politisch handelnde Staatsorgane heranzutragen“.

1.3. Zur Wirkung der Massenmedien

Die Wirkung der Massenmedien geschieht durch einen komplizierten Prozess, an dem zahlreiche sich gegenseitig beeinflussende Faktoren beteiligt sind (vgl. Meyn 1999, 295). Dieser Prozess wurde seit den 60er Jahren im Rahmen der Massenmedienforschung auf unterschiedliche Weise mehrfach untersucht:

„Nach der Formel von Lasswell 'Who says what in wich channel to whom with what effect' lassen sich Kommunikator-, Inhalts-, Medien-, Publikums-, und Wirkungsforschung als Teilbereiche der Massenmedien-Forschung unterscheiden, wobei sich in konkreten Untersuchungen zunehmend die Grenzen verwischen,“ (Endruweit/ Trommsdorff, 1989, Bd. 2, 420).

⁴ Die Vorbildfunktion der Medien stellt auch Jürgen Rüttgers, damaliger Bundesminister für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie, in seinem Grußwort „Medien können Vorbild sein“ zu der Fachtagung „Interkultureller Rundfunk - Mehr Farbe in die Medien“ am 16.2.1995 in Köln hervor (unveröffentlichtes Manuskript).

Nach langer Zeit haben sich die Massenmedienforscher darauf einigen können, dass eine starke Medienwirkung auf die Bevölkerung besteht und diese wissenschaftlich belegbar ist. Wie Massenmedien auf die öffentliche Meinung wirken, ist erst seit Ende der sechziger Jahre auf eine feste Grundlage gestellt worden, als kontinuierlich Befunde von Medieninhaltsanalysen und Trenddaten der Meinungsforschung miteinander verknüpft wurden. Dadurch ist die Phase abgeschlossen, in der die Einstellung vorherrschte, Medienwirkung lasse sich nicht erkennen und schon gar nicht messen. Statt dessen sind Forscher zu Feststellung gelangt, dass „eine starke Medienwirkung auf die Bevölkerung ausgeht“ (*Endruweit/Trommsdorff, 1989, Bd. 2, 420*).

2. Das Bild der ethnischen Minderheiten in der Presse

In dieser Abschnitt werde ich kurz die Ergebnisse der Arbeiten darstellen, die sich mit dem „Bild“ der ethnischen Minderheiten in den Druckmedien auf inhaltsanalytischer Ebene beschäftigt haben. Danach wird die Darstellung der ethnischen Minderheitenangehörigen im Fernsehen anhand von Ergebnissen einer Studie und einer Stichprobe (*Kühne-Scholand 1987 u. Eckhardt 1987*) beschrieben. Schließlich werden die Befragung mit dem Thema „Das Bild der Ausländer in der Öffentlichkeit“, die 1995 vom Rhein- Ruhr- Institut für Sozialforschung und Politikberatung in Duisburg unter der Leitung von Prof. Georg Ruhrmann durchgeführt wurde, und die Wirkung von Printkampagnen gegen Fremdenfeindlichkeit analysiert.

Der Stand der inhaltsanalytischen Forschung zur hier bearbeiteten Fragestellung kann bis Anfang der 90er Jahre als unzureichend, lückenhaft und unrepräsentativ bewertet werden (*vgl. Galanis 1989, 78f & 84f; Merten 1986, 16f*). Galanis (1989, 84f) bemerkt über die empirischen Studien, die uns vorliegen, dass sie „von teilweise sehr unterschiedlichen wie methodischen Implikationen ausgehen und daher einen direkten Vergleich der Ergebnisse nur in sehr beschränktem Umfang gestatten“. Außerdem ziehen sie unterschiedliche Populationen heran, weisen sie unterschiedliche regionale Begrenzungen auf, berücksichtigen unterschiedliche Medien und darüber hinaus erweist sich ein direkter Vergleich der Ergebnisse als problematisch. Wie Merten (1986, 19) feststellt, wird diese problematische Forschungssituation relativiert, wenn man bemerkt, „daß entsprechende

Medienanalysen anderer gesellschaftlich relevanter Themen (z.B. Drogen-Berichterstattung, Homosexuellen-Berichterstattung u.a.) mit ähnlichen theoretischen und methodischen Mängeln konfrontiert sind“.

2.1. Die Darstellung der ausländischen Minderheiten in den deutschen Druckmedien

a. Delgados Studie (1972)

Die inhaltsanalytisch orientierte Minderheitenforschung beginnt ohne Zweifel mit der ersten umfassenden Studie von J. Manuel Delgado. Bereits im Jahre 1972 veröffentlichte er im Auftrag der Landeszentrale für politische Bildung des Landes Nordrhein-Westfalen eine schon zum Klassiker gewordenen Studie, mit dem Titel „Die ‚Gastarbeiter‘ in der Presse“. ⁵ Delgado (1972, 14ff) ging von der Hypothese aus, dass unter der deutschen Bevölkerung eine „ambivalente bis negative Meinung“ über Migranten vorherrscht, die sich in der Presse widerspiegelt.. Und er weist weiter darauf hin, dass sich diese Thematik offenbar gut verkauft.

Im Folgenden werde ich versuchen die Ergebnisse von Delgados‘ Studie zusammenfassend darzustellen.

a. Art der Berichte bezogen auf den gesamten Untersuchungszeitraum

Bezogen auf den gesamten Untersuchungszeitraum⁶ lässt sich - von der Thematik her gesehen – feststellen, das die Presse ihr Bemühen, nämlich

⁵ Zur Methodik: Ausgehend von dieser Fragestellung wurden im Auftrag der Landeszentrale für Politische Bildung des Landes Nordrhein- Westfalen innerhalb von 3 Jahren (1966-1969) 3.069 Berichte der westfälischen Presse über „Gastarbeiterprobleme“ ausgewertet. Dabei wurden 84 Zeitungen berücksichtigt (inkl. Nebenausgaben).

Die Presseinformationen gliederte man in vier Grundkategorien (mit weiteren Unterkategorien):

- *Arbeitsmarktberichte*: offizielle Meldungen und Kommentare über die Ausländerbeschäftigung.
- *Sensations-Kriminalitätsberichte*: Meldungen über kriminelle Handlungen von Gastarbeitern u.a.
- *Sachberichte*: Informationen über lokale und regionale Ereignisse aus dem Leben der «Gastarbeiter», über Freizeitaktivitäten, Feierlichkeiten und Feste, kulturelle und sportliche Veranstaltungen; Berichte über Unfall- und Krankenstatistiken, Renten- und Kindergeldbezüge, Sparraten und Konsum.
- *Goodwill-Berichte*: Presseberichte, die eine positive Einstellung gegenüber Gastarbeitern signalisieren und die um Problemverständnis und Problemlösungen bemüht sind.

⁶ Der Erhebungszeitraum umfasste drei arbeitsmarktpolitisch wichtige und aussagekräftige Perioden:

1. Rezessionsperiode (1.5.1966 - 31.8.1967 = 16 Monate; Anzahl der Presseberichte: 1240).
2. Stagnationsperiode (1.9.1967 - 30.4.1968 = 8 Monate; Anzahl der Presseberichte: 659).

Vorurteile in der deutschen Bevölkerung gegenüber Personen ausländischer Herkunft durch gezielte Informationen (Sachberichte, Goodwill-Meldungen) abzubauen, verringerte, während sie gleichzeitig durch die Erhöhung der Sensationskriminalitäts-Reporte eher zur Verstärkung von diskriminierenden Verhaltensweisen beitrug (vgl. Delgado 1972, 29).

b. Verteilung der Berichte nach Nationalitäten

Eine Verteilung der Berichte über „Gastarbeiter“ nach deren Herkunftsländern zeigt sich wie folgt: Türken (19,0 Prozent), Italiener (15,3 Prozent), Griechen (10,9 Prozent), Jugoslawen (9,2 Prozent), Spanier (6,8 Prozent). Die Türken erscheinen also an der Spitze der Berichtshierarchie.⁷

c. Aufteilung der Presseberichte nach Themenbereichen und Nationalitäten

Anhand der Aufteilung der Presseberichte nach Themenbereichen und Nationalitäten lässt sich bemerken, dass die Berichtersteller bei Berichten über Verbrechen besonderen Wert darauf legen, die Beteiligung bestimmter Nationalitäten herauszustellen, während bei Arbeitsmarktberichten diese Tendenz in den Hintergrund tritt. Das geschieht, obwohl der Anteil von Berichten über Kriminalität bei Personen ausländischer Herkunft allgemein, also ohne Bezugnahme auf eine bestimmte Nationalität, relativ gering ist (15,7%), bei Arbeitsmarktberichten dagegen hoch (45,6%). Möglicherweise entspricht dies den Erwartungen der Leserschaft (vgl. Reimann 1976, 114f).

d. Zu ihrem Presse-Image

In diesem Bereich führte die Aufmachung der jeweiligen Berichte und der dafür verwendete Berichtsstil zu dem Ergebnis, dass das Presse-Image der Migranten bei der Medienberichterstattung über die Kriminalität bei „Gastarbeitern“ wie bei derjenigen über psychisch Gestörte das gleiche Bild zeige (vgl. Reimann 1975, 127). Weitere diskriminierende Themen sind die sexuelle Aufdringlichkeit der „Gastarbeiter“, die Belastung der öffentlichen Finanzen durch die ausländischen Arbeitskräfte, ihre politische Gefährlichkeit als Werkzeuge der Unterwanderung, ihre wirtschaftliche Gefährlichkeit als Konkurrenten am Arbeitsmarkt.

3. Vollbeschäftigungsperiode (1.5.1968 - 31.8.1969 = 16 Monate; Anzahl der Presseberichte: 1170).

⁷ Auf 83 türkische „Gastarbeiter“ entfiel ein Pressebericht (Relation 1/83), gegenüber einer Relation von 1/108 bei den Jugoslawen, 1/163 bei den Griechen, 1/173 bei den Italienern und 1/225 bei den Spaniern.

Mit Hilfe entsprechender Instrumente hat Delgado versucht, die Einstellung der Berichterstattung gegenüber ausländischen Arbeitnehmern nach fünf Dimensionen (Persönlichkeits- und Charaktereigenschaften, Verhaltenserwartungen, Sympathie oder Antipathie, Anpassungstendenz, zukünftige Situation) zu ermitteln. Im ganzen gesehen überwiegt die negative Haltung bei hoher Ambivalenz. Allerdings nimmt die Differenzierung und rationale Berichterstattung über den Zeitraum hinweg zu. Das „Gastarbeiter-Image“ der nordrhein-westfälischen Journalisten wird von Delgado folgendermaßen charakterisiert: Zufriedenheit und Geschicklichkeit als dominante positive und „leichtlebigen“, unangepassten, unsauberen und ungeschickten Wesen als dominierende negative Eigenschaften. Damit entspricht das Presse - Image dem in Deutschland bestehenden Stereotyp des „Südländers“ (vgl. Delgado 1972, 111 und Reimann 1976, 116).

e. Reproduktion von Stereotypen

Die negative Berichtstendenz ist auch aus der Formulierung der Schlagzeilen zu ersehen: Auf 13 Prozent positive Formulierungen entfallen 31,3 Prozent negative, bei 27,0 Prozent ambivalenten und 28,7 Prozent sachlichen, neutralen, wertungsfreien Formulierungen (vgl. Delgado 1972, 102f).

Die Resultate der gründlichen Untersuchung von Delgado werden durch die Arbeit von Rothhammer (1974, 267) unterstützt.⁸

Die Ergebnisse der Rothhammer Studie weisen in die gleiche Richtung der Presseberichterstattung über andere Problemgruppen, die von der Allgemeinheit diskriminiert werden, und machen deutlich, dass die Medien dazu neigen, das Außergewöhnliche höher zu bewerten als das Normale, die Realität zu akzentuieren, zu vergrößern, komplizierte Vorgänge zu vereinfachen und differenzierte Sachverhalte zu homogenisieren (vgl. Rothhammer 1974, 130 & 267).

b. Klaus Mertens Untersuchung (1987)

Prof. Klaus Merten (1987) vom Institut für Publizistik der Universität Münster weist wiederum auf das teilweise negative „Bild der Ausländer in den Medien“

⁸ Rothhammer und Mitarbeiter werteten die Berichte der Nürnberger Zeitungen im Lokalteil über „Ausländer“ und „Gastarbeiter“ im Zeitraum vom 1.1.1972 bis 31.12.1973 und vom 1.5. 1972 bis 31.12.1973 aus. Es muss erwähnt werden, dass in dieser Studie Kriminalitäts- und Sensationsberichte nicht berücksichtigt wurden, da eine andere Fragestellung als bei Delgado vorlag.

hin.⁹ Es wurde zunächst eine auf Repräsentativität zielende Stichprobe von 20 Presseorganen macht. In dieser Stichprobe waren lokale und regionale Zeitungen, Boulevard- und Prestige-Presse, sowie Magazine und Illustrierte enthalten¹⁰. So wurde eine Stichprobe im Umfang von 2216 Artikeln gebildet, von denen jeder dann mit der Methode der Inhaltsanalyse nach jeweils bis zu 85 Variablen analysiert wurde.

Zu den Ergebnissen lässt sich zusammenfassend sagen, dass die von Merten überprüfte Berichterstattung über die ausländische Bevölkerung als „überwiegend negativ“ zu bewerten ist. Das gilt besonders für die Türken.

a. „Positive und negative Bewertung verschiedener Rollen von Ausländern“

In der Inhaltsanalyse fand Merten heraus, dass sich die Personen ausländischer Herkunft grob in vier Gruppen einteilen lassen:

Ausländer als Gäste, Künstler, Sportler; Ausländer in ihrem Heimatland (Ausland); Ausländer als Asylbewerber und Ausländer als ausländische Arbeitnehmer. Es zeigt sich, so Merten, eine scharfe Trennung in „gute“ und „schlechte Ausländer“, wie folgende Tabelle deutlich darstellt:

Positive und negative Bewertung verschiedener Rollen von Ausländern

Bewertung	Gäste, Künstler, Sportler	Ausländer als Arbeitnehmer	Asylbewerber
positiv u. sehr positiv	80,6%	35,2%	24,2%
negativ u. sehr negativ	19,4%	64,8%	75,8%
	(n = 421)	(n = 153)	(n = 62)

$\chi^2 = 147,9; p < .001$ (Merten 1986, 90)

⁹ Mertens inhaltsanalytische Untersuchung setzte sich zum Ziel, folgende Fragen zu beantworten:

- „Wie werden Ausländer in der deutschen Presse dargestellt?
- Wer sind diese Ausländer?
- Was tun sie hier?
- In welchen Kontexten treten sie auf, welche Themen und Probleme sind mit ihnen verbunden?
- Wie werden die Ausländer eingeschätzt und bewertet? Und weiter:
- Ist das Bild der Ausländer insgesamt angemessen oder erzeugt die Presse Verzerrungen und wenn ja: in welcher Richtung? Schließlich:
- Welche Wirkung kann die Darstellung von Ausländern in der Presse bei der einheimischen Bevölkerung entfalten?“ (Merten 1987, 69).

¹⁰ In der Zeit vom 20.01.1986 bis zum 28.08.1986 wurden beginnend mit dem 20. Januar 1986 „an jedem zehnten Tag für jedes der im Sample enthaltenen Organe alle solche Artikel erhoben (...), in denen implizit (durch Nennung von Namen oder entsprechende Hinweise) oder explizit das Ausland oder Ausländer genannt wurden“ (vgl. Merten u.a. 1986, 44 & Merten 1987, 69f & Tabelle 1).

Die ersten beiden Gruppen können, so Mertens Untersuchung, als „gute Ausländer“ gelten. Sie werden in positivem Zusammenhang dargestellt, eine negative Bewertung gibt es so gut wie gar nicht. (Merten 1986, 70f).

Zum anderen gibt es Personen ausländischer Herkunft, die sog. „Gastarbeiter“ und Asylbewerber, die längerfristig in Deutschland leben, die in der Berichterstattung als „ohne Einladung“ nach Deutschland kommende Leute auftreten, die auch hier bleiben wollen. Laut diesen Befunde lautet die Schlussfolgerung: „Ausländer sind dann in der Bundesrepublik Deutschland willkommen, wenn sie eine Einladung vorweisen können und diese sich auf einen kurzen Auftritt beschränkt. Ausländer aber, die länger bleiben wollen oder gar ungeladen kommen, werden ganz anders behandelt“ (Merten 1986, 71).

Diese für Personen ausländischer Herkunft feindliche Tendenz wird durch zusätzliche Befunde verstärkt. Als Ursache für das „Ausländerproblem“, wie eine Analyse der Diskussion zu dieser Thematik zeigte, wurde vor allem genannt, dass die „Gastarbeiter“ „selber schuld“ seien. Das konnte man tendenziell in den Artikeln (46,7 Prozent aller Nennungen) lesen.¹¹

b. Bewertung nach kultureller Distanz

Als eine wesentliche Dimension zur Erklärung von Vorurteilen erweist sich nach Merten also die kulturelle Distanz. Personen aus fernen Ländern und vor allem aus der Türkei, die nicht als „Wiege Europas“ gilt, wie z.B. Griechenland, Italien und Spanien, sind der einheimischen Bevölkerung stärker fremd, wie folgende Tabelle zeigt:¹²

¹¹ Merten geht von diesen Befunden aus und formuliert deshalb folgende Schlussfolgerung: „Die hier sichtbare unterschiedliche Wertung von Ausländern folgt offensichtlich einer Wertschätzung von deren Rolle/Tätigkeit: Je geachteter dieselbe, desto geachteter auch der betreffende Ausländer. Und umgekehrt: Je statusniedriger oder je verachteter die Tätigkeit eines Ausländers ist, um so mehr wird der Ausländer selbst verachtet. Diese Assoziation zwischen Tätigkeitsrolle und Wertschätzung gibt eine ernstzunehmende Basis für Vorurteile ab“ (Merten 1986, 72).

¹² Merten (1986, 72f) bemerkt dazu: „Sie treten in der Öffentlichkeit meist als Großfamilie auf, die Frauen fremdartig gekleidet. Sie erzeugen, weil sie sich nicht verständlich machen können, Warteschlangen an den Kassen der Kaufhäuser und überhaupt: sich riechen sogar am hellsten Tag nach Knoblauch. Noch ferner sind uns schließlich die Asylbewerber. Schon die Bezeichnung ‘Asylant’ weckt Assoziationen zum Sympathisanten, Bummelanten, Simulanten - also zu stark negativ besetzten Rollen. Gründe für ihre Flucht kennen wir nicht, denn Sri Lanka und Thailand sind völlig außerhalb unseres Horizontes (...) Diese dem Alltagswissen entlehnten Überlegungen werden durch die Inhaltsanalyse in vollem Umfang gestützt“.

Bewertung von türkischen und nicht-türkischen Arbeitnehmern

	Bewertung		Saldo positiver minus negativer Bewertungen
	positiv	negativ	
nicht-türkische Arbeitnehmer aus Anwerbeländern	172	158	+4,2%
türkische Arbeitnehmer	29	72	-42,6%
	230	201	(n = 431)

$\chi^2 = 17,02; p < .01$ (Merten 1986, 104)

c. Berichterstattung zum Thema „Kriminalität“. Negative Bewertung im Lokalteil der Zeitungen

Interessanterweise zeigen die Befunde, dass die negative Bewertung der Personen ausländischer Herkunft - und hier wiederum besonders türkischer Herkunft - überwiegend im Lokalteil der Zeitung stattfindet und zwar meist im kriminellen Kontext.

Wie Merten sehr typisch schreibt: „Vorurteile werden sozusagen ‘vor Ort’ artikuliert“ (Merten 1987, 73f). Dies wird deutlich festgestellt, wenn man die Quelle der negativen Bewertungen heranzieht. Dies ist nämlich das Thema ‘Kriminalität’. Dabei wird deutlich, dass, obwohl die Kriminalitätsraten der ausländischen Arbeitnehmer - verglichen mit denen der deutschen Arbeitnehmer - keineswegs höher sind, ist die Berichterstattung der lokalen Zeitungen über kriminale Taten, die von ausländischen Tätern begangen sind, völlig verzerrt. Dabei liegt der Anteil der Türken nochmals doppelt so hoch wie derjenige der nichttürkischen Arbeitnehmer. Das Bild der Ausländer in der Presse folgt deshalb einem „Negativ-Syndrom“.

Das geschieht, so Merten (1986, 74), aus folgenden Gründen: Zum einen sind Journalisten „Menschen wie Du und Ich“, d.h. sie sind Menschen „die füglich vom Prinzip der geringsten Anstrengung gleichen Gebrauch wie andere Menschen machen“. Deshalb ist es ihnen einfacher über kulturell Bekanntes, also über Nachbarländer zu berichten. Ein weiterer Grund für die negative Berichterstattung über ausländische Personen im Lokalteil der Zeitungen ist laut Merten, die Weise, wie Lokalredakteure einen Artikel schreiben. Sie zeigen nämlich eine Vorliebe, sich nur mit bekannten, ethnozentrischen Themen zu beschäftigen. Infolgedessen werden Lokalredaktionen ohnehin zeitlich allemal überfordert. Je mehr überfordert werden, desto mehr akzeptieren sie, was ihnen von offiziellen oder inoffiziellen Vertretern von

Organisationen, Ämtern und Interessengruppen gleichsam als Halbfertiges auf den Tisch kommt. Solche journalistischen Halbfertigungsprodukte haben einen weiteren äußerst praktischen Vorteil: sie liegen meist schon vorher mit Sperrfrist den Redakteuren vor, so dass man sie besonders gut einplanen kann. Da diese Bemerkungen und Feststellungen von Merten mit den Haupthypothesen meiner empirischen Untersuchung über die Öffentlichkeitsarbeit der Griechischen Gemeinden (GG) in Deutschland übereinkommt, möchte ich an dieser Stelle folgende Anleihe beim gleichen Autor an gleicher Stelle machen: „Sie (d.V. die journalistischen Halbfertigungsprodukte) haben eine besonders gute Chance, zum Artikel im Lokalteil zu werden. Für die Berichterstattung über die Ausländer heißt das: Ausländer kommen so gut wie nicht im Lokalteil vor, da diese - aus den beschriebenen Gründen heraus - sich nicht artikulieren oder öffentlich Gehör verschaffen können“ (*Merten 1986, 74*).

Wie Merten weiter feststellt, kommen Ausländer allenfalls eindeutig negativ vor und dies paradoxerweise gerade, weil Lokaljournalisten aktuell und präzise berichten würden, nämlich im Stil der Polizeiberichterstattung. Ein weiteres Zitat des gleichen Autors beschreibt dies ganz deutlich:

„Da die Lokalberichterstattung größtenteils ein Kanon positiver Berichterstattung über Vereine, Sportwettkämpfe, Siegerehrungen von Jubilaren, Einweihungen oder Ähnlichem ist, heißt das zugleich, daß Ausländer im Lokalteil von der positiven Berichterstattung, die den 'Einheimischen' zugute kommt, ausgeschlossen sind. (...) Denn gerade weil Journalisten aktuell berichten, gilt noch immer, 'only bad news are good news', das heißt: Ausländer tauchen in kriminellen Kontexten auf“ (*Merten 1986, 74*). Dass dies aber nicht so ist, wird deutlich, wenn man versuchsweise in der Polizeiberichterstattung über Deutsche ethnische Zusätze anbringt.¹³

Die negative Berichterstattung über ausländische Personen und vor allem über Türken, die in kriminellen Kontexten auftauchen, erzeugte eine Medienwirklichkeit, die „zwar mit der realen Wirklichkeit nicht übereinstimmte, die aber gerade deswegen die reale Wirklichkeit im Sinne der Medienwirklichkeit veränderte. Ausländer sind dann vermeintlich krimineller, fauler, schlechter als Einheimische - zumindest in den Köpfen der

¹³ Vgl. dazu das Beispiel (*Merten 1986, 75*).

zeitungslesenden Durchschnittsbürger“. Wirksam ist - so der Kommunikationswissenschaftler - „nicht das, was real vorhanden ist, sondern vielmehr das, was in den Köpfen der Leute als Wirklichkeit gespeichert wird“ (Merten 1986, 77).

d. Vorurteilabbauendes journalistisches Handeln

Merten (1987) weist darauf hin, dass, wenn ein Journalist mit seiner Arbeit Gegensätze abbauen und Vorurteile vermeiden will, es - so die Studie - eben nicht mehr ausreicht, die klassischen Regeln journalistischen Handelns anzuwenden: „Vielmehr muß der Journalist - insbesondere der Lokaljournalist - sich vorweg über die möglichen Folgen seiner Berichterstattung Gedanken machen“. Er könnte beispielsweise identifizierende Hinweise (z.B. durch Namensnennungen, Nationen-bezeichnung, Rassenbezeichnung) bei der Kriminalitätsberichterstattung weglassen, wenn sie wirklich nicht von Bedeutung sind.

Merten (1987, 77f) fordert außerdem von Journalisten, zu einem gleichberechtigten Zusammenleben von Minderheiten und Majorität beizutragen: „Der Journalist muß - abstrakter gesprochen - bei der Berichterstattung über Minderheiten allemal abwägen zwischen dem Anspruch auf aktuelle und mögliche exakte Berichterstattung einerseits und den möglichen, meist ungewollten Folgen seiner aktuellen Berichterstattung andererseits. Das ist gleichsam der Preis der relativen Fairness, den die Entwicklung zur Weltgesellschaft für das Zusammenleben von Mehrheiten und Minderheiten vom Journalisten fordert, denn Minderheiten werden durch Mehrheiten allemal majorisiert und dadurch benachteiligt“.

2.2. Die „Ausländer“ im deutschen Fernsehen

Im Gegensatz zu Presse und Fernsehen fehlen für den Hörfunk Untersuchungen zur Berichterstattung über die Minderheiten-angehörigen. Deshalb fahre ich mit der inhaltsanalytischen Untersuchung über die „Darstellung von Ausländern im deutschen Fernsehen“ (vgl. Kühne-Scholand 1987, 79ff) und mit der Studie „Fernsehsendungen zur Ausländerthematik und deutsche Zuschauer“ (vgl. Eckhardt 1987, 85ff) fort, so wie sie während der internationalen Fachtagung „Ausländer und Massenmedien“, die vom 2. bis 4. Dezember 1986 in Köln stattfand, in Kurzform vorgestellt wurden.

a. Inhaltsanalytische Untersuchung von Kühne-Scholand

Die Hauptfrage, die sich bei der inhaltsanalytischen Untersuchung¹⁴ von Kühne-Scholand (1987) ergab, wird wie folgt von den Autoren formuliert:

„inwieweit das Fernsehen zur emotionalen und rationalen Akzeptanz eines die Gesellschaft verändernden Prozesses, nämlich der Entwicklung zur multikulturellen Gesellschaft beiträgt, und zwar angesichts der Forderung nach gleichen Rechten, wie sie die Inländer genießen, ohne die Vorleistung der Anpassung an deren Kultur...“ (Kühne-Scholand 1987, 79).

Im o.g. Bezugsrahmen wurden „Sendeinhalte des Fernsehens“ mit inhaltlichen Referenzen auf „Personen und Personengruppen aus den ehemaligen Anwerbeländern in der Bundesrepublik Deutschland, den Heimatländern oder Drittländern, die Heimatländer selber, sowie Asylsuchende und Flüchtlinge“ inhaltsanalytisch ausgewertet. Dazu gehörten nicht nur explizit auf die „Ausländerproblematik“ bezogene Beiträge, sondern auch alle beiläufigen, knappen Erwägungen in anderen thematischen Zusammenhängen.

Folgende Fragen waren Leitfaden bei der Analyse:

- „Wer ist der Urheber/ Veranlasser einer einschlägigen Thematisierung?
- Welche thematischen Entfaltungen liegen vor?
- Welche Auswahlgesichtspunkte spielen bei der Berücksichtigung von Themen eine Rolle?
- Inwieweit wird das Thema als Problem dargestellt? Wer wird als Betroffener, wer als Verursacher eines Problems genannt, wo liegen Ursachen, Folgen, Lösungsmöglichkeiten?
- Inwieweit und in welcher Form sind Ausländer an den Sendungen beteiligt? Durch wen werden sie möglicherweise wie bewertet?

¹⁴ Als Fakten, die der Forschungsgruppe Anlass zu einer solchen Untersuchung gaben, wird von Kühne-Scholand folgendes genannt:

- einerseits die Funktion der Medien als „Hersteller und Lieferanten einer unter bestimmten Aspekten selektierten und interpretierten symbolischen Wirklichkeit“ und andererseits
- -die „faktische Lage ethnischer Minoritäten“ in Deutschland,
- „ihre alltägliche Behandlung durch den Verwaltungsapparat, gleichzeitig
- die von Angehörigen der Minderheiten geäußerten Beschwerden über die Art ihrer Darstellung oder Nichtbeachtung in den Medien“, schließlich
- die Berufung auf Medieninhalte in der Alltagskommunikation der Inländer“ (Kühne-Scholand, 1987, 79).

- Welche visuellen Elemente werden für die Darstellung herangezogen?“
(Kühne-Scholand 1987, 80).

Nach diesen Fragen wurde ein Erhebungsbogen (Codierbuch) entwickelt, mit dem Variablen (19 für „Erwähnungen“ und 29 für „Beiträge“) erfasst wurden.¹⁵

Die Ergebnisse der Untersuchung werden von Kühne-Scholand (1987, 83f) wie folgt zusammengefasst und interpretiert:

- „Das über das Fernsehen vermittelte Bild der Ausländer konstituiert sich im Wesentlichen in der aktuellen Berichterstattung
- Das bedeutet zum einen, daß die Darstellung stark ereignisbezogen, zum anderen, daß die Berichterstattung stark problemorientiert erfolgt.
- Es zeigt sich weiterhin, daß Angehörige ethnischer Minderheiten als Teilnehmer an Sendungen aller Art, als Gestalter von Beiträgen und als Urheber von Informationen nur beschränkten Zugang zu Massenmedien haben.
- Ihre Beachtung im Fernsehen ist also abhängig von der Thematisierung seitens Dritter, das heißt derjenigen, die auch sonst am ehesten die Aufmerksamkeit des Mediums erlangen.
- Außerhalb der aktuellen Berichterstattung, für die unter anderem die Kürze der Beiträge charakteristisch ist, sind Ausländer im Sinne der Themenstellung der Untersuchung nur in einigen wenigen thematisch orientierten Beiträgen, die oft mit aufklärender Intonation gestaltet sind, vertreten.
- Darüber hinaus finden sie allenfalls Beachtung in Form beiläufiger Erwähnungen in anderen thematischen Zusammenhängen, quasi nebenher. Diese Nennungen verteilen sich allerdings in breiter Streuung auf fast alle Sendungstypen des Gesamtprogramms bei gleichzeitiger Konzentrierung auf Inhalte aus jenen alltagskulturellen

¹⁵ Anhand einer Stichprobe wurden die Beiträge und Erwähnungen im ersten Programm der ARD und im Programm des ZDF (das gemeinsame Vormittagsprogramm sowie nächtliche/morgendliche Sendezeiten wurden ausgeschlossen) untersucht. Im zweiten Halbjahr 1986 wurde dazu das Regionalprogramm WDR eingeschlossen. Die Stichprobe bestand aus zwei künstlichen Wochen, die im 8-Tage-Rhythmus (Dienstag 10.6., Mittwoch, 18.06. etc.) gebildet wurden und zwei willkürlich ausgewählten natürlichen Wochen. Von den so gewonnenen 28 Programmtagen wurden bisher 21 ausgewertet, die den Zeitraum vom 10.06. bis zum 4.10.1986 bestreichen und rund 460 Programmstunden umfassen.

Ermittelt wurden insgesamt 168 Erwähnungen und 135 Berichte.

oder kulturgeschichtlichen Bereichen, die von der Residenzgesellschaft als harmlos akzeptiert worden sind: Gastronomie, Sport, Musik oder Tourismus. Überproportional vertreten sind in diesen Fällen Italiener, Spanier und Griechen bzw. deren Heimatländer.

- In der Dominanz der aktuellen Berichterstattung bei den Beiträgen sowie der Abhängigkeit der Thematisierung durch Dritte - neben Medienpersonal vor allem Vertreter von Exekutive und Legislative, mit weitem Abstand gefolgt von Kirchen und informellen Gruppen - liegt begründet, daß ethnische Minderheiten vor allem als Gegenstand politischer Aufmerksamkeit und politischen Handelns oder als Zielgruppe fürsorglicher Akte dargestellt werden.
- Am Beispiel des im Untersuchungszeitraum in den einschlägigen Beiträgen vorherrschenden Themas „Asyl“ zeigt sich darüber hinaus, daß die Themenentfaltung sich besonders häufig unter den Aspekten der Belastung und Bedrohung der Residenzgesellschaft vollzieht.
- Allerdings wird in jenen Beiträgen, die auf Hintergründe- Ursachen und Folgen des Asylthemas eingehen, durchaus die aufklärerische Absicht des Medienpersonals sichtbar. Sie ist aber gebunden an jeweils aktualisierte Problembezüge.“

Das o.g. „Bild “ der ethnischen Minderheiten im deutschen Fernsehen hat auch seine Konsequenzen: Mit dieser Art der Darstellung könnte für ethnische Minderheiten laut Kühne-Scholand (1987, 84) eine „Beschädigung des Selbstwertgefühls verursacht werden“ und gleichzeitig könnte die von der Untersuchung festgestellte, überwiegend problembezogene Präsentation auch „jenen Vorurteilen Nahrung geben, die die Ausländer selber als Verursacher jeweiliger Problemlagen ausmachen“.

b. Josef Eckhardts -Studie (1987)

Das „Bild der Ausländer“ in den Massenmedien Deutschlands wurde von Seiten des Publikums in einer Studie erforscht, wobei es um die Frage ging, wie Fernsehbeiträge überhaupt aufgenommen werden, oder anders formuliert: „Was kann das Fernsehen gegen Ausländerfeindlichkeit bei deutschen Zuschauern ausrichten?“ (vgl. Eckhardt 1987, 85ff.)¹⁶

¹⁶ Die Studie bestand aus zwei Untersuchungseinheiten. Zur Vorbereitung der Hauptstudie wurden Gruppendiskussionen und eine Literaturanalyse durchgeführt. Sie bestand aus einer Serie von Studiotests, die Mitte Oktober 1986 in Düsseldorf und Bochum stattfanden. Die

Die wichtigsten Ergebnisse der Studie könnten wie folgt dargestellt werden:

- Das Thema „Asyl“ stand zum Zeitpunkt der Durchführung der Studie und insbesondere der Studiotests im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses. So hat die Diskussion der Asylantenfrage „zweifelloos ausländerfeindliche Emotionen geschürt“ (vgl. Eckhardt 1987, 86).
- Zur Frage, welche Lösungen der Ausländerfragen die Teilnehmer bevorzugen würden, wurden am häufigsten zwei Forderungen genannt: Die positive Variante: „Es sollte mehr getan werden, um die Eingliederung von Gastarbeitern zu beschleunigen“ und die negative: „Gastarbeiter sollten sich ein bißchen besser anpassen, dann wären schon einige Probleme gelöst“¹⁷.
- Bei allen Lösungsvorschlägen zeigten jüngere und formal höher gebildete Teilnehmer mehr Toleranz als ihre Gegengruppen. Teilnehmer aus Stadtteilen mit höherem „Ausländeranteil“ befürworteten in erheblich höherem Umfang restriktive Maßnahmen gegenüber ethnischen Minderheiten. Der Kontakt mit Ausländern erweist sich damit „als ein mögliches Hindernis gegenüber Ausländerfeindlichkeit. Es spricht sich einiges dafür, laut Eckhardt (1987, 88), dass “ die sozialpsychologische Komponente der Ausländerfeindlichkeit wichtiger sind als die soziologische”.
- Alle Gruppendiskussionen haben gezeigt, dass ein „kulturelles Miteinander zwischen Deutschen und Ausländern oder gar eine kulturelle Bereicherung durch die hier lebenden Nationalitäten kein Thema ist. Oder anders ausgedrückt, es erschöpft sich in den Themen Essen und Folklore“ (vgl. Eckhardt 1987, 86). Zur Lösung der Asylantenfrage zeigen die Befunde nicht nur, dass die Forderung nach einer Grundgesetzänderung nicht populär ist, sondern auch, dass die Bürger Deutschlands sich in dieser Frage „allein gelassen fühlen“. In

Rekrutierung der insgesamt 200 Teilnehmer war mit einer Vorbefragung verbunden. In vier Veranstaltungen wurden Fernsehbeiträge des WDR in Gruppen von jeweils 50 Zuschauern vorgeführt. Nach der Vorführung des jeweiligen Fernsehbeitrags mussten alle Teilnehmer einen Fragebogen ausfüllen und eine ausgewählte Teilnehmergruppe nahm zum Schluss noch an einer abschließenden Diskussion teil.

¹⁷ Jeweils 31% der Befragten teilten diese Meinung und nur bei jedem achten der Befragten fand die Forderung Zustimmung, dass „angesichts des Arbeitsplatzmangels“ wir die „Gastarbeiter zurück in ihre Heimatländer schicken“ sollten (vgl. Eckhardt 1987, 86).

den Gruppendiskussionen wurde deutlich, dass die Forderung nach stärkerem Vorgehen gegen Schlepperorganisationen (67% der Befragten bei der Vorbefragung äußerten sich dagegen) den Hintergrund hat, Ungewissheit und quälende Wartezeit der Asylbewerber zu verkürzen (*vgl. Eckhardt 1987, 87*).

- Die gezeigten Dokumentarfilme fanden eine weitaus positivere Resonanz als die Spielfilme (Die den Teilnehmern vorgeführte Dokumentarfilme und die Diskussion, die folgte, beschäftigte sich mit den damaligen aktuellen und umstrittenen Themen „Asyl“ und Grundgesetzänderung). Das oben genannte Ergebnis bedeutet, dass die Dokumentarfilme in diesem Fall auf einen tatsächlichen Informationsbedarf - im Sinne einer Erörterung des Themas- trafen. Und darüber hinaus lässt sich sagen, dass sehr positiv ist, wenn sich das Fernsehen der aktuellen Fragen der Ausländerproblematik in „vertiefend informierender Form“ annimmt (*vgl. Eckhardt 1987, 90f*).
- Ein zweites wichtiges Untersuchungsergebnis bezieht sich auf die Frage der möglichen Wirksamkeit solcher Fernsehbeiträge. Die Mehrheit der Versuchspersonen hat den gezeigten Filmen Einseitigkeit vorgeworfen. In den Gruppendiskussionen wurde mehrmals über die Frage diskutiert, ob man mit „Ausländergegnern“ reden könne und die Antwort war stets negativ (*vgl. Eckhardt 1987, 91f*).

Eckhardt (1987, 92) machte bei seinem Vortrag während der internationalen Fachtagung mit dem Thema „Ausländer und Massenmedien“, die vom 2. bis 4. Dezember 1986 in Köln stattfand, folgende Bemerkung, die ich hier führen möchte: „Wer gegen Ausländerfeindlichkeit antreten will, muß sich Gedanken machen, wie er Leute anspricht, die ausländerfeindlich oder für Ausländerfeindlichkeit anfällig sind.“¹⁸

¹⁸ Um es weiterhin zu erklären, schreibt er: „Es ist mehr als verständlich wenn man sich als Reporter oder Kommentator über Zustände in einem Asylanterlager gefühlsmäßig hinreißen läßt und seinen Gefühlen auch Ausdruck verleiht. Es dürfte aber klar sein, daß überzogenes Engagement nicht gerade den Weg zu denjenigen verkürzt, die sich eher mit den Tätern als den Opfern identifizieren. Man kann auch Vorurteile nicht dadurch erschüttern, daß man sie an möglichst zahlreichen Beispielen vor Augen führt. So gelungen und realistisch solche Szenen in einem Spielfilm sein mögen, provozieren sie beim Zuschauer eher Widerstand, der sich mit Kritikpunkten wie unrealistisch, klischeehaft oder einseitig rechtfertigen läßt“ (*Eckhardt 1987, 92*).

Zur Ausgangsfrage, was Fernsehen gegen Ausländerfeindlichkeit ausrichten kann, wird schließlich von Eckhardt (1987, 92) folgendes betont: „Für Resignation geben die Ergebnisse der Studie keinen Anlaß, wer allerdings Vorurteile wirksam bekämpfen will, muß mehr tun, als mit dem Finger auf sie zu zeigen. Man muß die Vorurteile verstehen, man muß sich mit ihnen auseinandersetzen. Das Fernsehen hat alle Mittel für die Auseinandersetzung zur Verfügung: Entscheidend ist, wie sachgerecht man mit dem Gegenstand, wie offen man mit dem Publikum und wie ehrlich man mit sich selber umgeht.“

2.3. Das „Bild der Ausländer in der Öffentlichkeit“

Das Rhein-Ruhr-Institut für Sozialforschung und Politikberatung in Duisburg hat unter der Leitung von Prof. Georg Ruhrmann mittels einer Befragung mit dem Thema „Das Bild der Ausländer in der Öffentlichkeit“ die Wirkung von Printkampagnen gegen Fremdenfeindlichkeit analysiert.¹⁹ Die Studie wurde 1995 mit dem Preis der Schneider-Stiftung ausgezeichnet. Wie die Verfasser in der Repräsentation ihrer Studie feststellten, fehlten bis heute in Deutschland systematische Studien zur öffentlichen Darstellung von Fremden- bzw. Ausländerfeindlichkeit (vgl. Ruhrmann 1995, 97ff).

Aber seit den Anschlägen von Hoyerswerda 1991 und Rostock 1992 gehören Kampagnen (die sogenannten „Toleranzkampagnen“)²⁰ gegen

¹⁹ Das Ziel der Studie war:

- „einen theoretischen Rahmen zur Beschreibung und zur Erklärung von Fremdenfeindlichkeit zu entwickeln,
- Fremdenfeindlichkeit im Mediendiskurs und in der Bevölkerungsmeinung zu beschreiben,
- im Rahmen einer Befragung zu ermitteln, wie Kampagnen gegen Fremdenfeindlichkeit bei der Bevölkerung aufgenommen werden und
- zu analysieren, in welchem Zusammenhang diese Bewertungen mit Einstellungen gegenüber Ausländern, Medien und Politik stehen“ (vgl. Ruhrmann 1995, 98).

²⁰ Folgende Kampagnen wurden bei der Befragung untersucht.:

- a. „live and work together“, die im Rahmen der Esprit – Kampagne „Was würdest du tun“ geschaltet ist. „Esprit“ ist ein Modeunternehmen. Die Kampagne erschien von Februar bis März 1993 als Anzeige in verschiedenen Zeitungen mit der Gesamtauflage von 5.272.11 Exemplaren.
- b. „Ausländerhaß – wir sagen nein“: Am 12. Februar 1993, am Tag des offiziellen Starts der Gemeinschaftsaktion der deutschen Zeitungsverleger, wurde Zeitungen ein Aufkleber mit der Aufschrift „Ausländerhaß – wir sagen nein“ beigelegt. An der Kampagne nahmen über 100 Zeitungen mit einer Gesamtauflage von rund 10 Millionen Exemplaren teil.
- c. „Fairständnis“, die zu einem „Sofortprogramm gegen Extremismus und Fremdenfeindlichkeit“ der Innenminister von Bund und Ländern gehört, das a. 26. März 1993 gestartet wurde. Zielgruppe des Programms waren insbesondere Jugendliche, deshalb erschien es in Jugend- und Szenezeitschriften, mit einer Gesamtauflage von 4,3 Millionen (vgl. Ruhrmann 1995, 107f).

Fremdenfeindlichkeit zum Alltag der Kommunikationspolitik in Deutschland. Im Rahmen der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit werden sie von Unternehmen, Organisationen und vom deutschen Staat (wie z. B. von den Innenministern von Bund und Ländern) veranlasst. Es sind jedoch die Medien selbst, welche die Kampagnen initiieren.²¹

Von den wichtigsten Ergebnissen der Studie sind folgende zu nennen:

- Einstellung zu Ausländern und zur Ausländerberichterstattung:

Die Mehrzahl der Befragten (vor allem im Alter zwischen 31 und 45 Jahren) sind nicht der Meinung, dass die Medien ein „ausgewogenes“ Bild der Ausländer vermitteln. Auch bei Zeitungen und Zeitschriften, die als Printmedien einen leichten „Glaubwürdigkeitsvorsprung“ besitzen, wird zu viel „Negativität“ in der Ausländerberichterstattung bemerkt (vgl. *Ruhrmann 1995, 110*).

- Das Thema „Ausländerfeindlichkeit“ wurde von den Befragten auf der Skala politischer Problembereiche als der drittwichtigste Themenbereich, hinter „Umweltverschmutzung“ und „schlechter Wirtschaftslage“, aber noch vor „Kriminalität“ oder „Kosten der Wiedervereinigung“ eingestuft. Von einem Drittel der Befragten werden die Ursachen für ein problematisches Verhältnis zwischen Ausländern und Deutschen allein bei den Ausländern gesehen und als solche werden kulturelle Unterschiede an erster Stelle, Vorurteile und Intoleranz an zweiter Stelle, Religion an dritter und Nichtanpassung der Ausländer an vierter Stelle genannt. Darüber hinaus bestehe ein Handlungsbedarf seitens der Regierung und ein Umdenken der Deutschen sowie mehr Integrationsmöglichkeiten für die Betroffenen, so die Befragten (vgl. *Ruhrmann 1995, 111f*).

- Aus einer Clusteranalyse im Rahmen der Studie lässt sich sagen, dass „sich nicht von der Fremdenfeindlichkeit sprechen lässt, sondern dass zumindest ansatzweise ein differenziertes Muster sozialer, psychologischer und medialer Merkmale herangezogen werden muß, um Fremdenfeindlichkeit empirisch angemessen zu beschreiben“ (*Ruhrmann 1995, 113*).

²¹ Wie z.B. die RTL – Kampagne „gegen Haß“, die WDR- Kampagne „Flagge zu zeigen“, gegen Fremdenfeindlichkeit und die Medien gegen Rassismus, die „ausländerfeindlicher Propaganda und rechtsextremen Parolen in Wahlsports zu widersprechen“ versuchen (vgl. *Ruhrmann 1995, 99*).

- Befragte mit ausländerfeindlicher Einstellung nehmen das Ausländerbild sowohl im Fernsehen als auch verstärkt in den Printmedien als zu positiv wahr und kritisieren einen zu hohen Anteil an Ausländerberichterstattung (vgl. *Ruhrmann 1995, 116*).

- Die wichtigsten Einflussfaktoren von Fremdenfeindlichkeit sind die politische Orientierung der Befragten und insbesondere ihre Einstellung zum Pluralismus, ihre Einstellung zum politischen Engagement und ihre Links-Rechts-Selbsteinstufung, sowie ihr persönlicher Kontakt zu Ausländern (vgl. *Ruhrmann 1995, 115*).

- „Je größer die soziale Distanz der Befragten und je weniger persönlich der Kontakt zu Ausländern ist, um so größer ist die Zustimmung zu diskriminierenden Aussagen.“ Diese Einstellungen sind „mitbedingt durch eine antipluralistische und antipartizipatorische Grundhaltung“ (*Ruhrmann 1995, 116*).

- Zum Schluss wurde von den Verfassern betont, dass die untersuchten Kampagnen „hinsichtlich ihrer Zielgruppen nicht zuverlässig die beabsichtigte Wirkung“ entfalten. Anders ausgedrückt: „Die kommunikationspolitische Praxis weiß noch zu wenig über die tiefenpsychologische Wirkung der Kampagnenkommunikation und die psychologische Struktur zunehmend unterschiedlicher Zielgruppen“ (*Ruhrmann 1995, 116f*).

Diese Einheit möchte ich mit den Empfehlungen des Verfasser der vorgestellten Studie schließen: die „ständige Evaluation politischer Öffentlichkeitsarbeit über die Themen der Ausländerfeindlichkeit und Migration“ sei erforderlich. Wie weiterhin betont wird, sollte „eine darüber hinausgehende Grundlagenforschung über den Zusammenhang von Medienwirkungen und der Entstehung (neuer) ausländerfeindlicher Haltungen“ nicht als „Fehlinvestition oder gar Luxus abgetan werden.“ Denn in der Informationsgesellschaft besteht die Möglichkeit, von einer Diskussion über Kommunikation ohne Vorurteile zu wissenschaftlichen Fundamenten einer Kommunikationspolitik zu gelangen“ (*Ruhrmann 1995, 119*).

3. Bestandsaufnahme der Medienangebote für ethnische Minderheiten in Deutschland in den öffentlich-rechtlichen Anstalten

Die Tatsache, dass Millionen ethnischer Minderheitenangehörigen seit mehreren Jahren bzw. Jahrzehnten in Deutschland wohnen, hat dazu geführt, dass die hier beschriebene Problematik unter den verschiedenen Aspekten in die öffentliche Diskussion Eingang gefunden hat und damit auch ihre Widerspiegelung in den Massenkommunikationsmitteln in vielfältigster Weise erfolgt.

Andererseits bleibt es - trotz der Bemühungen in den letzten Jahren - immer noch fraglich, in welchem Umfang und vor allem in welcher Art und Weise - wie ich in diesem Kapitel zeigen werde - die Massenmedien ihre „öffentliche Aufgabe“ erkannt haben.

Die Präsentation dieser Bevölkerungsgruppen in den Massenmedien wird im nächsten Kapitel erforscht.

Der öffentlichrechtliche Rundfunk in Deutschland habe sich - so die Medienkommission von ARD und ZDF - von seinem Auftrag her nicht nur um die Allgemeinheit der sehr gut organisierten Majoritätsgruppen, sondern auch um die schwächer organisierten Minderheitengruppen der Gesellschaft zu kümmern. Zu diesen Minderheiten gehören auch alle ethnischen Minderheiten in Deutschland.

3.1. Fremdsprachige ARD- Hörfunksendungen: Entstehung, Ziele, Organisation, Inhalt und Entwicklung

a. Entstehung und Entwicklung

Der Beginn der sogenannten „Gastarbeitersendungen“ im Hörfunkprogramm geht auf das Jahr 1961 zurück. Ihre Entstehung „hängt mit dem Mauerbau 1961 zusammen“. Die neuen Sendungen sollten in der Zeit ihrer Entstehung aber gleichzeitig auch die Antwort des Westblocks auf fremdsprachige Sendungen für die im westlichen Block lebenden und arbeitenden ausländischen Arbeitskräfte vor allem vom Rundfunk der DDR und aus Ungarn sein. In den Ostblock- Staaten wurde zu dieser Zeit die Entwicklung auf dem deutschen Arbeitsmarkt mit politischem Interesse verfolgt. Deshalb hatten einige Länder, bereits Sendungen in den einschlägigen Sprachen aufgenommen (*BayerischerHörfunk 1994, 3*). Am besten hörbar war Radio

Prag für Italiener und Spanier und Radio Budapest für Griechen und Türken (vgl. Kusch 1974, Teil II).

Damals wurden außerdem viele ausländische Arbeitnehmer aus Krisenangst bewogen, die Bundesrepublik zu verlassen und zugleich wurde die Nachwanderung von Arbeitskräften aus Osteuropa abrupt gestoppt (vgl. Busch 1994, 37). Andererseits hatte sich zu diesem Zeitpunkt der Zuzug ausländischer Arbeitskräfte aus den sog. Anwerbeländern in die Bundesrepublik bereits so weit verstärkt (vgl. Kapitel I, Einheit: 1.2.2 vorliegender Arbeit), dass sich die Notwendigkeit eines speziellen Informationsangebotes durch den Rundfunk ergab.

b. Ziele, Organisation und Entwicklung des Programms

o Erreichte Nationalitätengruppen

Die oben genannten Gründe veranlassten im Herbst 1961 zunächst den Saarländischen Rundfunk, dann in den Jahren 1962/63 den Bayerischen und den Westdeutschen Rundfunk, fremdsprachige Sendungen in das Hörfunkprogramm aufzunehmen. Am 21. Oktober 1961 sendete also der Saarländische Rundfunk den ersten Beitrag, woraus 1964 ein überregionales Gemeinschaftsprogramm entstand.

Aufgrund des damals höchsten Anteils der Italiener an der ausländischen Bevölkerung, waren die ersten Sendungen für diese Minderheitengruppe bestimmt. 1962 wurden Sendungen in griechischer und spanischer Sprache eingerichtet, zwei Jahre später (am 1. Juni 1964) folgten Sendungen in türkischer und im Mai 1970 in serbo/kroatischer/bosnischer Sprache (vgl. Bayerischer Rundfunk 1994 2f).

Seit 1964 produzieren BR und WDR ein tägliches Angebot, das von allen Landesrundfunkanstalten -außer MDR und ORB- im Paket oder in Auswahl übernommen und am Abend ausgestrahlt wird, bei den meisten Anstalten über MW, bei einigen allein oder zusätzlich über UKW, beim SFB im Rahmen von RADIOMultikulti, bei WDR und Radio Bremen im Rahmen von Funkhaus Europa, beides spezielle Angebote für Deutsche und Ausländer.

Das Angebot umfasste Sendungen in spanischer und griechischer Sprache vom BR, deren Sendung vor kurzem eingestellt wurde. Nun gibt es nur das Angebot in türkischer Sprache vom WDR und seit 1.1.1999 in russischer und polnischer Sprache vom SFB. Italienische Sendungen bieten sowohl der BR als auch der WDR an. Außerdem produziert der WDR das „Radio Forum“ in

Albanisch, Bosnisch, Kroatisch, Macedonisch, Serbisch und Slowenisch. Die Sendungen dauern 30 bzw. 20 Minuten.

c. Inhalt und Aufgabe der fremdsprachigen ARD- Sendungen

Die Hauptaufgabe dieser Sendungen war von Anfang an neben dem Angebot einer sog. „Existenz- und Orientierungshilfe“ für die ausländische Bevölkerung im Gastland zugleich ein Versuch, ihre „nationale Identität“ zu wahren und „Brücken zur Heimat“ zu bauen.

Im Laufe der Zeit hat sich das Programm weiterentwickelt und heute versteht es sich als ein „Familienprogramm“ für ethnische Minderheiten in dem vor allem auch der europäische Gedanke seinen Ausdruck findet (*vgl. Scharf 1994, 1*). Im Rahmen der Weiterentwicklung versucht man jedoch, zu Akzentverschiebungen zu kommen. Die Sendungen sollen sich nicht mehr nur an die männlichen „Gastarbeiter“ richten und auf die zeitlich begrenzte Aufenthaltsperspektive abzielen; sie sollen sich an die ganze Familie wenden, deren Mitglieder aufgrund ihrer langen Aufenthaltsdauer als „fester Bestandteil der Bevölkerung der Bundesrepublik anzusehen“ sind (*vgl. Bayerischer Rundfunk 1994, 6*).

Inwieweit dieses Programm seine Ziele erreicht und ob es den Bedürfnissen und neuen Situation der Bürger ausländischer Herkunft, die sich entschlossen haben in Deutschland zu bleiben, Rechnung trägt, wird in einem weiteren Punkt dieser Einheit ausführlich untersucht, da eine weitreichende Einigung aller mitbeteiligten Seiten über die Reformbedürftigkeit der fremdsprachigen ADR-Programme herrscht.

3.2. Regionalsendungen

Gleichzeitig mit der Einrichtung des Gemeinschaftsprogramms begannen einzelne Landesrundfunkanstalten wie der Hessischer Rundfunk (HR), der Saarländische Rundfunk (SR) und der Sender Freies Berlin (SFB), zusätzliche Regionalsendungen auszustrahlen, so dass das bundesweite Gemeinschaftsprogramm heute von einem differenzierten regionalen Sendeangebot der Landesrundfunkanstalten ergänzt wird (*vgl. Kusch 1974; Busch 1994, 43*). Das inhaltliche Konzept lässt sich von dem der überregionalen Sendungen nicht grundsätzlich unterscheiden.

Diese Programmangebote waren zunächst reine Unterhaltungssendungen.²² Neben diesen Unterhaltungssendungen wurden in neuerer Zeit auch einige zusätzliche regionale Informationssendungen für bestimmte im Sendegebiet besonders stark vertretene Sprachgruppen aufgenommen.

Das „Ausländerprogramm“ des Hessischen Rundfunks hat eine große und vielfältige Erfahrung mit Sendungen „von und über Ausländer“. Die Sendung „Rendezvous in Deutschland“ wurde schon 1996 30 Jahre alt. Vom Hessischen Rundfunk wird auch die Sendung „Nachrichten und „Informationen für Ausländer in Hessen“ gesendet.

Die Sendung „Rendezvous in Deutschland“ wendet sich sowohl an alle Nichtdeutsche als auch an alle interessierten deutschen Hörer: „Das ‘Rendezvous’ versucht den Spagat, muttersprachliche Zielgruppenhörer und andere gleichzeitig anzusprechen und über eine möglichst lange Zeitspanne der knapp drei Stunden Sendezeit zu halten. (...) Das Thema oder die Themen werden in der Muttersprache und auf Deutsch behandelt, mitunter auch in fliegenden Wechseln“ (*Schneider 1995/96, 136*). Dieses multikulturelle Magazin wird, wie gesagt, vom HR produziert, sonntags in HR 4 ausgestrahlt und wird von SR 4 und SFB 4 Multikulti übernommen.

Außerdem gibt es beim SR die wöchentliche „Mezz’ora Italiana“, die älteste Sendung für Gastarbeiter überhaupt (seit 1961), das DAB-Angebot SWR International sowie Beiträge in den speziellen Programmen von SFB, WDR und Radio Bremen.²³

3.3. Regionale Hörfunkprogramme

Es gibt auch Versuche von regionalen Hörfunkprogrammen, die einen konzeptionellen Bruch mit diesem traditionellen inhaltlichen Konzept der fremdsprachigen ARD- Sendungen darstellen, sich an der „Tendenz zu einem Grundversorgungsansatz“ orientieren.

3.3.1. Berlin: SFB 4 - Radio Multikulti

Eine Antwort des Senders Freies Berlin (SFB) auf die „Defizite in der Medienversorgung“ der Bürger ausländischer Herkunft in der Hauptstadt war

²² Wie z. B. die Sendung „Musik ist international, Stars und Schlager“, BR, täglich 21.00 - 23.00 Uhr oder die Sonntagssendung „Rendezvous in Deutschland. Internationale Rhythmen, serviert in fünf Sprachen“, HR, Sonntags 11.30 - 14.00 Uhr.

²³ Zeitlicher Stand: März 2002.

das Projekt „SFB 4-Radio Multikulti“ (vgl. Voss 1995/96, 127). Dabei geht es um eine „multikulturelle Welle“, die am 18. September 1994 zum ersten Mal in der UKW-Skala des Berliner Radiomarktes ihren Platz gefunden hat. Das SFB- Radio Multikulti , das nach der Experimentphase inzwischen in 19 Sprachen, 24 Stunden rund um die Uhr seine Sendungen vermittelt, wurde u.a. auch durch die UNESCO ausgezeichnet.

Es ist bestimmt kein Zufall, dass ein solches Projekt in Berlin realisiert wurde, denn Berlin ist eine „multikulturelle Metropole“, in der Menschen aus 181 Staaten zusammenleben (12,1 Prozent der Berliner Bevölkerung sind Bürger ausländischer Herkunft, 140.000 davon sind türkischer Abstammung). Dr. Friedrich Voss, Leiter des Senders „Radio Multikulti“ (SFB 4) beschrieb im „4. Radioforum Ausländer für uns“, das vom SDR am 20-22 März 1995 in Stuttgart organisiert wurde, die Aufgaben dieses Senders wie folgt: „Die ausländischen Bürger leisten ihren Anteil am Gemeinwesen dieser Stadt. Dennoch blieb ihnen bis heute eine adäquate Versorgung durch die Medien versagt. Desgleichen mangelt es an einem Forum, das zum Abbau von Ressentiments auf deutscher Seite wie auf Seiten der Minderheiten beitragen kann. Hier liegen die Aufgaben des multikulturellen Programms für Berlin, das damit zugleich eine Pilotfunktion für die ARD übernimmt“ (vgl. Voss 1995/96, 127).

Die Aufgabe dieses Hörfunkprogramms ist doppelt: es bietet einerseits eine Grundversorgung für die ausländischen Mitbürger, die es ihnen ermöglicht, sich in Deutschland zu orientieren, ohne die eigene kulturelle Identität aufzugeben. Andererseits versteht es sich als „Forum der Verständigung“ zwischen ethnischen Minderheiten und Deutschen in der Stadt-Berlin. Voss (1995/96, 129f) beschreibt diese Aufgaben wie folgt: „Kontakt herstellen, um Fremdheit abzubauen, lautet ein wesentliches Ziel. Information, Aufklärung und wechselseitiges Kennenlernen sind Voraussetzungen einer Integration. Die Berichterstattung legt einen Schwerpunkt darauf, Normalität zu beschreiben. Weder Exotismus noch einseitige Problemorientierung sind hier förderlich. Das Leben in einer multikulturellen Gesellschaft ist Alltag; diesen Alltag aufzugreifen, zu spiegeln und zu reflektieren, ist das Anliegen des multikulturellen Programms.“

Das Programm versuchte also, „inhaltlich und formell neue Wege zu beschreiten“ und sollte „exemplarisch“ nicht nur für Deutschland, sondern auch für ganz Europa sein.

Dieses multikulturelle Programm soll sowohl von den Hörern ausländischer Herkunft in Berlin wie vom einheimischen deutschen Publikum akzeptiert werden. Zu jeder vollen Stunde wurden Nachrichten gesendet und Meldungen aus den Heimatländern der verschiedenen Nationalitäten. Typisch für das Programm ist die „Musikfarbe“: aktuelle, gut hörbare Musik aus aller Welt.²⁴

Wichtiger Kooperationspartner des multikulturellen Programms war das „Haus der Kulturen der Welt“ (HKW) im Berliner Tiergarten, eine Institution, die seit Jahren für eine kulturübergreifende Verständigung zwischen Menschen verschiedener Herkunft kämpft. Als weitere Partner werden die BBC, die DW und das RFI genannt. Es bestand außerdem auch eine enge Zusammenarbeit mit den anderen Häusern der ARD.²⁵

Besonders berücksichtigt wurden die Hörgewohnheiten der ausländischen Bürger, wie sie in Studien belegt sind, und nach denen wurden die Sendezeiten der muttersprachigen Sendungen bestimmt. Das Leitmotiv des Programms, „ein Forum der Verständigung zu schaffen“ spiegelt sich in einer eigenen Sendestrecke wieder.

Eine Nutzungsstudie des Medienforschungsinstituts Forsa zeigte unter anderem, dass das SFB- Multikulti Radio täglich 4.000 türkische Hörer in Berlin, entsprechend einer Tagesreichweite von 4 Prozent, findet, was als sehr positiv zu bewerten ist.²⁶ Eine parallele Umfrage der SFB-

²⁴ Ausgeklammert bleibt die Rock- und Popmusik aus dem anglo- amerikanischen Raum, die den Klang der anderen Wellen bestimmt. In sämtlichen Programmbereichen der multikulturellen Welle wird Weltmusik zu hören sein, die in verschiedenen Sendungen auch selbst zum Thema wird, u.a. auf eigenen Sendeplätzen für Ethnomusik (vgl. Voss 1995/96, 132).

²⁵ Besonders in dem Nachtprogramm bestand eine Kooperation europäischer Rundfunkanstalten, die unter dem Dach der European Broadcasting Union (EBU) zustandegebracht wurde. Es handelte sich um „musikalisch global ausgerichtete und besonders authentischen Sendungen aus europäischen Metropolen (London, Paris, Prag, Stockholm, Madrid, Wien, Basel, Helsinki, Istanbul, u.a.) und Übersee (Toronto). Sie werden wenige Tage nach ihrer Erstaussstrahlung in Originalsprache in das Nachtprogramm übernommen“ (Voss 1995/96, 132f).

²⁶ Nur jeder zweite türkische Berliner hört überhaupt Radio, nur jeder fünfte täglich oder fast täglich. SFB 4 Multikulti spreche besonders diejenigen an, die einen mittleren oder geringeren „Integrationsgrad“ aufweisen. Gehört würden hauptsächlich die beiden türkischsprachigen Angebote um 17.00 (SFB-Magazin in Türkisch) und 19.40 (ARD-Fremdsprachenangebot).

Medienforschung ergab, dass fremdsprachige Multikulti- Hörer am häufigsten die Programme in der eigenen Sprache nutzen.²⁷

3.4. Zur Zukunft und Neuordnung der muttersprachigen ARD-Sendungen. „Funkhaus Europa“ (WDR)

Zwischen Dezember 1994 und März 1995 fanden beim Westdeutschen Rundfunk Köln Anhörungen über die Zukunft und Neuordnung der muttersprachigen Sendungen der ARD statt. Ende des Jahres 1995 wurde sogar vom WDR eine Umfrage mit der selben Fragestellung durchgeführt, deren Ergebnisse natürlich nicht veröffentlicht wurden. Bei den o.g. Anhörungen wurden Medienexperten, Vertreter von Kulturverbänden, Kirchen und Gewerkschaften und Journalisten eingeladen, die von der Unverzichtbarkeit von muttersprachlichen Sendungen als effektivste Möglichkeit, die mehrsprachige Zielgruppe zu erreichen, sprachen. Sie sahen darin ein „wichtiges indentifikatorisches Moment“ der ethnischen Minderheiten in der deutschen Gesellschaft (*vgl. Zambonini 1995/96,139*).

Betont wurde auch die Reformbedürftigkeit des bestehenden Angebots. Dies wird von der demographischen und gesellschaftlichen Veränderungen der Struktur der Bevölkerung ausländischer Herkunft und die Änderungen innerhalb der Medienlandschaft (verstärkt seit 1990) bedingt. Die Abendsendungen der ARD leiden unter der starken Konkurrenz der TV-Angebote aus den Herkunftsländern. Außerdem sollten muttersprachliche Zielsendungen für Kinder, Ältere und Frauen auch zu Tagesbestzeiten ausgestrahlt werden (*vgl. Zambonini 1995/96,139*).

In den Hearings hat sich unter anderem ein Konsens über folgende Punkte herauskristallisiert:

1. Muttersprachliche Sendungen sind unverzichtbar.
2. Um die Hörerschaft differenziert ja nach Alter, Geschlecht und Ausbildungsniveau ansprechen und erreichen zu können, müssen altersgeschlechts- und schichtspezifische Angebote zu verschiedenen Tageszeiten ausgestrahlt werden.
3. Es sollten regionale Fenster eingerichtet werden, zum einen für lokale Informationen, zum anderen für spezifische Sprach- bzw. Volksgruppen, die

²⁷ Vgl. <http://www.prenzl.net/~mr94/epd/SFB-Multikulti-Maerz96.html>

nur in bestimmten Gegenden Deutschlands leben. (Vgl. Breuer-Ücer & Zambonini 1996, 465)

Funkhaus Europa (WDR)

Diese Ergebnisse der Hearings haben dazu beigetragen, die Frage offen auf den Tisch zu bringen, ob die Ausländerprogramme in einer Multikultiwelle aufgehen oder eingehen sollen?

Als Schlussfolgerungen aus den Hearings wurde vom damaligen Hörfunkdirektor und jetzigen Intendanten des WDR Fritz Pleitgen (und später vom jetzigen Hörfunkdirektor Thomas Roth) die Idee des „Funkhaus Europa“ entwickelt, die „eine ganztägige Welle für die unterschiedlichen in Deutschland lebenden Sprachminderheiten mit Deutsch als lingua franca, als gemeinsamer Verbindungssprache sein sollte (vgl. Zambobini, 1995/96 139). Dadurch sollten in mindestens zwölf Sprachen die „unterschiedlichen und breitgefächerten Bedürfnissen eines Zeitpublikums von über sieben Millionen Menschen angemessen berücksichtigt werden“ (Breuer- Ücer/Zambonini 1996, 465).

Gunther Schneider, Leiter der Ausländerprogramme des Hessischen Rundfunks, bemerkte beim „4. Radioforum Ausländer bei uns“ (SDR , 20-22 März 1995, Stuttgart) sehr zutreffend, dass jedoch auch die „Vorstellungen auf den Tisch gelegt werden“ müssten, „wie das Profil definiert wird, wie das Format aussehen soll, welche Hörerschaft angespielt wird“. Denn, wie er bei seiner Teilnahme am dritten WDR-Hearing feststellte, ging es um „mehrere Wellen“. Denn die Organisationen der ethnischen Minderheiten, deren Wünsche eingesammelt wurden, erwarten eine Sequenz von Muttersprachensendungen mit mehreren Sprachen und ausgedehnten Sendezeiten. Die WDR-Planer äußerten sich indirekt dazu, dass ihre Überlegungen eher in Richtung eines Weltmusikteppichs mit muttersprachlichen und deutschen Wortanteilen gehen (vgl. Schneider 1995/96, 137).

Auf meine direkte Frage an das WDR (Schreiben vom 10.03.1998) nach den Perspektiven einer Realisierung des Projektes „Funkhaus Europa“ wurde mir (in einem Schreiben vom 26.03.1998) folgendes mitgeteilt: „Aufgrund der aktuellen schwierigen Situation der ARD, bedingt durch die bekannten Sparmaßnahmen und den damit verbundenen knappen Ressourcen an

Personal, Finanzen und Technik gibt es derzeit keine Möglichkeiten, dieses Projekt zu verwirklichen. Erschwert wird die Realisation zusätzlich durch die Probleme der Verbreitung über terrestrische Frequenzen, Kabel oder Satellit. Dennoch wird der WRD an der Idee des Projektes „Funkhaus Europa“ festhalten und weiterhin nach Möglichkeiten der Realisierung zu einem späteren Zeitpunkt suchen”(vgl. *Anhang III, WDR-Schreiben vom 26.03.1998*).

Einige Monate später, am 30.08.1998, startete tatsächlich das Radioprogramm des WDR „Funkhaus Europa“, als Programmangebot für Hörer ausländischer Herkunft und interessierte Deutsche in Nordrhein-Westfalen.²⁸ Das Funkhaus Europa sendet in Deutsch und 15 weiteren Sprachen Informationen, sowie Weltmusik jenseits von englischsprachigem Pop. Aktuelle Informationensendungen und stündliche Nachrichten werden in der „lingua franca“ Deutsch gesendet. „Cosmo“, ein deutschsprachiges Magazin, behandelt montags bis freitags ab 7.05 Uhr innen- und außenpolitische Themen, aber auch mit Glossen und Sketchen. Das Tagesprogramm strukturieren kosmopolitische Magazine und Musiksendungen. Abends prägen bis 22.00 Uhr die fremdsprachigen Programme der ARD, welche der WDR und SFB-Radio-Multikulti sonntags um eine kurdische Sendung ergänzt haben. Im Anschluss gestalten WDR und SFB-Radio-Multikulti die „World Musik Night“ mit Übertragungen von Musiksendungen aus Radiostationen in aller Welt.

3.5. Fremdsprachige ARD - Fernsehprogramme

Während der Anwerbezeit und der 70er Jahre entstanden im deutschen Fernsehen (ZDF und WDR) fremdsprachige Sendungen, die nicht mehr ausgestrahlt werden (zu diesen Sendungen vgl. *Zentrum für Türkeistudien 1995, 472ff*).

Nur vom WDR wird das wöchentliche Magazin „Babylon“ gesendet. Es gilt als die Entwicklung der früheren Sendung „Ihre Heimat-Unsere Heimat“ (WDR). Die Sendung existiert seit über 35 Jahren und wird Samstags und Sonntags von 10.00-11.00 Uhr aus WDR in „Zweikanalton“ (deutsch und in der

²⁸ Es wird mit SFB-Radio-Multikulti und Radio Bremen zusammengearbeitet, rund um die Uhr ausgestrahlt auf UKW und analog über einen ASTRA – Satelliten sowie über MW und UKW im Land Bremen und ist inzwischen auch digital über ARD zu empfangen.

Sprache der Nationalität, welche die Nachricht oder die Reportage betrifft) ausgestrahlt. Jeden Sonntag wird es auch von den Regionalprogrammen von Hessen und Norddeutschland gesendet. Der Inhalt der Sendung wird in mehrere Teile gegliedert: Ein Teil der Themen, die behandelt und vorgestellt werden, betreffen die ethnischen Minderheitenangehörigen aus den EU-Mitgliedsstaaten (Italiener, Spanier, Griechen, Portugiesen). Ein weiterer Teil der Sendung betrifft diejenigen aus Ländern von Ost-Europa, und schließlich gibt es einen Teil der gesamten Sendezeit, der den in Deutschland lebenden Türken gewidmet wird. Die Thematik ist um Informationen, Nachrichten, Reportagen und Interviews über Migrationsthemen bestrebt. Eines der Ziele dieser Sendung ist die sog. „Brücke zur Heimat“ und deshalb werden wichtige kulturelle Veranstaltungen und weitere Ereignisse aus dem Heimatland vorgestellt. Besonders schwierig für die Hersteller der Sendung ist die Vorstellung von Themen über Bürgerkriege oder politische Unruhen in den Herkunftsländern ihrer Zuschauer. Im Vergleich zu „Ihre Heimat- Unsere Heimat“ hat „Babylon“ eine interkulturelle Orientierung vorzuweisen, aber sie wird nicht mehr von so vielen Zuschauern gesehen. Es gibt viele Gründe dafür. Zwei sind die wichtigsten: Die Konkurrenz der Sendungen über Satellit, die Fernsehprogramme direkt aus dem Herkunftsland in Deutschland ausstrahlen, und die Tatsache, dass die Art der interkulturellen Sendungen von Migranten der ersten Generation nicht gesehen werden. Diese bildeten jedoch früher die Mehrheit der Zuschauer. In der letzten (*vgl. Assimenios 1998, 35*).

3.6. Bemerkungen zu den fremdsprachigen ARD – Sendungen

a. Zur Zielsetzung

Bei der Beschreibung des Konzepts der ARD Programmsendungen wurde deutlich, was oft in der Literatur über das ARD-Programmangebot geäußert wird, dass es nämlich vielfältig über das Heimatland informiert und es neben der „Orientierungshilfe für das Leben in der Bundesrepublik“ eine sog. „Brücke zur Heimat“ zu bauen versucht. Die Erhaltung und der Aufbau von Kontakten zum Heimatland wird als eine Aufgabe verstanden, deren Ziel die Bewahrung der „kulturellen Identität“ der in Deutschland lebenden ethnischen

Minderheiten sei, denn ihre Bindung an die Ursprungskultur und damit an das Heimatland ist groß.²⁹

Empirisch belegt ist die Tatsache, dass die Mehrheit (ca. 80-90 %) unter den Bürgern ausländischer Herkunft der sog. ersten und zweiten Generation die muttersprachlichen Sendungen der ARD vermissen würden. (vgl. *Eckhardt 1990, 668; Zambonini/ Berbi 1985, 101*). Dazu muss ich aber auch anrechnen, was Busch (1994, 31) sehr zutreffend zu den o.g. ARD-Untersuchungsergebnissen von 1981 und 1986 kommentiert: „Nicht alles, was in empirischen Untersuchungen als wünschenswert geäußert wird, ist in ganzem Umfange auch wirklich“. Die hohe Wertschätzung von muttersprachlichen Sendungen wird u.a. auch so erklärt, dass ihre bloße Existenz im gesamten Programmangebot der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten in Deutschland schon als „Ausdruck der Achtung und Anerkennung interpretiert wird“ (*Reckstorf 1984, 158*). Eine ARD-Studie über die ARD-Ausländerprogramme von 1981 kommt sogar zu dem Ergebnis, dass man der Medienfunktion „Brücke zur Heimat“ bei den Ausländersendungen höhere Aufmerksamkeit widmen sollte, als der Funktion der „Orientierungshilfe für das Leben in der Bundesrepublik“ (vgl. *Darkow/ Eckhardt/ Maletzke 1985, 124; Reckstorf 1984, 157 und Busch 1994, 31*).

Dies möchte ich durch eine Anleihe bei Renckstorf (1984, 157) erklären: „Im Zuge zunehmender Verweildauer, einem sich abzeichnenden Generationswechsel und bei verbesserten deutschen Sprachkenntnissen stellt sich die Frage, ob hier die Prioritäten nicht überdacht werden sollten; ob nicht heute der Kontakt zum jeweiligen Heimatland im Vordergrund der Programmfunktionen zu stehen habe. In der Tat scheint mir eine wichtige Aufgabe darin zu bestehen, die Ausländer in der BRD vor dem Verlust ihrer „kultureller Identität“ zu bewahren, ein Verlust, der sicherlich nicht nur in Einzelfällen zum Verlust auch der „persönlichen Identität“ führen könnte und anomische Konstellationen begünstigte. Hier stellt sich den Medien eine zentrale Aufgabe“.

²⁹ Nach einer Untersuchung in Nordrhein-Westfalen existiert ein Mehrbedarf der Hörer/Zuschauer ausländischer Herkunft nach „Informationen über das Heimatland“. Zwei Drittel der Befragten wünschen sich nach der o.g. Untersuchung in NRW mehr Berichte und Musik aus der Heimat und 50% wünschen sich mehr über Geschichte und Kultur von ihrem Herkunftsland zu erfahren. Über Aktuelles aus dem Heimatland fühlen sich von dem ARD-Ausländerprogramm als gut informiert 26%, als mittelmäßig informiert 53% und als schlecht informiert 21% (vgl. *Eckhardt 1990, 666*).

Dieses Ziel kann aber keinesfalls erreicht werden, wenn diese Rundfunk- und Fernsehprogramme die ethnische bzw. kulturelle Identität der Hörer/Zuschauer ausländischer Herkunft zu fördern versuchen, indem sie „lediglich quantitativ mehr Nachrichten über das Heimatland aufnehmen oder durch Musik eine abstrakt bleibende Heimwehstimmung erzeugen“, wie es in dem UNESCO Bericht (1977, 60f) deutlich heißt. Ganz im Gegenteil. Ein dominierendes Interesse für alles was im Heimatland stattfindet, kann eine adäquate Orientierung in Deutschland nicht fördern. Vielmehr sollte man uns nach dem fragen, wie man das Interesse am Heimatland, die Bewahrung der „kulturellen Identität“ der Hörer und Zuschauer ausländischer Herkunft und ihr Leben in Deutschland miteinander verbinden könnte (vgl. Kühne-Scholand 1987, 117).

b. Zur Informationen über das Leben der ethnischen Minderheiten in Deutschland

Die Widerspiegelung in den Medien des Lebens der ethnischen Minderheiten in dem Ort, wo sie wohnen, und die Befassung der Sendungen mit der Lebenswelt in Deutschland sind meines Erachtens als ungenügend zu bewerten. Besonders mangelhaft ist die Befassung der fremdsprachigen ARD-Sendungen mit der deutschen Lebenswelt der ethnischen Minderheiten, insbesondere dort, wo eine Auseinandersetzung mit Wertungswidersprüchen zur deutschen Umwelt erforderlich wäre (vgl. Busch 1994, 38 & Brütting/Masson 1985, 31). Das Bedürfnis von Hörern/Zuschauer ausländischer Herkunft ist groß, sowohl nach lokalen Informationen als auch nach allgemeinen Dingen, die über ein spezifisches Interesse von ethnischen Minderheiten hinausgehen. Damit sind Informationen über Wohnen, Dienstleistungen, Alltagskultur, Wetterbericht, die Verkehrslage, örtliche Sportnachrichten und Wirtschaftsnachrichten gemeint. Wenn ethnische Minderheiten von diesen Informationen abgeschnitten bleiben, sind sie in einem wesentlichen Bereich ausgegrenzt (vgl. Kühne-Scholand 1985, 116). Nach der britischen Erfahrung könne eine Verbindung von „Grundversorgungs-bedürfnissen“, insbesondere hinsichtlich des Lebens der Hörer/Zuschauer ausländischer Herkunft in dem Ort, wo sie leben, mit der Muttersprache ein großer publizistischer Erfolg sein (vgl. Busch 1994, 29). Das dürfte bei Bürgern ausländischer Herkunft, die in Deutschland leben, nicht wesentlich anders sein. Der Lokalbezug wird interessanterweise in der

Untersuchung in Nordrhein-Westfalen zum bundesweiten Ausländerprogramm der ARD nicht ausreichend beachtet bzw. kommentiert. Deshalb wurde 1986 in einer Veranstaltung des Europarates zu diesen Programmen bereits die Kritik geäußert, dass sie „die Berichterstattung über Ereignisse auf lokaler Ebene“ vernachlässigten (vgl. *Europarat 1987, 12*). Die britische Untersuchung von 1984 (CRE 1990, 103) und die Kritik beim Europarat (*Europarat 1987, 12*) an den deutschen ARD-Programmen über den eigentlichen Informationsbereich hinaus decken sich durchaus, wenn beide feststellen, dass „ein Wunsch nach einem breiteren Programmangebot, z. B. nach Erzählungen oder nach wissenschaftlichen Sendungen“ besteht; und dass die ARD-Programme „Abwechslung vermissen“ lassen.

c. Zum Bedürfnis nach Grundversorgung in Muttersprache

ARD-Untersuchungen von 1981 und 1986 zeigen, dass die tatsächliche Nutzung der Angebote in der Muttersprache abhängig von den Kenntnissen der deutschen Sprache ist. Je länger der Aufenthalt in der Bundesrepublik ist, desto größer wird der Anteil der Nutzung der deutschsprachigen Medien (vgl. *Darkow/Eckhardt/Maletzke 1985, 45*). Wie Busch (1994, 35) sehr zutreffend feststellt, wäre es aber „falsch, daraus zu schließen, dass die ARD-Sendungen mit den Schwerpunkten Orientierungshilfe und Bindung an das Heimatland in künftig wachsendem Maße nicht den Bedürfnissen sich integrierender Ausländer nach Grundversorgung entsprechen werden und deshalb auf Dauer die deutschen Angebote in dieser Hinsicht als befriedigender empfunden werden als die Sendungen in der eigenen Sprache“. In beiden o.g. Untersuchungen bevorzugten die Befragten im Programm alles, was mit der Heimat zusammenhängt und wünschten sich weniger Beiträge zur „Orientierung im Gastland“ (vgl. *Eckhardt 1987, 95 & Darkow/Eckhardt/ Maletzke 1985, 43f*). Das wird in Anlehnung an britische Erfahrungen folgendermaßen erklärt: „Nach britischen Erfahrungen sind Ausländer, die sich auf Dauer im Gastland niedergelassen haben, nicht an solchen Lebenshilfen im Radio interessiert, die sie besser von einem Sozialarbeiter bekommen könnten (...) Der Schluß liegt nahe, daß niedergelassene Ausländer wie die Deutschen auch einen Wunsch nach Grundversorgung haben, der weit über Lebenshilfe und ‘das Problematische’

hinausgeht“ (*Busch 1994, 34*). Lebenshilfe als „Start- Orientierungshilfe“ können aber andererseits neue Angehörige von ethnischen Minderheiten, die in den letzten Jahren nach Deutschland kamen bzw. kommen werden, brauchen. So entsteht also die Frage, ob man bei der Vielzahl von ethnischen Minderheiten ein „Lebens-Orientierungshilfe-Programm“ für die neueingewanderten Minderheiten oder ein „Grundversorgungsprogramm“ für ethnische Minderheiten, die sich über Jahre in Deutschland aufhalten, anbieten sollte. Alles spricht dafür, dass beide notwendig ist. Ob diese notwendige Parallelität durch die 40-minütigen ARD-Sendungen realisiert werden kann, ist fraglich. Wenn ein Überwinden des ARD-Konzeptes von manchen als nicht nötig geschätzt wird, so ist seine Ergänzung um Lokales unbedingt notwendig. Viele sprechen schon über die Notwendigkeit des Entstehens eines „deutschen Ethnofunks“, der aber „redaktionell unabhängig sein und in lokaler Hand liegen sollte“. Ein „Ethnofunk“, der den Bedürfnissen an Grundversorgung der ethnischen Minderheiten in Deutschland entgegenkommt, ihre Herkunftskultur parallel mit der deutschen Kultur berücksichtigt und die Partizipation der Hörer/Zuschauer ausländischer Herkunft in den Medien absichert (*vgl. Busch 1994, 33*).

Dafür wurde 1998 das „Europa Funkhaus “ (WDR) gegründet.

d. Weitere Kritikpunkte

Folgende weitere Kritikpunkte über die ARD-Programme für Bürger ausländischer Herkunft werden in der Literatur geäußert :

- Die ARD-Programme seien für die jungen Leute der zweiten Generation wenig geeignet, weil bei den thematischen Beiträgen die Heimatländer zu sehr im Vordergrund stünden (*vgl. Brütting/ Masson 1995, 32*).
- Das ausländische Kind wird nicht ausreichend als Thema aufgegriffen. Trotz der Bemühungen der Redaktion dieser Programme in der letzten Zeit, kommt selten eine muttersprachliche Sendung für Kinder vor, was von Bech/Faust (*1981, 161f*) als ein „Skandal“ bezeichnet wurde.
- Die Sendungen befänden sich auch weitgehend in einer „Isolation gegenüber ihrem Publikum“, das keinerlei Einfluss auf die Sendungen habe und nur als Konsument angesehen werde (*vgl. Brütting/Masson 1995, 6*). Ethnische Minderheiten sind als Mitwirkende unter-repräsentiert, sie scheinen in der Wirklichkeit kaum vorzukommen, obwohl gerade dadurch die Möglichkeit gegeben wäre, das vorurteilsbeladene Bild in der

deutschen Bevölkerung zu korrigieren. Selbst auf dem Unterhaltungssektor fehlen Ansätze, dem deutschen Zuschauer die Herkunftskulturen nahe zu bringen (vgl. UNESCO-Studie 1977, 54).

Darüber hinaus ist die Mitwirkung der Selbstvertretungsorgane der ethnischen Minderheitenangehörigen an den Programmen nicht gefragt. Eine Verstärkung des Mitarbeiterstabes durch Mitarbeiter ausländischer Herkunft, die „eher und besser in der Lage sind, über die Probleme ihrer Landsleute zu berichten, wäre wichtig“. Dieser Bedarf an ausländischen Mitarbeitern wurde seit Ende der 90er Jahre vergangenen Jahrhunderts von den Anstalten wahrgenommen. Auch sei die „Einbeziehung der Arbeit und Stellungnahme der ausländischen Massenorganisationen und ihrer Vertreter“ von großer Bedeutung (vgl. *Bech/Faust 1981, 161f*).

- Ausländische Filme, Hörspiele, die fortschrittliche Teile der jeweiligen Herkunftskultur vertreten, finden nur schwer den Weg in die Programme, obwohl hier in letzten Jahren eine gewisse Verbesserung eingetreten ist (vgl. *Bech/Faust 1981, 161f*).
- Informationen über politisches Geschehen in den Heimatländern sind „dürftig und vor allem einseitig“. Die Sendungen geben in der Regel nur die offiziellen Verlautbarungen der jeweiligen Regierungen wieder (vgl. *Kusch 1974, 73f*). Man sollte hier aber berücksichtigen, dass nach dem Sturz der faschistischen Regierungen in Portugal, Spanien und Griechenland die Lage sich etwas gebessert hat (vgl. *Bech/Faust 1985, 161f*).
- Die ARD-Ausländerprogramme vernachlässigen das komplexe Verhältnis zwischen kultureller Herkunft und der neuen Umgebung, in der Bürger ausländischer Herkunft in Deutschland leben. Denn ich möchte nochmals darauf hinweisen, wie wenig diese überregionalen Sendungen mit dem örtlichen Geschehen in der Lebenswelt von ethnischen Minderheiten befasst sind (vgl. *Council of Europa 1987, 12f*).

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass sich die ARD- Sendungen für die Bevölkerung ausländischer Herkunft zu einem festen Bestandteil des ARD- Programmangebots entwickelten. Das Konzept dieser über-regionalen ARD- Sendungen ist nicht grundsätzlich falsch und eine kritische Betrachtung dieses Programms kann nicht das Ziel haben, das langjährige Engagement der Senderanstalten auf diesem Sektor „zu schmälern oder abzuschwächen“.

Nach 30 Jahren ist es aber unmöglich auf die Dauer zu übersehen, dass, selbst wenn man inzwischen auf das Wort „Gastarbeiter“ bzw. „Gastarbeitersendungen“ verzichtet hat, das Konzept der ARD-Sendungen aus einer Zeit stammt, in der die Angehörigen ethnischer Minderheiten in Deutschland grundsätzlich als „Arbeitnehmer“ betrachtet wurden und nicht als über Generationen in Deutschland lebende ethnische Minderheiten, denn mit dem Nachwachsen einer zweiten und einer dritten Generation genügen diese Sendungen den Anforderungen nicht mehr, insbesondere wenn man den Grundversorgungsmaßstab anlegt (vgl. *Busch 1994, 39*).

4. Regionale und private Sender

Über Jahrzehnte war es umstritten, ob die in Art. 5 garantierte Rundfunkfreiheit auch die Veranstaltung von privatem Rundfunk zulässt. Die Debatte fing bereits 1960 an und trat erneut Mitte der 80er Jahre in den Vordergrund, angesichts der Möglichkeit der Nutzung neuer technischer Übertragungsmöglichkeiten wie Breitband und Satellit (vgl. *Thomaschki 1997, 171*). Bis dann blieb es allein beim öffentlich-rechtlich organisierten Rundfunk. Im Folgendem werde ich die Parameter nennen, die die Problematik dieser Arbeit tangieren.

Mit der Entwicklung der Technologie können die ethnischen Minderheitenangehörigen in Deutschland vor allem aus den sog. Anwerbeländern über Satellit Programme ihres Heimatlandes empfangen (z.B. RAI -Italiener, ET1- Griechen u.s.w.). Dabei handelt es sich sowohl um staatliche als auch um private Sender. Außerdem existiert schon seit dem 1.1.1993 der erste Europäische Kabelanbieter „Euronews“.³⁰ Er strahlt Nachrichten aus aller Welt in fünf Sprachen gleichzeitig (englisch, französisch, deutsch, italienisch und spanisch) aus, sendet in 40 Ländern Europas und des Mittelmeerraums und verfügt über 90 Millionen Kabelanschlüsse (vgl. *„Eleytherotypia“- Zeitung, 4.2.1997*).

In Deutschland haben die Türken mit der Verbreitung des privaten Fernsehens sowohl über Satellit als auch per Kabel, lokal (Berlin) und

³⁰ Ein Sender, der 49% dem britischen Sender ITN (seit 28 November 1997) gehört und die übrigen 51% der italienischen RAI, der spanischen RTVE, der französischen France Television, der schweizerischen SSR, der griechischen ET1 und 13 weiteren staatlichen Fernsehanstalten in Europa und dem Mittelmeerraum.

bundesweit, eine große Aktivität im Fernsehbereich gezeigt (vgl. *Zentrum für Türkeistudien 1997, 28ff* ; *Dass.1994, 476ff* und *Dass.1995, 9ff*)

Die türkischen Sender, die in Deutschland zu empfangen sind, können in drei Kategorien eingeteilt werden: staatlich, privat/kommerziell und privat/politisch bzw. religiös. Dabei darf nicht übersehen werden, dass das staatliche Fernsehen politisch nicht unabhängig ist.³¹ Andererseits dienen die politisch ausgerichteten Privatsender der Stärkung der islamischen und rechtskonservativen Parteien und der gesellschaftlichen Strömungen.

Insgesamt senden europaweit 20 staatliche und private Fernsehsender und allein im deutschen Raum 18 Rundfunksender (vgl. *„Eleytherotypia“ – Zeitung, 22. Juli 1997, 1*). Bis 27. 7. 1997 strahlten nur vier türkische Fernsehsender in Deutschland ihr Programm aus (vgl. *Zentrum für Türkeistudien 1992, 1*). Besonders in Berlin gibt es eine Vielzahl von lokalen privaten türkischen Fernsehsendern (vgl. *Zentrum für Türkeistudien 1994, 477*).

Die Programme der türkischen Sender werden so sehr von der türkischen Bevölkerung verfolgt, dass die deutschen Programme in den türkischen Haushalten ein „Schattendasein“ fristen.

Andererseits nimmt die Zahl der Sendungen zu, die über Kabel oder via Satellit direkt aus der Türkei nach Deutschland ausgestrahlt werden.

Laut einer Studie des Zentrums für Türkeistudien (1997, 45ff) fühlt sich die deutliche Mehrheit der Befragten (64,1%) nicht hinreichend in den türkischen Medien über Deutschland informiert. Die Inhalte des türkischen Fernsehens, das in Deutschland zu empfangen ist, gehen längst über eine Reihe Informationen über die Geschehnisse im Heimatland hinaus, obwohl sie auch über die Ereignisse in Deutschland berichten.

Darüber hinaus müssen neue Wege gefunden werden, auch die ethnischen Minderheiten in den Medienmarkt mit einzubeziehen, da sie außerdem einen Markt von 8 Millionen Konsumenten (darunter ca. 2 Mio. Türken) bilden. Die deutschen Anbieter von Fernsehen, Hörfunk und Zeitungen sollten ihre

³¹ „TRT befindet sich unter der Kontrolle des türkischen Staates. So ernennt der Staat beispielsweise die Direktoren. Außerdem gelten die in der türkischen Verfassung festgelegten Grundgesetze des Kemalismus, die bzw. deren Interpretation für die nationalistischen Elemente des Programms verantwortlich sind/ist“ (*Zentrum für Türkeistudien, 1997, 30*).

zukünftigen Strategien danach ausrichten, diesen Markt nicht zu verschenken (vgl. *Zentrum für Türkeistudien 1992, 9*).

4.1. “Bürgerradio”. Griechische Sendungen

In vielen Städten Deutschlands gibt es das sogenannte Bürgerradio. Es handelt sich unter anderem um Sendungen, die von Bürgern, Mitgliedern von Bürgerinitiativen, die sich in unterschiedlichen sozialen Bereichen engagiert haben, berichten. Sie versuchen die großen Möglichkeiten des Radios zu nutzen, um ihre Hörer über verschiedene soziale Probleme zu informieren. In manchen Städten existieren Sendungen, die von Mitgliedern ethnischer Minderheiten, die sich im Rahmen von kirchlichen Organisationen engagieren, gemacht werden.

In Bielefeld gibt es eine griechischsprachige Sendung („Horizonte“), die im Rahmen der Evangelischen Kirche funktioniert und das Radio als ein Mittel zur Sozialarbeit nutzt. Die Sendungen werden einmal monatlich ausgesendet und dauern jeweils zwei Stunden. Der Inhalt der Sendungen dreht sich um Themen wie z.B. die Fremdenfeindlichkeit, Berufsausbildung, Rentenversicherungsrecht u.a.

In manchen Städten von NRW existieren auch private Sender, wo auch die Stadt mitbeteiligt ist, wie z.B. Radio Essen³² und Radio Duisburg. Diese Sender bieten ihren Hörern ausländischer Herkunft Sendungen in ihrer Heimatsprache, die einmal wöchentlich ausgestrahlt werden und ihre Hörer mit lokalen Informationen und Nachrichten konfrontieren. Ein ähnlicher Versuch wird auch in Hamburg vom „Radio Emigrec“ unternommen (vgl. *Assimenios 1998, 32f*).

4.2. Private, lokale Fernsehprogramme und griechischsprachige Sendungen

Im Fernsbereich haben die Griechen in Berlin einiges vorzuweisen. Wöchentlich gibt es zwei griechischsprachige Sendungen, die 60 Minuten dauern. Sie werden von dem privaten Sender Spreekanal ausgesendet. Die

³² Die griechischsprachige Sendung in Radio Essen wird jeden Dienstag um 19.30 gesendet und dauert fast 30 Minuten. Inhaltlich besteht sie aus lokalen Informationen und Nachrichten, Reportagen und Berichten, die die Griechen der Umgebung interessieren würden.

Sendezeit wird gemietet. Die älteste davon heißt „Kalimera TV“, sie wird samstags von 19.30 bis 20.30 gesendet und beinhaltet Nachrichten, Berichte und Reportagen vom zweiten staatlichen Sender Griechenlands (ET2). Es wird hauptsächlich durch Werbung von griechischen Unternehmern in Berlin finanziert. Die zweite deutsch- und griechischsprachige Sendung in Berlin heißt „ArgoTV“. Ihre Hersteller sind vor allem Studenten, junge Leute und Kommunikationswissenschaftler. Ziel der Sendung ist die Präsentation des europäischen Profils Griechenlands. Zu den Themen der Sendung gehören: Nachrichten, Musik, Unterhaltung, Kultur, Tourismus, soziale und politische Themen. Sie wird jeden Freitag von 20.00 bis 21.00 Uhr gesendet. Es wird von deutschen und griechischen Unternehmern und von der „Griechischen Landwirtschaftsbank“ in Deutschland finanziert (vgl. Assimenios 1998, 35f).

5. Griechischsprachige Presse

a. Griechischsprachige Zeitungen

Die gedruckte Presse hat bis jetzt im deutschen Bereich nur eine zusätzliche Rolle gespielt. Die griechischsprachigen Zeitungen und Zeitschriften, die in den letzten 40 Jahren in Deutschland jeweils herausgegeben wurden, sind zwar zahlreich, aber nur wenige waren auf Bundesebene verbreitet. Besonders in den Universitätsstädten Deutschlands wurden von Zeit zu Zeit Zeitungen und Zeitschriften herausgegeben, die aber keine professionellen Hintergrund hatten. Die meisten davon konnten sich aufgrund von finanziellen und organisatorischen Problemen nicht auf die Dauer im griechischsprachigen Pressemarkt durchsetzen. Im Jahr 1997 wurden in Deutschland 6 Zeitungen herausgegeben, davon drei bundesweit (vgl. Assimenios 1998, 37f) :

- Die Zeitung „Metanasteutika Nea“ (Ü.d.V.: „Migrationsnachrichten“), die vom Verband der Griechischen Gemeinden in der BRD herausgegeben wird. Es handelt sich um eine monatliche Ausgabe, die sich mit politischen und kulturellen Themen, Migrationsthemen, Außenpolitik, griechisch-deutschen Beziehungen und Nachrichten aus der griechischen Minderheitengruppe beschäftigt.
- „Epikoinonia“ (Ü.d.V.: „Kommunikation“) wird in Griechenland gedruckt und ist 1995 erschienen. Sie stellt die Aktivität von

verschiedenen Unternehmern, Ämtern und Vereinen vor, beschäftigt sich mit Migrations- und Rententhemen und verschiedenen Veranstaltungen. Ein großer Teil der Zeitung ist Werbung. Sie wird monatlich herausgegeben.

- Die „Elliniki Foni“ (Ü.d.V.: „Griechische Stimme“) ist eine der ältesten griechischen Zeitungen, wird aber nicht mehr regelmäßig herausgegeben. Sie beschäftigt sich mit sozialen und politischen Themen und auch lokalen Nachrichten, die die Griechen in Deutschland interessieren.

Außerdem werden die lokale griechischsprachige Zeitungen herausgegeben:

- Die „*Elliniki Echo*“ (Ü.d.V.: „Griechisches Echo“) wird in Köln seit 1972 herausgegeben. Ihr Inhalt besteht aus Nachrichten, die die in Deutschland lebenden Griechen interessieren würden, aber der größte Teil der Zeitung ist Werbung.
- Die „*Ellada*“ (Ü.d.V.: „Griechenland“) ist 1995 in Stuttgart erschienen. Anfangs wurde sie alle zwei Wochen, aber mit der Zeit immer seltener herausgegeben. Sie beschäftigt sich mit Migrationsthemen, politischen und kulturellen Veranstaltungen und Besuchen von griechischen Politikern in Süddeutschland.
- Die Zeitung „*Ta Chronika*“ (Ü.d.V.: „Chronik“), ist eine griechisch-deutsche, monatliche Zeitung, die seit 1994 in Berlin herausgegeben wird und die sich vor allem mit kulturellen Veranstaltungen und Themen beschäftigt.
- Die Zeitung „*Xeniteas*“ (Ü.d.V.: „Fremde“),, wird vom Verband der Vereine der Griechen aus Pontos herausgegeben.

Die Zeitungen in Deutschland werden oft unregelmäßig herausgegeben. Sie haben häufig mit unüberwindlichen finanziellen Problemen zu kämpfen.³³ Die Griechen in Deutschland abonnieren nicht besonders gern ihre Zeitung. Die meisten Versuche werden nur wegen der großen Bemühungen ihrer

³³ Es hat von Zeit zu Zeit Versuche gegeben, die besonders seriös waren, die aber diese Probleme nicht auf Dauer überwinden konnten. Unter diesen Versuchen ist der von „Akrobatis“ und von „Ellinikos Dialogos“ zu nennen. Als Mitarbeiterin von „Akrobatis“, die zwei Jahre in Köln herausgegeben wurde, bin ich in der Lage an dieser Stelle auch persönlich die oben genannten Probleme der griechischen Zeitungen in Deutschland zu bestätigen. Andererseits ist mir damals auch besonders klar geworden, was für ein großes Bedürfnis der in Deutschland lebenden Griechen es für eine seriöse Zeitung, die bundesweit vertrieben würde, gibt.

Hersteller unternommen. Die erste Generation der in Deutschland lebenden Griechen ist fast ausschließlich heimatorientiert.

b. Tageszeitung aus Griechenland

Die griechischen Tageszeitungen „Avriani“, „Makedonia“ und „Thessaloniki“ wurden bis vor einigen Jahren in Deutschland gedruckt und vertrieben, erhielten aber keine Nachrichten, die die Griechen in der Bundesrepublik betrafen. Da die Auflagenzahlen abnahmen, konnten sie aus finanziellen Gründen nur noch in Griechenland gedruckt werden und erst mit Verspätung von durchschnittlich 24 Stunden in der Bundesrepublik vertrieben werden, so wie auch alle anderen griechischen Tageszeitungen. Die griechischsprachigen Tageszeitungen, die direkt aus dem Heimatland kommen, berücksichtigen die Bedürfnisse der in Deutschland lebenden Griechen nicht. Sie werden häufig von der ersten Generation der Griechen in Deutschland gelesen, da sie insbesondere heimatorientiert ist.

c. Griechischsprachige Zeitschriften in Deutschland

Innerhalb der letzten 40 Jahre sind in Deutschland zahlreiche griechischsprachige Zeitschriften erschienen. Die meisten davon haben nach einer Weile ihre Ausgabe eingestellt. Die Mehrheit davon sind zwei- und dreimonatige Zeitschriften und Informationsblätter von Vereinen der in Deutschland lebenden Griechen gewesen. Sie erschienen auf lokaler Ebene. Die wichtigsten Zeitschriften, die seit all diesen Jahren herausgegeben wurden sind folgende (vgl. Assimenios 1998, 38f) :

- „*Delphi*“: Sie erscheint zweimal jährlich beim Kulturverein der Griechen aus „Stereia Ellada“ (Festland) in Düsseldorf. Sie ist zweisprachig und hat eine reiche Thematik vorzuweisen.
- „*Doryforos*“: Sie erscheint alle drei Monate in München beim Verein für die Förderung des Dialogs der Jugend in Europa. Jedes Blatt wird einem speziellen sozialen Problem gewidmet wie z. B. Drogen, Armut, politische Rechte u.s.w.
- „*Kassandra*“: zweimonatige, zweisprachige Zeitschrift über kulturelle Themen, die in Tübingen vom Studentenverein herausgegeben wird.
- „*Ellinika kai alla*“: dreimonatige, zweisprachige Zeitschrift, die von der Griechischen Gemeinde Göttingen herausgegeben wird. Es handelt

sich um einen sehr seriösen Versuch, mit kulturellem, sozialem und historischem Inhalt.

- „*Orthodoxi Parousia*“: Sie wird von der griechischen Orthodoxen Metropole Deutschlands alle drei Monate herausgegeben. Die Themen sind religiös und es schreiben viele Mitarbeiter aus anderen Metropolen außerhalb Deutschlands. Von Zeit zu Zeit beschäftigt sich die Zeitschrift auch mit Bildungs- und Sozialthemen. \

Folgende Zeitschriften werden nicht regelmäßig herausgegeben: „Ellinikoi Palmoi“ von der Griechischen Gemeinde Berlins und „Koinotika Nea“ von der Griechischen Gemeinde Münchens. Folgende Zeitschriften werden nicht mehr herausgegeben: „Polis“, deutschsprachig aus Frankfurt, „Gramma“ auch aus Frankfurt, „Oistros“ aus München und „Kivotos tou Noe“ aus Düsseldorf u.a.

6. Mediennutzung der ethnischen Minderheitenangehörigen in Deutschland

Aus dieser Stelle der Arbeit möchte ich kurz über die Mediennutzung von ethnischen Minderheiten in Deutschland und speziell der hier untersuchten Gruppe der Griechen berichten, über deren Mediennutzung in Köln und Köln-Porz ich eine Befragung durchgeführt habe. Während die Mediennutzung und das Medienverhalten der deutschen Bevölkerung vielfach erforscht sind, liegen für die ausländische Wohnbevölkerung nur wenige und in ihrer Reichweite und Repräsentativität nur begrenzte Studien vor, die Auskunft geben über die Nutzung von Fernseh- und Radioprogrammen sowie von Zeitungen und Zeitschriften. Von den deutschen Medienanbietern und speziell von den rechtlichen-öffentlichen Anstalten werden oft Untersuchungen über Mediennutzung durchgeführt. Diese sind auf lokale Ebenen beschränkt, wie z. B. die Untersuchung, die im April 1990 in Nordrhein- Westfalen durchgeführt wurde (vgl. Eckhardt 1990, 661ff).³⁴

Die Befragung, die die Mediennutzung durch sechs Minderheitengruppen, deren Angehörige aus sechs Anwerbeländern kamen, bundesweit untersuchte, wurde 1981 im Auftrag der ARD durchgeführt. Eine ausführliche Darstellung der Ergebnisse im allgemeinen und nach Nationalitäten würde zu

³⁴ Diese Untersuchung basierte auf 1229 Interviews. Sie berücksichtigte auch Angehörige der zweiten Generation und hatte den selben Inhalt wie die Untersuchung von 1981, die bundesweit durchgeführt wurde (vgl. Eckhardt 1990, 661ff).

weit führen.³⁵ Deshalb werde ich im Folgenden nur die Ergebnisse der ARD - Befragung über die Mediennutzung der in Deutschland lebenden Griechen darstellen, da im nächsten Abschnitt eine von mir durchgeführte Stichprobe über Mediennutzung von Griechen abgeglichen werden kann, die 1995 beschränkt auf Köln und Umgebung durchgeführt wurde. Statistisch sind die Ergebnisse beider Untersuchungen allerdings nicht zu vergleichen. Nur Tendenzen könnten gezeigt werden.³⁶

a. Mediennutzung der in Deutschland lebenden Griechen im Allgemeinen

Im Durchschnitt wurde über die Hälfte der Hörer/Zuschauer griechischer Herkunft täglich durch den Hörfunk erreicht, während das Lesen einer deutschen oder griechischsprachlichen Zeitung eine relativ geringe Rolle spielte.³⁷ Die Hälfte der Griechen (50%) mit guten und nur 6% mit schlechten Kenntnissen der deutschen Sprache lasen täglich eine deutsche Zeitung oder Zeitschrift. Heimatsprachliche Zeitungen wurden dagegen von Griechen, die Deutsch nicht so gut beherrschten, bevorzugt (vgl. *Bundeszentrale für politische Bildung 1985, Bd. 5, 56f*).

b. Nutzung des Fernsehens

Die größte Reichweite von allen Medien hat bei Griechen ebenso wie bei den Befragten anderer Nationalitäten das Fernsehen. Griechen sehen fast genau

³⁵ Der Untersuchung von 1981 lag eine Interviewstichprobe von 3044 Befragungen zu Grunde, die in allen damaligen elf Ländern durchgeführt worden war. Zu Methoden, Ablauf der Untersuchung, Grundgesamtheit, Auswahlverfahren, Erhebungsmethode, Auswertung und Berichterstattung der Untersuchung vgl. *Bundeszentrale für politische Bildung 1985, Bd. 5, 28f*.

Zu den Ergebnissen der Untersuchung nach Nationalitäten vgl. *ebenda, 1985, 56-62*; für die Griechen vgl. *ebenda, 63-70*; für die Italiener vgl. *ebenda, 71- 79*; für die ehemaligen Jugoslawen vgl. *ebenda, 80-86*; für die Spanier vgl. *ebenda, 87- 96*; für die Türken und zu den Ergebnissen im allgemeinen vgl. *ebenda, 30-55* und *Eckhardt 1987, 94ff*.

³⁶ Man sollte beim Lesen dieser Ergebnisse der ARD-Studie von 1981 immer daran denken, dass diese Befragung die dritte Generation nicht mit einschließt und dass sie eventuell nicht mehr aktuell ist. Auf jeden Fall gibt sie uns aber einen Überblick über die Situation in den 80er Jahren, als z.B. Sendungen über Satellit noch nicht verbreitet waren und von „multikulturellen Sendungen“ im Fernsehen und Rundfunk noch nicht die Rede war.

³⁷ „An einem durchschnittlichen Wochentag wird mehr als 2/3 der Griechen durch das Fernsehen und gut die Hälfte durch den Hörfunk erreicht. Dies entspricht fast genau der Fernseh- und Hörfunknutzung der Ausländer insgesamt. Demgegenüber spielt das Lesen deutscher oder heimat Sprachlicher Zeitungen und Zeitschriften eine vergleichsweise geringere Rolle: Im Schnitt lesen täglich 31% der Griechen eine deutschsprachliche und 28% eine heimat Sprachliche Tageszeitung oder Zeitschrift. Es liegt nahe, daß das Lesen einer deutschen Zeitung stark vom Grad der Deutschkenntnisse abhängt“ (*Bundeszentrale für politische Bildung 1985, Bd. 5, 56f*).

so viel fern, wie sie Radio hören. Das bedeutet, dass sie im Vergleich zu den übrigen fünf Nationalitäten, die an der ARD-Untersuchung teilnahmen, mehr Radio hörten. Frauen und Männern mit geringen Deutschkenntnissen bevorzugten eindeutig das Fernsehen. Über dem Durchschnitt aller Nationalitäten lag ihr Interesse damals am Fernsehprogramm in griechischer Sprache: „2/3 sehen diese Programmangebote regelmäßig. Der Wert liegt erkennbar über dem Durchschnitt aller Nationalitäten“ (*Bundeszentrale für politische Bildung* 1985, Bd. 5, 57). Gleichzeitig bestand aber auch ein starkes Interesse am deutschsprachigen Nachrichtenangebot, an Informationen und Unterhaltung im deutschen Fernsehen, die von ihren Deutschkenntnissen abhängig sind.³⁸ (*Bundeszentrale für politische Bildung* 1985, Bd. 5, 57).

In jedem zweiten griechischen Haushalt leben Kinder unter 14 Jahren, bei denen Fernsehen sehr beliebt ist. Verglichen mit deutschen Kindern sehen die griechischen Kinder öfter fern, was die Verfasser der Befragung wie folgt zu erklären versuchten: „ (...) tendenziell deuten die Zahlen darauf hin, daß das Fernsehen als Freizeitbeschäftigung ihrer Kinder bei Griechen- wie bei den anderen Ausländern- ein besseres Image genießt und eher toleriert wird als bei den deutschen Eltern. Hier ist wiederum hinzuzufügen, daß der Fernsehkonsum von Kindern und Erwachsenen schicht- und bildungsabhängig ist, was bei einem Vergleich zu berücksichtigen ist“ (*Bundeszentrale für politische Bildung* 1985, Bd. 5, 57f).

c. Fernsehnutzung von Sendungen in griechischer Sprache

In der Zeit der Durchführung der o.g. ARD-Befragung wurde vom ZDF die griechischsprachige Sendung „Apo tin Ellada“ und vom ARD die Sendung „Ihre Heimat - unsere Heimat“ ausgestrahlt. Da aber diese Sendungen nicht mehr existieren, halte ich es als nicht notwendig, ihre Nutzung durch die Befragten hier ausführlich zu erwähnen. Innerhalb der Zielgruppe wurden sie im allgemeinen positiv bewertet.

d.. Nutzung des Hörfunks

Laut der selben Untersuchung von 1981 hörte mehr als die Hälfte der Griechen täglich oder fast täglich Radio, 79% der Befragten zumindest

³⁸ Gemeint ist die zu dieser Zeit existierende ZDF- Fernsehsendung „Apo tin Ellada“ und ARD- Sendung „Ihre Heimat - unsere Heimat“.

mehrmals in der Woche. Der Bedarf, einen Heimatsender zu hören, war relativ groß: Verglichen mit anderen Nationalitäten schalten Griechen Heimatsender unterdurchschnittlich häufig ein (vgl. *Bundeszentrale für politische Bildung* 1985, Bd. 5, 59f).

Die Griechen hören bevorzugt am Abend Radio und vor allem, wenn die griechischsprachige Sendung des BR (abends von 20:20-21:00 Uhr) gesendet wird. Heimatsprachige Sendungen waren die von den Griechen meistgenutzte Sparte im deutschen Hörfunk (vgl. *Bundeszentrale für politische Bildung* 1985, Bd. 5, 60ff).

e. Medienkonsum der türkischen Minderheit in Deutschland

Speziell für die Türken, die die zahlenmäßig größte Minderheitengruppe darstellen und einen hohen Bedarf an deutschen und heimat Sprachlichen Medienangeboten aufweisen, liegen uns zwei repräsentative Studien vor.

Die eine wurde vom Zentrum für Türkeistudien (1997a), eine weitere Untersuchung im Auftrag des Bundespresseamtes durchgeführt (vgl. *Zentrum für Türkeistudien* 1997b, 5ff). Dabei stand besonders der Medienkonsum der türkischen Bevölkerung und die Bedeutung der türkischen Medienangebote im Vordergrund.³⁹

Von besonderem Interesse war bei der Analyse die Orientierung der Befragten zu heimat Sprachlichen bzw. deutschen Medienangeboten. Die absolute Mehrheit der Befragten ist bezüglich der Printmedien ausschließlich als heimat Sprachlich-orientiert einzuordnen (vgl. *Zentrum für Türkeistudien* 1997b, 6).⁴⁰ Im Vergleich zum Konsum von Tageszeitungen ist beim Fernsehkonsum die Bevorzugung heimat Sprachlicher Sender deutlich geringer.⁴¹ Einen geringeren Stellenwert unter den in Deutschland lebenden

³⁹ Dazu wurden in einer Telefonbefragung 2.052 türkische Personen in Privathaushalten interviewt. Die Befragten sind durch eine systematische Zufallsauswahl aus einer Datenbank mit 80.000 türkischen Privathaushalten gezogen worden. (Zu den einzelnen Untersuchungsschritten vgl. *Zentrum für Türkeistudien* 1997b, 5).

⁴⁰ Für den Konsum der Wochen- und Monatszeitschriften ergibt sich ein entgegengesetztes Bild. Die absolute Mehrheit der Leser von Zeitschriften liest deutschsprachige Magazine und nur ein Drittel der Befragten liest heimat Sprachliche Zeitschriften. Allerdings kann das dadurch erklärt werden, dass nur zwei türkische Zeitschriften auf dem deutschen Markt angeboten werden (vgl. *Zentrum für Türkeistudien* 1997b, 8).

⁴¹ Bei den türkischen Fernsehsendern bilden die fünf Sender TRT-INT-Int, atv, Show, Interstar und TGRT die breite „Spitzengruppe“. Diese fünf Sender zählen zu den häufig genutzten Sendern. Bei den deutschen Fernsehsendern erkennt man eine deutliche Präferenz der Privatsender (RTL, Pro 7, Sat 1) vor den öffentlich-rechtlichen Anbietern (ARD, ZDF). (vgl. *Zentrum für Türkeistudien* 1997b, 9ff & 45).

Türken hat das Radio. Die Mehrheit der Radiokonsumenten türkischer Herkunft wählt türkische Angebote aus (vgl. *Zentrum für Türkeistudien 1997b, 11ff & 45*). Wenn man die verschiedenen Medien Zeitung, Radio und Fernsehen hinsichtlich der heimat- und deutschsprachigen Orientierung vergleicht, dann ist festzustellen, dass die Mehrheit der in Deutschland lebenden Türken in diesem Punkt keine einheitlichen Präferenzen aufweist. Das Zentrum für Türkeistudien beschreibt dies wie folgt: „Das bedeutet, daß die Mehrheit der türkischen Befragten z. B. deutsche Radiosender hört, nur türkische Tageszeitung liest, sowie deutsche und türkische Fernsehprogramme anschaut. Nur knapp ein Drittel der Befragten weist eine einheitliche sprachliche Orientierung (nur türkisch, nur deutsch/bei allen Medien beide Sprachen) auf“ (vgl. *Zentrum für Türkeistudien 1997b, 13 & 45*). Schließlich wurde festgestellt, dass sich 64,1% der Befragten in den deutschen Medien über Deutschland nicht hinreichend informiert fühlen (vgl. *Zentrum für Türkeistudien 1997b, 45*).

Bei der Auswahl der Angebote spielen die unterschiedlichen Anforderungen an die deutschen Sprachkenntnisse eine bedeutende Rolle (vgl. *Zentrum für Türkeistudien 1997b, 24f & 45*).⁴²

Eine zweite umfassende und repräsentative Umfrage zur Mediennutzung und Integration der Türken in Deutschland wurde 2001 im Auftrag des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung erstellt (vgl. *Weiß/ Trebbe 2001*). Laut dieser Studie ist das Fernsehen das meistgenutzte Medium in der türkischen Bevölkerung. Es folgt das Radio und die Zeitungen, die im Vergleich zur deutschen Wohnbevölkerung mit geringer Intensität genutzt werden (sie werden von jedem zweiten Türken gelesen).⁴³ Wenn man bei der Nutzung zwischen deutsch- und türkischsprachigen Medien unterscheidet, bilden die „Doppelnutzer“ die größte Gruppe, denn jeder zweite Türke nutzt sowohl das deutschsprachige wie auch das türkischsprachige Medienangebot

⁴² Nach den Befragungsergebnissen besteht eine starke Beziehung zwischen geringeren Sprachkenntnissen und der stärkeren Bevorzugung heimatsprachlicher Medienangebote. Bei den älteren Medienkonsumenten türkischer Herkunft und beim Vergleich von türkischen Privathaushalten mit unsicherer Soziallage (viele Kinder, niedrige Schulbildung usw.) ist ein deutlich höherer Anteil an starker heimatsprachlicher Orientierung beim Konsum von Tageszeitungen und Fernsehprogrammen zu beobachten.

⁴³ Der Studie zufolge liegt das deutschsprachige Fernsehen mit 70% Stammnutzern an erster Stelle, gefolgt vom türkischsprachigen Fernsehen (58%), dem deutschsprachigen Radio (37%) und gleichrangig den deutsch- und türkischsprachigen Zeitungen mit jeweils 29% (vgl. *Beauftragte der Bundesregierung für Ausländerfragen, September 2002, 327*).

(28% der Befragten nutzen ausschließlich deutsche Medien und 17% ausschließlich türkische Medien). Die Mediennutzungsgewohnheiten werden in der Umfrage ferner mit integrationsrelevanten Faktoren korreliert.⁴⁴ So lassen sich verschiedene Mediennutzungsgewohnheiten identifizieren.

Zusammenfassend lässt sich aus dieser Studie festhalten, „ dass sich die These von der Entwicklung medialer Parallelgesellschaften durch den Konsum fremdsprachiger Medien so undifferenziert nicht aufrechterhalten und empirisch belegen lässt. Vielmehr lässt der hohe Anteil an Doppelnutzung fremd- wie deutschsprachiger Medien die Vermutung zu, dass das vorhandene Medienangebot differenziert und nach Interessenlagen selektiv genutzt wird, ohne dass dies ein grundlegendes Hemmnis für gesellschaftliche Integration darstellt“ (*Beauftragte der Bundesregierung für Ausländerfragen, September 2002, 327f*).

Vergleicht man die Ergebnisse beider oben dargestellten Studien von 1997 und 2001, stellt man fest, dass wesentliche Unterschiede zu beobachten sind, denn die Nutzung deutschsprachiger Medien nimmt deutlich zu. Das bedeutet aber nicht, dass das türkischsprachige Medienangebot an Bedeutung verloren hat. Vielmehr wurde klar, dass eine Doppelnutzung von deutsch- und türkischsprachigem Medienangebot besteht (*vgl. Weiß/Trebbe 2001, 54*).

⁴⁴Diese Bestimmungsfaktoren sind etwa: Lebensalter, Aufenthaltsdauer, Sprachkompetenz, Bleibeabsicht, Staatsbürgerschaftswunsch, persönliche Kontakte und politische Einstellungen.

III. Befragungen zur Erkundung der Partizipation der Griechen in Deutschland durch ihre Selbstorganisationen und ihre Präsentation in den Massenmedien. Mediennutzung

1. Charakter, Ziele, Aktivität, Öffentlichkeitsarbeit und Zukunftsperspektiven der „Griechischen Gemeinden“ in Deutschland. Befragung.

Folgende Befragung wurde im Rahmen der Konferenz des „Verbandes Griechischer Gemeinden in der Bundesrepublik Deutschland“, durchgeführt, die am 14. Juni 1997 in Offenbach/Frankfurt a.M. stattfand. Da hatte ich die Gelegenheit mit Vertretern der meisten aktiven GG in Kontakt zu kommen. Die Befragung setzte sich zum grundsätzlichen Ziel, den Charakter, die Ziele, die Aktivität, die Öffentlichkeitsarbeit und die Zukunftsperspektiven der „Griechischen Gemeinden“ in Deutschland zu erforschen. Im Folgenden werde ich die Fragestellung, das Untersuchungsverfahren und die Ergebnisse dieser Befragung im einzelnen darstellen.

1.1. Beschreibung des Verfahrens

Anfangs wurden anhand einer Liste mit allen GG, Mitgliedern des „Verbandes Griechischer Gemeinden in der Bundesrepublik Deutschland“ ein Fragebogen und ein „Deckblatt“, das über das Ziel der Befragung informierte, per Post geschickt. Die Rücklaufquote war trotz des telefonischen Kontaktes, der aufgenommen worden war, gering. Das ist dadurch zu erklären, dass viele GG über keine eigenen Räumlichkeiten verfügen und keine festen Adressen angeben können, und an weiteren Organisationsmängeln der meisten GG.

So kam ich zum Entschluss, dass ich mit Vertretern der GG persönlich in Kontakt kommen sollte. Der persönliche Kontakt erweist sich allerdings auch aus methodologischer Sicht als geeigneter, da mehrere Fragen qualitativer Art dadurch ermöglicht werden.

Bei der Durchführung der Konferenz des „Verbandes Griechischer Gemeinden in der Bundesrepublik Deutschland“ hatte ich die Gelegenheit mit Vertretern der meisten aktiven GG in Kontakt zu kommen.

Nach schriftlichem und persönlichem Kontakt mit dem „Verband Griechischer Gemeinden in der Bundesrepublik Deutschland“ und einer engen Zusammenarbeit mit der Pressestelle des Verbandes nahm ich an der nächsten Konferenz teil, die am 14. Juni 1997 in Offenbach/Frankfurt a.M. stattfand.

Der Fragebogen wurde erweitert und an das neue Verfahren angepasst. Es handelt sich um einen „halbstandardisierten“ Fragebogen in griechischer Sprache (*vgl. im Anhang 1: Fragebogen 1*). Anhand dieses Fragebogens wurde das Interview mit den Vertretern der GG durchgeführt. Neben den standardisierten Fragen wurden auch „offene“ Fragen zur selben Problematik gestellt, die die standardisierten Fragen überprüfen, konkretisieren oder erklären sollten. Außerdem wurde auch ein neues „Deckblatt“ verfasst, das mit Hilfe der Pressestelle des „Verbandes Griechischer Gemeinden in der Bundesrepublik Deutschland“ an alle Vertreter der GG, die in der Konferenz waren, verteilt wurde, und um die Durchführung der Befragung und ihre Ziele informierte.

Bei der Konferenz hatte ich die Gelegenheit 27 Vertreter zu interviewen. Das Interview wurde anhand des Fragebogens persönlich durchgeführt. Ich habe mich jeweils an einen der anwesenden Vertreter von jeder GG gewandt. Nicht alle waren dazu bereit, an der Befragung teilzunehmen.

Insgesamt nahmen nach Angaben des „Verbandes Griechischer Gemeinden in der Bundesrepublik Deutschland“ 73 der insgesamt 145 GG in Deutschland an der Konferenz teil. (Manche GG waren durch mehrere Personen vertreten, je nach der Größe der Gemeinde gemäss den Satzungen des Verbandes)¹.

Die Konferenz findet nur dann statt, wenn 40% der Mitglieder teilnehmen. Die Fragebogen der Untersuchung befinden sich in meinem Archiv und können bei Interesse eingesehen werden.

1.2. Fragestellung und Ziel der Befragung

Ziel dieser Befragung ist es, Daten zu folgender Fragestellung zu erheben:

¹ In jedem Ort (Stadt und Umgebung) wird vom „Verband Griechischer Gemeinden in der Bundesrepublik Deutschland“ nur eine GG als Mitglied anerkannt.

- Was ist der Charakter und welche sind die Ziele und die Art der Veranstaltungen der GG und der übrigen Aktivitäten der GG in Deutschland?
- Inwiefern wenden sich die GG zu diesem Zweck an die deutschsprachigen Medien?
- Inwieweit werden zum gleichen Zweck die griechischsprachigen Medien genutzt?
- Inwieweit, wie und bei welcher Gelegenheit werden von den deutschen Massenmedien die Veranstaltungen, Ziele und Aktivitäten der GG in Deutschland präsentiert und berücksichtigt?
- Wie werden die Mitglieder der GG in Deutschland über die Veranstaltungen informiert?
- Wer erledigt die Öffentlichkeitsarbeit der GG? Probleme und Möglichkeiten.
- Wie wird die Rolle der GG in Deutschland bezeichnet, kritisiert und welche sind ihre Zukunftsperspektiven, Probleme und Möglichkeiten?
- Inwieweit haben die GG Kontakt zu Vereinen anderer Nationalitäten, und ,wenn ja, zu welchen?
- Inwieweit nimmt die „zweite und dritte Generation“ der in Deutschland lebenden Griechen an den GG in Deutschland aktiv teil und welche Probleme ergeben sich eventuell in der Zukunft?
- Inwieweit leisten die GG in Deutschland einen Beitrag zur Problematik eines friedlichen Zusammenlebens zwischen Deutschen und anderen ethnischen Minderheiten in Deutschland, im Rahmen einer multikulturellen deutschen Gesellschaft?

1.3. Beschreibung des Fragebogens

- Gefragt wurde zuerst nach dem Namen der GG, dem Gründungsjahr und der Zahl der eingeschriebenen Mitglieder.
- Danach wurde eine Auflistung der eventuellen Aktivitäten und Ziele der GG gegeben und der Befragte wurde aufgefordert die Ziele der GG zu benennen. Zusätzlich zur Auflistung hatten die Befragten die Gelegenheit auch andere Ziele zu nennen.

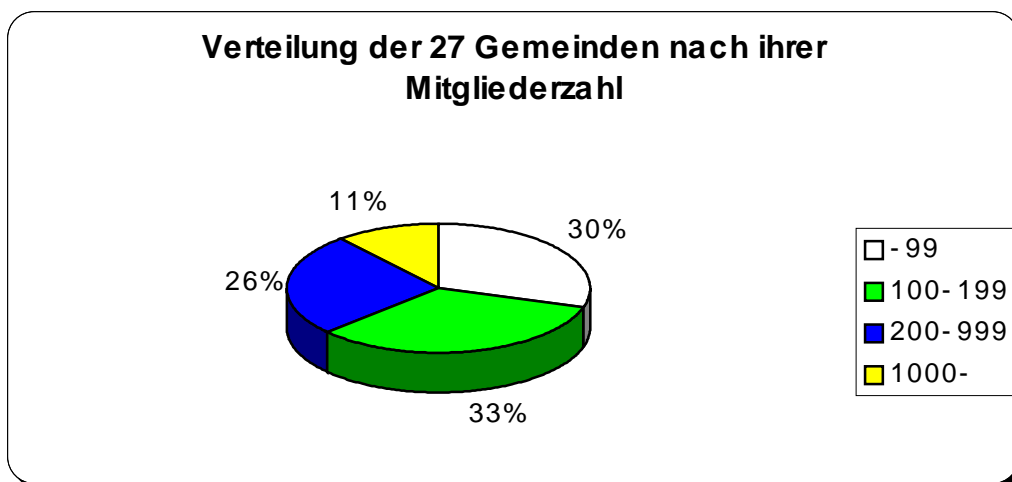
- Dann folgten Fragen, die untersuchen sollten an welche Massenmedien in Deutschland und im Heimatland (lokale deutsche Zeitungen, griechische Zeitungen die in Deutschland veröffentlicht werden, Illustrierte, Zeitungen des Heimatlandes, deutsch-griechische Sendungen im deutschen Hörfunk und Fernsehen, Sendungen des ersten Programms des griechischen Fernsehens, griechische Hörfunksendungen) sich die GG wenden, um ihre Aktivitäten und Probleme an die Öffentlichkeit zu bringen.
- Um die vorige Frage näher zu definieren, wurde eine weitere Frage gestellt, die nach der Häufigkeit, dem Medium bzw. der genauen Sendung fragte, in der im letzten Jahr ein Bericht oder eine ausführliche Reportage über die GG veröffentlicht bzw. gesendet wurde (kurze Mitteilungen beispielsweise über eine Veranstaltung, sollten bei dieser Frage nicht berücksichtigt werden).
- Dann folgten Fragen, mit deren Hilfe festgestellt werden sollte, wie die Öffentlichkeitsarbeit (Kontakt mit den Massenmedien) durchgeführt wird (Pressemitteilungen, Telefonate, persönlicher Kontakt u.a.) und wer diese Aufgabe erledigt (der Vorsitzende, der Sekretär, eine dafür ausgebildete Person o.a.)? Dies diente vor allem der Feststellung, ob die GG professionelle und gezielte Öffentlichkeitsarbeit leisten.
- Danach wurde den Befragten eine Auflistung aller Möglichkeiten, die eventuell zur Verbesserung der Lage der ethnischen Minderheiten in Deutschland durch die Medien dienen könnten, gegeben. Sie sollten die drei wichtigsten (oder eventuell andere Möglichkeiten) nennen. Es wurde auch eine Begründung für die Antwort verlangt.
- Gefragt wurde weiterhin nach:
 - a. dem Charakter und der Thematik der Veranstaltungen, die in ihrer GG regelmäßig im letzten Jahr stattfanden,
 - b. der Teilnahme von Deutschen oder Personen anderer Nationalitäten an Veranstaltungen oder anderen Aktivitäten der GG,
 - c. der Art und Weise, wie ihre Mitglieder informiert werden,
 - d. der Tendenz der Mitgliederzahlen im Vergleich zu vorangegangenen Jahren,

e. der Attraktivität der GG für die zweite und dritte Generation und der Begründung für ihre Antworten.

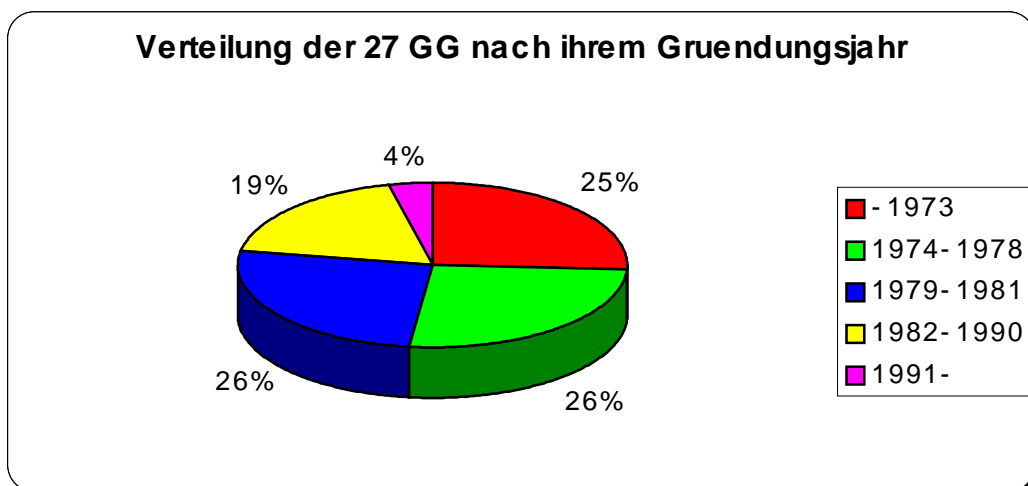
- Von besonderem Interesse war für mich die Erkundung des Grades und der Häufigkeit der Kooperation der GG mit Vereinen anderer Nationalitäten, deutschen und griechischen Vereinen, sowie die Art ihrer Kooperation.

- Zum Schluss sollten die Befragten ihre Meinung dazu äußern, ob die GG ihre Ziele in ausreichendem Maße erreichen. Nach der Begründung ihrer Antwort sollten sie das wichtigste Problem der GG nennen.

Bezüglich ihrer Mitgliederzahlen und dem Gründungsjahr lassen sich die GG wie in den folgenden Grafiken darstellen:



Acht der GG haben 40-99 Mitglieder, neun von ihnen haben 100-199 Mitglieder, sieben 200-999 Mitglieder und drei GG haben mehr als 1000 Mitglieder.



Sieben der GG wurden vor 1973 gegründet und sind somit die ältesten der untersuchten GG. Sie waren während der siebenjährigen Diktatur in Griechenland in Deutschland aktiv. Weitere sieben der GG wurden gleich nach dem Sturz der Diktatur und während des Anwerbestops in Deutschland von 1974 bis 1978 gegründet. Ebenfalls sieben wurden zwischen 1979-1981 gegründet (im Jahr 1981 kam in Griechenland die Panhellenische Sozialistische Bewegung „P.A.S.O.K.“ an die Macht). Fünf GG wurden in den Jahren von 1982-1990 und nur eine GG wurde nach 1991 gegründet.

1.4. Auswertung der Daten

Die Daten wurden zunächst mit Hilfe des Rechenprogramms SPSS (Statistical Package for the Social Sciences) quantitativ bearbeitet.

Die „offenen“ Fragen wurden wie folgt ausgewertet: Es wurde eine Liste der Antworten erstellt, die häufigsten Antworten wurden zu Kategorien zusammengefasst und dann folgte ihre Bearbeitung anhand dieser Kategorisierung. Eventuell übrig gebliebene Antworten, welche so unterschiedlich waren, dass man sie nicht unterkategorisieren konnte, bildeten die Kategorie „Sonstiges“.

Waren zu wenig Antworten für eine repräsentative Beschreibung von Ergebnissen vorhanden, wurden sie in den Ergebnissen nicht berücksichtigt. Die Beschreibung der Ergebnisse entspricht nicht der Reihenfolge der Fragen im Fragebogen 1 (*vgl. im Anhang I*).

1.5. Beschreibung der Ergebnisse

- **Ziele und Aktivität der „Griechischen Gemeinden“ in Deutschland**

Zu den Zielen und der Aktivität der „Griechischen Gemeinden“ (GG) in Deutschland (*vgl. im Anhang I: Fragen: 4.1., 4.2., 4.3., 4.5., 4.6., 4.7., 4.8, im Fragebogen 1*) gehören in erster Linie der „Kontakt der in Deutschland lebenden Griechen untereinander“ (24 GG : 88,9%) und „das Erhalten der griechischen Sitten“ (24 GG: 88,9%). Ein weiteres Ziel, das von 23 Vertretern von GG (85,2 %) angegeben wurde, ist das „Informieren der Mitglieder“ über verschiedene Themen. Insbesondere das „Informieren der

Mitglieder über die Rechte der ausländischen Bevölkerung in Deutschland“ durch Veranstaltungen der GG wurde von 22 Befragten (81,5%) genannt. Als weitere Ziele der GG wurden der „Erhalt der griechischen Kultur“ (21 GG:77,8%), der Kontakt zur Heimat (19 GG:70,4%), die Unterhaltung der Mitglieder (19 GG: 70,4%) und Sonstiges (2 GG:7,4%) genannt (*vgl. im Anhang I: S.d. A 1*)

- **Veranstaltungen der GG zur Unterhaltung ihrer Mitglieder**

Der größte Anteil der Unterhaltungsveranstaltungen der GG betrifft „Feste mit griechischer Musik und Tänze“ (10 GG: 37%), deutlich darunter liegen die Schulfeste (2 GG: 7,4%), Ausflüge (2 GG: 7,4%), Theatervorstellungen (1 GG: 3,4%) und sonstige Veranstaltungen (3 GG: 11%) .(*Vgl. im Anhang I: Frage 4.1. im Fragebogen 1 und S.d. A 2*).

Auch bei dieser Frage (*vgl. „offene“ Frage: 4.1.1. im Fragebogen 1*) werden keine Veranstaltungen mit deutschen Vereinen oder Vereinen anderer Nationalitäten genannt (wie z.B. Straßenfeste, „Ausländerwochen“ deutscher Städte u.ä.). Unter den genannten Veranstaltungen sind kaum welche kultureller Art, außer Festen. (Nur einer der Vertreter der GG hat angegeben, dass auch Theatervorstellungen aufgeführt wurden).

- **Kontakt zum Heimatland**

Der Kontakt zur Heimat (*vgl. im Anhang I: „offene“ Frage: 4.3.1. im Fragebogen 1*) wird überdurchschnittlich oft als „Informieren der Mitglieder“ über Ereignisse und neue Gesetzgebungen im Heimatland verstanden (14 GG: 51,8%). In vielen GG wird außerdem das Erste Programm des staatlichen griechischen Fernsehens (ET1) über Satellit gesendet und viele Mitglieder, eher der sog. ersten Generation, treffen sich in den Räumen der GG, um es zu verfolgen (6 GG: 22,2%). Als drittes Mittel zur Kontaktpflege mit der Heimat wurde der „Besuch von Abgeordneten und Ministern Griechenlands“ genannt (3 GG: 11,1%). (*Vgl. im Anhang I: S.d. A 3*)

- **Kontakt mit dem deutschen Staat**

Der deutsche Staat wird laut den Befragten zu folgenden Themen, Rechten und Forderungen (*vgl. im Anhang I: Frage: 4.6.1. im Fragebogen 1*) kontaktiert: Aufenthaltserlaubnis (6 GG: 22,2%), Ausländerbeiräte /Wahlrecht der ausländischen Bevölkerung (4 GG:14,8%), Schule und

Bildung (1 GG: 3,7%) und verschiedene „sonstige“ Themen (5 GG: 18,5%). Erstaunlich ist, dass die Befragten als erstes Thema die Aufenthaltserlaubnis angaben, obwohl Griechenland zu den EU-Mitgliedsländern gehört (vgl. im Anhang I: S.d. A 4).

- **Veranstaltungen der GG zur „Information der Mitglieder“**

Die „Information der Mitglieder“ (vgl. Im Anhang I: „offene“ Frage: 4.7.1. im Fragebogen 1) ist eines der wichtigsten Ziele der GG. Bei der Thematik der Informierenden Veranstaltungen stehen an erster Stelle die Bereiche „Schule/Bildung“ (9 GG: 33,3%) und „Renten“ (8 GG: 29,6%). Deutlich darunter liegen Gesundheitsfragen (5 GG: 18,5%), Arbeitslosigkeit und Ausbildungsmöglichkeiten (4 GG: 14,8%), Arbeitsrechte (3 GG: 11,1%) und verschiedene „sonstige“ Themen (2 GG: 7,4%). (Vgl. im Anhang I: S.d. A 5).

- **Art der Veranstaltungen des letzten Jahres, die regelmäßig stattfinden**

In den GG finden jedes Jahr regelmäßige Veranstaltungen statt. Gefragt wurde nach der Art dieser Veranstaltungen, die im letzten Jahr stattfanden (vgl. im Anhang I: Frage: 11 im Fragebogen 1). Fast in jeder GG fanden in diesem Zeitraum ein oder mehrere Feste statt (26 GG: 96,3%). In mehr als zwei Dritteln der GG werden griechische Tänze unterrichtet (21 GG: 77,8%). Zu den zahlreichen Veranstaltungen gehören Vorträge über verschiedene Themen: Arbeit: 21 GG (77,8%), Schule und Bildung: 19 GG (70,4%), Rechte der ethnischen Minderheiten in Deutschland: 16 GG (59,3%), Politik und politische Ereignisse in Deutschland: 10 GG (37%), Politik und politische Ereignisse in Griechenland: 8 GG (29,6 %). „Sonstiges“ sind von 2 GG (7,4%) bekundet.

In fast einem Viertel der untersuchten GG wird die deutsche Sprache (8 GG: 29,6%) und die griechische Sprache für Deutsche (7 GG: 25,9%) unterrichtet. Eine begrenzte Zahl der GG organisierte Griechisch-Kurse für Griechen (3 GG: 11,1%). Bei 4 der untersuchten GG (14,8%) werden auch Unterrichtskurse organisiert mit anderer Thematik.

Weitere Veranstaltungen, die genannt wurden, sind die „Jahresfeier und Gedächtnistage“ (5 GG: 18,5%) und Sonstiges (4 GG:14,8%). (Vgl. im Anhang I: S.d. A 6).

- **Kontakt mit den Massenmedien, Öffentlichkeitsarbeit**

Um ihre Tätigkeit bekannt zu machen, wenden sich die GG in überdurchschnittlichem Maße an die deutschen Zeitungen (20 GG: 74,1%) und die deutsch- und griechischsprachigen Sendungen des deutschen Rundfunks (20 GG: 74,1%). Erst an zweiter Stelle folgen die griechischen Zeitungen, die in Deutschland erscheinen oder vertrieben werden (17 GG: 63%), und mit deutlichem Abstand das deutsche Fernsehen (11 GG: 40,7%, und Sonstiges 2 GG: 7,4%). (Vgl. im Anhang I: Fragen: 5.1, 5.2., 5.3., 5.4., im Fragebogen 1 und S.d. A 7).

- **Zeitungen**

Von großer Bedeutung ist, dass die GG sich an erster Stelle an deutsche Lokalzeitungen wenden. Die Verbesserung der Deutschkenntnisse der in Deutschland lebenden Griechen und das Aufwachsen der inzwischen dritten Generation in Deutschland haben zu dieser Tatsache beigetragen. Zur Frage „wie oft sie sich an die Zeitungen wenden, um Ihre Tätigkeit bekannt zu machen“, hat die Mehrheit der Befragten geantwortet, dass sich 10 GG (37%), „manchmal“, 5 GG (18,5%), „oft“ und 1 GG (3,7%), „immer“ für die deutschen Zeitungen entscheiden. 4 (14,8%) der Befragten GG antworteten „selten“ (vgl. im Anhang I: Frage: 5.4. im Fragebogen 1).

Bei den griechischen Zeitungen liegen die Quoten dagegen niedriger: 6 GG (22,2%) haben geantwortet, dass sie sich „manchmal“ an eine griechische Zeitung wenden, nur 1 GG (3,7%) „oft“ und 3 GG (11,1%) „immer“. Bemerkenswert ist auch, dass ein hoher Anteil der Befragten (7 GG: 25,9%) mit „selten“ geantwortet hat. (Vgl. im Anhang I: Frage: 5.3. im Fragebogen 1 und S.d. A 8).

- **Rundfunk**

Parallel zu den Quoten der deutschen lokalen Zeitungen liegen auch die entsprechenden Quoten über die ARD-griechischsprachigen Sendungen des deutschen Rundfunks (täglich um 20.20 Uhr aus München). Die GG wenden sich an die griechischsprachige Sendung des BR in gleichem

Maße wie an die lokalen deutschen Zeitungen (*vgl. im Anhang I: Frage: 5.1.1.3. und 5.3. im Fragebogen 1*). Von den Befragten haben 6 GG (22,2%) auf die Frage „wie oft sie sich an dieses Programm wandten“ mit „immer“, ebenso 6 GG (22,2%) mit „oft“ geantwortet, 4 GG (14,8%) beantworteten die Frage mit „manchmal“ und nur 1 GG (3,7%) mit „selten“. An die deutschsprachigen Sendungen wenden sich nur noch (11,1%) der befragten GG „manchmal“ und 20 GG „nie“ (*vgl. im Anhang I: S.d. A 9*).²

- **Berichte und Reportagen über GG, die im letzten Jahr von den Massenmedien veröffentlicht oder gesendet wurden**

Mit der weiteren Frage wird der Anteil von Berichten und Reportagen über Aktivitäten oder Probleme der GG erkundet, die im letzten Jahr von den Massenmedien veröffentlicht oder gesendet wurden (*vgl. im Anhang I: Frage: 8.1., 8.2., 8.3. & 8.4. im Fragebogen 1*). Diese Frage schließt einfache Pressemitteilungen der GG aus.

Keines der Massenmedien hat innerhalb des untersuchten Zeitraums etwas über aktuelle Belange der GG veröffentlicht/gesendet. Ein sehr großer Anteil der Befragten hat diese Frage mit „niemals“ beantwortet: 25 GG (92,6%) antworteten mit „niemals“ sowohl in bezug auf das deutsche Fernsehen als auch bei überregionalen deutschen Zeitungen und 19 GG (70,4%) gaben eine negative Antwort in bezug auf das griechische Fernsehen. Nur die lokalen deutschen Zeitungen zeigen eine geringe Tendenz (17 GG: 63%). Selbst der griechischsprachige Teil der „multikulturellen fremdsprachlichen Sendung“ des WDR „Babylon“, die damals ausgestrahlt wurde (25 GG: 92,6%), die lokalen griechischen Zeitungen in Deutschland (23 GG: 85,2%), die Sendungen im deutschen Rundfunk (23 GG: 85,2) und die griechischsprachige ARD-Sendung aus München (20 GG: 74,1) erreichen hohe negative Werte (*vgl. im Anhang I: S.d. A 10*).

- **Zur Frage: „Wie wenden sie sich an die Massenmedien?“**

²E s wurden auch Angaben für das griechischsprachige Programm des Hessischen Rundfunks gemacht, aber hierbei handelt es sich um ein regionales Programm und kann daher nicht mit überregionalen Sendungen verglichen werden.

Acht GG (29,6%) antworteten auf die Frage „wie sie sich an die Massenmedien wenden“, dass sie die Journalisten persönlich anrufen, (vgl. im Anhang I: Frage: 6 im Fragebogen 1) und 5 GG haben die Frage mit „Zusendung eines Briefes“ beantwortet. Vier der Befragten (14, 8) gaben an, dass eine Pressemitteilung verfasst und an die Massenmedien geschickt wird (vgl. im Anhang I: S.d. A 11).

- **Zuständige für Öffentlichkeitsarbeit in den GG**

Die Öffentlichkeitsarbeit der GG (vgl. im Anhang: Frage: 7 im Fragebogen 1) wird von zwei Dritteln der Fälle (20 GG: 74,1%) durch den Vorsitzenden der GG geleistet. Deutlich darunter liegt der Anteil der Fälle, in denen der Sekretär der GG mit dieser Aufgabe beauftragt wird (10 GG: 37%). Nur 3 der Befragten (11,1%) nannten einen Angestellten oder Sozialarbeiter und „sonst jemanden“ (2 GG: 7,4%) als Verantwortlichen für die Öffentlichkeitsarbeit (vgl. im Anhang I: S.d. A 12).

- **Wie die Mitglieder über die Aktivitäten der GG informiert werden**

Die Mitglieder werden in den meisten Fällen (17 GG: 63%) persönlich über die Veranstaltungen und die Aktivitäten der GG informiert. (Vgl. im Anhang I: Frage: 13 im Fragebogen 1). Deutlich seltener, in jeweils 12 GG der Fälle (44,4%), werden die Mitglieder per Telefon, Brief oder mit Hilfe von Plakaten informiert. Acht der Befragten der GG (29,6%) haben angegeben, dass ein regelmäßig erscheinendes Informationsblatt herausgegeben wird (vgl. im Anhang I: S.d. A 13).

- **Beitrag der Massenmedien zur Verbesserung der Lage der ethnischen Minderheiten in Deutschland**

Zur Frage „wie die Massenmedien zur Verbesserung der Lage der ethnischen Minderheiten in Deutschland beitragen könnten“ (vgl. im Anhang: Frage: 9 im Fragebogen 1) wurde eine Auflistung aller Mittel angegeben und es wurde von den Befragten verlangt, die drei wichtigsten anzukreuzen oder andere Möglichkeiten zu nennen.

Ein überdurchschnittlich großer Anteil der Befragten (18 GG: 63%) hielt es für äußerst wichtig, dass die Vereine ethnischer Minoritäten mit den Massenmedien professioneller zusammenarbeiten sollten, indem sie

Öffentlichkeitsarbeit auf professioneller Ebene leisten, um ihre Interessen durch die Massenmedien besser zu fördern.

Die Hälfte (14 GG: 51%) der Befragten äußerte die Meinung, dass eine überregionale deutsch-griechische Zeitung einen großen Beitrag dazu leisten könnte. Über ein Drittel (10 GG: 37%) meinte, dass mehr Journalisten ausländischer Herkunft in den deutschen Massenmedien eingestellt werden sollten. Neun der Befragten (33,3%) waren für die Ausgabe einer überregionalen griechischsprachigen Zeitung und sieben (25,9%) für eine deutsch-griechische Zeitschrift. Sechs der Befragten (22,2%) hielten die Gründung einer „multikulturellen Welle“ für wichtig. Nur vier der Befragten (14,8%) haben die Gründung „ethnischer Rundfunksender“ (z. B. griechischsprachige) in Deutschland als wichtig erachtet und zwei der Befragten (7,4%) befürworteten die Ausgabe einer überregionalen griechischen Zeitschrift (vgl. im Anhang I: S.d. A 14).

- **„Welche Gründe verhindern die Entwicklung der oben genannten Mittel, die zur Verbesserung der Lage der ethnischen Minderheiten in Deutschland durch die Medien beitragen könnten?“**

Auf die Frage „welche Gründe verhindern die Entwicklung der oben genannten Mittel, die zur Verbesserung der Lage der ethnischen Minderheiten in Deutschland durch die Medien beitragen könnten“ (vgl. im Anhang I: Frage: 10 im Fragebogen 1) haben fast alle der Befragten (22 GG: 81,5,%) den „Mangel an finanziellen Mitteln“ genannt. Zehn GG (37%) geben den „Mangel an aktiven und dafür geeigneten Personen“ und zehn weitere den „ethnozentrischen Charakter“ der GG an. Acht GG (29,6%) benennen als Grund dafür den „Öffentlichkeitsarbeitsmangel der GG“. Sieben GG (25,9%) halten den „Mangel an Information der GG“ über die bestehenden Möglichkeiten in diesem Bereich als wichtigen Faktor dafür. Sechs GG nannten als Grund „die Politik des deutschen Staates“ den ethnischen Minderheiten gegenüber. Eine GG nannte als Grund „den Mangel an einer Organisation der GG bundesweit“ (vgl. im Anhang I: S.d. A 15).

- **Teilnahme von Nicht-Mitgliedern an Aktivitäten der GG**

Die Anzahl von Deutschen oder Personen anderer Nationalitäten, die nicht als Mitglieder der GG eingeschrieben sind, an den organisierten Veranstaltungen und Aktivitäten der GG, wird als „niedrig“ (von 11 GG: 40,7% der Befragten) bezeichnet, während die Teilnahme von Griechen, die keine eingeschriebenen Mitglieder der GG sind, als „mittelmäßig“ (von 33,3% der Befragten) bewertet wird. 10 GG (37%) bezeichnen die Teilnahme von Griechen an den organisierten Veranstaltungen und Aktivitäten der GG als „groß“ oder „sehr groß“, und 6 GG als „niedrig“ oder „nicht bestehend“, während eine „große“ oder „sehr große“ Teilnahme von Deutschen an den organisierten Veranstaltungen und Aktivitäten der GG nur von vier GG (14,8%) genannt wird. Eine „niedrige“ oder „nicht bestehende“ Teilnahme von Deutschen oder Personen anderer Nationalitäten daran wird jedoch von 16 GG (59, 2%) genannt (vgl. im Anhang I: Frage: 12 im Fragebogen 1 & S.d. A 16).

- **Kooperation der GG mit anderen Vereinen**

Von großem Interesse sind die Ergebnisse der Befragung zur Kooperation der GG mit anderen Vereinen (vgl. im Anhang I: Frage: 15, Fragebogen 1):

a) Kooperation mit griechischen Vereinen

Die Mehrheit der Vereine mit denen die GG kooperieren sind andere griechische Vereine: „regelmäßig“ (13 GG: 48,1%), „oft“ (8 GG: 29,6%), und „manchmal“ (3 GG: 11,1%). (Vgl. im Anhang I: S.d. A 17).

b) Kooperation mit deutschen Vereinen

Mit deutschen Vereinen wird deutlich weniger zusammengearbeitet: „regelmäßig“ (3 GG: 11,1%), „oft“ (5 GG: 18,5%) und „manchmal“ (2 GG: 7,4%). (Vgl. im Anhang I: S.d. A 17).

c) Kooperation mit Vereinen anderer Nationalitäten

Die Kooperation mit Vereinen anderer Nationalitäten ist erstaunlich gering. Eine „regelmäßige“ Kooperation wurde von nur 1 GG (3,7%) genannt. „Manchmal“ wurde von 5 GG (18,5%) der Befragten angegeben. Eine nicht existierende Kooperation („selten“ und „niemals“) wurde von 14 GG (48,1%) angegeben. Fünf GG haben nicht geantwortet. Es wird vermutet, dass sie ebenfalls keine Kooperation mit Vereinen anderer Nationalitäten vorweisen können (vgl. im Anhang I: S.d. A 17).

- **Der Charakter der Vereine als Kooperationspartner mit den GG**

Im Folgenden wurde nach dem Charakter der Griechischen Vereine mit denen kooperiert wird, gefragt (*vgl. im Anhang I: Frage: 15 im Fragebogen 1*). Die Mehrheit dieser Vereine sind Elternvereine der „griechischen Schulen“ in Deutschland (11 GG: 40,7%), es folgen die Folklorevereine (9 GG: 33,3%),³ verschiedene „GG/Vereine der Umgebung“ (8 GG: 29,6%), Fußball- und Sportvereine (6 GG: 22,2%) und Frauenvereine (2 GG: 7,4%). (*Vgl. im Anhang I: S.d. A 18*).

Die deutschen Vereine und Organisationen mit denen kooperiert wird und die genannt wurden, sind zu gleichem Anteil (3 GG: 11,1%) Gewerkschaften und Friedensbewegungsgruppen, die jeweilige Stadt und deutsch-griechische Vereine (und Sonstige Vereine ebenfalls 3 GG: 11,1%). Die Kooperation mit Wohlfahrtsverbänden und Kirchen wurde von 2 GG (7,4%) genannt (*vgl. im Anhang I: S.d. A 19*). Fünf GG haben nicht geantwortet. Es wird vermutet, dass keine Kooperation mit deutschen Vereinen existiert. Laut den Befragten existiert eine minimale Kooperation mit türkischen und kurdischen Vereinen (jeweils von 3 GG: 11,1%), während eine Kooperation mit italienischen und spanischen Vereinen nur von jeweils 2 GG (7,4%) angegeben wurde. Das Kulturzentrum für Ausländer wurde nur in einem Fall (3,7%) als Kooperationspartner angegeben und Vereine verschiedener anderer Nationalitäten wurden jeweils einmal genannt.

- **Die Entwicklung der Mitgliederzahlen**

Die Meinung der Befragten zur Entwicklung der Zahl der GG-Mitglieder im Vergleich zu vorangegangenen Jahren ist umstritten. Über ein Drittel der Befragten (10 GG: 37%) war der Meinung, dass die Mitgliederzahl zunimmt, und ebenso viele meinten, dass die Zahl in den letzten Jahren „rückläufig“ sei. Sechs GG (22,2%) äußerten die Meinung, dass die Zahl „gleich“ blieb (1 GG gab keine Antwort). (*Vgl. im Anhang I: S.d. A 20 und Frage: 16 im Fragebogen 1*).

³ Es handelt sich um zahlreiche Vereine, deren Mitglieder aus bestimmten Gebieten Griechenlands kommen, wie z. B. Kreta, Epirus, Makedonien usw., die ihre Sitten, Folkloretänze und lokale Folkloremusik bewahren möchten.

- **Begründung der Befragten für oben genannte Tendenzen**

Diejenigen Befragten, welche angaben, dass die Zahl der GG-Mitglieder in letzter Zeit rückläufige Tendenz aufweist und diejenigen, die meinten, dass die Mitgliederzahl „gleich“ blieb, nannten als wichtigste Gründe, dass die Mitglieder - vor allem diejenigen der zweiten Generation- nicht aktiv teilnehmen, („kein Interesse der zweiten Generation“: 7 GG, „nicht aktive Teilnahme der Mitglieder“: 5 GG). Weitere Gründe sind „Probleme/Arbeitslosigkeit“ der in Deutschland lebenden Griechen (3 GG), die eine aktive Teilnahme verhindern, „der Charakter der GG“, den sie für ungeeignet befinden (3 GG). Sie sollten „professioneller funktionieren“, mehr „europaorientiert und weniger heimatorientiert sein“. Sonstige Gründe, die jeweils einmal genannt wurden, sind: der „Mangel an Räumen“, „der Parteigeist in der Organisation“, finanzielle Gründe und „Enttäuschung von der griechischen Regierung“.

Diejenigen, welche der Meinung waren, dass die Mitgliederzahl zunimmt, nannten als Gründe dafür „die große Aktivität der GG“ und das „politische und parteiliche Bewusstsein der Mitglieder“ (vgl. im Anhang I: Frage: 17 im Fragebogen 1 & S.d. A 21).

- **Erreichen der Ziele von den GG. Gründe**

Die Befragten sollten sich darüber äußern, wie das Erreichen der Ziele von den GG zu bewerten sei. (Vgl. im Anhang I: Frage: 18 im Fragebogen 1). Die Mehrheit der Befragten (11 GG: 40,7%) hat diese Frage mit „mittelmäßig“ beantwortet. Neun GG (33,3%) antworteten mit „gering“ und 5 GG (18,5%) haben mit „gut“ geantwortet. Nur eine der Befragten war mit dem Erreichen der GG-Ziele sehr zufrieden (vgl. im Anhang I: S.d. A 22). Egal wie die Befragten auf die vorigen Fragen geantwortet haben, äußerten sie zur Frage nach „eventuellen Gründen, die das Erreichen der Ziele der GG verhindern“ (vgl. im Anhang I: „offene“ Frage: 18.1. im Fragebogen 1) wie folgt ihre Meinung: Als wichtigster Grund wurde der „Mangel an finanziellen Mitteln“ (8 GG: 29,6%) und die „nicht aktive Teilnahme der Mitglieder“ (6 GG: 22,6%) genannt. Weit darunter liegen, zu gleichen Teilen (3 GG: 11,1%), folgende Gründe: „das niedrige Bildungs- und Lebensniveau der in Deutschland lebenden Griechen“, „der Mangel an Teilnahme von Mitgliedern der zweiten Generation“, der

„Parteigeist“, der in der Organisation und der Funktion der GG herrscht und sonstige Gründe. Zwei der Befragten haben die „Heimatorientierung“ der GG als verantwortlich dafür genannt, dass die GG ihre Ziele nicht ausreichend erreichen (*vgl. im Anhang I: S.d. A 23a und S.d. A 23b*).

- **Die Teilnahme der zweiten Generation**

Besonders enttäuschend für die Zukunft der GG in Deutschland sind die Befunde der Befragung über die Attraktivität der GG für die zweite Generation der in Deutschland lebenden Griechen (*vgl. im Anhang I: Frage: 19 im Fragebogen 1*).

Die Mehrheit der Befragten (11 GG: 40,7%) hat auf die entsprechende Frage geantwortet, dass die GG „wenig attraktiv“ seien und 4 GG (14,8%) waren der Meinung, dass sie „überhaupt nicht attraktiv“ seien. Diese 4 GG gehören zur GG-Kategorie mit hoher Mitgliederzahl (über 200). Sieben GG (25,9%) der Befragten haben sie als „mittelmäßig attraktiv“ bewertet und nur 4 GG (14,8%) befanden sie für „attraktiv“. Keiner fand die GG „sehr attraktiv“ und einer der Befragten hat sich nicht geäußert.

Die angegebenen Quoten sprechen für sich (*vgl. im Anhang I: S.d. A 24*).

- **Das allerwichtigste Problem der GG**

Die Mehrheit der Befragten haben als das allerwichtigste Problem der GG den „Mangel an finanziellen Mitteln“ (8 GG: 29,6%) genannt (*vgl. im Anhang: „offene“ Frage: 20 im Fragebogen 1*). Es folgen deutlich darunter der „Organisationsmangel“ (5 GG: 18,5%), die „niedrige Attraktivität ihrer Tätigkeiten“ (5 GG: 18,5%) für die in Deutschland geborenen und aufwachsenden jüngeren Griechen und „die fehlende Unterstützung sowohl vom deutschen als auch vom griechischen Staat“ (ebenfalls 5 GG: 18,5%). Zwei GG haben als einen weiteren Grund das Schulsystem und vier weitere GG (14,8%) verschiedene sonstige Probleme der GG als wichtig genannt (*vgl. im Anhang I: S.d. A 25*).

1.6. Zusammenfassung der Ergebnisse und Schlussfolgerungen

Die Ergebnisse der Untersuchung lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Das Profil der „Griechischen Gemeinden“ (GG) ist eher ethnozentrisch und heimatorientiert. Vorrangige Ziele sind der „Kontakt der in Deutschland lebenden Griechen untereinander und der Erhalt der

griechischen Sitten“. Die Mehrheit der Vereine, mit denen die GG kooperieren, sind andere griechische Vereine, während der Austausch mit politischen und kulturellen Trägern und Vereinen der deutschen Gesellschaft oder anderen Nationen in den Hintergrund tritt.. Die GG setzen zwar das „Informieren der Mitglieder über die Rechte der ausländischen Bevölkerung in Deutschland“ durch Veranstaltungen als Ziel, aber dies wird nicht von bestimmten Aktivitäten zur Förderung dieser Rechte begleitet. Ihr Profil ist keineswegs emanzipatorisch.

- Die Mehrheit ihrer Veranstaltungen sind Feste, die den o.g. Zielen und der Unterhaltung der Mitglieder dienen, Veranstaltungen kultureller Art, außer Festen, finden nur in geringem Maße statt.
- Zur „Information der Mitglieder“, welches eines der wichtigsten Ziele der GG ist, stehen Veranstaltungen zu „Schule/Bildung“ und „Rechten“ an erster Stelle, mit deutlichem Abstand folgen Gesundheitsfragen, Arbeitslosigkeit und Ausbildungsmöglichkeiten, sowie Arbeitsrechte und andere Themen. Das Thema Schule/Bildung taucht in vielen Antworten auf und bei diesen zwei Themenbereichen spiegelt sich sowohl das große Interesse als auch die Unsicherheit der Mitglieder wider
- Regelmäßige Veranstaltungen, die im Jahr vor der Untersuchung stattfanden waren:
 - a. in nahezu jeder GG ein oder mehrere Feste
 - b. in mehr als zwei Dritteln der GG Unterricht griechischer Tänze
 - c. Vorträge zu Themen wie „Arbeit“, „Schule und Bildung“, „Rechte der ethnischen Minderheiten in Deutschland“, „Politik und politische Ereignisse in Deutschland“ und sonstige Themen

in fast einem Viertel der untersuchten GG wird die deutsche Sprache und die griechische Sprache für Deutsche unterrichtet. Eine begrenzte Zahl der GG bietet Griechisch-Kurse für Griechen an.

- Um ihre Tätigkeit bekannt zu machen, wenden sich die GG hauptsächlich an die deutschen Lokalzeitungen und die deutsch- und griechischsprachige Sendung des Bayerischen Rundfunks (BR). An zweiter Stelle folgen griechische Zeitungen, die in Deutschland veröffentlicht oder vertrieben werden und mit deutlichem Abstand das deutsche Fernsehen. Das deutsche Fernsehen bietet den GG und

generell den ausländischen Vereinen nur wenige Möglichkeiten, über sich zu berichten, da zur Zeit keine Sendungen speziell für die verschiedenen ethnischen Minderheitengruppen in Deutschland ausgestrahlt werden (wie früher z.B. die sog. „Gastarbeitersendungen“, die vom ZDF gesendet wurden). Außerdem ist das Fernsehen kein „direktes“ Massenmedium wie z.B. die lokalen deutschen Zeitungen und das Radio, die sehr viel einfacher über Probleme und Veranstaltungen der ethnischen Minderheiten an dem Ort, an dem sie leben, berichten können.⁴

- Der Anteil an Berichten und Reportagen über Probleme und Veranstaltungen der GG, die im letzten Jahr von den Massenmedien veröffentlicht oder gesendet wurden, ist sehr gering.
- Die Öffentlichkeitsarbeit der GG wird in den meisten Fällen von den Vorsitzenden der GG geleistet. Ihre Mitglieder werden hauptsächlich persönlich über die Veranstaltungen und die Aktivitäten informiert. Informationsblätter werden, wenn überhaupt, nicht regelmäßig herausgegeben. Ferner werden auch keine Kampagnen zur Förderung bestimmter Ziele durchgeführt. In starkem Kontrast zu den genannten Defiziten steht die Forderung vieler der Befragten nach professioneller und zielgerichteter Öffentlichkeitsarbeit zur Förderung der Interessen der GG.
- Die Forderung nach besseren Beziehungen zwischen den deutschen Massenmedien und ethnischen Minderheitengruppen ist deutlich erkennbar. Die bessere Berücksichtigung des Informationsbedürfnisses von Bürgern ausländischer Herkunft ist nach den Befunden dieser Befragung keine „ethnische Sache“. Die Befragten äußerten sich deutlich für deutsch-fremdsprachliche Versuche (ein großer Teil der Befragten sprach sich für eine überregionale deutsch-griechische Zeitung aus und außerdem wurde die Forderung nach einer „multikulturellen Welle“ laut). Gefordert wurde auch die Einstellung von Mitarbeitern ausländischer Herkunft in den deutschen Massenmedien und

⁴ An dieser Stelle muss man aber in Erinnerung bringen, dass sowohl die Sendungen, als auch die Zeitungen nur eine begrenzte Reichweite abdecken, während die Befragten von GG aus ganz Deutschland kamen. Diese hohen Quoten sind schwer zu erklären und es gibt viele Parameter, die diese Tatsache beeinflussen. Einerseits könnte man sagen, dass der Charakter der Veranstaltungen der GG von den Medien nach journalistischen Kriterien als nicht genügend attraktiv für die Mehrheit der Leser/ Hörer/ Zuschauer bewertet wird. Andererseits aber könnte es auch der Fall sein, dass die GG ihre Aktivität nicht ausreichend „nach außen“ bringen können, da sie die Regeln der Öffentlichkeitsarbeit nicht ausreichend beherrschen.

eine professionellere Zusammenarbeit der Vereine mit diesen generell. Eine solche Richtlinie leistet einen großen Beitrag für den kulturellen Austausch zwischen den ethnischen Minderheiten und den Deutschen.

Eine niedrige Teilnahme von Deutschen oder Personen anderer Nationalitäten an Veranstaltungen der GG, eine niedrige Kooperation und eine sehr geringe Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit Vereinen anderer Nationalitäten, obwohl die Interessen aller ethnischen Minoritäten in Deutschland gleich sein sollten, zeigt noch einmal den ethnozentrischen Charakter der GG. Die GG haben, wie die Untersuchung deutlich zeigt, bis jetzt kein Interesse gezeigt, „offener“ zu werden und mit ihren Aktivitäten Multikulturalität zu fördern. Eine Hinwendung dazu wird zwar nicht abgelehnt, gehört aber nicht zu den hauptsächlichen Zielen der GG, die eher auf die Bedürfnisse der sog. ersten Generation ausgerichtet sind. Die Ziele, für welche sie in den 60er Jahren gegründet wurden, haben sich zum größten Teil nicht geändert, obwohl die allgemeine Situation inzwischen erhebliche Veränderung erfahren hat. Deshalb sind besonders enttäuschend für die Zukunft der GG in Deutschland sind die Befunde der Befragung über die Attraktivität der GG für die zweite Generation der in Deutschland lebenden Griechen.

- Nach den Angaben der Untersuchung zeigte sich die große Mehrheit der Vertreter der GG nicht zufrieden mit dem Erreichen der Ziele der GG. Als wichtigste Gründe hierfür werden der Mangel an finanziellen Mitteln und die Passivität der Mitglieder genannt.

2. Mediennutzung von Griechen in Deutschland. Stichprobe

Folgende Untersuchung, die ich ab 25. Oktober bis 15. Dezember 1995 in Köln durchgeführt wurde, setzte sich zum grundsätzlichen Ziel, die Mediennutzung und die Informationsbedürfnisse der Griechen in Deutschland zu erforschen. Im Folgenden werde ich die Fragestellung, das Untersuchungsverfahren und die Ergebnisse dieser Befragung im einzelnen darstellen.

2.1. Fragestellung und Ziel der Stichprobe

Ziel der Untersuchung ist es, Daten zu erheben und die stärksten Tendenzen zu folgender Fragestellung zu beschreiben:

- Inwieweit wird von den Befragten das deutsche Medienangebot in Nachrichten und Informationen zur Lebenshilfe genutzt?
- Inwieweit wird zum gleichen Zweck das griechischsprachige Medienangebot genutzt?
- Inwieweit sind die Befragten mit ihren Informationsmöglichkeiten durch deutsche Presse und Rundfunk (Hörfunk- und Fernsehsendungen) zufrieden?
- Welche Rolle spielen Parameter wie Alter und Beherrschung der deutschen Sprache in der Mediennutzung?
- Wie ist die Einstellung der Befragten dem Nachrichtenangebot der deutschen Medienanstalten und der deutschen Presse gegenüber, und welche sind die Gründe dafür?
- Inwieweit sind die Migranten politisch und sozial aktiv (Teilnahme an Parteien, Vereine u.s.w.)?
- Inwieweit verfolgen sie das politische Geschehen Deutschlands und ihres Heimatlandes, und durch welche Medien-Kanäle geschieht dies?
- Wie groß ist ihr Bedürfnis zur politischen Beteiligung in dem Land, wo sie leben?
- Wie informieren sie sich über die Veranstaltungen der Vereine und Organisationen, in denen sie Mitglieder sind?
- Wie beurteilen sie das „Bild“ der ethnischen Minoritäten in den deutschen MM?

Wie könnte ihrer Meinung nach, die Gleichberechtigung von ethnischen Minderheiten und Deutschen durch die MM gefördert werden?

2.2. Beschreibung des Fragebogens

Ziel der Untersuchung ist es, Daten zu erheben und die stärksten Tendenzen zu folgender Fragenstellung zu beschreiben:

- Welche Rolle spielen Parameter wie Alter, Geschlecht und Beherrschung der deutschen Sprache in der Mediennutzung? (Fragen: 2.-7. nach Bearbeitung und in Verbindung mit anderen Fragen, *vgl. im Anhang II: Fragebogen II*)
- Inwieweit wird von den Befragten das deutsche Medienangebot in Nachrichten und Informationen zur Lebenshilfe genutzt? (Fragen: 9., 9.1., 9.2., 10., 13., 15., &., *vgl. im Anhang II: Fragebogen II*)
- Inwieweit wird zum gleichen Zweck das griechischsprachige Medienangebot genutzt? (Fragen: 8., 8.1., 11., 12., 14., 16., & 17., *vgl. im Anhang II: Fragebogen II*)
- Inwieweit stellen sich die Befragten mit ihren Informationsmöglichkeiten durch deutsche Presse und Rundfunk (Hörfunk- und Fernsehsendungen) zufrieden? (Fragen: 16., 17., 18.1., 18.2., 18.3., & 18.4., *vgl. im Anhang II: Fragebogen II*)
- Wie ist die Einstellung der Befragten dem Nachrichtenangebot der deutschen Medienanstalten und der deutschen Presse gegenüber, und welches sind die Gründe dafür? (Fragen: 18.3., 18.4., *vgl. im Anhang II: Fragebogen II*)
- Inwieweit verfolgen sie das politische Geschehen Deutschlands und ihres Heimatlandes? (*Frage: 20., vgl. im Anhang II: Fragebogen II*)
- Inwieweit sind die Migranten politisch und sozial aktiv (Teilnahme an Parteien, Vereine u.s.w.) ? (*Frage: 21. vgl. im Anhang II: Fragebogen II*)
- Wie informieren sie sich über die Veranstaltungen der Vereine und Organisationen, in denen sie Mitglieder sind? (*Frage: 22. vgl. im Anhang II: Fragebogen II*)
- Wie beurteilen sie das „Bild“ der ethnischen Minoritäten in den deutschen MM? (Fragen: 23., 23.1., *vgl. im Anhang: Fragebogen II*)

- Wie könnte ihrer Meinung nach, die Gleichberechtigung von ethnischen Minderheiten und Deutschen und die Bekämpfung der Fremdfeindlichkeit durch die MM gefördert werden? (Fragen: 24., 24.1., 25., & 25.1. *vgl. im Anhang: Fragebogen II*)

2.3. Beschreibung des Verfahrens: Stichprobeziehung, Interviewen - Verfahren, Datenbearbeitung

a. Stichprobeziehung

Anfang des Jahres 1995 wurde eine vollständige Auflistung von allen Griechen, die in Köln und Porz-Köln leben und mit Name, Adresse und Telefonnummer, die im Telefonbuch der Stadt - Köln und Köln-Porz stehen, gemacht. Die Erhebung kam auf insgesamt 1558 Haushalte.

Dann folgte die Auswahl der Personen, die schließlich befragt wurden, durch die in der Statistik verwendeten „Zufallzahlen“. Nach einer „einfachen Zufallsauswahl“ (simple random sample - SRS) wurden 156 Haushalte ausgewählt. Diese bildeten einen Anteil von 10 Prozent. (*Vgl. Endruweit/Trommsdorff 1989, 700*)

b. Interviewen-Verfahren

Die ausgewählte Zielgruppe bestand aus Bewohnern der Stadt Köln und Köln-Porz, griechischer Herkunft und älter als 18 Jahre, da die Fragestellung der Untersuchung nur Erwachsene betrifft.

Der vierseitige Fragebogen, der in griechischer Sprache zusammengefasst ist, sollte am Anfang an den Befragten Griechen per Post zugesendet werden.

Deshalb wurde der Versuch unternommen, diesen Fragebogen zuerst an einem kleinen Teil der Befragten auszuprobieren.

Die Rücklaufquote war jedoch zu klein. Das war einer der Gründe, weshalb ich mich schließlich entschieden habe, die Befragten persönlich zu interviewen. Ein weiterer Grund war auch der Bedarf nach persönlichem Kontakt mit den Befragten, was eine positive Rolle für die erfolgreiche Durchführung der Befragung gespielt hat.

Es wurde bei den ausgewählten Haushalten angerufen, die Ziele des Interviews kurz erklärt und ein Termin ausgemacht. Ich habe dabei einerseits versucht, die Person, deren Name im Telefonbuch stand zu

interviewen, andererseits aber wurde darauf geachtet, ein Gleichgewicht nach Alter und Geschlecht zwischen den Befragten zu halten. Die Zielgruppe sieht wie folgt aus:

Tabelle 1:

Alter	Männer	Frauen	insgesamt
18-20	2	4	6 (4,1%)
21-30	16	17	33 (22,8%)
31-40	15	17	32 (22,1%)
41-50	15	16	31 (21,4%)
51-55.	11	5	16 (11%)
56-60	10	4	14 (9,7%)
61-65	5	2	7 (4,8%)
66.....	4	2	6 (4,1%)
Summe:	78 (53,8%)	67 (46,2%)	145

Unter den 156 Haushalten, die anfangs ausgewählt wurden, waren einige die beim ersten Versuch aus verschiedenen Gründen nicht erreicht werden konnten: in 15 Fällen war die Telefonnummer falsch, wegen Umzug des Befragten, in 4 Fällen konnte das Interview wegen Tod oder Trauer nicht stattfinden, in 3 Fällen wurde von den Befragten Krankheit angegeben, einer war im Urlaub, zwei waren keine Griechen, und 3 mochten an der Untersuchung nicht teilnehmen. Diese Fälle wurden *nur einmal* durch die in der Statistik verwendeten „Zufallzahlen“ ersetzt.

Nach dieser neuen „einfachen Zufallsauswahl“ wurden schließlich nur 7,6 Prozent (12) der ausgewählten Haushalte nicht erreicht bzw. haben sie sich nicht bereit erklärt, das Interview zu geben.

d. Datenbearbeitung

Danach wurden die Daten mit Hilfe des Rechenprogramms SPSS (Statistical Package for the Social Sciences) quantitativ bearbeitet. Bei der Repräsentation der Ergebnisse wird parallel der Versuch einer qualitativen Bearbeitung unternommen.

Die „offenen“ Fragen wurden wie folgt bearbeitet: Es wurde eine Liste der Antworten erstellt. Die häufigsten Antworten wurden zu Kategorien zusammengefasst und dann folgte ihre Bearbeitung anhand dieser

Kategorisierung. Wenn die Antworten zu wenig waren, um eine repräsentative Beschreibung der Ergebnisse darzustellen, wurden sie einfach unkategorisiert aufgelistet dargestellt.

2.4. Beschreibung von Ergebnissen der Befragung von Griechen in Köln und Köln-Porz über die Mediennutzung

• Persönliche und soziale Merkmale der Befragten. Deutschkenntnisse

Wie die obere Tabelle 1 zeigt, ist die Mehrheit der Befragten im Alter von 21- 30 Jahren (22,8 %), nur kurz darunter liegen diejenigen von 31- 40 Jahren (22,1%) und von 41- 50 Jahren (21,4%). Ein ähnliches Bild erwies sich auch nach Bearbeitung von Daten des Statistischen Bundesamtes.⁵ Die Mehrheit der in Deutschland lebenden Griechen befindet sich also „in dem produktivsten Alter ihres Lebens.“ (Bei der Bearbeitung der Daten werde ich im Folgenden die Altersgruppen 51-55 und 56-60 in eine einheitliche Gruppe und die Altersgruppen 61-65 und über 65 Jahre in eine zweite Gruppe bringen.) Unter den Befragten waren 53,8% Männer und 46,2% Frauen (vgl. Tabelle 1). Diese Prozente entsprechen denjenigen für die gesamte griechische Bevölkerung in Deutschland. Dass die Männer prozentuell mehr als die Frauen sind, wird auch von den jeweiligen Daten des Statistischen Bundesamtes bewiesen. Anfang 1992 war beispielsweise der Anteil der Männer unter den Griechen um die 55% und der Frauen 45% und er blieb unverändert auch Anfang 1998 (vgl. Kasakos 1995, 116 & Beauftragte der Bundesregierung für Ausländerfragen, März 1998. Tab. 3 auf S. 21).

Die Aufenthaltszeit der Befragten in Deutschland zeigt folgende Tab. 2:

Aufenthaltszeit		
1 – 5 Jahre	11	7,6 %
6 – 15	29	20 %
16 – 25	42	29 %
26 - ...	63	43,4 %
Summe	145	

⁵ Nach Bearbeitung der Daten vom Statistischen Bundesamt ergeben sich entsprechende Prozente :

Im Alter von 18- 21 Jahren ist 7,98 % der Griechen in Deutschland, im Alter von 21- 30 Jahren: 26,01%, von 30- 40 Jahren: 19,83%, von 40-50 Jahren: 19,24, von 50- 55 Jahren: 10,46 % von 55 – 60 Jahren: 9,01%, von 60- 65 Jahren: 4,89% und über 65 Jahre: 2,58% . Vgl. Kasakos 1995, 116f

Der höchste Anteil der Befragten weist eine Aufenthaltsdauer von mehr als 25 Jahren in Deutschland nach. Der Durchschnitt der Aufenthaltsdauer von den Befragten in Deutschland ist ca. 22,5 Jahre. Ähnliche langen Aufenthaltszeiten der Griechen in Deutschland ergeben sich auch durch die Bearbeitung von Daten des Statistischen Bundesamtes. Schon 1991 waren 61,5% der Griechen mehr als 15 Jahre in Deutschland (vgl. Kasakos 1995, 116). Der entsprechende, höhere Prozentanteil von 72,5%, der sich aus der oberen Tabelle ergibt, ist dadurch zu erklären, dass die jüngeren Griechen (unter 18 Jahren), die kurze Aufenthaltszeiten aufweisen würden, in der Befragung nicht berücksichtigt wurden.

Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes sind diese langen Aufenthaltszeiten der Griechen in Deutschland auch in den nächsten Jahren nachzuweisen (vgl. *Beauftragte der Bundesregierung für Ausländerfragen*, März 1998, 9).

Von den Befragten ist ein Anteil von 13,8% (20) in Deutschland und die Mehrheit 86,5% (125) in Griechenland geboren. Allerdings muss man erneut daran erinnern, dass in der Befragung die Altersgruppe unter 18 Jahren nicht berücksichtigt war.

Tabelle 3: Beruf		Befragte
Arbeiter/ Arbeiterinnen	33	22,8 %
Angestellte	32	22,1 %
Selbständige	40	27,6 %
Studenten/Lehrlinge	9	6,2 %
Hausfrauen	15	10,3 %
Arbeitslose	5	3,4 %
Rentner	11	7,6 %
Summe	145	100,0 %

Wie man feststellt, ist die Zahl der Angestellten (22,1%) und Selbständigen (27,1%) besonders hoch. Damit bestätigt sich folgende Tendenz: Unter der in Deutschland lebenden ausländischen Bevölkerung arbeiten diejenigen aus den Anwerbeländern immer mehr als Selbständige. Genaue Daten speziell für die Griechen stehen uns nicht zur Verfügung. Nach Angaben des Verbandes der Griechischen Gemeinden in der Bundesrepublik Deutschland scheint es so, als ob $\frac{1}{4}$ der griechischen Familien in Deutschland als Selbständige arbeiten und in diese Erwerbstätigkeit ist oft die ganze Familie beschäftigt (vgl. Kasakos

1995, 121). Den selben Eindruck hatte ich auch bei der Durchführung meiner Befragung. Die Mehrheit der Befragten dieser Kategorie war Besitzer von Imbissen oder Gaststätten bzw. mithelfende Familienangehörige.

Die ebenfalls relativ hohe Zahl der Rentner (11 Befragte: 7,6%) auf der oberen Tabelle bestätigt den ansteigenden Anteil der älteren ausländischen Bevölkerung, die sich in Deutschland weiterhin aufhält (vgl. *Beauftragte der Bundesregierung für die Belage der Ausländer, Dezember 1995, 77 & 16*).

Unter den Befragten dieser Untersuchung kann der überdurchschnittliche Anteil - nach Selbstbewertung von Sprachkenntnissen - ohne Schwierigkeiten Deutsch verstehen (39,3% „gut“ und 52,4% „sehr gut“), weniger gut sprechen (20% „ausreichend“, 29,7% „gut“ und 45,5% „sehr gut“); mehr Schwierigkeiten ergeben sich bei der Lesefähigkeit. Obwohl ein hoher Anteil mit „sehr gut“ (46,2%) antwortete, liegt der Anteil derjenigen, die überhaupt nicht Deutsch lesen können bei 12,4%, was als besonders hoch zu bewerten ist (5,5% antworteten mit „sehr wenig“, 12,4% mit „ausreichend“, und 23,4% mit „gut“).

Tabelle 4: Frage: „Wie bewerten Sie ihre Deutschkenntnisse?“

	Ich spreche Deutsch...	Ich verstehe Deutsch...	Ich lese Deutsch...
1.überhauptnicht	1,4%	0,0	12,4%
2.sehr wenig	3,4%	0,7%	5,5 %
3.ausreichend	20,0%	7,6%	12,4%
4. gut	29,7%	39,3%	23,4%
5. sehr gut	45,5%	52,4%	46,2%

Die Deutschkenntnisse der in Deutschland lebenden Griechen sind im Durchschnitt gut. Nach Bearbeitung der Daten besteht ein enger Zusammenhang zwischen den Deutschkenntnissen und Parametern wie Alter und Geburt in Deutschland. Alle in Deutschland geborenen Befragten beherrschen die deutsche Sprache perfekt. Die älteren der Befragten weisen deutliche Schwierigkeiten besonders beim Lesen auf, obwohl sie lange Aufenthaltszeiten in Deutschland nachweisen.

Verglichen mit den Befunden über die Deutschkenntnisse der Griechen in Deutschland bei der Untersuchung „Massenmedien und Ausländer“, die im Jahr 1981 im Auftrag der ARD und ZDF durchgeführt wurde, wird in vorliegender Untersuchung festgestellt, dass sich die Kenntnis der deutschen Sprache seitdem erheblich verbessert hat.⁶

Auf die Frage: „Haben Sie deutsche Freunde?“, antworteten 44,8% der Befragten positiv, 38 % mit „wenige“ und 16,6% mit „Nein“. Wenn man die zwei letzten Kategorien vereinigt, wird das Gleichgewicht eher auf die negative Seite versetzt.

- **Lesen griechischer Zeitungen**

Der prozentuelle Anteil der Befragten, die täglich eine griechische Zeitung liest, beträgt die Höhe von 13,1% und ist fast die Hälfte des Anteils derjenigen, die „niemals“ eine griechische Zeitung (29% der Befragten) lesen. Wenn man zu den ersten diejenigen mitberechnet, die auf die Frage „Wie oft lesen Sie eine griechische Zeitung?“ mit „oft“ oder „manchmal“ geantwortet haben, dann beträgt der Anteil derjenigen, die täglich, oft oder manchmal eine griechische Zeitung liest, 46,2%.

Diejenigen, die „selten“ oder „überhaupt keine“ griechische Zeitung lesen, bilden insgesamt die Mehrheit (53,8%). (Vgl. im Anhang II: S.d. B1).⁷

- **Begründung des Nicht- Lesens griechischer Zeitung**

Von denjenigen, die auf die obere Frage geantwortet haben, dass sie keine griechische Zeitungen lesen, wurden folgende Gründe genannt: dass es nur in Griechenland einen Sinn macht, griechische Zeitung zu lesen (14,1%), dass sie in der Nähe ihres Wohnortes nicht verkauft

⁶ Vgl. Schriftreihe MEDIA PERSPEKTIVEN 1985, Bd. 5, Tabelle 11 auf S. 137. Diese Untersuchung wurde im Auftrag der ARD bundesweit an fünf Nationalitäten durchgeführt. Sie wird von mir mehrmals hier erwähnt, obwohl es statistisch nicht korrekt ist, die Befunde und Ergebnisse dieser Untersuchung mit den Ergebnissen meiner Untersuchung zu vergleichen. Meines Erachtens erweist es sich jedoch als hilfreich, diese Befunde parallel, und an Stellen, wo es sinnvoll ist, darzustellen. In dieser Untersuchung werden auch die Werte, die die deutsche Bevölkerung betreffen dargestellt, die mit den Werten der ausländischen Personen verglichen werden können.

⁷ In der ARD Untersuchung von 1981 gab die Mehrheit der Befragten griechischer Herkunft (73%) an, dass sie eine heimatssprachige Zeitung lesen, aber nur 28% antwortete positiv auf die Frage, ob gestern eine solche Zeitung gelesen wurde (vgl. Schriftreihe MEDIA PERSPEKTIVEN 1985, Bd. 5, Tabelle 19, auf S. 143).

Wenn man bedenkt, dass seit den 80er Jahren ein großer Zeitraum vergangen ist, dann ist es festzustellen, dass die Griechen von heute immer weniger die Tendenz zeigen, von Zeitungen informiert zu werden, die in ihrer Heimat herausgegeben und vertrieben werden.

werden (10,3%), dass man wegen mangelnde Griechischkenntnisse verhindert wird (5,1%), dass sie zu teuer verkauft werden (3,8%) und sonstige Gründe, (2,6%). (Vgl. im Anhang II: S.d. B 2).

- **Lesehäufigkeit einer griechischen Zeitung in Zusammenhang mit dem Geburtsort des Befragten**

Im Folgendem wurde auch die Lesehäufigkeit einer griechischen Zeitung mit folgendem Parameter verglichen: Wie oft wird eine griechische Zeitung von denjenigen Befragten, die in Deutschland geboren sind gelesen und wie oft geschieht dies von den Befragten, die sich nicht lebenslang in Deutschland aufhielten, da sie nicht da geboren wurden.

Es ergibt sich ganz deutlich Folgendes: die Mehrheit (65%) der in Deutschland geborenen Befragten liest „niemals“ eine griechische Zeitung (25%: nur „selten“ und 5%: „manchmal“). Nur 5% gaben an, dass sie eine griechische Zeitung lesen.

Die Mehrheit derjenigen, die nicht in Deutschland geboren sind, verteilt sich zwischen denen, die „manchmal“ (23,2%), „selten“ (24,8%) und „niemals“ (23,2%) eine griechische Zeitung lesen. Nur jeweils 14,4% von den Befragten dieser Kategorie gaben an, dass sie „oft“ oder „jeden Tag“ eine griechische Zeitung lesen (vgl. im Anhang II: S.d. B 3).

- **Lesen deutscher Zeitungen**

Viel höher als der Anteil der Leser griechischer Zeitungen unter den Befragten ist der Anteil der Leser deutscher Zeitungen. Der Anteil der Befragten, die „jeden Tag“ eine deutsche Zeitung lesen, beträgt die Höhe von 43,4%. Wenn man aber dazu diejenigen mitberechnet, die mit „oft“ oder „manchmal“ auf die Frage „wie oft lesen Sie eine deutsche Zeitung?“ antworteten, dann beträgt der Anteil derjenigen, die täglich, oft oder manchmal eine deutsche Zeitung lesen, 71,7%. Überhaupt keine deutsche Zeitung lesen 16,6 Prozent der Befragten (vgl. im Anhang II: S.d. B 4).

Hier sollte man natürlich berücksichtigen, dass es in diesem Punkt schwer feststellbar ist, wie gründlich und qualitativ das Lesen einer deutschen Zeitung ist. Die Befragten könnten beispielsweise die deutsche Zeitung nur überfliegen, oder nur die Titel und Untertitel lesen.⁸

⁸ In der ARD Untersuchung von 1981 gab die Mehrheit der Befragten griechischer Herkunft (57%) an, dass sie eine deutsche Zeitung lesen, aber nur 31% hatte gestern eine deutsche Zeitung gelesen (vgl. *Schriftreihe MEDIA PERSPEKTIVEN 1985, Bd. 5, Tabelle 17, auf S.141*).

- **Lesehäufigkeit einer deutschen Zeitung in Zusammenhang mit den Deutschkenntnissen des Befragten**

In der Untersuchung wurde nach den Themen gefragt, die von den Lesern beim Lesen der deutschen Zeitungen bevorzugt werden bzw. zum Lesen gewählt werden. Die Lesehäufigkeit wurde in Zusammenhang mit dem Grad der Deutschkenntnisse untersucht.

Es wurde dabei festgestellt, dass je besser die Deutschkenntnisse der Befragten ist, desto häufiger deutsche Zeitungen gelesen werden. Die Befragten, die *sehr gut Deutsch* lesen können, gaben 61% an, dass sie "jeden Tag" eine deutsche Zeitung lesen (16,4 % davon antworteten auf die entsprechende Frage mit "oft", 11,9% mit "manchmal" und nur 6% mit "selten" und 4,5% mit "niemals").

Von denjenigen, die *gut Deutsch lesen* können, lesen 41,2% eine deutsche Zeitung "jeden Tag". Von je 20,6% der Befragten wurde die Antwort auf die entsprechende Frage mit "oft" oder "manchmal" gegeben. 11,8% beantworteten sie mit "selten" und 5,9% mit "niemals" (vgl. im Anhang II: S.d. B 6a, S.d. B 6b, S.d. B 6c).

- **Lesehäufigkeit verschiedener Rubriken in Zusammenhang mit den Deutschkenntnissen des Befragten**

Die Rubriken, die von den Lesern mit sehr guten Deutschkenntnissen bevorzugt werden, sind an erster Stelle die Lokalnachrichten und es folgen die über Politik und die über soziale Themen. Gefragt wurde auch nach Sportnachrichten, dem Fernsehprogramm und Sonstigem (vgl. im Anhang II: Fragebogen II, Frage 9.2. & S.d. B 6a, S.d. B 6b & S.d. B 6c).

- **Lokalnachrichten**

Das stärkste Interesse wird von den Befragten, die *sehr gut Deutsch lesen* können, an Lokalnachrichten gezeigt, denn 75% von ihnen lesen "immer" und 15% "oft" den Lokalteil einer deutschen Zeitung.

Die entsprechende Frage wurde von nur 1,5% mit "manchmal", 5% mit "selten" und 3,5% mit "niemals" beantwortet.

Bei denjenigen, die *gut Deutsch lesen*, werden Lokalnachrichten in den deutschen Zeitungen von 53,6% der Befragten "immer", von 17,6% "oft"

Die Tendenz, die sich anhand meiner Untersuchung zeigt, ist, dass im Laufe der Zeit deutlich häufiger eine deutsche Zeitung von den Befragten griechischer Herkunft gelesen wird als eine griechische.

und von 7,1% "manchmal" und nur von 10,1% "selten" und 10,7% "niemals" verfolgt.

Selbst bei denjenigen, die *sehr wenig Deutsch* lesen, werden lokale Themen in deutschen Zeitungen von 50% der Befragten "oft", und 25% "manchmal" gelesen. Andererseits haben 25% der Befragten mit "niemals" darauf geantwortet (vgl. im Anhang II: S.d. B 6a).

- Politik

Ein starkes Interesse an politischen Themen zeigt sich von Lesern, die *sehr gut Deutsch* lesen können. Von denjenigen, die sehr gut Deutsch lesen können, lesen 58,3% der Befragten "immer" politische Themen in einer deutschen Zeitung, 18,3% "oft" und nur 10% "manchmal", 6,3% "selten" und 6,7% "niemals". Bei denjenigen, die *gut Deutsch* lesen, wird Politik in den deutschen Zeitungen von 39% der Befragten "immer", von 7,1% "oft" und von 25% "manchmal" verfolgt, während 6,3% "selten" und 6,7% "niemals" solche Nachrichten in einer deutschen Zeitung lesen.

Bei denjenigen, die *sehr wenig Deutsch* lesen ist parallel zu einem Interesse an politischen Themen aus deutschen Zeitungen (50% der Befragten antwortet mit "immer") in gleicher Höhe auch ein Verzicht auf solche Nachrichten festzustellen. (Vgl. im Anhang II: S.d. B 6b).

- Soziale Themen

Die sozialen Themen in einer deutschen Zeitung werden auch von einer großen Mehrheit der Befragten gelesen. Diejenigen die sehr gut und gut Deutsch lesen können zeigen ein starkes Interesse an dieser Thematik. Unter den Befragten die *gut Deutsch* lesen können, werden solche Themen von 71% "immer", von 14,3% "oft" und von 7,1% "manchmal" gelesen. Diejenigen, die *sehr gut Deutsch* lesen können, verfolgen soziale Themen in der deutschen Zeitung in Höhe von 51% "immer", 16,7% "oft" und 18,3% "manchmal". Nur 6,7% lesen solche Themen "selten" oder "niemals".

Auch diejenigen von den Befragten, die über mangelnde Deutschkenntnisse verfügen (*sehr wenig Deutsch* lesen können) gaben an, dass sie "immer" (in Höhe von 50%) soziale Themen in einer deutschen Zeitung lesen vgl. im Anhang II: S.d. B 6c).

Abschließend lässt sich Folgendes feststellen:

1. Prozentuell sind diejenigen Leser, die täglich, oft oder manchmal eine griechische Zeitung lesen (46,2%) im Vergleich zu denjenigen, die niemals oder selten eine griechische Zeitung lesen (53,8%), weniger.

2. Die Mehrheit der Befragten liest „täglich“, „oft“ oder „manchmal“ eine deutsche Zeitung (71,7%). Nur 16,6% der Befragten lesen überhaupt keine deutsche Zeitung.

3. je besser die Deutschkenntnisse der Befragten sind, desto häufiger wird eine deutsche Zeitung gelesen.

e. Lokalnachrichten werden am häufigsten von den Befragten gelesen, und es folgen politische und soziale Themen.

- **. Nutzung des Nachrichtenangebots im deutschen Hörfunk**

Die deutschsprachigen Nachrichten im deutschen Hörfunk werden von 35,9% der Befragten täglich gehört, während von 29,7% niemals und von 10,3% nur selten Hörfunknachrichten gehört werden.

Wenn man zu den ersten diejenigen mitberechnet, die die Frage: „Wie oft Sie Nachrichten im deutschen Hörfunk hören?“ mit „oft“ (13,8%) oder „manchmal“ (10,3%) beantworteten, steigt der Anteil der Befragten, die täglich, oft oder manchmal die Nachrichten im deutschen Hörfunk hören auf 60% (vgl. im Anhang II: S.d. B 7a).

In der ARD-Studie, die im Jahre 1981 durchgeführt wurde, wird von 33% der befragten Griechen angegeben, dass sie regelmäßig die Nachrichten im deutschen Hörfunk hören (vgl. Eckhardt 1985, 59ff).

Von denjenigen, die keine Nachrichten im deutschen Hörfunk verfolgen, wurden folgende Begründungen gegeben: dass ihnen keine Zeit zur Verfügung stehe (25,9%), dass sie nur fernsehen (25,9%), dass sie sich dafür nicht interessieren (17,2%) und Sonstiges (17,2%). Ein Anteil in Höhe von 12,1% hat die Frage nicht beantwortet (vgl. im Anhang II: S.d. B7b).

- **Nutzung der Ausländerprogramme im deutschen Hörfunk**

Bei den muttersprachigen Programmen im deutschen Hörfunk handelte es sich zu der Zeit der Durchführung der Befragung im vorgegebenen Ort (NRW) um die ARD- Sendung: „Das griechische Programm in München“ (täglich 20:20.- 21:00 Uhr, über BR, NDR, WDR, RB, HR, SWF, SDR,

SFB, SDR) und um die Musiksendung: „Von Bosphorus bis zum Gibraltar“, WDR).

Der Anteil der Befragten, die die griechischsprachige ARD-Hörfunksendung aus München „jedes mal“, „oft“ oder „manchmal“ hört, beträgt insgesamt 40,7% der Befragten. Dieser Anteil wird als relativ niedrig bewertet, wenn man bemerkt, dass der Anteil derjenigen, die diese muttersprachige Sendung „überhaupt nicht“ hört, auf 40% und derjenigen, die sie nur „selten“ hören auf 19,3% steigt (*vgl. im Anhang II: S.d. B 8a*).

Die Mehrheit derjenigen, die die BR-Sendung nicht verfolgen, hat keine Begründung angeben können oder wollen (66,3%), aber 16,3% von den Befragten gab an, dass sie diese Sendung früher hörten. 8,1% fanden die Sendezeit des Programms als nicht günstig oder gaben an, dass ihnen keine Zeit zur Verfügung stand, 3,5% nutzen sonstige Medien außer Radio und 5,8% nannten sonstige Gründe (*vgl. im Anhang II: S.d. B 8b*).

Das Interesse der Griechen an den muttersprachigen BR-Sendung scheint nicht mehr so groß wie in den vergangenen Jahrzehnten zu sein, obwohl statistisch ein Vergleich zwischen den Ergebnissen dieser Untersuchung und den Ergebnissen der bundesweiten ARD- Studie nicht richtig wäre (*vgl. Eckhardt 1985*). Diese griechischsprachigen ARD-Sendungen werden in der o.g. Untersuchung als ein Programm von großer Bedeutung für die Griechen in Deutschland bezeichnet. Laut der ARD-Studie gehören 61% zum weitesten Nutzerkreis, 28% werden im Schnitt je Tag erreicht und 72% der Hörer dieser Sendung würden sie sehr vermissen (*vgl. Eckhardt 1985, 61f und Tabelle 31, auf S.154 & Tabelle 34, auf S.159*). "Sowohl der weiteste Hörerkreis als auch die tägliche Reichweite sind, verglichen mit anderen Nationalitäten, überdurchschnittlich groß. Die hohe Nutzung des heimat Sprachigen Programms spricht für die Bedeutung, die diese Sendereihe für Griechen selbst nach durchschnittlich 13jährigem Aufenthalt in der Bundesrepublik heute noch hat." (*Eckhardt 1985, 61*).

In meiner Untersuchung konnte ich dies nicht bestätigen. Eher scheint mir, dass ein Sinken der Beliebtheit dieser Sendung festzustellen sei, da sie von weit über dem Durchschnitt der Befragten nicht gehört wird.

Die Mehrheit der Befragten (84,1%) hört die kulturelle, musikalische Sendung „Von Bosphorus bis zum Gibraltar“ überhaupt nicht. Trotz ihrer „multikulturellen Richtlinie“ (die Sendung setzte sich als Ziel, die Musik verschiedener Kulturen bekannt zu machen) hört sie nur 0,7% „jedes mal“, 14% „oft“ und 3,4% „manchmal“. Man sollte natürlich bei dieser Sendung nicht übersehen, dass es sich um eine spezielle Sendung handelt, die nur bestimmte Anhänger der Ethnik-Musik anspricht und keinesfalls Bedürfnisse der Minderheitengruppen Deutschlands an musikalischer Unterhaltung repräsentiert (vgl. im Anhang II: S.d. B 8a).

- **Nutzung des griechischen Hörfunks**

Das Bedürfnis der Befragten, sich direkt über den Hörfunk des Heimatlandes zu informieren bzw. zu unterhalten ist niedrig, denn 68,3% der Befragten hört „niemals“ und 11,7% hört nur „selten“ eine griechische Sendung direkt aus Griechenland. Nur 0,7% der Befragten informiert sich „täglich“ aus dem Hörfunk ihres Heimatlandes, 4,1% „oft“ und 13,1% „manchmal“ (vgl. im Anhang II: S.d. B 9a).

Wenn man diese Ergebnisse in Verbindung mit dem Alter der Befragten bearbeitet, ergibt sich deutlich, dass die Mehrheit von denen, die sich aus Hörfunksendungen des Heimatlandes informieren, im Alter von unter 61 Jahren ist (15,4% hört jeden Tag eine Hörfunksendung aus Griechenland, 15,4% „oft“ und 23,1% „manchmal“. Nur 7,7% antwortete mit „selten“ und 38,5% mit „niemals“). Der Anteil derjenigen, die niemals griechische Sendungen direkt aus Griechenland hören und besonders im Alter von 18 bis 30 Jahre sind, ist sehr groß: im Alter von 18-20 Jahren hört niemand der Befragten die Hörfunksendungen direkt aus Griechenland. „Niemals“ hört sie auch ein hoher Anteil von 71,9% im Alter von 21-30 Jahren. Im Alter von 31-40 Jahren beträgt dieser Anteil 59,4%, im Alter von 41-50 Jahren steigt er auf 71%, im Alter von 51-60 Jahren sogar auf 80% und im Alter über 61 Jahre sinkt dieser Anteil auf 38,5%. Diese Altersgruppe sind Rentner, die sich nicht fest in Deutschland aufhalten. Sie haben die Möglichkeit und die Zeit oft nach Griechenland zu fahren und sich in beiden Ländern aufzuhalten. Von den Altersgruppen von 31-60 Jahren wurde von niemandem angegeben, dass Sendungen aus Griechenland täglich gehört werden. Im Alter über 61 Jahren antwortete 15,4% von den

Befragten, dass er dieses Programm täglich hört, in gleichem Masse (15,4%), dass es "oft" verfolgt wird und 23,1% gab an, dass er es „manchmal“ hört. Die sonstigen Werte von den übrigen Altersgruppen sind niedrig (vgl. im Anhang II: S.d. B 9b).

- **Nutzung des Nachrichtenangebotes des deutschen Fernsehens**

Großer Beliebtheit erfreuen sich unter den Befragten die Nachrichten im deutschen Fernsehen. Sie werden täglich von einem sehr großen Anteil der Befragten (73,1%) gesehen werden. 12,4% der Befragten sehen „oft“ Nachrichten im deutschen Fernsehen und 4,1% „manchmal“. Nur 4,8% der Befragten sieht die deutschsprachigen Nachrichten „niemals“ und 5,5% „selten“ (vgl. im Anhang II: S.d. B 10).

- **Nutzung des ET1 („Elliniki Tileorasi 1“)**

21,4% der Befragten haben in den letzten Jahren eine Satellitenantenne installiert und sehen die Sendungen der „ET1“ (Elliniki Tileorasi 1) aus Griechenland über Satellit (vgl. im Anhang II: S.d. B 13). Laut eigener Informationen nimmt dieser Prozentsatz der Griechen in Deutschland ständig zu.

- **Grad der Zufriedenheit mit den griechischsprachigen Sendungen im deutschen Hörfunk und Fernsehen**

Von den griechischsprachigen Sendungen im deutschen Rundfunk stellt sich der größte Teil der Befragten als „zureichend“ zufrieden (Hörfunk: 28,7%, Fernsehen: 24,6%). Es geht also hervor, dass sich die Hörer der griechischsprachigen Hörfunksendungen im deutschen Hörfunk als etwas zufriedener erklären, als die Zuschauer der muttersprachlichen Fernsehprogramme.

Mit den griechischsprachigen Sendungen im deutschen Fernsehen sind 20% von den Befragten „überhaupt nicht“ zufrieden, 9,2% „wenig“, 21,5% „mittelmäßig“, 6,2% „sehr“ zufrieden und 18,5% gaben keine Antwort an.

Von den griechischsprachigen Sendungen im deutschen Hörfunk sind 13,8% der Befragten „überhaupt nicht“ zufrieden, 18,4% „wenig“, 17,2% „mittelmäßig“, 6,9% „sehr“ zufrieden und 14,9% gab keine Antwort an (vgl. im Anhang II: S.d. B 14a).

Die meisten der Befragten (30,3%) gaben an, dass sie mehr Berichte über Griechenland zu hören bzw. schauen wünschten. Es folgte der Wunsch nach Berichten über ihre Rechte und Verpflichtungen in Deutschland (19,3%), über griechische Musik (16,6%), über kulturelle Themen aus Griechenland und über Informationen über ihren Beruf (mit jeweils 15,9%), über soziale Themen (14,5%) und an letzter Stelle folgt mit jeweils 4,1% Sportberichte und Berichte über Deutschland (*vgl. im Anhang II: S.d. B 14b*).

Bemerkenswert ist die Feststellung, dass es in den 80er Jahren in Untersuchungen mit ähnlichem Inhalt zwar ebenfalls der Wunsch nach den oben genannten Themenbereichen gab, aber auch den Wunsch nach Informationen und Berichten über die Rückkehr ins Heimatland, was in meiner Stichprobe kaum auftaucht. Eine zweite Feststellung ist, dass damals der Wunsch nach Rechten und Verpflichtungen im allgemeinen nicht genannt wurde, dass dieser aber in meiner Stichprobe die zweite Stelle besetzt.

- **Zur Gründung einer „Multi-kulturellen Welle“**

Die Mehrheit der Befragten (79,3%) war für die Gründung einer „Multi-kulturellen Welle“, 18,6% war dagegen und 2,1% gab keine Antwort (*vgl. im Anhang II: S.d. B 15a*). Zu den Plänen über die Gründung einer Welle für die ethnischen Minderheiten, die während der Durchführung dieser Untersuchung im Gespräch war, wurden von den Befragten Bemerkungen geäußert, die wie folgt kategorisiert werden können: 14,8% fanden die Idee der Gründung einer solcher Welle gut, 13% äußerten die Meinung, dass sie besser wäre als die fremdsprachigen Sendungen im deutschen Programm, 10% meinten, dass man eine Welle nur für Griechen in Deutschland gründen sollte und 7% zweifelten, ob diese Pläne realisiert werden können, 7% äußerten sonstige Meinungen und 47,8% gaben keine Antwort (*vgl. im Anhang II: S.d. B 15b*).

- **Persönlicher Zugang zu den Medien**

Im Folgenden wurde die Frage gestellt, ob man sich schon mal an Zeitungen, Hörfunk- oder Fernsehredaktionen schriftlich, persönlich oder per Telefon gewandt. Nur eine geringe Anzahl der Befragten gab eine

positive Antwort. Die meisten davon wendeten sich schon mal ans Fernsehen (4,1% persönlich, 3,4% telefonisch, 1,4% schriftlich), andere wendeten sich an Zeitungen (3,4% schriftlich, 3,4% telefonisch und 2,1% persönlich) und die wenigsten wendeten sich an Hörfunkredaktionen (2,8% telefonisch und persönlich und 1,4% schriftlich). (*Vgl. im Anhang II: S.d. B 16*).

- **Interesse an den politischen Ereignissen Griechenlands und Deutschlands im Vergleich**

Die Mehrheit von den Befragten (51%) gab an, dass sie an der politische Entwicklung von beiden Ländern (Heimatland und Deutschland) gleich interessiert ist, 24,8% zeigte ein größeres Interesse an politischen Ereignissen Griechenlands, 13,4% gaben an, dass sie sich für Politik kaum interessieren, und nur 9% zeigten ein größeres Interesse an politische Ereignisse Deutschlands (*vgl. im Anhang II: S.d. B 17a*). Die meisten von denen, die sich an Politik nicht interessiert sind, waren im Alter zwischen 18 und 25 und über 66 Jahre alt (jeweils 33,3%) und es folgte die Altersgruppe zwischen 56-60 und 61-65 Jahren alt (jeweils 23,8%).

Von denjenigen, die an Politik interessiert sind, zeigt die jüngste Altersgruppe (18-25 Jahre) ein großes Interesse an den politischen Ereignissen in Griechenland (40%) und ein deutlich kleineres an solchen in Deutschland (13,3%). Das Interesse an dem politischen Geschehen Griechenlands ist außer bei der jüngsten Altersgruppe, besonders stark bei den Altersgruppen von 26-35 Jahren mit 45% und in den Gruppen von 46-55 Jahren mit 29% und von 56-65 Jahren mit 23,8%, vertreten (*vgl. im Anhang II: S.d. B 17b*). Die Jüngeren der Befragten interessieren sich für das politische Geschehen Griechenlands, denn es besteht für sie die Möglichkeit in der Zukunft nach Griechenland umzuziehen und sie möchten den Kontakt zur Heimatland nicht verlieren.

- **Mitgliedschaft in Griechischen Gemeinden (GG), Vereine und sonstige Präsentationsformen**

Die stärkste Präsentationsform der in Deutschland lebenden Griechen sind laut dieser Stichprobe die Griechischen Gemeinden in Deutschland.

Trotz ihrer Probleme spielen sie immer noch eine wichtige Rolle unter den Befragten: die meisten davon (31,7%) gaben an, dass sie Mitglieder der Griechischen Gemeinde sind. Weit darunter mit 18,6% stehen diejenigen, die Mitglieder eines Vereins sind und in großem Abstand folgen diejenigen, die Mitglieder der Sektion einer griechischen Partei (4,1%) und einer Bürgerinitiative (2,1%) sind. Mitglied einer deutschen Partei war keiner unter den Befragten (*vgl. im Anhang II: S.d. B 18*).

- **Informationsquelle über Veranstaltungen der Griechischen Gemeinden und Vereine**

Die meisten der Befragten gaben an, dass sie sich über die Veranstaltungen ihres Vereins oder der Griechischen Gemeinde persönlich (28,3%) oder per Post (23,4%) informierten. Es folgen mit 9% diejenigen, die sich über die griechischsprachige Sendung der BR (täglich, von 20.20-21.00 Uhr) über solche Veranstaltungen informierten und diejenigen (mit 6,9%), die sich per Posters darüber informieren. 4,1% gaben an, dass sie über solche Veranstaltungen in deutschen Lokalzeitungen lesen und 2,8% in griechischen Lokalzeitungen (*vgl. im Anhang II: S.d. B 19*).

- **Das „Bild der Ausländer“ in den deutschen Medien**

Das „Bild der Ausländer“ in den deutschen Medien, wird von 44,1% der Befragten weder als positiv, noch als negativ bewertet. Erstaunlich ist, dass der Anteil derjenigen, die dieses „Bild“ als „gut“ und als „schlecht“ finden genau groß ist (18,6%). Genau so viele sind auch diejenigen, die diese Frage nicht beantwortet haben (*vgl. im Anhang II: S.d. B 20*).

- **Ausländerfeindlichkeit und Massenmedien**

Auf die Frage, ob die Massenmedien für Ausländerfeindlichkeit in Deutschland verantwortlich seien oder nicht, hat jedoch der größte Anteil (44,5%) der Befragten mit „sehr viel“ geantwortet, 17,9% glaubten, dass sie „überhaupt nicht“ daran Schuld sind und 17% meinten, dass sie wenig Schuld daran sind, während 20% keine Antwort gaben (*vgl. im Anhang II: S.d. B 21*).

- **Beitrag der Massenmedien zum besseren Zusammenleben zwischen allen Nationalitäten in Deutschland**

Die Mehrheit (58,6%) äußerte die Meinung, dass die Massenmedien zu einem besseren Zusammenleben zwischen allen Nationalitäten in Deutschland beitragen könnten, unter der Voraussetzung, dass sie objektiv über die Lage der Ausländer in Deutschland berichten (22,4%), die fremden Kulturen bekannt machen (16,5%), eine Anwesenheit der Ausländer in den Massenmedien absichern (16,5%) und über politische Themen, die für die Außenpolitik der verschiedenen Herkunftsländer von großer Bedeutung sind, objektiv berichten (4,7%). 13,1% waren der Meinung, dass die Massenmedien überhaupt nicht dazu beitragen können, 8,3% nur wenig und 20% gaben keine Antwort (*vgl. im Anhang II: S.d. B 22a und S.d. B 22b*).

2.5. Zusammenfassung der Ergebnisse und Schlussfolgerungen

a. Persönliche Merkmale der Befragten

- Die Mehrheit der Befragten lebt mehr als 25 Jahren in Deutschland.
- Die Zahl der Angestellten (22,1%) und Selbständigen (27,1%) ist besonders hoch. Damit zeigt sich eine Tendenz der in Deutschland lebenden Griechen, immer mehr als Selbständige zu arbeiten, was auch in anderen Studien schon bestätigt wurde.
- Ebenfalls hoch ist aber auch die Zahl der Rentner unter den Befragten (11 Befragte: 7,6%), was die ebenfalls statistisch belegte Tatsache bestätigt, dass der Anteil der älteren ausländischen Bevölkerung, die sich in Deutschland weiterhin aufhält, steigend ist.
- Die Deutschkenntnisse der in Deutschland lebenden Griechen sind in Durchschnitt gut und haben sich in den letzten Jahrzehnten sehr verbessert. Die meisten der Befragten konnten nach Selbstbewertung ihrer Sprachkenntnisse ohne Schwierigkeiten Deutsch verstehen, wenn auch gut sprechen. Mehr Schwierigkeiten ergeben sich bei der Lesefähigkeit, besonders bei den älteren der Befragten. Trotzdem liegt der Anteil derjenigen, die überhaupt nicht Deutsch lesen können, bei 12,4%, was als besonders hoch zu bewerten ist.
- Je bessere Kenntnisse der deutschen Sprache von den Befragten konstatiert wurden, desto besseren Kontakt zu Deutschen gaben sie an.

Trotzdem erweist sich, dass der Kontakt zu Deutschen eher unzureichend ist.

b. Gedruckte Presse

- Prozentuell sind diejenigen Leser, die täglich, oft oder manchmal eine griechische Zeitung lesen (46,2%) im Vergleich zu denjenigen, die niemals oder selten eine griechische Zeitung lesen (53,8%), weniger. Die Griechen in Deutschland zeigen heute immer weniger die Tendenz, von Zeitungen informiert zu werden, die in ihrer Heimat herausgegeben und vertrieben werden. Dazu wurden folgende Gründe genannt: nur in Griechenland macht es einen Sinn eine griechische Zeitung zu lesen, in der Nähe wird sie nicht verkauft und mangelnde Griechischkenntnisse.
- Die Mehrheit der Befragten liest aber „täglich“, „oft“ oder „manchmal“ eine deutsche Zeitung (71,7%). Nur 16,6% der Befragten lasen keine deutsche Zeitung. Obwohl man nicht einfach feststellen kann, wie gründlich und qualitativ das Lesen einer Zeitung ist, kann man doch bemerken, dass in den letzten Jahrzehnten deutlich häufiger eine deutsche Zeitung von den Befragten griechischer Herkunft gelesen wird.
- Je besser die Deutschkenntnisse der Befragten sind, desto häufiger wird eine deutsche Zeitung gelesen.
- Lokalnachrichten werden am häufigsten von den Befragten gelesen und es folgen politische und soziale Themen. Das geschieht sogar unabhängig vom Grad der Beherrschung der deutschen Sprache.

b. Hörfunk

- Die deutschsprachigen Nachrichten im deutschen Hörfunk werden von der Mehrheit der Befragten (60%) täglich, oft oder manchmal gehört.
- Die Griechen in Deutschland interessieren sich für die muttersprachigen BR-Sendung nicht mehr so viel wie in den vergangenen Jahrzehnten. Eher scheint, dass ein Sinken der Beliebtheit dieser Sendung festzustellen sei, da sie von 40% „überhaupt nicht“ und von 19,3% der Befragten nur „selten“ gehört wird. Insgesamt berechnet liegt dieser Anteil weit über dem Durchschnitt. Die Mehrheit derjenigen, welche die BR-Sendung nicht verfolgen, hat keine Begründung angeben können oder wollen (66,3%) aber 16,3% der Befragten gab an, dass er diese

Sendung früher hörte. 8,1% fand die Sendezeit des Programms als nicht günstig.

- Das Bedürfnis der Befragten, sich direkt über den Hörfunk des Heimatlandes zu informieren bzw. zu unterhalten, ist niedrig (68,3% hört „niemals“ eine griechische Sendung direkt aus Griechenland).

Ein Grund dafür könnte sein, dass die politische Lage des Heimatlandes sich nach dem Sturz der Diktatur normalisiert hat und deshalb das Bedürfnis nach direkter Information aus Griechenland niedriger ist.

Fernsehen

- Ein sehr großer Anteil der Befragten (73,1%) sieht täglich die Nachrichten im deutschen Fernsehen.
- Bis zur Untersuchungszeit hatten 21,4% der Befragten eine Satellitenantenne installiert und sehen die Sendungen der „ET1“ (Elliniki Tileorasi 1) aus Griechenland.
- Die Sendungen „Babylon“ (WDR) und „Nachbarn in Europa“ (ZDF) wurden von der Mehrheit der Befragten nicht verfolgt.
- Mit den griechischsprachigen Sendungen im deutschen Rundfunk ist „zureichend“ zufrieden der größte Teil der Befragten (Hörfunk: 28,7%, Fernsehen: 24,6%). Es stellt sich heraus, dass sich die Hörer der griechischsprachigen Hörfunksendungen im deutschen Hörfunk eher zufrieden sind als die Zuschauer der muttersprachlichen Fernsehprogramme, und dass die Zufriedenheit sich mit der Unzufriedenheit mit diesen Programmen die Waage hält.
- Die meisten von den Befragten (30,3%) gaben an, dass sie mehr Berichte über Griechenland zu hören bzw. schauen wünschten. Es folgte der Wunsch nach Berichten über ihre Rechte und Verpflichtungen in Deutschland (19,3%), über griechische Musik (16,6%), über kulturelle Themen aus Griechenland und über Informationen über ihren Beruf (15,9%), über soziale Themen (14,5%) und an letzter Stelle folgen mit jeweils 4,1% Sportberichte und Berichte über Deutschland.
- Zu bemerken ist auch, dass es in den 80er Jahren in Untersuchungen ähnlichen Inhalts zwar ebenfalls den Wunsch nach den oben genannten Themenbereichen gab, aber auch den Wunsch nach Informationen und Berichten über die Rückkehr ins Heimatland, was in dieser Stichprobe

kaum auftaucht. Eine zweite Feststellung ist, dass damals der Wunsch nach Rechten und Verpflichtungen im allgemeinen nicht genannt wurde, dass dieser aber in meiner Stichprobe die zweite Stelle besetzt.

- Die Mehrheit der Befragten (79,3%) war für die Gründung einer „Multi-kulturellen Welle“. (18,6% war dagegen und 2,1% gab keine Antwort).

c. *Partizipationsformen und Medien*

- Die Mehrheit der Befragten (51%) gab an, dass sie an der politischen Entwicklung von beiden Ländern (Heimatland und Deutschland) gleich interessiert ist, 24,8% zeigten ein größeres Interesse an politischen Ereignissen Griechenlands, 13,4% gaben an, dass sie sich für Politik kaum interessieren, und nur 9% zeigten ein größeres Interesse an politischen Ereignisse Deutschlands. Das bestätigt die Annahme, dass die meisten in Deutschland lebenden Griechen nicht heimatorientiert sind.
- Die meisten von denen, die an Politik nicht interessiert sind, waren im Alter zwischen 18 und 25 und über 56 Jahre alt. Unter denjenigen, die an Politik interessiert sind, zeigt die jüngste Altersgruppe (18-25 Jahre) auch ein großes Interesse an den politischen Ereignissen in Griechenland (40%) und ein deutlich kleineres an solchen in Deutschland (13,3%). Das Interesse am politischen Geschehen Griechenlands ist außer bei den jüngsten Altersgruppen auch besonders stark bei den Altersgruppen von 26-35 Jahren mit 45%. Eine Erklärung könnte sein, dass diese Altersgruppe einen Aufenthalt in der Zukunft in Griechenland nicht ausschließt, viele davon haben sogar finanzielle und berufliche Interessen in ihrer Heimat, und deshalb möchten den Kontakt nicht verlieren.
- Die meisten unter den Befragten (31,7%) Mitglieder der Griechischen Gemeinde. Laut dieser Stichprobe spielen die Griechischen Gemeinden in Deutschland trotz ihrer Probleme immer noch eine wichtige Rolle. Nur 18,6% der Befragten sind Mitglieder eines Vereins und weit darunter stehen diejenige, die Mitglieder der Sektion einer griechischen Partei (4,1%) und einer Bürgerinitiative (2,1%) sind. Mitglied einer deutschen Partei war keiner unter den Befragten.
- Die meisten von den Befragten gaben an, dass sie sich über die Veranstaltungen ihres Vereins oder der Griechischen Gemeinde persönlich (28,3%) oder per Post (23,4%) informierten. Nur 9% gaben an,

dass sie sich über die griechischsprachige BR-Sendung über solche Veranstaltungen informierten.

e. Rolle der Massenmedien

- Die meisten von den Befragten 44,1% bewerteten das „Bild der Ausländer“ in den Massenmedien, weder als positiv, noch als negativ. Erstaunlich ist, dass der Anteil derjenigen, die dieses „Bild“ als „gut“ und als „schlecht“ finden gleich ist (18,6%).
- Auf die Frage, ob die Massenmedien für Ausländerfeindlichkeit in Deutschland verantwortlich seien oder nicht, hat jedoch der größte Anteil (44,5%) der Befragten mit „sehr viel“ geantwortet, 17,2% glaubten, dass sie „überhaupt nicht“ daran Schuld sind.

Die Mehrheit (58,6%) äußerte die Meinung, dass die Massenmedien zu einem besseren Zusammenleben zwischen allen Nationalitäten in Deutschland beitragen könnten, unter der Voraussetzung, dass sie objektiv über die Lage der Ausländer in Deutschland berichten, die fremden Kulturen bekannt machen, eine Anwesenheit der Ausländer in den Massenmedien absichern und über politische Themen, die für die Außenpolitik der verschiedenen Herkunftsländer, von großer Bedeutung sind, objektiv berichten.

IV. Schlussfolgerungen und Vorschläge

1. Ergebnisse der Erkundung

a. Ethnische Minderheiten in Deutschland

Deutschland hat sich längst durch Migration zu einem Einwanderungsland mit deutlichen Merkmalen einer multikulturellen Gesellschaft entwickelt. Multikulturalität ist ein historisch bedingter, gesellschaftlicher Normalzustand. Ein historischer Abriss von den Migrationprozessen, die in den letzten Jahrhunderten im deutschen und europäischen Raum stattfanden beweisen, dass die Multikulturalität und die Begegnung der Menschen über Grenzen hinaus kein historisch neues Phänomen ist. Nationalstaaten sind aus politischen Gründen bedingte Gebilde.

Einwanderer bildeten im Laufe der Zeit ethnische Minderheiten deren Lage innerhalb der deutschen Gesellschaft in allen Lebensbereichen benachteiligt und deren Partizipationsmöglichkeiten innerhalb der deutschen Zivilgesellschaft eingeschränkt sind. Partizipation aller Bürger ist innerhalb einer Zivilgesellschaft von wesentlicher Bedeutung, da sie zur Gleichstellung aller Mitbeteiligten führen könnte. Mängeln sind auch an die bestehenden Formen politischer Partizipation in Deutschland festzustellen (Wahlrecht).

Die vom deutschen Staat ausgeübte „Ausländerpolitik“ kann nur kritisch betrachtet werden. Seit der 70er Jahren redete man schon von der „Integration“ dieser Bevölkerungsgruppen, deren Mitglieder inzwischen als „ausländische Arbeitnehmer“ bezeichnet wurden. Es handelte sich jedoch um eine Integration, die aus der paternalistischen Einstellung des deutschen Staates im Sinne von Assimilation gemeint und durchgeführt wurde. Sowohl bei staatlichen Maßnahmen als auch von der Gesellschaft wird inzwischen die kulturelle, religiöse und ethnische Identität von ethnischen Minderheiten gesehen, aber im Grunde nicht anerkannt. Gelingt jedoch die gewünschte Integration nicht, spricht man vom „Leben zwischen zwei Kulturen“ oder von „Gettoisierung“ als einer katastrophalen Situation, für die der Ausländer selbst als schuldig angesehen wird. Da es kein bestimmtes, auf pädagogischen Befunden basiertes Lernmodell gibt, finden die Bildungs- und Ausbildungsprobleme der Kinder ausländischer Herkunft keine zufriedenstellende Lösung. Die Lage der seit Jahren schon in Deutschland

arbeitenden Ausländer am Arbeitsplatz und ihr Aufenthalt bleiben weiterhin ungesichert. Von der politischen Partizipation dieser Bevölkerungsgruppen wird nur auf kommunaler Ebene geredet. Deutschland blieb bis vor kurzem offiziell kein Einwanderungsland.

Seit den 80er Jahren tauchen extrem radikalistische, rassistische Phänomene und Fremdenfeindlichkeit in Europa auf. Da Europa sich von dem Zugang von immer mehr Migranten in die Europäischen Länder bedroht fühlt, muss Migration“ gesteuert und begrenzt“ werden. Der Schengener Vertrag, der zum ersten Mal im Jahre 1985 gegründet wurde, ist der erste Versuch, die Freizügigkeit der Aufnahme von Ausländern in den Ländern, die den Vertrag unterschrieben haben, zu kontrollieren. Inzwischen haben schrittweise fast alle EU-Mitgliedstaaten diesen Vertrag unterzeichnet.

Die Europäische Union versucht durch “restriktive Maßnahmen” die Angehörigen aus den sog. „Drittländern“, d.h. aus nicht EU - Mitgliedstaaten auszuschließen. Selbst wenn sie auf Dauer in Europa arbeiten und leben, werden sie auf vielfältiger Weise rechtlich ausgeschlossen.

Mit der Zeit entstehen in fast allen Metropolen und in vielen Städten Europas ethnische Minderheiten und eine multikulturelle Gesellschaft, da sich dort auf Dauer eine Vielfalt von Bevölkerungsgruppen unterschiedlicher Kulturen, Nationalitäten und Religionen aufhält. Die Grundlagen des Nationalstaats wurden mit der Zeit in Zweifel gestellt. Nach dem Zerfall des sogenannten Ostblocks in den 90er Jahren, wurden selbst die früheren Anwerbeländer wie z.B. Italien und Griechenland zu Aufnahmeländern.

Eine bestehende Partizipationsmöglichkeit ethnischer Minderheiten im politischen und sozialen Bereich in Deutschland bilden ihre Selbstorganisationen. In vorliegender Arbeit befasse ich mich insbesondere mit Selbstorganisationen von Griechen in Deutschland („Griechische Gemeinden“ und deren Dachverband). Ihr Charakter, ihre Ziele, ihre Aktivitäten und Perspektiven und die ausgeübte Öffentlichkeitsarbeit werden in meiner Arbeit auch empirisch belegt.

b. Massenmedien und ethnische Minderheiten

Eine der Hauptfragen dieser Arbeit ist die Erkundung der Beziehung zwischen Medien und ethnischen Minderheiten. Die Medien spielten noch nie in der Geschichte der Menschheit eine so bedeutende Rolle in allen

Bereichen des menschlichen Lebens. Darüber hinaus könnten Medien und Öffentlichkeitsarbeit auch einen großen Beitrag leisten zur Förderung von einem gleichberechtigten Zusammenleben zwischen allen Mitgliedern der Gesellschaft. Medien könnten Kontakte zwischen den unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen herstellen, Fremdheit und Fremdenfeindlichkeit abbauen.

Zahlreiche Untersuchungen haben sich mit dem „Bild“ der ethnischen Minderheiten in den Printmedien und im Fernsehen beschäftigt. In den letzten Jahren wurde auch die Wirkung von Printkampagnen gegen Fremdenfeindlichkeit analysiert. Obwohl sie teilweise als unzureichend, unvollständig und unrepräsentativ bewertet wurden und ein direkter Vergleich ihrer Ergebnisse nur in sehr beschränktem Umfang gestattet sein könnte, kommen sie zu einem ähnlichen Ergebnis: das „Bild“ der ethnischen Minderheiten ist nicht als positiv zu bewerten.

Mit dieser von den Untersuchungen festgestellten, überwiegend problembezogenen Präsentation von ethnischen Minderheiten in den Medien, könnte besonders im Falle des Fernsehens für ethnische Minderheiten jenen Vorurteilen Nahrung gegeben werden, die die Mitglieder von ethnischen Minderheiten als Verursacher von bestimmten Problemen sehen. Wer sich jedoch mit den Vorurteilen auseinandersetzt, sie zu bekämpfen versucht und nicht nur mit dem Finger auf sie zeigt, könnte die Medien gebrauchen. Darüber hinaus wird von Experten ein „Vorurteilabbauendes journalistisches Handeln“ gefordert. Von den Journalisten und insbesondere von den Lokaljournalisten wird verlangt, sich vorweg über die möglichen Folgen ihrer Berichterstattung über die Minderheiten generell und die ethnischen Minderheiten insbesondere Gedanken zu machen und jedes Mal zu bedenken, welche unerwünschten Folgen ihre aktuelle Berichterstattung haben könnte.

Die fremdsprachigen Zeitungen und Zeitschriften, die in Deutschland vertrieben werden, sind fast ausschließlich auf die Tageszeitungen und Zeitschriften aus dem Heimatland begrenzt. Eine Ausnahme bildet ein Teil der türkischen Zeitungen und manche Zeitungen und Zeitschriften, die aber eher auf lokaler oder begrenzter Ebene vertrieben werden.

Die Rundfunkversorgung der rund acht Millionen Bürger ausländischer Herkunft durch mehrsprachige Sendungen mit Hilfe der gemeinsamen Sprache Deutsch könnte den Dialog innerhalb einer Mehrsprachengesellschaft ermöglichen. Neue Wege sollten gefunden werden. Denn die Struktur der Zielgruppen der ARD-Programme für Hörer ausländischer Herkunft hat sich im Laufe der Zeit differenziert. Die Notwendigkeit einer Ergänzung der ARD-Programme durch lokale muttersprachliche Zielgruppensendungen neben den deutschsprachigen Programmanteilen ist sichtbar.

Das Bestehen eines „Ethnofunks“- in welcher Form auch immer- in ganz Deutschland bzw. wo der Anteil der Bevölkerung an Bürgern ausländischer Herkunft hoch ist, sollte nicht nur auf den engen Bereich Berlins begrenzt bleiben. Aus dem „Experiment“ des Radios Multikulti (SFB 4) sind positive Schlussfolgerungen zu ziehen.

Die Bedürfnisse eines Zielpublikums von ca. acht Millionen Menschen sollten angemessen berücksichtigt werden. Der gemeinsame Nenner bei diesem Versuch sollte der Lebensmittelpunkt Deutschland sein als gemeinsamer Standort der Kommunikation und des Austausches.

Die Selbstverständlichkeit des Bestehens eines muttersprachlichen Medienangebots, steht in engem Zusammenhang mit dem komplexen und vielschichtigen gesellschaftlichen Wandel, den ich im ersten Kapitel dieses Bandes zu skizzieren versuchte, der sich in Deutschland vollzieht, eine nicht zu übersehende geschichtliche Entwicklung ist und von „starken grenzübergreifenden Impulsen“ beeinflusst ist.

Darüber hinaus gewinnen gerade die muttersprachlichen Medienangebote an Bedeutung als wesentlicher Beitrag zur Beachtung der kulturellen Eigenart der Minderheiten und zur Förderung der interkulturellen Begegnung im Aufnahmeland. Dies könnte nur als Gesamtaufgabe des deutschen Informationswesens und insbesondere der öffentlich-rechtlichen Anstalten verstanden und realisiert werden. Muttersprachliche Sendungen, Zielgruppensendungen und allgemeine Sendungen in deutscher Sprache sollten sich mit unterschiedlicher Art dieser neuen Gesamtaufgabe stellen und somit die Absperrungen einer veralteten Information für und über „Gastarbeiter“ bzw. „Ausländer“ überwinden.

c. Befragung an die GG. Fazit

Die Ergebnisse der durchgeführten Untersuchung zeigen deutlich die Notwendigkeit für die GG, sich in stärkerem Maße durch ihre Aktivitäten „zu öffnen“ und dadurch Multikulturalität zu fördern. Wenn sie gleichzeitig auch ihre Organisationsprobleme lösen könnten und notwendige Umstrukturierungen vornehmen würden, fühlten sich vermutlich auch vermehrt junge Mitglieder angesprochen, und dadurch würde den teilweise rückläufigen Mitgliederzahlen entgegengewirkt.

Durch die Öffnung der GG, die auch einem weiteren Problem, nämlich der Passivität der Mitglieder, entgegenwirken und die Attraktivität ihrer Aktionen steigern würde, könnte sicherlich auch das Interesse der Massenmedien geweckt werden, da die Veranstaltungen dadurch unter journalistischen Gesichtspunkten für einen größeren Kreis interessant wären.

Die Massenmedien könnten nämlich einen bedeutenden Beitrag für die GG zur Durchsetzung ihrer Ziele leisten, wenn einerseits seitens der GG professionelle Öffentlichkeitsarbeit betrieben würde und andererseits die Massenmedien selbst das Informationsbedürfnis der ethnischen Minderheitengruppen stärker berücksichtigen und versuchen würden, ihnen eine bessere Berichterstattung im Alltag und an dem Ort, an dem sie leben, anzubieten. Hierfür eignen sich besonders Lokalzeitungen und Hörfunk, da sie direktere Medien als zum Beispiel das Fernsehen sind.

d. Befragung: Mediennutzung der Griechen. Fazit

Die Ergebnisse der durchgeführten Befragung über die Mediennutzung von Griechen in Köln und Köln-Porz führen uns zu folgenden Schlussfolgerungen: Der höchste Anteil der Befragten weist eine sehr lange Aufenthaltsdauer nach. Die Zahl der Angestellten und Selbständigen ist besonders hoch. Ebenfalls hoch ist aber auch die Zahl der Rentner unter den Befragten. Die Deutschkenntnisse der in Deutschland lebenden Griechen sind im Durchschnitt gut und haben sich in den letzten Jahrzehnten sehr verbessert.

Die Griechen in Deutschland zeigen heute immer weniger die Tendenz, von Zeitungen informiert zu werden, die in ihrer Heimat herausgegeben und vertrieben werden. Lokalnachrichten werden am häufigsten von den Befragten gelesen und folgen politische und soziale Themen. Das

geschieht sogar unabhängig vom Grad der Beherrschung der deutschen Sprache.

Die deutschsprachigen Nachrichten im deutschen Hörfunk werden von ca. 60% der Befragten „täglich“, „oft“ oder „manchmal“ gehört.

Das Interesse der Griechen an der muttersprachlichen BR-Sendung scheint nicht mehr so groß wie in den vergangenen Jahrzehnten zu sein.

Die Mehrheit der Befragten (51%) gab an, dass sie an der politischen Entwicklung von beiden Ländern (Heimatland und Deutschland) gleich interessiert ist.

Große Beliebtheit gewinnen unter den Befragten die Nachrichten im deutschen Fernsehen, die täglich von einem sehr hohen Anteil der Befragten (73,1%) gesehen werden.

Trotzdem haben 21,4% der Befragten in den letzten Jahren eine Satellitenantenne installiert und sehen die Sendungen der „ET1“ (Elliniki Tileorasi 1), was als hoch zu bewerten ist. In Zusammenhang mit dem oben genannten Interesse am deutschsprachigen Medienangebot und den politischen Ereignissen Deutschlands lässt sich folgern, dass das griechische Fernsehen parallel zu deutschen Fernsehprogrammen verfolgt wird. Dazu lässt sich bemerken, dass die Bedürfnisse von den Griechen in Deutschland an Berichterstattung über ihre Heimat durch das deutsche muttersprachliche Fernsehangebot nicht genug wahrgenommen werden. Die Mehrheit der Befragten (79,3%) war für die Gründung einer „Multi-kulturellen Welle“.

Laut dieser Stichprobe spielen die Griechischen Gemeinden in Deutschland, trotz ihrer Probleme, immer noch eine wichtige Rolle, da unter den Befragten die meisten angaben, dass sie Mitglieder der Griechischen Gemeinde sind. Weit darunter stehen diejenigen, die Mitglieder eines Vereins, der Sektion einer griechischen Partei und einer Bürgerinitiative sind. Mitglied einer deutschen Partei war keiner unter den Befragten.

Das „Bild der Ausländer“ wird von der Befragten weder als positiv, noch als negativ bewertet. Die Mehrheit der Befragten sind der Meinung, dass die Massenmedien für Ausländerfeindlichkeit in Deutschland „sehr in großer Masse verantwortlich seien. Trotzdem könnten sie zu einem besseren Zusammenleben zwischen allen Nationalitäten in Deutschland

beitragen, wenn sie objektiv über die Lage der ethnischen Minderheiten in Deutschland und über politische Themen, die für die Außenpolitik von den verschiedenen Herkunftsländern von großer Bedeutung sind, berichten würden, die fremden Kulturen bekannt machen und eine Anwesenheit der Ausländer in den Massenmedien absicherten.

2. Vorschläge

2.1. Berücksichtigung der Belange der ethnischen Minderheiten in den Massenmedien.

Wissenschaftler und Journalisten haben seit den 80er Jahren schon Strategien und konkrete Richtlinien für journalistisches Handeln erarbeitet, die eine angemessenere Berücksichtigung der Belange von ethnischen Minderheiten in den Medien ermöglichen sollen (vgl. *Schneider 1987, 149ff*; *Sen 1987, 137ff*; *Linz 1987, 140ff*; *Breuer-Ücer 1987, 146ff*; *Meier-Braun 1987, 143ff*; *Ullenboom 1998, 6f*; *Winkler, B.: „Medien und Migranten: Widerspruch und Widersprüchliches“, Vortrag, gehalten am 16.2.1995 auf der Fachtagung „Interkultureller Rundfunk - Mehr Farbe in die Medien“ in Köln, unveröffentlichtes Manuskript*). Darunter sind die Schlussfolgerungen von der internationalen Fachtagung „Ausländer und Massenmedien“, die 1986 in Köln stattfand, meines Erachtens von großer Wichtigkeit.

a. Print-Medien

In Anlehnung an die Empfehlungen von Wissenschaftlern und Journalisten ist für die „Print-Medien“ Folgendes vorzuschlagen:

- Gewissenhafter und selbstkritischer Umgang mit der Sprache (Verzicht auf Worte wie „Asylantenflut“, „Überfremdung“, „ungezügelter Zustrom von Ausländern“, die in der Regel negative Assoziationen wecken).
- Bei der Berichtserstattung über Polizeimeldungen sollten Nationalitäten oder Namen von Tätern nicht genannt werden. Dabei sollte der gleiche Personenschutz gelten wie für Deutsche. Redaktionen sollten nicht an aktuellen Meldungen (beispielsweise

aus dem Polizeibericht) hängen bleiben, sondern Hintergründe aufarbeiten und beleuchten.

- Wortklischees und Negativdarstellungen über ethnische Minderheiten aus dem Mund von Politikern sollten nicht verbreitet werden. Vielmehr sollten solche Äußerungen kommentiert werden.
- Der Großteil der ethnischen Minderheiten wird zumindest für einen sehr langen Zeitraum, wenn nicht gar für immer, in Deutschland bleiben. Sie müssten sich also als Teil dieser Gesellschaft auch in der Berichterstattung der Zeitungen wiederfinden. Im gleichen Maße wächst hier für die deutschen Tageszeitungen eine neue Leserkundschaft heran, wenn über ihr Leben in den Zeitungen berichtet wird. Besonders die Lokalredaktionen sollten regelmäßige Berichte über Vereinsleben, Feiern, religiöse Anlässe der sprachlichen und kulturellen Minderheiten veröffentlichen.
- Wegen ihrer rechtlichen und sozialen Lage ist es nicht zu erwarten, dass ethnische Minderheiten mit ihren Anliegen von sich aus auf die Redaktionen zukommen. Deswegen haben Redaktionen die Aufgabe, von sich aus die Initiative zu ergreifen und Kontakte zu diesen Gruppen zu knüpfen. Darüber hinaus besteht der Bedarf nach einem festen Ansprechpartner in den Redaktionen (so wie es beispielsweise einen Polizeireporter gibt). Die Anwerbung von freien Mitarbeitern innerhalb der einzelnen ethnischen Minderheitengruppen als Informanten und Berichterstatter für die Redaktion könnte den Kontakt zu den ethnischen Minderheiten erleichtern.
- Ein wichtiger Beitrag zur besseren Berichtserstattung über und für die ethnischen Minderheiten seitens der deutschen Zeitungen wären Serviceleistungen für diese Gruppen wie z.B. die Aufnahme von Terminen im täglichen Veranstaltungskalender.
- Ethnische Minderheiten sollten in deutschen Tageszeitungen selbst stärker zu Wort kommen.

b. Fernsehen

Im Bereich: Fernsehen ist Folgendes zu erreichen:

- Mehr Sensibilität für das implizite 'Vorkommen' von ethnischen Minderheiten im Programm.
- Kompetenzgewinn der Programmmacher für Sendungen für ethnische Minderheiten. Das "Verstehen" muss beim Autor anfangen. Mit Kompetenz ist auch die ästhetische Kompetenz gemeint.
- In lokalen, regionalen Sendungen, im Unterhaltungsprogramm selbstverständlicheres Auftreten von Personen ausländischer Herkunft.
- Aufzeigen von Interessantem, Reizvollem im interkulturellen Bereich. Finden und Lernen von „Strategien“, bei denen das Fremde und das Nahe emotional zu verbinden dazu gehört. Der Angst und dem Unlustgefühl auch der „Einheimischen“ Rechnung tragen.

c. Hörfunk

Im Bereich, Hörfunk sei folgendes zu bemerken:

- Ethnische Minderheiten haben ein geringeres politisches Mitspracherecht als Deutsche -z.B. hinsichtlich Wahlrecht- und können deshalb ihre Interessen und Bedürfnisse kaum in das politische System einbringen. Gerade deshalb sollte ihnen der Zugang zu den Massenmedien erleichtert werden.
- Besonders in den „Massenprogrammen mit hohen Hörerreichweiten“ sollten die Rundfunkanstalten das „Ausländerthema“ verstärkt behandeln. Denn Kurzbeiträge in den Magazinsendungen können beim deutschen Publikum Interesse und Verständnis für ethnische Minderheiten wecken. Dabei sollten auch populäre Formen ausprobiert werden. Vor allem das Alltagsleben dieser Gruppen in der Bundesrepublik Deutschland müsste sich mehr als bisher in den Sendungen widerspiegeln.
- Im regionalen und lokalen Bereich bieten sich für den Rundfunk besondere Chancen und Programme, die für Deutsche und Hörer ausländischer Herkunft interessant sind. Ergänzend zu den ARD-Ausländerprogrammen, deren Bedeutung nicht unterschätzt werden

- darf, sollten auch diejenigen Anstalten, die noch keine regionalen Zusatzprogramme eingerichtet haben, solche Sendungen schaffen.
- Alle Sender sollten „Ausländerbeauftragte“ wie beim SFB einrichten. Ferner müsste die Ausländerlobby in den Aufsichtsgremien- wie bei einzelnen Sendern bereits geschehen- durch Vertreter der ausländischen Hörer verstärkt werden. Die Interessenvertretungen der ethnischen Minderheiten, aber auch Kirchen, Wohlfahrtsverbände und Gewerkschaften, sind aufgerufen, die Medien mit Informationen und Hintergrundmaterial zu versorgen.
 - Alle Programmflächen - vom Sport bis zum Kinderfunk - sollten das 'Ausländerthema' als selbstverständlichen Bestandteil aufnehmen. Gemeinsamkeiten zwischen Deutschen und Minderheitenangehörigen und Berichte über wichtige Aspekte der verschiedenen Kulturen müssten verstärkt auftauchen. Musik aus den Herkunftsländern oder Ausländer als Moderatoren sollten in die Sendungen integriert werden.
 - Ausländische Journalisten und Ausländerredaktionen müssten in das deutsche Programm immer mehr einbezogen werden.
 - Eine Herausforderung bleibt die zweite und dritte „Ausländergeneration“, die hier geboren und aufgewachsen ist, die nicht mehr in erster Linie eine 'Brücke zur Heimat' sucht, wie es für die erste Generation der Fall war. Solche neuen Sendungen könnten zu einem Programmangebot führen, das interessant für alle Hörer ist und gezielt Vorurteile auf beiden Seiten abbauen hilft. Nicht nur „bad news“ sind eine Nachricht wert.
 - Themen, die sowohl die Inländer als auch die ethnischen Minderheiten betreffen, sollten verstärkt und als ein selbstverständlicher Bestandteil in allgemeinen (deutschen) Hörfunk-Programmen vorkommen. Sie sollten nicht „ausgrenzenden“ Zielgruppensendungen vorbehalten sein.
 - Qualität bestimmt Akzeptanz. Kostensparende Produktionen, selbst wenn sie gut gemeint sind, verfehlen meist den Zweck.
 - Anzustreben wäre ein natürlicher und selbstverständlicher Umgang mit dieser Thematik. Eine künstliche Fremdartigkeit (Exoten-Touch)

und allzu betonte Problemlästigkeit verunsichern das Publikum und erschweren den Umgang der Bevölkerungsgruppen untereinander.

- Programmmöglichkeiten, die deutsche und Hörer ausländischer Herkunft gemeinsam ansprechen, werden nicht genug ausgeschöpft. Sparten wie Sport, Wirtschaft, Kinder und Jugend, Musik/Unterhaltung, Reise und Tourismus wären einige Gebiete. Zwei- und mehrsprachige Sendungen, z. B. im Unterhaltungsbereich, bieten eine weitere Möglichkeit zur Begegnung von deutschen und ethnischen Minderheiten.
- Generell sollten für erfolgversprechende Sendungen günstige Sendezeiten und Frequenzen bereitgestellt werden.

Die Umsetzung der Vorschläge in der Praxis scheint jedoch nicht gelungen zu sein, wie Beate Winkler, Referentin im Stab der Ausländerbeauftragten der Bundesregierung und Teilnehmerin an der Tagung 1986, fast zehn Jahre später auf der Fachtagung „Mehr Farbe in die Medien“ feststellt (vgl. *Ullenboom 1998, 6f*). Von den beim Kongress „Ausländer und Massenmedien“ 1986 ausgesprochenen Empfehlungen seien nur wenige verwirklicht worden, die mangelnde Beteiligung der Migranten sei „nach wie vor besonders zu beklagen“. Es sei zudem „kaum gelungen, wegzukommen von bemühten, gutmeinenden, wohlwollenden Ansätzen“ (vgl. *Winkler, B.: „Medien und Migranten: Widerspruch und Widersprüchliches“, Vortrag, gehalten am 16.2.1995 auf der Fachtagung „Interkultureller Rundfunk - Mehr Farbe in die Medien“ in Köln, unveröffentlichtes Manuskript*). Außerdem bilanziert Winkler an gleichem Ort: „Das bedeutet mehr als freundliche Spots über das nette ‘Wesen’ Ausländer, es bedeutet, wegzukommen von einem Aktionismus gegen Fremdenfeindlichkeit. Es heißt Änderung der Programmgestaltung und erfordert andere Sichtweisen. Migranten müssen sich in selbstverständlicher Weise in den Organisations- und Programmstrukturen der Rundfunkanstalten wiederfinden. Nicht herablassende, fürsorgliche Bemühtheit ist gefragt, sondern es geht auch um eine andere Verteilung in den Rundfunkanstalten selbst. Dies in genügender Klarheit deutlich zu machen und dafür breite Akzeptanz zu finden, ist (...) nicht gelungen.

Weder in den Medien - noch in der Politik oder in den anderen gesellschaftlichen Institutionen."

Ihre Einschätzung begründet Winkler mit dem Ergebnis der qualitativen ARD-ZDF-Grundlagenstudie 'Fremde Kulturen im Fernsehen', die 1994 durchgeführt wurde: „Die wesentlichen Empfehlungen, die bei der Kölner Tagung 1986 formuliert wurden, finden sich in der Studie als nach wie vor bestehende Defizite oder dringliche Veränderungswünsche wieder“.

2.2. Massenmedien und ethnische Minderheiten: Vorgeschlagene Projekte

Die oben beschriebenen Vorschläge richten sich zum größten Teil an den Journalisten und den öffentlichen Rundfunkanstalten. Meines Erachtens wäre auch von großer Bedeutung die Durchführung von unterschiedlichen Projekten im Rahmen einer sozialpädagogischen Arbeit über die Massenmedien und die ethnische Minderheiten. Innerhalb von verschiedenen gesellschaftlichen Institutionen, wie die deutsche Schule, und die Selbstorganisationen der ethnischen Minderheiten selbst könnten Projekte entwickelt werden, die zu folgenden Zielen dienen könnten:

- den Alltag dieser Bevölkerungsgruppe kennenzulernen, Kontakte zu knüpfen und Vorurteilen abzuschaffen
- verschiedenen Kulturen kennen lernen und Gemeinsamkeiten zwischen Deutschen und Minderheitenangehörigen zu entdecken,
- die Mitglieder von ethnischen Minderheiten nicht mehr als „Exoten“ oder Problemfaktoren zu betrachten,
- bei deutschen Teilnehmern Interesse und Verständnis für ethnische Minderheiten zu wecken,
- sich mit der „Sprache“ von den Massenmedien vertraut werden und skeptisch entgegenzugehen. Wortklischees und Negativdarstellungen über ethnische Minderheiten in den Medien erkennen lernen,
- bei ausländischen Teilnehmern einen effektiven Weg zur Verbesserung ihres Umgangs mit deutschen Massenmedien zu zeigen.

Im Folgenden werde ich zwei unterschiedliche Projekte beschreiben, die zur oben beschriebenen Zielsetzung dienen:

a. Projekt 1: Massenmedien und ethnischen Minderheiten in der deutschen Schule

Mit deutschen Schülern könnte man zahlreiche Projekte durchführen, die unsere Ziele erfüllen. Ich werde einige Ideen hier grundsätzlich beschreiben:

A. Beichterstattung über Mitglieder von ethnischen Minderheiten oder „Ausländerthemen“ in Deutschland in den Zeitungen und Herstellung einer Zeitung

In einer Klasse einer deutschen Schule (Empfehlung: Gymnasium oder Realschule, 8., 9. und/oder 10. Klasse) könnten Schüler, Deutschlehrer, Sozialpädagoge und Journalist einer lokalen Zeitung folgenden Prozess folgen:

Erste Aufgabe: Den Schülern werden vom Lehrer oder Sozialpädagogen kurz die Ziele des Projekts erklärt. Arbeitsgruppen werden gebildet. Die erste Aufgabe lautet: Berichte aus verschiedenen Zeitungen zu sammeln, die über Mitglieder von ethnischen Minderheiten oder „Ausländerthemen“ in Deutschland berichten. Jeder Schüler hat dann die Aufgabe einige Berichte grundsätzlich zu lesen.

Verschiedene Themenbereiche der Berichte werden genannt: Berichte über Vereinsleben, Feiern, religiöse, soziale, kulturelle, sportliche Themen, Polizeimeldungen, Urlaub, ausländische Küche, rechtliche Themen, Außenpolitik u.a. Auf einem schwarzen Brett werden Tabellen mit den Themenbereichen gestellt und dann sortieren die Schüler die Berichte nach dem Thema.

Die Befunde werden in der Klasse besprochen. Man soll dabei feststellen, in welchem Kontext die ethnischen Minderheiten in den Zeitungen auftauchen. Die Häufigkeit der Thematik wird festgestellt. Die Schüler könnten auch aus den Befunden ableiten, ob diese Berichte aufklärend, informierend oder unterhaltend seien.

Zweite Aufgabe: Die Berichte werden den Arbeitsgruppen verteilt. Die neue Aufgabe hängt mit dem Inhalt und die „Sprache“ der Berichte zusammen. Die neue Aufgabe lautet, Wortklischees und Negativdarstellungen über ethnische Minderheiten in den Artikeln und den Überschriften zu finden

und sie an der Tafel zu schreiben. Die Ergebnisse werden in der Klasse besprochen. Gefragt wird, ob die Benennungen oder Ausdrücke notwendig für die Vermittlung der Nachricht oder der Meinung des Autors notwendig seien und ob man sie anders formulieren könnte. Die Schüler besprechen mit dem Lehrer und den Sozialpädagogen die oben beschriebenen Empfehlungen von Wissenschaftlern und Journalisten über Berichterstattung über ethnischen Minderheiten in den „Print-Medien“.

Dritte Aufgabe: Ein Journalist aus einer lokalen Zeitung wird in der Klasse eingeladen. Die Schüler besprechen mit ihm über ihre Befunde und stellen ihm Fragen.

Vierte Aufgabe: Die nächste Aufgabe lautet, von ihnen ausgewählten Berichten neu zu schreiben, oder neue Artikeln mit Themen, die für sie von Bedeutung wären zusammenzufassen, entsprechende Fotos zu suchen und neue Titeln zu schreiben.

Fünfte Aufgabe: Eine Zeitung wird mit Hilfe des Journalisten zusammengestellt und in mehreren Exemplaren Bekannten und Freunden verteilt.

B. Herstellung eines Videofilms in der Schule

Die Koordination dieses Projekts wird von den Schülern in Zusammenarbeit mit den Lehrern und den Sozialpädagogen gemacht. Ein Regisseur könnte den Schülern große Hilfe leisten. Die Schüler haben als Aufgabe einen kurzen Video-Film herzustellen. Der Film sollte die „Ausländerthematik“ befassen. Das Thema, die Geschichte, der Manuskript und die Dauer wird von den Schülern in Zusammenarbeit mit einem Regisseur bestimmt und realisiert. Die Schüler spielen eventuell Rollen, suchen im Archiv von Zeitungen und Institutionen, sprechen mit Mitschülern und Leuten anderer Nationalitäten, führen Regie, wählen die Orte u.a. Der Regisseur übernimmt den Montage. Der Film wird in der Klasse oder in der Schule gezeigt.

Bei diesem Projekt ist besonders wichtig, dass sich die Schüler mit Menschen anderer Nationalitäten in Kontakt kommen, fremde Kulturen aus der Nähe kennen lernen oder sich mit bestimmten „Ausländerfragen“ durch Recherche der Thematik vertraut machen, eigene Meinung bilden,

Interesse und Verständnis für ethnische Minderheiten wecken und eventuell Vorurteile abschaffen.

C. Rundfunksendung im Bürgerradio

Die Schüler könnten eine Sendung im lokalen Bürgerradio planen und vorstellen. Das Thema der Sendung soll von den Schülern bestimmt und überarbeitet werden. Sie könnten, zum Beispiel ihre Erfahrungen aus den oben beschriebenen Projekten (Herstellung einer Schülerzeitung und eines Videofilms in der Schule) den Hörern mitteilen, oder ein Thema aus dem Alltagsleben und den Umgang mit Leuten verschiedener Nationalitäten auswählen. Sie könnten Interviews machen, unterschiedliche Meinungen darstellen, die Musik aussuchen, die für die Sendung nötig wäre, Rollen spielen u.a.

Sie lernen dadurch wie man im Radiosendungen mit dem „Ausländerthema“ umgeht bzw. umgehen sollte, sie werden sowohl mit dem Medium Radio als auch mit der Thematik vertraut, sie nehmen dem Thema gegenüber Stellung. Ihre Erfahrung beeinflusst sie bestimmt auch als Hörer.

b. Projekt II: Seminare zur Öffentlichkeitsarbeit für Mitglieder von Vereinen und Bürgerinitiativen

Wie ich mehrmals in vorliegender Arbeit schon erwähnt habe, ist die Nutzung von Massenmedien zur Förderung der Ziele unterschiedlicher Art organisierter Gruppen ethnischer Minderheiten und zur Bekämpfung von Fremdgefährlichkeit von großer Bedeutung. Vereine, Organisationen, Bürgerinitiative und andere Arbeitsgruppen, die sich im themaspezifischen Gebiet aktivieren, könnten durch Öffentlichkeitsarbeit und besseren Umgang mit den Massenmedien eine bessere Präsentation in den Medien erreichen. Die verschiedenen Selbstorganisationen könnten nur dann effektiv ihre Aktivität durch die Medien bekannt machen und ihre Ziele fördern, wenn sie auch wissen bzw. lernen würden, wie sie mit ihnen umgehen sollten.

Diesbezüglich könnten Seminare stattfinden, die den Teilnehmern mit Grundsteinen der Öffentlichkeitsarbeit vertraut machen.

Ein solches Projekt könnte sich zu aktiven Mitgliedern von Vereinen ethnischer Minderheiten in Deutschland, Bürgerinitiativen oder andere Gruppen und Organisationen, die sich im Bereich der Fremdfindlichkeit und der „Ausländerfrage“ betätigen, richten. Deutsche Organisationen und Teilnehmer sollen nicht ausgeschlossen sein.

Journalisten bzw. Redakteure, Publizist, Sozialpädagoge und Grafiker könnten die Ausbilder sein. Je nach der Zahl der Teilnehmer sollte der passende Raum ausgesucht werden. Viele Vereine verfügen über eigene Räumlichkeiten, die uns zur Verfügung stellen könnten.

Beschreibung des Verfahrens: Das Seminar könnte aus zwei Einheiten bestehen: eine theoretische und eine praktische.

In der ersten Einheit könnte von Journalisten und Publizisten möglichst anschaulich über folgende Themen referiert werden:

- Wirkung der Massenmedien
- Was bedeutet der Begriff „Öffentlichkeit“. Formen und Rolle der Öffentlichkeitsarbeit
- Das „Bild“ der ethnischen Minderheiten in den Medien
- Präsentationsmöglichkeiten in den Massenmedien
- Arbeitsalltag eines Journalisten einer lokalen Zeitung. Wie wählt er die Themen. Wie arbeitet er an seinem Thema.
- Informationsquelle für Journalisten. Welche sind sie, wie werden sie ausgewertet und erarbeitet
- Wie wird eine Sendung im Fernsehen und Hörfunk zusammengestellt.

In der zweiten Einheit ginge es um Gruppenarbeit :

Die erste Aufgabe wäre, eine Pressemitteilung zusammenzufassen. Von einem Journalisten würde erklärt, was dabei für den Journalisten bzw. Redakteur als Empfänger wichtig wäre und wie man eine Pressemitteilung schreibt. Jede Arbeitsgruppe verfasst eine. Das Thema wird von der Gruppe ausgewählt und soll eine existierende Aktion eines Vereins oder anderer Organisation betreffen (wie z. B. eine kulturelle, politische oder soziale Veranstaltung, angebotene Kurse, Neuheiten über einer Aktionsthema, Start einer Kampagne u. a).

Von der selben Arbeitsgruppe könnte auch eine Broschüre zusammengestellt werden. Dabei würde der Grafiker den Teilnehmern

große Hilfe leisten, obwohl die neusten Computer-Programme den Nutzern unendliche Möglichkeiten anbieten eine Broschüre, ein Informationsblatt oder sogar eine Zeitung und Zeitschrift selbst zusammenzustellen. Diese Möglichkeit betrifft natürlich nur die Form und nicht den Inhalt der Texte.

Vielmehr geht es bei diesem Seminar darum, den Teilnehmern praktische Informationen, Kenntnisse und Techniken zu vermitteln, die ihnen die Produktion einer Broschüre ermöglichen.

Wenn ein großes Interesse festgestellt wird, könnten weitere Seminare organisiert werden, die den Teilnehmern diese Kenntnisse ermitteln, die man bei der Herstellung und Vertreibung einer Zeitung bzw. Zeitschrift oder eines Dokumentarfilms oder bei der Organisation und Durchführung einer Kampagne braucht. Diese Seminare bräuchten mehr Zeitdauer und wären finanziell und organisatorisch anspruchsvoller.

Die oben vorgeschlagenen Projekte werden als Leitfaden dargestellt. Durch ein einleitendes und organisatorisches Gespräch mit den Teilnehmern könnten Plan, Form der Projekte und organisatorische Einzelheiten festgelegt werden.

Mit der Realisierung dieser Projekte werde ich mich in der nächsten Zeit beschäftigen.

ANHANG I

Papamichou Maria

(ÜBERSETZUNG)

Riga Fereou 5

17343 Athen

Tel. 0030-1-9709495

Athen, 15.03.1997

An den

Verband der Griechischen Gemeinden

in der Bundesrepublik Deutschland

Bonn

Betr. Untersuchung über die Massenmedien und ethnischen Minderheiten in Deutschland. Verteilung von Fragebogen an Vertreter der Griechischen Gemeinden während des Kongresses

Sehr geehrte Damen und Herren!

Im Rahmen meiner Dissertation an der Universität zu Köln, Fachbereich Sozialpädagogik, untersuche ich das Thema: „Ethnische Minderheiten und Massenmedien in Deutschland“.

Wie ich Ihnen mit einem Schreiben vom September 1995 bekannt machte, wandte ich mich in der Vergangenheit schriftlich an die Griechischen Gemeinden, mit der Bitte, den zugeschickten, themenspezifischen Fragebogen auszufüllen. Die Zahl der Antwortbriefe war aber gering.

Deshalb bin ich fest davon überzeugt, dass der Verband der griechischen Gemeinden in der Bundesrepublik Deutschland, als Dachverband, bei einer Wiederholung der Fragebogenuntersuchung zu besseren Ergebnissen könnte, da sie im Rahmen eines Studiums in einer deutschen Universität durchgeführt wird, die Griechischen Gemeinden betrifft und unter anderem folgendes untersucht:

- den Charakter der Aktivität der Griechischen Gemeinden in Deutschland,

- inwieweit wird diese Aktivität von den griechischen und deutschen Massenmedien präsentiert und berücksichtigt,
- wie werden die Mitglieder der GG in Deutschland und andere Bürger über die Veranstaltungen informiert,
- wie werden die Probleme der Griechen und der ethnischen Minderheiten in Deutschland im allgemeinen, eventuell durch die Presse und andere Mittel gefördert und wie wird die öffentliche Meinung darüber sensibler,
- welche ist der Kontakt der Griechischen Gemeinden zu den Massenmedien (deutschen und griechischen) und auch
- welche sind ihre Vorschläge, Erwartungen und Bedürfnisse in bezug auf die oben genannte Thematik.

Aus diesem Grund wende ich mich an Sie und bitte Sie um **Ihre Unterstützung beim Kontakt mit allen Griechischen Gemeinden, indem ich einen neuen Fragebogen an die Vertreter der Griechischen Gemeinden während des nächsten Kongresses des Verbandes, oder zu einem, anderen von Ihnen als günstig erachteten Zeitpunkt, verteilen.**

Obwohl ich mich zur Zeit aus finanziellen Gründen in Griechenland aufhalte, wo ich an meiner Dissertation arbeite, werde ich während des Kongresses in Frankfurt sein, um persönlich am Kongress teilzunehmen und die Fragebogenuntersuchung durchzuführen. Um Einzelheiten zu regeln, werde ich auch telefonisch mit Ihnen in Kontakt kommen. Für jede weitere Information stehe ich Ihnen zur Verfügung und bin unter der oben angegebenen Telefonnummer zu erreichen.

In der Überzeugung, dass Sie sich für Forschungsthemen, die die Griechen in Deutschland betreffen, interessieren, hoffe ich auf Ihre Mitarbeit und Ihre Unterstützung und danke Ihnen im Voraus.

Hochachtungsvoll

(Unterschrift)

Papamichou Maria

Germanistin-Journalistin-Doktorandin

an der Universität zu Köln

Παπαμιχου Μαρ...
Ρηγα Φεραιου 5
17343 Αθηνα

απογραφο

Τηλ.: 0030-1- 97 09 495

Αθήνα, 15.03.1997

Προς την
ΟΜΟΣΠΟΝΔΙΑ ΕΛΛΗΝΙΚΩΝ
ΚΟΙΝΟΤΗΤΩΝ
BONNH

Θεμα: Πανεπιστημιακή ερευνα για τα ΜΜΕ και τους αλλοδαπούς στην
Γερμανία. Διανομή ερωτηματολογίου στους εκπροσώπους των Ελληνικών
Κοινοτήτων κατά την διάρκεια του συνεδρίου

Αξιτιμες κυριες, αξιοτιμοι κυριοι!

Στα πλαισια της εκπονησης της διδακτορικης μου διατριβης στο
Πανεπιστημιο της Κολωνιας και τον τομεα της Κοινωνικης
Παιδαγωγικης, ερευνω το θεμα: «Αλλοδαποι και Μεσα Ενημερωσης στην
Γερμανια» .

Οπως σας ειχα με γραμμα μου ανακοινωσει και τον Σεπτεμβριο του 1995,
στο παρελθον απευθυνθηκα στις περισσοτερες Ελληνικες Κοινοτητες
Γερμανιας γραπτα, με την παρακκληση να συμπληρωσουν ενα
ερωτηματολοιο σχετικο με την θεματολογια της εργασιας μου. Η
ανταποκρισή τους ομως, χωρις να ειναι απογοητευτικη, ηταν σχετικα
μικρη.

Για τον λογο αυτο, πιστευω, πως η Ομοσπονδια Ελληνικων Κοινοτητων
Γερμανιας, ως το αρμοδιο τριτοβαθμιο Οργανο, θα μπορουσε να
διευκολυνει την επαναληψη της ερευνας που γινεται στον γερμανικο
πανεπιστημιακο χωρο αποκλειστικα για τις ελληνικες Κοινοτητες και
μεταξυ αλλων ερευνα τα παρακατω:

- τον χαρακτηρα των δραστηριοτητων τους των ελληνικων Κοινοτητων
στην Γερμανια,
- την καλυψη αυτης της δραστηριοτητας απο ελληνικα και γερμανικα
ΜΜΕ,
- τον τροπο επαφης των Κοινοτητων με τα μελη τους και τους αλλους
πολιτες,

- τον τροπο προβολής των προβλημάτων των ελλήνων και γενικά των αλλοδαπών στην Γερμανία, μέσω εντύπων που πιθανά εκδίδονται και άλλων κινήσεων ενημέρωσης και ευαισθητοποίησης της κοινής γνώμης,
- την γενικότερη επαφής τους με τον τύπο (ελληνο-και γερμανογλωσσο), καθώς επίσης
- τις προτάσεις, τις προσδοκίες και τις ανάγκες τους στον παραπάνω τομέα.

Για τον λόγο αυτό απευθυνομαι σε σας, παρακαλώντας για την υποστηρίξή σας στην διακίνηση προς όλες τις Ελληνικές Κοινοότητες νεου ερωτηματολογιου με την παραπάνω θεματολογία, διανεμώντας το στους εκπροσώπους τους κατά την διάρκεια του επομενου συνεδριου της Ομοσπονδίας ή με οποιονδηποτε άλλο τροπο κρινετε εσεις αποδοτικότερο.

Αν και προς το παρόν βρίσκομαι -για οικονομικούς κυρίως λόγους- στην Ελλάδα, όπου γράφω την διατριβή μου, θα βρίσκομαι κατά την διάρκεια του συνεδριου στην Φρανκφουρτη, προκειμενου να παραστώ προσωπικά στις εργασίες του και να συλλεξω τα εν λόγω ερωτηματολογια. Θα επικοινωνησω και τηλεφωνικά μαζί σας για την διευθετηση των λεπτομεριων. Είμαι δε στην διαθεσή σας για κάθε πληροφορία ή διεθκτινηση από μεριάς μου στο παραπάνω τηλεφωνο.

Εχοντας εμπιστοσυνη, στην ευαισθησια σας για ερευνητικά θεματα που αφορουν τους Έλληνες της Γερμανίας, ελπίζω στην συνεργασία και την στήριξή σας και σας ευχαριστώ προκαταβολικά.

Με τιμή

Παπαμιχου Μαρια

Φιλόλογος-Δημοσιογράφος

Μεταπτυχιακή φοιτήτρια της Κοινωνικής Παιδαγωγικής

του Παν/μιου Κολωνίας

FRAGEBOGEN 1

(Übersetzung)

Bitte antworten Sie auf allen Fragen, auf die Sie möchten oder können, und äußern Sie Ihre Meinung, wo es erforderlich ist:

1.	Name der Gemeinde, die Sie vertreten:
	Griechische Gemeinde
2.	Mitgliederzahl:
3.	Gründungsjahr:

4.	Das Ziel und die Aktivität der Gemeinde betreffen folgende Bereiche:
----	--

(Kreuzen Sie ein, so viele Antworten Sie für nötig halten!)

1. Unterhaltung	<input type="checkbox"/>	A1 —
1.1. Wie geschieht dies genau:		A2 —
2. Erhalt der griechischen Sitten	<input type="checkbox"/>	A3 —
3. Kontakt zum Heimatland (z.B. politische Entwicklung u.a.)	<input type="checkbox"/>	A4 —
3.1. Beschreiben Sie, wie dies geschieht:.....		A5 —
4. Kontakt der in Deutschland lebenden Griechen		
untereinander	<input type="checkbox"/>	A6 —
5. Vorlegung der griechischen Kultur	<input type="checkbox"/>	A7 —
5.1. Beschreiben Sie, wie		A8 —
6. Forderungen der Griechen und der Ausländer in Deutschland	<input type="checkbox"/>	A9 —
6.1. Nennen Sie diesbezügliche Aktivitäten:.....		A10 —
7. Information der Mitglieder über verschiedene Themen (Arbeit, Gesundheit, Bildung, Versicherung)	<input type="checkbox"/>	A11 —
7.1. Nennen Sie welche:		A 12 —
8. Sonstiges		A 13 —

5. Kontakt mit den Massenmedien und Öffentlichkeitsarbeit, um die Tätigkeit der Gemeinde bekannt zu machen:
--

5.1. Wenden Sie sich an die Hörfunksendungen?:	
Ja <input type="checkbox"/>	Nein <input type="checkbox"/>
	B 1 —
5.1.1. Wenn JA, an welche Sendungen wenden Sie sich und wie oft?	
1. immer	2. oft
3. manchmal	4. selten
1. BR-Sendung	<input type="checkbox"/>
	<input type="checkbox"/>
	<input type="checkbox"/>
	<input type="checkbox"/>
	B 2 —

2. die Sendung des hessischen Rundfunks	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	B 3	—
3. deutsche Sendungen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	B 4	—
3.1. Welche?						

5.2. Wenden Sie sich an Fernsehsendungen?						
Ja <input type="checkbox"/>		Nein <input type="checkbox"/>		B 5 —		
5.2.1. Wenn JA, an welchen Sendungen wenden Sie sich und wie oft?						
1.				B 6 —		
1. immer	2. oft	3. manchmal	4. selten			
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	B 7 —		
2.				B 8 —		
1. immer	2. oft	3. manchmal	4. selten			
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	B 9 —		

5.3. Wenden Sie sich an griechischen Zeitungen?						
Ja <input type="checkbox"/>		Nein <input type="checkbox"/>		B 10 —		
5.3.1. Wenn JA, an welche Zeitungen wenden Sie sich und wie oft?						
1.				B 11 —		
1. immer	2. oft	3. manchmal	4. selten			
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	B 12 —		
2.				B 13 —		
1. immer	2. oft	3. manchmal	4. selten			
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	B 14 —		

5.4. Wenden Sie sich an deutschen Zeitungen?						
Ja <input type="checkbox"/>		Nein <input type="checkbox"/>		B 15 —		
5.4.1. Wenn JA, an welche Zeitungen wenden Sie sich und wie oft?						
1.				B 16 —		
1. immer	2. oft	3. manchmal	4. selten			
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	B 17 —		
2.				B 18 —		
1. immer	2. oft	3. manchmal	4. selten			
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	B 19 —		

5.5. Sonstiges	B 20	—
1. immer <input type="checkbox"/> 2. oft <input type="checkbox"/> 3. manchmal <input type="checkbox"/> 4. selten <input type="checkbox"/>	B 21	—

6. Wie wenden Sie sich an die Massenmedien?		
1. Durch Pressemitteilung	<input type="checkbox"/>	B 22 —
2. Sie rufen die Journalisten persönlich an	<input type="checkbox"/>	B 23 —
3. Durch persönlichen Kontakt mit den Journalisten	<input type="checkbox"/>	B 24 —
4. Sonstiges		B 25 —

7. Wer übernimmt gewöhnlich die Öffentlichkeitsarbeit (Verfassung der Pressemitteilung, Telefonate, Sprecher in Hörfunk- und Fernsehsendungen)?

- | | | | |
|-------------------------------|--------------------------|------|---|
| 1. Der Sekretär der GG | <input type="checkbox"/> | B 26 | — |
| 2. Der Vorsitzende | <input type="checkbox"/> | B 27 | — |
| 3. Sonst jemand: | | B 28 | — |

8. Nennen Sie bitte, wenn Sie sich daran erinnern, wie oft im letzten Jahr Berichte und Reportagen oder Gespräche (keine einfache Mitteilung) über GG von Hörfunk- oder Fernsehsendungen, Zeitungen und Zeitschriften veröffentlicht oder gesendet wurden

8.1. HÖRFUNK:

Sendung	Wie oft?	
1. BR-Sendung	— —	Γ 1 —
2. HR -Sendung	— —	Γ 2 —
3. Deutsche Sendungen	— —	Γ 3 —
8.1.1. Nennen Sie die Themen:		Γ 4 —

8.2. GRIECHISCHE ZEITUNGEN

Zeitung/ Zeitschrift	Wie oft?	
1. Lokale Zeitung/Zeitschrift	— —	Γ 5 —
2. Überregionale Zeitung/Zeitschrift	— —	Γ 6 —
8.2.1. Nennen Sie die Themen:		Γ 7 —

8.3. DEUTSCHE ZEITUNGEN

Zeitung/ Zeitschrift	Wie oft?	
1. Lokale Zeitung/Zeitschrift	— —	Γ 8 —
2. Überregionale Zeitung/Zeitschrift	— —	Γ 9 —
8.3.1. Nennen Sie die Themen:		Γ 10 —

8.4. FERNSEHEN

Sendung	Wie oft?	
1. Griechische Sendung/Deutsches Fernsehen	— —	Γ 11 —
2. Deutsche Sendung	— —	Γ 12 —
3. Griechisches Fernsehen	— —	Γ 13 —
8.4.1. Nennen Sie die Themen:		Γ 14 —

9. Wie könnten die Ausländer durch Öffentlichkeitsarbeit zur Verbesserung der Lage der ethnischen Minderheiten in Deutschland beitragen? Kreuzen Sie, bitte, die DREI wichtigsten Mittel an!

- | | | |
|---|--------------------------|----------|
| 1. Durch die Ausgabe einer oder mehrerer griechischsprachigen Zeitungen | <input type="checkbox"/> | Γ 15 — |
|---|--------------------------|----------|

- | | | |
|--|--------------------------|----------|
| 2. Durch die Ausgabe von griechischsprachigen Zeitschriften | <input type="checkbox"/> | |
| 3. Durch die Ausgabe einer oder mehrerer deutsch-griechischer Zeitungen | <input type="checkbox"/> | |
| 4. Durch die Ausgabe von deutsch-griechischen Zeitschriften | <input type="checkbox"/> | |
| 5. Durch die Gründung einer „Multikulturellen Welle“ | <input type="checkbox"/> | |
| 6. Durch Gründung „ethnischer Rundfunksender“ | <input type="checkbox"/> | |
| 7. Durch Einstellen von mehr Journalisten ausländischer Herkunft in den deutschen Massenmedien | <input type="checkbox"/> | Γ 16 — |
| 8. Durch die Ausbildung von Fachkräften der GG in Öffentlichkeitsarbeit | <input type="checkbox"/> | |
| 9. Sonstiges | | Γ 17 — |
| | | |

10. Welche Gründe verhindern bis jetzt die Entwicklung der oben genannten Mittel?
--

- | | | |
|--|--------------------------|----------|
| 1. Mangel an finanziellen Mitteln | <input type="checkbox"/> | Γ 18 — |
| 2. Mangel an aktive und dafür geeigneten Personen | <input type="checkbox"/> | Γ 19 — |
| 3. Mangel an Information der Mitglieder | <input type="checkbox"/> | Γ 20 — |
| 4. Die Politik des deutschen Staates den ethnischen Minderheiten gegenüber | <input type="checkbox"/> | Γ 21 — |
| 5. Mangel an Öffentlichkeitsarbeit | <input type="checkbox"/> | Γ 22 — |
| 6. Der ethnozentrische Charakter der GG | <input type="checkbox"/> | Γ 23 — |
| 7. Sonstiges | | Γ 24 — |

11. Die Veranstaltungen der GG, die regelmäßig im letzten Jahr stattfanden, waren:

a. Vorträge zum Thema :

- | | | |
|--|--------------------------|---------|
| 1. Arbeit | <input type="checkbox"/> | Δ 1 — |
| 2. Aktuelle politische Ereignisse in Griechenland | <input type="checkbox"/> | Δ 2 — |
| 3. Politik und politische Ereignisse in Deutschland | <input type="checkbox"/> | Δ 3 — |
| 4. Rechte der ethnischen Minderheiten in Deutschland | <input type="checkbox"/> | Δ 4 — |
| 5. Schule und Bildung | <input type="checkbox"/> | Δ 5 — |
| 6. Sonstiges | | Δ 6 — |

b. Kurse:

- | | | |
|-------------------------------|--------------------------|----------|
| 1. Griechische Volkstänze | <input type="checkbox"/> | Δ 7 — |
| 2. Neugriechisch für Deutsche | <input type="checkbox"/> | Δ 8 — |
| 3. Neugriechisch für Griechen | <input type="checkbox"/> | Δ 9 — |
| 4. Deutsch für Griechen | <input type="checkbox"/> | Δ 10 — |
| 5. Sonstiges | | Δ 11 — |

- | | | |
|------------------------------------|--------------------------|----------|
| c. Feste | <input type="checkbox"/> | Δ 12 — |
| d. Sonstige Veranstaltungen | <input type="checkbox"/> | Δ 13 — |

12. Teilnahme von Nicht-Mitgliedern an Aktivitäten der GG :
--

a. Von Nicht-Mitgliedern griechischer Herkunft:

1. sehr große ☐ 2. große ☐ 3. mittelmäßige ☐
4. geringe ☐ 5. nicht existierende ☐ Δ 14 | — |

b. Von Deutschen oder Nicht-Mitgliedern anderer Nationalität

1. sehr große ☐ 2. große ☐ 3. mittelmäßige ☐
4. geringe ☐ 5. nicht existierende ☐ Δ 15 | — |

13. Wie informieren Sie die Mitglieder der GG und allen daran interessierte Personen über die Aktivität der GG?

1. Durch die Ausgabe von Informationsblätter ☐ Δ 16 | — |
2. Durch die Ausgabe von einer Zeitschrift ☐ Δ 17 | — |
3. Durch Plakate ☐ Δ 18 | — |
4. Durch persönlichen Brief an alle Mitglieder ☐ Δ 19 | — |
5. Durch Anruf an alle Mitglieder ☐ Δ 20 | — |
6. Durch persönlichen Kontakt mit allen Mitgliedern ☐ Δ 21 | — |

14. Wenn Informationsblatt oder Zeitschrift ausgegeben wird, wie oft, in welcher Form und mit welchem Inhalt geschieht dies?

1. Titel des Informationsblattes oder der Zeitschrift:..... Δ 22 | — |
2. Wer bildet die Redaktion? Δ 23 | — |
3. Welche sind die wichtigsten Themen? Δ 24 | — |
4. Wie oft wird es ausgegeben? Δ 25 | — |
5. Welche sind die wichtigsten Ziele der Ausgabe? Δ 26 | — |
6. Wie viele Exemplare werden vertrieben? Δ 27 | — |
7. Wie wird es vertrieben? Δ 28 | — |
8. Sonstige Bemerkungen: Δ 29 | — |

15. Kooperiert Ihre GG mit anderen Vereinen?

a. Mit griechischen Vereinen Δ 30 | — |

1. Ja, regelmäßig ☐ 2. oft ☐ 3. manchmal ☐ 4. selten ☐ 5. nein

Wenn JA, mit welchen? Δ 31 | — |

Und welche sind die Ziele dieser Kooperation? Δ 32 | — |

b. Mit deutschen Vereinen Δ 33 | — |

1. Ja, regelmäßig ☐ 2. oft ☐ 3. manchmal ☐ 4. selten ☐ 5. nein

Wenn JA, mit welchen? Δ 34 | — |

Welche sind die Ziele dieser Kooperation? Δ 35 | — |

c. Mit Vereinen anderer Nationalität Δ 36 | — |

1. Ja, regelmäßig ☐ 2. oft ☐ 3. manchmal ☐ 4. selten ☐ 5. nein

Wenn JA, mit welchen? Δ 37 | — |

Welche sind die Ziele dieser Kooperation? Δ 38 | — |

16. Die Entwicklung der Zahl der GG-Mitglieder im Vergleich zu vorangegangenen Jahren ist Ihrer Meinung nach:

1. rückläufig ☐ gleich ☐ zunehmend ☐ E 1 | — |

17. Welche sind die Gründe für oben genannte Tendenzen?

..... E 2 | — |

18. In welchem Grad erreichen die GG ihre Ziele?

1. sehr gut	<input type="checkbox"/>	E 3	—
2. gut	<input type="checkbox"/>	E 4	—
3. mittelmäßig	<input type="checkbox"/>	E 5	—
4. wenig	<input type="checkbox"/>	E 6	—
5. überhaupt nicht	<input type="checkbox"/>	E 7	—

18.1. Welche sind eventuelle Gründe, die das Erreichen der Ziele der GG verhindern?

..... E 8 | — |

19. In welchem Grad sind die GG mit für die Mitglieder der zweiten Generation der Griechen attraktiv?

1. sehr gut ☐ 2. gut ☐ 3. mittelmäßig ☐
4. wenig ☐ . überhaupt nicht ☐ E 9 | — |

20. Welches ist, Ihrer Meinung nach, das wichtigste Problem der GG, das kurzfristig gelöst werden soll und warum?

..... E 10 | — |

Datum:

Unterschrift
(nach Belieben: persönliche Daten)

ΕΡΩΤΗΜΑΤΟΛΟΓΙΟ

Παρακαλώ απαντήστε σε όσες από τις παρακάτω ερωτήσεις θέλετε ή όσες γνωρίζετε, ή παραθέστε, όπου χρειάζεται, τη δική σας γνώμη:

1. **Επωνυμία της Κοινότητας** που εκπροσωπείτε:

Ελληνική Κοινότητα:

2. **Αριθμός μελών:**

3. **Έτος ίδρυσης:**

4. **Ο σκοπός και η δραστηριότητα** της Κοινότητας αφορούν:

(σταυρώστε όσες απαντήσεις νομίζετε!)

1. **Στον ψυχαγωγικό τομέα** ☐ A1 |—|

1.1. και τι ακριβώς; A2 |—|

2. **στη διατήρηση ελληνικών εθίμων** ☐ A3 |—|

3. **στην επαφή με την ελληνική πραγματικότητα** (π.χ. πολιτική\πραγματικότητα, παζρακολούθηση ελληνικής επικαιρότητας κ.α.) ☐ A4 |—|

3.1. Προσδιορίστε πως ακριβώς;..... A5 |—|

4. **στην ύπαρξη συνδετικού κρίκου ανάμεσα στους έλληνες της πόλης** ☐ A6 |—|

5. **στην προβολή του ελληνικού πολιτισμού** ☐ A7 |—|

5.1. Αναφέρατε, με ποιο τρόπο: A8 |—|

6. **στη διεκδίκηση από την γερμανική πολιτεία και προώθηση αιτημάτων των ελλήνων και γενικά των αλλοδαπών** ☐ A9 |—|

6.1. Αναφέρατε, αν υπάρχει, συγκεκριμένη δράση:..... A10 |—|

7. **στην ενημέρωση των μελών για θέματα που τους αφορούν** (εργατικά, υγεία, εκπαίδευση, ασφαλιστικά) ☐ A11 |—|

7.1. Αναφέρατε ποιά: A12 |—|

8. Άλλο: A13 |—|

5. Για την ενημέρωση και την προβολή του έργου και των δραστηριοτήτων σας:

5.1. Απευθύνεστε προς τις ΡΑΔΙΟΦΩΝΙΚΕΣ εκπομπές:

ΝΑΙ ☐ ΟΧΙ ☐

B 1 |—|

5.1.1. Αν ΝΑΙ σε ποιες εκπομπές και πόσο συχνά;

1. Πάντα 2. Συχνά 3. Μερικές φορές 4. Σπάνια

1. Μονάχου (ARD)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	B 2	—
2. Ραδιοφωνίας Έκσης	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	B 3	—
3. Γερμανική εκπομπή	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	B 4	—
3.1. Σε ποια/-ες;.....						

5.2. Απευθύνεστε προς ΤΗΛΕΟΠΤΙΚΕΣ εκπομπές;ΝΑΙ ☐ΟΧΙ ☐

B 5 |—|

5.2.1. Αν ΝΑΙ σε ποιες εκπομπές και πόσο συχνά;

1..... B 6 |—|

1. Πάντα 2. Συχνά 3. Μερικές φορές 4. Σπάνια

☐ ☐ ☐ ☐ B 7 |—|

2..... B 8 |—|

1. Πάντα 2. Συχνά 3. Μερικές φορές 4. Σπάνια

☐ ☐ ☐ ☐ B 9 |—|**5.3. Απευθύνεστε προς τις ΕΛΛΗΝΙΚΕΣ ΕΦΗΜΕΡΙΔΕΣ;**ΝΑΙ ☐ΟΧΙ ☐

B 10 |—|

5.2.1. Αν ΝΑΙ σε ποιές και πόσο συχνά;

1..... B 11 |—|

1. Πάντα 2. Συχνά 3. Μερικές φορές 4. Σπάνια

☐ ☐ ☐ ☐ B 12 |—|

2..... B 13 |—|

1. Πάντα 2. Συχνά 3. Μερικές φορές 4. Σπάνια

☐ ☐ ☐ ☐ B 14 |—|**5.4. Απευθύνεστε προς τις ΓΕΡΜΑΝΙΚΕΣ ΕΦΗΜΕΡΙΔΕΣ;**ΝΑΙ ☐ΟΧΙ ☐

B 15 |—|

5.4.1. Αν ΝΑΙ σε ποιές και πόσο συχνά;

1..... B 16 |—|

1. Πάντα 2. Συχνά 3. Μερικές φορές 4. Σπάνια

☐ ☐ ☐ ☐ B 17 |—|

2..... B 18 |—|

1. Πάντα 2. Συχνά 3. Μερικές φορές 4. Σπάνια

☐ ☐ ☐ ☐ B 19 |—|**5.5. Άλλο.....**

B 20 |—|

1. Πάντα ☐ 2. Συχνά ☐ 3. Μερικές φορές ☐ 4. Σπάνια ☐

B 21 |—|

6. Με ποιο τρόπο απευθύνεστε προς τα ΜΜΕ για τη δημοσιότητα της δραστηριότητας της Κοινότητας1. Έκδοση δελτίου τύπου ☐

B 22 |—|

2. Τηλεφωνικά προς τους δημοσιογράφους ☐

B 23 |—|

3. Με προσωπική επαφή με τους δημοσιογράφους ☐

B 24 | — |

4. Άλλο

B 25 | — |

7. Ποίος αναλαμβάνει συνήθως της ενημέρωση του τύπου και του κοινού (σύνταξη δετίου τύπου, τηλέφωνα, παρουσίαση στα ρεπορτάζ του ραδιοφώνου, τηλεόρασης κ.λ.π.)

1. Ο Γραμματέας της Ελληνικής Κοινότητας ☐

B 26 | — |

2. Ο Πρόεδρος ☐

B 27 | — |

3. Άλλος.....

B 28 | — |

8. Αναφέρατε αν θυμάστε, πόσες φορές τον τελευταίο χρόνο δόθηκε ευρύτερη δημοσιότητα στο έργο της Κοινότητάς σας με την μορφή ρεπορτάζ, συνέντευξης ή σχολίου (όχι απλή ανακοίνωση) σε ραδιοφωνικές, τηλεοπτικές εκπομπές και εφημερίδες ή περιοδικά:

8.1. ΡΑΔΙΟΦΩΝΟ:

Εκπομπή	Πόσο συχνά;
---------	-------------

1. Στην εκπομπή του Μονάχου (ARD)

| — — |
| — — |
| — — |

Γ 1 | — |

2. Στην εκπομπή της Έσσης

| — — |
| — — |

Γ 2 | — |

3. Γερμανικές εκπομπές

| — — |

Γ 3 | — |

8.1.1. Αναφέρατε τα θέματα: Γ 4 | — |

8.2. ΕΛΛΗΝΙΚΕΣ ΕΦΗΜΕΡΙΔΕΣ

Εφημερίδα/περιοδικό	Πόσο συχνά;
---------------------	-------------

1. Σε τοπική εφημερίδα/περιοδικό

| — — |
| — — |

Γ 5 | — |

2. Σε εθνική εφημερίδα/περιοδικό

| — — |

Γ 6 | — |

8.2.1. Αναφέρατε τα θέματα: Γ 7 | — |

8.3. ΓΕΡΜΑΝΙΚΕΣ ΕΦΗΜΕΡΙΔΕΣ

Εφημερίδα/περιοδικό	Πόσο συχνά;
---------------------	-------------

1. Σε τοπική εφημερίδα/περιοδικό

| — — |
| — — |

Γ 8 | — |

2. Σε εθνική εφημερίδα/περιοδικό

| — — |

Γ 9 | — |

8.3.1 Αναφέρατε τα θέματα: Γ 10 | — |

8.4. ΤΗΛΕΟΡΑΣΗ

Εκπομπή	Πόσο συχνά;
---------	-------------

1. Ελληνική εκπομπή/Γερμανική τηλεόραση

| — — |
| — — |

Γ 11 | — |

2. Γερμανική εκπομπή

| — — |

Γ 12 | — |

3. Ελληνική τηλεόραση

| — — |

Γ 13 | — |

8.4.1. Αναφέρατε τα θέματα: Γ 14 | — |

9. Πως κατά τη γνώμη σας μπορούν οι ίδιοι οι αλλοδαποί να συμβάλλουν μέσω της δημοσιότητας στην υπόθεση των μεταναστών; Σταυρώστε ΤΡΙΑ πιο σημαντικά κατά τη γνώμη σας:

1. Με την έκδοση μιας ή περισσότερων ελληνικών εφημερίδων ☐ Γ 15 | — |
2. Με την έκδοση περισσότερων ελληνικών περιοδικών ☐
3. Με την έκδοση μιας ή περισσότερων ελληνο-γερμανικών εφημερίδων ☐
4. Με την έκδοση περισσότερων ελληνο-γερμανικών περιοδικών ☐
5. Με την ίδρυση ραδιοφωνικού σταθμού/-ών για τους αλλοδαπούς ☐
6. Με την ίδρυση «εθνικών ραδιοφωνικών σταθμών»
(π.χ. μόνο ελληνικών) ☐ Γ 16 | — |
7. Με την προώθηση ελλήνων και άλλης εθνικότητας ατόμων
στο γερμανικό τύπο ☐
8. Με την εκπαίδευση ατόμων από τις ελληνικές κοινότητες, συλλόγους και
άλλους φορείς σε θέματα δημοσιότητας και τύπου ☐
9. Άλλο : Γ 17 | — |

10. Ποιοί λόγοι εμποδίζουν μέχρι στιγμής μια τέτοια πρακτική;

1. οικονομικοί ☐ Γ 18 | — |
2. έλλειψη ανθρώπινου δυναμικού ☐ Γ 19 | — |
3. έλλειψη ενημέρωσης ☐ Γ 20 | — |
4. λόγοι πολιτικής της γερμανικής πολιτείας ☐ Γ 21 | — |
5. αδυναμία της ελληνικής κοινότητας να ανταποκριθεί
σε ανάγκες δημοσιότητας ☐ Γ 22 | — |
6. ο ελληνοκεντρικός χαρακτήρας των ελληνικών κοινοτήτων ☐ Γ 23 | — |
7. Άλλο: Γ 24 | — |

11. Οι τακτικές εκδηλώσεις της κοινότητας τον τελευταίο χρόνο ήταν:

α. Διαλέξεις:

1. για εργασιακά θέματα ☐ Δ 1 | — |
2. για σύγχρονα πολιτικά θέματα της Ελλάδας ☐ Δ 2 | — |
3. για πολιτικά θέματα της γερμανικής επικαιρότητας ☐ Δ 3 | — |
4. για θέματα που αφορούν τα δικαιώματα των
αλλοδαπών στη Γερμανία ☐ Δ 4 | — |
5. για θέματα που αφορούν στο εκπαιδευτικό ζήτημα ☐ Δ 5 | — |
6. Άλλο: Δ 6 | — |

β. Διδασκαλία:

1. ελληνικών χωρών ☐ Δ 7 | — |
2. ελληνικής γλώσσας σε γερμανούς ☐ Δ 8 | — |
3. ελληνικής γλώσσας σε έλληνες ☐ Δ 9 | — |
4. γερμανικής γλώσσας σε έλληνες ☐ Δ 10 | — |
5. Άλλο : Δ 11 | — |

γ. Χοροεσπερίδες και επετειακές εκδηλώσεις

☐ Δ 12 | — |

δ. Άλλες εκδηλώσεις/δραστηριότητες

☐ Δ 13 | — |

12. Η συμμετοχή ατόμων εκτός μελών είναι:**α. Ελλήνων μη μελών:**

- | | | |
|------------------------------------|---|------------------------------------|
| 1. μεγάλη <input type="checkbox"/> | 2. αρκετά μεγάλη <input type="checkbox"/> | 3. μέτρια <input type="checkbox"/> |
| 4. μικρή <input type="checkbox"/> | 5. ανύπαρκτη <input type="checkbox"/> | Δ 14 — |

β. Γερμανών ή άλλης εθνικότητας:

- | | | |
|------------------------------------|---|------------------------------------|
| 1. μεγάλη <input type="checkbox"/> | 2. αρκετά μεγάλη <input type="checkbox"/> | 3. μέτρια <input type="checkbox"/> |
| 4. μικρή <input type="checkbox"/> | 5. ανύπαρκτη <input type="checkbox"/> | Δ 15 — |

13. Με ποιο τρόπο απευθύνεστε προς τα μέλη και τους ενδιαφερόμενους για δημοσιοποίηση της δραστηριότητας της Κοινότητας;

- | | | | |
|--|--------------------------|------|---|
| 1. Έκδοση ενημερωτικού φυλλαδίου | <input type="checkbox"/> | Δ 16 | — |
| 2. έκδοση περιοδικού | <input type="checkbox"/> | Δ 17 | — |
| 3. Παραγωγή αφίσας | <input type="checkbox"/> | Δ 18 | — |
| 4. Ενημέρωση μόνο των μελών ταχυδρομικώς | <input type="checkbox"/> | Δ 19 | — |
| 5. Με τηλεφωνική επαφή με τα μέλη | <input type="checkbox"/> | Δ 20 | — |
| 6. με προσωπική επαφή με τα μέλη | <input type="checkbox"/> | Δ 21 | — |

14. ΑΝ εκδίδεται ενημερωτικό φυλλάδιο ή περιοδικό, πόσο τακτικά γίνεται αυτό, ποια μορφή, περιεχόμενο κλπ. έχει;

- | | | |
|---|------|---|
| 1. Τίτλος φυλλαδίου /περιοδικού:..... | Δ 22 | — |
| 2. Ποιοι αποτελούν τη συντακτική ομάδα; | Δ 23 | — |
| 3. Ποια τα βασικά θέματα;..... | Δ 24 | — |
| 4. Πόσο τακτικά εκδίδεται | Δ 25 | — |
| 5. Ποιοι οι βασικοί στόχοι της έκδοσης; | Δ 26 | — |
| 6. Σε πόσα αντίτυπα; | Δ 27 | — |
| 7. Πως διανέμεται; | Δ 28 | — |
| 8. Άλλα σχόλια: | Δ 29 | — |

15. Συνεργάζεται η Κοινότητά σας με άλλους συλλόγους;**α. Με ελληνικούς συλλόγους** Δ 30 | — |

- | | | | | |
|---|-----------------------------------|---|------------------------------------|--------|
| 1. Ναι, μόνιμα <input type="checkbox"/> | 2. συχνά <input type="checkbox"/> | 3. μερικές φορές <input type="checkbox"/> | 4. σπάνια <input type="checkbox"/> | 5. όχι |
|---|-----------------------------------|---|------------------------------------|--------|

Αν ΝΑΙ με ποιους;	Δ 31	—
-------------------------	------	---

Και με ποιους σκοπούς;	Δ 32	—
------------------------------	------	---

β. Με γερμανικούς συλλόγους Δ 33 | — |

- | | | | | |
|---|-----------------------------------|---|------------------------------------|--------|
| 1. Ναι, μόνιμα <input type="checkbox"/> | 2. συχνά <input type="checkbox"/> | 3. μερικές φορές <input type="checkbox"/> | 4. σπάνια <input type="checkbox"/> | 5. όχι |
|---|-----------------------------------|---|------------------------------------|--------|

Αν ΝΑΙ με ποιους;.....	Δ 34	—
------------------------	------	---

Και με ποιους σκοπούς;	Δ 35	—
------------------------------	------	---

Γ. Με συλλόγους μεταναστών άλλης εθνικότητας Δ 36 | — |

- | | | | | |
|---|-----------------------------------|---|------------------------------------|--------|
| 1. Ναι, μόνιμα <input type="checkbox"/> | 2. συχνά <input type="checkbox"/> | 3. μερικές φορές <input type="checkbox"/> | 4. σπάνια <input type="checkbox"/> | 5. όχι |
|---|-----------------------------------|---|------------------------------------|--------|

Αν ΝΑΙ με ποιους;.....	Δ 37	—
------------------------	------	---

Και με ποιους σκοπούς;	Δ 38	—
------------------------------	------	---

16. Θα λέγατε ότι η πορεία της Κοινότητας σήμερα σε ότι αφορά τον αριθμό των μελών είναι σε σχέση με τα περασμένα χρόνια:

1. μειωμένη ☐ η ίδια ☐ αύξουσα ☐ E 1 | — |

17. Που νομίζετε ότι οφείλεται αυτό;

E 2 | — |

18. Νομίζετε ότι οι ελληνικές Κοινότητες εκπληρώνουν τους στόχους τους σε βαθμό:

1. πολύ ικανοποιητικό ☐
2. αρκετά ικανοποιητικό ☐
3. ικανοποιητικό ☐
4. ελάχιστα ικανοποιητικό ☐
5. καθόλου ☐

E 3 | — |
E 4 | — |
E 5 | — |
E 6 | — |
E 7 | — |

18.1. ΑΝ διαπιστώνετε ανεπάρκεια σε κάποιο βαθμό, που νομίζετε ότι οφείλεται αυτό;

E 8 | — |

19. νομίζετε ότι οι ελληνικές Κοινότητες με την σημερινή τους μορφή είναι ελκυστικές για την λεγόμενη «δεύτερη γενιά» των ελλήνων;

1. πάρα πολύ ☐ 2. αρκετά ☐ 3. μέτρια ☐
4. λίγο ☐ καθόλου ☐

E 9 | — |

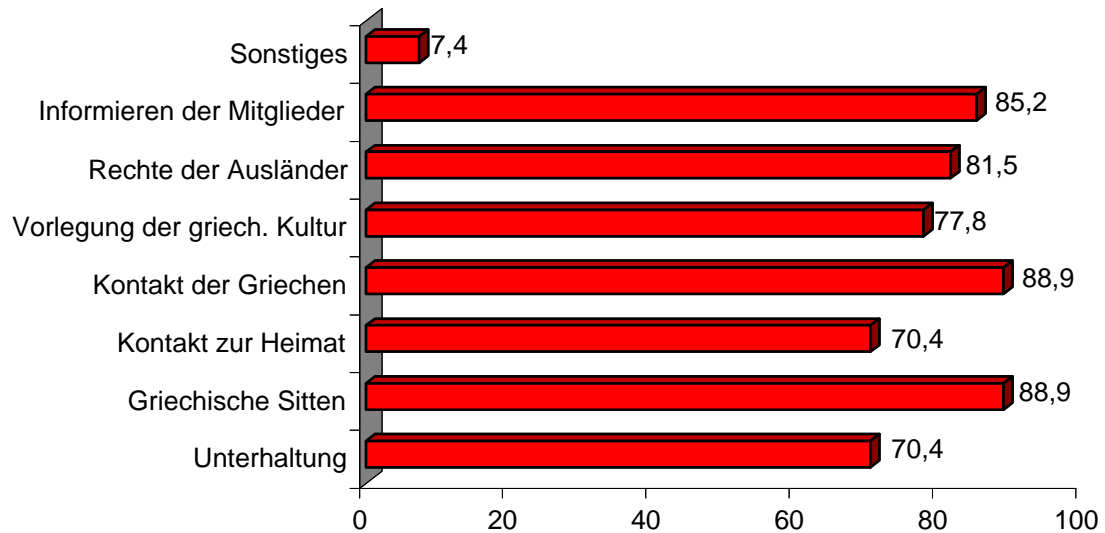
20. Ποιο θεωρείτε το νούμερο ένα πρόβλημα των ελληνικών Κοινοτήτων, το οποίο θα πρέπει να αντιμετωπισθεί άμεσα και γιατί;

E 10 | — |

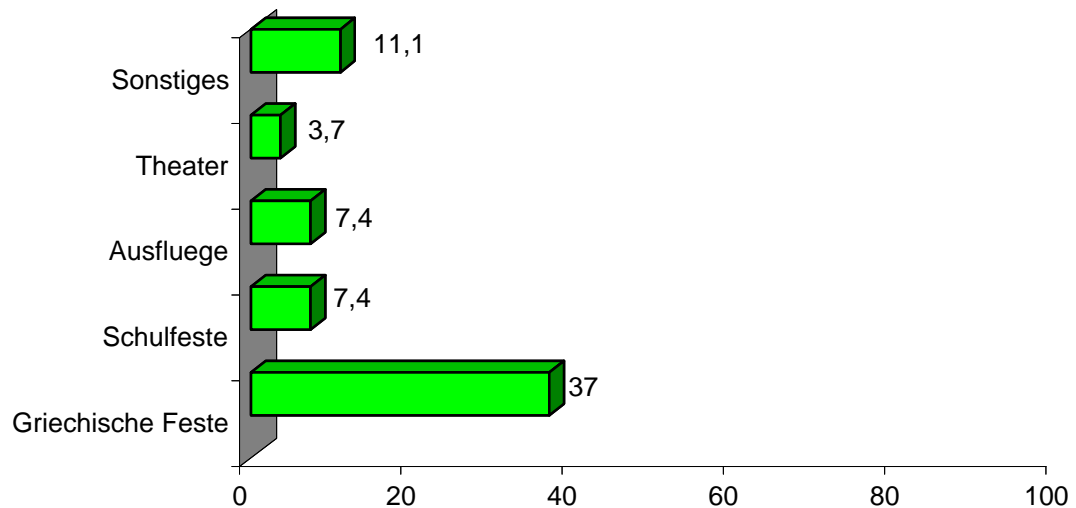
Ημερομηνία:

Υπογραφή συντάκτη
(στοιχεία προαιρετικά)

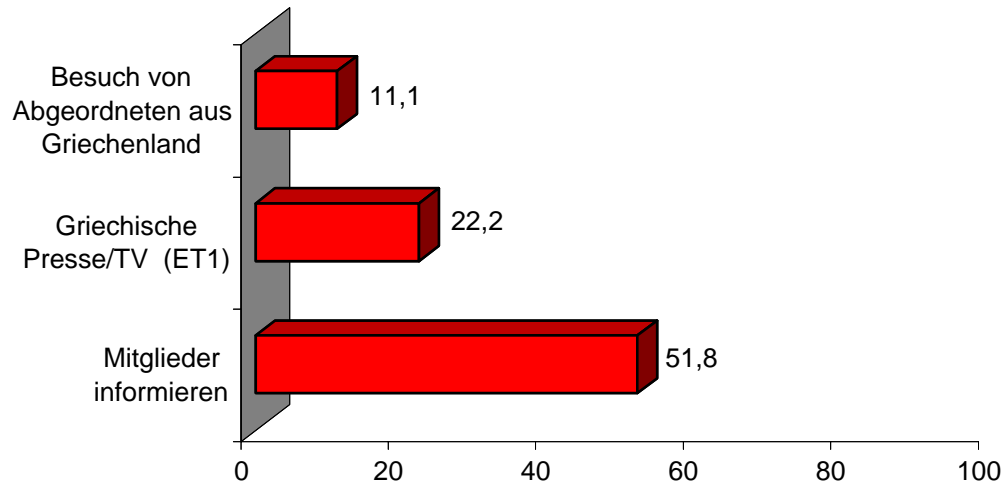
S.d. A 1: Ziele und Aktivität der "Gemeinde " (in %)



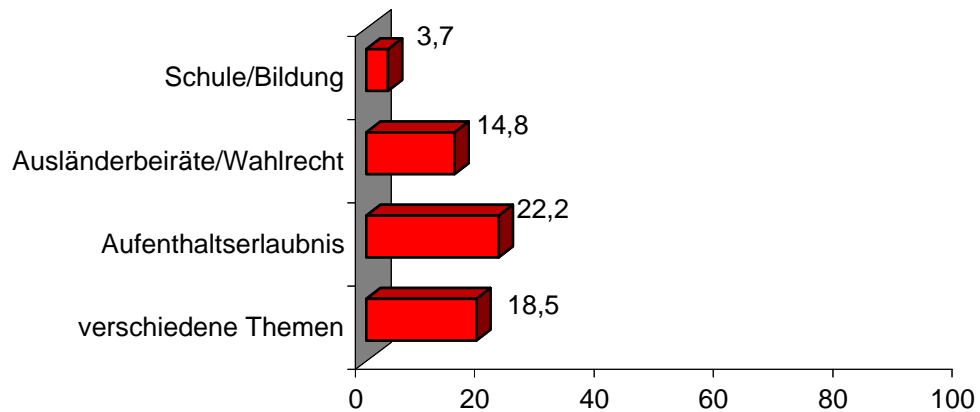
S.d. A 2: Veranstaltungen der GG zur Unterhaltung (in %)



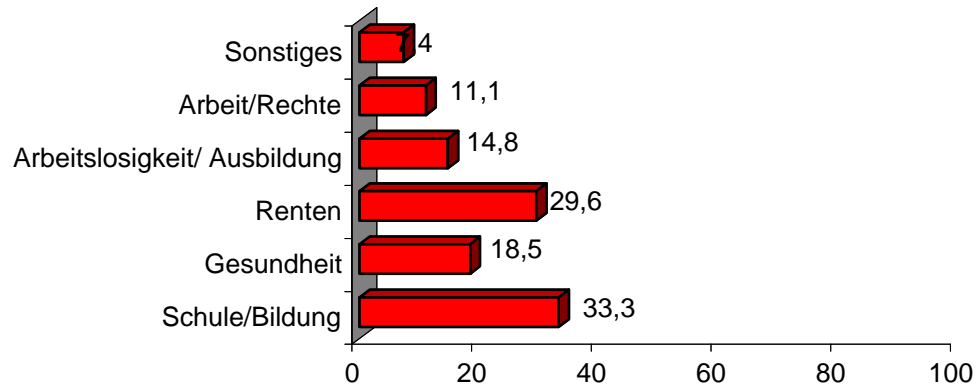
**S.d. A 3: "Wie wird der Kontakt zur Heimat erreicht?"
(in %)**



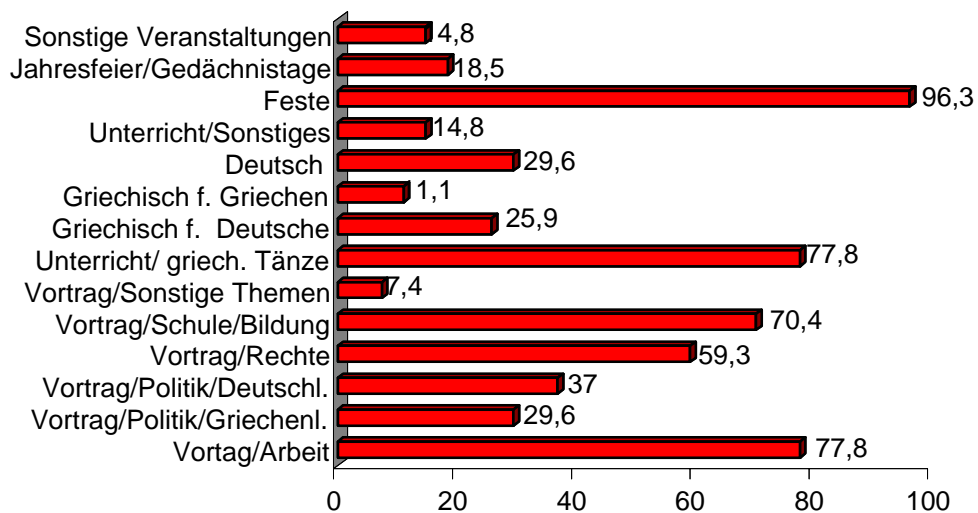
S.d. A 4: Kontakt mit dem deutschen Staat (in%)



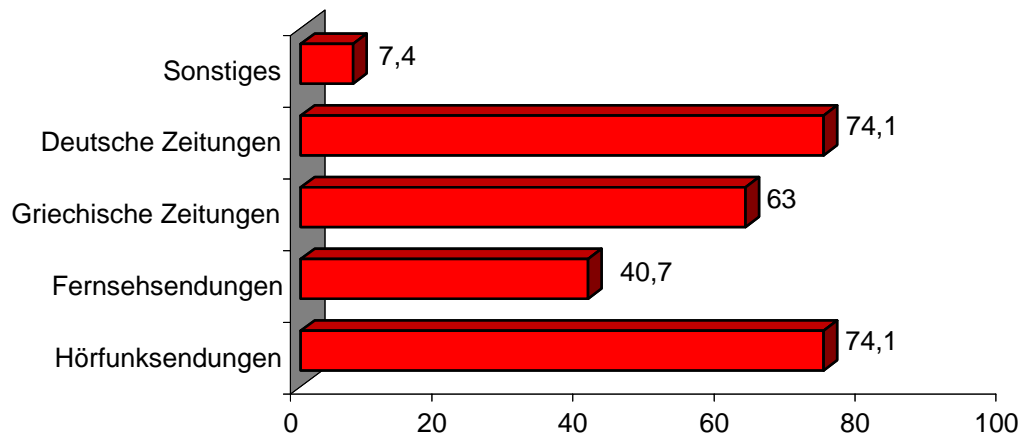
**S.d. A 5: Thematik der Veranstaltungen zur
"Information der Mitglieder" (in %)**



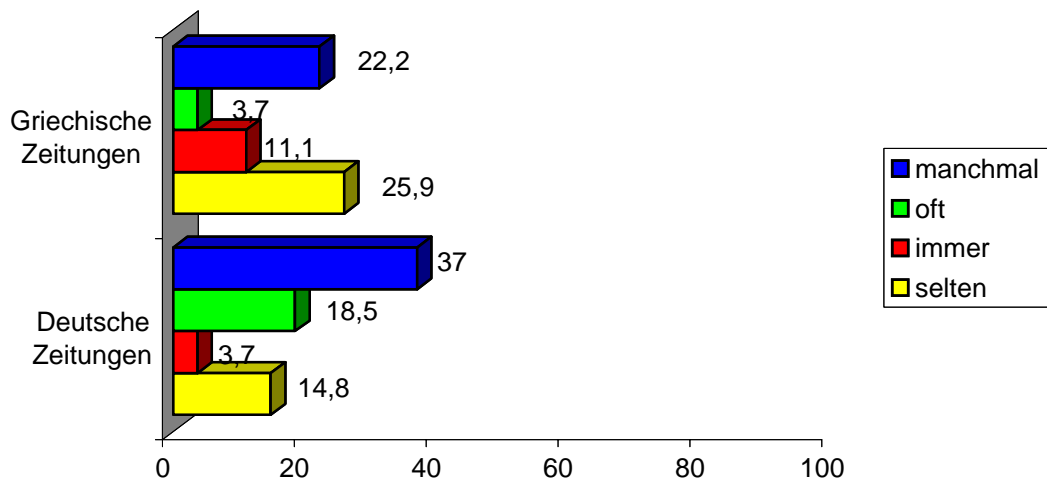
**S.d. A 6: Art der Veranstaltungen des letzten
Jahres, die regelmäßig stattfanden (in %)**



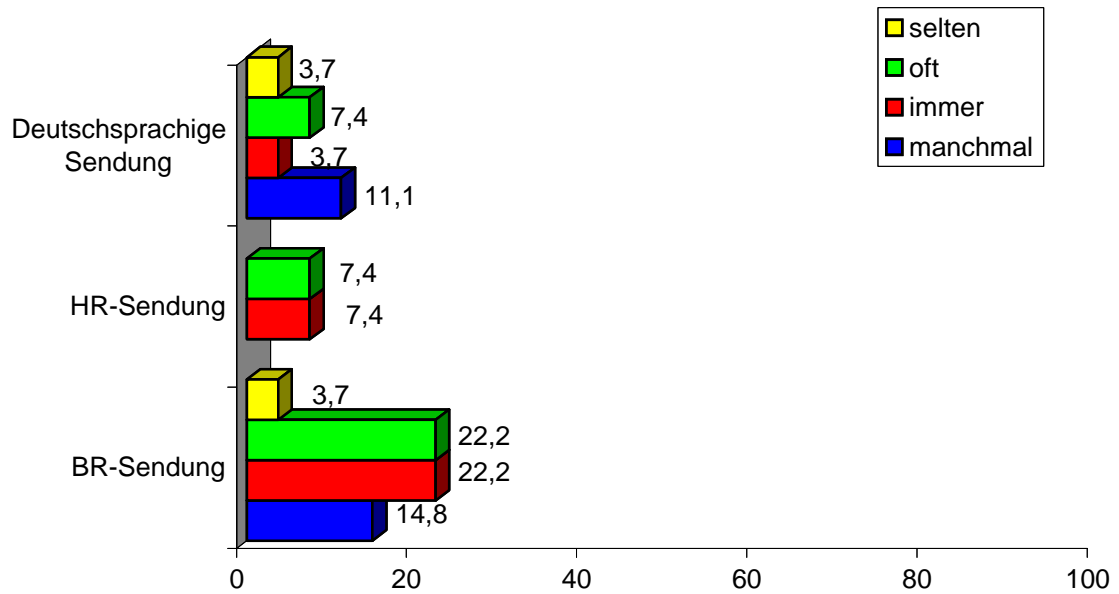
**S.d. A 7: Kontakt mit den Massenmedien,
Öffentlichkeitsarbeit (in %). Sie wenden sich an :**



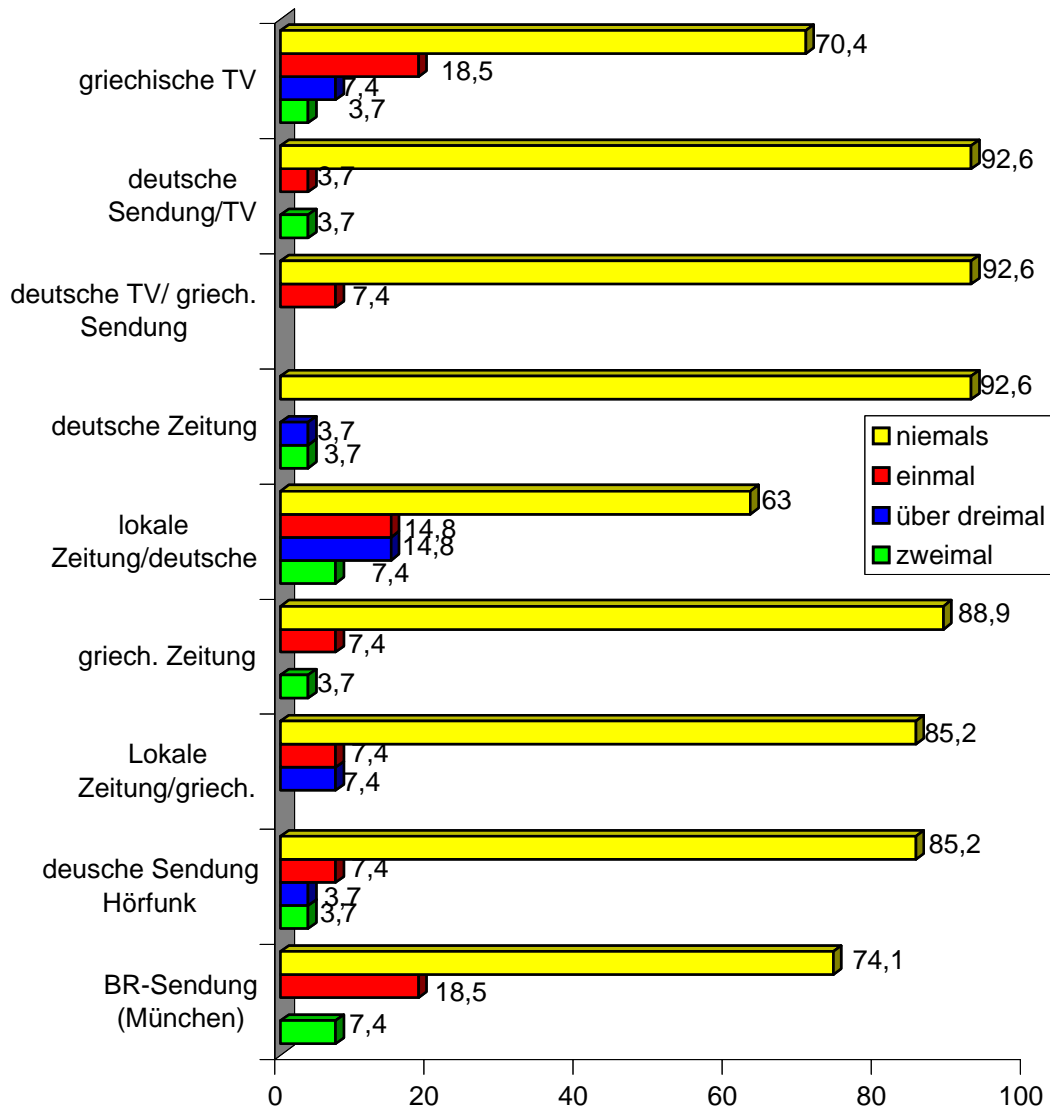
**S.d. A 8: "Wie oft wenden Sie sich an die Zeitungen um
Ihre Tätigkeit bekannt zu machen?" (in %)**



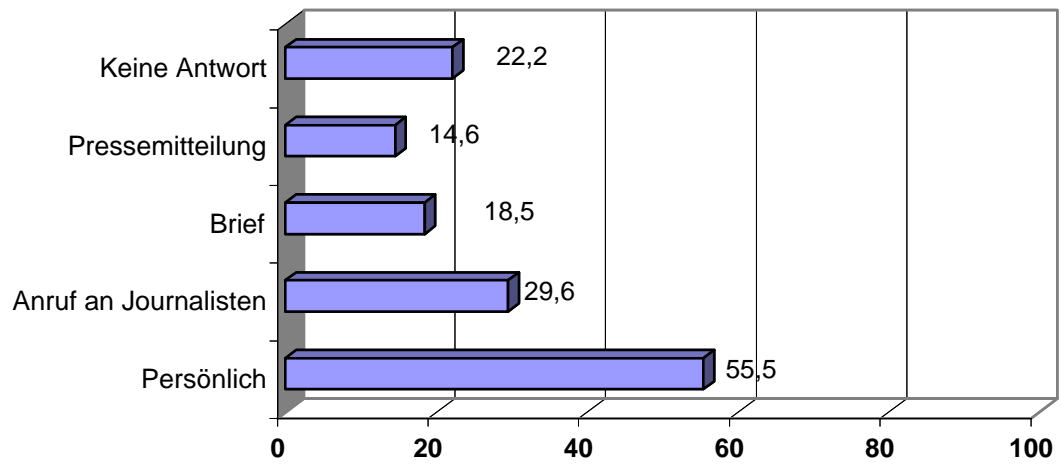
**S.d. A. 9: "An welche Hörfunksendungen wenden Sie sich
um Ihre Tätigkeit bekannt zu machen?" (in %)**



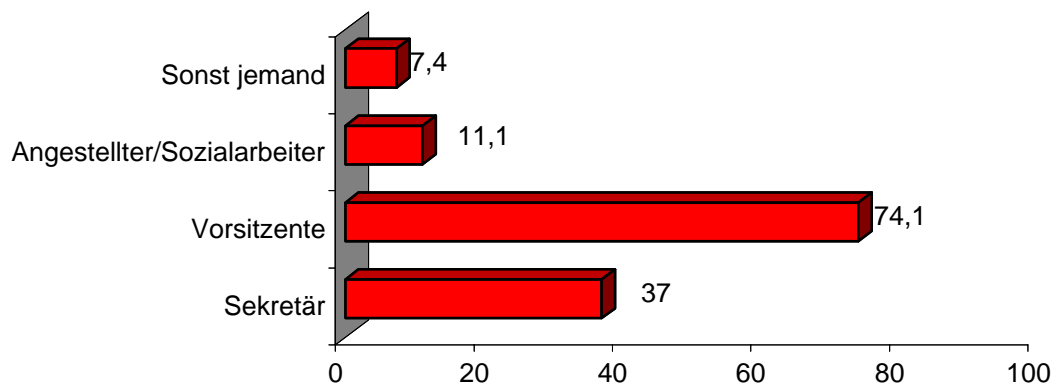
S.d. A10: Wie oft wurde im letzten Jahr etwas veröffentlicht/ gesendet ? (in %)



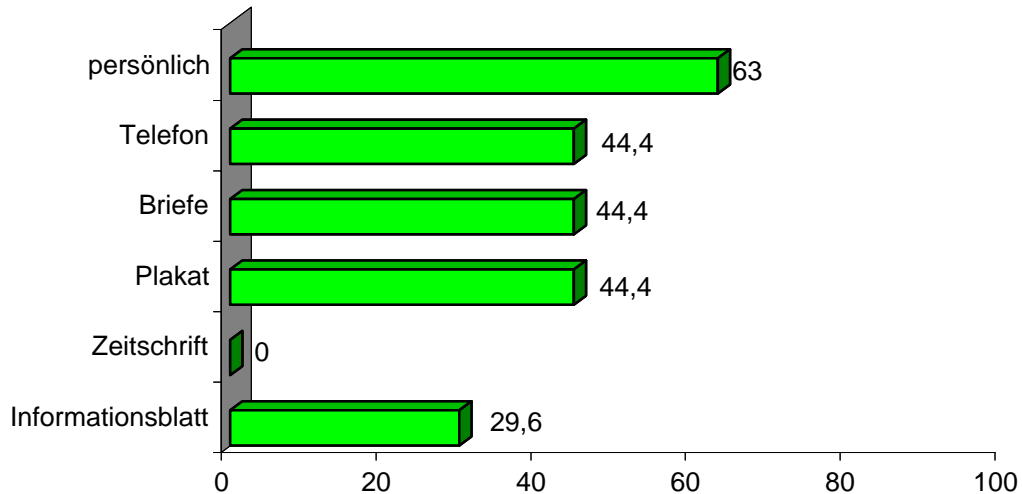
**S.d. A 11: "Wie wenden Sie sich an die Massenmedien?"
(in%)**



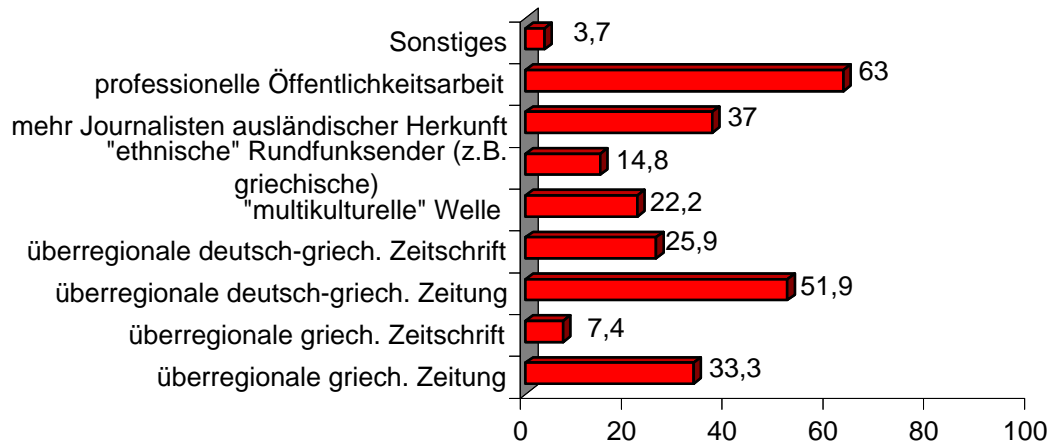
**S.d. A 12: Zuständige für die Öffentlichkeitsarbeit
(in %)**



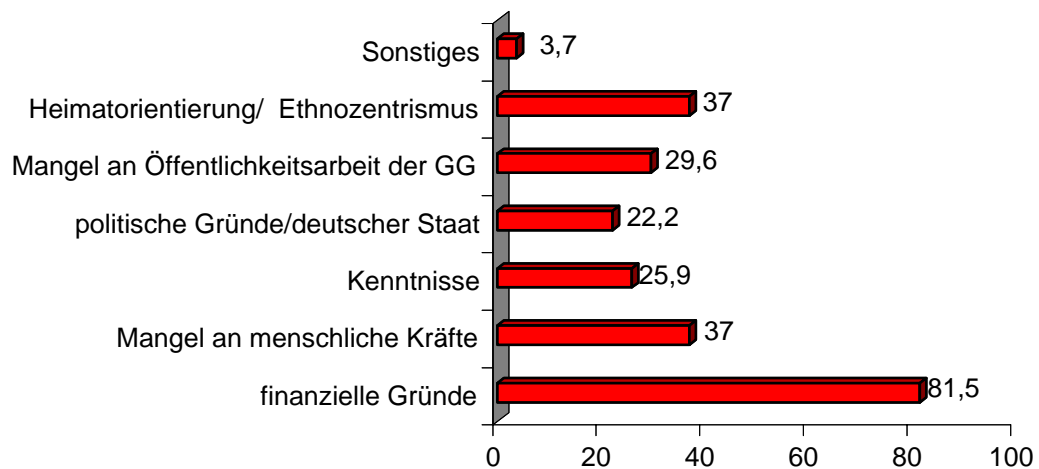
S.d. A 13: Wie die Mitglieder über die Aktivität der GG informiert werden (in %)



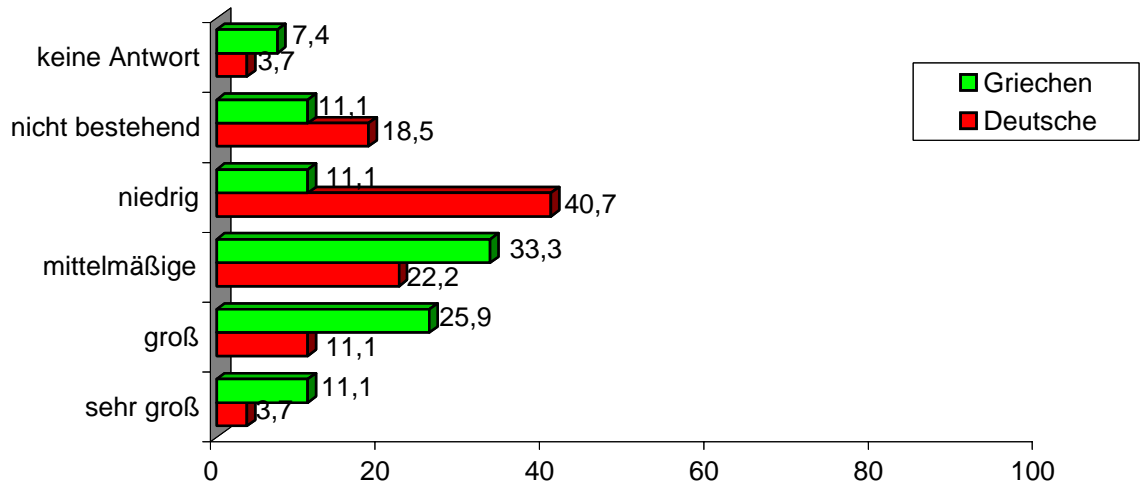
S.d. A14: Beitrag der Massenmedien zur Verbesserung der Lage der ethn. Minderheiten in Deutschland (in %)



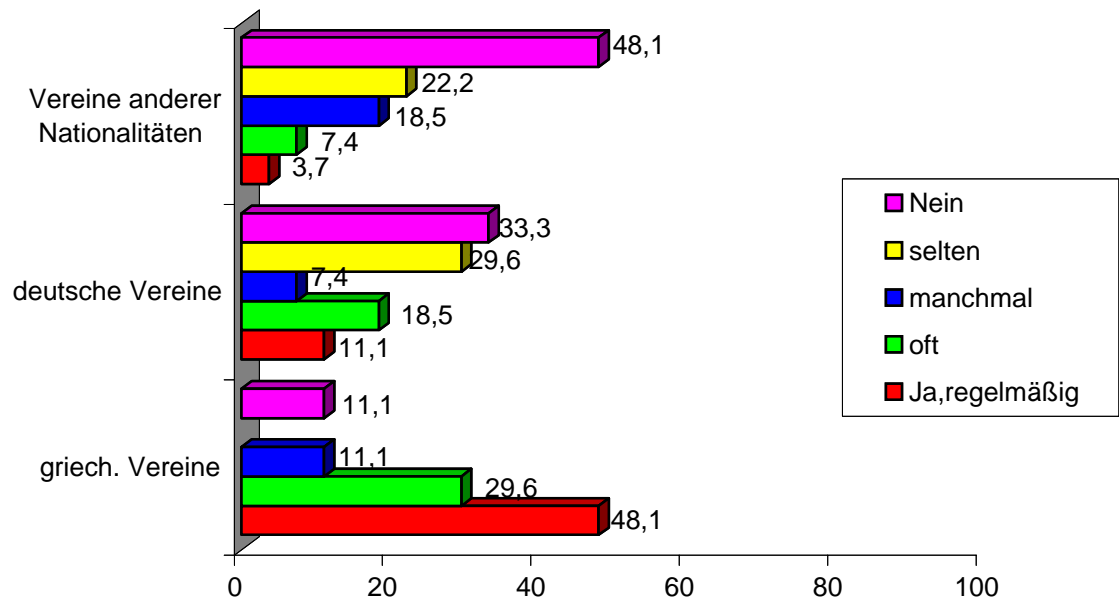
S.d. A 15: "Welche Gründe verhindern die Entwicklung der genannten Mittel, die zur Verbesserung der Lage der ethnischen Minderheiten in Deutschland durch die Medien beitragen könnten?" (in %)



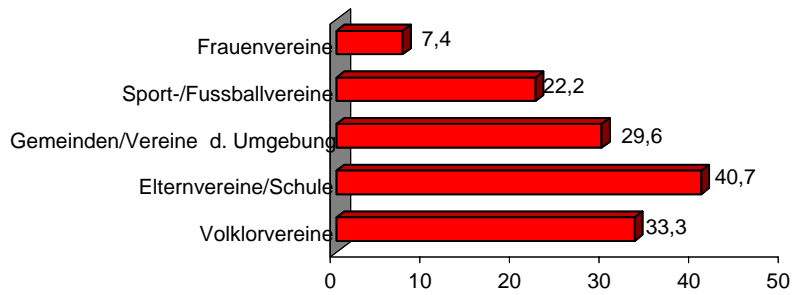
S.d. A.16: Teilnahme von nicht Mitgliedern an Aktivitäten der GG (in %)



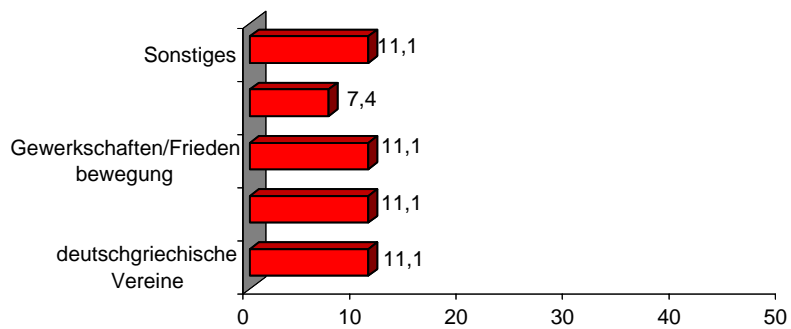
S.d. A 17: Kooperation der GG mit anderen Vereinen (in %)



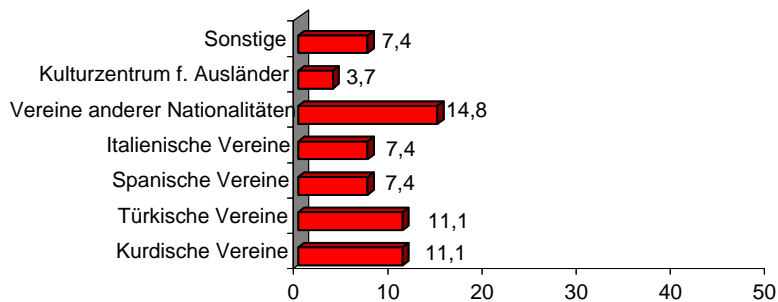
S.d. A 18a: Charakter der griechischen Vereine mit denen kooperiert wird (in %)



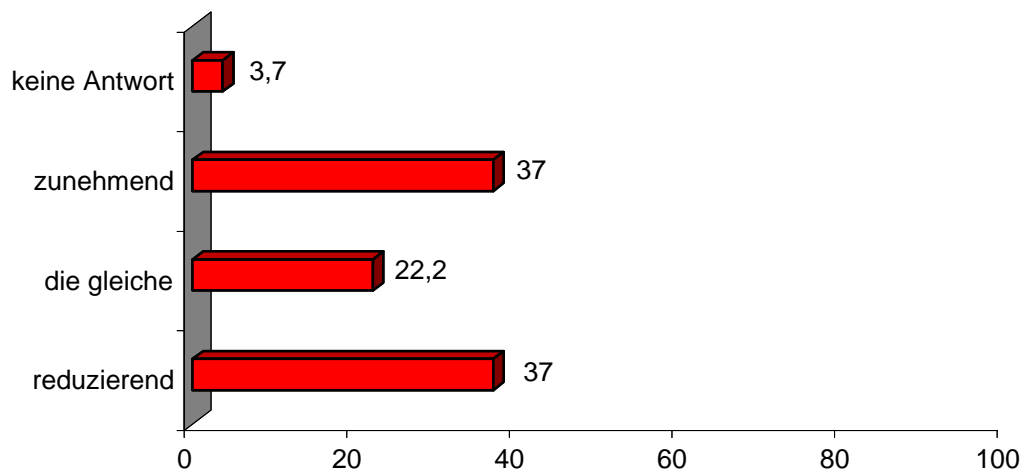
S.d. A 18b: Deutsche Vereine mit denen kooperiert wird (in %)



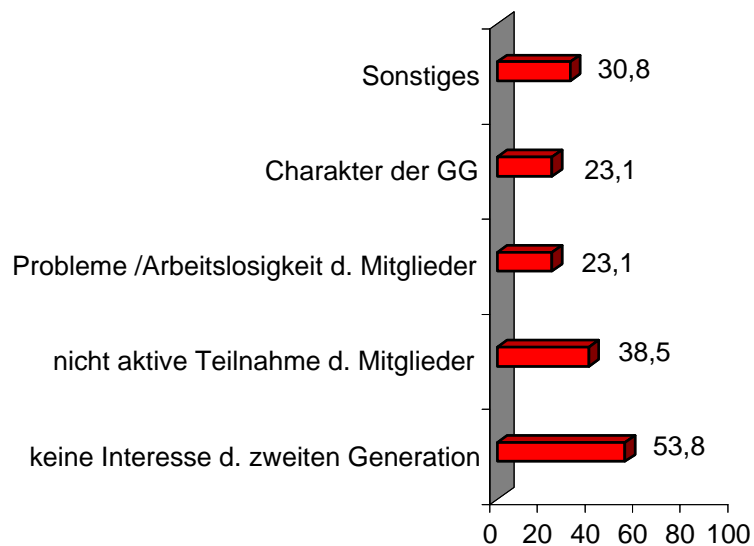
S.d. A 18c: Vereine verschiedener Nationalitäten mit denen kooperiert wird (in %)



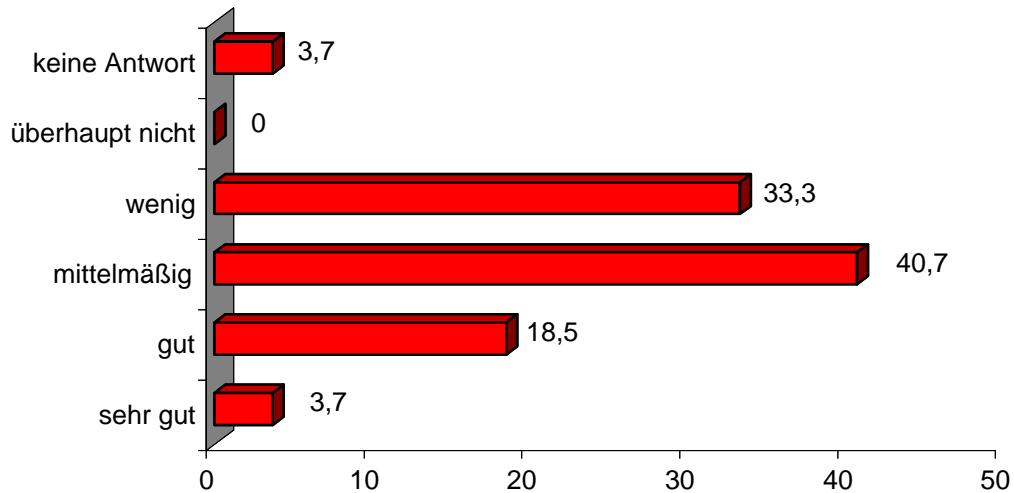
S.d. A 19: Die Zahl der Mitglieder im Vergleich zu den vergangenen Jahren ist : (in%)



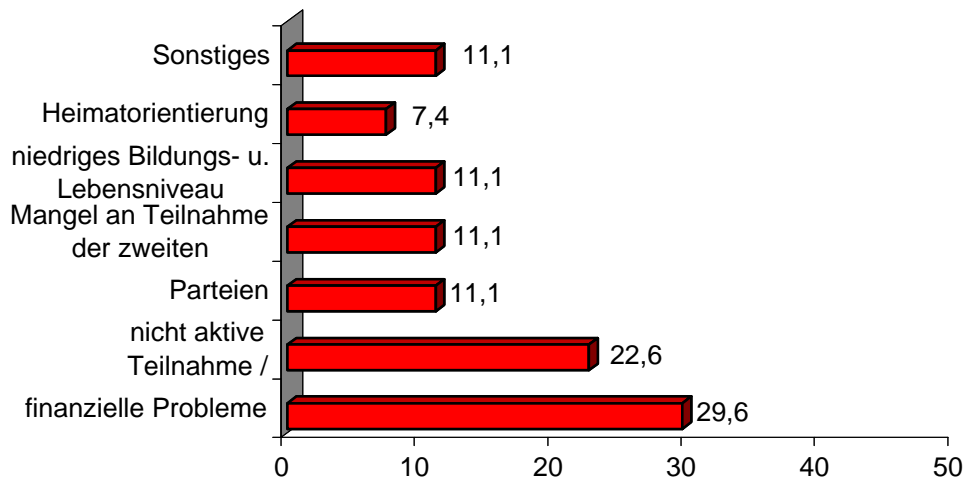
S.d. A 20: Begründung der Befragten für die genannte rückläufige Tendenzen der Zahl der Mitglieder der GG im Vergleich z. d. vergangenen Jahren (in%)



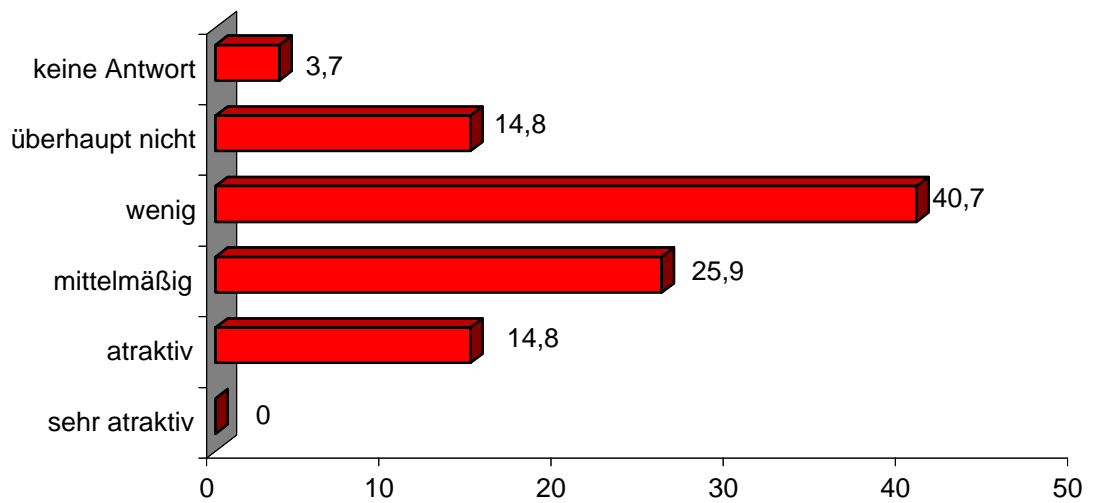
S.d. A 21a: Erreichen der Ziele von den GG (in %)



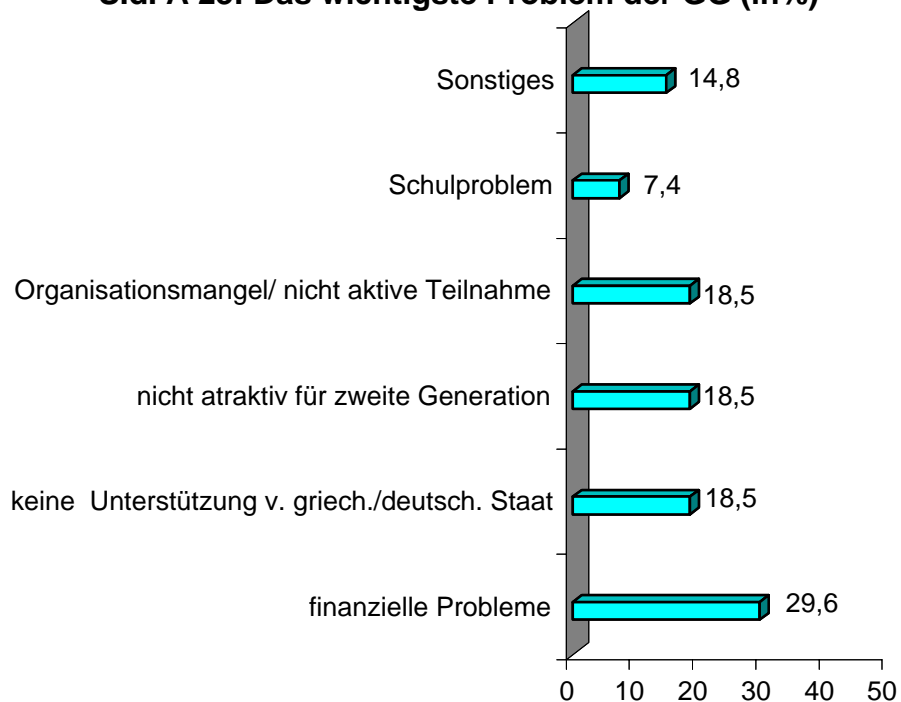
S.d. A 21b: "Warum werden die Ziele der GG nicht ausreichend erreicht?" (in%)



**S.d. A 22: "Sind die GG für die zweite u. dritte Generation
attraktiv?" (in%)**



S.d. A 23: Das wichtigste Problem der GG (in%)



ANHANG II

FRAGEBOGEN 2

(Übersetzung)

Fragebogennummer:

Datum:

Bitte antworten Sie! Kreuzen Sie jeweils eine Antwort an!

1. **Name**
2. **Alter?** Ich bin Jahre alt |__| A1
3. **Geschlecht?** 1. Männlich ☐ 2. Weiblich ☐ |__| A2

4. Wie lange lebst du in Deutschland?

1. Ich lebe hier Jahre |__| A3
2. Ich bin in Deutschland geboren Ja ☐ Nein ☐ |__| A4

5. Bist du:

1. Arbeiter/Arbeiterin ☐
2. Angestellter ☐
3. Selbstständiger/ Kaufmann/Kauffrau ☐
4. Lehrling ☐
5. Student/ Studentin ☐
6. Hausfrau ☐
7. Arbeitslose ☐
8. Rentner ☐ |__| A 5

6. Wie beurteilst du deine Deutschkenntnisse?

6a. Ich spreche Deutsch

1. überhaupt nicht ☐ 2. sehr wenig ☐ 3. wenig ☐ 4. gut ☐ 5. sehr gut ☐ |__| A6

6b. Ich verstehe Deutsch

1. überhaupt nicht ☐ 2. sehr wenig ☐ 3. wenig ☐ 4. gut ☐ 5. sehr gut ☐ |__| A7

6c. Ich lese Deutsch

1. überhaupt nicht ☐ 2. sehr wenig ☐ 3. wenig ☐ 4. gut ☐ 5. sehr gut ☐ |__| A8

7. Hast du Deutsche Freunde?

1. Nein, keinen ☐ 2. Ja, wenige ☐ 3. Viele ☐ |__| A9

8. Liest du griechische Zeitung?

1. jeden Tag ☐ 2. oft ☐ 3. manchmal ☐ 4. selten ☐ 5. niemals ☐ |__| B1

8.1. Wenn du keine griechische Zeitung liest, warum geschieht dies?

..... |__| B2

9. Liest du deutsche Zeitung?

1. jeden Tag ☐ 2. oft ☐ 3. manchmal ☐ 4. selten ☐ 5. niemals ☐ |__| B3

9.1. Wenn du keine deutsche Zeitung liest, warum geschieht dies?

..... |__| B4

9.2. Welche Rubriken liest du in den deutschen Zeitungen und wie oft?

a. Politische Nachrichten aus Deutschland und der ganzen Welt

1. jeden Tag ☐ 2. oft ☐ 3. manchmal ☐ 4. selten ☐ 5. niemals ☐ |__| B5

b. Lokale Nachrichten

2. jeden Tag ☐ 2. oft ☐ 3. manchmal ☐ 4. selten ☐ 5. niemals ☐ |__| B6

c. Soziale Themen (Unfälle, Kriminaltaten u.a.)

3. jeden Tag ☐ 2. oft ☐ 3. manchmal ☐ 4. selten ☐ 5. niemals ☐ |__| B7

d. Sport

1. jeden Tag ☐ 2. oft ☐ 3. manchmal ☐ 4. selten ☐ 5. niemals ☐ |__| B8

e. Das Fernsehprogramm

1. jeden Tag ☐ 2. oft ☐ 3. manchmal ☐ 4. selten ☐ 5. niemals ☐ |__| B9

f. Sonstiges:..... |__| B 10

10. Hörst du die Nachrichten im deutschen Radio?

1. jeden Tag ☐ 2. oft ☐ 3. manchmal ☐ 4. selten ☐ 5. niemals ☐ |__| B11

10.1. Wenn du die Nachrichten im deutschen Radio nicht hörst, warum geschieht dies?..... |__| B12

11. Welche aus den folgenden griechischen Sendungen im deutschen Radio hörst du?

1. jedes Mal 2. oft 3. manchmal 4. selten 5. nie

a. Die Sendung

aus München ☐ ☐ ☐ ☐ ☐ |__| B13

(Warum hörst du sie nicht?.....) |__| B14

b. Die Sendung

„Von Bospor bis zum Gibraltar“ ☐ ☐ ☐ ☐ ☐ |__| B15

(Warum hörst du sie nicht?.....) |__| B16

12. Hörst du Rundfunksendungen direkt aus Griechenland?

1. jeden Tag ☐ 2. oft ☐ 3. manchmal ☐ 4. selten ☐ 5. niemals ☐ |__| B17

13. Schaust du die Nachrichten im deutschen Fernsehen?

1. jeden Tag ☐ 2. oft ☐ 3. manchmal ☐ 4. selten ☐ 5. niemals ☐ |__| B18

14. Schaust du die griechischen Fernsehsendungen über Satellit?

1. ja ☐ 2. Nein ☐ |__| B 19

15. Wie oft schaust du die griechische Sendung im deutschen Fernsehen:

1. Die Sendung „Babylon“ (WDR)?

1. jedes Mal ☐ 2. oft ☐ 3. manchmal ☐ 4. selten ☐ 5. niemals ☐ |__| B 20

(Warum schaust du sie nicht?) |__| B 21

2. Die Sendung „Nachbarn in Europa“(ZDF)?

1. jedes Mal ☐ 2. oft ☐ 3. manchmal ☐ 4. selten ☐ 5. niemals ☐ |__| B 22

(Warum schaust du sie nicht?) |__| B 23

16. Bist du mit den griechischen Sendungen im deutschen Hörfunk zufrieden?

1. Sehr viel ☐ |__| B 24
2. ausreichend ☐
3. mittelmäßig ☐
4. wenig ☐
5. überhaupt nicht ☐
(Warum?.....)

17. Bist du mit den griechischen Sendungen im deutschen Fernsehen zufrieden?

1. Sehr viel ☐ |__| B 25
2. ausreichend ☐
3. mittelmäßig ☐
4. wenig ☐
5. überhaupt nicht ☐
(Warum?.....)

18. Die griechischen Sendungen im deutschen Hörfunk/Fernsehen sollten nach deiner Meinung haben:

- | | 1. mehr | 2. weniger | 3. so bleiben, wie sie sind | |
|--------------------------|--------------------------|--------------------------|-----------------------------|----------|
| Griechische Musik | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | __ B 26 |
| Nachrichten/Griechenland | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | __ B 27 |
| Nachrichten/Deutschland | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | __ B 28 |
| Kultur/Griechenland | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | __ B 29 |
| Berufliche Beiträge | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | __ B 30 |
| Rechte/Verpflichtungen | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | __ B 31 |
| Soziale Themen | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | __ B 32 |
| Sport | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | __ B 33 |
| Sonstiges..... | | | | __ B 34 |

18.1. Meinst du, dass es im deutschen Hörfunk/Fernsehen eine Welle (Programm) nur für Ausländer geben sollte:

1. Ja ☐ 2. Nein ☐ |__| B 35

18.2. Aus welchem Grund? |__| B 36

18.3. Meinst du, dass es im deutschen Hörfunk/Fernsehen mehr Sendungen für Ausländer innerhalb des deutschen Programms geben sollte:

1. Ja ☐ 2. Nein ☐ |__| B 37

18.4. Aus welchem Grund? |__| B 38

19.1. Hast du dich persönlich an eine Zeitung/Zeitschrift gewendet?

- a. Per Post Ja ☐ Nein ☐ |__| Γ 1
b. Telefonisch Ja ☐ Nein ☐ |__| Γ 2

c. Persönlich Ja ☐ Nein ☐ |__| Γ 3

19.2. Hast du dich persönlich an eine Hörfunksendung gewendet oder teilgenommen?

a. per Post Ja ☐ Nein ☐ |__| Γ 4

b. telefonisch Ja ☐ Nein ☐ |__| Γ 5

c. persönlich Ja ☐ Nein ☐ |__| Γ 6

19.3. Hast du dich persönlich an eine Fernsehsendung gewendet oder teilgenommen?

a. Per Post Ja ☐ Nein ☐ |__| Γ 7

b. Telefonisch Ja ☐ Nein ☐ |__| Γ 8

c. Persönlich Ja ☐ Nein ☐ |__| Γ 9

20. Interessierst du dich für das politische Geschehen:

1. Deutschlands mehr ☐

2. Griechenlands mehr ☐

3. Beider Länder gleich ☐

4. Keines von den beiden Ländern ☐ |__| Γ 10

21. Bist du Mitglied:

1. einer „Griechischen Gemeinde“ Ja ☐ Nein ☐ |__| Γ 11

2. eines Vereins Ja ☐ Nein ☐ |__| Γ 12

(Bitte, nenne den Verein:)

3. einer griechischen Partei Ja ☐ Nein ☐ |__| Γ 13

4. einer deutschen Partei Ja ☐ Nein ☐ |__| Γ 14

5. einer Bürgerinitiative Ja ☐ Nein ☐ |__| Γ 15

(Bitte, nenne die Bürgerinitiative:)

22. Informierst du dich über die Veranstaltungen der Gemeinde/des Vereins usw.:

1. persönlich ☐ |__| Γ 16

2. per Post ☐ |__| Γ 17

3. durch die griechische Sendung aus München ☐ |__| Γ 18

4. durch die deutsche lokale Zeitung ☐ |__| Γ 19

5. durch Plakate auf bekannte Stellen der Stadt ☐ |__| Γ 20

6. durch die griechischen lokalen Zeitungen ☐ |__| Γ 21

7. sonst wie? ☐ |__| Γ 22

23. Wie glaubst du, dass das „Bild der Ausländer“ in den deutschen Massenmedien ist:

1. gut ☐ 2. mittelmäßig ☐ 3. schlecht ☐ |__| Δ 1

23.1. Aus welchem Grund? |__| Δ 2

24. Sind die Massenmedien für die Fremdenfeindlichkeit verantwortlich:

1. genügend ☐ 2. wenig ☐ 3. überhaupt nicht ☐ |__| Δ 3
23.1. Aus welchem Grund ? |__| Δ 4

25. Glaubst du, dass die Massenmedien zu einem besseren Zusammenleben zwischen den unterschiedlichen Nationalitäten, die sich in Deutschland aufhalten, beitragen könnten?

1. genügend ☐ 2. wenig ☐ 3. überhaupt nicht ☐ |__| Δ 5

25.1. Wie könnte das erreicht werden?

..... |__| Δ 5

Vielen Dank!

Datum

ΕΡΩΤΗΜΑΤΟΛΟΓΙΟ

Στοιχεία ερωτηματολογίου

Αριθμός

Ημερομηνία:

Παρακαλώ απαντήστε στις παρακάτω ερωτήσεις, βάζοντας σταυρό σε μια ή περισσότερες απαντήσεις σε κάθε ερώτηση.

1. Όνομα:
2. Ηλικία: Είμαι..... χρονών |__| A1
3. Φύλο; 1. άνδρας ☐ 2. γυναίκα ☐ |__| A2

4. Πόσο καιρό ζεις στη Γερμανία;

1. Είμαι εδώ χρόνια |__| A3
2. Γεννήθηκα στη Γερμανία Ναι ☐ Όχι ☐ |__| A4

5. Είσαι:

1. Εργάτης/Εργάτρια ☐
2. Υπάλληλος ☐
3. Ελεύθερος Επαγγελματίας/ Έμπορος ☐
4. Σπουδαστής/ Μαθητευόμενος ☐
5. Φοιτητής/ Φοιτήτρια ☐
6. Οικοκυρά ☐
7. Άνεργος ☐
8. Συνταξιούχος ☐ |__| A5

6. Πως αξιολογείς τις γνώσεις σου στα Γερμανικά;

6a. Μιλώ Γερμανικά

1. ΚΑΘΟΛΟΥ ☐ 2. ΠΟΛΥ ΛΙΓΑ ☐ 3. ΛΙΓΑ ☐ 4. ΚΑΛΑ ☐ 5. ΠΟΛΥ ΚΑΛΑ ☐ |__| A6

6b. Καταλαβαίνω Γερμανικά

2. ΚΑΘΟΛΟΥ ☐ 2. ΠΟΛΥ ΛΙΓΑ ☐ 3. ΛΙΓΑ ☐ 4. ΚΑΛΑ ☐ 5. ΠΟΛΥ ΚΑΛΑ ☐ |__| A7

6c. Διαβάζω Γερμανικά

3. ΚΑΘΟΛΟΥ ☐ 2. ΠΟΛΥ ΛΙΓΑ ☐ 3. ΛΙΓΑ ☐ 4. ΚΑΛΑ ☐ 5. ΠΟΛΥ ΚΑΛΑ ☐ |__| A8

7. Έχεις Γερμανούς φίλους;

1. Όχι, κανέναν ☐ 2. Ναι, λίγους ☐ 3. Αρκετούς ☐ |__| A9

8. Ελληνική εφημερίδα διαβάζεις;

1. ΚΑΘΕ ΜΕΡΑ ☐ 2. ΣΥΧΝΑ ☐ 3. ΜΕΡΙΚΕΣ ΦΟΡΕΣ ☐ 4. ΣΠΑΝΙΑ ☐ 5. ΠΟΤΕ ☐ |__| B1

8.1. Αν δεν διαβάζεις ελληνική εφημερίδα, γιατί συμβαίνει αυτό;

..... |__| B2

9. Γερμανική εφημερίδα διαβάζεις;

1. ΚΑΘΕ ΜΕΡΑ ☐ 2. ΣΥΧΝΑ ☐ 3. ΜΕΡΙΚΕΣ ΦΟΡΕΣ ☐ 4. ΣΠΑΝΙΑ ☐ 5. ΠΟΤΕ ☐ |__| B3

9.1. Αν δεν διαβάζεις γερμανική εφημερίδα, γιατί συμβαίνει αυτό;

..... |__| B4

9.2. Ποιες ενότητες διαβάζεις στις γερμανικές εφημερίδες και πόσο συχνά;

α. Πολιτικές ειδήσεις της γερμανικής και διεθνούς επικαιρότητας

1. ΚΑΘΕ ΦΟΡΑ ☐ 2. ΣΥΧΝΑ ☐ 3. ΜΕΡΙΚΕΣ ΦΟΡΕΣ ☐ 4. ΣΠΑΝΙΑ ☐ 5. ΠΟΤΕ ☐ |__| B5

β. Τοπικές ειδήσεις

1. ΚΑΘΕ ΦΟΡΑ ☐ 2. ΣΥΧΝΑ ☐ 3. ΜΕΡΙΚΕΣ ΦΟΡΕΣ ☐ 4. ΣΠΑΝΙΑ ☐ 5. ΠΟΤΕ ☐ |__| B6

γ. Κοινωνικά θέματα (ατυχήματα, εγκληματικές πράξεις κ.α.)

1. ΚΑΘΕ ΦΟΡΑ ☐ 2. ΣΥΧΝΑ ☐ 3. ΜΕΡΙΚΕΣ ΦΟΡΕΣ ☐ 4. ΣΠΑΝΙΑ ☐ 5. ΠΟΤΕ ☐ |__| B7

δ. Αθλητικά

1. ΚΑΘΕ ΦΟΡΑ ☐ 2. ΣΥΧΝΑ ☐ 3. ΜΕΡΙΚΕΣ ΦΟΡΕΣ ☐ 4. ΣΠΑΝΙΑ ☐ 5. ΠΟΤΕ ☐ |__| B8

ε. Το πρόγραμμα της τηλεόρασης

1. ΚΑΘΕ ΦΟΡΑ ☐ 2. ΣΥΧΝΑ ☐ 3. ΜΕΡΙΚΕΣ ΦΟΡΕΣ ☐ 4. ΣΠΑΝΙΑ ☐ 5. ΠΟΤΕ ☐ |__| B9

ζ. Άλλο:..... |__| B 10

10. Ακούς τα γερμανικά δελτία ειδήσεων στο γερμανικό ραδιόφωνο;

1. ΚΑΘΕ ΜΕΡΑ ☐ 2. ΣΥΧΝΑ ☐ 3. ΜΕΡΙΚΕΣ ΦΟΡΕΣ ☐ 4. ΣΠΑΝΙΑ ☐ 5. ΠΟΤΕ ☐ |__| B11

10.1. Αν δεν ακούς τα γερμανικά δελτία ειδήσεων στο γερμανικό ραδιόφωνο, γιατί συμβαίνει αυτό;..... |__| B12

11. Ποιες από τις παρακάτω ελληνικές εκπομπές στο γερμανικό ραδιόφωνο ακούς;

1. ΚΑΘΕ ΦΟΡΑ 2. ΣΥΧΝΑ 3. ΜΕΡΙΚΕΣ ΦΟΡΕΣ 4. ΣΠΑΝΙΑ 5. ΠΟΤΕ

α. Την εκπομπή

του Μονάχου ☐ ☐ ☐ ☐ ☐ |__| B13

(Γιατί δεν την ακούς;.....) |__| B14

β. α. Την εκπομπή «Από το Βόσπορο ως το Γιβλartάρ»

☐ ☐ ☐ ☐ ☐ |__| B15

(Γιατί δεν την ακούς;.....) |__| B16

12. Ακούς κατευθείαν ραδιοφωνικές εκπομπές από την Ελλάδα;

1. ΚΑΘΕ ΜΕΡΑ ☐ 2. ΣΥΧΝΑ ☐ 3. ΜΕΡΙΚΕΣ ΦΟΡΕΣ ☐ 4. ΣΠΑΝΙΑ ☐ 5. ΠΟΤΕ ☐ |__| B17

13. Βλέπεις τα δελτία ειδήσεων της γερμανικής τηλεόρασης;

1. ΚΑΘΕ ΜΕΡΑ ☐ 2. ΣΥΧΝΑ ☐ 3. ΜΕΡΙΚΕΣ ΦΟΡΕΣ ☐ 4. ΣΠΑΝΙΑ ☐ 5. ΠΟΤΕ ☐ |__| B18

14. Έχεις εγκαταστήσει δορυφορική κεραία και βλέπεις τις εκπομπές της ελληνικής τηλεόρασης;

1. ΝΑΙ ☐ 2. ΟΧΙ ☐ |__| B 19

15.. Πόσο συχνά βλέπεις στη γερμανική τηλεόραση:

1. Την εκπομπή „Babylon“ (WDR);

1. ΚΑΘΕ ΦΟΡΑ ☐ 2. ΣΥΧΝΑ ☐ 3. ΜΕΡΙΚΕΣ ΦΟΡΕΣ ☐ 4. ΣΠΑΝΙΑ ☐ 5. ΠΟΤΕ ☐ |__| B 20

(Γιατί δεν τη βλέπεις;) |__| B 21

(Γιατί δεν τη βλέπεις;)

|__| B 21

2. Την εκπομπή „Nachbarn in Europa“ (ZDF);

1. ΚΑΘΕ ΦΟΡΑ ☐ 2. ΣΥΧΝΑ ☐ 3. ΜΕΡΙΚΕΣ ΦΟΡΕΣ ☐ 4. ΣΠΑΝΙΑ ☐ 5. ΠΟΤΕ ☐ |__| B 22

(Γιατί δεν τη βλέπεις;)

|__| B 23

16. Πόσο ευχαριστημένη/-ος είσαι από τις ελληνικές εκπομπές στο γερμανικό ραδιόφωνο;

1. Πάρα πολύ ☐ |__| B 24

2. Αρκετά ☐

3. Έτσι και έτσι ☐

4. Λίγο ☐

5. Καθόλου ☐

(Γιατί;.....)

17. Πόσο ευχαριστημένη/-ος είσαι από τις ελληνικές εκπομπές στη γερμανική τηλεόραση;

1. Πάρα πολύ ☐ |__| B 25

2. Αρκετά ☐

3. Έτσι και έτσι ☐

4. Λίγο ☐

5. Καθόλου ☐

(Γιατί;.....)

18. Οι ελληνικές εκπομπές του γερμανικού ραδιοφώνου νομίζεις ότι θα πρέπει να έχουν

1. περισσότερο 2. λιγότερο 3. όπως είναι

Ελληνική μουσική ☐ ☐ ☐ |__| B 26

Ειδήσεις/Ελλάδα ☐ ☐ ☐ |__| B 27

Ειδήσεις/Γερμανία ☐ ☐ ☐ |__| B 28

Πολιτισμός/ Ελλάδα ☐ ☐ ☐ |__| B 29

Επαγγελματικά ☐ ☐ ☐ |__| B 30

Δικαιώματα/Υποχρεώσεις ☐ ☐ ☐ |__| B 31

Κοινωνικά θέματα ☐ ☐ ☐ |__| B 32

Αθλητικά ☐ ☐ ☐ |__| B 33

Άλλο..... |__| B 34

18.1. Νομίζεις, ότι θα έπρεπε να υπάρχει μια συχνότητα (κανάλι) μόνο για τους αλλοδαπούς;

1. ΝΑΙ ☐ 2. ΟΧΙ ☐ |__| B 35

18.2. Για ποίο λόγο;..... |__| B 36

18.3. Νομίζεις, ότι θα έπρεπε να υπάρχουν περισσότερες ενημερωτικές/μουσικές/ψυχαγωγικές εκπομπές μέσα στο γερμανικό πρόγραμμα;

1. ΝΑΙ ☐ 2. ΟΧΙ ☐ |__| B 37

18.4. Για ποιο λόγο;..... |__| B 38

19.1. Έχεις απευθυνθεί ο ίδιος σε κάποια εφημερίδα/περιοδικό;

- | | | | |
|------------------|------------------------------|------------------------------|--------------------------------|
| α. Με γράμμα | NAI <input type="checkbox"/> | OXI <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> Γ 1 |
| β. Με τηλεφώνημα | NAI <input type="checkbox"/> | OXI <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> Γ 2 |
| γ. Προσωπικά | NAI <input type="checkbox"/> | OXI <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> Γ 3 |

19.2. Έχεις απευθυνθεί ο ίδιος σε κάποια ραδιοφωνική εκπομπή;

- | | | | |
|------------------|------------------------------|------------------------------|--------------------------------|
| α. Με γράμμα | NAI <input type="checkbox"/> | OXI <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> Γ 4 |
| β. Με τηλεφώνημα | NAI <input type="checkbox"/> | OXI <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> Γ 5 |
| γ. Προσωπικά | NAI <input type="checkbox"/> | OXI <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> Γ 6 |

19.3. Έχεις απευθυνθεί ή συμμετάσχει ο ίδιος σε κάποια τηλεοπτική εκπομπή;

- | | | | |
|------------------|------------------------------|------------------------------|--------------------------------|
| α. Με γράμμα | NAI <input type="checkbox"/> | OXI <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> Γ 7 |
| β. Με τηλεφώνημα | NAI <input type="checkbox"/> | OXI <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> Γ 8 |
| γ. Προσωπικά | NAI <input type="checkbox"/> | OXI <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> Γ 9 |

20. Ενδιαφέρεστε για τις εξελίξεις στην πολιτική σκηνή

- | | | |
|------------------------------|--------------------------|---------------------------------|
| 1. Περισσότερο της Γερμανίας | <input type="checkbox"/> | |
| 2. Περισσότερο της Ελλάδας | <input type="checkbox"/> | |
| 3. Και των δύο χωρών εξίσου | <input type="checkbox"/> | |
| 4. Καμίας από τις δύο χώρες | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> Γ 10 |

21. Είσαι μέλος:

- | | | | |
|---|------------------------------|------------------------------|---------------------------------|
| 1. μιας Ελληνικής Κοινότητας | NAI <input type="checkbox"/> | OXI <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> Γ 11 |
| 2. ενός συλλόγου | NAI <input type="checkbox"/> | OXI <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> Γ 12 |
| (Παρακαλώ ονομάστε τον Σύλλογο:) | | | |
| 3. ενός ελληνικού κόμματος | NAI <input type="checkbox"/> | OXI <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> Γ 13 |
| 4. ενός γερμανικού κόμματος | NAI <input type="checkbox"/> | OXI <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> Γ 14 |
| 5. μίας ομάδας πολιτών (Bürgerinitiative) | NAI <input type="checkbox"/> | OXI <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> Γ 15 |
| (παρακαλώ ονόμασε την ομάδα:) | | | |

22. Ενημερώνεσαι για τις εκδηλώσεις του συλλόγου/Κοινότητας κλπ :

- | | | |
|---|--------------------------|---------------------------------|
| 1. με προσωπική επαφή | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> Γ 16 |
| 2. με το ταχυδρομείο | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> Γ 17 |
| 3. από την ελληνική ραδιοφωνική εκπομπή του Μονάχου | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> Γ 18 |
| 4. από τη γερμανική τοπική εφημερίδα | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> Γ 19 |
| 5. από αφίσσες σε γνωστά σημεία της πόλης | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> Γ 20 |
| 6. από τις ελληνικές τοπικές εφημερίδες | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> Γ 21 |
| 7. άλλο και πως;..... | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> Γ 22 |

23. Πιστεύεις ότι στα γερμανικά μέσα ενημέρωσης η εικόνα των αλλοδαπών είναι:

- | | | | |
|----------------------------------|------------------------------------|----------------------------------|--------------------------------|
| 1. ΚΑΛΗ <input type="checkbox"/> | 2. ΜΕΤΡΙΑ <input type="checkbox"/> | 3. ΚΑΚΗ <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> Δ 1 |
| 23.1. Γιατί; | | | <input type="checkbox"/> Δ 2 |

24. Έχουν τα μέσα ενημέρωσης ευθύνη για τη ξеноφοβία στη Γερμανία;

- | | | | |
|------------------------------------|----------------------------------|-------------------------------------|--------------------------------|
| 1. ΑΡΚΕΤΑ <input type="checkbox"/> | 2. ΛΙΓΟ <input type="checkbox"/> | 3. ΚΑΘΟΛΟΥ <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> Δ 3 |
| 23.1. Γιατί; | | | <input type="checkbox"/> Δ 4 |

25. Πιστεύεις ότι τα μέσα ενημέρωσης μπορούν να συμβάλουν στην καλύτερη συμβίωση όλων των εθνικοτήτων που ζουν στη Γερμανία;

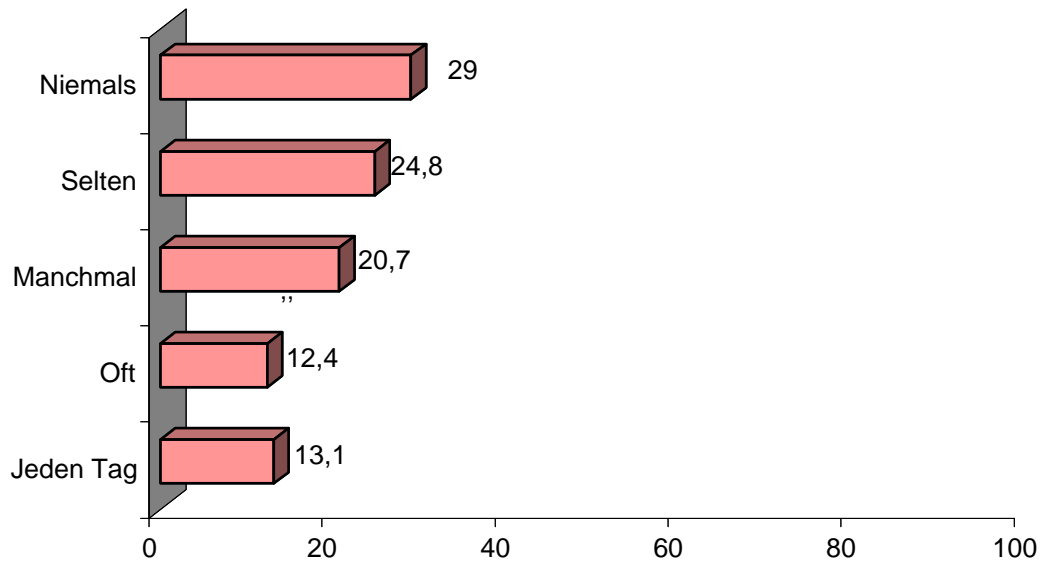
1. ΑΡΚΕΤΑ ☐ 2. ΛΙΓΟ ☐ 3. ΚΑΘΟΛΟΥ ☐ |__| Δ5

25.1. Με ποιόν τρόπο;

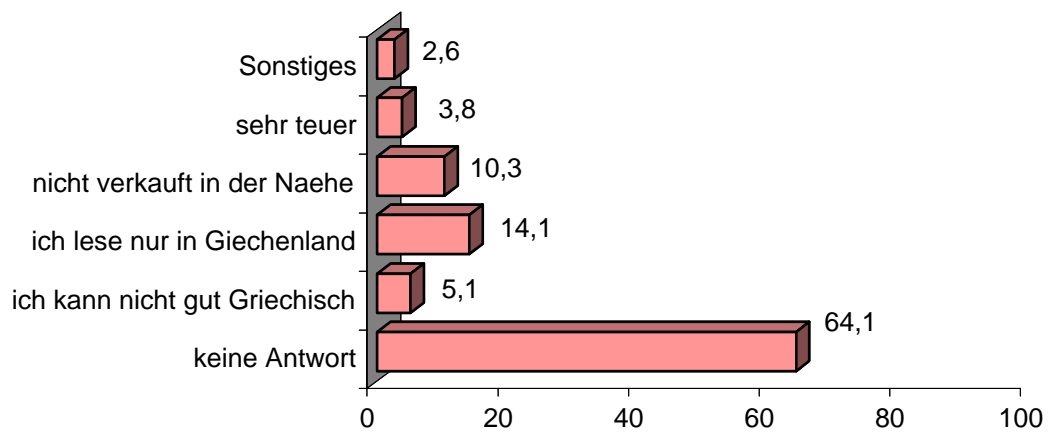
..... |__| Δ5

Ευχαριστώ!

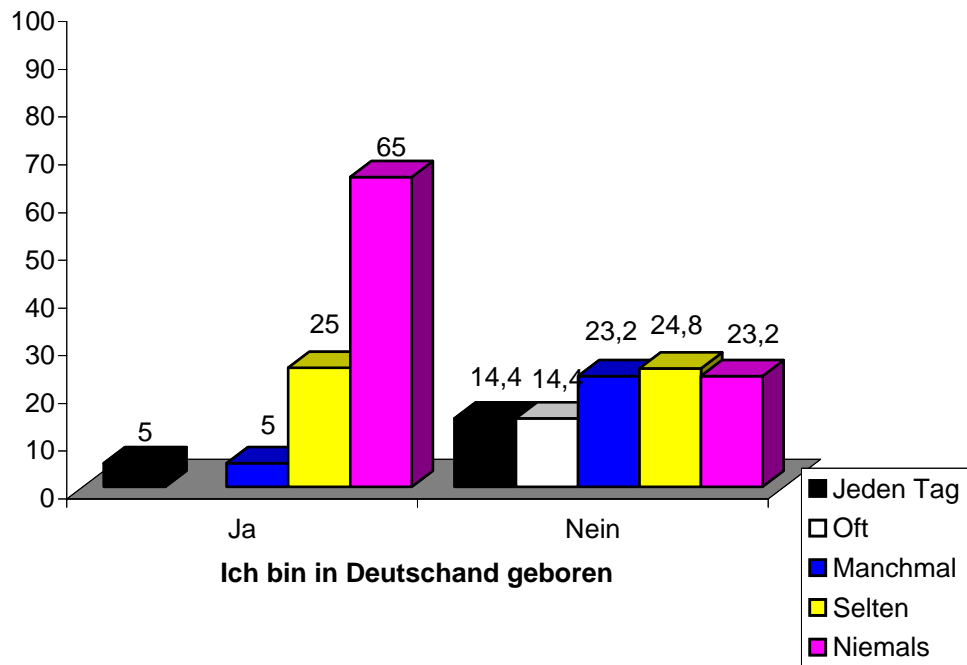
S.d. B1: Lesehäufigkeit einer griechischen Zeitung (in %)



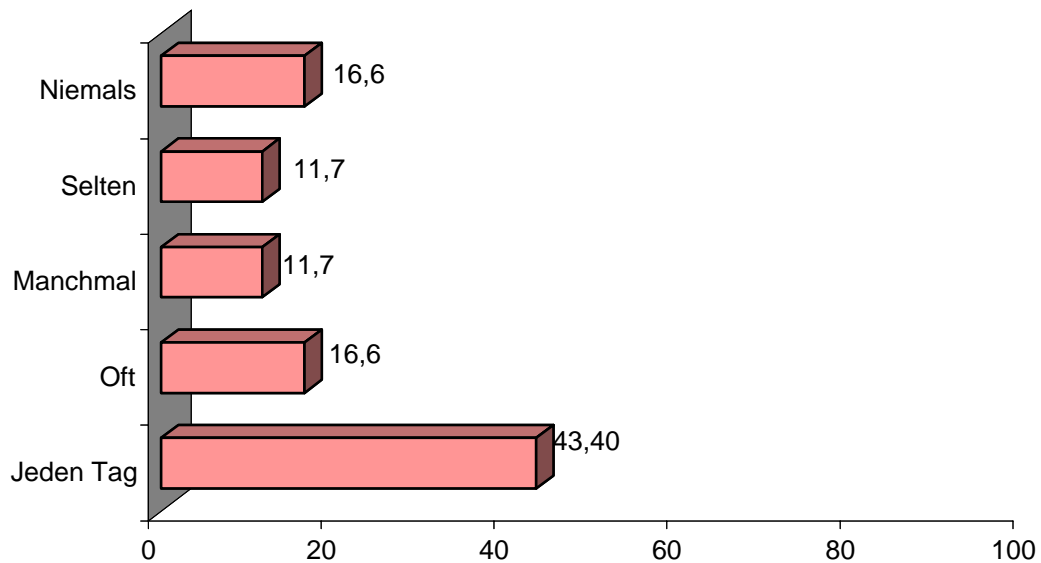
S.d. B2: Warum wird keine griechische Zeitung gelesen (in %)



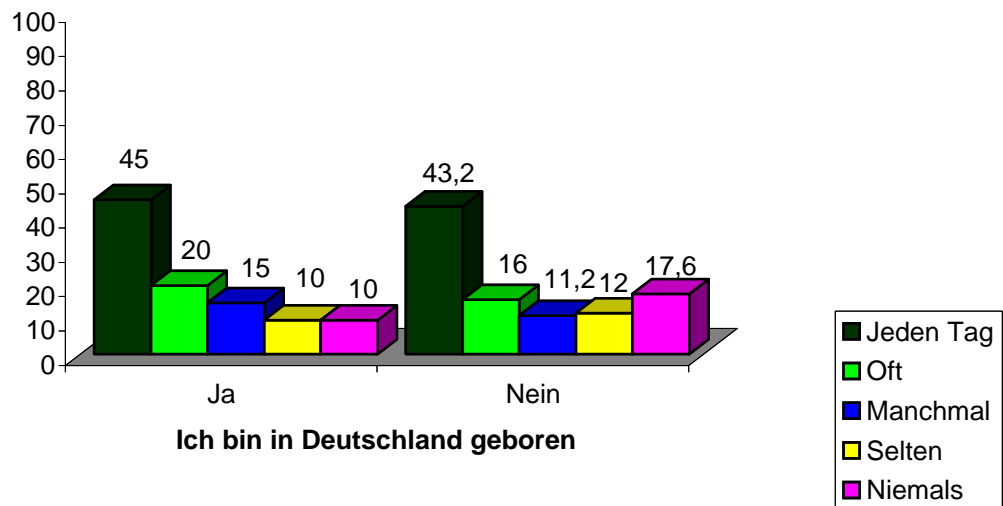
**S.d. B 3: Lesehäufigkeit einer griechischen Zeitung in
Zusammenhang mit dem Geburtsort des Befragten
(in %)**

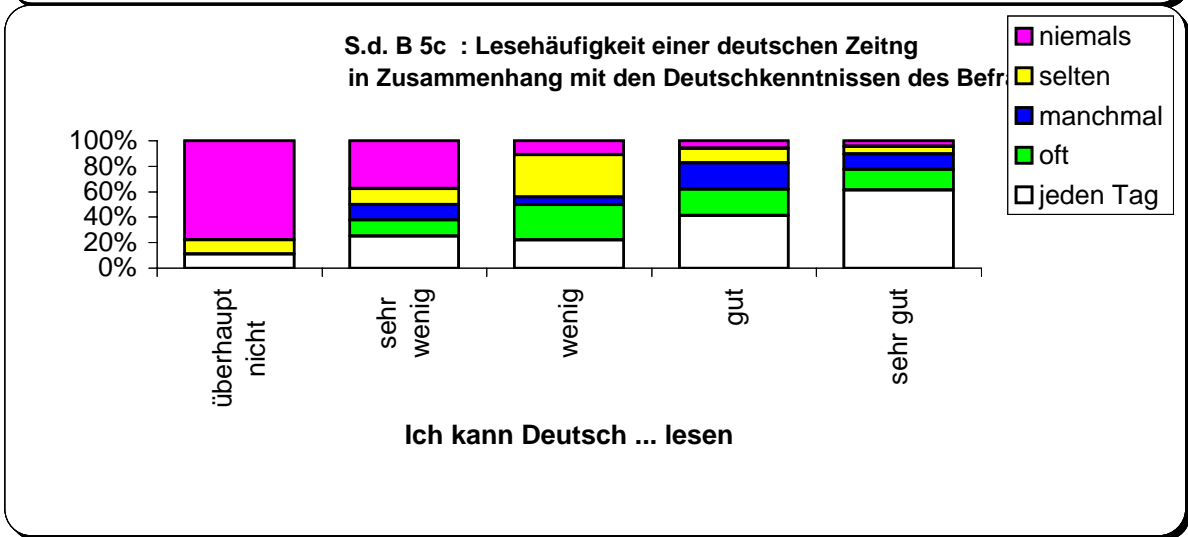
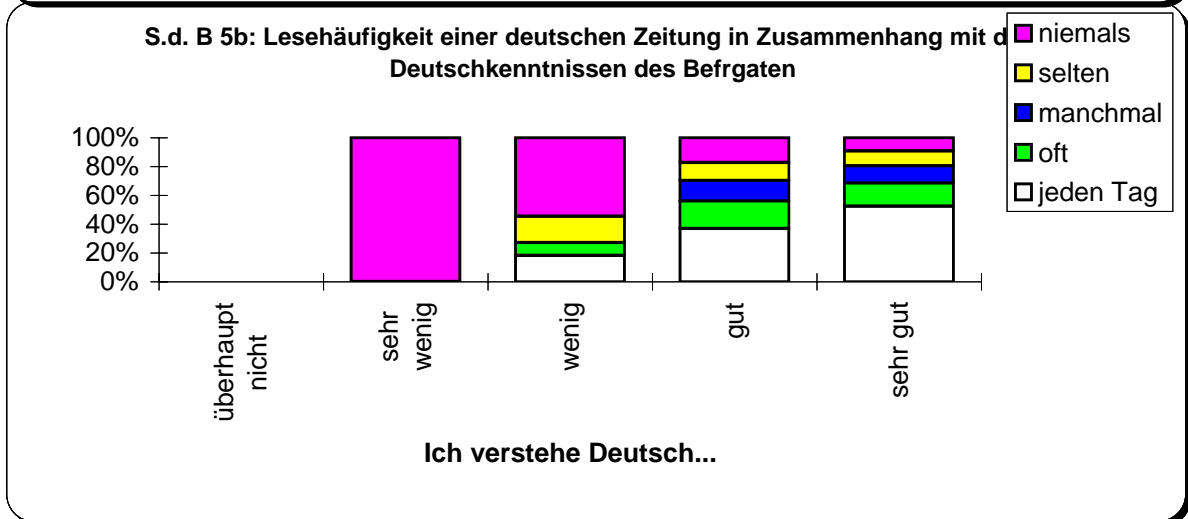
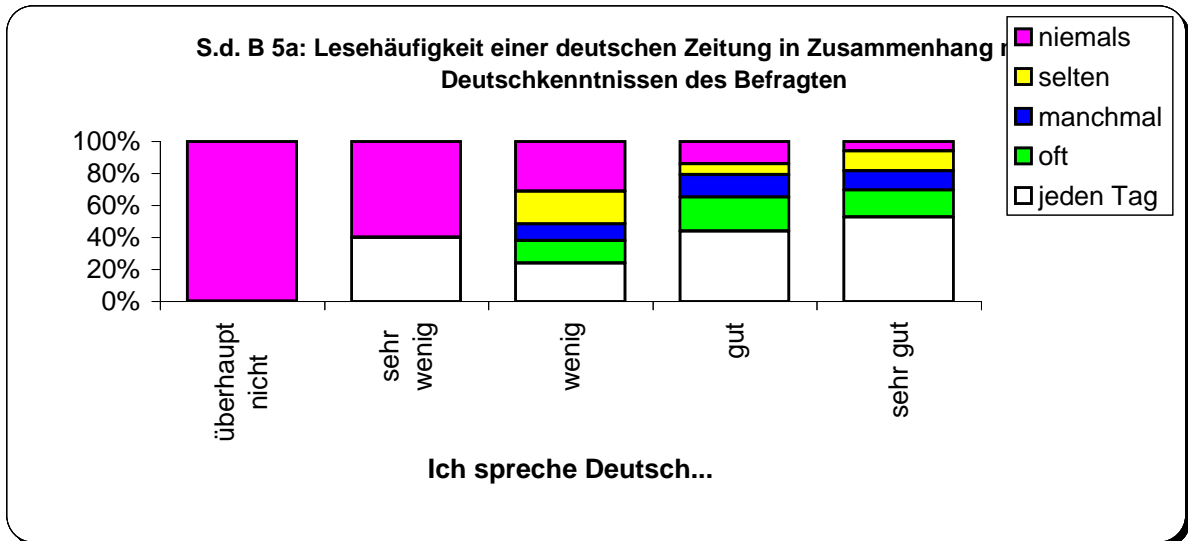


S.d. B 4: Lesehäufigkeit einer deutschen Zeitung (in %)

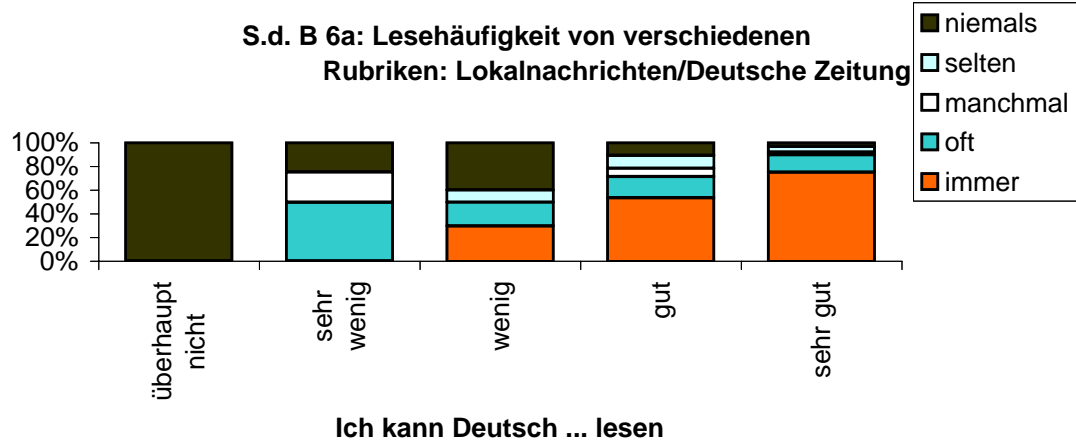


**S.d. B 5: Lesehäufigkeit einer deutschen Zeitung
in Zusammenhang mit dem Geburtsort des
Befragten (in %)**

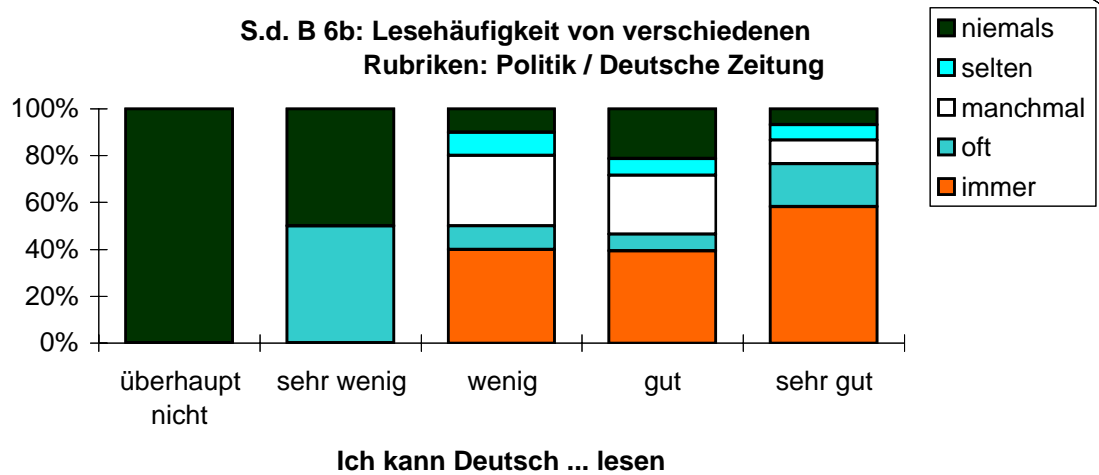




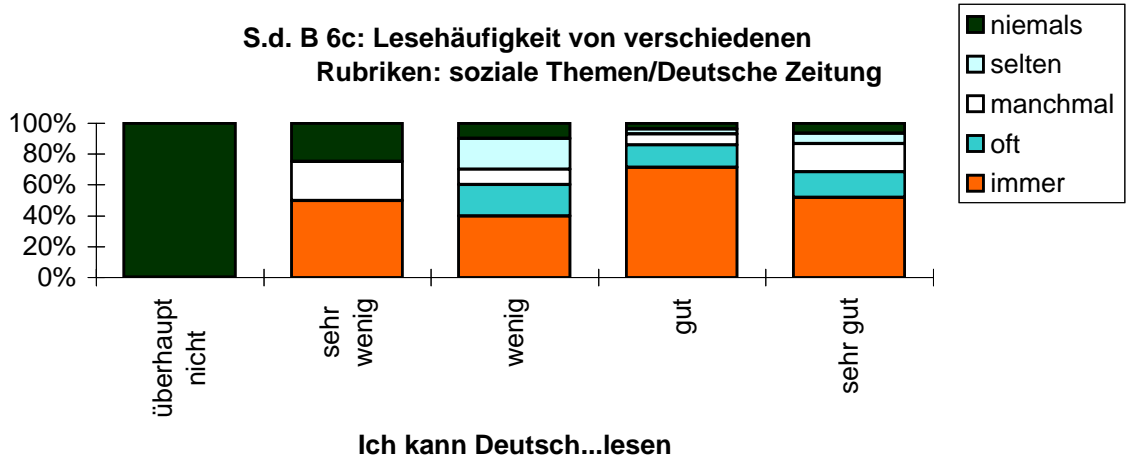
S.d. B 6a: Lesehäufigkeit von verschiedenen Rubriken: Lokalnachrichten/Deutsche Zeitung



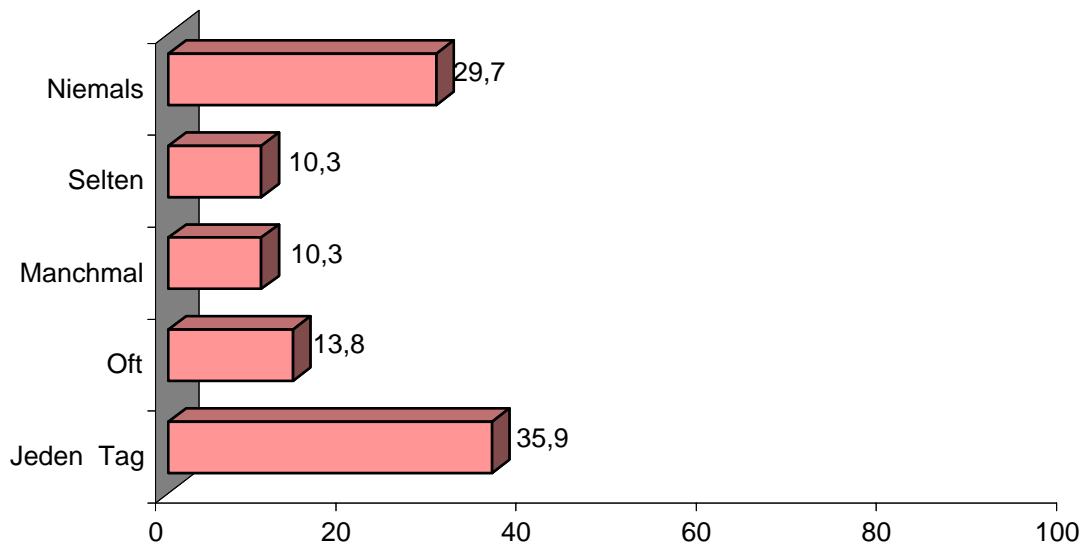
S.d. B 6b: Lesehäufigkeit von verschiedenen Rubriken: Politik / Deutsche Zeitung



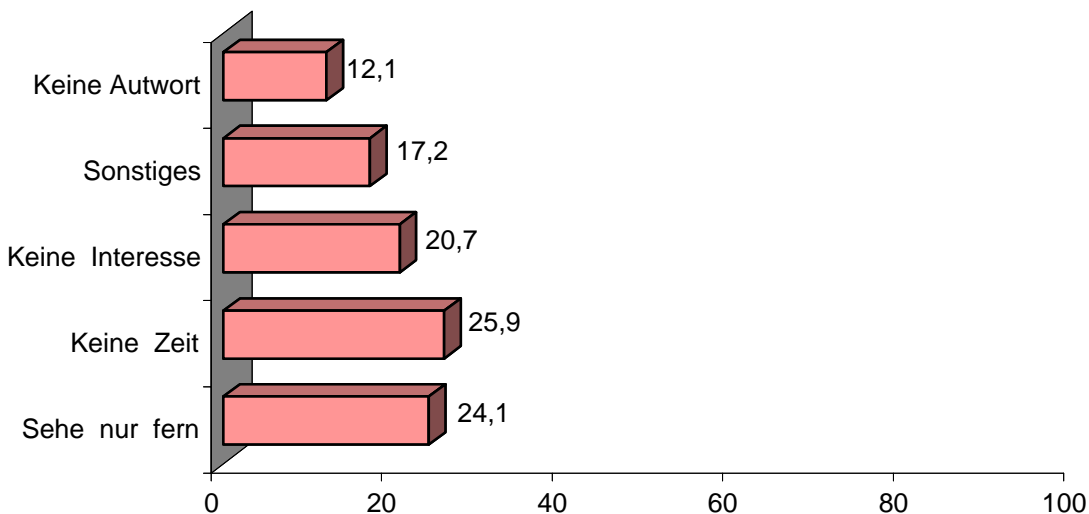
S.d. B 6c: Lesehäufigkeit von verschiedenen Rubriken: soziale Themen/Deutsche Zeitung



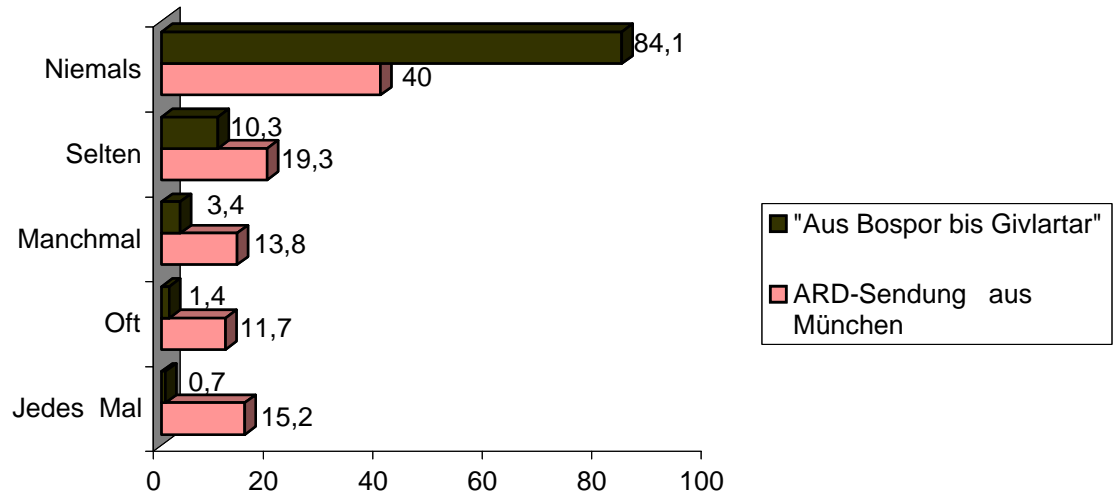
S.d. B 7a: Deutschsprachige Nachrichten im deutschen Hörfunk (in %)



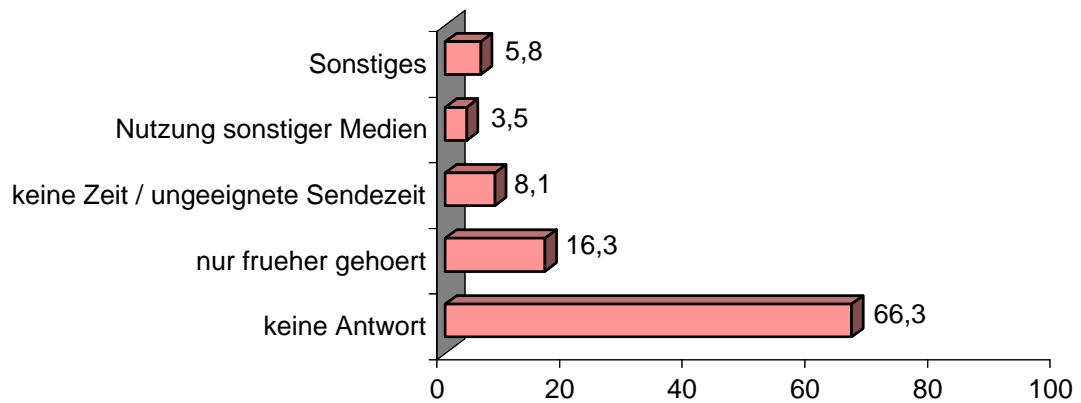
S.d. B 7b: "Warum höre ich keine deutschen Nachrichten im Radio?" (in %)



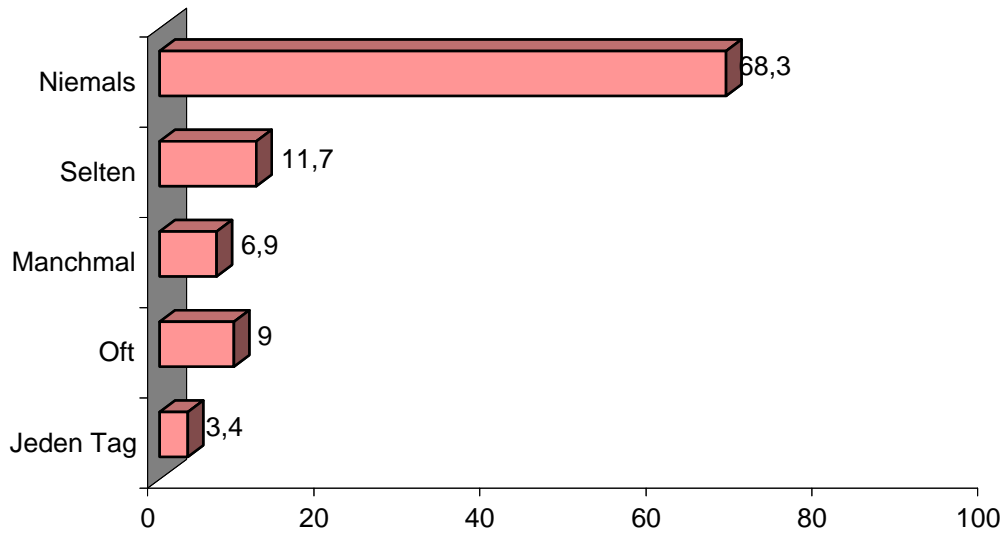
**S.d. B 8a: "Ausländerprogramme" im deutschen Hörfunk
(in %)**



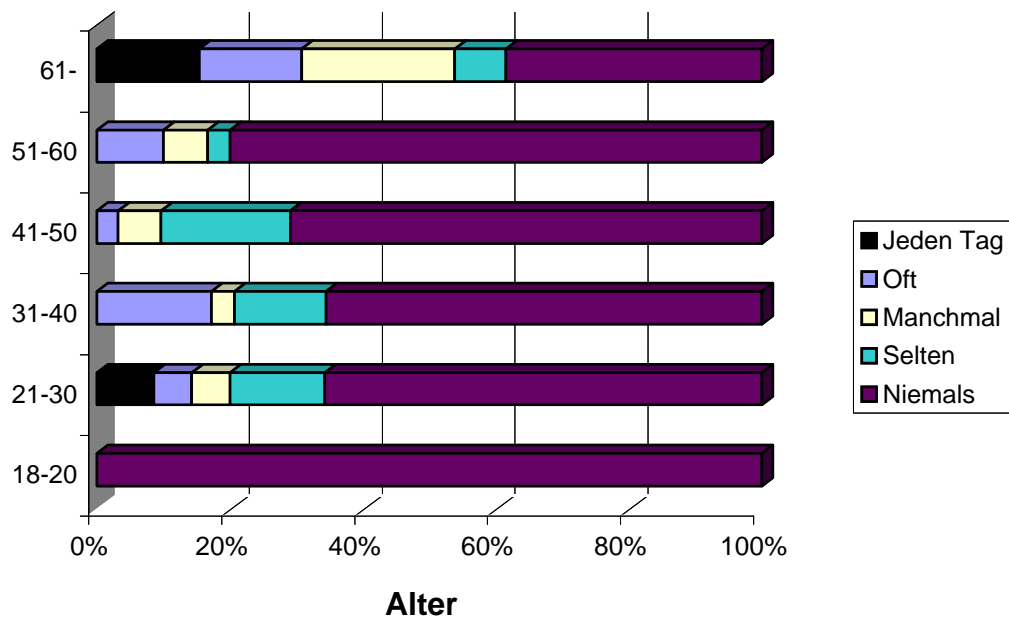
**S.d. 8b: Warum wird die griechische BR-Sendung nicht
gehört (in%)**



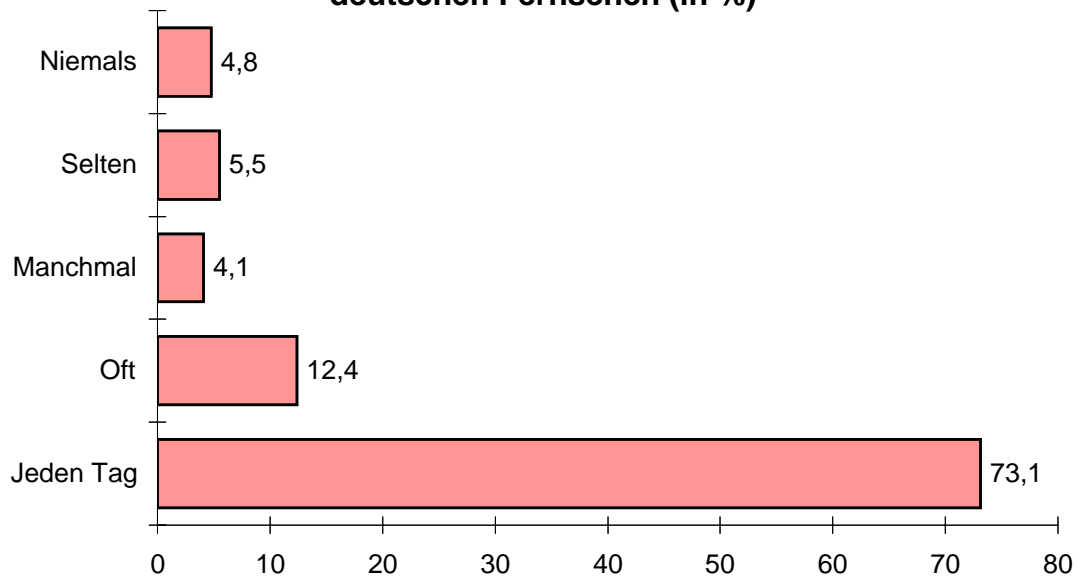
**S.d. B 9a: Hörfunksendungen direkt aus Griechenland
(in %)**



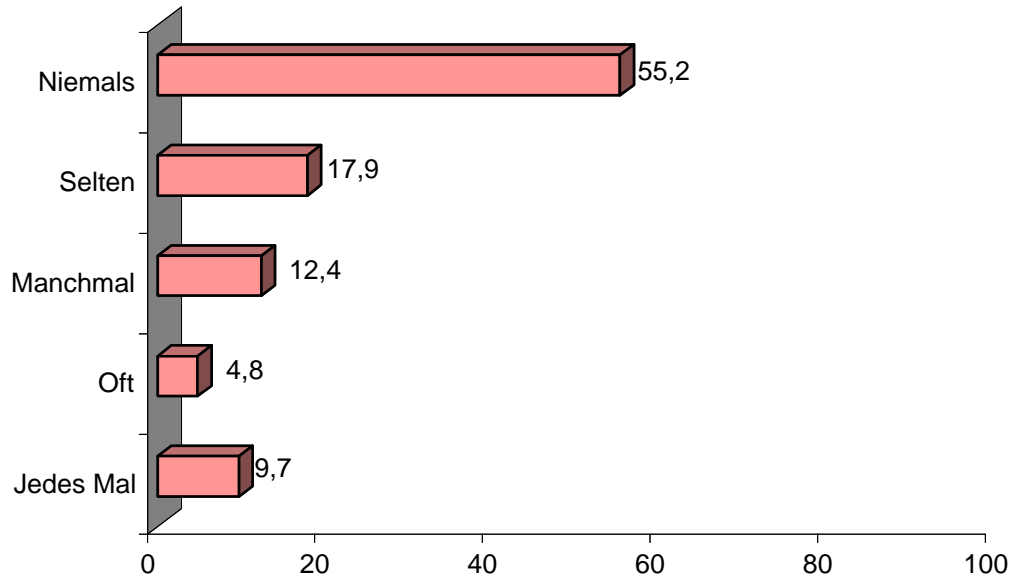
**S.d. B 9b: Hörfunksendungen aus Griechenland in
Zusammenhang mit dem Alter**



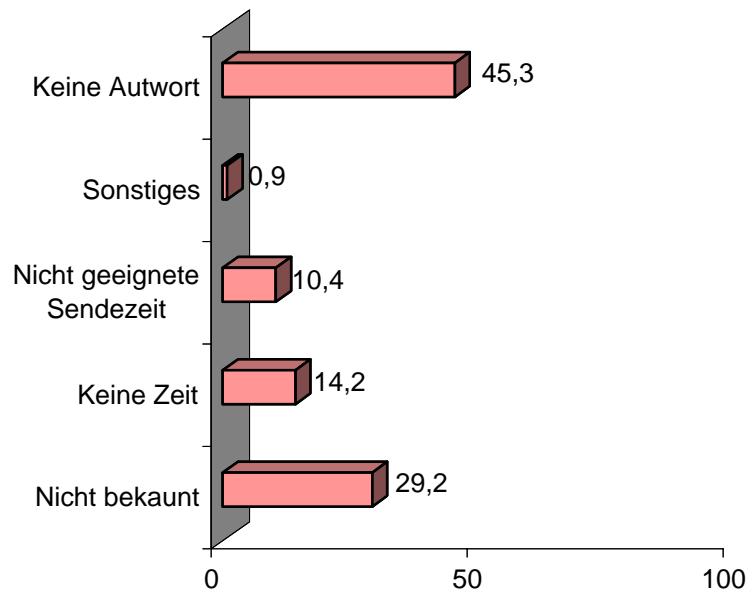
**S.d. B 10: Nutzung des Nachrichtenangebotes im
deutschen Fernsehen (in %)**



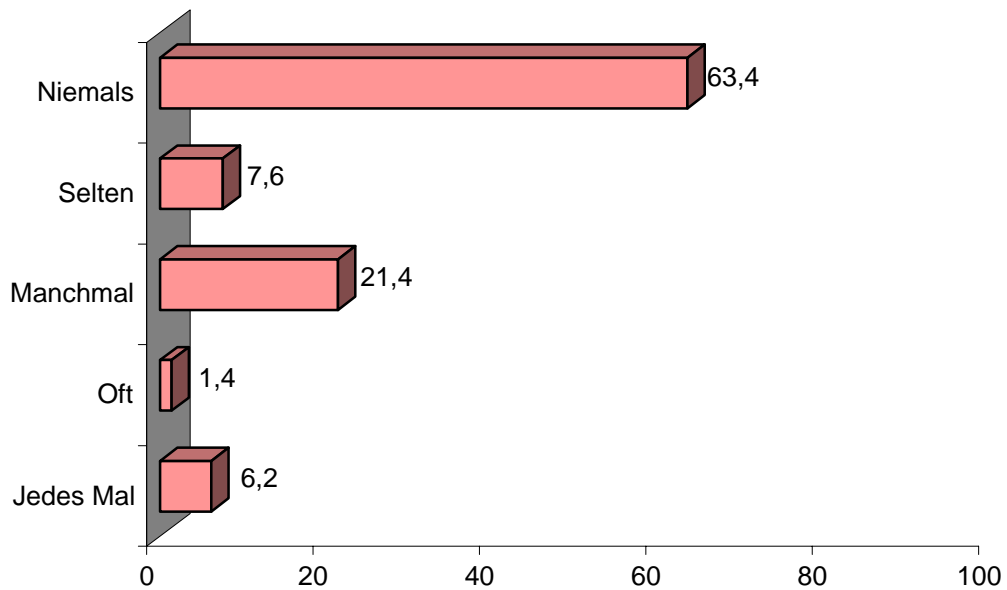
**S.d. B 11a: Wie oft wird die WDR-Sendung
"BABYLON " gesehen? (in %)**



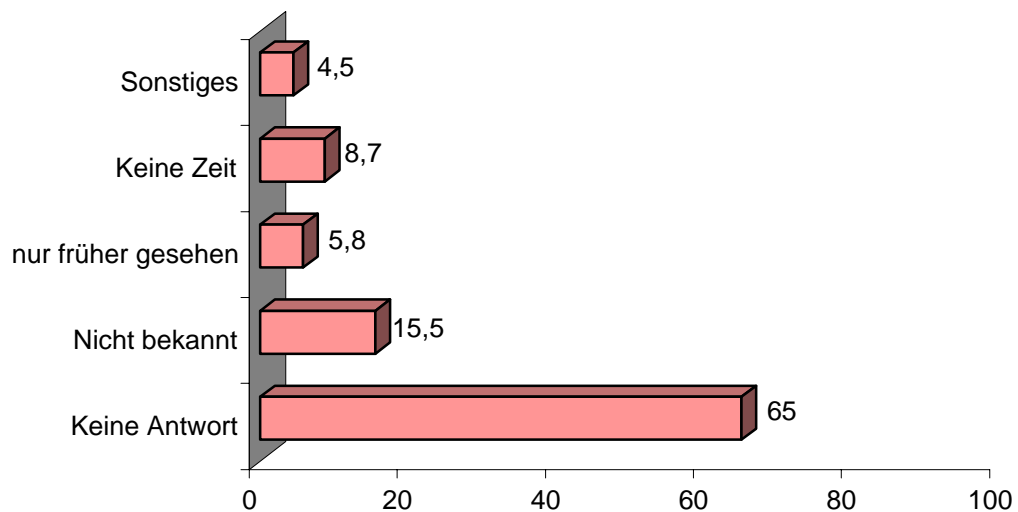
**S.d. B 11b : Warum wird die WDR-Sendung
"BABYLON" nicht gesehen? (in %)**



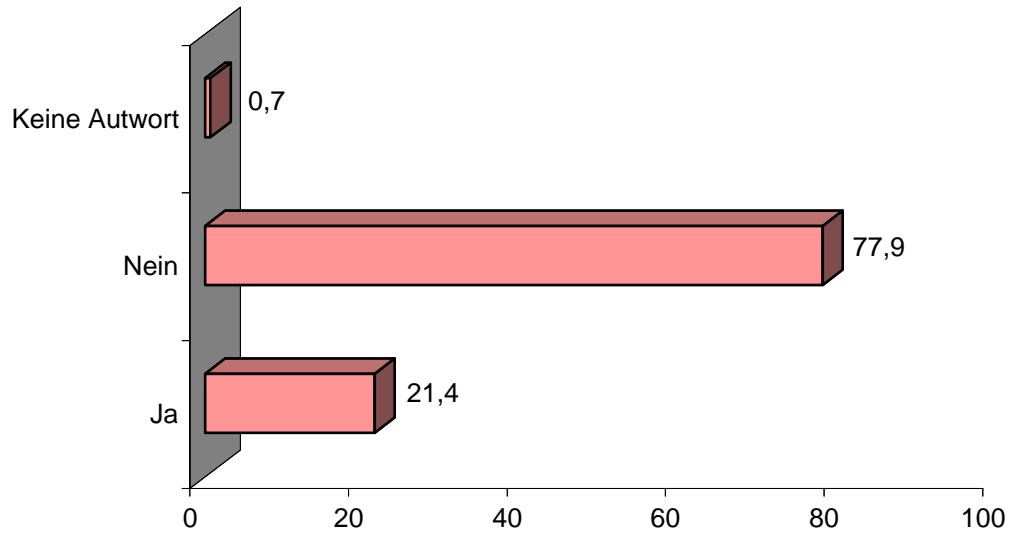
S.d. B 12a: ZDF-Sendung: "Nachbarn in Europa"
(in %)



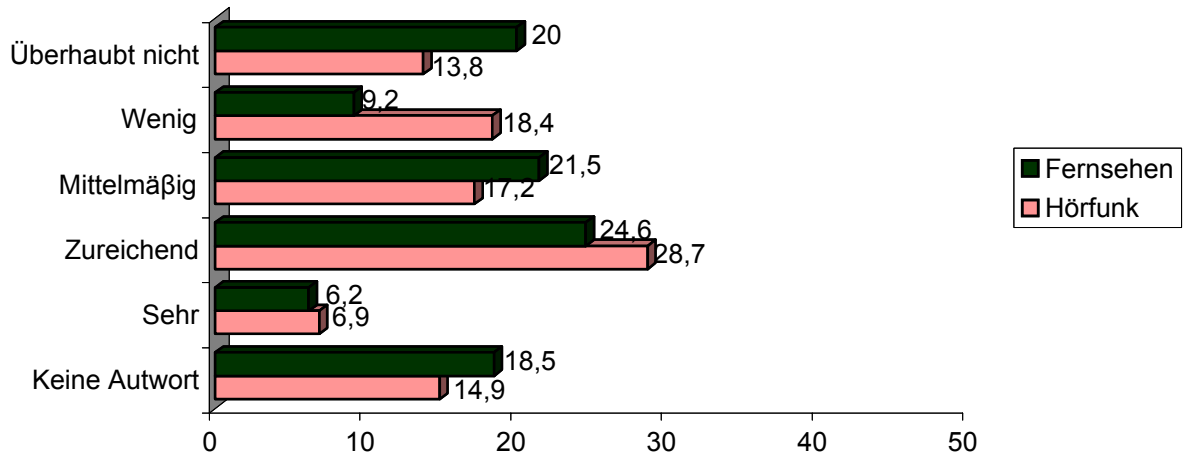
S.d. B 12b: Warum wird die ZDF-Sendung "Nachbarn in Europa" nicht gesehen? (in %)



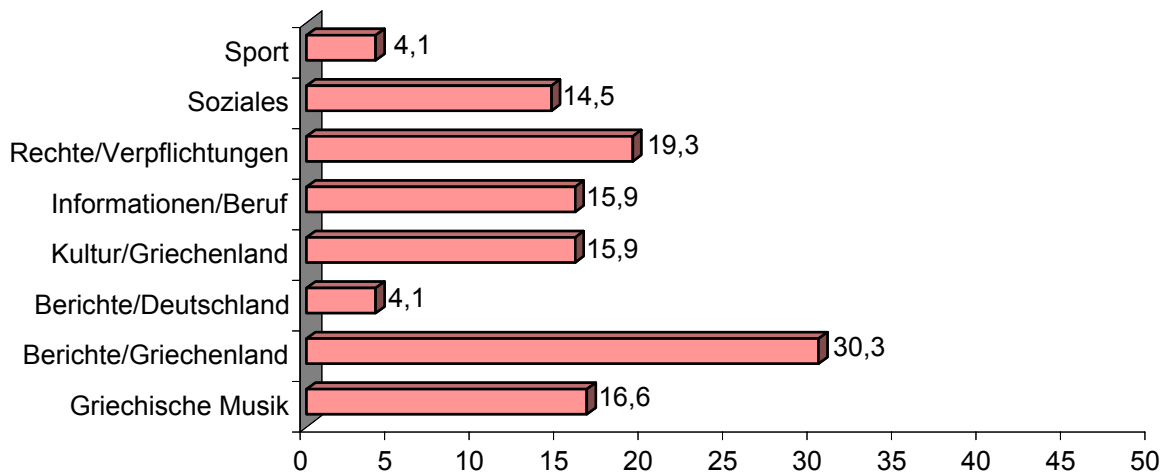
**S. d. B 13: Nutzung des griechischen Fernsehens (ET1)
über Satellit (in %)**



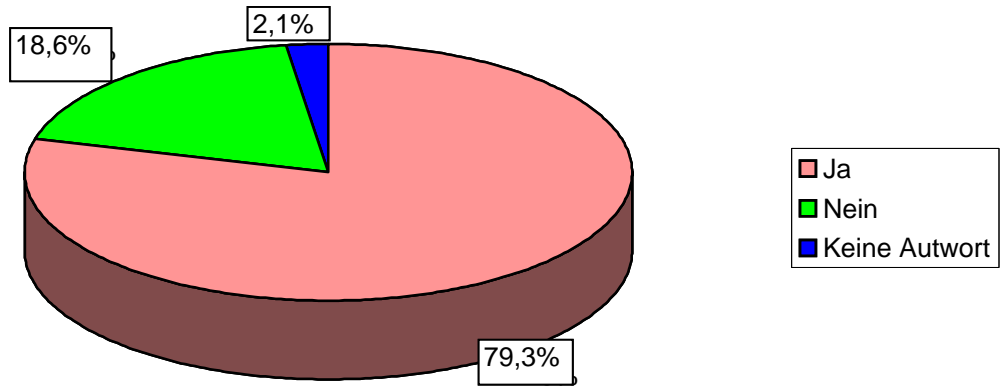
S. d. B 14a: Grad der Zufriedenheit von den griechischsprachigen Sendungen im deutschen Hörfunk und Fernsehen (in %)



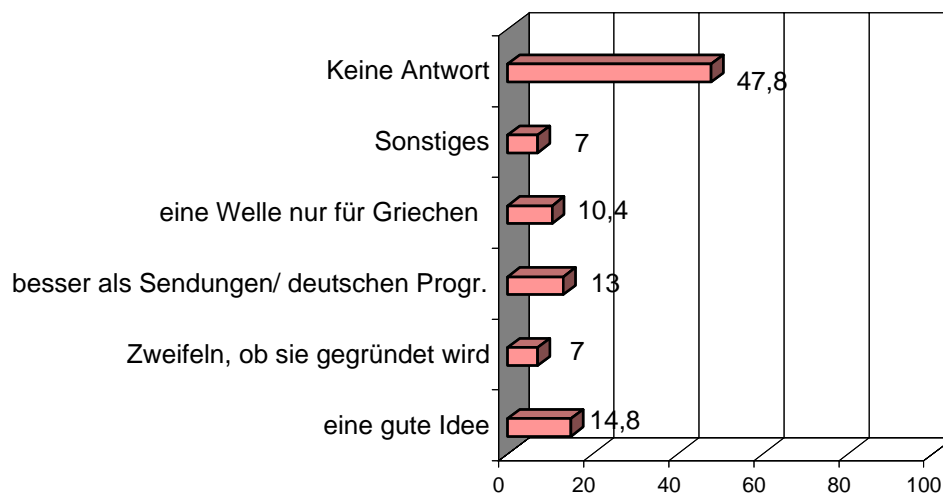
S. d. B 14b : Die griechischsprachigen Sendungen im deutschen Hörfunk/Fernsehen sollten mehr darüber berichten: (in%)



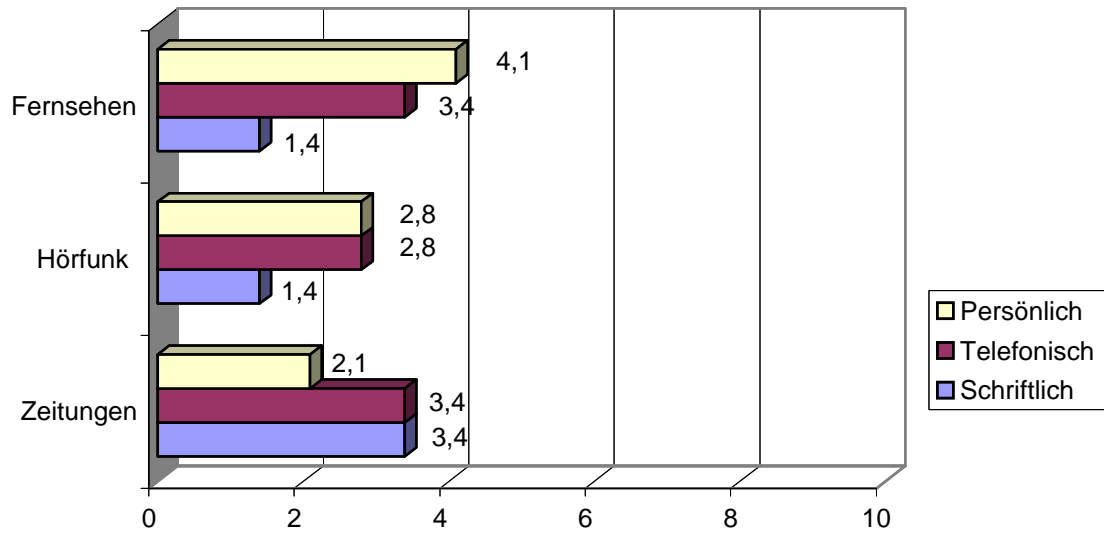
S.d. B 15a: Zur Gründung einer "multikulturellen Welle"



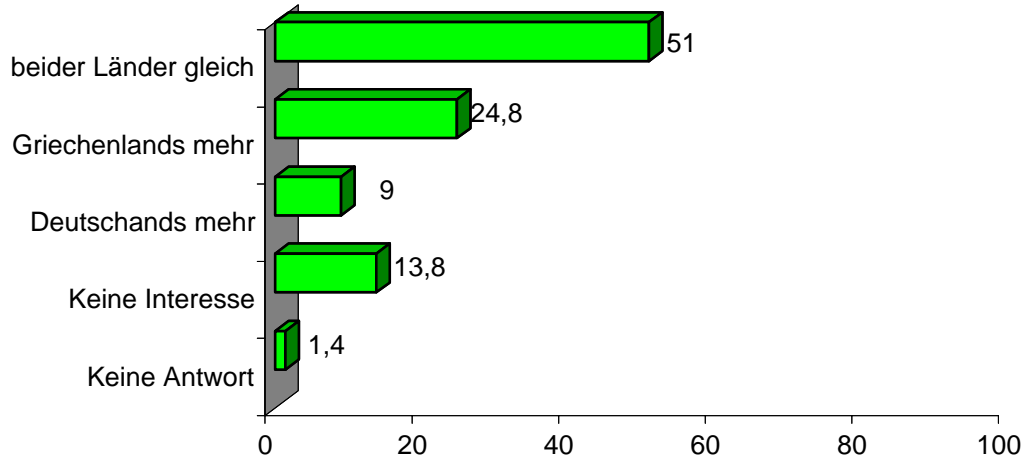
S.d. B 15b: Meinung über die Pläne für Gründung einer "Multikulturellen Welle" (in %)



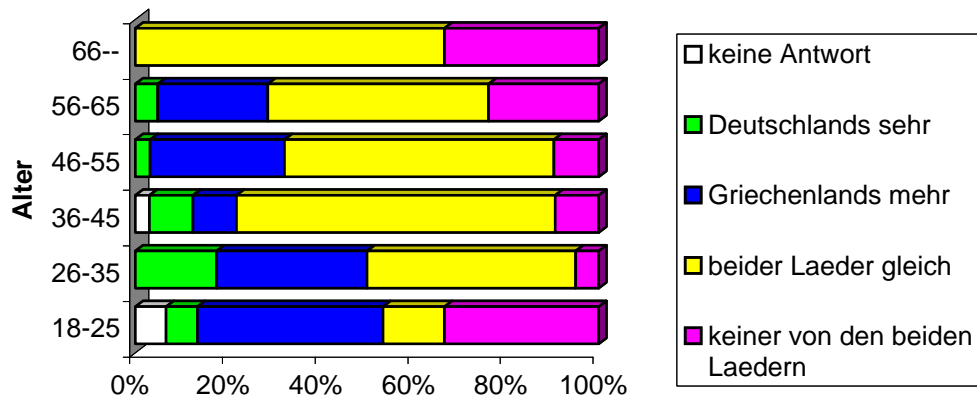
**S.b. B 16: Persönlicher Kontakt zu deutschen
Sendungen/Zeitung (in %)**



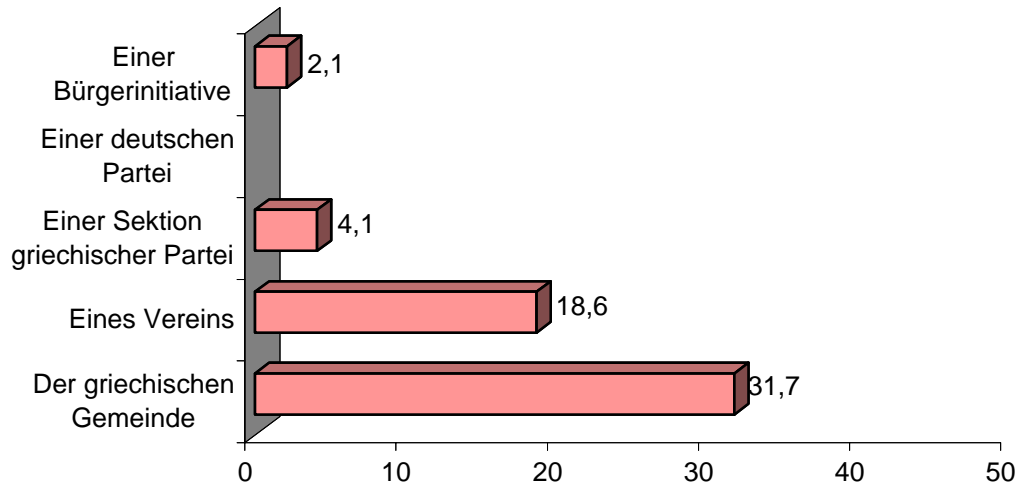
**S.d. B 17a: Interesse an die politische Entwicklung
Griechenlands und Deutschlands im Vergleich (in %)**



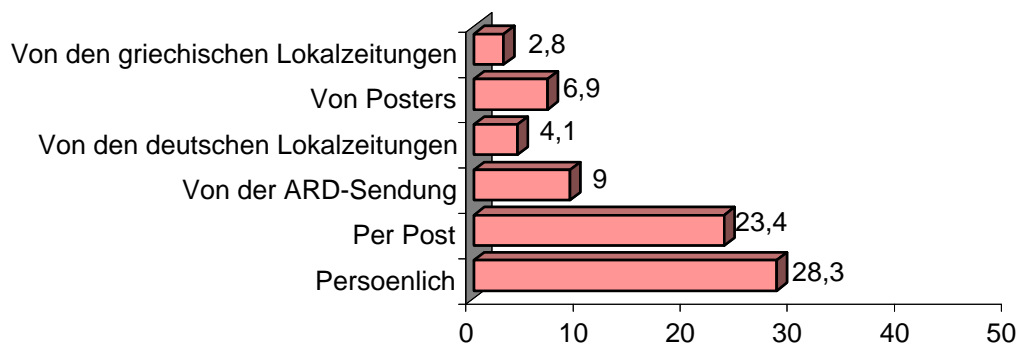
**S.d. B 17b: Interesse an die politische Entwicklung
Griechenlands/Deutschlands in Zusammenhang mit
dem Alter**



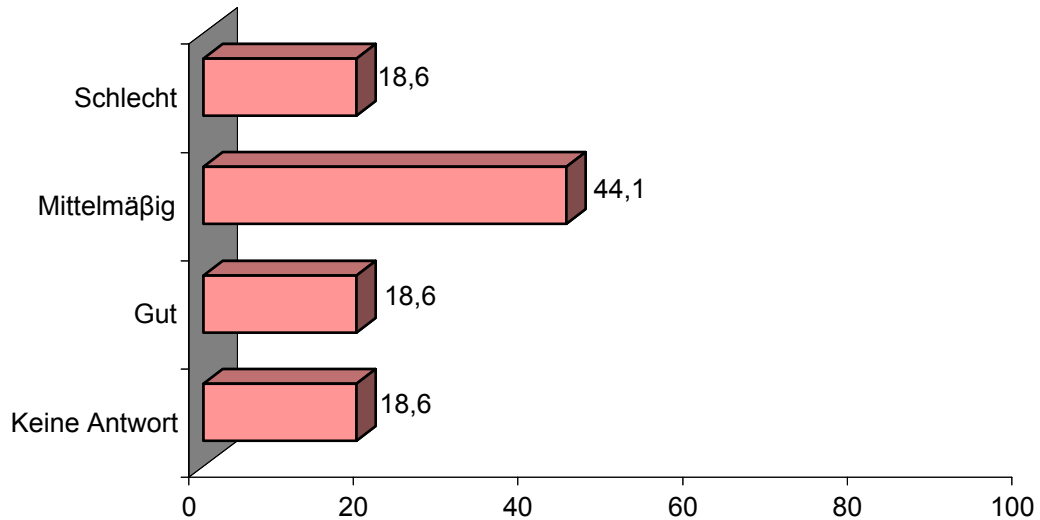
**S.d. B 18: Mitgliedschaft in Griechischen Gemeinden,
Vereine und sonstige Präsentationsformen (in %)**



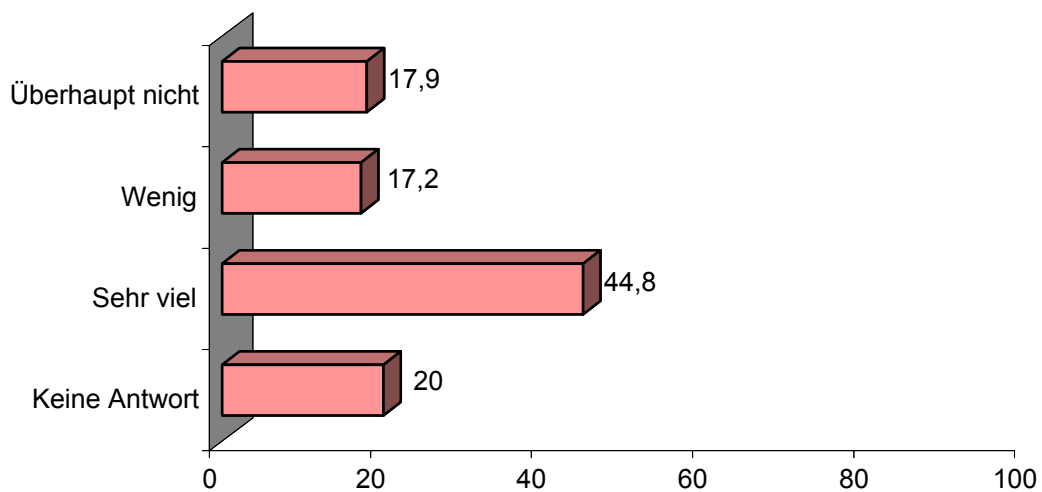
**S.d. B 19: Informationsquelle über Veranstaltungen
des Vereins, der Griechischen Gemeinde und
sonstigen Präsentationsformen (in %)**



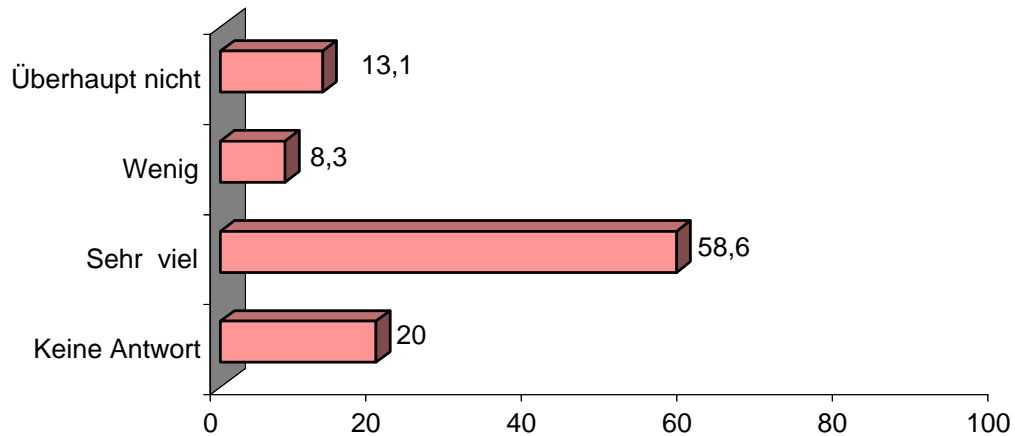
S. d. B 20: Das "Bild der Ausländer" in den deutschen Massenmedien (in %)



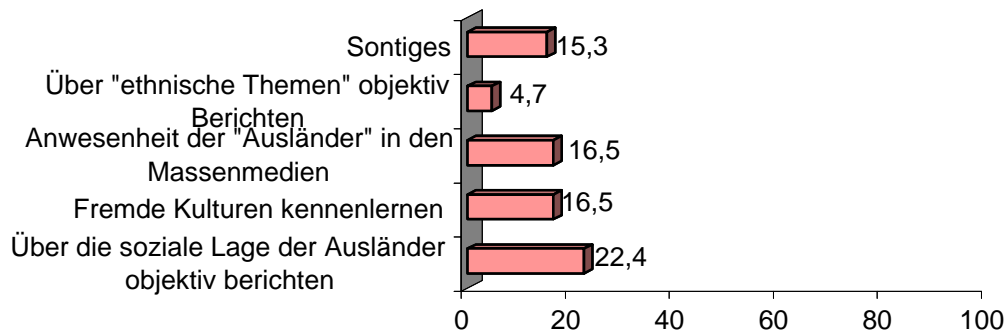
S.d. B 21: Meinung über den Grad der Verantwortung von den Massenmedien für die Ausländerfeindlichkeit (in %)



S.d. B 22a: Beitrag der Massenmedien zum besseren Zusammenleben zwischen allen Nationalitäten in Deutschland (in %)



S.d. B 22b: Wie die Massenmedien zum besseren Zusammenleben zwischen allen Nationalitäten beitragen könnten (in %)





ANHANG III

Frau
Maria Papamichou
Aigaïou 89

17124 N.Smyrni
Griechenland

PG Forum Europa

chen
chen

 Durchwahl 3251/3252
 Durchwahl 3676

Datum 26.03.1998

**Westdeutscher
Rundfunk Köln**
Anstalt des öffentlichen Re

Sehr geehrte Frau Papamichou,

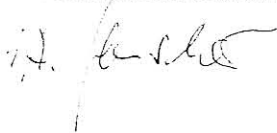
vielen Dank für Ihr Schreiben vom 10. März 1998, in dem Sie Ihr Interesse an dem Projekt „Funkhaus Europa“ bekundet haben.

Aufgrund der aktuellen schwierigen Situation der ARD, bedingt durch die bekannten Sparmaßnahmen und den damit verbundenen knappen Ressourcen an Personal, Finanzen und Technik gibt es derzeit keine Möglichkeiten, dieses Projekt zu verwirklichen. Erschwert wird die Realisation zusätzlich durch die Probleme der Verbreitung über terrestrische Frequenzen, Kabel oder Satellit. Dennoch wird der WDR an der Idee des Projektes „Funkhaus Europa“ festhalten und weiterhin nach Möglichkeiten der Realisierung zu einem späteren Zeitpunkt suchen.

Für die Beantwortung ihrer anderen Fragen überreichen wir Ihnen in der Anlage den Artikel aus Media Perspektiven 8/96.

Für Ihre Arbeit wünschen wir Ihnen viel Erfolg.

Mit freundlichen Grüßen



Appellhofplatz 1
50667 Köln
Postanschrift
50600 Köln

Tel (02 21) 2 20-1
Telegramme WDR Köln
Fax (02 21) 2 20 48 00
Telex 8 882 575

Deutsche Bank AG Köln
BLZ 370 700 60
Konto 136 6004

Dresdner Bank AG Köln
BLZ 370 800 40
Konto 9 784 469

WestLB Köln
BLZ 370 500 00
Konto 90 068

L i t e r a t u r

Ackermann, V.: Integration: Begriff, Leitbilder, Probleme. In: Bade, J. K. (Hrsg.): Neue Heimat im Westen: Vertriebene, Flüchtlinge, Aussiedler. Münster 1990

Ad-HOC-GRUPPE „EINWANDERUNG“: Bericht der für Einwanderungsfragen zuständigen Minister an den Europäischen Rat (Maastricht) über die Einwanderungs- und Asylpolitik. Brüssel, 03.12.1991

Adler, A.: Menschenkenntnis. Frankfurt a. M., Hamburg 1966

Adorno, T. W./Frenkel-Brunswik, E./Levinson, D.J./ Sanford, R. N.: The authoritarian personality. New York, Evaston-London 1950

Adorno, T. W.: Studien zum autoritären Charakter, Frankfurt a. M. 1973 (1950)

AGENCE EUROPE, Brüssel, 22.11.1991

Allport, G. W.: Die Natur des Vorurteils. Köln 1971 (1954)

Andres, G.: Einwanderungsland Deutschland: Bisherige Ausländer- und Asylpolitik. Lebenssituation der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familien. In: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): Einwanderungsland Deutschland. Bisherige Ausländer- und Asylpolitik. Vergleich mit anderen Europäischen Ländern. Gesprächskreis Arbeit und Soziales, Nr.14.Bonn 1992, S. 9-50

Ansay, T./Gessner, V. (Hrsg.): Gastarbeiter in Gesellschaft und Recht. München 1974

Arndt, U./Hege, U.: Einleitender Beitrag zu einem Kongress; In: Koordinationsbüro Frankfurter Apell (Hrsg.), Frankfurt 1984

Assimenios, S.: Παιδεία Ομογενών. Ελληνόγλωσση Εκπαίδευση στη Γερμανία. Μελέτη σχετικά με τους κοινωνικούς χώρους χρήσης της ελληνικής γλώσσας στη Γερμανία. (Ü.d.V.: Migrantenbildung. Griechischsprachige Bildung in Deutschland. Studie im Bezug zu den Verwendungsbereichen der griechischen Sprache). Pädagogisches Institut Mittelhessen-Fachberaterzentrum. Frankfurt a. M., November 1998

Assimenios, S.: Zur politischer Partizipation von MigrantInnen in Deutschland In: BAGIV (Hrsg.): Aspekte politischer Partizipation von MigrantInnen in Deutschland. Bonn 1999, S. 23-27

Auernheimer, G.: Schulorganisation In: Ders. (Hrsg.): Handwörterbuch Ausländerarbeit. Weinheim, Basel 1984

Forum für Schule und Sozialpädagogik : Ausländerkinder. 1985

Ausländerkurier: 4/1986

Auslandskurier: 5/ 1970

Autrata u.a. : Theorien über Rasismus: Eine Tübinger Veranstaltungsreihe. Argument Sonderband AS 164. Hamburg 1989

Bade K.J.: Vom Auswanderungsland zum Einwanderungsland? Deutschland 1880-1980. Berlin 1983

Bade, K.J. (Hrsg.): Neue Heimat im Westen: Vertriebene, Flüchtlinge, Aussiedler. Münster 1990

Bade, K.J. (Hrsg.): Deutsche im Ausland. Fremde in Deutschland. Migration in der Geschichte und Gegenwart. München 1992a

Bade, K.J.: Ausländer- und Asylpolitik in der Bundesrepublik Deutschland: Grundprobleme und Entwicklungslinien. In: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): Einwanderungsland Deutschland. Bisherige Ausländer- und Asylpolitik. Vergleich mit anderen europäischen Ländern. Gesprächskreis Arbeit und Soziales Nr.14, Bonn, Dezember 1992b, S. 51-67

Bade, K.J.: Ausländer-Aussiedler-Asyl. Eine Bestandaufnahme. München 1994

Baier, S.: Ausländerrecht und Fremdarbeiter, in Rote Robe 2 und 4, 1970

Bandura, A.: Sozial- kognitive Lerntheorie. Stuttgart 1979

Barash , D.: Das Flüstern in uns. Ursprung und Entwicklung menschlichen Verhaltens. Frankfurt a. M. 1981

Bayer - Katte, W.v. et. Al. (Hrsg.): Politische Psychologie, Band 3, Vorurteile. Ihre Erforschung und ihre Bekämpfung. Frankfurt a. M. 1964

Bayerischer Rundfunk (Hrsg.): Das Ausländer-Programm der ARD. 3. Ausgabe. München 1994

Beauftragte der Bundesregierung : Mitteilung der Beauftragten der Bundesregierung für die Belange der Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland. Bericht der 1993, Bonn, März 1994

Beauftragte der Bundesregierung für die Belange der Ausländer: Bericht der 1994. Bonn, Dezember 1995

Beauftragte der Bundesregierung für Ausländerfragen : Daten und Fakten zur Ausländersituation. Mitteilung. 18. Auflage. Bonn, Berlin, Juni 1999

Beauftragte der Bundesregierung für Ausländerfragen: Daten und Fakten zur Ausländersituation. 19. Auflage. Berlin, Oktober 2000

Beauftragte der Bundesregierung für Ausländerfragen: Migrationsbericht der Ausländerbeauftragten im Auftrag der Bundesregierung. Berlin und Bonn, November 2001

Beauftragte der Bundesregierung für Ausländerfragen : Daten und Fakten zur Ausländersituation. 20 Auflage. Februar 2002

Beauftragte der Bundesregierung für Ausländerfragen : Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Ausländerfragen über die Lage der Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland. September 2002

Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration: Migrationsbericht der Integrationsbeauftragten im Auftrag der Bundesregierung. Berlin, Bonn Januar 2004

Beauftragte der Bundesregierung für Ausländerfragen im WWW:
<http://www.einbuengerung.de/gese.html>

Bech, R./Faust, R.: Die sogenannten Gastarbeiter. Ausländische Beschäftigte in der BRD. Frankfurt a. M. 1981

Bendit, R.: Zweite-Generations-Forschung: Lebenslage und Sozialisation ausländischer Jugendlicher. In: Deutsches Jugendinstitut (Hrsg.): Ausländerarbeit und Integrationsforschung. Bilanz und Perspektiven. München, 1987

Berg, K./Kiefer, M. L. : Massenkommunikation II. In: Schriftreihe Media Perspektiven, 1982

Beschluß des Zentralrates des deutschen Caritasverbandes vom 22. April 1971. In: Sieveking, K./ Barwig, K. / Lörcher, K. / Schumacher, C. (Hrsg.): Das Kommunalwahlrecht für Ausländer. Baden-Baden, 1989\

Bischof Vassilios von Aristi: Die Griechisch-Orthodoxe Metropole von Deutschland. In: Kallis, A. (Hrsg.): Dienst am Volk Gottes. Herten 1992

Boos-Nünning, U./Hohmann, M./Reich, H.h./ Wittek, F.: Aufnahmeunterricht. Muttersprachlicher Unterricht. Interkultureller Unterricht. München 1983

Boos- Nünning, U.: Berufssituation und Berufsprozesse türkischer Jugendlicher, Gutachten für die Bundesanstalt für Arbeit. Nürnberg, Essen 1987

Brecht, W.: Wanderungs- und Flüchtlingsbewegungen - Zu Ursachen und Entwicklungen eines weltweiten Problems. In: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): Ost -West- Migration. Fluchtursachen und Handlungsperspektiven. Gesprächskreis Arbeit und Soziales Nr. 35. Bonn 1994, S. 7-26

Bredow, F. (Hrsg.): Medien und Gesellschaft. Stuttgart 1990

Breer, D.: Die Mitwirkung von Ausländern an der politischen Willensbildung in der Bundesrepublik Deutschland durch Gewährung des Wahlrechts, insbesondere des Kommunalwahlrechtes. Schriften zum Öffentlichen Recht. Band 422. Berlin 1982

Breuer- Ücer, U./Zambonini, G. : Hörfunksendungen für Ausländer in Deutschland. In: Media Perspektiven 8/96

Breuer- Ücer, U.: Hörfunk II. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Ausländer und Massenmedien. Schriftreihe 253. Bonn 1987, S. 146-148

Britschgi - Schimmer, J.: Die wirtschaftliche und soziale Lage der italienischen Arbeiter in Deutschland. Dissertation Universität Zürich. Karlsruhe 1916

Brude, B. O.: Demokratie und Ausländerwahlrecht. In: Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg (Hrsg.): Drucksache 13/ 3115, 12. Januar 1989, S. 59-65

Bruder K. J.: „Behaviorismus „ In: Kerber, H./Schmieder, A. (Hrsg.): Handbuch Soziologie. Zur Theorie und Praxis sozialer Beziehungen. Hamburg 1984, S. 60-63

Brütting, R./Masson, P.: Unsere Heimat - ihre Heimat. Zu den Hörfunksendungen der ARD für Italiener und Spanier. Siegen 1985

Büchergilde Gutenberg: Land der begrenzten Möglichkeiten. Einwanderer in der Bundesrepublik. Basisbücher, Nr.12. Frankfurt a. M., Olten, Wien, 1987, S. 297-307

Buchkremer, Hj.: Ehrgeiz. Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1972

Buchkremer, Hj.: Verständnis für Außenseiter: Identifikationsbarrieren u. ihre Überwindung. 1 Auflage. Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1977

Buchkremer, Hj.: Einführung in die Sozialpädagogik. Darmstadt 1982

Buchkremer, Hj./Bukow, W.-D./Llaryora, R. (Hrsg): Zukunft kultureller Minderheiten in Europa? Bericht am 26. und 27. April an der Erziehungswissenschaftlichen und der Heilpädagogischen Fakultät der Universität zu Köln. Reha- Akademie für Rehabilitationstransfer e.V., Verlag G. Mainz 1992, S. 11-20

Buchkremer Hj./Emmerich, M.: Rehabilitation in Griechenland. Eine Expertise zur Situation Behinderter. Aachen 1993

Buchkremer, Hj.: Handbuch der Sozialpädagogik. Dimensionen sozialer und gesellschaftlicher Entwicklungen durch Erziehung. Darmstadt 1995

Bukow, W.-D./ Llaryora, R.: Mitbürger aus der Fremde. Soziogenese ethnischer Minoritäten. Opladen 1988

Bukow, W.-D.: Leben in der multikulturellen Gesellschaft. Opladen 1992

Bukow, W.-D.: Politische und soziale Partizipation von Allochthonen und deren Interessenvertretung in einer Zivilgesellschaft. In: BAGIV (Hrsg.): Aspekte politischer Partizipation von MigrantInnen in Deutschland. Reihe: Partizipation. Bonn 1999, S. 41-83

Bundesanstalt für Arbeit (Hrsg): Beschäftigung, Anwerbung, Vermittlung ausländischer Arbeitnehmer. Erfahrungsbericht 1967. Nürnberg, 12 März, 1968

Bundesministerium des Innern (Hrsg): Ausländerpolitik. Januar 1983

Bundesministerium des Innern (Hrsg.): Ausländer- und Asylpolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Bonn, März 1998

Bundesarbeitsgemeinschaft der Immigrantenverbände in der Bundesrepublik Deutschland (BAGIV) e.V. (Hrsg.): Aspekte politischer Partizipation von MigrantInnen in Deutschland. Reihe Partizipation. Bonn 1999

Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger (Hrsg.): Zeitungen-Verlag Service GmbH. Bonn 1997

Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Ausländer und Massenmedien. Band 5. Frankfurt a. M. 1985

Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Ausländer und Massenmedien. Bestandaufnahme und Perspektiven. Vorträge und Materialien einer internationalen Fachtagung vom 2. bis 4. Dezember 1986. Schriftreihe Band 253. Bonn 1987

Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg (Hrsg.): Drucksache 13/3115, 12 Januar 1989

Busch, J.: Radio Multikulti. Berlin 1994

Castles, S./Booth, H./Wallace, T.: Heer for Good. Western Europe's New Ethnic Minorities. London, Pluto Press, 1984

Charchira, S.: Gleichstellung der Migranten auf europäischer Ebene. Eine Aufgabe für das Migrantenforum der Europäischen Union. In: BAGIV (Hrsg.): Aspekte politischer Partizipation von MigrantInnen in Deutschland. Bonn 1999, S.19-22

Cohen, R.: Reiche Länder brauchen Gepäckträger In: Tageszeitung (taz), Sonderausgabe 2/ 1991

Commission for Racial Equality (CRE): Radio for Ethnic und Linguistic Minorities. Prospects in the 1990s. London 1990

Europarat (Council of Europe): Colloquy: „Migrant and the Media from, quest workers to linguistic and cultural minorities“. Srasbourg 1987

Damanakis, M.: Migration und Schulbildung, Athen 1989

Damanakis, M.: Αναζήτηση μιας Εκπαιδευτικής Πολιτικής για τα παιδιά των μεταναστών στην Ευρώπη (Ü.d.V.: Suche nach einer Bildungspolitik für die Migrantenkinder in Europa). In: Griechische Republik. Bildungsministerium (Hrsg.): Η γλωσσική Εκπαίδευση των Ελλήνων μεταναστών στην Ευρώπη (Ü.d.V.: Die sprachliche Ausbildung der Griechen Migranten in Europa). Athen 1997, S. 33-42

Darkow, M./Eckhardt, J./Maletzke G.: Massenmedien und Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland. Frankfurt a.M. 1985

Davis, E. E.: Zum gegenwärtigen Stand der Vorurteilsforschung. In: Bayer-Katte, W.v. et. Al. (Hrsg.): Politische Psychologie, Band 3, Vorurteile. Ihre Erforschung und ihre Bekämpfung. Frankfurt a. M. 1964

DeLevita, D.J.: Der Begriff der Identität. Frankfurt 1971

Decker, F.: Ausländer im politischen Abseits. Möglichkeiten ihrer politischen Beteiligung. Frankfurt/a.M. u.a. 1982

Delgado, M.: Die „Gastarbeiter“ in der Presse. Opladen 1972

Demokratische Erziehung: Nr.5/1978

„Der Spiegel“, 43/1970
“Der Spiegel”, 29.11.71
“Der Spiegel”, 46/1981

Deutscher Gewerkschaftsbund. Landesbezirk Baden-Württemberg (Hrsg.):
Die Ausländer nehmen uns die Arbeitsplätze weg!- eine Legende. Stuttgart 1982

Deutscher Gewerkschaftsbund, Abt. Ausländische Arbeitnehmer:
Beschäftigte (sozialversicherungspflichtig). Düsseldorf 30.10.1979

Deutsches Jugendinstitut (Hrsg.): Ausländerarbeit und Integrationsforschung.
Bilanz und Perspektiven. München 1987

DGB: Beschluß des DGB- Bundesvorstands zur Ausländerpolitik vom 6.
September 1983

DGB- Bundesvorstand (Hrsg.): Die deutschen Gewerkschaften und die
ausländischen Arbeitnehmer. Beschlüsse- Forderungen- Stellungnahmen.
Beschluß des 23. Ordentlichen Bundeskongresses. Antrag 323. Düsseldorf, Mai
1986

„DIE ZEIT“, Nr. 53/1981

Döbert / Habermas / Ninner-Winkler: Entwicklung des Ichs. (ohne weitere
Angaben) 1980

Dohse, K.: Ausländische Arbeiter und bürgerlicher Staat. Genese und Funktion
von staatlicher Ausländerpolitik und Ausländerrecht. Vom Kaiserreich bis zur
Bundesrepublik Deutschland. Königstein/Ts. 1981

Dollard, J. u. a.: Frustration und Aggression. Weinheim, Berlin, Basel 1970

Drakos, G.: Die Remigration griechischer Gastarbeiterkinder in das Schulsystem
Griechenlands. Begründung und Entwurf eines Konzepts problembewußter
pädagogischer Hilfestellung. Dissertation an der Universität zu Köln, 1989

Eckhardt, J.: Fernsehsendungen zur Ausländerthematik und deutsche
Zuschauer. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Ausländer und
Massenmedien. Bestandaunahme und Perspektiven. Schriftreihe Band 253.
Bonn 1987, S. 85-92

Eckhardt, J.: Ausländer als Zielgruppe der Massenmedien.
In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Ausländer und Massenmedien.
Bestandaunahme und Perspektiven. Schriftreihe Band 253. Bonn 1987, S. 93-96

Eckhardt, J.: Massenmedien und Ausländer in Nordrhein-Westfalen. In: Media
Perspektiven 1990

Ehlich, K.: „Migration“ In: Goebel, H./Nelde, P.H./Stary, Z./ Wölck, W.:
Kontaktlinguistik. Ein internationales Handbuch zeitgenössischer Forschung.
Band 1. Berlin 1996

Eichener, V.: Ausländer im Wohnbereich. Regensburg 1988

Eisenstadt, S. N.: The Absorption of Immigrants. London 1954

EKD: Grundrechte für ausländische Arbeitnehmer. Entschließungen der 4. Synode der EKD vom Mai 1970

EKD: Kirchliche Aufgaben für ausländische Arbeitnehmer und ihre Familien; Schreiben des Rates der EKD an die Leitung der Gliedkirchen. Berlin 5. April 1973

EKD: Wort des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland zur Vorbereitung des Tages des ausländischen Mitbürgers am 15. Oktober 1975. Berlin 12. Juli 1975

„ELEFThEROTYPIA“ - Zeitung, 6. 7. 2001

„ELEFThEROTYPIA“ - Zeitung, 4. 2. 1997

„ELEFThEROTYPIA“ - Zeitung, 22.07.1997

Elsner, L.: Fremdarbeiterpolitik in Deutschland. Berlin 1970

Emke-Poulopoulou, I.: Προβλήματα Μετανάστευσης Παλιννόστησης. Ινστιτούτο Μελέτης της Ελληνικής Οικονομίας (ΙΜΕΟ) / Ελληνική Εταιρεία Δημογραφικών Μελετών (Ε.Δ.Η.Μ.).:Ü.d.V: Wanderungs- und Rückwanderungsprobleme. Institut zum Studium der griechischen Wirtschaft/ Griechische Gesellschaft demographischer Studien) (Hrsg.). Athen 1986

Emmerich, M.: Ausländer zwischen Ausgrenzung und Emanzipation. Mainz Verlag Aachen 1991

Emmerich, M.: Die soziale Situation ausländischer Kinder in der Bundesrepublik Deutschland. In: Buchkremer, Hj./Emmerich, M. (Hrsg.): Ausländerkinder. Sonder- und sozialpädagogische Fragestellungen. Hamburg 1987, S.54-63

Endruweit, G./Trommsdorf, G. (Hrsg.): Wörterbuch der Soziologie. Bände 2 & 3. Stuttgart 1989

EPD- Medien, Nr. 58, 1998

Erikson, E.: Identität und Lebenszyklus. 6 Auflage. Frankfurt a. M. 1980 und 1973

Esser, H.: Aspekte der Wanderungssoziologie. Assimilation und Integration von Wanderern, ethnischen Gruppen und Minderheiten. Darmstadt-Neuwied 1980

Esser, H.: Nur eine Frage der Zeit? Zur Frage der Eingliederung von Migranten im Generationszyklus und zu einer Möglichkeit, Unterschiede hierhin theoretisch zu erklären. In: Esser, H./Friedrichs, J. (Hrsg.): Generation und Identität. Theoretische und empirische Beiträge zur Migrationssoziologie. Opladen 1990

Esser, H./Friedrichs, J. (Hrsg.): Generation und Identität. Theoretische und empirische Beiträge zur Migrationssoziologie. Opladen 1990

Essinger, H./Kula, B. Onur (Hrsg): Länder und Kulturen der Migranten. Pädag. Verlag Burgbücherei Schneider. Interkulturelle Erziehung in Praxis und Theorie. Band 7, 1988

Eurich, C.: Mythos Multi Media. Über die Macht der neuen Technik. München 1998

„EUROPA-FORUM“, Nr. 6/91

Europäische Gemeinschaften, Amtsblatt 18.11.1983, Entschließung des Parlaments zum Problem der Wanderarbeitnehmer, Nr. C 342/ S.142ff

Europäische Grundrechtezeitschrift, 1985

Εθνικό Κέντρο Ερευνών (Hrsg.): Ανθρωπογεωγραφία της Ελλάδος. (Ü.d.V.: Staatliches Forschungszentrum: Anthropogeographie Griechenlands). Athen 1968

Εθνικό Κέντρο Κοινωνικών Ερευνών (Ε.Κ.Κ.Ε.): Απόδημοι Έλληνες (Ü.d.V.: Nationales Zentrum für Sozialforschung: Ausgewanderte Griechen). Athen 1972

Εθνική Στατιστική Υπηρεσία Ελλάδας, (Ε.Σ.Υ.Ε.: Ü.d.V. : Statistisches Amt Griechenlands) (Hrsg.): Έκθεσις δοκιμαστικής ερεύνης επί των κινήτρων και των συνθηκών μεταναστεύσεως της νεοελληνικής κοινωνίας. (Ü.d.V. : Bericht über ein Projekt zur Untersuchung der Motivation und der Migrationsbedingungen der neugriechischen Gesellschaft). Athen 1962

Εθνική Στατιστική Υπηρεσία Ελλάδας, (Ε.Σ.Υ.Ε.): Ü.d.V. : Statistisches Amt Griechenlands). Athen, St. Jahrbücher 1970 , 1978 & 1981

Festinger, L.: A Theorie of kognitive dissonance. Stanford 1957

Francis, E. K.: Ethnos und Demos. Berlin 1965

Frey, M.: Ausländerpolitik in der Bundesrepublik Deutschland, Ausländerpolitische Positionen staatlicher Stellen und gesellschaftlicher Kräfte. In: Frey, M./ Müller, U. (Hrsg.): Ausländer bei uns - Fremde oder Mitbürger? Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung. Band 186. Bonn 1982, S. 153-160

Frey, M./ Müller, U. (Hrsg.): Ausländer bei uns- Fremde oder Mitbürger? Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Band 186. Bonn 1982

Franz, F.: Rückfall in den Polizeistaat. In: Leudesdorff / Zillesen (Hrsg.): Gastarbeiter, Mitbürger, Fakten, Grunde, Chancen, Modelle, Dokumente. Gelnhausen 1971

Franz, F.: Die aufenthaltsrechtliche Stellung der ausländischen Arbeiter. In: Ansay, T./Gessner, V. (Hrsg.): Gastarbeiter in Gesellschaft und Recht. München 1974

Franz, F.: Kommunales Wahlrecht für Einwanderer! In: Keskin, H. (Hrsg.): Menschen ohne Rechte? Einwanderungspolitik und Kommunalwahlrecht in Europa. Hamburg, Berlin 1984, S. 27-34

Freud, A. :Die Schriften der Anna Freud. München 1980

Freud, A.: Das Ich und die Abwehrmechanismen. Frankfurt a. M. 1984

Freud, S.: Massenpsychologie und Ich-Analyse. Studienausgabe, Band 9, 1921

Freud, S.: Abriß der Psychoanalyse. Das Unbehagen in der Kultur. Frankfurt a. M. 1964 & 1953

Freudendorff, H.: Wanderarbeiter-Fremdarbeiter-Gastarbeiter historische soziologische und sozialpsychologische Aspekte der Ausländerbeschäftigung in Deutschland. Heidelberg 1972

Friedrich-Ebert-Stiftung : Einwanderungsland Deutschland. Bisherige Ausländer- und Asylpolitik. Vergleich mit anderen Europäischen Ländern. Gesprächskreis: Arbeit und Soziales, Nr.14. Bonn 1992

Friedrich-Ebert-Stiftung: Von der Ausländer- zur Einwanderungspolitik. Eine Tagung der Friedrich - Ebert - Stiftung an 12. und 13. Oktober 1993 in Leipzig. Gesprächskreis Arbeit und Soziales Nr. 32. Bonn 1994

Friedrich-Ebert-Stiftung : Ost-West- Migration. Fluchtsursachen und Handlungsperspektiven. Gesprächskreis Arbeit und Soziales Nr. 35. Bonn 1994

Funcke, L: Von „ Gastarbeitern“ zu sprachlichen und kulturellen Minderheiten. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Ausländer und Massenmedien. Schriftreihe 253, Bonn 1987, S. 23-26

Funkkolleg Psychobiologie 1987

Galanis, G.: Migranten als Minoritäten im Spiegel der Presse. Frankfurt a. M., Bern, New York 1989#

Gehmacher, E./Kubat, D./Mehrländer, U. (Hrsg.): Ausländerpolitik im Konflikt. Arbeitskräfte oder Einwanderer? Konzepte der Aufnahme- und Entsendeländer. Schriftreihe des Forschungsinstituts der Friedrich Ebert- Stiftung, Band 149. Bonn 1978, S. 21-55

Geier, J.: Die Europäische Gemeinschaft - Auf dem Weg zu einer multikulturellen Gesellschaft? In: Geier, J./Ness, K./Perik, M. (Hrsg.): Vielfalt in Einheit. Marburg 1991, S. 103-110

Geier, J./ Ness,K./Perik, M. (Hrsg.): Vielfalt in Einheit. Marburg 1991

Geiselberger, S.: Schwarzbuch: Ausländische Arbeiter. Frankfurt a. M. 1972

Geißler, R.: Ethnische Minderheiten. In: Informationen zur politischen Bildung, Nr. 269/2000

Gergen, K. J./Gergen, M. M.: Sozial Psychologie. New York 1981

Goebl, H./Nelde, P.H./Stary, Z./ Wölck, W.: Kontaktlinguistik. Ein internationales Handbuch zeitgenössischer Forschung. Band 1, Walter de Gruyter Berlin 1996

Goetze, D.: Probleme der Akkulturation und Assimilation. In: Reimann, H./ Reimann, H. (Hrsg.): Gastarbeiter. München 1976, S. 63 - 84

Göhler, G./Roth, K.: „Marxismus“ In: Nohlen, D. (Hrsg.): Wörterbuch Staat und Politik. Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn 1991, S. 357 - 363

Gordon, M. M.: Assimilation in American Life. The Role of Race, Religion and National Origin. New York 1964

Graumann, C.-F.: Sozialpsychologie: Ort, Gegenstand und Aufgabe. In: Handbuch der Psychologie, VII/1. Göttingen 1969

Griechische Republik. Bildungsministerium (Hrsg.): Η γλωσσική Εκπαίδευση των Ελλήνων μεταναστών στην Ευρώπη (Ü.d.V.: Die sprachliche Ausbildung der Griechen Migranten in Europa). Athen 1997

Griese, H.: Ausländer zwischen Politik und Pädagogik. Beiträge zur Sozialisation und Identitätsproblematik der „zweiten Generation“ im Kindes- und Jugendalter. Bonn 1981

Griese, H. : Der gläserne Fremde. Bilanz und Kritik der Gastarbeiterforschung und der Ausländerpädagogik. Opladen 1984

Griese, H.: Die Situation der Kinder von Wanderarbeitnehmern. In: Just, W.-D./Groth, A. (Hrsg.): Wanderarbeiter in der EG. Band 2. Mainz 1985, S.115-141

Groenendijk, K.: Minderheitenpolitik in den Niederlanden. In: Thränhardt, D. (Hrsg.): Ausländerpolitik und Ausländerintegration in Belgien, den Niederlanden und der BRD. Düsseldorf 1986, S. 38-52

Habermas, J.: Erkenntnis und Interesse. Frankfurt a. M. 1973

Habermas, J.: Können komplexe Gesellschaften eine vernünftige Identität ausbilden? Frankfurt a. M. 1974

Habermas, J.: Theorie des kommunikativen Handelns. 2 Bände. Frankfurt a. M. 1981

Haisch, J. (Hrsg.): Angewandte Sozialpsychologie. Bern, Stuttgart, Wien 1983

Haisch, J./Osnabrügge, G./Frey, D.: Dissonanztheorie – Dissonanztherapie. In: Haisch, J. (Hrsg.): Angewandte Sozialpsychologie. Bern, Stuttgart, Wien 1983

Händle, Ch.: Erkundung. In: Haft, H./Kordes, H. (Hrsg.): Enzyklopädie Erziehungswissenschaft. Methoden der Erziehungs- und Bildungsforschung. Band. 2. Stuttgart 1984

Hamilton, D. L./Gifford, R. K.: Illusory correlation in interpersonal perception: A cognitive basis of stereotypic judgements. Journal of Experimental Social Psychology 12, 1976, S 392-407

Harbach, H.: Internationale Schichtung und Arbeitsmigration. Reinbek 1976

Hartung, S./Kadelbach, S.: Bürger, Recht, Staat. Handbuch des öffentlichen Lebens. Frankfurt a.M. 1997

Hassiotis, Ch. .: Επισκόπηση της Ιστορίας της νεοελληνικής διασποράς (Ü. d.V.: Übersicht über die Geschichte der griechischen Diaspora). Thessaloniki 1993

Hassiotis, Ch.: Grundcharakteristika und Hauptzäsuren in der Geschichte der neugriechischen Diaspora. Unveröffentl. Manuskript. Vortrag an der Universität Köln, am 20. 06. 1995

Heckmann, F.: Die Bundesrepublik: Ein Einwanderungsland? Zur Soziologie der Gastarbeiterbevölkerung als Einwandererminorität. Stuttgart 1981

Heckmann, F.: Ethnische Minderheiten, Volk und Nation. Soziologie inter-ethnischer Beziehungen. Stuttgart 1992

Heftreihe: Synodenbeschlüsse: Die Ausländischen Arbeitnehmer- eine Frage an die Kirche und die Gesellschaft. Bonn, 3/1973 & Heft 2/1974

Hellfeld, M., von (Hrsg.): Im Schatten der Krise. Köln 1986

Herbert, U. : Saisonarbeiter-Zwangsarbeiter-Gastarbeiter. Zur historischen Dimension einer aktuellen Debatte. In: Friedrich- Ebert- Stiftung (Hrsg.): Von der Ausländer- zur Einwanderungspolitik. Eine Tagung der Friedrich - Ebert - Stiftung an 12. und 13. Oktober 1993 in Leipzig Gesprächskreis Arbeit und Soziales Nr. 32. Bonn 1994, S. 61-78

Hill, B.: Determinanten der Eingliederung von Arbeitsmigranten. Königstein 1984

Hoffmann, L.: Interessenvertretungen durch Einfluss: Ausländerbeiräte - Zur Rolle der Ausländerbeiräte für die soziale und politische Partizipation. In: BAGIV (Hrsg.): Aspekte politischer Partizipation von MigrantInnen in Deutschland. Bonn 1999, S. 73-83

Hoffmann-Novotny, H. J.: Soziologie des Fremdarbeiterproblems. Eine theoretische und empirische Analyse am Beispiel der Schweiz. Stuttgart 1973

Hohmann, M.: Schule als Ort der Integration: Nationale und internationale Erfahrungen, Möglichkeiten, Grenzen. In: Ruhloff, J. (Hrsg.): Aufwachen im fremden Land. Frankfurt a. M. 1982, S. 158 -176

Holjewilken, K.- H.: Schon vor dem ersten Weltkrieg über 800.000 Gastarbeiter - Ausländerbeschäftigung in Deutschland nichts Neues. In: Auslandskurier, 5/1970

Honneth, A.: „Strukturalismus“. In: Kerber, H./Schmieder, A. (Hrsg.): Handbuch der Soziologie. Zur Theorie und Praxis sozialer Beziehungen. Hamburg 1984, S. 582-586

Hotamanidis, S.: Sozialpädagogische Probleme der griechischen Gastarbeiterfamilien in der Bundesrepublik Deutschland. Kiel 1974

IG-METALL: Vorstand, Abt. Ausländische Arbeitnehmer: Beschlüsse der 1. Ausländerkonferenz der IG-Metall vom 8.-9. Mai 1986 in Frankfurt

Informationen zur politischen Bildung: Nr. 269/2000

Jackson, J.A. (Hrsg.): Migration. Cambridge 1969

Just, W.-D.: Der Rechtsstatus von Wanderarbeitnehmern im internationalen Recht. In: Just, W.-D./Groth, A. (Hrsg.): Wanderarbeiter in der EG. Band 1. Mainz 1985, S. 112-121

Just, W.-D.: Selbstorganisationen der Wanderarbeitnehmer in der EG. In: Just, W.-D./Groth, A. (Hrsg.): Wanderarbeiter in der EG. Band 1. Mainz 1985, S. 165-199

Just, W.-D./Groth, A. (Hrsg.): Wanderarbeiter in der EG. 2 Bände. Mainz 1985

Kallis, A. (Hrsg.): Dienst am Volk Gottes. Herten 1992

Karsten, M.: Sozialarbeit mit Ausländern. München 1984

Kasakos, P.: Ο Ελληνισμός στις χώρες της Ε.Ε. (Ü. d. V.: Das Griechentum in den Ländern der Europäischen Union). Athen 1995

„Kathimerini” -Zeitung, 10.2.1991

Katsoulis H.: Bürger zweiter Klasse. Ausländer in der Bundesrepublik. Bonn, Berlin (West) 1978 und neuster Ausgabe 1984

Kavafis, K.: Brichtst du auf geh Ithaka... Sämtliche Gedichte. Übersetzt von Josing, W. und Gundert, D. Köln 1983

Kayser B.: Ανθρωπογεωγραφία της Ελλάδος. In: Εθνικό Κέντρο Ερευνών (Hrsg.). (Ü.d.V.: Staatliches Forschungszentrum: Anthropogeographie Griechenlands). Athen 1968

Kerber, H. / Schmieder, A. (Hrsg.): Handbuch der Soziologie. Zur Theorie und Praxis sozialer Beziehungen. Reinbek bei Hamburg 1984

Keskin, H. (Hrsg.): Menschen ohne Rechte? Einwanderungspolitik und Kommunalwahlrecht in Europa. Hamburg, Berlin 1984

Keskin, H.: Perspektiven für eine zukunftsorientierte Politik für die Minderheiten in Deutschland am Beispiel der Türken. In: Buchkremer, Hj./Bukow, W.-D./Llaryora, R. (Hrsg.): Zukunft kultureller Minderheiten in Europa? Verlag G. Mainz 1992, S. 11-20

Kevenhörster, P.: Ausländische Arbeitnehmer im politischen System der BRD. Opladen 1974

Klee, E. : Gastarbeiter - Analyse und Berichte. Frankfurt a. M. 1972

Kleinstreuber, H. J.: „Öffentliche Meinung“ In: Nohlen, D. (Hrsg.): Wörterbuch Staat und Politik. Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn 1991, S.414 - 416

Knabe B.: Migrationen in und aus Osteuropa. In: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): Ost-West- Migration. Fluchtursachen und Handlungsperspektiven. Gesprächskreis Arbeit und Soziales Nr. 35. Bonn 1994, S. 27-39

Koordinationsbüro Frankfurter Apell (Hrsg.), Frankfurt 1984

Körner, H.: Immigration aus Afrika. Herausforderung für Europa. Forschungsinstitut Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.) Reihe Europakolleg 19. Bonn 1992

Körner, J.: Vorurteilsbereitschaft und autoritäres Verhalten. Stuttgart 1976

Koszyk, K.: Deutsche Presse 1914-1945. Geschichte der Deutschen Presse. Teil III. Abhandlungen und Materialien zur Publizistik. Band 7. Berlin 1972

Krappmann, L.: Soziologische Dimensionen der Identität. Stuttgart 1982

Kreft, D./Mielenz, I. (Hrsg.): Wörterbuch Soziale Arbeit. Weinheim, Basel 1988³ (1980)

Kühn, H. : Stand und Weiterentwicklung der Integration der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familien. Memorandum des Beauftragten der Bundesregierung im Jahr 1979

Kühne, P.: Die ausländischen Arbeiter in der Bundesrepublik Deutschland – eine Herausforderung für die deutschen Gewerkschaften, In: WSI- Mitteilungen Nr. 7/1982

Kühne- Scholand, H.: Die Darstellung der Ausländer im deutschen Fernsehen. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Ausländer und Massenmedien. Schriftreihe Band 253. Bonn 1987, S. 79-84

Kühne- Scholand, H.: Ausländerspezifische Programme neuer Anbieter- das Kabelprojekt Dortmund. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Ausländer und Massenmedien. Schriftreihe Band 253 Bonn 1987, S. 112-117

Kulbach, R.: Wahlrecht für EU-Bürger: Folgen und Perspektiven für die Migranten in den Kommunen. In: BAGIV (Hrsg.): Aspekte politischer Partizipation von MigrantInnen in Deutschland. Bonn 1999, S. 65-71

Kuper, B. O.: Flucht nach Deutschland. In: Themen des Deutschen Caritasverbandes. Pressemitteilung. September 1986

Kusch, F.: Mediennutzung durch Ausländische Arbeitnehmer. In: UNESCO-Kommission : Arbeitnehmer im Ausland. Köln 1974

Lajos, K. (Hrsg.): Die zweite und dritte Ausländergeneration. Opladen 1991

Landeszentrale für Politische Bildung Baden-Württemberg (Hrsg.): Der Bürger im Staat, 3/1982

Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): Probleme und Perspektiven politischer Partizipation von Migranten in Deutschland. Düsseldorf 1998

Leggewie, C.: Multikulti. Spielregeln für die Vielvölkerrepublik. Berlin 1990

Leonhard, K.: Der menschliche Ausdruck. Leipzig 1968

Leudesdorff /Zillesen (Hrsg.): Gastarbeiter, Mitbürger, Fakten, Grunde, Chancen, Modelle, Dokumente. Gelnhausen 1971

Lèvi-Strauss, C.: Strukturelle Anthropologie. Frankfurt a. M. 1967

Lèvi-Strauss, C.: Unesco-Rede . 1971

Lèvi-Strauss, C.: Rasse und Geschichte. Frankfurt a. M. 1972

Lèvi-Strauss, C.: Die elementaren Strukturen der Verwandtschaft. Frankfurt a. M. 1981

Lilli, W.: Grundlagen der Stereotypisierung. Göttingen 1982

Lindzey, G./Aronson, E. (Hrsg.): Handbook of Social Psychology, New York: Random House 1985

Linz, G.: Fernsehen. Bereich: Spiel und Unterhaltung. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Ausländer und Massenmedien. Bestandaufnahme und Perspektiven. Schriftreihe Band 253. Bonn 1987, S. 140-142

Lohrmann, P./Manfrass, K. (Hrsg.): Ausländerbeschäftigung und internationaler Politik, Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für das Auswärtige Amt e.V. Bonn, München 1974

Löwisch, P.: Sie wollen uns hier raus haben. Ausländerfeindlichkeit in der Politik, Verwaltung und täglichem Leben In: Hellfeld, M., von (Hrsg.): Im Schatten der Krise. Köln, 1986

Luchtenberg, F. / Nieke, W. (Hrsg.): Interkulturelle Pädagogik und Europäische Dimension. Münster, New York 1994

Maaßen L.: Vorwort In: Massenmedien: Fakten - Formen - Funktionen in der Bundesrepublik Deutschland. 2. Auflage. Heidelberg 1996

Mc Cuire, W.J.: Attitudes and attitude change, In: Lindzey, G./ Aronson, E. (Hrsg.): Handbook of Social Psychology. New York: Random House 1985, S. 233-346

Maier - Braun, K.-H.: „Gastarbeiter“ oder Einwanderer? Anmerkungen zur Ausländerpolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Berlin 1980

Maier-Braun, K.-H.: Ausländer und Ausländerpolitik in der Bundesrepublik In: Landeszentrale für Politische Bildung Baden-Württemberg (Hrsg.): Der Bürger im Staat, 3/1982

Maier -Braun, K.-H.: Vor einer neuen Völkerwanderung? Das weitere Migrations- und Asylproblem. In: Maier-Braun, K.-H./Kigus, M. (Hrsg.): Einwanderungsland Deutschland. Süddeutscher Rundfunk. Ausländerredaktion. Stuttgart 1. September 1994

Maier-Braun, K.-H./Kigus, M. (Hrsg.): Einwanderungsland Deutschland. Tagesbericht zur Fortbildungsveranstaltungen „Wie viele Einwanderer braucht Deutschland?“ Süddeutscher Rundfunk. Ausländerredaktion. Stuttgart 1. September 1994

Maletzke, G.: Psychologie der Massenkommunikation. Hamburg 1963

Manfrass, K.: Die Beziehung zwischen der Bundesrepublik und den einzelnen Herkunftsländern im Zeichen der Arbeitskräftewanderung. In: Lohrmann, P./Manfrass, K. (Hrsg.): Ausländerbeschäftigung und internationaler Politik, Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für das Auswärtige Amt e.V. Bonn München 1974

Markou, G.: Griechenland. In: Essinger, H./Kula, B. Onur (Hrsg.): Länder und Kulturen der Migranten. Pädag. Verlag Burgbücherei Schneider. Interkulturelle Erziehung in Praxis und Theorie, Band 7, 1988

MARPLAN: Ausländer in Deutschland 1994, Soziale Situation. Offenbach, Main 1994

Martínez, H.-M.: Zur Auswertung des statistischen Materials zur Beteiligung von MigrantInnen an den Wahlen zum Europäischen Parlament, den Ausländerbeiräten und den Kommunen. In: BAGIV (Hrsg.): Aspekte politischer Partizipation von MigrantInnen in Deutschland. Bonn 1999, S. 29-33

Marx, K./Engels, F.: Die Deutsche Ideologie. Werke 3. Berlin 1958 (1846)

Marx, K.: Das Kapital. Band 1. Berlin 1962 & 1968

Marx, K.: Ökonomisch-philosophische Manuskripte. Werke Ergänzungsband. Berlin 1977 (1852)

Marx, K.: Vorwort zur politischen Ökonomie. Werke 1., Berlin 1978 (1843)

Matzuranis, G.: Έλληνες εργάτες στη Γερμανία. (Ü.d.V.: Die griechischen Arbeiter in Deutschland). Athen 1974

Mc Rae, V.: Die Gastarbeiter. Daten, Fakten, Probleme. München 1980

Mead, G.H.: Mind, self und society. Chicago 1934, deutsch : Geist, Identität und Gesellschaft. Frankfurt a. M. 1968 & 1973

Mead, G.H.: Konflikt der Generationen. 1971

Mehrländer, U.: Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland unter spezieller Berücksichtigung von Nordrhein-Westfalen. Opladen 1972

Mehrländer, U./Hofmann, R. P./Krause H.-J.: Situation der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen in der Bundesrepublik Deutschland - Repräsentativuntersuchung 1980. Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung (Hrsg.). Bonn 1981

Mehrländer, U./Schultze, G.: Einwanderungskonzept für die Bundesrepublik Deutschland Fakten Argumente, Vorschläge. Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert- Stiftung (Hrsg.). Gesprächskreis Arbeit und Soziales Nr.7 Bonn 1992

Meier-Braun, K.-H.: Vor einer neuen Volkerwanderung? Das weitweite Migrations- und Asylproblem. In: Meier-Braun, K.-H./ Kigus, M. (Hrsg.): Einwanderungsland Deutschland. Tagungsbericht zur Fortbildungsveranstaltung „Wie viele Einwanderer braucht Deutschland?“. Süddeutscher Rundfunk Ausländerredaktion. Stuttgart. 1. September 1994

Meier-Braun, K.-H.: Hörfunk I. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Ausländer und Massenmedien. Frankfurt a. M. 1987, Band 253, S. 143-145

Meier-Braun, K.- H./Kigus, M. (Hrsg.): Einwanderungsland Deutschland. Tagungsbericht zur Fortbildungsveranstaltung „Wie viele Einwanderer braucht Deutschland?“. Süddeutscher Rundfunk Ausländerredaktion. Stuttgart. 1. September 1994

Meinhardt, R.: Ausländerfeindlichkeit. Eine Dokumentation, Berlin 1982

Merten, K. u.a.: Das Bild der Ausländer in der deutschen Presse. In: Zentrum für Türkeistudien (Hrsg.): Studien und Arbeiten Nr. 2. Frankfurt a.M. 1986

Merten, K.: Das Bild der Ausländer in der deutschen Presse. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Ausländer und Massenmedien. Schriftreihe Band 253. Bonn 1987, S. 69-78

Metanastefika Nea: Nr.77, Oktober 1995

Metanastefika Nea: Nr. 78, November 1995

Meyer-Ingwersen, J.: Rassentrennung in bundesdeutschen Schulen? In: Demokratische Erziehung, Nr. 5/197

Meyer, P.: Zum Partizipationspotential von Gastarbeitern in der Bundesrepublik Deutschland. In: Reimann, H. / Reimann, H. (Hrsg.): Gastarbeiter. München 1976, S. 101-109

Meyn, H.: Massenmedien in Deutschland. Konstanz: UVK Medien 1999

Michel, H.: Odysseus im wüsten Land. Köln 1992

Mickel, W.: Handlexikon der Politikwissenschaft. Bonn 1986

Miksch, S.: Mit Einwandern leben - Positionen evangelischer Ausländerarbeit. Frankfurt 1984

Moussourou, L.: Από τους Γκασταρμπάιτερ στο πνεύμα του Σένγκεν. Προβλήματα της σύγχρονης μετανάστευσης στην Ευρώπη. (Ü.d.V.: Vom „Gastarbeiter“ bis zum Geist des Schengen- Vertrags. Probleme der aktuellen Migration in Europa). Athen 1993

Nichtweiß, J.: Die ausländischen Arbeiter in Deutschland in der Landwirtschaft der östlichen und mittleren Gebiete des Deutschen Reiches 1890 bis 1914. Berlin (Ost) 1959

Nieke, W.: Situation ausländischer Kinder und Jugendlicher in der Bundesrepublik Deutschland: Vorschule, Schule, Berufsausbildung, Freizeit, Kriminalität. In: Lajos, K.: Die zweite und dritte Ausländergeneration. Opladen 1991, S. 13-41

Nikolinakos, M.: Politische Ökonomie und Gastarbeiterfrage. Migration und Kapitalismus. Hamburg 1973

Nohlen, D.: Wahlrecht und Parteiensystem. Opladen 1986

Nohlen, D. (Hrsg.): Wörterbuch Staat und Politik. Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn 1991

Oberndörfer, D.: Schutz der kulturellen Freiheit- die multikulturelle Republik. In: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): Von der Ausländer- zur Einwanderungspolitik. Eine Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung am 12. und 13. Oktober 1993 in Leipzig. Gesprächskreis Arbeit und Soziales Nr. 32. Bonn 1994, S. 79-85

Ökumenischer Vorbereitungsausschuß für den Tag des ausländischen Mitbürgers 1980, Thesen zum Gespräch: " Verschiedene Kulturen –Gleiche Rechte. Für eine gemeinsame Zukunft," Frankfurt a. M., 24. September 1980

Park, R. E.: Race and Culture. Glencoe 1964

Papanayotou V.: 30 χρόνια από την ίδρυση της ΟΕΚ..(Ü.d.V.: 30 Jahren seit der Gründung der OEK). In: Metanastefika Nea. Nr. 78, November 1995

Papanayotou V.: Vortrag am 21.10.1995, in Stuttgart, während einer Tagung über die 30 Jahren aus der Gründung der OEK

Papas, K.: 30 Χρόνια Ο.Ε.Κ. (Ü.d.V.: 30 Jahren O.E.K.). Vortrag am 22. 10. 1995 in Stuttgart

Papas, K.: 30 Χρόνια Ομοσπονδία Ελληνικών Κοινοτήτων, πορεία, προοπτικές. (Ü.d.V.: 30 Jahren Verband Griechischer Gemeinden, Verlauf und Perspektiven). In: „Metanastefika Nea“. Nr.77, Oktober 1995

Park, R. E.: Race and Cullture. Glencoe 1964#

Petropoulos, N.: Η οργάνωση των απόδημων Ελλήνων στο ΓΓΑΕ. Το πρώτο παγκόσμιο συνέδριο των απόδημων Ελλήνων στο ΓΓΑΕ. (Ü. d. V. :Die Organisation der Auslandsgriechen im General Sekretariat für die Auslandsgriechen. Der erste internationale Kongreß der Auslandsgriechen.) Athen 1985

Piaget, J.: Der Strukturalismus. Olten 1973

Piaget, J.: Abriß der genetischen Epistemologie. Olten 1974

Portera, A.: Die kulturelle Identität italienischer Jugendlicher in Deutschland. In: Ausländerkinder. Forum für Schule und Sozialpädagogik. 1985

Price, Ch.: The Study of Assimilation. In: Jackson, J. A. (Hrsg.): Migration. Cambridge 1969

Price Ch. u.a. In: Gehmacher, E./Kubat, D./Mehrländer, U. (Hrsg.): Ausländerpolitik im Konflikt. Arbeitskräfte oder Einwanderer? Konzepte der Aufnahme- und Entsendeländer. Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich Ebert- Stiftung, Band 149. Bonn 1978, S. 21-55

Psyche: 24, 3. 1980

Pürer, H. / Raabe, J.: Medien in Deutschland. Band 1. Presse. UVK Medien, Konstanz 1996

Reich, H.H.: Herkunftssprachen „anstelle einer Fremdsprache“. Ein Vergleich zwischen England, Frankreich und (West) Deutschland. In: Luchtenberg, F./Nieke, W. (Hrsg.): Interkulturelle Pädagogik und Europäische Dimension. Münster, New York 1994, S. 25-37

Reckstorf, K.: Menschen und Medien in der postindustriellen Gesellschaft. Berlin 1984

Reimann, H./Reimann, H. (Hrsg.) : Psychische Störungen. München 1975

Reimann, H.: Psychisch Gestörte in der Sicht der Massenmedien. In: Reimann, H./Reimann, H. (Hrsg.) : Psychische Störungen. München 1975

Reimann, H./Reimann, H. (Hrsg.): Gastarbeiter. München 1976

Reimann, H.: Ausländische Arbeitnehmer und Massenmedien.
In: Reimann, H./Reimann, H. (Hrsg.): Gastarbeiter. München 1976, S. 111-129

Reimann, H.: Die Wohnsituation der Gastarbeiter. In Reimann, H./Reimann, H. (Hrsg.): Gastarbeiter. München 1976, S. 131-148

Richmond, A. H.: Immigration und ethnic Conflict. London 1988

Rittstieg, H.: Wahlrecht für Ausländer. Verfassungsfragen der Teilnahme von Ausländern an den Wahlen in der Wohngemeinde. Königstein /Ts.1981

Rooyen, R.: Nicht irgendwo weit weg. Weltflüchtlingsprobleme - Ursachen und Ansätze zu einer Lösung. In: Ausländerkurier 4/1986

Rothhammer, P.: Integration ausländischer Arbeitnehmer und ihrer Familien im Städtevergleich. VI/1: Probleme ausländischer Arbeitnehmer im Spiegel der Berichtserstattung der Nürnberger Lokalpresse. Berlin 1974

Ruhloff, J. (Hrsg.): Aufwachen im fremden Land. Frankfurt a. M. 1982

Ruhrmann, G.: Das Bild der Ausländer in der Öffentlichkeit. Eine theoretische und empirische Analyse zur Fremdenfeindlichkeit. In: Schader-Stiftung (Hrsg.): Preis der Schader-Stiftung. Gesellschaftswissenschaften im Praxisbezug. Themenbereich 1995: „Migration“. Darmstadt 1995, S. 97- 119

Rüttgers, J.: Grußwort „Medien können Vorbild sein“ zu der Fachtagung „Interkultureller Rundfunk- Mehr Farbe in die Medien“ am 16.12. 1995 in Köln. Unveröffentlichtes Manuskript

Saussure, F. de: Grundlagen der allgemeinen Sprachwissenschaften. Berlin 1967

Schader-Stiftung (Hrsg.): Preis der Schader-Stiftung.
Gesellschaftswissenschaften im Praxisbezug. Themenbereich 1995: „Migration“. Darmstadt 1995

Schäfer, B./ Six, B.: Soziopsychologie des Vorurteils. Stuttgart 1978

Schäfer, H.: Betriebliche Ausländerdiskriminierung und gewerkschaftliche Antidiskriminierungspolitik. Berlin 1985

Schaller, K.: Einführung in die Kritische Erziehungswissenschaft. Darmstadt 1974

Scharf, A.: Einleitung. In: Bayerischer Rundfunk (Hrsg.): Das Ausländer-Programm der ARD. 3. Ausgabe. München 1994

Schilling, J.: Multikulturelle Gesellschaft oder Repatriierung? Ausländerpolitik im Widerstreit von christlicher Toleranz und Staatsräson. Vortrag in der Wissenschaftlichen Tagung der CDU „Ausländer in Deutschland für eine gemeinsame Zukunft“. Bonn, 21.10.1982

Schlaffke, W./Voss, R., von (Hrsg.): Vom Gastarbeiter zum Mitarbeiter. Köln 1982

Scheuch, E. K.: Ausländer, 'Bindestrich-Deutsche' oder Integration? Vortrag in der Wissenschaftlichen Tagung der CDU „Ausländer in Deutschland für eine gemeinsame Zukunft“. Bonn, 21.10.1982

Schlussbericht der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages: Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft. Bonn 1998

Schmalz-Jacobsen, C./ Hansen, G. (Hrsg.): Kleines Lexikon der ethnischen Minderheiten in Deutschland. München 1997

Schmidt, E.: Ordnungsfaktor oder Gegenmacht-politische Rolle der Gewerkschaften. Frankfurt a. M. 1972 (1971)

Schneider, G.: Ausländer und Medien - ARD Ausländerprogramme. In: SDR/ZFP: 40 Jahre „Gastarbeiter“ in Deutschland. 4. Radioforum : Ausländer bei uns. Herausgegeben von Meier-Braun, K.-H./Kilgus, M. Baden Baden 1995/96, S. 135-138

Schulte, A.: Politische Partizipation von MigrantInnen als Intergrationsvoraussetzung: Zur Politik der Anerkennung. In: BAGIV (Hrsg.): Aspekte politischer Partizipation von MigrantInnen in Deutschland. Bonn 1999, S. 85-95

Schuppert, G. F.: Grundrechte und Demokratie. In: Europäische Grundrechtezeitschrift, 1985

Schwemmer, O.: Glanz und Elend der Medienkultur. In: Bredow, F. (Hrsg.): Medien und Gesellschaft. Stuttgart 1990

Sen, F.: Die Selbstorganisationen der Wanderarbeitnehmer In: Just W.-D./ Groth, A. (Hrsg.): Wanderarbeiter in der EG. Band 2. Mainz 1985, S. 223-238

Siabos, G.: Δημογραφική εξέλιξις της νεωτέρας Ελλάδος 1821-1985. (Ü.d. V.: Demographische Entwicklung Neugriechenlands 1821-1985). Athen 1973

Siabos, G.: The Greek Migration in the 20th Century. Recent Population Change Calling for Population Change Calling for Police Action, National Statistical Service of Greece. Athens 1980

Siegel, R.: Gettoprobleme. In: Schlaffke, W./Voss, R. von (Hrsg.): Vom Gastarbeiter zum Mitarbeiter. Köln 1982, S. 103-112

Sieveking, K./Barwig, K./Lörcher, K./Schumacher, C. (Hrsg.): Das Kommunalwahlrecht für Ausländer. Baden-Baden 1989\

Simmel, G.: Soziologie. Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung. München, Leipzig 1908

Skinner, B. F.: Wissenschaft und menschliches Verhalten. München 1973a

Skinner, B. F.: Jenseits von Freiheit und Würde. Hamburg 1973b

Soukup, G.: Handlungsforschung. In: Kreft, D./Mielenz, I. (Hrsg.): Wörterbuch Soziale Arbeit. Weinheim, Basel 1988³ (1980)

Spiegel, R.: Wohnsituation. In: Schlaffke, W./Voss, R., von (Hrsg.): Vom Gastarbeiter zum Mitarbeiter. Köln 1982

Spitz, R. A: Vom Säugling zum Kindheit. Stuttgart 1967 (New York 1965)

Staats, W. /Staats, C. K.: 1958, In: Stroebe, W. (Hrsg.): Sozialpsychologie. Band 1. Darmstadt 1978

Stadt Essen (Hrsg.): Konzept interkultureller Arbeit - Informationen zur Lebenssituation nicht deutscher Einwohnerinnen und Einwohner in Essen. Essen 1998

Staeuble, I.: „Sozialpsychologie“. In: Kerber, H./Schmieder, A. (Hrsg.): Handbuch Soziologie. Zur Theorie und Praxis sozialer Beziehungen. Hamburg 1984, S. 546-549

Statistisches Bundesamt, Stat. Jahrbuch 2.000

Stephan, W. G.: Intergroup Relations. In: Lindzey, G./Aronson, E. (Eds.): Handbook of Social Psychology, New York 1985, S. 599-658

Stirn, H. (Hrsg.): Ausländische Arbeiter im Betrieb. Beiheft zum „Zentralblatt für Arbeitswissenschaft“. Beiheft 5. Frechen/Köln 1964

Stölting, E.: Ist Nagorny-Karabach bald überall? In: taz: Sonderausgabe 2/1991

Stonequist, E.V. : The Marginal Mann. A Study in Personality and Culture Conflict. New York 1937

Stroebe, W. (Hrsg.): Sozialpsychologie. Band 1. Darmstadt 1978

Stroebe, W.: Vorurteil. In: Funkkolleg Psychobiologie 1987

Stüwe, G.: Sozialisation und Lebenslage ausländischer Jugendlichen In: Deutsches Jugendinstitut (Hrsg.): Ausländerarbeit und Integrationsforschung. Bilanz und Perspektiven. München 1987, S. 123-135

Süddeutscher Rundfunk (SDR)/Zentrale Fortbildung der Programmmitarbeiter Gemeinschaftseinrichtung ARD/ZDF (ZFP): 40 Jahre „Gastarbeiter“ in Deutschland. 4. Radioforum: Ausländer bei uns. Herausgegeben von Meier-Braun, K.-H/ Kilgus, M..Baden Baden 1995/96

Taschner, H.-C. / de Lobkowicz, W: Die Europäische Gemeinschaft und das Asylrecht. In: Zuleeg, M. (Hrsg.): Ausländerrecht und Ausländerpolitik in Europa. Schriftenreihe des Arbeitskreises Europäische Integration e.V. Band 26. Baden-Baden 1987, S. 143-153

Tageszeitung (taz): Sonderausgabe 2/ 1991

Themen des Deutschen Caritasverbandes: Pressemitteilung. September 1986

Thomä, H.: Auf dem Weg zum Selbst. In: Psyche, 24, 3. 1980

Thomaschki, K.: Medien. In: Hartung, S./Kadelbach, S.: Bürger, Recht, Staat. Handbuch des öffentlichen Lebens. Frankfurt a. M. 1997, S. 164-181

Thränhardt, D.: Die verfassungsrechtliche Notwendigkeit des kommunalen Wahlrechts für Ausländer in der Bundesrepublik. In: Sen, F./Jahn, G. (Hrsg.): Wahlrecht für Ausländer. Stand und Entwicklung in Europa. Frankfurt a.M. 1985

Thränhardt, D. (Hrsg.): Ausländerpolitik und Ausländerintegration in Belgien, den Niederlanden und der BRD. Düsseldorf 1986

Thränhardt, D.: Die europäische Dimension der allgemeinen Ausländerpolitik in den Mitgliedstaaten der EG. In: Zuleeg, M. (Hrsg.): Ausländerrecht und Ausländerpolitik in Schriftenreihe des Arbeitskreises Europäische Integration e.V., Band 26. Baden-Baden 1987

Thränhardt, D.: Die Verwirklichung politischer Partizipation im europäischen Einigungsprozeß - Konzepte und Modelle. In: Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): Probleme und Perspektiven politischer Partizipation von Migranten in Deutschland. Düsseldorf 1998

Trube, J.: Assimilation und ethnische Identifikation. Weinheim 1984

Tsakalos, G.: Ausländerfeindlichkeit. Tatsachen und Erklärungsversuche. München 1983

Tsakalos, G.: Multikulturelle Gesellschaft: Bedrohung oder Hoffnung? In: Büchergilde Gutenberg: Land der begrenzten Möglichkeiten. Einwanderer in der Bundesrepublik. Basisbücher, Nr.12. Frankfurt a. M., Olten, Wien, 1987, S. 297-307

Tsaousis, D.: Μορφολογία της νεοελληνικής κοινωνίας. (Ü.d.V.: Morphologie der neugriechischen Gesellschaft). Athen 1971

Ullenboom, D.: Multikultureller Journalismus im privaten Hörfunk in NRW. Eine explorative Studie zur Berücksichtigung ethnischer Minderheiten im lokalen Hörfunk am Beispiel der Lokalsender im Raum Duisburg, Essen und Bochum. Magisterarbeit an der Universität Bochum, 1998

UNESCO - Kommission : Arbeitnehmer im Ausland. Köln 1974

Vertrag über die Europäische Union: Artikel 8

Vilmar, F.: „Partizipation“. In: Mickel, W.: Handlexikon der Politikwissenschaft. Bonn 1986

Voss, F.: Berlin: SFB 4-Radio Multikulti. In: SDR/ZFP: 40 Jahre „Gastarbeiter“ in Deutschland. 4. Radioforum: Ausländer bei uns. Herausgegeben von Meier-Braun, K.-H./ Kilgus, M. Baden Baden 1995/96, S. 127-134

Wagner, U.: Eine sozialpsychologische Analyse ethnischer Vorurteile. In: Migration 4 , o. J.,

Wagner, U.: Soziale Schichtzugehörigkeit, formales Bildungsniveau und ethnische Vorurteile. Berlin 1983

Weiß, H.J./Trebbe, J.: Mediennutzung und Integration der türkischen Bevölkerung in Deutschland. Ergebnisse einer Umfrage des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung. Potsdam 2001

WSI- Mitteilungen Nr. 7/1982

Yildiz, E. : Politische Gleichstellung ethnischer Minoritäten. Unveröffentl. Diplomarbeit an der Universität zu Köln, 1990

Yildiz, E.: Die Politik der Europäischen Gesellschaft in Bezug auf die ethnische Minderheiten. In: Buchkremer, Hj./Bukow, W.-D./Liaryora, R.: Zukunft kultureller Minderheiten in Europa? Verlag G. Mainz 1992, S. 111-130

Zambonini, G.: Stellungnahme zu multikulturellen Programmen. In: ZFP/ SDR: 40 Jahre „Gastarbeiter“ in Deutschland. 4. Radioforum: Ausländer bei uns. Herausgegeben von Meier-Braun, K.-H./Kilgus, M. A. Baden Baden 1995/96, S.139-140

Zambonini, G. / Barbi, M.: Muttersprachliche und zielgruppenspezifische Sendungen. Zum Verständnis der Programmacher In: Bundeszentrale für politische Bildung Hrsg.): Ausländer und Massenmedien. Band. 5. Frankfurt a. M. 1985, S. 99-103

Zentrale Forschungsbildung der Programmitarbeiter

Gemeinschaftseinrichtung ARD/ ZDF (ZFP)/ Süddeutscher Rundfunk (SDR):

40 Jahre „Gastarbeiter“ in Deutschland. 4. Radioforum: Ausländer bei uns. Herausgegeben von Meier/ Braun, K.-H. / Kilgus, M. A. Baden Baden 1995/96

Zentrum für Türkeistudien (Hrsg.): Studien und Arbeiten Nr. 2. Frankfurt a.M. 1986

Zentrum für Türkeistudien (Hrsg.) : Zft aktuell Nr. 2. Ergebnisse einer Untersuchung zum Fernsehverhalten in türkischen Haushalten in der Bundesrepublik Deutschland. Essen 1992

Zentrum für Türkeistudien (Hrsg.): Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland. Ein Handbuch. Opladen 1994

Zentrum für Türkeistudien (Hrsg.) : Zft aktuell Nr. 31. Mediumkonsum und Medienverhalten der türkischen Wohnbevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland, dargestellt am Beispiel der Printmedien und elektronischen Medien. Essen 1995

Zentrum für Türkeistudien (Hrsg.): Studie zum Medienkonsum der türkischen Bevölkerung in Deutschland und Deutschlandbild im türkischen Fernsehen. Essen, Bonn, Juni 1997a

Zentrum für Türkeistudien (Hrsg.): Kurzfassung der Studie zum Medien Konsum der türkischen Bevölkerung in Deutschland und Deutschlandbild im türkischen Fernsehen. Essen, Bonn, Juni 1997b

Zohlberg, A.R.: Von Kolumbus bis Gorbatschow. In: taz Sonderausgabe 2/1991

Zuleeg, M. (Hrsg.): Ausländerecht und Ausländerpolitik in Europa. Schriftenreihe des Arbeitskreises Europäische Integration e.V. Band. 26. Baden-Baden 1987

ERKLÄRUNG

Hiermit versichere ich, dass ich die vorliegende Arbeit selbstständig und ohne fremde Hilfe und nur unter Verwendung der angegebenen Hilfsmittel angefertigt habe.

Athen/Köln, Juni 2004

Maria Papamichou